



23. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG



KONGRESS KATALOG

2018



GEWALT UND RADIKALITÄT

Aktuelle
Herausforderungen
für die Prävention

11. & 12. Juni 2018 Dresden



DAS LETZTE BIER WAR SCHLECHT. MEINT MEIN KATER.

Alkohol führt zu Kopfschmerzen und Übelkeit.
Ein wirksames Mittel gegen den Kater gibt es nicht.

Weitere Informationen: www.kenn-dein-limit.info

ALKOHOL?

Kenn dein Limit.

 **PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), mit Unterstützung des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e. V. (PKV) und gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland.



Kongress 2018 · Dresden

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 15 €

Der Kongresskatalog des 23. Deutschen Präventionstages informiert über die Veranstalter und Partner des Kongresses, beinhaltet das vollständige Gutachten von Professor Dr. Dirk Baier, Zusammenfassungen zu den zentralen Kongressinhalten sowie eine vorläufige Liste der Teilnehmenden.

Für die Beschreibungen der Infostände, Vorträge, Projektsports etc. sind die jeweiligen Autoren bzw. die ausführenden Institutionen verantwortlich.

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Siebstraße 4
30171 Hannover

Telefon: 0511 - 235 49 49

Fax: 0511 - 235 49 50

E-Mail: dpt@praeventionstag.de

Internet: www.praeventionstag.de

Redaktion, Satz und Layout

Tana Franke, Rolf Grimmer, Dr. Claudia Heinzelmann,
Karla Marks, Dr. Malte Strathmeier

Druck

Steppat Druck, Laatzen

Hannover, Juni 2018

Inhaltsverzeichnis

	Seite
DPT & Partner	
- Grußworte	6
- Partner	11
- Organisation	43
Plenen	
- Eröffnungsplenum	60
- Abendempfang	63
- Abschlussdiskussion	64
Vorträge	
- Einzelvorträge deutsch	67
- Internationales Forum – AIF	255
- Projektsots	301
- PoD – Presentation on Demand	351
Gutachten	
- Prof. Dr. Dirk Baier	359
Ausstellung	
- Infostände	461
- Posterpräsentationen	619
- Sonderausstellungen	641
- Infomobile	647
Werkstatt	
- Begleitveranstaltungen	653
- Präventionsbörse	655
- Bühne & Aktionen	675
- Schüleruniversität	671
Teilnehmerliste	675
Referenten	741

Grußwort des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer



Foto: Pawel Sosnowski

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 23. Deutschen Präventionstages begrüße ich herzlich im Freistaat Sachsen und in unserer Landeshauptstadt Dresden!

Die Chancen und Möglichkeiten wirkungsvoller Prävention werden leider zu oft unterschätzt. Gute Präventionsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für eine starke Demokratie und einen sicheren Staat, in dem wir anständig und respektvoll miteinander umgehen. Deshalb war es mir ein besonderes Anliegen, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Eine wehrhafte Demokratie braucht beides: die gute Zusammenarbeit von Polizei und Justiz gegen Straftäter, Gewalt und Extremismus – und eine breit aufgestellte Prävention durch Hilfen und Aufklärung. So reichen wir neben konsequenter Strafverfolgung mit dem Aussteigerprogramm Sachsen (www.steig-aus.de) denen die Hand, die aus der extremistischen Szene herauswollen. Prävention meint aber noch mehr: Der grundlegende Gedanke ist es, aufgrund der Analyse von Ursachen und Risikofaktoren zu versuchen, eine mögliche negative Entwicklung frühzeitig und positiv zu beeinflussen.

Ich wünsche mir, dass vom DPT23 ein Signal ausgeht, wie wertvoll und wie wirkungsvoll Präventionsarbeit für unser Zusammenleben und für unsere Gesellschaft sein kann, und wie wichtig es ist, dass möglichst viele mitmachen. Jeder kann einen Beitrag leisten, nicht nur Polizei und Justiz, sondern auch Kommunen und Kitas, Schulen und Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften, Industrie und Handwerk. Dabei spielt Bildung eine ganz wichtige Rolle.

Als Vater und Ministerpräsident liegt mir die Bildung besonders am Herzen. Sie steht ganz oben auf der Agenda der Staatsregierung. Besonderes Augenmerk legen wir auf die frühkindliche Bildung im Kindergarten sowie die politische Bildung und die Medienkompetenz an unseren Schulen. Politische Bildung ist dabei mehr als ein Lernfach: Sie ist Grundlage für eine demokratische Streitkultur, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung anerkennt. Sie vermittelt die Fähigkeit, abzuwägen und zu diskutieren, und

sie bedeutet Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Gute Bildung und Ausbildung helfen dabei, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Kinder und Jugendliche müssen aber auch lernen, miteinander Kompromisse auszuhandeln. Das stärkt ihr Vertrauen in die Demokratie. Das Handlungskonzept „W wie Werte“ wird umgesetzt und die politische Bildung an den Schulen stärken. Im ganzen Freistaat etablieren wir gerade für alle Kitas und Schulen eine umfassende Präventionsstrategie „Prävention im Team“ (PiT) — gemeinsam mit Kommunalverwaltungen, Schulbehörden, Polizei und freien Trägern.

Der Ansatz „Früher Hilfen“ hat sich in Sachsen bewährt. Mit einer landesweiten Fach- und Koordinierungsstelle stellen wir uns den Fragen der Suchtprävention. Wir ermuntern die Kommunen, wieder verstärkt Präventionsräte zu etablieren und haben dafür eine neue Förderrichtlinie geschaffen. Als Dach für die zahlreichen staatlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten haben wir im Jahr 2008 den Landespräventionsrat gegründet, der in diesem Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiert. Der Deutsche Präventionstag ist auch ein Dach für die vielschichtigen Bemühungen in ganz Deutschland. Ich wünsche Ihnen allen eine ertragreiche Tagung in Dresden und hoffe, dass Sie gute Eindrücke und vielfältige Anregungen mitnehmen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Michael Kretschmer". The signature is fluid and cursive, with the first name "Michael" written in a larger, more prominent script than the last name "Kretschmer".

Michael Kretschmer
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Grußwort des Oberbürgermeisters Dirk Hilbert



Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich Ihnen die Landeshauptstadt Dresden aus Sicherheitssicht kurz vorstellen: Auf dem Territorium der Landeshauptstadt Dresden wurden 2017 insgesamt 54 784 Straftaten erfasst. Dies sind 3 876 Fälle weniger als im Vorjahr und entspricht damit einem Rückgang um 6,6 Prozent. Von den insgesamt 54 784 Straftaten wurden 31 088 Fälle (2016: 32 742; 2015: 29 804) aufgeklärt. Damit lag die Aufklärungsquote 2017 bei 56,7 Prozent (2016: 55,8 Prozent; 2015: 52,7 Prozent). Die Zahlen aus der Kriminalstatistik der Polizei Sachsen zeigen, dass die Kriminalität in der Landeshauptstadt nicht zugenommen hat, trotzdem fühlen sich viele Dresdnerinnen und Dresdner nicht so sicher wie in den Vorjahren – ein Phänomen, das nicht nur in Sachsen auftritt.

Das Thema „Subjektive Sicherheit“ spielt bei der Prävention eine sehr wichtige Rolle und ich freue mich sehr, dass der Deutsche Präventionstag dieses Jahr in Dresden stattfindet. Sie, liebe Kongressteilnehmer und -teilnehmerinnen, haben die Chance, sich von unserer Stadt selbst ein Bild zu machen und müssen sich nicht allein auf die mediale Berichterstattung verlassen: Sei es zur Fanszene von Dynamo Dresden oder sei es zu den Montagsdemonstranten von Pegida.

Dresden ist eine sehr diskussionsfreudige Stadt. Hier wird nicht nur über neue Bauwerke viel geredet und gestritten, hier geht es auch bei öffentlicher Kunst in die verbale Auseinandersetzung. Wir stellen uns dieser Besonderheit und unterstützen diese Diskussionskultur. Wichtig sind dabei vor allem das friedliche Miteinander und der Respekt gegenüber Andersdenkenden. In diesem Punkt gibt es in Dresden noch viel zu tun. Ein Aspekt, den wir bei der Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 in den Mittelpunkt stellen – eine neue Diskussionskultur in unserer Stadt zu entwickeln.

Sehr aktiv fördern wir jetzt schon Projekte, die sich mit Demokratie, Vielfaltigkeit und Respekt beschäftigen. So gibt die Stadt seit 2010 finanzielle Unterstützung mit dem „Lokalen Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden“. Hier werden zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für die Stärkung von Demokratie, gegenseitigem Respekt und Weltoffenheit in unserer Stadt einsetzen, gefördert. Außerdem investieren wir jährlich eine halbe Million Euro in Formate und Veran-

staltungen, die neue Dialogformen schaffen, Begegnungen der verschiedenen gesellschaftlichen Milieus ermöglichen und Beteiligungsmöglichkeiten transparent machen. So geschehen u. a. beim Offenen Rathaus unter dem Titel: „Mitmachen. Mitreden. Mitbestimmen.“ oder bei der internationalen Städtekonferenz „Frieden.Kultur.Stadt – Dresden im Dialog“.

Der Kriminalpräventive Rat (KPR) der Landeshauptstadt Dresden besteht seit nunmehr 22 Jahren. Hier arbeiten Stadtverwaltung, Stadträte und Polizei Hand in Hand. Verschiedene Projekte sind im Laufe der Zeit entstanden, die sich um die Sicherheit von großen und kleinen Dresdnerinnen und Dresdnern kümmern. Für die kleinen Dresdner ist beispielsweise der „Bärenstarke August“ gedacht – ein Aufkleber an über 130 Geschäften im Stadtgebiet, der Kindern signalisiert: Hier bekommt ihr Hilfe. Das kann vom Pflaster auf das zerschundene Knie bis zum Anruf bei den Eltern reichen.

Ein Projekt, das bei jungen Leuten regen Zuspruch findet, sind die sechs „legal plains“ im Stadtgebiet. Das sind Flächen, an denen Graffiti ganz legal gesprüht werden darf. Hier haben die Künstler mit der Spraydose die Chance, ihre Bilder öffentlich und erlaubt zu gestalten.

Neben der fachlichen Arbeit tagsüber freue ich mich sehr, Sie am Abend zum städtischen Empfang im DDV Stadion zu begrüßen. Hier können Sie die Sportstätte unseres Fußballclubs SG Dynamo Dresden e. V. (SGD) selbst erkunden. Sie ist ein Beispiel für gelebte Präventionsarbeit. Seit vielen Jahren finden vor jedem Heimspiel Sicherheitsberatungen mit der Polizei, den Ordnungsbehörden, der Feuerwehr, dem Fanprojekt Dresden e. V. und dem Verein selbst statt. Diese kontinuierlichen Beratungen haben ebenso wie die baulichen Veränderungen nach dem Neubau des Stadions dazu beigetragen, dass es bei Heimspielen der SGD zu einer geringeren Anzahl von Ausschreitungen der Fußballfans kommt. Kommen Sie vorbei und erleben Sie die Atmosphäre des Stadions selbst!



Dirk Hilbert
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden

DPT & Partner

Partner

	Seite
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)	13
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	14
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	15
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	16
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)	17
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	18
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (dsj)	19
Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)	20
Deutscher Jugendgerichtstag (DJGT)	21
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	22
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	23
European Forum for Urban Security (EFUS)	24
European Society for Prevention Research (EUSPR)	25
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	26
Initiative „Kein Raum für Missbrauch“	27
Korean Institute of Criminology (KIC)	28
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)	29
Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)	30
Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions	31

DPT & Partner

Partner

	Seite
Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)	32
Österreichischer Präventionskongress	33
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	34
proVal	35
Radicalisation Awareness Network - RAN	36
Stiftung gegen Gewalt an Schulen / Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden	37
Stüllenberg Stiftung	38
UN-Habitat	39
United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC)	40
Violence Prevention Alliance (VPA)	41
WEISSER RING e. V	42

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz setzt sich für einen Rechtsrahmen ein, der viele Freiheiten lässt und zugleich einen verlässlichen Schutz in allen Lebensbereichen gewährleistet. Straftaten sollen gar nicht erst begangen werden. Aber die Furcht vor Straftaten darf auch nicht zu einer übermäßigen Beschneidung der Grundwerte unserer Gesellschaft führen, die neues Unrecht schafft. Diesen Leitlinien widmen wir unsere Arbeit.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz arbeitet auf dem Gebiet der Kriminalprävention eng mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (siehe Seite 22) zusammen und fördert durch regelmäßige Zuwendungen Projekte insbesondere zur Verbesserung des Wissenstransfers von Erkenntnissen aus der Forschung in die praktische Präventionsarbeit.

Durch die Finanzierung von beispielsweise

- Vernetzungsinitiativen auf den Handlungsebenen von Wissenschaft und Praxis,
- Pilotprojekten zu strukturierter Implementierung von Präventionsprogrammen oder
- durch die Förderung der Entwicklung von Präventionsmodulen zur Stärkung interkultureller Kompetenzen von Pädagogen,

wird ein wichtiger Beitrag zur Evidenzbasierung der Präventionsarbeit geleistet.

Die Verhütung von Straftaten ist der beste Opferschutz – aber nicht immer können Straftaten verhindert werden. Um Opferschutz und Opferhilfe auch im Strafverfahren gerecht zu werden, brauchen wir eine rechtsstaatliche, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Strafrechtspflege. Mit dem 3. Opferrechtsreformgesetz vom 21. Dezember 2015 wurden die Verpflichtungen aus der Opferschutzrichtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 umgesetzt und zudem die psychosoziale Prozessbegleitung im deutschen Strafverfahrensrecht verankert. Damit wurde der Schutzstandard für Opfer weiter erhöht.

Dass sich Prävention, Opferschutz und Repression wirkungsvoll ergänzen – dafür setzen wir uns ein.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Das Bundesfamilienministerium steht für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, indem es vor allem

- bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit schafft
- Alleinerziehende und Mehrkindfamilien stärkt
- sich für eine Reduzierung der Kinderarmut einsetzt
- Familien mit Migrationshintergrund bei der Orientierung und der Integration in Deutschland unterstützt
- Familienförderung wirksamer gestaltet
- realistische Altersbilder und ein neues Leitbild des aktiven Alters verankert
- die Rolle und die Potenziale älterer Menschen stärkt und ältere Menschen unterstützt, ihr Erfahrungswissen in die Gesellschaft einzubringen
- federführend Bundesgesetze zur Durchsetzung der Gleichstellung erarbeitet
- eine gleichstellungsorientierte Arbeit für und mit Jungen und Männern fördert, um einengende Geschlechterrollen zu überwinden
- Hilfen für Schwangere in Not- und Konfliktlagen zur Verfügung stellt
- für einen aktiven und wirksamen Kinderschutz und Frühe Hilfen steht und hierbei auf Prävention und Intervention setzt
- für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet steht
- den Ausbau der Kinderbetreuung und eine gute Qualität in den Kitas unterstützt
- die Eigenständige Jugendpolitik umsetzt und die Interessen und Bedürfnisse der 12- bis 27-Jährigen in den Fokus politischen Handelns rückt
- Projekte für Toleranz und Demokratie zur Prävention gegen extremistische Tendenzen bei Kindern und Jugendlichen fördert
- das freiwillige Engagement durch den Bundesfreiwilligendienst (BFD) und die Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) stärkt
- die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr.

Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um.

Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.liebesleben.de
www.sexualaufklaerung.de
www.drugcom.de
www.null-alkohol-voll-power.de
www.kenn-dein-limit.info
www.rauch-frei.info
www.gutdrauf.net
www.kinderstarkmachen.de
www.kindergesundheit-info.de
www.fruehehilfen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Maarweg 149-161, 50825 Köln
Tel: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)
Fax: 0221 – 89 92 300
E-Mail: poststelle@bzga.de
Internet: www.bzga.de

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen. DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und
- setzt sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer- Ausgleich (TOA) ein.

Der DBH-Fachverband fördert die Kooperation zwischen Angehörigen der Strafrechtsberufe, der Sozialen Dienste der Justiz und der nichtstaatlichen Straffälligenhilfe. Er ist Initiator und Träger von Modellversuchen und Projekten zur Erprobung und Realisierung neuer Ideen in der sozialen Strafrechtspflege. Folgende Projekte haben sich daraus entwickelt:

- Aus- und Weiterbildung durch das DBH-Bildungswerk,
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (TOA),
- Ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug durch das Projekt LOTSE,
- Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE: Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik.

Präsident: Prof. Dr. Marc Coester

Bundesgeschäftsführer: Daniel Wolter

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)

Das **Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)** bietet seinen Mitgliedern eine Plattform zum aktiven Austausch kommunaler Alltagspraxis in Sicherheits- und Präventionsfragen. Das Städtenetzwerk öffnet den deutschen Mitgliedsstädten die Tür nach Europa.

Der Austausch der Mitglieder, vertreten durch Bürgermeister/innen, Referatsleiter/innen im Rechts-, Ordnungs- und Sicherheitsbereich und Vorsitzende von Präventionsgremien, ist ein zentraler Aspekt des Städtenetzwerks. DEFUS unterstützt die Sicherheitsarbeit der Mitglieder mit einem maßgeschneiderten Serviceangebot und einem intensiven Austausch mit anderen Städten in Europa. Zusätzlich stärkt DEFUS als Mitglied in wissenschaftlichen Forschungskonsortien den Wissenstransfer von der Praxis in die Wissenschaft und macht wissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis nutzbar.

DEFUS verschafft seinen Mitgliedern einen leichten Zugang zu europäischen Fördermitteln für präventive und sicherheitsrelevante Projekte in den Kommunen. Die Umsetzung der von der EU finanziell geförderten Projekte wird mit passgenauen Weiterbildungsangeboten und Austauschtreffen auf europäischer Ebene eng begleitet und ergänzt.

DEFUS ist der deutsche Zweig des Europäischen Netzwerkes Urbane Sicherheit (EFUS) mit Sitz in Paris und wurde während des 15. Deutschen Präventionstages am 10. Mai 2010 in Berlin gegründet. Bei EFUS sind 255 Städte und Gemeinden aus 16 europäischen Ländern Mitglied. Ziel von EFUS ist es, den europäischen Austausch der kommunalen Sicherheitsakteure zu fördern.

Inzwischen profitieren 15 deutsche Mitgliedsstädte bzw. -organisationen von dem europaweiten Netzwerk der ältesten Nichtregierungsorganisation im Bereich der urbanen Sicherheit. Die DEFUS-Geschäftsstelle befindet sich in Hannover und wird von Anna Rau als Geschäftsführerin geleitet.

Nähere Informationen zur Struktur und zu aktuellen Projekten erhalten Sie an unserem Infostand sowie im Internet unter:

www.defus.de

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Eine ausgewiesene Regionalexpertise, hohe Fachkompetenz und praxiserprobtes Managementwissen bilden das Rückgrat der Leistungen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Als Bundesunternehmen unterstützen wir die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Wir bieten nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an. Mit unserem ganzheitlichen, an Werten und Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland orientierten Vorgehen stellen wir die Mitwirkung aller Beteiligten sicher. Dabei handeln wir immer im Sinne unseres Leitbildes für nachhaltige Entwicklung und berücksichtigen politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte. Wir unterstützen unsere Partner auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in strategischen und konzeptionellen Fragen sowie bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele.

Das Unternehmen ist in vielen Arbeitsfeldern aktiv – die Bandbreite reicht von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über den Aufbau von Staat und Demokratie, die Förderung von Frieden, Sicherheit, Wiederaufbau sowie ziviler Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung bis hin zu Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. Wir unterstützen unsere Partner auch durch Management- und Logistikdienstleistungen und agieren als Mittler, um unterschiedliche Interessen in sensiblen Kontexten auszuhandeln.

Wichtigster Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Darüber hinaus ist die GIZ für weitere Bundesressorts, für Bundesländer und Kommunen sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Dazu gehören beispielsweise Regierungen anderer Länder, Institutionen der Europäischen Union, aber auch die Vereinten Nationen und die Weltbank. Wir kooperieren intensiv mit der Privatwirtschaft und tragen zu einem sinnvollen Zusammenspiel von Entwicklungs- und außenwirtschaftlichen Aktivitäten bei.

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (dsj)

Aufbau

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist die Jugendorganisation im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB). Sie ist der größte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland.

Die dsj bündelt die Interessen von rund 10 Millionen jungen Menschen im Alter bis zu 26 Jahren, die in über 90.000 Turn- und Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind.

Aufgaben

Die dsj will zur Persönlichkeitsentwicklung und einer aktiven Lebensweise junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen. Sie trägt zur internationalen Völkerverständigung durch Bildungsarbeit und Begegnungen bei und unterstützt den europäischen Einigungsprozess und tritt für Toleranz nach innen und außen ein. In enger Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften strebt die dsj zudem an, die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit weiter zu entwickeln und damit einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und jugendpolitischer Probleme zu leisten.

Funktion als Dachorganisation

Die dsj unterstützt und fördert das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit im und durch den Sport. Sie übernimmt dabei Koordinations-, Innovations- und Grundsatzaufgaben für die Kinder- und Jugendarbeit der 79 Mitgliedsorganisationen. Sie berücksichtigt in ihrer Arbeit insbesondere ihre Aufgaben als Jugendorganisation im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und ist die Interessenvertretung ihrer Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene. Darüber hinaus setzt sie sich für die Bedürfnisse und Anliegen aller sporttreibenden jungen Menschen ein.

Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)

Der Deutsche Familiengerichtstag wurde anlässlich der im Juli 1977 in Kraft getretenen grundlegenden Reformen des Eherechts gegründet. Richter, Rechtsanwälte, Psychologen, Sozialpädagogen und Angehörige weiterer mit Familien und dem Familienrecht befassten Professionen haben sich in diesem Verein zur interdisziplinären Zusammenarbeit verbunden. Ihr Ziel ist es, das komplexe Gebiet des Familienrechts fortzuentwickeln, seine Anwendung in der Praxis zu unterstützen und das Verständnis für dieses Rechtsgebiet zu fördern, mit dem die Betroffenen meist in existenziellen Lebenskrisen konfrontiert werden.

Teil dieser Aufgabe ist dabei die Gewaltprävention, da Gewalt in innerfamiliäre Beziehungen – sei es gegen den Partner, sei es gegen die Kinder – eine große Bedeutung hat und in vielfältiger Form die Familiengerichte beschäftigt. Dabei gilt es, allen Formen innerfamiliärer Gewalt rechtzeitig und effektiv entgegenzutreten. Dies kann nur durch ein schnelles Handeln der Gerichte im Zusammenwirken mit sozialpädagogischen Fachkräften, aber auch mit der Polizei, gelingen. Durch die gerichtliche Zuständigkeit für die Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz, für eine vorsorgende Intervention bei sozial auffälligen Jugendlichen und alle elterlichen Konflikte zum Sorge- und Umgangsrecht sind die Familiengerichte in vielfältiger Form auch präventiv tätig.

Über seine Arbeit informiert der Deutsche Familiengerichtstag auf seiner Homepage unter www.dfgt.de.

Der nächste Deutsche Familiengerichtstag findet in der Zeit vom 18. bis 21. September 2019 im Phantasialand in Brühl statt.

Deutscher Jugendgerichtstag (DJGT)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung. Die DVJJ richtet den Deutschen Jugendgerichtstag aus, die zentrale Tagung für alle Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren mitwirken oder sich wissenschaftlich mit Jugenddelinquenz auseinandersetzen.

Weitere Informationen: www.dvjj.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention wurde 2001 als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ihr Ziel ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen und der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten.

Mit seinem gesamtgesellschaftlichen Ansatz will das DFK Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik sein. Es sieht seine Aufgabe darin, die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure und den Wissenstransfer von Forschung in die Praxis fördern.

Kernthemen der Stiftungsarbeit sind neben der Entwicklungsförderung und Gewaltprävention junger Menschen derzeit verstärkt auch die Prävention von Wohnungseinbruch und die Förderung von Maßnahmen zum Schutz und zur Integration geflüchteter Menschen.

In der organisatorisch beim DFK angebundene Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ wird Forschungswissen zu evidenzbasierter Präventionsarbeit praxistauglich aufbereitet.

Für die vielfältigen Handlungsfelder und -ebenen in der Präventionsarbeit stellt das DFK Informationsangebote auf der Website www.kriminalpraevention.de und mit der Zeitschrift „**forum kriminalprävention**“ zur Verfügung. Das Webportal www.wegweiser-praevention.de weist den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxistauglichkeit hin überprüft sind und daher von renommierten Wissenschaftlern empfohlen werden. Über die Arbeit des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention informiert die Homepage www.nzkrim.de.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o Bundesministerium des Innern,
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Tel. 0228-99681-3275
E-Mail: dfk@bmi.bund.de, www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung.

Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI. Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien und der institutionellen Angebote verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Auf seiner Homepage www.dji.de informiert das Deutsche Jugendinstitut die interessierte (Fach-)Öffentlichkeit über seine Aktivitäten und Forschungsergebnisse.

Kontakt:

www.dji.de

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Zusammenschluss von mehr als 250 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die älteste internationale Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention beschäftigt, und für seine Expertise bei der EU, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt.

Heute hat Efus Mitglieder in 16 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Expertinnen und Experten Erfahrungen und Fachwissen austauschen, und die gemeinsam im Rahmen europäischer Kooperationsprojekte ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voranbringen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der urbanen Sicherheit. Es bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk von Städten und Experten ein, informiert zu aktuellen Entwicklungen, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken, bietet Seminare und europäische Projekte an, und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln. Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) bietet deutschen EFUS-Mitgliedern eine weitere, bundesweite Arbeitsebene.

Mehr Informationen zu EFUS erhalten Sie unter:

www.efus.eu.

Kontakt:

European Forum for Urban Security
10 rue des Montiboefus
75020 Paris
Frankreich
Email: contact@efus.eu
Telefon: +33 (1) 40 64 49 00

European Society for Prevention Research (EUSPR)

The European Society for Prevention Research (EUSPR) aims to advance the science base of environmental, universal, selective and indicated prevention aimed at improving human health and well-being and addressing health inequalities. Cornerstones of this advancement are: a cross-disciplinary networks of scientists, policy makers and practitioners, methodology development, promotion of higher education and career development in prevention and implementation research. Membership in EUSPR is open to qualified professionals who work in the field of prevention: all European and international researchers, professionals, practitioners, policy makers and students who share the Society's aims We also encourage membership from all countries, particularly those professionals who wish to develop collaborative links with European researchers. More information about the Society, including membership and our annual conference can be found at <http://euspr.org/> .

Glen Mills Akademie Deutschland e. V.

Ziel ist die Schaffung von fairen Chancen des Heranwachsenden für junge Menschen durch Staat und Gesellschaft unter Berücksichtigung der Idee der Glen Mills Schools u. aktueller sozialwissenschaftlicher, insbesondere kriminologischer Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis über die Bedeutung der Bedingungen des Aufwachsens für eine gelungene Integration in die Gesellschaft.

Seit Gründung im Jahre 2000 fördert die GMAD e. V. *finanziell, rechtlich u. konzeptionell von den Glen Mills Schools, USA unabhängig* die Jugendarbeit auf überregionaler u. regionaler Ebene sowie soziale u. kommunalpol. Projekte, Fortbildungs-, Schulungs- u. präventive Interventionsprogramme, Vorträge, Seminare auf der Basis neuester Erkenntnisse zur Wirkung solcher Programme als auch die Entwicklung und Durchführung von individuellen Einzelinterventionen, insbesondere an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung u. Justiz. Die Vernetzung mit anderen Organisationen, insbesondere in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung u. Ausbildung sowie die Zusammenarbeit mit örtlichen Präventionsgremien wird angestrebt.

Die Förderung der nationalen und internationalen Kooperation & Kommunikation im Sinne der Zielsetzungen, insbesondere im regen Austausch mit Wissenschaftlern, Praktikern, Organisationen u. Verbänden aus den USA, haben zu zahlreichen langjährigen internationalen Kontakten u. Netzwerken geführt.

Initiative „Kein Raum für Missbrauch“

Sexualisierte Gewalt gehört noch immer zum Grundrisiko einer Kindheit in Deutschland. Die Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung hat zum Ziel, dass alle Einrichtungen und Organisationen in Deutschland wie Schulen, Kindertagesstätten, Heime, Sportvereine, Kliniken, Kirchengemeinden ebenso wie Anbieter von Kinder- und Jugendreisen und Internetdiensten Schutzkonzepte zu Prävention und Intervention von Missbrauch einführen. Mit Schutzkonzepten sollen alle Räume, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, zu Orten und Erfahrungsräumen werden, an denen sie wirksam vor sexueller Gewalt geschützt sind und wo sie Hilfe erhalten, wenn sie anderswo Missbrauch erfahren. Die Initiative richtet sich an alle, die in Einrichtungen und Organisationen tätig sind, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben und stellt eine Fülle von Informationsmaterialien zu Schutzkonzepten für verschiedene Handlungsfelder bereit. Informationen und kostenlose Materialien zum Bestellen sind auf der Website www.kein-raum-fuer-missbrauch.de zu finden.

Mit dem besonderen Fokus auf Schulen wurde die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ entwickelt. Sie unterstützt Schulen in der Kommunikation über sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen, verdeutlicht die Notwendigkeit schulischer Schutzkonzepte und gibt fachliche Hilfestellung bei der Entwicklung eines passgenauen Schutzkonzepts. Sie bietet Schulleitungen, Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal Materialien, die gemeinsam mit den Kultusbehörden der Länder und Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis erarbeitet wurden. „Schule gegen sexuelle Gewalt“ ist im September 2016 gestartet. Bis Ende 2018 werden die weiteren Länder folgen, so dass die mehr als 30.000 Schulen in Deutschland mit der Infomappe „Schule gegen sexuelle Gewalt“ erreicht werden.

Das Fachportal www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de bietet darüber hinaus einen praxisnahen Leitfaden und ein Nachschlagewerk mit länderspezifischen Informationen.

Weitere Informationen und Hilfe unter:

www.beauftragter-missbrauch.de

www.kein-raum-fuer-missbrauch.de

www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de

www.hilfeportal-missbrauch.de

Hilfetelefon Sexueller Missbrauch: 0800-2255530

Hilfetelefon Forschung: 0800-4455530 - @ubskm_de -

Twitter: @ubskm_de

Korean Institute of Criminology (KIC)

KIC (Korean Institute of Criminology) ist die staatliche Forschungseinrichtung für Kriminologie und Kriminalpolitik in Korea. Die Hauptaufgabe des in 1989 gegründeten Instituts liegt darin, kriminologische bzw. kriminalpolitische Forschungsprojekte zu betreiben, die die Themenbereiche „Kriminalprävention, Kriminaljustiz sowie Kriminalrecht“ umfassen.

An den 7 Forschungsabteilungen im KIC arbeiten mehr als 60 qualifizierte ForscherInnen, die über vielfältiges Fachwissen verfügen, z.B. Strafrechtswissenschaft, Kriminologie, Soziologie, Psychologie sowie weitere Sozialwissenschaften. Sie werden durch etwa 20 MitarbeiterInnen der zwei administrativen Abteilungen unterstützt. KIC hat bislang über 1.000 Forschungsberichte veröffentlicht und publiziert seit 1990 vierteljährlich die Fachzeitschrift „The Korean Criminological Review“. KIC hat in 1998 gemeinsam mit der „Internationalen Gesellschaft für Kriminologie“ den 12. Weltkongress der Kriminologie in Seoul veranstaltet. Seit 2004 ist KIC Mitgliedsinstitut der UNPNI (UN Crime Prevention and Criminal Justice Programme Network Institutes). Am 20.-22.8.2012 hat KIC zusammen mit der „Asian Criminological Society“ den 4. Asienkongress der Kriminologie in Seoul veranstaltet, und zwar mit dem Hauptthema „Development & Security: Rethinking Crime and Criminal Policies in Asia“.

In jedem Herbst findet das internationale KIC-Forum mit aktuellen Themen in der Kriminalpolitik. Im Übrigen arbeitet KIC im Rahmen des wissenschaftlichen Austauschabkommens mit dem MPI für Strafrecht (Freiburg), dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG) sowie dem DPT eng zusammen. Der internationale Austausch zwischen DPT und KIC seit 2009 bildet inzwischen eine Tradition der deutsch-koreanischen Partnerschaft der Prävention.

Kontakt:

Korean Institute of Criminology (KIC)
114 Taebong-no, Seocho-gu, Seoul
06764, Republic of Korea
Tel.: +82 2-3460-5180
Fax: +82 2-571-7488
Email: secretariat@kic.re.kr
Website: <https://eng.kic.re.kr/>

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen wurde 1979 mit der Zweckbestimmung „praxisorientierter Forschung“ gegründet. Zunächst war der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit die Untersuchung von Behandlungsmaßnahmen des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe. Bereits Anfang der 1980er Jahre wurde jedoch ein weiter gefasstes Forschungskonzept mit den Forschungsschwerpunkten „Täter“, „Opfer“ und „Institutionen“ entwickelt und umgesetzt. Neben der Genese von Kriminalität und ihrer Behandlung werden sowohl opferbezogene Fragestellungen als auch die Arbeit der verschiedenen Instanzen sozialer Kontrolle und Rechtspflege (Polizei, Justiz, Sozialarbeit, Strafvollzug) in den Blick genommen. Zudem werden neben den eher anwendungsorientierten Forschungsfragen auch theoriegeleitete und modellbildende Untersuchungen verfolgt. Seit den frühen 2000er Jahren werden vom KFN zunehmend auch Fragen des präventiven Umgangs mit Kriminalität und sozialschädlichem Verhalten in den Fokus genommen.

Für die Bearbeitung der wissenschaftlichen Forschungsfelder ist die interdisziplinäre Ausrichtung und Zusammensetzung des Instituts von zentraler Bedeutung. Dabei stehen die Disziplinen Psychologie, Soziologie und Rechtswissenschaft zwar im Vordergrund, je nach Fragestellung, Zugang und Verwendung der Forschung ergänzen aber auch Forscher aus den Kultur-, Gesundheits-, Kommunikations- und anderen Wissenschaften das Team des KFN.

Es ist nicht alleinige Aufgabe des Instituts, wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen und die Forschungsergebnisse anschließend in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, Monographien und Buchreihen zu publizieren. Zu den zentralen Aufgaben des Instituts gehört es auch, für den Transfer der kriminologischen Forschungsergebnisse in die Praxis Sorge zu tragen und sich mit den Erkenntnissen der kriminologischen Forschung aktiv an der Diskussion der einschlägigen Themen in Medien, Öffentlichkeit und Politik zu beteiligen. Schließlich bringt das KFN seine Expertise an den benachbarten Universitäten und Hochschulen in die Lehre ein und es eröffnet vielen Studierenden die Möglichkeit, als Praktikanten oder wissenschaftliche Hilfskraft forschungspraktische Erfahrungen zu sammeln.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kfn.de

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

Im Freistaat Sachsen existieren vielfältige Präventionsinitiativen und -gremien von staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Der Landespräventionsrat (LPR SN) ist ein Dach, um bestehende Präventionsstrukturen zu verknüpfen und zu unterstützen sowie neue Impulse für die Weiterentwicklung zu geben.

Der LPR Sachsen arbeitet u. a. in den Feldern frühkindliche und schulische Prävention, Kommunale Prävention, Suchtprävention, Bekämpfung häuslicher Gewalt, Sport und Sicherheit, Demokratiestärkung und Extremismusprävention, Verkehrssicherheit sowie Digitale Medien.

Der LPR Sachsen etabliert aktuell die Strategie „Prävention im Team“ (PiT) als Kooperation von Schule, Kommunalverwaltung und Polizei für eine umfassende (vor-)schulische Prävention in Anlehnung an CTC, er ist verantwortlich für das AUSSTEIGERPROGRAMM Sachsen (www.steig-aus.de), zeichnet für zahlreiche Gremien auf Landesebene verantwortlich, stärkt die Kommunale Prävention – u. a. durch die Kooperation mit dem niedersächsischen Beccaria-Qualifizierungsprogramm „Fachkraft für Kriminalprävention“, führt zahlreiche Fachveranstaltungen durch – z. B. den Landes-Präventionstag Sachsen im Zweijahresrhythmus und ist für Förderprogramme im Präventionsfeld zuständig.

Im Jahr 2018 begeht der LPR Sachsen sein 10-jähriges Jubiläum und der DPT ist in diesem Jahr bereits zum dritten Mal in Sachsen.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)
Wilhelm-Buck-Straße 4
01095 Dresden
E-Mail: svn.forkert@smi.sachsen.de
landespraeventionsrat@smi.sachsen.de
Webseite: www.lpr.sachsen.de

Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.

Das Hilfswerk der Deutschen Lions e. V. engagiert sich nachhaltig für eine bessere Welt, indem es sich gemäß der Ziele und ethischen Grundsätze der Lions für Völkerverständigung und Chancengleichheit einsetzt. Das Hilfswerk der Deutschen Lions e. V. betreut für die deutschen Lions Clubs Hilfsprojekte in der ganzen Welt und informiert, berät und unterstützt beim Lions-Jugendaustausch (Lions Youth Exchange) und bei Lions-Quest.

Lions-Quest und der internationale Lions Youth Exchange bilden gemeinsam mit Kindergarten plus und dem Grundschulprogramm Klasse2000 unter dem Schirm „Stark fürs Leben“ eine einzigartige Präventionskette der deutschen Lions.

Lions-Quest ist das Lebenskompetenzprogramm für junge Menschen. Das Fortbildungsprogramm für Lehrer/innen und verwandte Berufsgruppen besteht aus den drei Seminaren „Erwachsen werden“, „Erwachsen handeln“ und „Zukunft in Vielfalt“ mit dem Ziel der nachhaltigen Lebenskompetenzförderung junger Menschen von 10 bis 21 Jahren. In mehrtägigen Seminaren erlernen die Teilnehmer/innen dazu praxisnahe Methoden und vielfältige Werkzeuge zur unmittelbaren Umsetzung im Schulalltag.

Als Präventionsprogramm wirkt sich Lions-Quest positiv auf das Klassenklima und die Lernatmosphäre aus und erweitert den Handlungsspielraum und das Rollenverständnis bei Lehrerinnen und Lehrern. Lions-Quest „Erwachsen werden“ stärkt die Gesundheit und Resilienz bei Kindern und Jugendlichen von 10 bis 14 Jahren. Lions-Quest „Erwachsen handeln“ fördert die Selbstwahrnehmung und das Demokratieverständnis bei 15 bis 21-Jährigen und erleichtert den Übergang von Schule zum Beruf. Das Seminar zu Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ befähigt die Teilnehmer/innen Prozesse in kulturell heterogenen Gruppen zu begleiten und zu steuern. Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ erweitert bei Jugendlichen von 10 bis 21 Jahren, egal welcher Herkunft, interkulturelle Kompetenzen.

Sie haben Fragen? Wir sind gerne für Sie da:

www.lions-quest.de

Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

Das Nationale Zentrum für Kriminalprävention (NZK) ist eine vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat finanzierte kriminologische Arbeitsstelle zur Unterstützung der evidenzorientierten Kriminalprävention in Deutschland.

Es wurde Anfang 2016 auf Empfehlung der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“ im Expertendialog der Bundeskanzlerin gegründet und befindet sich in einer dreijährigen Aufbauphase. Organisatorisch und räumlich ist es an das Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK) angegliedert. Dem interdisziplinären Team des NZK stehen ein Fachbeirat und eine Steuerungsgruppe mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Praxis zur Seite.

Als eine Einrichtung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik & Praxis hat es die Aufgabe, Wissen über die Wirkung kriminalpräventiver Maßnahmen zu generieren, zu bündeln und adressatengerecht zu verbreiten. Zu diesem Zweck erstellen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen systematische Übersichtsarbeiten zu ausgewählten Themen der Kriminalprävention und führen in Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen und Präventionsakteuren empirische Evaluationsstudien durch.

Die verschiedenen Projektbereiche des NZK umfassen die Präventionsfelder politisch und religiöse Radikalisierung, Sexualdelinquenz, Gewalt im Fußball und jugendliche Mehrfachtäter.

Weitere Informationen und Veröffentlichungen finden sie unter www.nzkrim.de

Österreichischer Präventionskongress

Der 7. Österreichische Präventionskongress

Das Thema 2018 ist „Prävention und Zukunft – zwei unverzichtbare Erfolgsfaktoren für unsere Zukunft“

Prävention und Qualität bedeutet Zukunft

Hintergrund

Kriminalprävention ist eine komplexe und herausfordernde Tätigkeit. Ein wichtiges Thema dabei betrifft jedoch die Qualität und wie diese erfasst, vermittelt und angewendet wird.

Um wirksame und nachhaltige Erfolge zu erzielen, braucht man neben den richtigen Zutaten – Kompetenzen, Kontinuität, Motivation ua. – auch die richtige Dosis an Qualität. Denn nur mit einem professionellen Zugang können wir langfristig Lebensqualität und Zusammenhalt generieren.

Prävention betrifft viele Themen, Disziplinen und Zielgruppen gleichzeitig und diese Komplexität braucht daher ein Bündel von qualitativen Maßnahmen. Daher widmet sich der diesjährige Kongress dem Thema Qualität und hinterfragt, wie man die täglichen Herausforderungen in der Prävention, in den Bereichen Bildung, Familie, Gesundheit, Jugend, Justiz, Politik, Sicherheit, Soziales, Sport, ... noch weiter optimieren kann.

Aktuelle Einschätzung

Die Notwendigkeit der Qualität in der Kriminalprävention sollte größere Beachtung finden. Das Aufzeigen von gravierenden Problemlagen (sexualisierte Gewalt off- und online, häusliche Gewalt, Mobbing und Cybermobbing, politisch und religiös motivierte Gewalt, Sucht ua.) – in Verbindung mit interdisziplinär zu erarbeitenden Lösungsansätzen – erhöht die Chance, Entscheidungsträger von der Notwendigkeit zu überzeugen, nötige fehlende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und neben großem Leid zu verhindern auch Geld zu sparen; den Prävention wirkt!

Der Österreichische Präventionskongress hat sich als zentrale Aus-, Fort und Weiterbildungsveranstaltung etabliert. Als Plattform und Treffpunkt vernetzt er internationale ExpertInnen mit MultiplikatorInnen und PraktikerInnen aus den Bereichen Prävention, Intervention, Beratung sowie Eltern und Jugendliche.

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen und wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb verfolgt das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen und andere Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u. a. um Gewalt-, Drogen- oder Diebstahlsprävention. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen - von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten. Aktuelle Handlungsfelder sind die Prävention von politisch motivierter Kriminalität, die Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien und die bundesweite Kampagne mit der Wirtschaft zum Einbruchschutz: „K-Einbruch“. Zudem kam 2017 das Thema Opferschutz hinzu.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Telefon: 0711-5401-2062

Fax: 0711-2268000

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

proVal

proVal entwickelt in enger Kooperation mit Experten aus Wissenschaft und Praxis professionelle Lösungen für die Optimierung und Evaluation von Programmen und Projekten, die Verbesserung von Arbeits- und Kooperationsbeziehungen und die Erschließung neuer Wissensgebiete. Unsere vielfältigen Analyse- und Beratungsansätze schaffen eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung Ihrer Programme, Projekte und Einzelmaßnahmen.

- Unsere Zielworkshops helfen Ihnen bei der Festlegung realistischer Ziele und Maßnahmen.
- Unsere wirkungszentrierte Evaluation bietet die Gewähr für effektive Programme und Projekte.
- Unsere innovativen Netzwerkanalysen unterstützen Sie bei der Optimierung von Kooperationsstrukturen und Informationsflüssen.
- Anwendungsorientiertes Wissen und neue Handlungsansätze erarbeiten wir in enger Kooperation mit Universitäten, Fachhochschulen und Projektträgern

Unsere Auftraggeber sind u.a.:

- Bundesministerium des Inneren
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Deutsche Bahn AG
- Deutscher Kinderschutzbund e.V.
- Innenministerium Baden-Württemberg
- Jugendförderung der Stadt Braunschweig
- Landespräventionsrat Niedersachsen
- Landesstelle Jugendschutz
- Medizinische Hochschule Hannover
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen
- Sächsisches Staatsministerium des Innern
- Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- Universität Bielefeld

Für weitere Informationen stehen Ihnen Dr. Olaf Lobermeier und PD Dr. Rainer Strobl jederzeit gern zur Verfügung.
www.proval-services.net

Radicalisation Awareness Network – RAN

The Radicalisation Awareness Network (RAN) connects first-line practitioners around Europe working daily with those vulnerable to radicalisation, as well as those who have already been radicalised. As teachers, social workers, community police officers, etc. they are engaged in preventing and countering radicalisation and violent extremism in all its forms, or in reintegrating violent extremists. Since it was founded in 2011 by the European Commission, RAN has attracted over 3000 professionals.

First-line practitioners gather in 9 Working Groups focusing on different issues: Communication and Narratives, Education, EXIT, Youth Families and Communities, Local Authorities, Prison and Probation, Police and Law Enforcement, Remembrance of Victims of Terrorism and Health and Social Care.

The RAN Centre of Excellence acts as a hub for connecting, developing and disseminating expertise. It supports and coordinates RAN, and fosters an inclusive dialogue between practitioners, policy makers and academics. The CoE develops knowledge, and supports both the European Commission – which funds RAN – and the EU Member States. Trainings, workshops and counselling are provided.

The *RAN Collection* provides insights into the network's expertise and experiences. It presents approaches to preventing and countering radicalisation leading to violent extremism. Responding to the needs of policy-makers and national authorities, the RAN CoE consolidates expertise in accessible *Policy and Issue Papers*.

More information on RAN: ec.europa.eu/ran

Stiftung gegen Gewalt an Schulen / Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden wurde nach dem Amoklauf im März 2009 gegründet und im November desselben Jahres in die Stiftung gegen Gewalt an Schulen überführt.

Ziel der Stiftung ist es, den Ursachen und der Entwicklung von Gewalt im schulischen Raum präventiv zu begegnen, Früherkennung möglicher exzessiver Gewaltereignisse zu unterstützen und politische Entscheidungsträger im Bereich der Sicherung privaten Waffenbesitzes zu beraten.

- Primärer Tätigkeitsbereich der Stiftung ist die Prävention gewalthaltigen Verhaltens junger Menschen im schulischen Bereich. Hierzu bietet die Stiftung eigene Programme, Workshops und Schulungen für alle am schulischen Leben Beteiligten an. Zur Gewährleistung der Qualität der Präventionsprogramme kooperiert die Stiftung mit erfahrenen Partnern in diesem Bereich.
- Zur Unterstützung der Früherkennung möglicher Gewalttaten bietet die Stiftung in Kooperation mit dem Kriminologischen Lehrstuhl der Justus-Liebig-Universität, Gießen, ein Beratungsnetzwerk Amokprävention an.
- Im Bereich der Medienberichterstattung bei Großschadensereignissen arbeitet die Stiftung mit der Deutschen Journalistenschule, dem Netzwerk Recherche und dem Dart Center zu Themen des angemessenen sensiblen Umgangs mit traumatisierten Gesprächspartnern zusammen.
- Neben der Beratung politischer Gremien zu Fragen der Sicherung privaten Waffenbesitzes arbeitet die Stiftung regional mit Einrichtungen der Jugendgerichtshilfe in Fällen von Bedrohungen im schulischen Kontext zusammen.

Weitere Informationen:

www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de

info@stiftung-gegen-gewalt.de

Stüllenberg Stiftung

Seit ihrer Gründung im Jahr 1995 fördert und fordert die Stiftung anwendungsorientierte Forschung zur Vermeidung von Kriminalität sowie deren Umsetzung und Evaluation.

Neben Entwicklung, Durchführung und Implementierung einer Vielzahl unterschiedlicher eigener Forschungsprojekte hat die Stiftung 2001 eine deutschlandweite Qualifizierungssoffensive für Mitglieder kriminalpräventiver Gremien aufgelegt, in der Folge wurde der jährlich mit 50.000 € dotierte Deutsche Förderpreis Kriminalprävention ausgelobt.

In der ersten Dekade des neuen Jahrtausends wurde -sicher auch durch die Arbeit der Stiftung- zunehmend erkannt, dass wirkungsvolle Kriminalprävention nur im Forschungs- und Umsetzungsverband unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen, Berufskompetenzen sowie gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch relevanten Organisationen erfolgreich sein kann.

Immer mehr Bedeutung erlangte so auch bis heute die sog. primäre Kriminalprävention. Damit rücken Bildung und Erziehung in einer Entwicklungsphase von Kindern und Jugendlichen, die (noch) keine konkrete ungünstige Prognose haben oder gar delinquent geworden sind, in den Fokus von Forschung, Initiativen und Projekten.

Das Engagement einer „Stiftung Kriminalprävention“ hat in diesem Kontext zunehmend eher Erklärungsbedarf als Verständnis ausgelöst.

So kam es in den vergangenen Jahren beim Stiftungsvorstand zu der Erkenntnis, dass der Name der Körperschaft nicht mehr angemessen erscheint. Und nachdem die Kooperationspartner ohnehin schon seit der Gründung häufig von „Stüllenberg Stiftung“ gesprochen haben, lag der Namenswechsel nahe, den die Stiftungsbehörde Münster Anfang 2017 anerkannt hat.

Was unverändert bleibt, sind die Ziele der Stiftung und deren Steuerung durch Mitglieder der Familie Stüllenberg im Vorstand.

Erfahren Sie mehr:

www.stuellenberg-stiftung.de

UN-Habitat

The United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat) has developed a unique position supporting urban development and the planning and building of a better urban future for next generations. This key process supports economic growth and social development, and reduces poverty and inequalities. UN-HABITAT established the Safer Cities Programme (SCP) in response to this predicament, to empower local authorities and other stakeholders in delivering urban safety and security, mainly in low- and middle-income countries. SCP aims to strengthen the capacity of local authorities to use good governance, appropriate urban planning and management, and reduction of acute vulnerabilities to diminish the incidence and impact of violence. The Safer Cities approach embraces a holistic and integrative solution to urban safety and security challenges, equipping and empowering cities to adopt strategies and action plans underpinned by inclusive partnerships that contribute to broad and equitable enjoyment of the urban advantage. Over the past 20 years, the programme has implemented effective urban safety and security programmes in over 80 cities and towns worldwide.

Following the adoption of the New Urban Agenda at the Habitat III Summit in Quito in October 2016, UN Habitat is assigned as the UN focal agency for its implementation that will include the elaboration of UN systemwide Guidelines on Safer Cities.

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC)

UNODC is the lead United Nations entity to assist Member States in addressing the threat posed by drugs, crime and terrorism. Headquartered in Vienna, Austria, UNODC has a network of more than 50 field offices around the world, covering over 150 countries. The Office facilitates the ratification and implementation of the relevant United Nations conventions, as well as the application of the United Nations standards and norms in crime prevention and criminal justice through a range of actions, including: generating, analysing and exchanging comparative data on transnational threats; promoting cross-border cooperation; ensuring access to technical expertise, global knowledge products and best international practices to prevent and fight crime; and promoting criminal justice reform, law enforcement, drug demand reduction, and HIV and AIDS prevention.

The prevention of crime lies at the heart of the work of the Office, which is the custodian of the *United Nations Convention against Transnational Organized Crime*, the *United Nations Convention against Corruption*, as well as standards and norms, including the Guidelines for the Prevention of Crime and the *Guidelines for Cooperation and Technical Assistance in the Field of Urban Crime Prevention*. Recognizing the multiple causes of crime, UNODC promotes strategies and programmes which are multi-sectoral and evidence-based, and which favour a participatory approach. UNODC actively contributes to international and national efforts to prevent and control crime, and assists requesting States with enhancing the capacity of key crime prevention actors and systems to operate more effectively, with particular attention to vulnerable groups.

www.unodc.org

Violence Prevention Alliance (VPA)

The Violence Prevention Alliance (VPA), which is led by the World Health Organization, is a network of governmental organizations, international agencies, nongovernmental organizations, and research institutions working to prevent violence.

VPA participants are committed to an evidence-based public health approach that targets the risk factors leading to violence and promotes multi-sectoral cooperation. The VPA aims to contribute to the implementation of the violence-related sustainable development goals, in particular targets 16.1, 16.2 and 5.2 and concentrates primarily on interpersonal violence – including child maltreatment, youth violence, intimate partner and sexual violence, and elder abuse.

The VPA was officially launched in January 2004 at the first Milestones in a Global Campaign for Violence Prevention meeting. Since then the VPA has grown from a dozen participants to over 70 today and includes participants such as the US Centers for Disease Control and Prevention, the United Nations Development Programme (UNDP), the United Nations Children’s Fund (UNICEF), the United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), the World Bank, the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, and the Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

The VPA provides an opportunity for various types of organizations (governmental, non-governmental, research, and private) from all sectors (health, justice, education) with an international reach to unite around a shared vision and approach to violence prevention that works both to address the root causes of violence and to improve services for victims.

WEISSER RING e. V.

Kriminalprävention ist eine der zentralen Aufgaben des WEISSEN RINGS, der seit 40 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark.

Der WEISSE RING hat über 100.000 Förderer. 3.000 ehrenamtliche, professionell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Altersklassen und aus unterschiedlichen Berufen stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden, begleiten bei Gängen zur Polizei oder zu Gerichten und vermitteln materielle Hilfen.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Denn Kriminalprävention ist der beste Opferschutz!

Durch die Erfahrungen aus der Opferhilfe kann der WEISSE RING wie keine andere Organisation die Interessen der Opfer und den Opferschutz in die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Kriminalprävention einbringen. Der WEISSE RING setzt sich mit überregionalen und lokalen Maßnahmen für die Kriminalprävention ein.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	44
Trägergesellschaft DVS	45
Kongressorganisation	46
Programmbeirat des 23. Deutschen Präventionstages	48
DPT-News	50
DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i)	52
Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen (pufii.de)	54
Webinare	56
Suchportal dpt-map.de	58

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der Deutsche Präventionstag wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der Deutsche Präventionstag auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnisse aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Trägersgesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner) und das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

Kongressorganisation

Veranstalter

DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Geschäftsstelle

Geschäftsführer und Kongressleiter
Erich Marks

Leitende Projektmanagerin, Internationale Kontakte
Dr. Claudia Heinzelmann

Projektmanagerin, Kongress- und Teilnehmermanagement
Tana Franke

Projektmanager, Öffentlichkeitsarbeit und Social Media
Dr. Malte Strathmeier

Assoziierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Akquise, dpt-map
Jennifer Bergs

Webdesign, Internetkonzeption und -beratung
Rolf Grimmer

Finanzverwaltung und Lektorat
Karla Marks

Redaktion Daily Prevention News
Anna Rau

Konferenzorganisation „Countering Violent Extremism – CVE“
Catrin Trautmann

Wissenschaftliche Beraterinnen und Berater

Prof. Dr. Marc Coester
Frederick Groeger-Roth
Dr. Burkhard Hasenpusch
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner (Kongresspräsident)
Susanne Kirchhoff

Repräsentanz

Österreich
Prof. Dr. Christian Grafl

Ukraine
Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak

Programmbeirat des 23. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 23. Deutschen Präventionstages sind:

- **Heike Bartsch**
Regierungsdirektorin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin

- **Prof. Dr. Marc Coester**
Wissenschaftlicher Berater des Deutschen Präventionstages, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

- **Stefan Daniel**
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Bonn

- **Sven Forkert**
Geschäftsführer des Landespräventionsrates Sachsen (LPR SN), Dresden

- **Prof. Dr. Helmut Fünfsinn**
Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln

- **Dr. Claudia Heinzemann**
Leitende Projektmanagerin des Deutschen Präventionstages, Hannover

- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**
DPT-Kongresspräsident, Tübingen

- **Erich Marks**
Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover

- **Andreas Mayer**
Mitglied des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung für
Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln
- **Joachim Schneider**
Geschäftsführer ProPK – Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes, Stuttgart
- **Cèline Sturm**
Kordinatorin im Fachbereich Prävention im WEISSEN
RING e. V., Mainz
- **Aline Söhnel**
Landeshauptstadt Dresden, Geschäftsstelle Kriminal-
präventiver Rat, Dresden
- **Daniel Wolter**
Bundesgeschäftsführer des DB-Fachverbandes, Köln

DPT-News

Die tägliche Präventions-News des DPT

Jeden Tag informiert der Deutsche Präventionstag mittels einer aktuellen täglichen Kurzmeldung des Geschäftsführers Erich Marks über Dokumente, Veranstaltungen und Hintergrundmaterialien aus den Bereichen Präventionspraxis, Präventionsforschung und Präventionspolitik.

Diese tägliche News veröffentlicht der Deutsche Präventionstag speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention und angrenzender Präventionsbereiche seit Juli 2011 auf seiner Internetseite, sowie auf Twitter und Facebook.

Es besteht auch die Möglichkeit, die Präventions-News als kostenlose E-Mail zu abonnieren und zwischen einem täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Versand zu wählen.



Die internationale „Daily Prevention-News“ des DPT

Seit Dezember 2017 versendet der DPT zusätzlich zur deutschen eine tägliche internationale Nachricht – die *Daily Prevention News (DPN)* in englischer Sprache.

Dabei handelt es sich um Hinweise aus der internationalen Präventionsarbeit. Sie beinhalten Informationen über Veranstaltungen, Berichte, Dokumente, politische Entscheidungen und Ankündigungen internationaler Organisationen aus den Bereichen Präventionspraxis, Präventionsforschung und Präventionspolitik aus aller Welt. Die DPN werden verfasst von Anna Rau, Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS).

Es besteht auch die Möglichkeit, die Präventions-News als kostenlose E-Mail zu abonnieren und zwischen einem täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Versand zu wählen.



DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i)

Das DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i) fördert den Dialog zwischen Präventions-Forschung, -Praxis und -Politik. Einen Schwerpunkt legt das Institut auf die Gewaltprävention.

Die Aufgaben des dpt-i liegen v.a. in der

- Vertiefung des Dialoges zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft über die Ergebnisse der Präventionsforschung mit dem Ziel einer stärkeren Wissensbasierung der Prävention
- Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zur Umsetzung von Forschungsvorhaben mit Praxisrelevanz
- Beratung des Deutschen Präventionstages und seiner Partnerorganisationen über die Ergebnisse und den Stand der Präventionsforschung
- Durchführung eigener Forschungsvorhaben mit der Perspektive der praktischen Anwendung der Forschungsergebnisse

Aktuell laufen beim dpt-i folgende Veranstaltungen und Projekte:

- Internationale Konferenz „Countering Violence and Extremism (CVE)“ in Kooperation mit verschiedenen nationalen und internationalen Partnerorganisationen
- Folgeveranstaltungen zum Symposium „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“ in Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule Berlin
- Assoziierte Partnerschaft im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt „Bewertung und Verbesserung der urbanen Sicherheit mit Hilfe von semantischen 3D-Stadtmodellen (Stadtsicherheit 3D)“.
- Forschungspartnerschaft mit dem vom BMBF geförderten Verbundprojekt „SiBa – Sicherheit im Bahnhofsviertel“ unter Leitung der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention

und Risikomanagement, Universität Tübingen, im Verbund mit der Universität Wuppertal

- Assoziierte Partnerschaft im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“
- Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen – pufii.de in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen und dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)



Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen (pufii.de)

Pufii.de ist die zentrale Informationsplattform für die Themen Integration und Prävention. Mit ihrer Hilfe soll die Arbeit und der Austausch aller integrativ und präventiv tätigen Fachkräfte gestärkt und erleichtert werden. Das bundesweite Portal dient als Informationsquelle, Ideenstifter und Vernetzungsforum.

Das Fachkräfte- und Informationsportal informiert über innovative Initiativen, kommende Veranstaltungen und aktuelle Fördermöglichkeiten. Durch die Handreichung von Materialien und die thematisch sortierte Informations-Datenbank etwa in den Kategorien Kommunen, Prävention, Arbeitsmarkt und rechtliche Grundlagen, wird eine aktuelle Übersicht geboten. Auf dem „Marktplatz“ können Sie eigene Interessen anmelden, diskutieren sowie das Schwarze Brett für die Verbreitung eigener Neuigkeiten oder Aufrufe nutzen. Der wöchentliche Newsletter von pufii.de informiert jeden Freitag über die aktuellen Themen der Woche. Es wird auf neue Initiativen, kommende Veranstaltungen, Förderprogramme sowie Publikationen hingewiesen.

Rechtzeitiges Ansetzen, Nachhaltigkeit und Koordination: Dies sind wesentliche Faktoren für eine erfolgreiche Integration neuzugewanderter Menschen. Aus diesem Grund wurde pufii.de geschaffen. Durch eine systematische Zusammenarbeit, den Austausch von Konzepten und Strategien sowie das schnelle Auffinden von Informationen wird ein wichtiger Beitrag für eine aktive Teilhabe aller Menschen und eine inklusive Gesellschaft geschaffen.

Ziel soll es sein, eine enge Zusammenarbeit der einzelnen haupt- und ehrenamtlichen Fachkräfte der Integrations- und Präventionsarbeit zu etablieren sowie eine ressourcenschonende und effiziente Arbeit zu gewährleisten.

Pufii.de ist eine gemeinsame Initiative der drei Organisationen:

- Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR)
- Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)
- Institut für angewandte Präventionsforschung des Deutschen Präventionstages (dpt-i)

Die drei Organisationen arbeiten als „Präventionszentrum im Torhaus“ eng zum Thema der kommunalen Kriminalprävention zusammen. Pufii.de ist ihr präventiver Beitrag für eine bundes- und landesweit gelingende Integration.



Webinare

Das DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i) bietet seit 2016 Webinare an. Webinare sind Seminare, die online im World Wide Web angeboten werden. Sowohl die Referentinnen und Referenten als auch die Teilnehmenden können bequem von zu Hause oder von ihrem Arbeitsplatz an einem Webinar teilnehmen. Einzige Voraussetzung sind ein Computer und eine ausreichende Internetverbindung.

Während des Webinars können die Teilnehmer und Teilnehmerinnen das Live-Video der Vortragenden und die Präsentation nach ihren Vorlieben vergrößern oder verkleinern. Durch eine Chatfunktion können sie Fragen und Kommentare posten, auf die ein Moderator eingeht und an die Vortragenden weiterleitet.

2016 hatte das dpt-i eine Kooperation mit dem Radicalisation Awareness Network (RAN) und bot erstmals vier Webinare an, die in der DPT-Online-Dokumentation als Aufzeichnung angesehen werden können.

2017 kooperierte das dpt-i im Rahmen des EU-Projektes „Local Institutions against violent Extremism (LIAISE 2)“ mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS). In dieser Kooperation sind insgesamt acht Webinare entstanden, die ebenfalls auf der Website des DPT abrufbar sind.

Im Januar 2018 startete das dpt-i eine neue Reihe mit seinen Partner-Organisationen. Insbesondere mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS), dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (Efus), dem WEISSEN RING, dem Deutschen Forum Kriminalprävention (DFK), dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK), dem DBH – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) sind Webinare in Vorbereitung oder bereits durchgeführt worden.

Die aktuellen Webinar-Termine werden auf der DPT-Webseite angekündigt. Ebenso ist eine Online-Anmeldemöglichkeit vorhanden.



Suchportal dpt-map.de

Die Webseite „DPT-Map“ sucht gezielt nach Projekten, Maßnahmen, Institutionen und Personen aus dem Arbeitsfeld der Kriminalprävention. Die Quellen für die Suche nach Stichworten und Schlüsselbegriffen sind bereits im Internet veröffentlichte thematische Datenbanken ausgewiesener Fachorganisationen.

Zum Start von „www.dpt-map.de“ im Oktober 2010 konnte innerhalb von 2.462 Datensätzen recherchiert werden, auf der Basis der Internetseiten des Deutschen Präventionstages und des Landespräventionsrates Niedersachsen. Zum Stand vom 13.05.2018 verweisen 28.136 Datensätze auf 5.549 unterschiedliche Webseiten.

Die Einbeziehung weiterer Fachorganisationen als Partner erfolgt kontinuierlich. Institutionen, die an einer Partnerschaft und der Verlinkung ihrer Datenbanken interessiert sind senden bitte eine E-Mail an die Redaktion: dpt@praeventionstag.de.



Plenen

	Seite
Eröffnungsplenum	60
Abendempfang	63
Abschlussdiskussion	64

Eröffnungsplenum

11. Juni 2018 von 11:00 bis 12:30 Uhr
ICD – Großer Saal

BEGRÜSSUNG



Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages

PANEL POLITIK



Dr. Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Foto © Jesco Denzel



Michael Kretschmer
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
und Schirmherr des 23. DPT

Foto © Jan Kopetzky



Detlef Sittel
Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt
Dresden in Vertretung des Oberbürgermeisters
Dirk Hilbert

Foto © Michael Schmidt

PRÄVENTIONSREDE 2018



Prof. Dr. Ute Frevert
Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Foto © David Ausserhofer

PANEL PRAXIS



Melanie Blinzler
Präventionsrat Oldenburg



Dr. Götz Nordbruch
ufuq.de



Rita Salgmann
Vorsitzende der Kommission Polizeiliche
Kriminalprävention



Maarten van de Donk
Radicalisation Awareness Network

MODERATION

- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**, Kongresspräsident
- **Erich Marks**, Geschäftsführer DPT
- **Astrid Pawassar**, MDR

KABARETTISTISCHE FATIΗ-MORGANA

Fatih Çevikkollu

Abendempfang

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden und der Landespräventionsrat Sachsen laden alle registrierten Kongressteilnehmenden zum Abendempfang anlässlich des 23. Deutschen Präventionstages in Dresden

**am Montag, 11. Juni 2018, um 19 Uhr,
in die VIP-Lounge des DDV-Stadions Dresden,
Lennéstraße 12, 01067 Dresden,**

sehr herzlich ein.

Vom Tagungsort ICD zum Stadion werden Bus-Shuttle und geführte Spaziergänge (ca. 40 min. Fußweg) angeboten.

Für die musikalische Umrahmung sorgen die Reggae- & Skaband „Yellow Umbrella“ sowie DJane Frau Richter. Es erwartet Sie eine tolle Stadionatmosphäre inkl. Führungen, Torwandschießen, XXL-Profitischkicker und gute Gespräche.

Bitte weisen Sie sich am Einlass mit dem Kongress-Namensschild aus.



Dresden.
Dresdener



Abschlussdiskussion

12. Juni 2018 von 15:15 bis 16:15 Uhr
ICD – Großer Saal

VOM RICHTIGEN UMGANG MIT GEWALT UND RADIKALITÄT



Dr. Katarina Barley
Bundesministerin der Justiz und für
Verbraucherschutz

Foto © Thomas Köhler / photothek



Prof. Dr. Andreas Beelmann
Universität Jena



Dr. Peter Frank
Generalbundesanwalt



Prof. Dr. Helmut Fünfsinn
Deutsche Stiftung für Verbrechens-
verhütung und Straffälligenhilfe



Holger Münch
Präsident des Bundeskriminalamtes

MODERATION



Dr. Ronen Steinke
Süddeutsche Zeitung

Foto © Peter von Felbert

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK



Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages

Einzelvorträge

	Seite
Ausweg Radikalisierung? Über unterschiedliche Gewaltmotive Prof. Dr. Rebecca Friedmann	78
Deeskalation und Konfrontation in Erziehung und Unterricht Tanjef Bourgett Andreas Klär	80
Projekt CONTRA – Ein Baustein in der Extremismusprävention Julian Ernst Dr. Ali Hedayat	82
Infovictims – Informieren leicht gemacht Barbara Wüsten	84
Integration geflüchteter Kinder beginnt in der Kita Katharina Hepke Christine Liermann Prof. Dr. Herbert Scheithauer	86
Extremismusprävention in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme Florian Gruber Saskia Lützing	88
PräDiSiKo – Prävention durch Kommunikation Günther Bubenitschek Sophie von Bissingen	90
Abenteuer Schutzkonzept – der Plan, die Um-Wege, das Ziel Heike Mann	92

	Seite
Jugendstudie zu Radikalisierung – erste empirische Befunde Laura-Romina Goede Dr. Nadine Jukschat Carl Philipp Schröder	94
Aussteiger in der schulischen Präventionsarbeit Antje Gansewig Dr. Maria Walsh	96
Rechtspopulismus als Herausforderung für die Prävention Dr. Björn Milbradt	98
Standards für die Kriminalprävention im WEISSEN RING Wolfgang Gatzke	100
Gewalt und Alkohol im Jugendalter – Forschung für die Praxis Thomas A. Fischer	102
Extremismus und Terrorismus – Strafverfolgung und Prävention Prof. Dr. Helmut Fünfsinn	104
Was ist und was heißt strategische Vorausschau? Dr. Norbert Reez	106
Rocker – Ambivalenzen einer Subkultur Bettina Zietlow	108

	Seite
Dynamiken der Extremismusprävention in Deutschland Katharina Leimbach	110
Unterrichten kontroverser Themen als Extremismusprävention Dr. Bernt Gebauer	112
Wirksames Vorgehen gegen rassistische Gewalt Maria Scharlau	114
Umgang mit Hochrisikofällen von Beziehungsgewalt Björn Maurer Uwe Stürmer	116
Vom Opfer zum Täter und zurück? Täter-Opfer-Statuswechsel Annemarie Schmoll Dr. Diana Willems	118
Hate Speech und Extremismus im Internet Dr. Benjamin Krause Georg Ungefuk	120
Ein Bekenntnis zu mehr europäischem Austausch & Kooperation Elizabeth Johnston Dr. Martin Schairer	122
Kommunikation in Zeiten von 4.0 (X.0) * Jürgen Brandt	124

	Seite
Einflussfaktoren des politischen Extremismus Prof. Dr. Dirk Baier Dr. Patrik Manzoni	126
Radikalisierungsprävention an Schulen. Evaluationsbefunde Dr. Birgit Glock Dr. Albrecht Lüter	128
Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller Oliver Malchow	130
Menschenhandel – Prävention und Kooperation Ulrike Richter Naile Tanis	132
Junge Menschen mit Behinderungen und Kriminalitätsprävention Dr. Diana Willems Dr. Annalena Yngborn	134
Gesellschaft Extrem – Radikalisierung und politische Gewalt Prof. Dr. Christopher Daase Prof. Dr. Nicole Deitelhoff Dr. Julian Junk	136
Evaluation der kommunalen Prävention Egon Wachter	138
Demokratielernen, politische Partizipation und Wertebildung mit Lions-Quest Dr. Peter Sicking	140

	Seite
Bodycams als Mittel der Prävention von Gewalt in der Polizei Prof. Dr. Dirk Baier Dr. Patrik Manzoni	142
Polizei macht Schule – Wirksamkeit gewaltpräventiver Maßnahmen Prof. Dr. Janine Neuhaus	144
Psychotherapeutische Beiträge zur Extremismus-Prävention Kerstin Sischka	146
Betreut und betrogen? Vermögensdelikte und Betreuung Prof. Dr. Thomas Görgen, Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier, Andreas David Peikert, Janna Wegmann	148
Bedrohungsmanagement bei Radikalisierungsprozessen * Mirko Allwinn Nils Böckler	150
Prävention salafistischer Einstellungen in sozialen Medien Canan Korucu	152
Lokale Identität: Ein Thema für kommunale Präventionsarbeit Janusz Biene	154
„Tell vor Gericht“: Erkenntnisse zur Theaterarbeit Maria Kamenowski Annina Sonnenwald	156

	Seite
Radikalisierungsprävention im Bund: „Demokratie leben!“ Dr. Iris Alice Muth, Dr. Katharina Penev-Ben Shahr	158
25 Jahre Klasse2000 – Strategien zur dauerhaften Verbreitung Julia Feldmann	160
MiMi – Gewaltprävention mit MigrantInnen für MigrantInnen Nadine Lange	162
AB-Bau von Gewalt durch Sicherheitstechnik und UM-Bau Detlev Schürmann	164
Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Erhebung 17/18 Lena Münch Prof. Dr. Verena Schreiber	166
Evaluationsansätze in der Islamismusprävention Dr. Andreas Armbrorst Dr. Simone Ullrich	168
Landesbildungszentrum Deradikalisierung Baden- Württemberg Asiye Sari-Turan	170
Schnittstellen: gemeinsame Herausforderungen Dr. Wolfgang Weissbeck	172

	Seite
Prävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus Dr. Götz Nordbruch Jamuna Oehlmann	174
X-Games – Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen Thomas Schneider Tilman Weinig	176
Gewaltprävention als Kompetenzfeld der Medizin Dr. Ulrike Böhm Dr. Gesine Märtens	178
Einbruchschutz und KfW-Förderung – Ein aktueller Sachstand Sabrina Mohr	180
Vorstellung des Projektes „NeDiS“ Uwe Röhrig Ruth Schröder	182
Der schmale Grat zwischen Hate Speech und Redefreiheit Prof. Dr. Marc Coester	184
Eine Region schafft Sicherheit Heiner Bernhard Prof. Dr. Dieter Hermann	186
Wege aus der Gewalt in der Ukraine Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak	188

	Seite
Spektrum Reichsbürger und Gefahren der Gewalt * Karoline Roshdi	190
Was tun bei (Cyber)Mobbing? Jürgen Schmidt	192
Konsequenzen der Medienberichterstattung über Pädophilie Daniela Stelzmann Jens Wagner	194
Maßnahmen zum Schutz geflüchteter Menschen auf Bundesebene Matthias Kornmann	196
Umgang mit radikalem Islamismus in Gerichts-/Bewährungshilfe Andreas Herbst	198
Biografische Funktionen radikaler Islamauslegungen Michaela Glaser	200
Modellprojekt „Sichere Adresse Neuenhagen“ Marcus Kober Janina Meyer-Klepsch Jürgen Schirrmeister	202
Kriminalpräventiver Nutzen von Dunkelfeldstudien der Polizei Dr. Eva Groß Dr. Lars Riesner	204
Rechtsextremismusprävention: Vom Spezial- zum Regelangebot Frank König	206

	Seite
Pädagogische Interaktionsdiagnostik Johann Schabert	208
Der Radikalisierungsprozess von Filiz G. Dirk Baehr	210
Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit Rita Salgmann Dr. Anke Schröder	212
Prävention von Radikalisierung in NRW-Justizvollzugsanstalten Yuliya Hauff	214
Umgang mit djihadistisch-islamistischer Propaganda im Netz Annika Hamachers	216
Videoüberwachung in Mannheim Christian Specht	218
Prävention /Delinquenz-Reduktion in der Mobilen Jugendarbeit Prof. Dr. Walther Specht	220
Bewährte Modelle der Radikalisierungsprävention verbreiten Franziska Heinze	222
„Prävention im Team“ (PiT) – CTC in Sachsen Doreen Gust	224
Salafismus bei Jugendlichen – Sensibilisierung von Familien Prof. Dr. Havva Engin	226

	Seite
Stadionsicherheit: von der Quadratur des Kreises * Dr. Tillmann Schulze Dr. Christine Steinlin	228
Psychosoziale Prozessbegleitung für MigrantInnen Tina Neubauer Claudia Robbe	230
Handbuch der Extremismusprävention Dr. Uwe Kemmesies Karoline Weber	232
Sicherheit im Bahnhofsviertel. Erste empirische Befunde Ines Hohendorf Moritz Quel	234
Präventionsmanagement als Studiengang Prof. Dr. Udo Rudolph	236
Resonanzachsen und ideologische Deradikalisierung Frank Buchheit	238
Präventive Arbeit an Berufsbildenden Schulen Doris Göcke Günther Hoops	240
Narrativen zur Prävention von Radikalisierung im Internet Daniele Lenzo Colette Marti	242

	Seite
Restorative Circles – ein radikaler Ansatz in Konflikten Hannah Hartenberg	244
Fortentwicklung des Betäubungsmittelstrafrechts: „Drug Checking“ Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	246
Videos gegen Extremismus – Wirkung und Effektivität Brahim Ben Slama Anna Morton	248
Szeneviertel Äußere Neustadt – Sicher? André Barth	250
Probleme des Crowdfunding und präventive Regulierung in Korea Cheonhyun Lee Hark-Mo Daniel Park	252

Die mit * gekennzeichneten Programmteile beinhalten Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen



Prof. Dr. Rebecca Friedmann

Medical School Berlin (MSB)

Prof. Dr. phil., Professorin für Theorie und Praxis der Sozialpädagogik an der Medical School Berlin (MSB) & Geschäftsführerin der Denkzeit-Gesellschaft e.V., Arbeitsschwerpunkte: psychoanalytische Sozialpädagogik, Devianz und Delinquenz, Entwicklung von pädagogischen Einzeltrainingsprogrammen, pädagogische Diagnostik, Interaktionsgeschehen, psychosoziale Entwicklung, Deradikalisierung.

Ausweg Radikalisierung? Über unterschiedliche Gewaltmotive

Moderation: Anja Bohländer, Universität Erfurt

Gewalttätige Menschen unterscheiden sich hinsichtlich ihres Tatmotivs sehr voneinander. So könnte es sein, dass drei Jugendliche ein sehr ähnliches Verbrechen, z. B. eine schwere Körperverletzung begehen und sich dennoch in ihren Absichten deutlich voneinander unterscheiden; der eine Jugendliche schlägt das Opfer, um sein Ziel (z. B. die Herausgabe von Gegenständen) zu erreichen. Ein anderer schlägt zu, weil er auf eine Provokation und empfundene Demütigung reagieren will. Ein dritter Jugendlicher wird gewalttätig, ohne dass das Opfer dabei eine wesentliche Rolle spielt. Letzterer ist aus innerpsychischen Gründen dafür prädestiniert, sich als Mitläufer einer radikalen Gruppe anzuschließen.

Die Erfahrung zeigt, dass der Erfolg in der Arbeit mit den Tätern häufig davon abhing, ob es gelang, ihn in seiner Besonderheit zu verstehen und die pädagogischen, justiziellen und/oder polizeilichen Maßnahmen auf ihn abzustimmen.

Dieser Vortrag gibt Auskunft darüber welche interpersonellen und innerpsychischen Besonderheiten unterschiedliche Gewalttäter aufweisen und wer davon in Gefahr ist, sich zu radikalisieren, wenn er auf eine entsprechende Gruppe trifft.



Tanjeff Bourgett

Landesinstitut für Präventives Handeln



Andreas Klär

Landesinstitut für Präventives Handeln

Beide Referenten sind Mitarbeiter des Landesinstituts für Präventives Handeln (Saarland).

Deeskalation und Konfrontation in Erziehung und Unterricht

Moderation: Ralf Richter, Landeskriminalamt Sachsen

Handlungsfähig und professionell bleiben, gerade dann wenn es „schwierig wird“ – das ist das Ziel unserer Qualifizierungsreihe. Denn die Anfragen an unser Institut von Schulen, in denen es um Konflikte unter Einsatz von verbaler und körperlicher Gewalt geht, nehmen zu.

In unserer Qualifizierung verfolgen wir zwei Zielrichtungen gegen Gewalt an Schulen. Zum einen geht es um systematischen Beziehungsaufbau, denn gute, verlässliche und damit belastbare Beziehungen sind der wichtigste präventive Faktor zur Vermeidung von Gewalt.

Zum anderen möchten wir das Handlungsrepertoire der Teilnehmer in akuten Konfliktsituationen erweitern. Wir vermitteln Konzepte, mit deren Hilfe im akuten Konfliktfall die Zahl der Handlungsmöglichkeiten aller Handlungsparteien erhöht und der Konflikt gewaltfrei deeskaliert werden kann.

Die „Qualifizierungsreihe Deeskalation und Konfrontation“ wurde in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Konfrontative Pädagogik IKD entwickelt. Seit 2015 führt das LPH unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Schullandschaft alleine durch.

Die Qualifizierungsreihe umfasst 5 Blöcke à 2 Tage (jew. Fr./Sa). Die Schulleitung einer Schule meldet 2-3 Kollegen/ Multiplikatoren; Pädagogischer Tag und Möglichkeit der Zertifizierung im Anschluss



Julian Ernst

Universität zu Köln



Dr. Ali Hedayat

Bundeskriminalamt

Julian Ernst hat in Köln und Istanbul auf Lehramt studiert und ist zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Interkulturelle Bildungsforschung der Universität zu Köln. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich allgemeindidaktischer und medienpädagogischer Fragestellungen, der Peer- und Jugendforschung sowie der Radikalisierungsprävention.

Ali Hedayat studierte Politikwissenschaften in Bremen und Aarhus. Während seiner Promotion in Lucca (Italien), befasste er sich mit der Ideologie und der Kommunikation islamistischer und rechtsextremistischer Bewegungen. Er lehrte und forschte zu Protestbewegungen und politischer Gewalt in westeuropäischen Gesellschaften. Seit 2016 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt tätig. Sein Themenschwerpunkt liegt im Bereich der Extremismusprävention. Dort koordiniert er das interdisziplinäre EU-Forschungsprojekt CONTRA.

Projekt CONTRA – Ein Baustein in der Extremismusprävention

**Moderation: Anina Schwarzenbach, Max Planck Institut
für ausländisches und internationales Strafrecht**

Seit über einer Dekade sind Rechtsextreme und Islamisten mit Propaganda im Internet präsent. Durch den technologischen Fortschritt gehört der Umgang mit sozialen Medien zur gängigen Alltagspraxis vieler Jugendlicher. Unter ungünstigen Bedingungen können extremistische Botschaften Radikalisierungsprozesse initiieren oder befördern. Mit dem Ziel ein universell ausgerichtetes Präventionsprogramm für Schulen zu entwickeln und die Medienkritikfähigkeit junger Menschen zu fördern, hat das international und interdisziplinär aufgestellte EU-Forschungsprojekt CONTRA („Countering Propaganda by Narration Towards Anti-Radical Awareness“) Unterrichtsmaterialien erarbeitet, erprobt und evaluiert. Im Vorgehen und Detailgrad ist die Evaluation in Deutschland bislang einzigartig: die Kombination von experimenteller Überprüfung von Wirkungen, Interviews mit Lehrer*innen und Videografie konkreter Lernsituationen lässt fundierte Rückschlüsse auf Stärken und Schwächen der Lernarrangements zu.

Der Vortrag stellt die Genese von CONTRA vor und richtet Fragen an Politik, Forschung und Zivilgesellschaft. Hierbei wird die gesamtgesellschaftliche Bedeutung einer phänomenübergreifenden Extremismusprävention betont. Welche strategischen Entwicklungspotenziale liegen im vorgestellten Ansatz und lassen sich über den Kontext der Schule hinaus in weiteren Präventionskontexten bzw. Handlungsfeldern anwenden?



Barbara Wüsten

WEISSER RING e.V.

Barbara Wüsten

Referatsleiterin Opferrechte, Internationales und Ehrenamt

Rechtsanwältin und Mediatorin (MM)

seit 1987 beim WEISSEN RING

Arbeitsschwerpunkt Opferrechte, insbesondere Sozialrecht,
einschließlich europäischer Entwicklungen

Infovictims – Informieren leicht gemacht

Moderation: Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

“One of the most potent needs that many victims have is for information about the crime and what will happen next in their lives. Their lives have typically been thrown into chaos and they feel out of control. A way to regain control is to know what has happened and what will happen – when, where and how.” (UN Handbook on Justice for Victims)

Eines der wichtigsten Bedürfnisse, die viele Opfer haben, ist der Informationsgewinn über die Straftat und das, was als nächstes bevorstehen wird.

Die Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten, normiert umfangreiche Rechte für die Opfer, so auch das Recht auf Information. Mit dem 3. Opferrechtsreformgesetz, das am 3. Dezember 2015 verabschiedet wurde, wurden die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umgesetzt.

Als Partner des von der Europäischen Kommission geförderten Projektes Infovictims II hat der WEISSER RING e. V. Informationsmaterialien entwickelt, die Opfer von Straftaten über ihre Rechte informieren. Der Vortrag stellt das Projekt in seiner Gesamtheit vor und gibt einen Ausblick über weitere Entwicklungen. Die Webseite „Infovictims II“ mit umfangreichen, leicht verständlichen Informationen zum Strafverfahren sowie hilfreichen Kontakten und Formularen wird den Teilnehmern vorgestellt.

www.infovictims.de



Katharina Hepke

Papilio e.V.



Christine Liermann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)



Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Freie Universität Berlin

Katharina Hepke ist Gesundheitswissenschaftlerin mit dem fachlichen Fokus auf Gesundheitsförderung und psychische Widerstandskraft. Seit 2013 ist sie im Team des Sozialunternehmens Papilio und übernahm als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Jahr 2016 die Projektkoordination für die Entwicklung und Implementierung der Fortbildung Papilio-Integration.

Christine Liermann (geboren 1961), seit 1994 Staatsanwältin in NRW (Bonn), abgeordnet zum Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und seit 2010 tätig für die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK). Arbeitsschwerpunkt ist der Bereich der Entwicklungsförderung und Gewaltprävention (E&G), insbesondere im Setting Schule.

Univ.-Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Leiter des Arbeitsbereichs Entwicklungswissenschaft & Angewandte Entwicklungspsychologie an der Freien Universität Berlin. Mitentwickler von verschiedenen Präventions- und Fördermaßnahmen u.a. im Kindergarten (www.papilio.de), außerschulisch (www.fairplayer-sport.de) und in der Schule (www.fairplayer.de, www.netwass-projekt.de, www.medienhelden-projekt.de). Weitere Infos: www.developmental-science.de.

Integration geflüchteter Kinder beginnt in der Kita

Geflüchtete Kinder und deren Eltern haben sich besonderen Aufgaben zu stellen, um eine normale, positive Entwicklung zu durchlaufen und zu gestalten. Kulturelle Unterschiede und mögliche negative Erfahrungen (z.B. Diskriminierung) machen übliche Entwicklungsaufgaben (z.B. sozial-emotionale Kompetenz entwickeln) zur Herausforderung. Eine gelingende pädagogische Arbeit in Kitas kann diese Entwicklung positiv beeinflussen. Gleichzeitig erleben ErzieherInnen den Kita-Alltag geprägt von Handlungsunsicherheiten im Umgang mit, als oftmals fremd wahrgenommener, kultureller Unterschiedlichkeit. Das Sozialunternehmen Papilio implementiert bereits ein evidenzbasiertes und wissenschaftlich evaluiertes Präventionsprogramm in Kindertagesstätten, welches die sozial-emotionale Kompetenz fördert. Die aktuellen Herausforderungen ließ das DFK nun die wissenschaftlich fundierte Entwicklung einer Integrationsmaßnahme für Kindertagesstätten initiieren. Die Fortbildung Papilio-Integration zielt auf die Förderung der interkulturellen und pädagogischen Kompetenzen der ErzieherInnen im Umgang mit geflüchteten Kindern, sowie auf die Unterstützung einer wertschätzenden, kultursensitiven Erziehungspartnerschaft mit deren Eltern. Der Vortrag bietet einen Einblick in die wissenschaftlichen Hintergründe der Fortbildung, Ergebnisse erster begleitender Evaluationen sowie Erfahrungen in der Implementierung.



Florian Gruber

Bundeskriminalamt



Saskia Lützing

Bundeskriminalamt

Kriminalhauptkommissar **Florian Gruber** arbeitet seit 2010 bei der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) des Bundeskriminalamts. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Prävention politisch motivierter Kriminalität, wozu er bereits diverse Projekte leitete.

Dipl. Päd. **Saskia Lützing** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) im Bundeskriminalamt, wo sie bisher verschiedene Forschungsprojekte zu Radikalisierungsverläufen und zur Extremismusprävention leitete.

Extremismusprävention in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme

**Moderation: Prof. Dr. Marc Coester, Hochschule für
Wirtschaft und Recht, Berlin**

Nachdem im vergangenen Jahr bereits zur Präventionslandschaft 2014/2015 referiert und Optimierungspotentiale vorgestellt wurden, werden im diesjährigen Beitrag erste Zwischenergebnisse aus der Folgerhebung 2017/2018 vorgestellt und eine erste Bilanz gezogen – Wie gestaltet sich Extremismusprävention heutzutage? Und welche Entwicklungen und Trends zeichnen sich in der Projektlandschaft ab?



Günther Bubenitschek

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)



Sophie von Bissingen

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Günther Bubenitschek. Erster Kriminalhauptkommissar, seit 1976 Angehöriger der Polizei Baden-Württemberg. Breite Verwendung in der Schutz- und Kriminalpolizei. Seit 1996 Aufbau und Leitung eines Netzwerkes Prävention und Opferschutz in der Rhein-Neckar-Region. Zivilcouragetrainer, Referent für Mediensicherheit und Medienbildung, Außen-dozent an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Seit August 2017 Mitarbeit im Forschungsverbund PräDiSiKo als polizeilicher Experte in der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

Sophie von Bissingen. Geboren 1983 in Rottweil, ging es 2003 zum BA-Studium European Studies nach Eichstätt und Krakau. Nach dem Volontariat bei den Ruhr Nachrichten, weiteren Stationen als Lokal- und später Online-Redakteurin mit Schwerpunkt Social Media im Medienhaus Lensing, war sie zuletzt als Pressesprecherin der Firma Frankonia, Marktführer im Bereich Jagd und Sportschießen in Deutschland, tätig. Seit November 2017 ist nun PräDiSiKo das neue Revier von Sophie von Bissingen. Dort führt sie als Social-Media-Redakteurin den Dialog mit den Bürgern.

PräDiSiKo – Prävention durch Kommunikation

**Moderation: Bernd Fuchs, Kriminalistik C.F. Müller
Verlag Heidelberg**

Im Vortrag wird der Forschungsverbund PräDiSiKo vorgestellt. PräDiSiKo erforscht eine neue inhaltliche und technische Strategie, die es der Polizei ermöglicht, Präventionsbotschaften über soziale Netzwerke zu vermitteln. Die Möglichkeiten polizeilicher Präventionsarbeit werden analysiert, eine Kommunikationsplattform gestalterisch und technisch realisiert und wissenschaftlich betrachtet. Inhaltlich werden drei kriminalpräventive Ansätze – Gewalt, Hass im Netz und Radikalisierung www.infovictims.de zur Erhöhung der zivilen Sicherheit und zur Steigerung der Zivilcourage kommuniziert. Der Mitteleinsatz des Konzepts wird dabei in Relation zu den Folgekosten mangelnder Prävention gesetzt. Im Mittelpunkt der Interaktion stehen filmisch umgesetzte, realitätsnahe Szenarien, die in unterschiedlichen sozialen Netzwerken gestreut werden und zu Interaktion und Dialog anregen sollen. Die Ergebnisse können auch auf andere gesellschaftliche Bereiche, beispielsweise den Verbraucherschutz, Politische Bildung und die Gesundheitsprävention übertragen werden und zur grundlegenden Verbesserung der sicherheitsrelevanten Kommunikation beitragen. Die Plattform wird im November 2018 ihren Betrieb aufnehmen und erste Ergebnisse werden bei einer internationalen Arbeitstagung vorgestellt. Die Referenten führen als Experten-Tandem bei der Zentralen Geschäftsstelle des ProPK den Dialog mit den Nutzern.



Heike Mann

AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH

Heike Mann; Dipl.Soz.päd. (FH), Supervisorin, Coach, In-
soweit erfahrene Fachkraft, seit 1995 in der Kinder- und Ju-
gendhilfe tätig, zuerst in einer Kriseninterventionseinrichtung,
seit 1999 bei AWO Fachstelle zur Prävention sexualisierter
Gewalt an Mädchen und Jungen, seit 2011 Einrichtungsleiterin,
Tätigkeitsschwerpunkte: Fortbildung u.a. zu Themen wie
Kinderwohlgefährdung, kindliche und jugendliche Sexualität,
und sexualisierter Gewalt, Ausbilderin für Insooweit erfahrene
Fachkräfte nach §8a SGB VIII, Organisationsentwicklung
insbesondere bei der Entwicklung von Schutzkonzepten
gegen sexualisierte Gewalt; Unterstützung von Institutionen
nach sexualisierter Gewalt durch Mitarbeitende;

Fortbildungsfachkraft im Bundesmodellprojekt „Fortbildung-
soffensive 2010-2014“ und Fachkraft für Organisationsent-
wicklung im Bundesmodellprojekt „Beraten & Stärken“ 2015-
2018 nebenberufliche Tätigkeit als Supervisorin und Coach

Abenteuer Schutzkonzept – der Plan, die Um-Wege, das Ziel

Moderation: Angela Klier, Fv Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum Aue e.V.

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen haben ein hohes Risiko, Opfer von (sexualisierter) Gewalt zu werden. Deshalb stehen Einrichtungen, in denen diese Mädchen und Jungen betreut werden, in der Verantwortung die ihnen anvertrauten Kinder vor Gewalt, innerhalb und außerhalb der Einrichtung, zu schützen.

Die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes ist ein kraft- und zeitintensiver Organisationsentwicklungsprozess, der die Führungskräfte, die Mitarbeiter_innen, die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern einbindet. Der Prozess stellt Bewährtes in Frage, fördert Kreativität und macht das Handeln in der Institution transparenter und hinterfragbarer. Das ist anstrengend manchmal sogar mühselig, aber nicht nur Mädchen und Jungen profitieren davon, auch die Mitarbeiter_innen und die Einrichtung selbst. Eine weitere Herausforderung ist das Schutzkonzept im Alltag zu integrieren und dauerhaft mit Leben zu erfüllen.

In diesem Vortrag werden der Weg, die Hindernisse aber auch das Gelingen bei der Erarbeitung und der immer noch fortdauernden Implementierung eines Schutzkonzeptes gegen sexualisierte Gewalt in Heilpädagogischen Heim Bonnewitz aufgezeigt. Dies geschieht zunächst aus der Sicht der Einrichtung. Ergänzt wird diese Darstellung durch die Perspektive der das Heim seit 2013 begleitende Fachstelle zur Prävention sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen Shukura.



Laura-Romina Goede

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**



Dr. Nadine Jukschat

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**



Carl Philipp Schröder

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**

Laura-Romina Goede studierte Soziologie an der Universität Bielefeld und Internationale Kriminologie an der Universität Hamburg. Sie ist seit April 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V (KFN) tätig und arbeitet dort im Forschungsverbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention“ (RadigZ). Im Rahmen von RadigZ promoviert sie zum Thema „Radikalisierungsprozesse bei jungen Frauen“.

Dr. Nadine Jukschat ist Kulturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). Sie leitet dort das Forschungsverbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention“ (RadigZ). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Methoden rekonstruktiver Sozialforschung, Soziologie des Internets und Radikalisierungsforschung.

Carl Philipp Schröder arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) durchgeführten Projekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention“ (RadigZ). Er studierte Soziologie in Bielefeld mit den Schwerpunkten Gewalt- und Konfliktforschung sowie quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung.

Jugendstudie zu Radikalisierung – erste empirische Befunde

**Moderation: Thomas Müller, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Im Rahmen des 23. Deutschen Präventionstages 2018 sollen erste Ergebnisse einer quantitativen Befragung zum Ausmaß von Rechtsextremismus und Islamismus bei Schülerinnen und Schülern präsentiert werden. Auf der Grundlage dieser im Frühjahr 2018 stattfindenden Befragung in 9. Klassen an ausgewählten Standorten in Deutschland wird untersucht, welche unterschiedlichen Merkmale und Faktoren radikalierungshemmend und -fördernd auf Jugendliche wirken können. Ziel der Untersuchung ist es, Erkenntnisse zu Radikalisierungsrisiken zu gewinnen, die sich sowohl auf politischen, wie auch religiös motivierten Extremismus beziehen und die Rolle des Internets in diesem Zusammenhang berücksichtigen. Durchgeführt wird die Studie im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Verbundprojektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“. Das Verbundprojekt wird vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) in Hannover koordiniert. In acht Teilvorhaben werden Radikalisierungsprozesse analysiert und im Anschluss die Erkenntnisse für die Prävention aufbereitet. Die quantitative Befragung zur Ermittlung des Gefahrenpotentials für Radikalisierung unter Schülerinnen und Schülern sowie der Identifikation besonders vulnerabler Gruppen wird in dem vom KFN geleiteten Teilvorhaben II durchgeführt.



Antje Gansewig

**Landespräventionsrat
Schleswig-Holstein**



Dr. Maria Walsh

**Nationales Zentrum für
Kriminalprävention (NZK)**

Antje Gansewig, M.A. (Soziologie), ist seit 2013 Mitarbeiterin beim Landespräventionsrat im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein.

Maria Walsh ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie seit Januar 2017 stellvertretende Leiterin des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.

Aussteiger in der schulischen Präventionsarbeit

Moderation: Ralf Richter, Landeskriminalamt Sachsen

Aussteiger aus extremistischen Bezügen sind seit Jahren in der schulischen Präventionsarbeit tätig. Bisher existieren kaum empirisch fundierte Kenntnisse über die Wirkung solcher Präventionsmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund wird im Kontext des Kooperationsprojekts zwischen dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention und dem Landespräventionsrat Schleswig-Holstein die wissenschaftliche Begleitung einer schulbasierten Primärpräventionsmaßnahme eines Aussteigers aus dem Bereich Rechtsextremismus durchgeführt. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt im Rahmen einer Prozess- und Wirkungsuntersuchung an öffentlichen Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein. Im Ergebnis sollen Aussagen sowohl zur Präventionsmaßnahme als auch zu deren Wirkung hinsichtlich der zu beeinflussenden Variablen rechtsextreme Einstellungen, Kriminalität und Gewalt getroffen werden. Die Projektleiterinnen stellen das Projekt vor und gehen auf erste Ergebnisse ein.



Dr. Björn Milbradt

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Björn Milbradt, Dr. phil., ist Soziologe und Leiter der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ am Deutschen Jugendinstitut in Halle (Saale). Nach einem Promotionsstipendium am DFG-Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Marburg a.d. Lahn wechselte er an die Universität Kassel, wo er im Fachgebiet „Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung“ zu Wissen, Können und Professionalität im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe forschte. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Vorurteile und Autoritarismus, Radikalisierungsprozesse und die Evaluation von Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen. Zuletzt erschienen: Milbradt, B. (2018): „Über autoritäre Haltungen in ‚postfaktischen‘ Zeiten“, Budrich Verlag.

Rechtspopulismus als Herausforderung für die Prävention

Moderation: Achim Bröhenhorst, Landespräventionsrat Niedersachsen

Rechtspopulistische Bewegungen erweisen sich zunehmend als Herausforderung für die Präventionsarbeit. Einerseits haben sie mehr gesellschaftliche Legitimation als der „klassische“ Rechtsextremismus, andererseits sind sie Teil einer Entwicklung, in der das gesellschaftliche Klima zunehmend zu kippen scheint und auch Praktiker in (Sozial-)pädagogik und Prävention verstärkt mit lokalen Eskalationsdynamiken, Hate Speech und teils gewaltvollen Entwicklungen konfrontiert sind.

Während bis vor einigen Jahren noch eine relative Überschaubarkeit der rechtsextremen Szene, eine klarere Abgrenzbarkeit gegen die „Mitte“ der Gesellschaft gegeben schien, stellt der Rechtspopulismus diese in Frage und diffundiert in breitere Kreise der Gesellschaft. Quantitative Studien belegen eine zunehmende Ausgrenzungsbereitschaft und Gewaltakzeptanz im rechtspopulistischen Spektrum. Der Vortrag wird in einem ersten Schritt diese Entwicklung insbesondere an empirischen Ergebnissen der Surveyforschung skizzieren. Zweitens wird die Frage gestellt, inwiefern der Rechtspopulismus eine spezifische Herausforderung für die Bildungs- und Präventionspraxis vor Ort darstellt und ob und wie er als Phänomen vom Rechtsextremismus abgrenzbar ist. Drittens wird die Schlussfolgerung entwickelt, dass er nicht das vermeintlich „harmlosere“ Phänomen darstellt – Konsequenzen für Prävention und Bildung werden dargestellt.



Wolfgang Gatzke

WEISSER RING e.V.

Wolfgang Gatzke, 66 Jahre, Direktor Landeskriminalamt NRW a. D.

Seit 2014 ist Wolfgang Gatzke als Mitglied des Fachbeirates Kriminalprävention des WEISSEN RING e. V. in die Fortentwicklung von Strukturen, Maßnahmen und Projekten der opferbezogenen Kriminalprävention im WEISSEN RING e.V. sowie deren Umsetzung eingebunden. An der Ausgestaltung der „Standards für die Kriminalprävention im WEISSEN RING“ hat er mitgewirkt.

Schwerpunkte seiner Arbeit als Direktor des Landeskriminalamtes NRW von 2004 bis 2013 waren die Entwicklung von Landeskonzeptionen zur Bekämpfung von Korruptions-, Internet- und Organisierter Kriminalität, die Neuausrichtung polizeilicher Kriminalprävention in NRW sowie der Ausbau kriminalistisch-kriminologischer Forschung.

Als Mitherausgeber und Autor der Lehr- und Studienbriefe des VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH seit 2014, bearbeitete er zuletzt die Themenfelder häusliche Gewalt und Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum.

Standards für die Kriminalprävention im WEISSEN RING

Moderation: Andreas Mayer, Polizeipräsidium Heilbronn

Die Förderung der Kriminalprävention ist neben der Opferhilfe und dem öffentlichen Eintreten für Opferbelange ein wesentliches Satzungsziel des WEISSEN RING e.V.; dabei steht das Opfer im Mittelpunkt. Der WEISSE RING hat – ausgehend von der Grundaussage „Kriminalprävention ist der beste Opferschutz“ – in den zurückliegenden Jahren organisationsintern wesentliche Impulse gesetzt, um Maßnahmen und Projekte der opferbezogenen Kriminalprävention weiter zu stärken. Im Jahr 2017 hat er die durch den Fachbeirat Kriminalprävention entwickelte „Standards für die Kriminalprävention im WEISSEN RING“ verabschiedet.

Diese legen für die Organisation notwendige Strukturen und Prozesse fest, bieten Zielorientierung sowie einen verbindlichen Handlungsrahmen und enthalten Leitlinien und Hilfestellungen: Sie sollen die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Maßnahmen und Projekten gewährleisten. Sie betonen zudem die Notwendigkeit der Netzwerkarbeit mit anderen Präventionsakteuren.

Der WEISSE RING bringt als eine bundesweite Opferhilfsorganisation mit einem Netz von über 3000 ehrenamtlichen Mitarbeitern seine Erfahrung, Ideen und Forderungen aus Opferhilfe und Opferschutz in die Präventionsarbeit ein. Er verdeutlicht mit dem Qualitätsmanagement seine Professionalität und erweist sich damit zunehmend als relevanter Netzwerkpartner in der deutschen Präventionslandschaft.



Thomas A. Fischer

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Thomas A. Fischer, geb. 1981, ist wissenschaftlicher Referent in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München. Er studierte Erziehungswissenschaft, Psychoanalyse und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie Erziehungswissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Nach seinem Abschluss war er am Institut für Kriminologie Tübingen sowie am Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum tätig. Neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Referent promoviert Thomas A. Fischer an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Seine Forschungsschwerpunkte sind Jugendkriminologie, Sozialisationstheorien, Qualitative Sozialforschung, Medien(gewalt)-forschung sowie Theorien sozialer Probleme.

Gewalt und Alkohol im Jugendalter – Forschung für die Praxis

Moderation: Bernd Holthusen, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Im Forschungsprojekt „Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (DJI) wird die fachpraktische Berücksichtigung von Gewalthandeln in Verbindung mit Alkoholkonsum von Jugendlichen und Heranwachsenden in der Kinder- und Jugendhilfe untersucht. Die Studie basiert auf zwei zentralen Zugängen: Zum einen stehen die lebensweltlichen Erfahrungen junger Menschen mit Gewaltdelinquenz und Alkoholkonsum im Fokus. Weiterhin ist die Wahrnehmung der Jugendlichen der institutionellen Reaktionen in diesem Kontext relevant. Zum anderen erfolgt eine systematische Erhebung der Perspektive von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Suchthilfe. Hierbei wird aufgezeigt, wie die Problematik bearbeitet wird, welche Bedarfe hinsichtlich dieser Zielgruppe(n) formuliert werden, und mit welchen konzeptionellen Herausforderungen sich die Fachpraxis konfrontiert sieht. Beide Zugänge ermöglichen es, die für die Studie zentrale Forschungsfrage nach dem pädagogischen Umgang mit gewalt- und alkoholbelasteten Jugendlichen zu beantworten.

In dem Vortrag werden die Ergebnisse des Forschungsprojekts vorgestellt. Ziel ist es, der Fachpraxis Informationen zu dem Themenkomplex zur Verfügung zu stellen, die als Grundlage zur fachlichen Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe dienen können.



Prof. Dr. Helmut Fünfsinn

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main**

Jahrgang 1954, Erstes Juristisches Staatsexamen – 1980, Zweites Juristisches Staatsexamen – 1983, Promotion – 1985; seit 1988 Lehrbeauftragter der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main; dort Honorarprofessor seit 2014; seit 1992 nebenamtlicher Geschäftsführer des Landespräventionsrats und Beiratsmitglied im Deutschen Forum für Kriminalprävention; Richter auf Probe – 1986, Richter auf Lebenszeit – 1988, Abordnung an das Hessische Ministerium der Justiz – 1989, ab 1993 als Richter am Oberlandesgericht, ab 2001 als Leitender Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht; Referatsgruppenleiter der Referatsgruppe III/A (Strafverfahren) im Jahr 2000; Abteilungsleiter der Abteilung Strafrecht im Juni 2001; seit April 2002 Leitung der Abteilung III „Strafrecht, Gnadenwesen, Kriminalprävention“ als Ministerialdirigent; seit dem 01.10.2015 Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main.

Extremismus und Terrorismus – Strafverfolgung und Prävention

Moderation: Prof. Dr. em. Rüdiger Wulf, Eberhard Karls
Universität Tübingen

Der Beitrag versucht einen Blick auf die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung zu werfen.

Dabei soll von den breiten rechtlichen Möglichkeiten ausgegangen werden, die neben dem Strafrecht, dem Strafprozessrecht und dem Polizeirecht auch das Recht der Abschiebung und der Auslieferung beinhalten. Ein besonderes Augenmerk ist auf ein mögliches Zusammenspiel dieser unterschiedlichen rechtlichen Regelungen zu richten.

Auch unter Berücksichtigung aller rechtlichen Instrumente bleibt die Extremismusbekämpfung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auf Erfahrungen der gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit zurückgreifen kann. In diesem Zusammenhang werden einzelne, erfolgversprechende Präventionsprojekte vorgestellt und im Gesamtkontext bewertet.



Dr. Norbert Reez

Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Norbert Reez ist Foresight-Beauftragter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Zuvor war er im Polizeivollzugsdienst bei der Bundespolizei, sodann Projektleiter der Nationalen Übungsserie LÜKEX (Länderübergreifende Krisenmanagement-Übungen/Exercise) beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn.

Norbert Reez ist promovierter Jurist und Diplom-Kriminologe.

Was ist und was heißt strategische Vorausschau?

Moderation: Jochen Kinast, Landeshauptstadt Dresden

Strategische Vorausschau entwickelt sich mehr und mehr zu einem unverzichtbaren Instrument der systematischen Vorbereitung politischer Entscheidungen. Angesichts wachsender Komplexität der Entscheidungssituationen, hochinterdependenter ökonomischer und ökologischer Trends, etwa Globalisierung, Urbanisierung und Digitalisierung, wächst der Bedarf bei Unternehmen wie Behörden für eine systematische Beschäftigung mit dem „Was kommt“.

Strategische Vorausschau repräsentiert insoweit selbst einen weltweiten Trend zum stärker antizipierenden Regierungshandeln, zur „Anticipatory Governance“. Methoden der Strategischen Vorausschau – wie Trendanalyse, Delphi-Gespräche oder Szenario-Technik – sind in der Praxis im Hinblick auf eine angemessene Krisenvorsorge und den bewussten „Umgang mit Ungewissheit“ nicht mehr wegzudenken.

Der Vortrag gibt einen Überblick zu dem Government-Foresight Prozess auf der Ebene der Bundesressorts und sucht so die Brücke zum allgemeinen Diskurs um „Prävention“ und „Proaktivität“.



Bettina Zietlow

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**

Bettina Zietlow studierte Jura, Psychologie und Gesundheitswissenschaften. Drei Fachgebiete, in denen sie sich seit mehr als 15 Jahren bewegt. Für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Versorgungsämter ist sie als aussagepsychologische Sachverständige tätig und analysiert (Zeugen) Aussagen auf ihre Glaubhaftigkeit. An Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen der Polizei hält sie Seminare und Vorlesungen zu Rechtspsychologie, Vernehmung und zum Umgang mit schwierigen Persönlichkeiten. Wissenschaftlich ist sie seit 2009 am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) tätig. Sie arbeitet dort zu den Themen Gewalt gegen Polizeibeamte und Menschenhandel. Aktuell leitet sie am KFN ein Forschungsprojekt zur Rockerkriminalität. Ergebnisse ihrer Arbeit stellt sie im Rahmen von Vorträgen und Seminaren vor.

Rocker – Ambivalenzen einer Subkultur

Moderation: Ralf Bernstein, Sächsisches Staatsministerium des Innern

Herrscht in Deutschland ein Rockerkrieg? Können sich die Old-School Rocker noch gegen die jungen Wilden in den Clubs behaupten? Sind die Outlaw Motorcycle Gangs (OMCGs) Teil der Organisierten Kriminalität oder männliche Subkultur?

Bisher liegen zuverlässige Daten über kriminelle Rocker hauptsächlich in Form von Lagebildern der Polizei vor. Wissen über die Szene resultiert daneben aus journalistischen und einigen wenigen wissenschaftlichen Arbeiten.

Dieser Beitrag erweitert die bisherigen Perspektiven um eine vertiefte wissenschaftliche Sicht. Vorgestellt werden erste Ergebnisse des seit Januar 2017 am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) für drei Jahre laufenden Forschungsprojektes „Rockerkriminalität“. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Fonds für Innere Sicherheit durch die Europäische Union. Das geplante Vorgehen umfasst Interviews mit Vertretern von Polizei und Justiz sowie Mitgliedern der OMCGs, Gespräche mit Tätern und Opfern sowie die Analyse von Strafverfahren und Vereinsverboten.

Beantwortet werden sollen u.a. folgende Fragen:

OMCGs – Organisierte Kriminalität oder harmlose Motorradfreunde?

Wer ist Täter und wer wird Opfer?

Welche Schwierigkeiten liegen in der Strafverfolgung?

Welche internationalen Verbindungen gibt es?

Was nutzen Vereinsverbote?

Tragen „Kuttenverbote“ zum subjektiven Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft bei?



Katharina Leimbach

LUH Leibniz Universität Hannover

Katharina Leimbach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Leibniz Universität Hannover. Sie hat in Bremen Soziologie, mit den Schwerpunkten qualitative Sozialforschung und Kriminalsoziologie, studiert.

Sie arbeitet in dem BMBF-geförderten Verbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ (RadigZ) und forscht zur Extremismuspräventionslandschaft in Deutschland.

Dynamiken der Extremismusprävention in Deutschland

Moderation: Dr. Kirsten Minder, Landespräventionsrat
Niedersachsen

Im Rahmen des Verbundprojektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ wird derzeit die deutsche Präventionslandschaft zu Rechtsextremismus und Islamismus wissenschaftlich analysiert. Gegenstand der Forschung ist es, Einblicke in die Praxis der Prävention zu bekommen. Zu diesem Zweck wurden 25 Interviews mit Experten aus verschiedenen Kontexten der Extremismusprävention geführt. Neben Mitarbeitern aus staatlichen und behördlichen Ausstiegsprogrammen wurden auch Projektkoordinatoren, Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden und Politikberater interviewt. Die Interviews zeigen deutlich, welche unterschiedlichen Interessen und daraus resultierende Prozesse die Präventionspraxis bestimmen. Ein in den Interviews immer wiederkehrendes Thema ist bspw. die Etikettierung von „Extremisten“, die von Präventionsprojektmitarbeitern als höchst problematisch empfunden wird, während es für politisches und sicherheitsbehördliches Handeln als unverzichtbar geschildert wird. So sollen Prozesse nachgezeichnet werden, wie sich die Makroebene der Politik und die Mesoebene der zivilgesellschaftlichen Akteure wechselseitig beeinflussen und sich bis auf die individuelle Ausstiegsberatung, also auf die Mikroebene, auswirken. Diese soziologische Betrachtung der Präventionslandschaft, basierend auf eigenen empirischen Erhebungen, macht aktuelle Herausforderungen der Extremismusprävention sichtbar.



Dr. Bernt Gebauer

Hessisches Kultusministerium

Leitung „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (Projekt des Hessischen Kultusministeriums) seit 08/2017; langjährige Erfahrungen in der Lehreraus- und fortbildung u.a. an Hochschulen und am Studienseminar für Gymnasien Heppenheim im Bereich Politische Bildung und Demokratielernen; Trainerausbildung im Rahmen des Pestalozziprogramms des Europarates 2015-2016 (Tasks for Democracy); Gymnasiallehrer für Politik/Wirtschaft und Englisch seit 2007; politikwissenschaftliche Promotion an der Universität Freiburg 2003.

Unterrichten kontroverser Themen als Extremismusprävention

Moderation: Patrick Fischbach, Landeshauptstadt
Dresden

Prävention von Extremismus durch das Unterrichten kontroverser Themen

Wie kann das Unterrichten kontroverser Themen Jugendliche dabei unterstützen, demokratische Werte zu entwickeln und eine Resilienz gegenüber extremistischem Gedankengut aufzubauen? Kontroverse Themen werden dem Europarat folgend definiert als „Themen, die starke Gefühle hervorrufen und zu widersprüchlichen Meinungen in den Gemeinschaften und in der Gesellschaft führen.“ Sie finden sich z.B. im Fach Geschichte (umstrittene Geschichtsdeutungen), oder im Fach Politik (Ideologien; Gleichberechtigung Mann/Frau). Förderlich sind a) demokratische Dialoge. Sie ermöglichen es zu lernen, gegensätzliche Meinungen auszuhalten, Perspektivwechsel zu vollziehen und Konflikte sprachlich zu lösen, b) das Infragestellen extremistischer Narrative sowie die Anleitung zur Selbstreflexion: „Sie an erster Stelle bewahrt vor Radikalisierung – Reflexionsfähigkeit ist das Elixer jeder demokratischen Gesellschaft.“ (Ahmad Mansour 2016), c) sichere Gesprächsräume, in denen Jugendliche Themen, die sie interessieren, ungezwungen und angstfrei behandeln können, d) Entwickeln einer den demokratischen Umgang mit Kontroversen fördernden Schulkultur, e) begleitende Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Der Vortrag bezieht sich auf didaktische und methodische Fragen, die Lehrkräfteausbildung sowie demokratiepädagogische Schulentwicklung.



Maria Scharlau

Amnesty International Deutschland

Maria Scharlau ist promovierte Volljuristin (Studium in Münster, Ferrara und Brügge) und arbeitet seit 2011 als Menschenrechtsexpertin im deutschen Sekretariat von Amnesty International. Zu ihren Themen gehören Polizei & Menschenrechte, Rassismus und die menschenrechtliche Vereinbarkeit von Anti-Terror-Maßnahmen.

Wirksames Vorgehen gegen rassistische Gewalt

Moderation: Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Amnesty International veröffentlichte 2016 den Bericht „Leben in Unsicherheit“ – wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt“. (Download möglich unter <http://bit.ly/2xD8VB1>). Auf der Grundlage dieses Berichts und möglicher Aktualisierungen soll der Vortrag verdeutlichen, wo Amnesty Handlungsbedarf bei deutschen Behörden / Polizei sieht, um wirksam rassistischer Gewalt vorzubeugen und Gewaltdelikte aufzuklären. Hierbei wird ein Fokus auf der nötigen Schulung der Mitarbeiter_innen von Sicherheitsbehörden gelegt. Entsprechende Schulungen sind wichtig, auch um nicht intendierte diskriminierende Folgen von Behördenhandeln zu vermeiden. Außerdem wird thematisiert, inwieweit ein – möglicherweise unbeabsichtigtes – diskriminierendes Verhalten z.B. der Polizei dazu führen kann, dass ganze Communities das Vertrauen in Polizei & Behörden verlieren und damit auch die Effektivität der Polizeiarbeit gegen Extremismus schwächen.

Außerdem wird der Frage nachgegangen, inwieweit Opfer rassistischer Gewalt in Städten /bei Behörden ausreichend Beratungsstellen und Beschwerdestellen haben und wo hier Verbesserungsbedarf besteht.

Amnesty International arbeitet seit Jahren in einem konstruktiven Dialog mit der Polizei auf verschiedenen Ebenen zusammen und sieht sich als Scharnier zwischen Polizei, Sicherheitsbehörden, und Zivilgesellschaft.



Björn Maurer

**Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration**



Uwe Stürmer

Polizeipräsidium Konstanz

Björn Maurer ist seit Mitte der 1990er-Jahre Polizeibeamter in Baden-Württemberg. Er kennt das Thema häusliche Gewalt aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Aus Sicht des Streifenbeamten, der sich abzeichnende Entwicklungen schnell erkennen und darauf reagieren muss, aber auch aus der Perspektive des Leiters eines Polizeireviers, der örtliche Ablaufprozesse und das Zusammenspiel mit Präventionspartnern regelt. Inzwischen ist er Referent für Prävention und Jugendsachen im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg und damit auf strategischer Ebene zuständig für die Thematik häusliche Gewalt aus polizeilicher Sicht.

Uwe Stürmer, Jahrgang 1962. Polizeivizepräsident. Seit 1979 im Polizeidienst Baden-Württemberg. Mehrjährige Ermittlungspraxis im Bereich Kapitalverbrechen. 1999-2001 Leiter der Stuttgarter Mordkommission. 2001-2007 Referent für Kriminalprävention, Jugend-, Drogen- und Gewaltkriminalität im Innenministerium Baden-Württemberg. 2007-2013 Leiter der Polizeidirektion Ravensburg. Seit 2014 stellvertretender Leiter des Polizeipräsidiums Konstanz sowie Leiter der Kriminalpolizeidirektion Friedrichshafen.

Umgang mit Hochrisikofällen von Beziehungsgewalt

Moderation: Daniel Wolter, DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Fast täglich verzeichnen wir Tötungsdelikte. Die häufigste Konstellation: Männer töten Ihre Ex-Partnerin oder löschen gleich ganze Familien aus. Seit meinem Vortrag „Sind Tötungsdelikte präventabel?“ beim 10. DPT im Jahr 2005 hat sich auf dem Sektor der Gewaltprävention und des Opferschutzes viel getan: Seit über 10 Jahren gibt es den Stalking-Straftatbestand. Doch wie effektiv ist der Schutz von Opfern vor schwerster Gewalt bis hin zu Tötungsdelikten und wie professionell gehen wir mit Bedrohungserkenntnissen um? Artikel 51 des EU-Übereinkommens aus dem Jahr 2011 beinhaltet die konkrete Aufforderung an die EU-Mitgliedsstaaten, in Fällen häuslicher Gewalt eine Gefährdungsanalyse und ein Risikomanagement vorzusehen. Dabei werden eine standardisierte Vorgehensweise und das Erfordernis der behördenübergreifenden Zusammenarbeit und Koordination betont. Deutschland hat diese Konvention gezeichnet, bislang aber noch nicht ratifiziert. Mit unterschiedlichen Ansätzen wird versucht, den Schutz vor Gewalteskalationen zu verbessern. Was hat sich bewährt? Wo besteht Nachbesserungsbedarf? Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen vor und wie lassen sich diese in der Praxis umsetzen? Welchen Weg geht die baden-württembergische Polizei aktuell zur Optimierung und standardisierten Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt mit besonderem Fokus auf Hochrisikofälle?



Annemarie Schmoll

Deutsches Jugendinstitut e.V.



Dr. Diana Willems

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Annemarie Schmoll, Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg, Studium der Soziologie an der FernUniversität in Hagen, Teilnahme am Beccaria-Qualifizierungsprogramm „Fachkraft für Kriminalprävention“ (Landespräventionsrat Sachsen); seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht, Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzugsrecht (Inhaber: Prof. Dr. Henning Ernst Müller) an der Universität Regensburg, seit 2015 wissenschaftliche Referentin in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut e.V. in München

Dr. Diana Willems, Diplom-Soziologin und Rechtssoziologin (M.A.), ist seit 2011 als wiss. Referentin in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (München) tätig. Nebenberuflich lehrt sie als Dozentin in den Fachbereichen Soziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung und Kriminologie. 2007-2011 war sie wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. 2004-2007 arbeitete sie als wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie hat in Regensburg, München und Onati (Spanien) studiert und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg promoviert.

Vom Opfer zum Täter und zurück? Täter-Opfer-Statuswechsel

Moderation: Bernd Holthusen, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Die kriminologische Forschung zeigt, dass ein beträchtlicher Teil von jungen Menschen, die mit Gewalttaten auffällig werden, häufig auch Opfererfahrungen aufweist. Diese Verschränkung von Delinquenz und Viktimisierung – der sogenannte Täter-Opfer-Statuswechsel – verweist auf bislang wenig bekannte persönliche aber auch situative Problemlagen, die sich in ihrer Wechselwirkung gegenseitig verstärken können. Diese Problemlagen herauszuarbeiten, die besonderen Konstellationen eines Täter-Opfer-Statuswechsels im Jugendalter näher zu beleuchten und deren Bedeutung für die Ausgestaltung kriminalitätspräventiver Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu verdeutlichen, ist Ziel des Vortrags.

Auf der Basis einer Sekundäranalyse von ca. 40 qualitativen Interviews mit (teils mehrfach-)auffälligen Jugendlichen, die zwischen 2012 und 2017 in zwei empirischen Projekten der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention erhoben wurden sowie einer Auswertung quantitativer Daten einer deutschlandweiten Befragung des DJI (AID:A II) werden Täter-Opfer-Zusammenhänge am Beispiel von Erfahrungen physischer bzw. psychischer Gewalt im Jugendalter – als Täter und Opfer – beleuchtet. Die damit gewonnenen, empirisch gestützten Erkenntnisse können dazu beitragen, passende Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen zu entwickeln.



Dr. Benjamin Krause

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main**



Georg Ungefuk

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main**

Benjamin Krause (Jahrgang 1979), Staatsanwalt. Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg; 2004 – Erste Juristische Staatsprüfung; 2004-2007 – wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg; 2008 – Promotion; 2009 – Zweite Juristische Staatsprüfung; 2009-2012 – Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Gießen; seit 2012 – Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT).

Georg Ungefuk (Jahrgang 1978), Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main. Studium der Rechtswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen; 2004 – Erste Juristische Staatsprüfung; 2006 – Zweite Juristische Staatsprüfung; 2007 – Rechtsanwalt; seit 2008 Staatsanwalt, zunächst bei der Staatsanwaltschaft Marburg, in der Abteilung für Wirtschafts- und Steuerstrafsachen sowie Internetkriminalität; 2014 – Abordnung an das Hessische Ministerium der Justiz als Referatsleiter in der Strafrechtsabteilung; 2015-2016 Staatsanwalt bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main; seit Ende 2016 Oberstaatsanwalt in der Grundsatz- und Stabsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und Pressesprecher der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT).

Hate Speech und Extremismus im Internet

Moderation: Prof. Dr. em. Rüdiger Wulf, Eberhard Karls
Universität Tübingen

Das Internet hat sich in den letzten Jahren zunehmend zu der wichtigsten Aktionsplattform für extremistische Gruppierungen und Bewegungen entwickelt. Inzwischen werden nahezu sämtliche Kommunikationsmöglichkeiten des Internets, insbesondere Foren, soziale Netzwerke, Blogs und Messengerdienste zur Verbreitung von propagandistischen Darstellungen, Parolen, Falschinformationen sowie zum Schüren von Hass, Vorurteilen und Ängsten eingesetzt. Die grenzenlosen Möglichkeiten einer weltweiten Kommunikation über das Internet geben extremistischen Gruppierungen und Einzeltätern die Möglichkeit einer länderübergreifenden Vernetzung. Die steigenden technischen Möglichkeiten führen dazu, dass Extremisten mehr Menschen erreichen und ansprechen können. Zu den bekannten Ausprägungen des Extremismus im Internet kam zuletzt das Phänomen der „Hassrede“ bzw. „Hate Speech“ hinzu, unter dem verbale Angriffe auf Personen und Gruppen, insbesondere Politiker und Minderheiten, zu verstehen sind. Dieses gelangte im Zuge sogenannten „Flüchtlingskrise“ zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit und der Medien. Mit dem Vortrag soll ein Überblick über aktuelle Entwicklungen im Bereich des Extremismus und „Hate Speech“, die strafrechtliche Bewertung der einzelnen Kriminalitätsphänomene sowie die Möglichkeiten und Grenzen für die Prävention und die Strafverfolgung gegeben werden.



Elizabeth Johnston

**European Forum for Urban Security
(EFUS)**



Dr. Martin Schairer

**Deutsch-Europäisches Forum für
Urbane Sicherheit e.V.**

Elizabeth Johnston – As Executive Director of the European Forum for Urban Security (Efus), Elizabeth Johnston is responsible for the strategy and development of Efus, in liaison with the Executive Committee, and is in charge of staff management. Since February 2016, she is also Executive Director of the French Forum for Urban Security.

In addition, she is Secretary of the International Centre for the Prevention of Crime, a member of the Advisory Board of the Global Parliament of Mayors and an official associate of the University of Liege (Belgium). Prior to this, and after beginning her career at a French local authority, Elizabeth Johnston served as Programme Director at the French-American Foundation, and as Violence Prevention Expert at the World Bank, in Washington. She holds degrees in Law from Assas University (France), in Political Science from Yale University (United-States) and in Public Policy from Marne-La-Vallée University (France).

Dr. Martin Schairer begann seine Laufbahn als Richter und Staatsanwalt beim Amtsgericht und in Staatsanwaltschaft Stuttgart. Als Beobachter für das Justizministerium in der Landesvertretung Baden-Württemberg arbeitete er drei Jahre in Bonn. Nach seiner Tätigkeit als Sprecher des Justizministers fungierte er mehrere Jahre als Referatsleiter Strafprozessrecht und stellvertretender Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium Baden-Württemberg, bevor er 1999 Polizeipräsident in Stuttgart wurde. 2006 wurde er zum Bürgermeister für Recht, Sicherheit und Ordnung in Landeshauptstadt Stuttgart berufen.

Er ist Gründungsmitglied des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (DEFUS) dessen Vorsitz er seit 2010 inne hat und Mitglied im Vorstand des European Forum for Urban Safety (EFUS). Er leitet den Rechts- und Verfassungsausschuss des Baden-Württembergischen Städtetags. Als aktives Mitglied der CDU ist er in vielen Parteigremien vertreten.

Ein Bekenntnis zu mehr europäischem Austausch & Kooperation

Moderation: Anna Rau, Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Sicherheit ist zu einer Herausforderung für Städte in ganz Europa geworden. Die Prävention von Kriminalität und Gewalt gewinnt in den Kommunen an Bedeutung. Viele der Probleme haben transnationale Ursachen und erfordern europäische Antworten. Das Europäische und das Deutsche Forum für Urbane Sicherheit (EFUS & DEFUS) stellen das Manifest von Barcelona und Katalonien vor, das im November 2017 im Rahmen der internationalen Konferenz „Sicherheit, Demokratie und Städte: Zur Ko-Produktion von Politiken der urbanen Sicherheit“ beschlossen wurde. Das europäische Manifest ist die inhaltliche und politische Grundlage der Zusammenarbeit von 250 Kommunen und Regionen im Bereich urbane Sicherheit und Kriminalprävention. Es ist ein Bekenntnis zum Mehrwert von Austausch und Kooperation auf europäischer und internationaler Ebene. Es versammelt Empfehlungen und Willensbekundungen der Mitgliedsstädte zu einem breiten Spektrum von Schwerpunktthemen der Kriminalprävention, darunter u.a. Radikalisierung, organisierte Kriminalität, vorurteilsmotivierte Gewalt, Cyber-Kriminalität, evidenzbasierte Präventionsstrategien und transnationale Verbrechensvorbeugung. Das Manifest wird 2018 im Rahmen einer Vielzahl von Veranstaltungen in ganz Europa vorgestellt und wird die europäische Kooperation von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Forschung, Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor intensivieren.



Jürgen Brandt

**Klärungshilfe für Menschen im
Mittelstand**

Dipl.-Ing. Jürgen Brandt, Jahrgang 1959, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, wohnhaft in Heidenheim an der Brenz, arbeitet als freiberuflicher Klärungshelfer und Dozent an der Hochschule Aalen für Produktentwicklung und Konstruktionslehre, ist zertifizierter Klärungshelfer und ausgebildeter Wirtschaftsmediator, Mitglied in der Leitung der Fachgruppe Klärungshilfe im Bundesverband für Mediation und Repräsentant der Deutschen Stiftung Mediation von Baden-Württemberg. Er ist Teilhaber eines Ingenieurbüros für komplexe Berechnungen und engagiert sich ehrenamtlich in der Ev. Kirche als Organisator für eine Stadtranderholung für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren. Mensch und Maschine, Technik und menschliche Kommunikation – diese beiden Pole sind die Grundmelodie, die sich durch sein Leben ziehen. Während des Studiums des allgemeinen Maschinenbaus an der TU-Darmstadt leitet er einen Evangelischen Jugendverband. Nach dem Studium arbeitet erst einmal als hauptamtlicher Jugendreferent. Während seiner langjährigen Industriezeit in einem großen Maschinenbauunternehmen arbeitet er immer an Projekten, in denen es um die Lösung technischer Probleme ging und gleichzeitig darum, Störungen in der Zusammenarbeit von Menschen zu beseitigen. Nur wo Menschen fähig sind, sich konstruktiv auseinander zu setzen, auch im Konflikt, ist es möglich, nachhaltige Lösungen für anstehende Probleme zu entwickeln.

Kommunikation in Zeiten von 4.0 (X.0)

Moderation: Dr. Miriam Damrow, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Wir erhoffen uns von der vielfältigen digitalen Vernetzung eine Weiterentwicklung unseres Wohlstandes.

Das führt zu einer Verstärkung der digitalen Kommunikation zwischen Menschen.

Aber bei einer schriftlichen Kommunikation zum Beispiel werden nur ca. 10% der Gesamtinformation übertragen. Körpersprache, Gestig, Tonlage usw. fehlen und damit ein großer Teil der Informationsträger, die zu einem möglichst vollständigen Verständnis notwendig sind.

Dies ist die Basis für viele mögliche Missverständnisse, die zu gegenseitigen Irritationen, Konflikten, Mobbing, ja zu eskalierenden Auseinandersetzungen führen können. Hinzu kommt der Verlust der Fähigkeit, unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse im direkten Kontakt von Mensch zu Mensch zu klären. Gefühle von Hilflosigkeit und des Nicht-Verstandenwerdens können zum Ausgangspunkt werden, um das Potential von Aggression zu steigern.

Es wird notwendig bleiben, die Gesprächsfähigkeit von Menschen zu stärken, denn Differenzen und Unterschiedlichkeiten bleiben Teil unserer Lebensrealität und sind gleichzeitig die Basis für Fortschritt.

1. Ein Beispiel aus einer Teamklärung eines großen Chemieunternehmens.
2. Weitere Beispiele aus dem Alltag, um die Problematik zu erläutern.
3. Was ist die Chance und die Eigenart digitaler Kommunikation?
4. Was brauchen Menschen, um sich zu verstehen.
5. Wie kann eine „gute“ Kommunikation in 4.0 aussehen?



Prof. Dr. Dirk Baier

**Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften**



Dr. Patrik Manzoni

**Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften**

Dirk Baier hat an der Technischen Universität Chemnitz Soziologie studiert. Von 2003 bis 2004 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz und wechselte danach ans Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, wo er zunächst Projektleiter, später stellvertretender Direktor war. Seit 2015 leitet er das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Patrik Manzoni ist Projektleiter und Dozent am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Seine Forschungsthemen umfassen politischen Extremismus, Jugenddelinquenz sowie Gewalt gegen und durch die Polizei.

Einflussfaktoren des politischen Extremismus

**Moderation: Dr. Kirsten Minder, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Anhand einer schweizweiten Befragung von durchschnittlich 17-jährigen Jugendlichen werden verschiedene Einflussfaktoren des Rechtsextremismus, des Linksextremismus und des islamischen Extremismus geprüft. Zu den Einflussfaktoren gehören Persönlichkeitseigenschaften, Medienkonsumvariablen, Deprivations- und Desintegrationsindikatoren ebenso wie Viktimisierungserfahrungen. Aufgrund der Vielzahl an analysierbaren Faktoren erlauben die Ergebnisse erstmals, Einflussfaktoren-Profile für die drei derzeit relevantesten Formen des politischen Extremismus zu erarbeiten. Hieraus lassen sich Folgerungen für die zielgerichtete Prävention der drei Extremismen ableiten.



Dr. Birgit Glock

Camino/Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention Berlin



Dr. Albrecht Lüter

Camino/Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention Berlin

Dr. Birgit Glock ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Berliner Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention. Sie hat am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität in Berlin und an der Graduate School of Architecture, Planning and Preservation der Columbia University New York studiert. Nach ihrer Promotion arbeitete sie mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen insbesondere im Bereich der interdisziplinären Stadtforschung. Sie beschäftigt sich mit den Themen Kommunal- und Radikalisierungsprävention, soziale Stadtentwicklungspolitik und Urban Governance.

Dr. Albrecht Lüter ist Leiter der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention bei der Camino gGmbH in Berlin. Zu seinen Aufgaben zählen die Erstellung des Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz, die Evaluation von Maßnahmen und Projekten im Feld der Gewalt- und Radikalisierungsprävention sowie die Strategie- und Konzeptentwicklung für das Land Berlin. Zuvor langjährige Tätigkeit in der wissenschaftlichen Begleitung von Programmen des Bundes und der Länder im Bereich der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention am ISS-Frankfurt a.M. Nach Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin und Promotion als Soziologe Tätigkeiten u.a. am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), der Jacobs University Bremen, dem Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Uni Bremen sowie bei forsa.

Radikalisierungsprävention an Schulen. Evaluationsbefunde

**Moderation: Daniel Wolter, DBH-Fachverband für
Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik**

Die Prävention von Radikalisierungsprozessen mit islamistischem Hintergrund stellt Schulen vor neue Herausforderungen. Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter/innen sehen sich oftmals nicht ausreichend qualifiziert und scheuen die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld. Workshop-Angebote von außerschulischen Trägern bieten insofern eine wichtige Unterstützung. Sie gehen von der Annahme aus, dass Radikalisierungsprozessen vorgebeugt werden kann, indem Schüler/innen ein reflektiertes Verständnis des Islam und ein pluralistisches Demokratieverständnis in einer ethnisch, religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft vermittelt wird. Als förderliche Faktoren für eine erfolgreiche Prävention werden neben dem außerunterrichtlichen Setting und der Umsetzung durch lebensweltnahe Trainer/innen auch eine große Offenheit für die Artikulation eigener Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen sowie die gezielte Förderung von Ambiguitätstoleranz angenommen. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Radikalisierungsprävention sind Evaluationen zur Zielerreichung und Wirksamkeit noch Mangelware. Im Rahmen des Vortrags werden Evaluationsergebnisse unterschiedlicher Ansätze, die im Rahmen des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention gefördert werden, vorgestellt und diskutiert.



Oliver Malchow

Gewerkschaft der Polizei

Zur Person:

29.06.1963 – Geboren

1983 – Abitur, anschließend Eintritt in die Polizei

1983-1986 – Studium an der damaligen Verwaltungsfachschule Altenholz/Kiel

seit Mai 1985 – Mitglied der GdP

1986 – BPA Ausbildungshundertschaft als Ausbilder und Fachlehrer

2002/03 – Ausbildung an der Polizeiführungsakademie Münster/Hiltrup

seit 2003 – Leitung Kriminalpolizeistelle Bad Oldesloe, dann Eutin

Mai 2013 – Leiter der Kriminalpolizeistelle Kiel (beurlaubt ab Juli)

Gewerkschaftliche Funktionen:

Auf Landesebene

seit 1993 – Stellvertretender Landesbezirksvorsitzender Schleswig-Holstein

1997 bis 2013 – Landesbezirksvorsitzender Schleswig-Holstein

Auf Bundesebene

seit November 2010 – Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Januar 2013 – Wahl zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden

13. Mai 2013 – Wahl zum GdP-Bundesvorsitzenden

Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller

**Moderation: Prof. Dr. Marc Coester, Hochschule für
Wirtschaft und Recht, Berlin**

Die GdP engagiert sich seit mehr als 3 Jahrzehnten intensiv im Bereich der Prävention. Ihr Selbstverständnis ist es gesellschaftliche Prozesse, auch in den Feldern der Kriminalität, nicht nur repressiv, sondern auch präventiv zu betrachten und zu bewerten. Die GdP setzt sich dafür ein, dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen nicht ausschließlich von Polizei und Justiz bearbeitet werden, auch wenn diese Aspekte oft im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Politische Radikalisierung kann und muss auch mit den Mitteln des Strafrechts bekämpft werden, wenn Straftaten gegeben sind. Aus Sicht der GdP muss die wehrhafte Demokratie aber politische Radikalität vielschichtig gegenüberreten. Der Vortrag von Oliver Malchow wird daher neben Bewertungen polizeilicher Möglichkeiten auch die Aufgaben der Politik und gesellschaftlicher Institutionen, wie z.B. der Schule bei der Prävention gegenüber politischer Radikalität verdeutlichen. Die GdP will eine bürgernahe Polizei und das bedeutet, dass auch andere Kräfte Verantwortung dafür übernehmen, ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen.



Ulrike Richter

KOBRAnet – Hillersche Villa gGmbH



Naile Tanis

KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.

Ulrike Richter ist Sozialarbeiterin und Theologin. Sie leitet KOBRAnet, die sächsische Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel. KOBRAnet arbeitet landesweit und hat Büros in Dresden und Leipzig. Arbeitsschwerpunkte sind: Beratung und Begleitung von Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind; Aufsuchende Sozialarbeit im sächs. Prostitutionsmilieu; Beratung und Betreuung von Personen, die von Gewalt im Namen der Ehre betroffen sind

Naile Tanis – Volljuristin, seit 2004 Geschäftsführerin des bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel, KOK. Der KOK e.V. ist ein bundesweiter Zusammenschluss aus 37 Fachberatungsstellen und weiteren Organisationen, die sich gegen Menschenhandel, Ausbeutung und Gewalt an Migrantinnen einsetzen. Frau Tanis hat neben der Vernetzung- und Gremienarbeit in dieser Zeit verschiedene Projekte des KOK e.V. begleitet und Veröffentlichungen zum Thema Menschenhandel verfasst. Sie wurde mehrfach als Sachverständige zum Thema Menschenhandel und Situation der spezialisierten Fachberatungsstellen im Bundestag eingeladen. Darüber hinaus tritt sie häufig als Referentin bei Fachveranstaltungen auf und führt Schulungen zum Thema Menschenhandel durch. Bis 2003 war sie als selbständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Familienrecht und Strafrecht/Nebenklage sowie als Dozentin in der Erwachsenenbildung tätig.

Menschenhandel – Prävention und Kooperation

Moderation: Julia von Weiler, Innocence in Danger e.V.

Menschenhandel ist ein nicht statistisches sondern sich stetig wandelndes und veränderndes Phänomen. Aktuelle politische und soziale Ereignisse, Krisen und Konflikte aber auch rechtliche und politische Entwicklungen tragen hierzu bei.

Beispielhaft zu nennen sind hier die neu ins Strafrecht aufgenommenen Formen von Ausbeutung, wie z.B. Ausnutzung von Bettelei und strafbaren Handlungen oder die sich stetig verändernde Lebenssituation der Betroffenen.

Mit all diesen Herausforderungen gilt es, in der Praxis umzugehen. Insbesondere zu den genannten aktuellen Entwicklungen ist es wichtig, auch präventiv zu arbeiten. Wie können (potentiell) Betroffene erreicht werden? Wie und wo kann ich mich selbst informieren und was kann ich tun? Was ist wichtig im Hinblick auf die rechtlichen Änderungen zu Menschenhandel und Ausbeutung?

Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass Vernetzung und Kooperation aller relevanten Akteure wesentliche Bausteine sind, sowohl für die Unterstützung der Betroffenen als auch für eine erfolgreiche Sensibilisierung und Aufklärung.

Die Fachberatungsstelle KOBRAnet und der KOK stellen in ihrem gemeinsamen Vortrag Best-Practice Beispiele guter Kooperation und präventiver Ansätze dar und diskutieren, was nächste notwendige Schritte sind, um den neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zu begegnen.



Dr. Diana Willems

Deutsches Jugendinstitut e.V.



Dr. Annalena Yngborn

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Diana Willems, Diplom-Soziologin und Rechtssoziologin (M.A.), seit 2011 wiss. Referentin in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut e. V. (München); nebenberuflich Dozentin in den Fachbereichen Soziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung und Kriminologie. 2007-2011 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, 2004-2007 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Studium in Regensburg, München und Onati (Spanien), Promotion an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Dr. Annalena Yngborn, Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (Abschluss 2005), Promotion am Lehrstuhl für Kriminologie der Ernst-Moritz-Universität Greifswald (Abschluss 2011), wiss. Referentin im Projekt „Das Logische Modell als Instrument der Evaluation in der Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter“ am Deutschen Jugendinstitut e.V. (München) (2009-2011), wiss. Referentin in der Institutsleitung am Deutschen Jugendinstitut e.V. (2013), seit Juni 2015 wiss. Referentin in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut e.V.

Junge Menschen mit Behinderungen und Kriminalitätsprävention

**Moderation: Bernd Holthusen, Deutsches Jugend-
institut e.V.**

Inklusion als Thema wird in den nächsten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die bereits auf den Weg gebrachten Bemühungen im Hinblick auf eine inklusive Öffnung (z.B. in den Schulen oder in der Kinder- und Jugendhilfe) zeigen, dass junge Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in inklusiven Settings besonderen Viktimisierungs- und auch Kriminalisierungsrisiken ausgesetzt sind. Die Fachpraxis steht hierbei vor der Herausforderung sowohl bestehende kriminalitätspräventive Angebote adressatengerecht anzupassen als auch neue Angebote zu entwickeln, um entsprechende Risiken zu reduzieren und damit zu einer gelingenden Inklusion beizutragen.

In dem Vortrag werden Ergebnisse einer Recherche sowie einer Expertise der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention zu kriminalitätspräventiven Ansätzen im Zusammenhang mit Inklusion vorgestellt. Entwicklungen und sich abzeichnende Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe für die Prävention von Delinquenz in der Kinder- und Jugendhilfe werden diskutiert.



Prof. Dr. Christopher Daase

**Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung**



Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

**Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung**



Dr. Julian Junk

**Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung
(HSFK)**

Prof. Dr. Christopher Daase ist Professor für Internationale Organisation an der Goethe-Universität Frankfurt; zugleich stellvertretendes geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Er war Co-Leiter des Forschungsprojekts „Salafismus in Deutschland“ und ist Co-Leiter des Forschungsprojekts „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“.

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff ist Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnungspolitik an der Goethe-Universität Frankfurt; zugleich geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Sie ist Co-Leiterin des Forschungsprojekts „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“.

Dr. Julian Junk ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sowie Leiter des Berliner Büros der HSFK. Er war Co-Koordinator des Forschungsprojekts „Salafismus in Deutschland“ und leitet nun das Projekt „Radikalisierungs- und Mobilisierungsdynamiken des salafistischen Dschihadismus in Deutschland in der virtuellen und der realen Welt“. Er ist Co-Leiter des Forschungsprojekts „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“.

Gesellschaft Extrem – Radikalisierung und politische Gewalt

Moderation: Thomas Müller, Landespräventionsrat
Niedersachsen

Extreme politische Ansichten haben Konjunktur. Auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums sowie aber auch in religiösen Milieus radikalieren sich Positionen und stellen die Werte und Institutionen der demokratischen Gesellschaft in Frage. Der Umgang damit wird immer noch vorwiegend sicherheitspolitisch gefasst, müsste aber deutlicher als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begriffen werden – und der Zusammenhang mit der Gewaltfrage kritisch gewendet werden. Der Vortrag fasst thesehaft und fokussiert auf wesentliche Handlungsoptionen die Erkenntnisse von drei deutschlandweiten, teils mit europäischen Partnern umgesetzten Forschungsverbänden/-projekten zusammen: „Gesellschaft Extrem: Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland“; „Radikalisierungs- und Mobilisierungsdynamiken des salafistischen Dschihadismus in Deutschland in der virtuellen und der realen Welt“ sowie „Salafismus in Deutschland: Forschungsstand und Wissenstransfer“. Der Vortrag geht zunächst grundlegend auf den Radikalisierungsbegriff in Verbindung mit dem Gewaltbegriff ein und skizziert die sich daraus ergebenden praktischen Konsequenzen für Politik, Zivilgesellschaft, Sicherheitsbehörden und Gesellschaft. Schwerpunkte bilden sodann die wesentlichen Erkenntnisse zum Stellenwert von Online-Radikalisierung, zu methodischen Herausforderungen und zu Evaluationskriterien von Maßnahmen.



Egon Wachter

**Hochschule für Polizei
Baden-Württemberg**

M.A. (Soziologie), Kriminaldirektor, seit 2008 Leiter der Fachgruppe Kriminologie/Soziologie an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Arbeitsschwerpunkte: Integration durch Massenmedien; Littering in urbanen Räumen; Kommunale Kriminalprävention.

Evaluation der kommunalen Prävention

**Moderation: Dr. Anja Meyer, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Unter dem Dach des Begriffs „Kommunale Kriminalprävention“ entwickelte sich seit den 1990er Jahren in Deutschland eine mit Blick auf unterschiedliche Träger, Mittel und Zielgruppen vielfältige kommunale Präventionslandschaft. Der kleinste gemeinsame Nenner lässt sich mit den Zielen, der Reduzierung von Kriminalität und der Verbesserung des Sicherheitsgefühls, beschreiben. Die Frage, inwieweit sich die Kommunale Kriminalprävention im Laufe der Jahre diesen Zielen angenähert hat, wird permanent gestellt, aber wenig beantwortet. Im Vortrag wird dieser Frage nachgegangen.

In zehn Städten Baden-Württembergs sind im Rahmen einer Forschungsarbeit die Netzwerkakteure und -strukturen sowie die Entwicklung der Präventionsangebote retrospektiv über einen Zeitraum von 20 Jahren erhoben worden. Auf diese Weise wird ein kommunales Qualitätsprofil der Prävention evident, das die Investitionen der untersuchten Städte in die Präventionsarbeit und deren inhaltliche Ausrichtungen aufzeigt und städtespezifische Unterschiede erkennen lässt. Auf der panelgleichen Datenbasis wird im Rahmen einer Längsschnittuntersuchung analysiert, inwieweit sich die Kommunale Kriminalprävention in zehn Städten Baden-Württembergs nach 20 Jahren ihren Präventionszielen angenähert hat.



Dr. Peter Sicking

Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Dr. Peter Sicking ist der Programmleiter für Lions-Quest beim Hilfswerk der Deutschen Lions e.V. in Wiesbaden. Nach beruflichen Führungspositionen in den Bereichen Business Communication und Business Development wechselte Sicking in den Non-Profit-Bereich und koordinierte eine regionale Entwicklungspartnerschaft zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL. Im Anschluss an seine Leitungstätigkeit im EU-Sektor wechselte er in das Team der Peter Ustinov Stiftung, wo er unter dem Leitmotiv „Für Kinder. Gegen Vorurteile.“ zunächst für die Projektteilung verantwortlich war. Später wurde er Mitglied des Vorstands der Ustinov Stiftung und hatte dort zuletzt das Amt des Vorstandsvorsitzenden inne. Seit 2015 ist Sicking für die Programmplanung und Programmentwicklung des Jugendförder- und Präventionsprogramms Lions-Quest in Deutschland verantwortlich. Sicking ist unter anderem Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK), der Community of Practice for Curriculum Development (COP) des UNESCO International Bureau of Education, und war fünf Jahre lang Mitglied des Expertenkreises „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission. Dr. Peter Sicking ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er studierte Publizistik, Germanistik und Soziologie in Münster.

Demokratielernen, politische Partizipation und Wertebildung mit Lions-Quest

Moderation: Dr. Miriam Damrow, Friedrich-Alexander-
Universität Erlangen-Nürnberg

Das Kernziel des Lebenskompetenz- und Präventionsprogramms Lions-Quest ist die Stärkung sozialer und persönlicher Schlüsselkompetenzen und die Vorbeugung von selbst- und fremdschädigenden Verhaltensweisen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch soziales und emotionales Lernen. In methodischer Hinsicht handelt es sich bei Lions-Quest um eine Multiplikatorenfortbildung für Lehrkräfte und Gruppenleiter/innen in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Derzeit werden drei Lions-Quest-Seminarformen angeboten: „Erwachsen werden“ für die Zielgruppe der 10-14-Jährigen, „Erwachsen handeln“ für die Altersgruppe zwischen 15 und 21 Jahren sowie die neue Fortbildung „Zukunft in Vielfalt“, die beide genannten Altersgruppen adressiert. Während der Schwerpunkt bei Lions-Quest „Erwachsen werden“ noch auf der Vermittlung von Lebenskompetenzen liegt, verbindet Lions-Quest „Erwachsen handeln“ in innovativer Weise die Vermittlung von „Life Skills“ mit der Förderung demokratischer Kompetenzen und politischer Partizipation. Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ verknüpft erstmalig die Förderung von Lebenskompetenzen mit Konzepten des interkulturellen Lernens, der Wertebildung und der politischen Bildung. Mit diesem synergetischen Ansatz beschreitet Lions-Quest auch neue Wege in der Radikalisierungsprävention.



Prof. Dr. Dirk Baier

Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften



Dr. Patrik Manzoni

Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften

Dirk Baier hat an der Technischen Universität Chemnitz Soziologie studiert. Von 2003 bis 2004 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz und wechselte danach ans Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, wo er zunächst Projektleiter, später stellvertretender Direktor war. Seit 2015 leitet er das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Patrik Manzoni ist Projektleiter und Dozent am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Seine Forschungsthemen umfassen politischen Extremismus, Jugenddelinquenz sowie Gewalt gegen und durch die Polizei.

Bodycams als Mittel der Prävention von Gewalt in der Polizei

Moderation: Andreas Mayer, Polizeipräsidium Heilbronn

Körperkameras werden als Instrument betrachtet, das die Gewaltanwendung gegen Polizistinnen und Polizisten reduzieren soll. Inwieweit sie diese Funktion tatsächlich erfüllen, wurde bislang im deutschsprachigen Raum nicht mit einem randomisierten kontrollierten Forschungsdesign (randomized controlled trial) geprüft. Die Polizei Zürich hat im Jahr 2017 ein Pilotprojekt zum Einsatz von Bodycams durchgeführt, das mit einem solchen experimentellen Design evaluiert wurde. Im Vortrag werden zentrale Ergebnisse der Evaluation vorgestellt. Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur, ob Bodycams Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten reduzieren, sondern welche weiteren Folgen der Einsatz von Bodycams hat. Neben verschiedenen quantitativen Erhebungen zum Gewaltvorkommen wurden im Projekt auch qualitative Interviews mit verschiedenen Akteuren durchgeführt, so dass das Projekt einen umfassenden Blick auf mögliche Veränderungen im Polizeialltag durch die Einführung von Bodycams erlaubt.



Prof. Dr. Janine Neuhaus

Hochschule für Wirtschaft und Recht

Janine Neuhaus wurde zum April 2017 an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin im Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement auf die Professur für Psychologie und Forschungsmethoden berufen. Zuvor war sie als Forschungsreferentin am Lehrerbildungszentrum der Universität Potsdam (10/2015-03/2017) und als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin (FU Berlin) tätig: im AB Schul- und Unterrichtsforschung unter Leitung von Prof. Dr. Bettina Hannover (09/2005-11/2007; 05/2008-04/2013; 10/2014-10/2015), im AB Public Health unter Leitung von Prof. Dr. Dieter Kleiber (07/2013-09/2014) sowie im AB Empirische Erziehungswissenschaften unter Leitung von Prof. Dr. Hans Merckens (07/2004-08/2005). 2007/2008 war sie Forschungsstipendiatin am Deutschen Jugendinstitut in Halle, Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Janine Neuhaus erhielt 2011 für ihre Promotion, in der sie den Einfluss von gewaltlegitimierenden Gendernormen und Merkmalen der Geschlechterkonstellation in Provokationssituationen auf das Aggressionsverhalten Jugendlicher untersucht hat, den Marie-Schlei-Preis des Fachbereichs Erziehungswissenschaften und Psychologie der FU Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Gender, Aggression, Evaluation und Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Sie ist Mitglied des Forschungsinstituts für öffentliche und private Sicherheit (FÖPS), der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) sowie der Gesellschaft für Evaluation (DegEval).

Polizei macht Schule – Wirksamkeit gewaltpräventiver Maßnahmen

Moderation: Torsten König, Landeshauptstadt Dresden

Provokationen und Bedrohungen stellen soziale Situationen dar, mit denen Jugendliche oft überfordert sind: Von Ärger getriebene, impulsive Reaktionen erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation von Gewalt. Eine Vermittlung von Fähigkeiten, die einen kompetenten Umgang mit Konflikten gewährleisten, stellt ein zentrales Element der Anti-Gewalt-Veranstaltungen (AGVen) der Polizei Berlin dar, die von Berliner Polizeibeamtinnen und -beamten, den so genannten Präventionsbeauftragten, seit den 90er Jahren an Berliner Schulen durchgeführt werden.

In dem vorliegenden Beitrag werden zentrale Ergebnisse einer Wirksamkeitsevaluation der AGVen vorgestellt, die auf Basis eines längsschnittlich angelegten Experimental- und Kontrollgruppen-Designs mit rund 1500 Schülerinnen und Schülern durchgeführt wurde. Die Ergebnisse zeigen signifikante Verbesserungen der trainierten Schülerinnen und Schüler auf Ebene ihres Handlungswissens, ihrer Einstellungen gegenüber der Polizei sowie ihrer Akzeptanz gewaltförderlicher Männlichkeitseinstellungen. Allerdings konnten diese Verbesserungen nur bei Schülerinnen und Schülern zeitstabil erhalten bleiben, die zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich an einer Auffrischungsstunde teilgenommen hatten. Implikationen zur Optimierung des Programms sowie Bedingungen der Zusammenarbeit von Schule und Polizei im Allgemeinen werden abschließend reflektiert.



Kerstin Sischka

Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT)

Kerstin Sischka, Dipl.-Psych. und M.A., studierte Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaften und Pädagogik an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet seit 1999 zu Fragen der Radikalisierungsprävention und bringt langjährige Erfahrung aus der wissenschaftlichen Begleitung und Beratung von Modellprojekten mit. Seit 2011 war sie als Psychologin in der stationären Psychosomatik und Akutpsychiatrie tätig, Mitglied in der Forschungsgruppe Sozialpsychiatrie und Versorgungsforschung (Charité Berlin) und arbeitet an einer psychoanalytischen Institutsambulanz. Sie ist wissenschaftlich sowie berufspolitisch aktiv in der Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) e.V. Von 2015 bis 2017 war sie als Koordinatorin und Fachberaterin im Modellprojekt Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus (DNE) unter dem Dach des Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) tätig. Nach einer aus der dreijährigen Erprobungsphase des DNE resultierenden Neustrukturierung überführt sie seit Anfang 2018 gemeinsam mit Kollegen den diagnostisch-psychotherapeutischen Schwerpunkt in eine freie Trägerschaft. Derzeit arbeitet sie als freie Sachverständige zu Fragen der Prävention von Radikalisierung und Deradikalisierung.

Psychotherapeutische Beiträge zur Extremismus-Prävention

Moderation: Dr. Eveline Fischer, Ärztin für Innere Medizin und Arbeitsmedizin (im Ruhestand)

In der Radikalisierungs- und Extremismus-Prävention vollziehen sich seit einigen Jahren Professionalisierungsprozesse, zu denen eine stärkere Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen gehört. Auch psychologische und ärztliche PsychotherapeutInnen sind zunehmend gefragt, sich mit ihren spezifischen Kompetenzen einzubringen. Dies reicht beispielsweise von Akutinterventionen bei Selbst- oder Fremdgefährdungen über die Begleitung von Familienangehörigen radikalierter junger Menschen in schweren psychischen Krisen und psychotherapeutischen Arbeit mit Aussteigenden aus extremistischen Gruppen bis hin zur konsiliarisch-fallbezogenen Beratung für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure. Diese und weitere Beiträge sollen im Vortrag, auch hinsichtlich ihrer Wirkannahmen, vorgestellt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer psychoanalytischen bzw. psychodynamischen Perspektive. Es sollen Gelingensbedingungen der multiprofessionellen Kooperation definiert werden. Dabei fließen Erfahrungen aus der Praxis (z.B. dem Modellprojekt Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus) ein. Es wird darauf eingegangen, wie PsychotherapeutInnen selbst ihre Möglichkeiten und Grenzen sehen, einen Beitrag zur Radikalisierungsprävention zu leisten. Wo liegen Unsicherheiten oder Fortbildungsbedarfe? Wie lassen sich die Kooperation und der Fachaustausch zukünftig gestalten?



Prof. Dr. Thomas Görgen

Deutsche Hochschule der Polizei



Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier

Leibniz Universität Hannover



Andreas David Peikert

Leibniz Universität Hannover



Janna Wegmann

Deutsche Hochschule der Polizei

Prof. Dr. Thomas Görgen; Dipl.-Psych., Professor für Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei; aktuelle Arbeitsschwerpunkte u.a: politischer Extremismus / Radikalisierung / Radikalisierungsprävention; Viktimisierung in vulnerablen Populationen; kriminalpräventive Strategien und Handlungsansätze; Gewalt im sozialen Nahraum

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier; Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Leibniz Universität Hannover; aktuelle Arbeitsschwerpunkte u.a: politischer Extremismus / Radikalisierung / Radikalisierungsprävention; Vermögenskriminalität in Betreuungsverhältnissen

Dipl.-Jur. Andreas David Peikert; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Leibniz Universität Hannover; Forschungsschwerpunkt: Vermögenskriminalität in Betreuungsverhältnissen

Janna Wegmann, Ass. jur.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei; Forschungsschwerpunkt: Vermögensdelikte in Betreuungsverhältnissen

Betreut und betrogen? Vermögensdelikte und Betreuung

Moderation: Dr. Leonie Steinl, Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Eine rechtliche Betreuung ist derzeit für ca. 1,3 Mio. Personen in Deutschland eingerichtet – mit steigender Tendenz. Zu den Aufgabenkreisen der (ehren- wie hauptamtlichen) Betreuerinnen und Betreuer gehört vielfach auch die Vermögenssorge. Diese privilegierte Position dient dem Schutz des Vermögens der Betreuten, sie kann aber auch missbraucht werden. Im Rahmen einer gemeinsamen Studie der Leibniz Universität Hannover und der Deutschen Hochschule der Polizei wird die bislang in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit jenseits spektakulärer Einzelfälle nur wenig beachtete Thematik systematisch untersucht. Hierzu wurde ein multimethodaler Ansatz gewählt, der die Analyse von Akten aus Strafverfahren sowie von Betreuungsakten mit Interviews mit relevanten Akteuren (u.a. Betreuer, Betroffene, Angehörige, Rechtspfleger, Betreuungsrichter) verknüpft. Es werden Befunde zu folgenden Fragenkomplexen berichtet:

- Wie ist die Phänomenologie von Vermögensdelikten beschaffen, die in rechtlichen Betreuungsverhältnissen begangen werden?
- Welche Risikofaktoren machen in diesem Feld strafrechtlich relevantes Handeln wahrscheinlicher?
- Welche Mechanismen gibt es im Rahmen der rechtlichen Betreuung zur Verhinderung von Vermögensdelikten? Wie effizient sind sie?
- Welche Perspektiven ergeben sich für die weitere Ausgestaltung der Prävention?



Mirko Allwinn

Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement (I:P:Bm)



Nils Böckler

Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement (I:P:Bm)

Mirko Allwinn hat Psychologie studiert. In seiner Arbeit beschäftigt er sich mit verschiedenen Formen zielgerichteter Gewalt & Gewaltdrohungen. Er begleitete das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt KomPass, eine Lernplattform zur Prävention von schweren Gewalttaten an Schulen (2012-2015). Im Forschungsverbund TARGET forschte er zu School Shootings und Amokläufen durch Erwachsene. Aktuell ist er an den staatlich geförderten Forschungsverbänden EWV (Erkennung von Wirtschaftskriminalität und Versicherungsbetrug) und X-SONAR beteiligt. Mirko Allwinn hält Vorträge, Workshops und Seminare und ist in der Fallarbeit im Bedrohungsmanagement tätig.

Nils Böckler hat Pädagogik studiert und ist seit 2016 für das I:P:Bm tätig. In dem Projektverbund „Tat- und Fallanalysen hoch expressiver, zielgerichteter Gewalt“ (TARGET), welcher vom BMBF gefördert wurde, forschte er zu Radikalisierungsprozessen terroristischer Einzeltäter und autonomer Zellen. Daneben leitete er mit Andreas Zick gemeinsam das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt „Entwicklungswege in den gewaltorientierten Salafismus“. Seit Februar 2017 sind Nils Böckler und das I:P:Bm Teil des BMBF Forschungsverbundes X-SONAR („Extremistische Bestrebungen in sozialen Onlinenetzwerken“).

Bedrohungsmanagement bei Radikalisierungsprozessen

Moderation: Sarah Fehrmann, JVA Heinsberg

Der präventive Ansatz des Bedrohungsmanagements setzt an der Erkenntnis an, dass terroristisches Handeln immer den Endpunkt eines Entwicklungsweges darstellt, der durch charakteristische Merkmale im Verhalten und der Kommunikation der späteren Täter begleitet wird. Ziel ist es, Verantwortliche in Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Gefängnissen und anderen Institutionen dazu zu befähigen, Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, relevante Informationen zusammenzutragen und auf Grundlage einer strukturierten Einschätzung des Falls, ein effektives Fallmanagement einzuleiten. Dabei hat sich der systematische Austausch eines institutionsinternen Bedrohungsmanagementteams mit professionellen Partnern im lokalen Raum bewährt – neben der Polizei sind hier etwa sozialpsychiatrische Dienste und Beratungsstellen zu nennen. Erst ein verlässliches Netzwerk erlaubt es Verantwortlichen, im Ernstfall auf die verschiedenen Facetten von Radikalisierungsprozessen angemessen reagieren zu können. In dem Vortrag werden die Erfahrungen mit dem Ansatz des Bedrohungsmanagements vorgestellt. Neben best practices in Bezug auf den Aufbau und die Implementierung von Interventionsteams, werden Qualitätsstandards, Ablaufmuster und Instrumente zur Risikoeinschätzung vorgestellt. Dabei wird sich auch der Frage gewidmet wie Stigmatisierungseffekte und Coradikalisierung verhindert werden können.



Canan Korucu

Ufuq e.V.

Canan Korucu arbeitet seit August 2017 bei ufuq.de, einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, der in der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus aktiv ist. Im Bund-Länder-Projekt „bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“ ist sie als Gesamtkoordinatorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Korucu studierte Erziehungswissenschaften und Gender Studies in Berlin und hat ein Aufbaustudium der Islamwissenschaften absolviert. Nach beruflichen Stationen der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen zu den Themen antimuslimischer Rassismus sowie interreligiöser Dialog war sie an der Universität Bremen als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Den Schwerpunkt ihrer Forschung und Lehre bildete dabei die Analyse migrationsgesellschaftlicher Dominanz- und Differenzverhältnisse im Kontext von Migration, Gender und Islam. Zu ihren aktuellen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten zählen u.a. rassismuskritische Bildungsarbeit, Online-Präventionsansätze in pädagogischen Settings sowie antimuslimischer Rassismus.

Prävention salafistischer Einstellungen in sozialen Medien

Präventionsarbeit in sozialen Medien beschränkt sich nicht auf eine Begegnung explizit islamistischer Botschaften, sondern umfasst vor allem auch die Auseinandersetzung mit Themen, die eine Hinwendung zu extremistischen Szenen befördern können. Umso wichtiger ist daher die Thematisierung von Erfahrungen und Interessen von Jugendlichen, für die es ansonsten aber oft keinen Raum gibt.

Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht die Vorstellung von Ansätzen der Präventionsarbeit in sozialen Medien und der Erfahrungen aus verschiedenen Projekten des Vereins ufuq.de, die in diesem Bereich gesammelt wurden.

Religion und Glauben spielen in diesen Ansätzen eine Rolle, aber auch gesellschaftliche und politische Fragen können die Hinwendung zu salafistischen Szenen befördern und müssen in der Präventionsarbeit aufgegriffen werden. Vor diesem Hintergrund lassen sich „Gegennarrative“, „alternative Narrative“ oder „Gegenrede“ nicht auf religiöse Inhalte beschränken. Ebenso wichtig ist die Auseinandersetzung mit Themen, Interessen und Konflikten, die den Alltag von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit prägen. Entscheidend ist dabei die Authentizität der „alternativen Narrative“. Botschaften, die direkt oder indirekt mit staatlichen oder bildungspolitischen Interessen in Verbindung gebracht werden, sind in der Regel nur bedingt glaubwürdig.



Janusz Biene

Kreis Offenbach

Janusz Biene ist Koordinator des kreisweiten Präventionsprojekts „PRO Prävention – Projekt gegen (religiös begründeten) Extremismus“ im Integrationsbüro des Kreises Offenbach. Zuvor war er unter anderem wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er hat an der RWTH Aachen, der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der University of Wisconsin-Madison Friedens- und Konfliktforschung, Politikwissenschaft und Sprach- und Kommunikationswissenschaft studiert. Zuletzt gab er im Campus-Verlag den Sammelband „Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen“ (gemeinsam mit Christopher Daase, Julian Junk, Harald Müller, 2016) heraus.

Informationen zu PRO Prävention finden Sie hier:
<http://bit.ly/2Guzb1r>.

Janusz Biene ist auf Twitter unter @akawanja zu erreichen.

Lokale Identität: Ein Thema für kommunale Präventionsarbeit

**Moderation: Susanne Wolter, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Radikalisierung in religiös begründeten Extremismus kann als Flucht vor der Komplexität gesellschaftlicher Realitäten in Primäridentitäten, z.B. als Mitglied der „umma“, beschrieben werden. Die „umma“ wird dabei als homogen, rein und überlegen imaginiert. Das Individuum geht im Kollektiv auf, die verbindende Ideologie ist nicht am Menschen, sondern am Prinzip orientiert.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, wie Angebote der Prävention gestaltet werden können. Im Rahmen des kommunalen Projekts PRO Prävention des Kreises Offenbach wird ein Schwerpunkt auf Fragen von (lokaler) Identität gelegt. Die Projektarbeit dreht sich um Fragen wie „Wer bin ich?“, „Was macht meine Lebenswelt aus?“ und „Wie kann ich sie ändern?“. Projekte mit Jugendlichen ermöglichen die Auseinandersetzung mit dem lokalen Kontext und die Entwicklung eigener Perspektiven auf gesellschaftliches Zusammenleben. In der Arbeit mit Fachkräften steht nicht die Ideologie, sondern eine auf das Individuum fokussierte, pädagogische Perspektive im Mittelpunkt. Die Vernetzungsarbeit dient dazu, Menschen und Akteure miteinander ins Gespräch über ihre lokale Lebenswelt zu bringen. Ziel ist, den Mensch in seiner lokalen Umgebung in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Vortrag stellt den Zusammenhang von Identität und Radikalisierung dar und diskutiert erprobte Maßnahmen und blinde Flecken kommunaler Präventionsarbeit.



Maria Kamenowski

**Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften**



Annina Sonnenwald

Regisseurin und Autorin

Maria Kamenowski ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Departement Soziale Arbeit. Sie hat das Masterstudium in Kriminologie und Gewaltforschung sowie das Bachelorstudium in Soziologie absolviert. Bei ihrer bisherigen Arbeit hat sie den Fokus unter anderem auf den Bereich der Kriminalprävention gelegt.

Annina Sonnenwald, geb. 1983, wuchs im Appenzellerland auf. Sie machte die Ausbildung zur Lehrerin, besuchte die Schauspielschule Zürich und arbeitet seit 2011 als Regisseurin. Neben Engagements am Volkstheater leitet sie seit 2012 Theaterprojekte mit Strafgefangenen im Gefängnis Lenzburg, schreibt Theaterstücke (TELL VOR GERICHT) und studiert Rechtswissenschaften.

„Tell vor Gericht“: Erkenntnisse zur Theaterarbeit

Moderation: Jochen Kinast, Landeshauptstadt Dresden

Ein Ziel der Arbeit des Straf- und Maßnahmenvollzuges ist es, den Inhaftierten Angebote im Arbeits- und Freizeitbereich zu ermöglichen, die ihre sozialen Kompetenzen fördern. Angebote hierzu liegen in den Justizvollzugsanstalten in vielfältiger Form vor. Welche Möglichkeiten sich durch alternative und auch kreative Angebote wie der Theaterarbeit mit Inhaftierten bieten, sind dabei weitestgehend ungeprüft.

In der Schweiz haben nur wenige Justizvollzugsanstalten vereinzelt Theaterprojekte durchgeführt, unter anderem inszeniert Annina Sonnenwald seit 2013 Theaterstücke in einer Schweizer Justizvollzugsanstalt. Um mehr darüber zu erfahren, welchen Stellenwert das Theaterspielen im Strafvollzug für die Beteiligten hat und ob dieses Angebot Potentiale für die präventive Arbeit bietet, führte das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Rahmen des Theaterprojektes >>Tell vor Gericht<< eine qualitative Begleituntersuchung durch.

Im Vortrag werden zentrale Ergebnisse dieser Begleituntersuchung vorgestellt und durch die praktischen Erfahrungen in der Theaterarbeit ergänzt. Der Fokus wird auf der Besonderheit des Theaters aus der Perspektive der Regisseurin wie auch der Inhaftierten liegen und es wird aufgezeigt, dass die Theaterpädagogik im Justizvollzug einen präventiven Beitrag leisten kann.



Dr. Iris Alice Muth

**Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**



Dr. Katharina Penev-Ben Shahr

**Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

Dr. Iris Muth ist seit Januar 2017 Leiterin des Referates zur Radikalisierungsprävention im Bundesfamilienministerium. Dort verantwortet sie unter dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ über 200 Präventions- und Deradikalisierungsprojekte einschließlich begleitender Forschung, in den Bereichen Islamistischer Extremismus, Rechtsextremismus, Linke Militanz sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, auch zur Umsetzung des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus. Vor ihrem Eintritt in das BMFSFJ war Frau Dr. Muth Referatsleiterin im BKA, davor stellvertretende Referatsleiterin im GTAZ und für AA und OSZE in Zentralasien, dem Kaukasus und Georgien tätig. Sie hat in Göttingen und Paris Rechtswissenschaften studiert und zum Thema „Neues Recht zwischen Tradition und Systemwechsel – Beratung des georgischen Arbeitsrechts in der Praxis“ promoviert.

Dr. Katharina Penev-Ben Shahr ist seit 2011 Referentin im Bundesfamilienministerium und aktuell zuständig für den Förderbereich Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe sowie das Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus. Davor war sie im Referat für europäische und internationale Gleichstellungspolitik tätig. Sie hat in Kiel und Essex studiert und im Völkerrecht promoviert. Vor ihrem Eintritt ins BMFSFJ arbeitete sie als Rechtsanwältin in Deutschland und Israel.

Radikalisierungsprävention im Bund: „Demokratie leben!“

Moderation: Prof. Dr. Helmut Fünfsinn, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Der Vortrag gibt einen Überblick über Erfahrungen und Herausforderungen der Radikalisierungsprävention im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind immer öfter Angriffen aus den Bereichen Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus und linke Militanz ausgesetzt. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stärkt mit seinem gesamtgesellschaftlichen Ansatz ziviles Engagement und demokratisches Verhalten und entwickelt die präventiv-pädagogische Arbeit weiter, auch um diesen Angriffen entgegenzutreten. Auch auf neue Radikalisierungs- und Polarisierungstendenzen, z.B. zum Thema Flucht und Migration, soll reagiert werden. Derzeit arbeiten über 120 Modell- und Forschungsprojekte zum Thema Radikalisierungsprävention mit unterschiedlichen Trägern bundesweit u.a. in den Bereichen Netz sowie in Strafvollzug und Bewährungshilfe.

Herausforderungen bei der strategischen Planung und Umsetzung des Bundesprogramms wie auch bei der Umsetzung des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus sind vielfältig und betreffen Fragen der Nachhaltigkeit, des vernetzten Arbeitens aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, des professionellen Umgangs mit sachfremder Kritik aus Gesellschaft, Politik und Medien ebenso wie der Evaluierung und Qualitätssicherung der Maßnahmen.



Julia Feldmann

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Julia Feldmann ist Psychologin (M.Sc.) und Dipl. Sozialpädagogin (FH) und hat an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg studiert. Seit 2017 ist sie beim Verein Programm Klasse 2000 e.V. beschäftigt und leitet dort die Abteilung Wissenschaft und Evaluation. Zuvor war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm in einem Forschungsprojekt zur Entwicklung und Evaluation eines Konzepts zur Prävention sexuellen Missbrauchs für Kindertageseinrichtungen („ReSi-Resilienz und Sicherheit“) tätig.

25 Jahre Klasse2000 – Strategien zur dauerhaften Verbreitung

Moderation: Günther Ebenschweiger, Österreichisches Zentrum für Kriminalprävention

Klasse2000 ist ein Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtprävention und richtet sich an Grundschüler von der ersten bis zur vierten Jahrgangsstufe. Effekte des Programms auf den Substanzkonsum und auf Aspekte des Ernährungs- und Bewegungsverhalten konnten nachgewiesen werden. Eine große Herausforderung der schulischen Präventionsarbeit besteht darin, evidenzbasierte Präventionsprogramme nachhaltig an Schulen zu implementieren. Nur wenn ein Programm eine große Anzahl an Kindern erreicht, kann es tatsächlich eine gesellschaftliche Wirkung entfalten. Klasse2000 konnte sich seit dem Programmstart im Jahr 1991 kontinuierlich auf Grundlage der begleitenden Evaluation weiterentwickeln und seine Verbreitung steigern, so dass aktuell bundesweit etwa 15 % aller Grundschulklassen teilnehmen.

Der Vortrag gibt einen Überblick über das Programm und die Erfahrungen aus über 25 Jahren Klasse2000. Es soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, welche Aspekte und Strategien sich günstig für die langfristige Verbreitung und Umsetzung des Programms erwiesen haben. Hierzu wird auf Merkmale der Organisationsstruktur, das Finanzierungskonzept und die Kooperation mit zahlreichen Akteuren der Zivilgesellschaft eingegangen. Weiterhin werden zukünftige Herausforderungen beleuchtet.



Nadine Lange

Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V.

Nadine Lange wurde 1989 in Frankenberg geboren. Sie absolvierte an der Fachhochschule Zittau/Görlitz ihren Bachelor „Management im Gesundheitswesen (B.a.)“. Ihren Master absolviert Sie an der Technischen Universität Dresden im Studienfach „Gesundheitswissenschaften/Public Health (M.s)“. Seit September 2016 arbeitet Sie als Projektkoordinatorin bei der sächsischen Landesvereinigung für Gesundheitsförderung (SLfG) in den Projekten „MiMi-Gewaltprävention -mit Migrantinnen für Migrantinnen“ und im Projekt „Stress Rekord – einer Serious Game-basierten Informations- und Lernumgebung zum Abbau von physischen und psychischen Belastungen bei Pflegekräften“. Seit Januar 2018 ist sie als Fachkoordination und Projektassistenz im Projekt „Fach- und Koordinierungsstelle universelle Suchtprävention“ beteiligt.

MiMi – Gewaltprävention mit MigrantInnen für MigrantInnen

Moderation: Sabine Zubrägel, Landesarbeitsstelle
Schule-Jugendhilfe Sachsen e.V. (LSJ)

Mit der steigenden Zahl an geflüchteten Frauen und Mädchen nehmen auch Berichte über sexualisierte Gewalt gegen diese Gruppen zu. Geflüchtete Frauen und Mädchen berichten von körperlichen Gewalterfahrungen, Belästigungen oder sex. Nötigung vor allem durch andere männl. Flüchtlinge sowie auch durch Personal der Flüchtlingsunterkünfte. Ihnen fehlen sowohl Informationen über Rechte, über Beratungs- & Unterstützungsangebote oder über bewährte Handlungsstrategien zum Selbstschutz als auch Ansprechpartnerinnen in der eigenen Sprache, von denen sie unterstützt und informiert werden können.

Im Rahmen des Projekts „MiMi – Gewaltprävention“ werden Mediatorinnen zum Thema „Gewaltprävention für geflüchtete Frauen und Kinder“ geschult, um anschließend die Informationen in Muttersprache an die Bedarfsgruppe weiterzugeben. Dies trägt zum Empowerment betroffener Frauen und Mädchen bei. Gleichzeitig erfolgt eine starke Netzwerkarbeit zwischen den kulturellen Communities, Multiplikatorinnen & Fachkräften.

Die Zuhörer werden über die Inhalte des Projektes und den Projektstandort Sachsen informiert. Zudem soll ein Überblick über die Herausforderungen und Möglichkeiten der Mediatorinnenarbeit in Sachsen gegeben werden. In diesem Zusammenhang wird auch eine Mediatorin von ihren Erfahrungen berichten sowie für Fragen und Antworten im anschließenden Diskussionsteil des Vortrages zur Verfügung stehen.



Detlev Schürmann

**Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)**

Bis 2013 Kriminalbeamter in Bonn. Experte für Kriminalprävention und Koordinator „Städtebauliche Kriminalprävention“. Beratung von Kommunen und Behörden bei städtebaulichen Projekten und Wettbewerben, Gastdozent an Hochschulen, Publikationen in der Fachpresse zum Thema „Kriminalprävention als Querschnittsaufgabe in der Stadtentwicklung“.

1996-2005 nebenberuflich Dozent und Prüfer für Bewachungsrecht an verschiedenen Industrie- und Handelskammern. Veröffentlichung diverser Fachbücher und Textbeiträge zur Vorbereitung auf die Sachkundeprüfung nach § 34 a GewO zu den Themen Recht und Psychologie.

2005 bis 2007 Studium der Kriminologie und Polizeiwissenschaft an der Ruhr-Universität in Bochum.

Seit 2013 im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein Westfalen als Kriminologe und Polizeiwissenschaftler für die Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)“ tätig.

Arbeitsschwerpunkt:

Urbane Sicherheit

- Integrierte stadtbildverträgliche Sicherheitskonzepte
- Städtetzwerk Kriminalprävention
- Kooperation Sicherheitswirtschaft

AB-Bau von Gewalt durch Sicherheitstechnik und UM-Bau

Moderation: Sabrina Mohr, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Die Lebens-, Arbeits- und Aufenthaltsqualität in Städten und Gemeinden wird von zahlreichen Indikatoren beeinflusst. Der Instandhaltungszustand öffentlicher Einrichtungen und Anlagen bzw. ein vernachlässigtes Stadtbild können das Sicherheitsgefühl und die Standortauswahl negativ beeinflussen.

Die Reduzierung und Vermeidung von Gewalt an und in öffentlichen Einrichtungen, Plätzen und Verkehrsanlagen sowie am Arbeitsplatz – nur eine Frage der Verhaltensprävention?

Der Einbau von Sicherheitstechnik und Umbaumaßnahmen bestehender kommunaler Infrastruktur kann Gebäude und Arbeitsplätze sicherer machen. Planerische Umgestaltung unter Berücksichtigung städtebaulicher Kriminalprävention ist geeignet, Tatgelegenheiten im öffentlichen Raum zu vermeiden, das Entdeckungsrisiko zu erhöhen sowie das Sicherheitsgefühl zu steigern.

Im Rahmen des KfW-Förderprogramms „IKK - Barrierearme Stadt“ werden schon jetzt investive Maßnahmen zum Barriereabbau sowie zum alters- und familiengerechten Umbau der kommunalen Infrastruktur unterstützt. Die KfW-Bankengruppe und das Deutsche Forum für Kriminalprävention beraten derzeit über hinausgehende Möglichkeiten finanzieller Förderung von integrativen sicherheitssteigernden und stadtbildverträglichen Maßnahmen an öffentlichen Einrichtungen, Plätzen und Verkehrsanlagen sowie der Steigerung der Mitarbeitersicherheit am Arbeitsplatz vor Übergriffen.



Lena Münch

Pädagogische Hochschule Freiburg



Prof. Dr. Verena Schreiber

Pädagogische Hochschule Freiburg

Lena Münch ist seit Juli 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographie und ihre Didaktik der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Aktuell ist sie für die Bearbeitung des Projekts „Fortschreibung der Bestandsaufnahme kriminalpräventiver Gremien in Deutschland“ (2017-2018, Bundesministerium des Innern, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention und Nationales Zentrum für Kriminalprävention) zuständig. Sie absolvierte ihren Bachelor der Geographie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Den Master „Geographie des Globalen Wandels“ schloss sie 2017 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ab. Zu ihren Themenschwerpunkten gehört neben stadtgeographischen Aspekten auch die Erforschung von Auswirkungen des Klimawandels auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene.

Verena Schreiber ist Junior-Professorin für Geographie und ihre Didaktik mit dem Schwerpunkt Humangeographie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Nach ihrem Studium der Geographie, Katholischen Theologie und Deutschen Philologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz war sie zunächst wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Mainz und Osnabrück, bevor sie 2005 an die Goethe-Universität Frankfurt am Main wechselte. Dort promovierte sie 2010 zum Thema städtischer Sicherheitsproduktion, u.a. mit Blick auf die Entwicklung, Gestaltung und lokale Institutionalisierung von Präventionsgremien in Deutschland. Ihre Studie wurde als beste sozial- und geisteswissenschaftliche Dissertation der Goethe-Universität Frankfurt 2011 ausgezeichnet. Vor ihrem Wechsel nach Freiburg forschte sie von März-Juli 2015 am Department of Geography der Loughborough University (UK) zum Themenfeld „Geographies of Childhood, Families and Education“.

Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Erhebung 17/18

**Moderation: Wolfgang Kahl, Stiftung Deutsches Forum
für Kriminalprävention (DFK)**

Kommunale Präventionsarbeit wurde zuletzt im Jahr 2007 bundesweit im Rahmen der Studie „Lokale Präventionsgremien in Deutschland“ systematisch im Hinblick auf Verbreitung, Organisationsform, Arbeitsweisen und inhaltliche Schwerpunkte erfasst. Nach einem Zeitraum von nunmehr zehn Jahren fand im Herbst 2017 eine Fortschreibung dieser Studie statt mit dem Ziel, Entwicklungen in der kommunalen Präventionslandschaft zu identifizieren sowie neue Impulse für die Verbesserung präventiver Arbeit zu geben. Im Vortrag werden zentrale Ergebnisse der Untersuchung zur Diskussion gestellt.



Dr. Andreas Armborst

Nationales Zentrum Für Kriminalprävention (NZK)



Dr. Simone Ullrich

Nationales Zentrum Für Kriminalprävention (NZK)

Andreas Armborst ist seit Januar 2016 Leiter des Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK). Zuvor war er Marie Curie Fellow an der University of Leeds (GB) mit einem Projekt zum langfristigen Wandel Islamistischer Ideologien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Terrorismus- und Sicherheitsforschung, Kriminologie und Methoden der empirischen Sozialforschung. Dr. Armborst arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Forschungsprojekte der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG), der Europäischen Kommission (EC), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). 2011 promovierte er am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg mit einer Studie zu den ideologischen Ursprüngen religiös motivierter Gewalt.

Dr. Simone Ullrich ist seit April 2017 Leiterin des Projektes „Entwicklung von Evaluationskriterien in der Extremismusprävention (Islamismus)“ am NZK. Zuvor war sie 13 Jahre in der Violence Prevention Research Unit, Queen Mary University of London. Zwischen 1995 und 2003 war sie Leitende Psychologin für forensische Forschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Schwerpunkte ihrer Forschung sind die „Epidemiologie der Gewalt und des antisozialen Verhaltens“ sowie „Risk Assessment“ und „Extremismus“. Frau Dr. Ullrich war in eine Vielzahl von Forschungsprojekten involviert, u.a. das Hallenser Angeklagtenprojekt, die Prisoner Cohort Study und die „Cambridge Study in Delinquent Development“.

Evaluationsansätze in der Islamismusprävention

Moderation: Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der Polizei

Die Prävention Islamistischer Radikalisierung ist in Deutschland zu einem neuen Berufsfeld avanciert. Ebenso vielfältig wie die Ansätze sind die Orte von Prävention: In Schulen, Sozialen Netzwerken, Justizvollzugsanstalten, Vereinen, Moscheen und im Wohnquartier arbeiten Menschen daran Anzeichen Islamistischer Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Besondere Beachtung finden sogenannte ‚Gefährder‘ und einschlägig vorbestrafte Täter. Über die tatsächlichen Effekte der Islamismusprävention ist bisher wenig bekannt. Das liegt zu einem daran, dass es sich um ein junges Tätigkeitsfeld handelt und zum anderen an evaluationsmethodischen Herausforderungen. Der Vortrag erläutert einleitend die besonderen Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Evaluationsansätze. Darauf aufbauend wird ein neues Evaluationsinstrument vorgestellt, das anhand konkreter Indikatoren mögliche Effekte der Islamismusprävention empirisch erfasst. Im Fokus steht dabei nicht nur die klassische Frage danach „was wirkt“ sondern auch das Erkenntnisinteresse an Wirkungsmechanismen und Präventionskontext.



Asiye Sari-Turan

**Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration**

Asiye Sari-Turan ist als wissenschaftliche Referentin im KPEBW für das Landesbildungszentrum Deradikalisierung tätig. Nach ihrem naturwissenschaftlichen Studium folgten Tätigkeiten in Bereichen der Schul-, Umwelt- und Medienpädagogik. Parallel dazu wirkte sie im Themenfeld Extremismusprävention an der Entwicklung von Seminar- und Workshop-Konzepten für Jugendliche und Multiplikatoren aus verschiedenen pädagogischen Bereichen mit.

Landesbildungszentrum Deradikalisierung Baden-Württemberg

Moderation: Harald Schmidt, Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

In diesem Beitrag stehen das Konzept und die Arbeit des Landesbildungszentrums Deradikalisierung (LBZ Derad) im Fokus. Dabei wird dargestellt, welche neuen Perspektiven und Möglichkeiten sich daraus für die Präventionslandschaft in Baden-Württemberg ergeben können.

Das LBZ Derad wurde unter dem Dach des Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus Baden-Württemberg (KPEBW) als Anlaufstelle für Qualifizierung im Bereich der Extremismusprävention geschaffen.

Zu den Kernaufgaben des Bildungszentrums gehört es im Bereich der Extremismusprävention (sekundär und tertiär) zielgruppengerecht einheitliche und qualitativ hochwertige Weiterbildungskonzepte zu entwickeln und unter Einbindung externer Partner durchzuführen. Überwiegend richtet sich das Landesbildungszentrum an Fachpersonal und nutzt verschiedene Ansätze, um eine Breitenwirkung zu erzielen (z.B. Train the Trainer, Qualifizierung von regionalen Ansprechpartnern). Bestehende Aktivitäten der Qualifizierung in der Sekundär- und Tertiärprävention sollen vernetzt, gebündelt und ergänzt werden. Eine weitere Zielsetzung besteht in der Förderung der Entwicklung zu einheitlichen Qualitätsstandards im Feld der Extremismusprävention und Deradikalisierung.



Dr. Wolfgang Weissbeck

Pfalzlinikum-Pfalzinstitut

Dr. med. Wolfgang Weissbeck

Jahrgang 1960. Verheiratet, 3 Kinder. Medizinstudium 1984-1991 an der Rupprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Seit 1993 in der Kinder- und Jugendpsychiatrie tätig, zeitweise in England. Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, als leitender Oberarzt in Klingenmünster zuständig für den Jugendmaßregelvollzug in Rheinland-Pfalz. Beschäftigt sich seit 1999 mit Maßregelvollzug bei Jugendlichen, zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zum Thema Jugendliche und Maßregelvollzug. Promotion 2008 zu dem Thema bei Prof. Günter, Tübingen, erschienen 2009 im MWV Verlag unter dem Titel „Jugendmaßregelvollzug in Deutschland“. Mitherausgeber und Autor des Buches „Psychisch kranke Straftäter im Jugendalter“, erschienen 2008.

Seit 2003 Sprecher des Arbeitskreises Jugendforensik. Dozent am Institut für Fort- und Weiterbildung in klinischer Verhaltenstherapie (IFKV) sowie an der Heidelberger Akademie für Psychotherapie (HAP-KJP der SRH Hochschule). Zertifizierter Kinder- und Jugendpsychiatrischer Gutachter. Advisory Board der European forensic Child and Adoscent Psychiatry (EFCAP). Teilnehmer eines gemeinsamen Kooperationsprojekts mit Schule, Polizei und Verwaltung mit dem Themenkomplex schwere zielgerichtete Gewalt an Schulen („Amok“).

Schnittstellen: gemeinsame Herausforderungen

Moderation: Ralf Bernstein, Sächsisches
Staatsministerium des Innern

Schnittstellen: gemeinsame Herausforderungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendhilfe, der Justiz und Polizei durch Amokhandlungen und Androhungen schwerer Gewalt im Zusammenhang mit Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie ist wiederkehrend mit der Frage konfrontiert, ob bei der Gewaltandrohung von Schülern mit der Umsetzung dieser Ankündigung zu rechnen ist. An 3 Fallbeispielen wird kurz illustriert, welche Möglichkeiten der Abklärung es gibt und welche Einschränkungen diesbezüglich bestehen.

Fallbeispiel 1:

Vermeintliche Ankündigung eines Amoklaufs

Fallbeispiel 2:

Vorbereitung eines Amoklaufs

Fallbeispiel 3:

Neue Herausforderungen: Alleinreisende, minderjährige Asylsuchende und Ankündigung von Gewalthandlungen

Fallbeispiel 4:

Radikalisierungsprozess und psychische Störung

Gewaltankündigungen oder -handlungen bei Kindern und Jugendlichen können mit einer psychischen Störung einhergehen, was aber nicht zwangsläufig der Fall ist. Aufgabe der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist zunächst die Prüfung, ob eine Indikation für eine kinder- und jugendpsychiatrische Intervention besteht und wie diese erfolgen kann (ambulant vs. (teil-)stationär. Es bedarf einer fachübergreifenden Diskussion, wie eine adäquate Versorgung von Problemlagen an der Schnittstelle zwischen den o.g. Institutionen gerade im Krisenfall erfolgen kann.



Dr. Götz Nordbruch

Ufuq e.V.



Jamuna Oehlmann

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös
begründeter Extremismus

Dr. Götz Nordbruch ist Islam- und Sozialwissenschaftler, Mitbegründer und Co-Geschäftsführer des Vereins ufuq.de. Nordbruch war als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut de recherches et d'études sur le monde arabe et musulman in Aix-en-Provence und am Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut – für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig tätig. Von 2008-2011 war er Assistenzprofessor am Center for Contemporary Middle East Studies der Süddänischen Universität Odense. Er ist Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Jugendkulturen zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus, Medienutzung von jungen Muslim_innen und Migrant_innen sowie Prävention von islamistischen Einstellungen in schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit.

Jamuna Oehlmann hat in Berlin und London Regionalwissenschaften und internationale Beziehungen & Diplomatie studiert und zum Nexus von Menschenhandel und Terrorismus geforscht. Sie ist Koordinatorin der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Prävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus

Moderation: Anna Rau, Deutsch-Europäisches Forum
für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

In der Gesellschaft zeigt sich eine zunehmende Polarisierung. Dabei spielen auch religiös-extremistische Strömungen eine wichtige Rolle. Die gewaltbereite dschihadistische Szene hat in den vergangenen Jahren zugenommen und die Sicherheitslage in Deutschland verschärft. Die Gefahren gehen dabei immer mehr von so genannten home-grown-Tätern aus. In diesem Zusammenhang gewinnt die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit an Bedeutung.

Die Gefahren beschränken sich nicht auf offene Gewaltbereitschaft, sondern können sich auch in demokratiefeindlichen und abwertenden Haltungen äußern. Umso wichtiger ist es, die Themen Prävention und Deradikalisierung nicht auf sicherheitspolitische Ansätze zu beschränken. Der Zivilgesellschaft kommt hier eine besondere Bedeutung zu: Präventions- und Deradikalisierungsarbeit wird in Deutschland seit geraumer Zeit maßgeblich von einer Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Trägern geleistet.

Die BAG RelEx versteht sich als Fachforum und Interessenvertretung zivilgesellschaftlicher Träger im Bereich der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit.

Der Vortrag wird die aktuellen Herausforderungen in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit beleuchten und die Diversität der Antworten auf diese Herausforderungen präsentieren. Diese Herausforderungen umfassen u.a. den Umgang mit SalafistInnen der zweiten Generation oder mit RückkehrerInnen.



Thomas Schneider

Polizeipräsidium Stuttgart



Tilman Weinig

INSIDE OUT Fach- und Beratungsstelle
Extremismus

Thomas Schneider ist Kriminalhauptkommissar und arbeitet im Referat Prävention des Polizeipräsidiiums Stuttgart.

Tilman Weinig M.A. hat Religionswissenschaft, Psychologie und Orientalistik in München und Rom studiert und leitet seit 2015 die Fach- und Beratungsstelle Extremismus INSIDE OUT. INSIDE OUT berät Pädagog*innen im Umgang mit Radikalisierung und entwickelt innovative Angebote zur Radikalisierungsprävention.

X-Games – Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen

Moderation: Uwe Majewski, Aktion Jugendschutz
Sachsen e.V.

Trotz der Heterogenität von individuellen Radikalisierungsverläufen, können Vulnerabilitätsfaktoren Jugendlicher herausgearbeitet werden, denen präventiv begegnet werden kann. Im Vortrag werden (1) einige dieser Faktoren, die in Radikalismus führen können, erörtert: Beschleunigung, Dep pluralisierung, kognitive Engführung, Manichäismus, Komplexitätsreduktion und das Superioritätsdenken exklusiver Gruppen sind Aspekte in Radikalisierungsverläufen. Diese ausgewählten Aspekte werden (2) in einem universalpräventiven und die Zielgruppe direkt einbeziehenden Spiel zur Radikalisierungsprävention („XGames“) von INSIDE OUT und der Polizei Stuttgart (Referat Prävention) aufgegriffen und sublim thematisiert. Das Spiel wird vorgestellt. Schülerinnen und Schüler unterwerfen sich scheinbar einem Experiment, werden in zwickmühlenartige Situationen gebracht und haben Spaß an einem Spiel, das sie unmerklich in Mechanismen und Strukturen extremistischer Szenen involviert. In der Reflexion geben die Jugendlichen zunächst ihre persönlichen Eindrücke wieder. Sie assoziieren ihre Erfahrungen mit Alltagserlebnissen und transferieren das Erlebte auf Gegebenheiten in extremistischen Strukturen. Es wird (3) beschrieben, warum diese Form der Radikalisierungsprävention vielversprechend ist und welchen Innovationsgehalt er für die Präventionsarbeit allgemein beinhaltet.



Dr. Gesine Märtens

**Koordinierungs- und Interventionsstelle
gegen häusliche Gewalt und Stalking
(KIS) Leipzig**



Dr. med. Ulrike Böhm

Praxis für Rechtsmedizin Leipzig

Dr. phil. Gesine Märtens betreut seit 2008 als Systemische Therapeutin von häuslicher Gewalt und Stalking betroffene Frauen und Männer in der Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Leipzig. Die Arbeit der KIS mit Gewaltopfern umfasst eine große Bandbreite der Interventionen von der psychosozialen Stabilisierung bis zu konkreten Schutzmaßnahmen für Leib und Leben. Sie begleitet die Arbeitsgruppe Gesundheit und Gewalt des Netzwerkes gegen Gewalt Leipzig, ist Mitglied der Arbeitsgruppe Gesundheit des Lenkungsausschusses gegen häusliche Gewalt in Sachsen und des Leipziger Gesunde Städte-Netzwerkes.

Dr. med. Ulrike Böhm war bis zum Jahr 2007 am Leipziger Universitätsinstitut für Rechtsmedizin tätig und arbeitet seither in eigener Praxis auf den Gebieten der Gewaltdokumentation (häusliche Gewalt, Gewalt gegen Kinder, Gewalt in der Pflege), der suchtmmedizinischen Grundversorgung und der Verkehrsmedizin. Sie betreut die Gewaltopferambulanz der Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt und Stalking Leipzig und ist in zahlreiche einschlägige Netzwerke eingebunden.

Gewaltprävention als Kompetenzfeld der Medizin

Moderation: Anja Schindhelm, LSJ Sachsen e. V.

Ihrer herausragenden Rolle als AnsprechpartnerInnen von Betroffenen Häuslicher Gewalt können insbesondere ÄrztInnen, aber auch andere medizinische Fachpersonen oft nicht gerecht werden. Sachsen muss neue Wege gehen, um das Vertrauen zwischen MedizinerInnen, PatientInnen und dem Hilfesystem durch erfolgreiche Kooperationsbeziehungen zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung praxistauglicher Medien und passender Weiterbildungsformate sowie die Entwicklung von Strategien zur persönlichen Vernetzung lokaler AkteurInnen aus Medizin und Gewaltschutz. Grundlage der Arbeit sind ein aktueller Maßnahmenkatalog des Sächsischen SMS und bereits vorliegende nationale und internationale Erfahrungen.

Der Bestandsanalyse zufolge gibt es in Sachsen bisher kaum belastbare Arbeitsbeziehungen zwischen dem Gesundheitswesen und den professionellen Gewaltschutzeinrichtungen. Erstmalig werden deshalb in einem effektiven Setting sowohl verschiedene AkteurInnen des Gesundheitswesens als auch die MitarbeiterInnen des Gewaltschutzes weitergebildet. Neu ist darüber hinaus, dass der Schutz vor Häuslicher Gewalt, der Kinderschutz und der Schutz vor Gewalt in der häuslichen Pflege gemeinsam betrachtet werden. Ziel ist eine wirksame und nachhaltige sekundäre Gewaltprävention in der Medizin. Der Vortrag zeichnet die neuen Ansätze nach und informiert über die aktuellen Umsetzung in Sachsen.



Sabrina Mohr

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Sabrina Mohr M.A. ist Erwachsenenbildnerin und polizeiliche Expertin für Kriminalprävention. Aktuell ist sie im Auftrag des Polizeipräsidenten in Berlin für die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) in Bonn tätig. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehört u.a. der Einbruchschutz (Finanzierung, Qualifikation, Bewerbung). Das DFK fördert als gemeinnützige, im Jahre 2001 gemeinsam von Bund und Ländern gegründete Stiftung die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention in Deutschland. Kontakt: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), c/o Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn, E-Mail: dfk@bmi.bund.de

Einbruchschutz und KfW-Förderung – Ein aktueller Sachstand

**Moderation: Armin Schlender, Ministerium für Inneres
und Europa Mecklenburg-Vorpommern**

Auf Initiative der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und in Kooperation mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ist es gelungen, gemeinsam mit zahlreichen Partnern vielfältige Finanzanreize bei der KfW-Bankengruppe für den Einbau sicherungstechnischer Maßnahmen zu entwickeln. Der Einbau einbruchhemmender Sicherheitstechnik wird derzeit allerdings nur für Bestandsbauten gefördert. Das DFK hat deshalb unter Beteiligung der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (PL PK) ein Konzept zur Weiterentwicklung der bestehenden Förderprogramme der KfW auch für Neubauten erstellt, dem die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) im September 2017 zugestimmt hat. Die Erweiterung dieser Förderung auf Neubauten und auch Mehrfamilienhäuser wird von der Bundesregierung in dem aktuellen Koalitionsvertrag ausdrücklich unterstützt. Ein Ergebnis des Neubaukonzeptes, das auf der Website des DFK heruntergeladen werden kann (www.kriminalpraevention.de/einbruchschutz.html), ist die Erstellung eines eigenen KfW-Förderprogramms nur für Einbruchschutz, an deren Umsetzung das DFK mit seinen Partnern aktuell arbeitet. In dem Vortrag möchten wir über den aktuellen Sachstand informieren und einen Ausblick geben, welche Meilensteine noch vor uns liegen.



Uwe Röhrig

Hessisches Ministerium der Justiz



Ruth Schröder

Hessisches Ministerium der Justiz

Herr Leitender Regierungsdirektor **Uwe Röhrig** ist Leiter der Stabsstelle NeDiS im Hessischen Ministerium der Justiz.

Frau Ministerialdirigentin **Ruth Schröder** ist Abteilungsleiterin im Hessischen Ministerium der Justiz und leitet die Fachabteilung IV (Justizvollzug).

Vorstellung des Projektes „NeDiS“

Moderation: Dagmar Freudenberg, Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Im Justizvollzug ergibt sich eine besondere Gefährdungslage für Radikalisierungen aufgrund der schwierigen Lebenssituation mit teilweise problematischen Persönlichkeitsstrukturen auf verhältnismäßig engem Raum. Um Radikalisierungen zu verhindern muss mit koordinierten Maßnahmen gegengesteuert werden. Das Hessische Justizministerium hat seit dem 1. April 2016 eine eigene Stabsstelle „NeDiS – Netzwerk Deradikalisierung im Strafvollzug“ erfolgreich zur zentralen Steuerung der Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in den hessischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet. Weiterhin wurden inzwischen acht sog. „Strukturbeobachter“ in den größten hessischen Justizvollzugsanstalten etabliert, bei denen Informationen zu Auffälligkeiten in Bezug auf extremistische Neigung von Gefangenen zusammenlaufen und die den Informationsfluss anstaltsintern, aber auch zu den Sicherheitsbehörden und zur Stabsstelle NeDiS sicherstellen.

Die Stabsstelle NeDiS ist zuständig für Gefangene sämtlicher Extremismusbereiche im hessischen Justizvollzug, sie ist zentraler Anlaufpunkt und gewährleistet den Informationsfluss auf allen Ebenen.

Im Rahmen des Vortrages soll die Arbeit der Stabsstelle NeDiS und der Strukturbeobachter im hessischen Justizvollzug vorgestellt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den präventiven Ansätzen.



Prof. Dr. Marc Coester

Hochschule für Wirtschaft und Recht

Marc Coester hat Erziehungswissenschaft studiert, arbeitete als Sozialpädagoge sowie an den Instituten für Kriminologie in Tübingen und Marburg, war Projektleiter beim Landespräventionsrat Niedersachsen und ist heute Professor für Kriminologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Er ist Präsident des DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik.

Der schmale Grat zwischen Hate Speech und Redefreiheit

Moderation: Achim Bröhenhorst, Landespräventionsrat Niedersachsen

Im Zeitalter der Digitalisierung hat sich in der politischen Auseinandersetzung eine neue Dimension von Hate Speech eingestellt, die, gestützt durch Phänomene wie Fake News, Trolling oder Bots, in Sekunden eine große Zielgruppe erreicht und so (auch) extremistisches Gedankengut, immer und überall verfügbar, virtuell verbreitet. Gesetzgeber versuchen diese Phänomene oftmals mit den üblichen Mitteln des Strafrechts zu bekämpfen und stoßen hier meist an die Grenzen der Strafverfolgung im globalen Internet. Daneben entsteht hierbei auch immer ein Konflikt im Zusammenhang mit dem für demokratische Staaten fundamentalen Recht auf freie Meinungsäußerung. Der Vortrag thematisiert den (schmalen) Grat zwischen Hate Speech im Internet und der Redefreiheit. Dabei wird zunächst das Konzept der Hate Speech aus den USA betrachtet und auf die deutsche Situation bezogen. Anschließend werden, in Kontrast, die Hintergründe und der Umgang mit der Redefreiheit in den USA und Deutschland vergleichend betrachtet um abschließend konkrete Möglichkeiten darzustellen, wie Hate Speech im Internet präventiv begegnet werden kann ohne dabei das individuelle Recht auf freie Meinungsäußerung aus den Augen zu verlieren.



Heiner Bernhard

Stadt Weinheim



Prof. Dr. Dieter Hermann

Universität Heidelberg

Heiner Bernhard ist Jurist und seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Weinheim. Mitglied im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises, im Schul- und Bildungsausschuss des Deutschen Städtetages, Abgeordneter der Regionalversammlung der Metropolregion Rhein-Neckar, Vorsitzender des OB-Sprengels „Große Kreisstädte im Regierungsbezirk Karlsruhe“.

Dieter Hermann ist Professor am Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg. Die akademischen Abschlüsse umfassen das Diplom in Mathematik, die Promotion in Soziologie und die Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kriminologie und Kulturosoziologie. Ein zentraler Arbeitsbereich besteht in der Durchführung von Studien zu Kommunalen Kriminalprävention, sexuellem Missbrauch, Korruption sowie zur Sozialisation von Werten, Normen und Religiosität und zu ihrem Einfluss auf Kriminalität.

Eine Region schafft Sicherheit

Moderation: Jörg Lämmerhirt, Landeshauptstadt
Dresden

Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich in den letzten Jahren verändert: Die polizeilich registrierte Gewaltkriminalität ist gestiegen, ebenso die Zahl der Kriminalitätsoffer. Zudem ist nicht nur die Kriminalitätsfurcht, sondern das gesamte Furchtniveau deutschlandweit größer geworden, so die Ergebnisse von deutschlandweiten Befragungen der R+V Versicherung 2016 und 2017 zu Ängsten der Deutschen. Demnach sind Terrorismus, politischer Extremismus, Spannungen durch den Zuzug von Migranten und Überforderung von Behörden zentrale Angstfaktoren geworden.

Mannheim, Heidelberg sowie die Großen Kreisstädte Leimen, Schwetzingen, Sinsheim und Weinheim sind gezielt gegen die Verschlechterung der Sicherheitslage vorgegangen, indem durch Bevölkerungsbefragungen eine Wissensgrundlage generiert wurde, die der Ableitung von Präventionsmaßnahmen dient. In den letzten Monaten wurden insgesamt 42.000 Fragebögen verteilt. Dadurch ist eine Datenbasis zur subjektiven und objektiven Sicherheitslage entstanden, die europaweit einmalig ist, zumal in allen Kommunen bereits vor Jahren solche Umfragen durchgeführt wurden. Eine Region schafft Sicherheit, indem gezielt und wissensbasiert Maßnahmen zur Verbesserung der subjektiven Sicherheitslage initiiert werden. Die zentralen Ergebnisse der Umfragen und die praktische Umsetzung der Ergebnisse am Beispiel Weinheims sollen vorgestellt werden.



Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak

Nationale Meeresuniversität Odessa

Grygorii Moshak,

ordentlicher Professor an der Nationalen Meeresuniversität
in Odessa (Ukraine),

Dr. jur. habil.

Wege aus der Gewalt in der Ukraine

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

Die Unterschiede in der Prävention von Gewaltverbrechen in Niedersachsen und in der Ukraine sind auf Ihre kriminologische Eigenschaften und Faktoren zurückzuführen. Seit dem Jahr 2014 hat es durch Flüchtlinge einen Anstieg von Gewalttaten in Niedersachsen gegeben. Gewaltkriminalität fördern „Männlichkeitsnormen“, die Gewalt legitimieren (Pfeiffer u.a.).

Die Ukraine zeichnet sich durch eine Zunahme des Anteils der Opfer körperlicher Gewalt durch Fremden aus, die mit dem allgemeinen Trend des Verbrechens und der Senkung der Aufklärungsquote im Einklang steht. Die Zunahme der häuslichen Gewalt stimuliert die Krise im Staat und den Krieg mit Russland. Gewalt in drei Kategorien – von Einwandererfamilien aus den besetzten Gebieten; diejenigen, die in den Selbsternannte Staaten Lugansk und Donezk blieben; wo die Ehemänner von der Front zurückkehren – sollte nach der Krise und dem Zustand des Krieges schrumpfen. Zunehmende illegale Polizeigewalt wird durch die zunehmende Toleranz der Bevölkerung gegenüber Gewalt angeregt. Die Bürger waren alle 49 Sekunden Opfer illegaler Polizeigewalt. Ihre Prävention sollte sich gründen auf Überwindung der Straflosigkeit der Polizei; Beseitigung von Mängeln im polizeilichen Bewertungssystem; Verbesserung der Wirksamkeit in der Praxis der Beschwerden gegen die Polizei; Verbesserung der beruflichen Ebene.



Karoline Roshdi

Forensische Psychologie – Beratung & Fortbildung

Dipl. Psychologin Karoline Roshdi: Ihre Expertise liegt im Bereich des Bedrohungsmanagements. Eskalationen erkennen, einschätzen und entschärfen ist dabei die Philosophie. In der Praxis bedeutet dies physische Sicherheit und psychologische Stabilität wiederherzustellen. Als Kriminalpsychologin entwickelt sie seit Jahren interdisziplinäre Sicherheits- und Präventionsstrukturen im Rahmen des Bedrohungsmanagements.

Sie hat langjährige wissenschaftsbasierte und praktische Berufserfahrung in der Präventionsarbeit bei entstehender Gewalt sowie in der Beratung zur Krisenintervention und -nachsorge. Sie ist Fachreferentin auf nationaler und internationaler Ebene sowie Autorin und Herausgeberin von Fachpublikationen. Ihre Arbeit fundiert auf erprobten und bewährten Techniken und einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage, welche sich in der praktischen Arbeit stets bewährt.

Spektrum Reichsbürger und Gefahren der Gewalt

Moderation: Patrick Neumann, Landespräventionsrat Niedersachsen

Die Reichsbürgerszene scheint in Deutschland stetig zu wachsen und es besteht die Sorge bezüglich eines steigenden Gewaltpotenzials ausgehend von diesen Personen. Betrachtet man psychologisch das Kontinuum der Reichsbürger, lassen sich diese in Mitläufer, radikalisierte Personen und Wahnkranke unterteilen.

Wer sind diese Personen und was macht diese aus? Welche Gefahrenpotenziale gab es in der Vergangenheit und was lässt sich für die Zukunft hinsichtlich Interventionen und einer Gefahrenanalyse aussagen?

In dem Vortrag werden das psychologische Kontinuum anhand der drei Gruppierungen und die Einschätzungsmöglichkeiten hinsichtlich drohender Gewalt dargestellt. Die meisten Personen sind zwar nicht gefährlich, doch es ergeben sich in Einzelfällen Gefahren der situativen und zielgerichteten Gewalt.

Da proaktive Reichsbürger meistens Warnsignale im Vorfeld von Gewalteskalationen zeigen, sind Gefahren der Eskalation prinzipiell im Vorfeld erkennbar. Dabei spielt auch das „rationality-within-irrationality“-Paradigma (Link & Stueve, 1994) eine Rolle, welches aufgezeigt wird.

Zum Erkennen und zur Einschätzung derartiger Situationen bedarf es einem strategischen Informationsmanagement der bedrohlichen Warnsignale, so dass Interventionen zur Entschärfung des Risikos entwickelt und eingeleitet werden können.



Jürgen Schmidt

EU-Initiative klicksafe

Jürgen Schmidt, Selbstständiger Autor und Referent. Gemeinsam mit der EU-Initiative klicksafe entstand unter anderem durch seine Mitwirkung das klicksafe-Handbuch „Was tun bei (Cyber)Mobbing?“

Er arbeitet langjährig als Teamleiter in der Schulsozialarbeit. Er entwickelt in Kooperation mit Schulleitungen und Lehrkräften das praxiserprobte Konzept des Systemischen Konflikt- und Fallmanagements und des Umgangs mit suchtmittelkonsumierenden Schülern.

Er ist Fachsozialarbeiter für klinische Sozialarbeit und Fachkraft gemäß §8a SGB VIII. Schwerpunkte seiner Beratungs- und Fortbildungstätigkeit sind Verfahren und Methoden in der Schulsozialarbeit, das Systemische Konflikt- und Fallmanagement, Schulentwicklung, Gewalt- und Suchtprävention, (Cyber)Mobbing- und Kinderschutzinterventionen im schulischen Kontext.

E-Mail: info@klicksafe.de; schmidt@sypaed.de

Website: www.klicksafe.de; www.systemisches-konflikt-management.de

Was tun bei (Cyber)Mobbing?

Moderation: Jennifer Schmidt, Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Der Vortrag beschäftigt sich mit der Dynamik von Mobbing und (Cyber)Mobbing in Gruppen. Mobbing geschieht heute in den meisten Fällen nicht mehr nur im direkten personellen Kontakt in der Klasse, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg oder dem Sportplatz, sondern parallel im Internet, in den sozialen Medien und über das Handy.

Bei (Cyber)Mobbing handelt es sich meist um einen gruppendynamischen Prozess, der nur mit einer systemischen Perspektive verstehbar ist, die mehr erfasst als die Beziehung zwischen Tätern und Opfern. Daher kann nur eine systemische Betrachtungsweise eine nachhaltige Lösung bewirken. Bisher war die Intervention in Schulen jedoch auf einzelne Schüler oder Teilgruppen begrenzt.

Mit der Systemischen Mobbingintervention (SMI) und der Systemischen Kurzintervention (SKI) liegen Interventionsmethoden vor, die im Rahmen einer gesamten Klasse eingesetzt werden können. Dies hat große Vorteile, da alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse beteiligt sind, alle aus erster Hand dieselben Informationen erhalten, dieselbe Betroffenheit erleben und dieselben Vereinbarungen treffen können.



Daniela Stelzmann

Freie Universität Berlin



Jens Wagner

Netzwerk „Kein Täter werden“

Daniela Stelzmann hat an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Publizistik und Psychologie studiert. Seit April 2016 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschung ist primär im Bereich der Gesundheits- und Risikokommunikation angesiedelt. Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich dabei auf Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen durch Medien und den damit verbundenen Konsequenzen sowie dem Einfluss von neuen Medien auf die Psyche.

Jens Wagner wuchs in der Nähe von Hamburg auf. Nach seinem Studium der Kommunikationswissenschaft und Theaterwissenschaft an der Freien Universität Berlin und einem Volontariat in der Pressestelle der Ullstein Buchverlage arbeitete er bei der UFA Entertainment GmbH in Potsdam sowie in der Sektion Generation der Internationalen Filmfestspiele Berlin und realisierte als Autor und Redakteur Film- und Fernsehbeiträge. Seit einigen Jahren ist Jens Wagner Pressesprecher des bundesweiten Präventionsnetzwerks „Kein Täter werden“ an der Berliner Charité und realisierte in dem Zusammenhang unter anderem den Werbespot „Kein Täter werden“, der seitdem von zahlreichen Fernsehsendern und Kinos gespielt wird sowie mit Peter Jeschke den Kurzfilm „Stigma“.

Konsequenzen der Medienberichterstattung über Pädophilie

Moderation: Ingo Fock, gegen-missbrauch e.V.

Das Netzwerk „Kein Täter werden“ hat das Ziel pädophile Menschen präventiv zu therapieren und dadurch sexuellen Kindesmissbrauch zu verhindern. Die gesellschaftliche Stigmatisierung (vgl. z. B. Jahnke et al., 2015) des Themas Pädophilie, welche häufig durch die Medienberichterstattung befördert wird, verhindert jedoch möglicherweise, dass Betroffene solche Therapieangebote in Anspruch nehmen.

Ziel der vorliegenden Studie ist es zu ergründen, welchen Einfluss die Medienberichterstattung über Pädophilie auf das Leben von Pädophilen hat. Dabei soll insbesondere untersucht werden, welchen Einfluss sie auf die Inanspruchnahme von Präventionsangeboten und den Therapieverlauf hat.

Um das Ziel dieser Studie zu erreichen, werden im Winter 2017/18 mehrere Fokusgruppen-Gespräche mit Pädophilen durchgeführt. Im Vortrag werden dann die zentralen Ergebnisse der Studie vorgestellt und durch die Daten einer schon durchgeführten qualitativen Befragung von Therapeuten*Innen (Netzwerk „Kein Täter werden“) über die Chancen und Risiken der Medienberichterstattung zum Thema Pädophilie, insbesondere in Hinblick auf die Inanspruchnahme und den Verlauf präventiver Therapieangebote, ergänzt.



Matthias Kornmann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Matthias Kornmann, Polizeibeamter des Landes Hessen, seit 2016 im Auftrag des Landespolizeipräsidiums Hessen als Referent bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention tätig, Arbeitsschwerpunkt: Schutz von geflüchteten Menschen.

Maßnahmen zum Schutz geflüchteter Menschen auf Bundesebene

Moderation: Anja Bohländer, Universität Erfurt

Nicht zuletzt aufgrund langer Asylverfahren, bilden große Gemeinschaftsunterkünfte immer noch über Monate oder Jahre den zentralen Lebensmittelpunkt für eine hohe Anzahl geflüchteter Menschen aus anderen Ländern. In diesem Zeitraum müssen die Menschen oft in einem wenig menschenwürdigen, nicht familien- und kindgerechten Umfeld leben, in dem sie nicht immer vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung geschützt sind. Ihre gesellschaftliche Teilhabe sowie Entwicklungs- und Integrationsmöglichkeiten sind dabei erheblich eingeschränkt oder gar nicht vorhanden.

Unter der Schirmherrschaft des Bundesfamilienministeriums und UNICEF entstand daher eine Bundesinitiative, die in Kooperation mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und weiteren Partnern sowie Opferschutzverbänden bereits 2016 erste bundesweite „Mindeststandards zum Schutz geflüchteter Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ entwickelte. Neben der inhaltlichen Weiterentwicklung werden auch gemeinsame Maßnahmen zur praktischen Umsetzung der bundesweiten Mindeststandards und den damit verbundenen Schutzkonzepten, in Form von bundesweiten Schulungen, Fachkonferenzen sowie Arbeitshilfen und Handreichungen zur Umsetzung von baulichen Maßnahmen realisiert.



Andreas Herbst

Soziale Dienste der Justiz

Andreas Herbst, Jahrgang 1966. Ausbildung zum staatlich anerkannten Diplom Sozialpädagogen/Sozialarbeiter an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Seit 2004 Bewährungshelfer bei den Sozialen Diensten der Justiz Berlin. Projektleiter im Rahmen der Ausarbeitung eines Handlungskonzeptes für den Umgang mit radikalem Islamismus bei den Sozialen Diensten.

Umgang mit radikalem Islamismus in Gerichts-/Bewährungshilfe

Moderation: Dr. Ulrike Zähringer, Deutsche Vereinigung
für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Die aktuellen Berichte der internationalen und nationalen Sicherheitsbehörden gehen von einer zunehmenden Anzahl von Personen aus, die sich im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien radikalieren. Der Berliner Verfassungsschutz zählt aktuell 950 Personen zur salafistischen Szene in Berlin (Stand Januar 2018). Derzeit befinden sich rund 40 sogenannte Gefährder in Berliner Gefängnissen, die in der Regel nach ihrer Entlassung aus der Haft in den Wirkungskreis der Sozialen Dienste eintreten werden.

Bereits 2015 wurde durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ein Konzept zum Umgang mit radikalem Islamismus im Berliner Justizvollzug entwickelt, das auch Ansatzpunkte für einen Umgang mit den relevanten Personen im Rahmen der Zuständigkeit während einer Führungs- bzw. Bewährungsaufsicht enthält.

Daran anknüpfend wurden seitens der Sozialen Dienste der Justiz die spezifischen ambulanten Betreuungsansätze im Bereich der Gerichts- und Bewährungshilfe diskutiert und im Rahmen einer Projektarbeit ein Handlungskonzept zum Umgang mit radikalem Islamismus in der Gerichts- und Bewährungshilfe ausgearbeitet.

In meinem Vortrag werden die aktuellen Leitlinien und relevanten Eckpunkte unseres Konzeptes vorgestellt und erläutert.



Michaela Glaser

**Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Außenstelle Halle (Saale)**

Michaela Glaser, Studium der Soziologie und Politikwissenschaften, ist wissenschaftliche Referentin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention des Deutschen Jugendinstituts in Halle/Saale. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen Forschung und Wissenstransfer zu Rechtsextremismus und gewaltorientiertem Islamismus im Jugendalter sowie die wissenschaftliche Begleitforschung zu pädagogischer Praxis im Themenfeld. Aktuell forscht sie zu den Lebensläufen junger Menschen, die sich radikalen Islamauslegungen zuwenden. Zahlreiche Veröffentlichungen zu pädagogischen Ansätzen der Extremismusprävention sowie zu biografischen und jugendspezifischen Dimensionen von Hinwendungen zu politisch-weltanschaulichen Extremismen.

Biografische Funktionen radikaler Islamauslegungen

Moderation: Dr. Björn Milbradt, Deutsches Jugend-
institut (DJI)

Warum wenden sich junge Menschen radikalen Islaminterpretationen zu? Was macht religiös-weltanschauliche Extremismen attraktiv für sie? Bisherige Studien haben zwar diverse Risikofaktoren identifiziert, deren Zusammenspiel in konkreten Biografien jedoch kaum beleuchtet. Auch fragen sie selten nach dem subjektiven Sinn, den Hinwendungen für junge Menschen haben. Die vorliegende Forschung blickt zudem häufig retrospektiv auf Biografien verurteilter Gewalttäter. Junge Menschen in unterschiedlichen Phasen der Annäherung – und damit die Offenheit von Verläufen – geraten ihr weniger in den Blick. Der Beitrag stellt zentrale Ergebnisse eines Forschungsvorhabens vor, das mithilfe biografisch-narrativer Interviews Prozesse jugendlicher Hinwendungen zu radikalen, ideologisierten Islamauslegungen rekonstruierte. Er legt dar, dass Hinwendungen stets aus dem Zusammenwirken bestimmter biografischer Erfahrungen heraus erfolgen und zeigt auf, welche biografischen Funktionen diese für junge Menschen erfüllen. Außerdem geht er der Frage nach, in welcher Weise Interaktionen mit Personen des sozialen Nahfelds Hinwendungs-, Verstetigungs- und Distanzierungsprozesse zu beeinflussen vermögen.

Der Vortrag referiert Ergebnisse einer Untersuchung, die gemeinsam mit Frau Dr. Frank, DJI, realisiert wurde.



Marcus Kober

Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)



Janina Meyer-Klepsch

Gemeinde Neuenhagen bei Berlin



Jürgen Schirrmeister

Polizeiinspektion Märkisch-Oderland

Marcus Kober ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention in Bonn.

Janina Meyer-Klepsch ist Fachbereichsleiterin für die Bauverwaltung und öffentliche Ordnung in der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin.

Jürgen Schirrmeister ist Kriminalhauptkommissar und Leiter des Sachgebiets Prävention in der Polizeiinspektion Märkisch-Oderland.

Modellprojekt „Sichere Adresse Neuenhagen“

**Moderation: Christian Wintrich, Landeshauptstadt
Dresden**

Auf Initiative der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin wurde in den Jahren 2013 bis 2016 das Präventionsprojekt „Sichere Adresse Neuenhagen“ durchgeführt.

Zentrales Ziel des Modellprojektes ist es Maßnahmen zur Vorbeugung von Eigentumskriminalität in der Bevölkerung flächendeckend bekannt zu machen. Ein wesentliches Element besteht dabei in der möglichst umfassenden Einbindung kommunaler, zivilgesellschaftlicher und polizeilicher Akteure in das Projekt. Es konnten im Projektverlauf wichtige Erfahrungen gesammelt werden, wie und unter welchen Voraussetzungen Akteure für kommunale Präventionsprojekte gewonnen werden können.

Eine dreimalige Befragung der Gesamtbevölkerung sowie polizeilich beratener Bürger im Rahmen einer begleitenden Evaluation bieten eine gute Datenbasis für die Beurteilung der Wirksamkeit des Projektansatzes. Es konnte u.a. ermittelt werden, dass das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung sowie die Bewertung der polizeilichen Aufgabewahrnehmung positiv beeinflusst wurden. Zudem konnten die Fallzahlen im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls gesenkt und der Versuchsanteil in diesem Deliktfeld erhöht werden.

Für Ende 2017 ist zudem eine Follow-Up-Befragung der Neuenhagener Bevölkerung geplant um die Nachhaltigkeit des Projektansatzes ermitteln.



Dr. Eva Groß

Landeskriminalamt Niedersachsen



Dr. Lars Riesner

Landeskriminalamt Schleswig-Holstein

Eva Groß (Dr. phil.)

Studium der Soziologie in München. Studium der internationalen Kriminologie in Hamburg. Promotion an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld (2016). Von 2008-2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der kriminologischen Forschungsstelle des LKA Niedersachsen. Forschungsschwerpunkte: Ökonomisierung des Sozialen, institutionelle Anomie, soziale Ungleichheit, Vorurteile, Hate Crime, Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Radikalisierung, Viktimisierung/Dunkelfeld.

Email: eva.gross@polizei.niedersachsen.de

Lars Riesner (Dr. phil.)

Studium der Psychologie und Promotion (2015) in Kiel. Von 2009-2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Psychologie der CAU Kiel. Seit 2015 freiberuflicher Dozent für Methodenlehre und Statistik und seit 2017 Modulverantwortlicher für Rechtspsychologie an der Europäischen Fernhochschule Hamburg. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen von 2016-2017. Seit 2017 Wissenschaftlicher Angestellter an der Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein. Forschungsschwerpunkte: Kriminalprognose, Jugenddelinquenz, junge Mehrfach- und Intensivtäter, Evaluation von Kriminalprävention, Viktimisierung/Dunkelfeld.

Email: lars.riesner@polizei.landsh.de

Kriminalpräventiver Nutzen von Dunkelfeldstudien der Polizei

**Moderation: Björn Goos, Ministerium für Inneres,
ländliche Räume und Integration**

Die Landeskriminalämter von Niedersachsen und Schleswig-Holstein führen in enger Kooperation periodische und repräsentative Dunkelfeldopferbefragungen durch, in welchen neben Viktimisierungserfahrungen und Anzeigeverhalten mehrere Maße der Kriminalitätsfurcht (darunter Schutz- und Vermeidungsverhalten) sowie Bewertungen gegenüber der Polizei und hinsichtlich erlebter Polizeikontakte differenziert erhoben werden. Zu diesem Zweck werden pro Erhebungswelle insgesamt 65.000 Personen schriftlich befragt. Die Befunde dieser Untersuchungen stellen eine wertvolle Basis für die empirisch fundierte Ableitung von kriminalpräventiven Strategien und Maßnahmen der Polizei dar.

In diesem Beitrag soll zunächst kurz das methodische Vorgehen der Untersuchungen erläutert werden. Anschließend sollen ausgewählte Befunde aus den Befragungswellen der Jahre 2015 und 2017 (inkl. der jeweiligen Sondermodule „Cybercrime“ und „Hate Crime“) der beiden Bundesländer vorgestellt werden, welche zentrale Erkenntnisse für die Gestaltung der kriminalpräventiven polizeilichen Arbeit liefern. Daraufhin sollen die in beiden Ländern bislang umgesetzten sowie angestoßenen strategischen Ausrichtungen und Maßnahmen der Polizei vorgestellt werden. Abschließend sollen sowohl das Potenzial als auch die Grenzen einer derartigen evidenzbasierten Ableitung polizeilicher Kriminalprävention kritisch diskutiert werden.



Frank König

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Frank König ist Sozialpädagoge und Politikwissenschaftler, zur Zeit wissenschaftlicher Referent im Deutschen Jugendinstitut e.V. in der Evaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ der Abteilung Jugend und Jugendhilfe. Langjährige Tätigkeit in der Jugendarbeit, politischen Bildung sowie Evaluation von (Präventions-)Programmen.

Rechtsextremismusprävention: Vom Spezial- zum Regelangebot

**Moderation: Ayda Candan, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Staatlich geförderte Programme zur Prävention von Rechtsextremismus existieren nunmehr seit 25 Jahren. Was zunächst als Jugendarbeit und nachfolgend als politisches Engagement in der Zivilgesellschaft in Gang gesetzt wurde, hat sich zunehmend zu Angeboten von Non-Profit-Organisationen entwickelt, die Teil sozialstaatlicher Wohlfahrtsproduktion sind. Dennoch ist ein großer Teil dieser Angebote nach wie vor befristet durch Sonderprogramme gefördert. Sie nachhaltig zu etablieren und mit den Regelangeboten bspw. der Kinder- und Jugendhilfe zu verzahnen, erweist sich als Sisyphusarbeit. Sollen die Präventionsangebote jedoch auf Dauer gestellt und in die Breite gebracht werden, existieren zu dieser Arbeit keine wirklichen Alternativen. Der Beitrag illustriert an einem konkreten Fallbeispiel, welche Herausforderungen zu bewältigen sind, um Spezialangebote der Rechtsextremismusprävention mit dem System der Erziehungsberatung zu verzahnen. Dabei wird gezeigt, dass es bei der Übertragung von Spezial- in Regelpraxis einer spezifischen Übersetzungsleistung bedarf, um einen Transfer erprobter Konzepte unter Berücksichtigung der Eigenlogiken und Fachsprachen der jeweiligen Angebotssysteme überhaupt möglich zu machen. Zudem werden Fragen des Transfermanagements diskutiert und hierbei vor allem die Bedeutung staatlicher Koordinierungsinstanzen herausgearbeitet.



Johann Schabert

Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Seit 1988 Arbeit in Wohneinrichtungen und im Betreuen Einzelwohnen für mehrfach behinderte Erwachsene, 2003 – 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt zur Evaluation sozialer Arbeit mit delinquenten Jugendlichen an der FU Berlin, seit 2003 Denkzeit-Trainer und Mitglied der Denkzeit-Gesellschaft e.V., seit 2004 Mitarbeit in der Denkzeit-Gesellschaft, Aufgaben: pädagogische Leitung, Dozent in Weiterbildungen, Praxisberatung, 2012 Abschluss „Psychoanalytisch-interaktionelle Methode“ PiM.

Pädagogische Interaktionsdiagnostik

Moderation: Jennifer Schmidt, Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Häufiges Begehen von Gewalttaten und Radikalisierung sind vielfach das Resultat beschädigender früher Beziehungserfahrungen. Kinder entwickeln in den ersten Lebensjahren zentrale Fähigkeiten der Selbst- und Beziehungsregulierung. Kommt es zu Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt, können diese nicht ausreichend ausgebildet werden, Einschränkungen gehen dann oftmals mit dauerhaften Störungen des interpersonellen Verhaltens einher. Junge Menschen, die Funktionen wie z. B. Einfühlung, Realitätsprüfung, Antizipation und Selbstwertregulation nur unzureichend entwickeln konnten, gestalten Beziehungen häufig so, dass es immer wieder zu Abwertungen und gewalttätigen Übergriffen kommt. Einige dieser Fähigkeiten sind als Schutzfaktoren gegen Gewaltdelinquenz bekannt und spielen auch im Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen eine Rolle. Pädagogische Programme, die eine Weiterentwicklung dieser Funktionen anzielen, können einen wirksamen Beitrag zur Gewalt- und Radikalisierungsprävention leisten. Um innerpsychische Entwicklungsprozesse gezielt anzuregen, bedarf es einer prozessualen pädagogischen Diagnostik, die Pädagog*innen dabei unterstützt, auf Funktionen zu fokussieren, die für die adäquate Beziehungsgestaltung der Klient*innen zentral sind. Im Beitrag wird eine pädagogische Diagnostik vorgestellt und ihre Anwendung an Beispielen aus der pädagogischen Arbeit dargestellt.



Dirk Baehr

Universität Köln

Dirk Baehr ist Politikwissenschaftler und Autor des Buches ‚Kontinuität und Wandel in der Ideologie des Jihadi-Salafismus‘. Er promoviert an der Universität Köln über die Radikalisierungsursachen von Dschihadisten in Deutschland. Dabei hat er die Fälle von neun dschihadistischen Straftätern untersucht, die wegen der Mitgliedschaft und/oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung sowie wegen der Werbung für eine solche zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurden.

Der Radikalisierungsprozess von Filiz G.

Moderation: Toni Klingbiel, Landespräventionsrat
Niedersachsen

In dem Vortrag möchte ich über die Ergebnisse meiner Forschungsarbeit ‚Der Weg in den Dschihad‘ referieren, in dem ich die Radikalisierungsprozesse von neun Dschihadisten in Deutschland erforscht habe. Anhand eines Falles möchte ich aufzeigen, wie sich Radikalisierungen durch Kontakte und Interaktionen im Internet vollziehen können. Dabei verwende ich den Fall von Filiz G., die am Berliner Kammergericht wegen der Werbung für und Unterstützung von terroristische(n) Vereinigungen angeklagt und im März 2011 zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt wurde, weil sie über das Internet mehrere terroristische Vereinigungen (Al-Qaida, Islamische Jihad Union und Deutsche Taliban Mudschahideen) unterstützte, indem sie deren Propagandamaterial im Internet verbreitete. Daneben produzierte sie aber auch Videos und Textbeiträge für die dschihadistische Medienproduktion Elif Medya, dem virtuellen Propagandarm der Deutschen Taliban Mudschahideen.



Rita Salgmann

**Landeskriminalamt Niedersachsen,
Abt: Zentralstelle Prävention**



Dr. Anke Schröder

Landeskriminalamt Niedersachsen

Rita Salgmann Kriminalbeamtin seit 1976. Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst 1988, seitdem Angehörige des Landeskriminalamtes Niedersachsen. Seit 2002 Leiterin der Zentralstellen Prävention, JuSachen, Gewalt, Eigentum. Vorsitzende der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Schwerpunktmäßig befasst mit der Gewaltprävention (Kinder- und Jugendgewalt, sexuelle und häusliche Gewalt), technischer Prävention sowie der Kriminalprävention im Städtebau. Verantwortlich für landesweite Projekte und Programme zur schulbezogenen Gewaltprävention, Kriminalprävention im Städtebau sowie für das von der EU geförderte Projekt „Planning urban Security (PluS)“.

Dr. Anke Schröder studierte Architektur und promovierte an der Leibniz Universität Hannover (LUH). Als wissenschaftliche Mitarbeiterin arbeitete sie mehrere Jahre in der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie an der Fakultät für Architektur und Landschaft in der LUH. Seit 2009 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kriminologischen Forschung und Statistik des Landeskriminalamtes Niedersachsen und seit 2017 Leiterin des Kompetenzzentrum Urbanen Sicherheit. Sie ist wissenschaftliche Projektleiterin für EU Projekte und BMBF geförderte Projekte in der zivilen Sicherheitsforschung.

Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit

**Moderation: Susanne Wolter, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Die Anforderungen an den öffentlichen Raum werden aufgrund aktueller Dynamiken in einer heterogenen Gesellschaft zusehends komplexer. Im öffentlichen Raum zeigt das tägliche Miteinander mit all seinen Facetten seine Wirkung. Neue, bislang nicht gedachte, flexible Konzepte erfordern mehrdimensionale und ressortübergreifende Ansätze um zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Mit dem Wissen, dass Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist, gilt es nun, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Im Landeskriminalamt Niedersachsen ist mit der Einrichtung eines „Kompetenzzentrums Urbanen Sicherheit eine Struktur geschaffen worden, die wissenschaftliche Ansätze und anwendungsorientierten Themenstellungen voranbringen soll. Angesiedelt ist der Arbeitsbereich in der Kriminologischen Forschungsstelle in Kooperation mit der Zentralstelle Gewalt, Eigentum, Prävention und Jugendsachen im KA. Das Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit verknüpft Theorie und Praxis und gibt wissenschaftliche Empfehlungen in die Praxis. Ansätze werden interdisziplinär und auf kleinräumiger Ebene erarbeitet, Übertragbarkeiten werden angestrebt. Der Vortrag wird das Spannungsfeld zwischen objektiver Kriminalität und subjektiver Sicherheit sowie zwischen Theorie und Praxis anhand eines aktuellen Themas der Urbanen Sicherheit aufgreifen.



Yuliya Hauff

JVA Remscheid

Yuliya Hauff ist als Islamwissenschaftlerin im Rahmen des Programms ‚Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizanstalten‘ in der Justizvollzugsanstalt Remscheid tätig. Sie studierte an der FU Berlin Politikwissenschaft und an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Nahoststudien.

Prävention von Radikalisierung in NRW-Justizvollzugsanstalten

Moderation: Dr. Menno Preuschtaft, Landespräventionsrat
Niedersachsen

Im Rahmen des bei der Justizvollzugsanstalt Remscheid angesiedelten Programms „Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizanstalten“ ist ein interdisziplinäres und mehrsprachiges Team von vier Islamwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen tätig. Der Kern ihrer Aufgaben ist die Präventionsarbeit: Wie kann verhindert werden, dass Gefangene für radikale Ideen empfänglich werden? Damit alle Bediensteten im Justizvollzug kulturelle oder religiöse Besonderheiten der jeweiligen Gefangenen-Gruppe besser einschätzen und dadurch mehr Sicherheit im Umgang mit muslimischen Gefangenen gewinnen können, wird das Personal an den Anstalten geschult, um ihnen die tägliche Arbeit zu erleichtern. Neben der praktischen Unterstützung der Bediensteten werden die aus der Praxis gewonnenen Erkenntnisse für eine wissenschaftliche Erforschung von Radikalisierungsgefahren im Justizvollzug genutzt. Durch eine Analyse des Verhaltens der Gefangenen werden Behandlungsansätze entwickelt, wie im Justizvollzug einer Radikalisierung entgegengewirkt werden kann.

Neben den o. g. Arbeitsschwerpunkten stellt der Vortrag eine erweiterte Struktur des nordrhein-westfälischen Programms zur Prävention von Radikalisierung im Justizvollzug kurz dar.



Annika Hamachers

Deutsche Hochschule der Polizei

Annika Hamachers, M.A., studierte von 2005 bis 2011 Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Deutsche Philologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Von 2012 bis 2016 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der WWU, seit 2017 sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster (DHPol) und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) und dabei insbesondere in Forschungsprojekte zur Evaluation jihadistischer Aktivität im Internet eingebunden. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich empirischer Narrationsforschung, Medienwirkungsforschung, Methoden empirischer Sozialwissenschaften, Datenvisualisierung und maschinellem Lernen (insbesondere automatisierte Inhalts- und Netzwerkanalysen).

Umgang mit djihadistisch-islamistischer Propaganda im Netz

Moderation: Frank Koch, Landespräventionsrat
Niedersachsen

Extremistische Äußerungen können über das Internet immer leichter verbreitet werden und die Hemmschwelle zum Aufruf zu strafrechtlich relevanten Taten wird zunehmend niedriger.

Um diese Tendenzen zu verstehen und ihnen adäquat entgegenzuwirken, werden im Verbundprojekt X-SONAR extremistische Online-Bestrebungen von den beteiligten Projektpartnern aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert.

Als ein Teilprojekt wird dazu von der deutschen Hochschule der Polizei eine Onlinebefragung in drei Wellen durchgeführt, die die Kontakthäufigkeit und den Umgang mit extremistischen Inhalten bei deutschen Internetnutzern erstmals repräsentativ erhebt.

Die jüngsten Ergebnisse der ersten Welle sind besorgniserregend: 50 % der Internetnutzer stoßen auf islamistische Inhalte, 9 % sogar mindestens ein Mal/Woche und 24 % geben an, schon mit extremen Inhalten in Form von Gewaltdarstellungen konfrontiert gewesen zu sein. Quelle Nr. 1 solcher Hassbotschaften sind die sozialen Netzwerke – allen voran Facebook. Bezeichnend ist, dass die dort angetroffenen Inhalte zum Großteil ignoriert werden (51 %), teilweise sogar offen zugegeben wird, dass sie geteilt oder geliked werden. Ein proaktiver Umgang mit ihnen, wobei sie bei Jugendschutzorganisationen gemeldet werden, findet quasi nicht statt (nur 1 %). Islamismus ist demnach zu einem Alltagsphänomen geworden, das die Internetgemeinde still toleriert.



Christian Specht

Stadt Mannheim

Christian Specht ist seit 2005 als Bürgermeister und seit 2007 als Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim zuständig für: Finanzen, Beteiligungsvermögen, Sicherheit und Ordnung sowie IT. Er ist u. a. Mitglied im Aufsichtsrat der MVV Energie AG, Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, des Universitätsklinikums Mannheim GmbH sowie Vorsitzender des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar und des Planungsausschusses im Verband Region Rhein-Neckar. Der Jurist ist auch stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses im Deutschen Städtetag.

Videoüberwachung in Mannheim

**Moderation: Patrick Fischbach, Landeshauptstadt
Dresden**

Ab 2001 waren im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft von Polizei und Kommune sechs Jahre lang Videokameras im öffentlichen Raum der Mannheimer Innenstadt an Kriminalitätsschwerpunkten installiert. Konzeptionell wurde der „Mannheimer Weg“ erarbeitet, der vorsah, dass die Polizei unmittelbar innerhalb weniger Minuten auf Straftaten reagierte und einschritt. Der Ansatz ging damit proaktiv über die bloße „Nach“-Verfolgung von Straftaten und die reine Abschreckung weit hinaus. Der in den Folgejahren eintretende Erfolg der Videoüberwachung bewirkte, dass die rechtlichen Voraussetzungen für einen Weiterbetrieb ab 2007 nicht mehr gegeben waren. Nur der Bahnhofsvorplatz konnte weiter mit diesem Instrument überwacht werden.

Aufgrund des erheblichen Anstiegs des Kriminalitätsaufkommens im Bereich der Straßendelinquenz wurde die Wiedereinführung der Videoüberwachung in bestimmten Innenstadtbereichen beschlossen. Dabei soll perspektivisch, in enger Kooperation mit dem Fraunhofer IOSB Karlsruhe eine sog. intelligente Bildanalysesoftware implementiert werden. Durch die algorithmusbasierte Verhaltensmustererkennung soll mithilfe des automatisierten Vorfilters einmal die Effizienz der Videoüberwachung (inklusive zügiger polizeilicher Intervention) erhöht und durch die Koppelung mit einer Architektur des technischen Datenschutzes zugleich die Eingriffsintensität reduziert werden.



Prof. Dr. Walther Specht

Eberhard Karls Universität Tübingen

Prof. Dr. Walther Specht, Sozialarbeiter und Diplompädagoge, Direktor i.R. des Diakonischen Werkes der EKD (1988 – 2001). Von 1992 bis 2012 Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit e.V. (ISMO, www.ismo-online.de), seitdem Ehrenvorsitzender von ISMO.

1967 war ich als Sozialarbeiter in Stuttgart Initiator von Street Work und Mobiler Jugendarbeit in Deutschland. Die aus den USA stammende Idee etablierte sich als ein professionelles Konzept der Sozialpädagogik und Sozialen Arbeit in Deutschland.

Meine Lehrtätigkeit seit 1975 an der Universität Tübingen, Institut für Erziehungswissenschaft, führte 2002 dort zu einer Honorarprofessur.

Weiter war ich als Autor und Herausgeber zahlreicher allgemeiner sozialpolitischer Publikationen aus den Bereichen Offene Jugendarbeit, Street Work, Mobile Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit, Feld- und Sozialraumanalysen, Jugendkriminologie und Armut aktiv. Nach der ost-west-politischen Wende ab 1990 kümmerte ich mich von der Diakonie aus um den Aufbau von fachlichen Kontakten zu Vertretern sozialer Arbeit in osteuropäischen Ländern.

Von 1997 – 2001 war ich Sprecher der deutschen Wohlfahrtsverbände in der Nationalen Armutskonferenz.

2002 erhielt ich durch die Bundesregierung Deutschland das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Prävention / Delinquenz-Reduktion in der Mobilen Jugendarbeit

Moderation: Siegfried Bayer, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Das Ziel pädagogischen Handelns ist auf das selbstverantwortlich und politisch handelnde Individuum gerichtet.

Der Weg dorthin ist schwierig. Eines der bedeutendsten Hindernisse sind delinquente Handlungen.

Meist geht es um auffälliges, störendes oder schwieriges Verhalten Jugendlicher.

Dieses Verhalten erschwert in vielen Fällen erheblich den Prozess individueller Emanzipation. Nicht selten schafft es sogar neue psychische und materielle Abhängigkeiten. Es hat für den Handelnden persönliche Folgen wie Ausgrenzung aus der Familie, Verlust des Arbeitsplatzes, Stigmatisierungen, Verachtetsein, Verschuldung, Freiheitsentzug, Ausweisung aus der Bundesrepublik u.a.

Delinquentes Verhalten verletzt schutzwürdige, verallgemeinerte Rechtsnormen von Opfern, also auch die Rechte der Bezugsgruppe des delinquent handelnden Jugendlichen. Delinquentes Verhalten leistet einen Beitrag zur Aufweichung und Auflösung von Lebenszusammenhängen in Partnerschaften, Freundschaften, Familien, Verwandtschaften, Nachbarschaften und im gesamten Gemeinwesen. Dagegen ist Mobile Jugendarbeit eine konkurrierende Kraft.



Franziska Heinze

**Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Außenstelle Halle (DJI)**

Franziska Heinze ist Erziehungswissenschaftlerin und wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle (Saale). Aktuell ist sie in der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ tätig. Forschungsinteressen: Pädagogische Organisationsforschung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, politische Sozialisation und pädagogische Professionalität.

Bewährte Modelle der Radikalisierungsprävention verbreiten

Moderation: Dr. Björn Milbradt, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Seit nunmehr 16 Jahren fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Maßnahmen der Radikalisierungsprävention zunächst im Bereich Rechtsextremismus, seit 2011 auch von linker Militanz und Islamismus. Hierbei hat sich auf der Bundesebene de facto eine eigenständige Präventionspraxis entwickelt, die relativ unabhängig von der Regelpraxis der Kinder- und Jugendhilfe besteht. Angesichts steigender öffentlicher Ausgaben für bundesgeförderte Maßnahmen der Radikalisierungsprävention rückt die Frage nach deren Nachhaltigkeit in den Fokus.

Der Beitrag geht dieser Frage nach und nimmt die strukturbezogenen Wirkungen von Fördermaßnahmen der Radikalisierungsprävention auf der Bundesebene am Beispiel von Organisationen in der Strukturentwicklung zu bundeszentralen Trägern in den Blick. Er arbeitet heraus, wie über Anregungs- und Transferprozesse, Qualitätssicherungs-, Qualifizierungs- und Professionalisierungsprozesse und Prozesse der (fach-)politischen Interessenvermittlung eine Lösung der oftmals konstatierten, unzureichenden Nachhaltigkeit von Modellprojekten angestrebt wird. Darüber hinaus wird aufgezeigt, inwiefern entsprechende Fördermaßnahmen zur fachlichen Konstitution des Arbeitsfeldes bspw. im Bereich der religionsbezogenen Radikalisierungsprävention beitragen.



Doreen Gust

**Sächsisches Staatsministerium
des Innern**

Landespräventionsrat Sachsen.

<http://www.lpr.sachsen.de/11028.htm>

„Prävention im Team“ (PiT) – CTC in Sachsen

**Moderation: Frederick Groeger-Roth, Landes-
präventionsrat Niedersachsen**

Das Ansinnen von „Prävention im Team (PiT)“ ist es, dass alle regionalen Partner gemeinsam und gut abgestimmt zu allen Präventionsthemen mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche arbeiten. Dazu müssen Ressourcen und alle Präventionsakteure langfristig und zielgerichtet zum Einsatz kommen.

Es werden regionale Kooperationen aus Sachsen und deren Zusammenarbeit nach dem Arbeitsansatz Prävention im Team vorgestellt.

<http://www.lpr.sachsen.de/13066.htm>



Prof. Dr. Havva Engin

Pädagogische Hochschule Heidelberg

Havva Engin wurde in der Türkei geboren und zog 1974 zu ihren Eltern nach Berlin. Nach der Schulzeit studierte sie an der Technischen Universität Berlin das „Lehramt an Gymnasien für die Fächer Deutsch und Biologie“.

Berufliche Stationen:

2000 bis 2005:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der Technischen Universität Berlin und Lehrbeauftragte für „Deutsch als Zweitsprache“ am Institut für Sprache und Kommunikation Berlin

bis 2005:

Lehrbeauftragte für „Deutsch als Zweitsprache“ und „Interkulturelles Lernen“ an der Freien Universität und am Pädagogischen Zentrum Berlin

2005 bis 2009:

Juniorprofessorin für den Bereich „Sprachförderung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund“ an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

2009 bis März 2010:

Professorin für Elementarpädagogik mit dem Schwerpunkt kindliche Sprachentwicklung an der Fachhochschule Bielefeld

Seit 1. April 2010:

Professorin für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwerpunkt Interkulturelle Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und Leiterin des Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik

Lehr- und Forschungsschwerpunkte:

Inter-/transkulturelle Schulkonzepte;

Religion und Schule:

Bildung und Erziehung im Kontext (trans-)religiöser Heterogenität; Religiöse Radikalisierung

Kindlicher Spracherwerb unter den Bedingungen von Migration und Mehrsprachigkeit;

Transkulturelle Erziehungspartnerschaft Elternhaus-Schule

Salafismus bei Jugendlichen – Sensibilisierung von Familien

Moderation: **Susanne Kirchhoff, Landgericht
Osnabrück**

In den letzten Jahren hat die Zahl von Jugendlichen, welche sich in Deutschland radikalen Strömungen wie dem politischen Salafismus anschließen, stark zugenommen. Im Extremfall sind die Jugendlichen so stark radikalisiert, dass sie in den Nahen Osten ausreisen, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen.

In der Zwischenzeit werden in Schulen diverse Aufklärungs- und Informationsprojekte durchgeführt, um Lehrkräfte und Jugendliche auf dieses Phänomen aufmerksam zu machen. Bisher existieren jedoch kaum Konzepte, die sich an Eltern wenden, um diese präventiv zu informieren, obwohl Untersuchungen belegen, dass die meisten von der Radikalisierung ihrer Kinder völlig überrumpelt werden.

Den Gegenstand des Vortrags bildet die Vorstellung des Modellprojekts „Religiöse Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen – Aufklärung und Sensibilisierung von Eltern“, in dessen Rahmen in ausgewählten Moscheevereinen der Rhein-Neckar Region Elternworkshops zum Thema durchgeführt wurden.

Ziel des Projekts war es, zum einen die teilnehmenden Eltern über die Gefahren der religiösen Radikalisierung bei Jugendlichen aufzuklären, zum anderen herauszuarbeiten, worin die tatsächlichen Bedarfe von muslimischen Eltern im Hinblick auf die Thematik bestehen, um ein Präventionskonzept für diese Zielgruppe entwickeln zu können. Zu diesem Zweck wurde eine Fragebogenerhebung durchgeführt, die vorgestellt wird.



Dr. Tillmann Schulze

EBP Schweiz AG



Dr. Christine Steinlin

EBP Schweiz AG

Tillmann Schulze (*1977) studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster sowie am Dartmouth College in New Hampshire, USA. Er promovierte zum Schutz kritischer Informations-Infrastrukturen. Seit 2006 arbeitet Tillmann Schulze für das Planung- und Beratungsunternehmen EBP in Zollikon, Schweiz. Dort ist er verantwortlich für die Themen „Urbane Sicherheit + Bevölkerungsschutz“. Schwerpunkte seiner Arbeiten im Bereich Urbane Sicherheit sind integrale Sicherheitsplanungen, Risikomanagement, die Sicherheit öffentlicher Räume sowie städtebauliche Kriminalprävention. Für das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist Tillmann Schulze als Gutachter im Bereich „Zivile Sicherheit“ tätig.

Christine Steinlin (*1984) studierte Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich. Anschliessend promovierte sie im Bereich Umweltchemie in der Modellentwicklung ebenfalls an der ETH. Seit 2016 arbeitet Christine Steinlin für das Planung- und Beratungsunternehmen EBP in Zollikon, Schweiz. Dort arbeitet sie in den Tätigkeitsfeldern «Urbane Sicherheit + Bevölkerungsschutz» und «Sicherheit von Bauten und Anlagen». Schwerpunkte ihrer Arbeiten sind das Erstellen von Sicherheitskonzepten, das Quantifizieren und Bewerten von Risiken sowie technisch-bedingte Gefährdungen für Menschen und Umwelt in urbanen Siedlungsräumen.

Stadionsicherheit: von der Quadratur des Kreises

Moderation: Susanne Wolter, Landespräventionsrat Niedersachsen

Das Hardturm-Stadion war jahrzehntelang die Top-Adresse für Fußball in Zürich. 2007 wurde das Stadion abgerissen. Seitdem sind schon drei Planungsvorhaben gescheitert, das letzte, da die Sicherheit im Stadionumfeld nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Nun gibt es eine neue Planung, das Stadion soll 2022 zum ersten Mal bespielt werden.

Doch die Herausforderungen für die Sicherheitsplanungen für das Umfeld waren extrem: Mitten in der Stadt soll das neue Stadion entstehen, z. T. keine 20 Meter neben der Stadionhülle befinden sich künftig Hochhäuser. Zudem werden sich mit den Grasshoppers sowie dem FC Zürich künftig zwei rivalisierende Fußballclubs der höchsten Schweizer Liga das Stadion teilen. Zusätzliche Herausforderung: Der eine Club hat seine Ultras in der Südkurve, der andere in der Nordkurve. Entsprechend braucht es umsichtiger Planungen, vor allem um Gästefans ins Stadion zu führen und später wieder zurück – möglichst ohne ein direktes Aufeinandertreffen, ohne Vandalismus und mit möglichst wenig Auswirkungen auf den städtischen Alltag der „normalen“ Bevölkerung.

Der Vortrag zeigt Herausforderungen, Fortschritte und Rückschläge bei der Planung der Fanmärsche sowie der Sicherheit im direkten Stadionumfeld. Er zeigt wie schwer es ist, Sicherheitsplanung, Fußballinteressen und Politik zu vereinen – und wie am Ende dann doch eine Lösung gefunden werden konnte.



Tina Neubauer

Bewährungshilfe Stuttgart e. V.



Claudia Robbe

**Bundesverband Psychosoziale
Prozessbegleitung e.V.**

Tina Neubauer, geb. 1972, Diplompädagogin, Psychosoziale Prozessbegleiterin (RWH) seit 2007, seit 2002 bei PräventSozial Stuttgart gGmbH als Koordinatorin der Zeugen- und Prozessbegleitung, 2013/2014: Mitarbeit in der Untergruppe des Strafrechtsausschusses: Qualitätsstandards für die Psychosoziale Prozessbegleitung, Seit 2008: Gründungsmitglied im Bundesverband Psychosoziale Prozessbegleitung (BPP), Referentin (u. a. FH Esslingen, Duale Hochschule Stuttgart, Fachschule für Erzieherinnen Nürtingen, FSJ-Seminare des Diakonischen Werks Württemberg, Praktische Erfahrungen in der offenen Jugendarbeit Esslingen, im Jugendamt Stuttgart, in der stationären Jugendhilfe Ludwigsburg, weitergebildete Verfahrenspflegerin.

Claudia Robbe, Dipl.- Sozialpädagogin (FH), seit 2006 Psychosoziale Prozessbegleiterin (RWH). Seit 2005 Mitarbeiterin im VIJ – Verein für Internationale Jugendarbeit in Stuttgart, FIZ – Fraueninformationszentrum, Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel, zuständig unter anderem für die Psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene von Menschenhandel, für Fortbildung und Coaching zum Thema Prozessbegleitung; Mitbegründerin und Vorstandsmitglied im Bundesverband Psychosoziale Prozessbegleitung BPP e.V.

Mitarbeit im Modellprojekt Psychosoziale Prozessbegleitung vom Justizministerium Baden-Württemberg an den Standorten Ellwangen, Karlsruhe und Stuttgart im Auftrag von PräventSozial gGmbH (2015-2016).

Psychosoziale Prozessbegleitung für MigrantInnen

Moderation: Susanne Köhler, RAin

Zum 1. Januar 2017 trat nach dem 3. Opferrechtsreformgesetz von 2015 das neue Gesetz rund um die Psychosoziale Prozessbegleitung in Kraft (§ 406g StPO und PsychPbG).

Deutschlandweit haben weitergebildete Psychosoziale Prozessbegleitpersonen, aber auch Polizei, Gerichte und RechtsanwältInnen erste Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung gemacht:

- Wie kommen schutzbedürftige Verletzte in der Praxis zur Psychosozialen Prozessbegleitung?
- Wie funktionieren Beordnungen bereits im Ermittlungsverfahren?
- Welche Anforderungen in Bezug auf die besondere Schutzbedürftigkeit von Verletzten verlangen die Gerichte für eine Beordnung?

Der Vortrag blickt zurück auf das erste Jahr mit dem Rechtsanspruch auf Psychosoziale Prozessbegleitung. Insbesondere sollen Erfahrungen bei Verletzten mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt gestellt werden. Was bedeutet es für eine qualifizierte Psychosoziale Prozessbegleitung mit Verletzten über ihre Sorgen und Ängste, Rechte und Abläufe in Gerichtsverfahren über Dolmetscher kommunizieren zu müssen? Welche besonderen Erfordernisse gibt es bei Verfahren wegen Menschenhandel und wie kann der Sorge um Konsequenzen und Gefahren auch für die Familie im Herkunftsland begegnet werden? Sexualisierte Übergriffe in Flüchtlingsunterkünften, besonders gegen Mädchen, stellen für alle Beteiligten eine große Herausforderung dar.



Dr. Uwe Kemmesies

Bundeskriminalamt



Karoline Weber

Bundeskriminalamt

Dr. Uwe Kemmesies:

Uwe Kemmesies ist Sozialwissenschaftler und leitet als Wissenschaftlicher Direktor seit 2005 die ‚Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus‘ im Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Er schloss ein Parallelstudium der Pädagogik und Soziologie mit einem Diplom an der Universität in Münster und mit einer Promotion an der Universität Bremen ab. Nach intensiven Forschungs- und Lehrtätigkeiten zum Themenkomplex ‚Drogen‘, die 2001 in Kooperation mit Prof. em. Hess in die Gründung des ‚Centre for Drug Research‘ an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main mündeten, kam es 2003 zum Wechsel in das BKA, um dort einen Forschungsbereich zum Phänomen ‚Extremismus/Terrorismus‘ aufzubauen.

Dipl.-Pol. Karoline Weber:

Karoline Weber hat an der Universität Marburg Politikwissenschaft und Friedens- und Konfliktforschung studiert. Sie ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der ‚Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus‘ im Bundeskriminalamt (BKA) tätig. Als Mitbegründerin des Galtung-Instituts für Friedenstheorie und Friedenspraxis (2011) leitete sie internationale Fortbildungen zu Konflikttransformation. Zuletzt hat sie im Jahr 2016 im Rahmen der Regierungsinitiative „Formadores de Paz“ des Bundesstaates Estado de México Lehrerinnen und Lehrer in Mexiko in gewaltfreier Konfliktbearbeitung fortgebildet. Seit 2017 arbeitet sie im BKA zu dem Thema der Extremismusprävention.

Handbuch der Extremismusprävention

Moderation: Thomas Müller, Landespräventionsrat
Niedersachsen

Die Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes arbeitet an der Erstellung des Handbuches der Extremismusprävention – Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Publikation soll das vielfältige, aber zum Teil dislozierte Erfahrungswissen aus Forschung und Praxis zum gesamten Handlungsfeld der Extremismusprävention – in der Spannweite von der universellen, der selektiven bis hin zur indizierten Prävention – bündeln. Um dem Anspruch gerecht zu werden, ein umfassendes praxisorientiertes Handbuch zur Umsetzung einer gesamtgesellschaftlich verankerten Präventionsstrategie zu erstellen, werden die einzelnen Beiträge gemeinsam von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Behörden verfasst.

Das Handbuch der Extremismusprävention soll zivilgesellschaftlichen Akteuren, Praktikern, Entscheidungsträgern sowie allen Interessierten und möglichen Betroffenen als handlungspraktischer Leitfaden und Orientierungshilfe zur Präventionspraxis dienen.

Die hier maßgeblich leitende Fragestellung lautet: Wie gelingt es, eine gute Präventionsarbeit im Sinne einer gesamtgesellschaftlich verankerten und phänomenübergreifend angelegten Extremismusprävention zu fördern?



Ines Hohendorf

Eberhard Karls Universität Tübingen



Moritz Quel

Bergische Universität Wuppertal

Ines Hohendorf hat ein Bachelorstudium der Germanistik und Soziologie an der Universität Karlsruhe sowie ein Masterstudium der Soziologie und Kriminologie an der Universität Tübingen absolviert. Ihre Masterarbeit zu Bewältigungsstrategien bei Beziehungsgewalt wurde im Rahmen der Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie veröffentlicht. Seit 2015 ist Ines Hohendorf als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen beschäftigt. Hier ist sie unter anderem mit dem BMBF-geförderten Forschungsprojekt SiBa „Sicherheit im Bahnhofsviertel“ betraut.

Moritz Quel studierte Soziologie (Bachelor/Master of Arts) an der Bergischen Universität Wuppertal (BUW). Im Rahmen eines Forschungspraktikums an der BUW untersuchte er das subjektive Sicherheitsempfinden am Wuppertaler Hauptbahnhof. Darüber hinaus beschäftigte er sich in zwei weiteren Praktika mit multiplen Tötungsdelikten junger Einzeltäter (Deutsche Hochschule der Polizei, Münster) sowie Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hannover). Von 2013 bis 2014 arbeitete Moritz Quel ein Jahr lang als studentische Hilfskraft im EU-Projekt HARMONISE („Holistic Approach to Resilience and Systematic Actions to Make Large Scale Urban Built Infrastructure Secure“) am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der BUW. Seit August 2017 ist er wieder an diesem Lehrstuhl als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Sicherheit im Bahnhofsviertel“ (SiBa) tätig.

Sicherheit im Bahnhofsviertel. Erste empirische Befunde

Moderation: Sigurd Moritz, Landeshauptstadt Hannover

Bahnhöfe und die sie umgebenden Viertel sind häufig die ersten Orte, an denen Reisende eine Stadt betreten. Daher werden sie auch als Visitenkarte der Stadt bezeichnet. Daneben gelten großstädtische Bahnhofsviertel häufig auch als Anziehungspunkte von Rotlichtmilieu und Drogenszene und werden als kriminalitäts- und problembelastet wahrgenommen. In vielen Städten wird daher der Versuch unternommen, das zentrumsnahe Umfeld der Bahnhöfe nachhaltig aufzuwerten und sicherer zu gestalten. Das durch das BMBF geförderte Verbundprojekt „SiBa“ verfolgt das Anliegen, einen Beitrag zu einem ganzheitlichen Sicherheitskonzept für Bahnhofsviertel zu leisten und praxisbezogene Hinweise für die Kriminalprävention und Stadtentwicklung zu erarbeiten. Dafür werden zum einen Gefahren- und Sicherheitspotenziale von Bahnhofsquartieren identifiziert. Zum anderen nimmt die Untersuchung soziale und städtebauliche Aufwertungsbemühungen und deren Effekte auf Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und generalisierte Ängste in den Blick. Der Vortrag stellt das Gesamtziel des Projekts sowie die Schwerpunkte der beiden Teilvorhaben vor. Darüber hinaus werden erste empirische Befunde der lokalen Kriminalitäts- und Sozialstrukturanalysen der Untersuchungsstädte Düsseldorf, Leipzig und München sowie erste Eindrücke einer strukturierten Begehung präsentiert.



Prof. Dr. Udo Rudolph

Rudolph, Udo, geb. 1963, Dr. phil. 1991 Bielefeld, Dr. habil. 1998 München, seit 1999 Professor für Allgemeine und Biopsychologie am Institut für Psychologie der TU Chemnitz. Arbeitsschwerpunkte sind Motivation und Emotion, insbesondere die motivationale und emotionale Entwicklung im Kindesalter sowie Prävention in Kindheit, Jugend und Familie. Zahlreiche Publikationen in internationalen Fachzeitschriften, unter anderem in *Psychological Bulletin*, *Journal of Personality and Social Psychology*, *Personality and Social Psychology Review*, *Personality and Social Psychology Bulletin*, *PLOS One*, *European Journal of Social Psychology*, *British Journal of Developmental Psychology*, *Emotion Review*. Autor eines Lehrbuchs der Motivationspsychologie. Visiting Guest Professor am Department of Psychology der University of Miami und Kooperation mit Prof. Dr. Daniel Messinger (Child Psychology am Department of Psychology der University of Miami). Auszeichnung mit dem Leuchtturmpreis der Ravensburger Stiftung für ehrenamtliches Engagement im Bereich der Förderung der sozialen und emotionalen Entwicklung von Kindern (www.huckepack-kinderfoerderung.de). Studiengangsleiter Integrative Lerntherapie (Bachelor und Master) am Zentrum für Weiterbildung der TU Chemnitz.

Präventionsmanagement als Studiengang

Moderation: Sven Forkert, Sächsisches Staatsministerium des Innern

Diversität und Vielfalt unserer Gesellschaft haben in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. Diese Entwicklung wird sich weiter beschleunigen. Dies führt dazu, dass unsere Gemeinwesen sich fortwährend verändern und stetig vor neuen Herausforderungen stehen. Wie gestalten wir diesen Wandel? Hierzu braucht es ExpertInnen, die uns in den Gemeinwesen helfen, präventive Veränderungsprozesse aktiv in die Hand zu nehmen. Etwas „in die Hand zu nehmen“ bedeutet, die zugrundeliegenden Prozesse zu steuern.

Ich skizziere im Vortrag die Konzeption eines berufsbegleitenden Studiengangs Präventionsmanagement. Drei Grundprinzipien leiten dabei dessen Konzeption: (1) Prävention: Wir sollten den Chancen und Risiken des Wandels so gut als möglich präventiv begegnen. (2) Management: Vielfalt und Diversität haben ein sehr hohes positives Potenzial. Diese Potenziale entfalten sich aber nicht „automatisch“, sondern es ist wichtig, diese zu erkennen, zu nutzen und zu gestalten. (3) Systemischer Ansatz vor Ort: Die so ausgebildeten Fachkräfte gestalten den Wandel vor Ort, in einem systemischen Netzwerk der lokalen Akteure.

Ich gebe einen Überblick zu den geplanten Inhalten dieses Studiengangs sowie zu den pragmatischen Erfordernissen und Optionen bei dessen Umsetzung.



Frank Buchheit

**Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration**

Frank Buchheit, studierte bis 2000 Erziehungswissenschaften (Uni Tübingen: Dipl. Päd.) und arbeitete bis 2002 in der offenen und mobilen Jugendarbeit. Von 2002 bis 2017 war er Mitarbeiter der Landesprävention beim LKA BW (Felder: Jugendkriminalität, Evaluation, Prävention allgemeiner und politisch motivierter Kriminalität, Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten). 2013 schloss er sein Studium zum ‚Master of Evaluation‘ (Uni Saarbrücken) ab und ist seither als freier Evaluator tätig. Zudem ist er Sprecher des Arbeitskreises „Soziale Dienstleistungen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. Seit 2017 ist er als Referent beim KPEBW (Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus Baden-Württemberg Baden-Württemberg) für die Ausstiegsberatung Rechtsextremismus tätig.

Resonanzachsen und ideologische Deradikalisierung

Moderation: Andreas Mayer, Polizeipräsidium Heilbronn

Deradikalisierungsprogramme für Extremisten stehen vor der Herausforderung, einen weltanschaulichen Wandel der Klienten anleiten zu müssen, um einen nachhaltigen Erfolg der Maßnahme sicherstellen zu können. Hieraus ergeben sich nicht zuletzt ethische Fragestellungen („wie soll man mit Zwang zur Freiheit erziehen?“), die häufig in Richtung der Hilfe zur Selbstbildung beantwortet wurden. Im konkreten Praxisfeld existieren bislang nur vereinzelte Darstellungen möglicher Ansatzpunkte und methodisch-didaktischer Zugänge.

Der Beitrag versucht mithilfe eines Schemas von Resonanzachsen (nach Hartmut Rosa: a) Familie, Freundschaft, Politik; b) Objekte, Arbeit, Schule, Sport; c) Religion, Natur, Kunst und Geschichte) nachzuzeichnen, wo Angehörige der rechtsextremen Szenen zu Resonanzpathologien verleitet wurden und wo demnach die ideologische Deradikalisierung ansetzen kann, Entfremdung zu überwinden und den Aufbau von resonanten Beziehungen zu fördern.

Das Referat basiert auf einer Sekundärauswertung von Interviews mit Rechtsextremismus-Aussteigenden zu Resonanzbeziehungen vor und nach dem Ausstieg und leitet daraus Folgerungen für die Praxis deradikalisierender Maßnahmen ab.



Doris Göcke

Anna-Siemsen-Schule



Günther Hoops

Niedersächsisches Kultusministerium

Doris Göcke

Abteilungsleiterin der Anna-Siemsen-Schule. Eine Berufsbildende Schule in Hannover, die traditionell überwiegend junge Frauen ausbildet.

Günther Hoops

13 Jahre tätig als Berufsschullehrer an der Berufsbildenden Schule 6 in Hannover. Damals eine Brennpunktschule, an der ausschließlich Jugendliche mit besonderem Förderbedarf unterrichtet wurden.

Seit 1993 im niedersächsischem Kultusministerium und dort verantwortlich für die Themenbereiche: Berufsvorbereitung, Produktionsschule, Schulsozialarbeit an BBS und Inklusion in der beruflichen Bildung

Präventive Arbeit an Berufsbildenden Schulen

Moderation: Annika Hübner, Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Die Probleme mit verhaltensauffälligen und gewaltbereiten Schülerinnen und Schülern haben auch an berufsbildenden Schulen erheblich zugenommen. In verschiedenen Untersuchungen zu dieser Thematik wird übereinstimmend beklagt, dass

- in Einzelfällen die Brutalität der Übergriffe zunimmt,
- generell eine Verrohung des Umgangstons zu verzeichnen ist,
- immer jüngere SuS an Gewaltaktionen beteiligt sind und
- der Anteil der in Gewalthandlungen verstrickten Mädchen zunimmt.

Jugendgewalt ist somit ein Phänomen, an dem die Schulen als Sozialisationsinstanz dieser Gesellschaft zwar nicht unbeteiligt sind, mit dem sie jedoch konfrontiert werden, ohne darauf wirklich vorbereitet zu sein. Schulen sind nicht als therapeutische Institutionen konzipiert worden, deren Auftrag es wäre, die wachsenden Verhaltensauffälligkeiten ihrer Klientel abzubauen. Wenn sie dies aber dennoch tun sollen – weil sie ja zumindest aktuell mit diesem Problem irgendwie umgehen müssen –, ist die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen zwingend notwendig.

Welche Rahmenbedingungen das sind und wie Schule diese im Schulalltag umsetzt, soll in dem Vortrag erläutert und diskutiert werden.



Daniele Lenzo

**Kantonspolizei Zürich /
Präventionsabteilung**



Colette Marti

Bundesamt für Sozialversicherungen

Daniele Lenzo. Medienpsychologe, MAS Bedrohungsmanagement. Leiter der Interventionsstelle gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus (IRE) der Kantonspolizei Zürich. Fachberater der Beratungs- und Anlaufstelle für Extremismus und Gewaltfragen Schweiz (www.begs.ch). Autor der Handreichungen Extremismus, Amok, Terrorismus, Gewalt und Pornografie auf Smartphones und Mobbing für Bildungsorganisationen. Arbeitsschwerpunkte: Vermittlung von Medienkompetenz, Gewaltprävention, Terrorismus, Extremismus, Off- und Onlinerecherche (Profiling) bei einer möglichen Radikalisierung von Personen und Deradikalisierung. Mitglied interdisziplinäres wissenschaftliches Kompetenznetzwerk Deradikalisierung Berlin.

Colette Marti. Diplom-Psychologin, Studium der Sozialpsychologie (mit Schwerpunkt Rechtspsychologie), Arbeits- & Organisationspsychologie und Psychopathologie an der Universität Bern. Seit 15 Jahren in verschiedenen NGOs, der Bundesverwaltung sowie in Mosambik in der Prävention im Bereich des im Kinder- und Jugendschutzes tätig. Seit 2011 Projektleiterin der nationalen Plattform Jugend und Medien des Bundesamts für Sozialversicherungen – ein Angebot zur Förderung von Medienkompetenzen in der Schweiz.

Narrativen zur Prävention von Radikalisierung im Internet

**Moderation: Anina Schwarzenbach, Max Planck Institut
für ausländisches und internationales Strafrecht**

Es wird ein gesamtschweizerisches Projekt vorgestellt, welches die Nationale Plattform Jugend und Medien des Bundesamts für Sozialversicherungen (www.jugendundmedien.ch) im Rahmen ihres Schwerpunktes 2017 – 2018 „Extremismus und Radikalisierung“ lanciert hat. Das Projekt ist eine der Massnahmen, die im nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus aufgeführt ist. Projektziel ist die Identifikation und Verbreitung von Good practice im Bereich der Methode Gegennarrativen oder Alternative Narrativen zur Prävention von Radikalisierung im Internet.

Mittels einer Ausschreibung im Juni 2017 wurden vier auserschulische Projekte ausgewählt, welche mit der Methode der Gegennarrative und alternativen Narrative arbeiten. Die Pilotprojekte, die zwischen Januar und Dezember 2018 umgesetzt werden, entwickeln und erproben innovative Ansätze zur Prävention von Gewaltextremismus in der Schweiz.

Die Pilotprojekte werden während der Erarbeitung und Umsetzung wissenschaftlich begleitet. Dadurch soll Wissen über die Umsetzung von Pilotprojekten mit dem methodischen Ansatz Alternative Narrative und Gegennarrative zur Verhinderung der Radikalisierung junger Menschen über das Internet gewonnen und vielversprechende Ansätze identifiziert werden.

Im Referat werden das Ziel, der Gesamtprojektrahmen, die Vorgehensweise und die vier Projekte vorgestellt.



Hannah Hartenberg

TeamArt Kommunikationskunst

Hannah Hartenberg, geb 1954, leidenschaftliche Gastgeberin für Konflikte, Mensch.

Diplomstudium der Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Eurythmie. Zertifizierte Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation. Vierfache Mutter. Ausbildung bei Dominic Barter / Restorative Circles. Dozentin an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter/Bonn.

Die Kunst der Kommunikation ist ihr Anliegen. In den Konflikten das Potenzial für Verständigung und Gemeinschaft zu entdecken, das ist ihr Weg. Wo immer Konflikte auftauchen und Wege der Heilung gesucht werden, begleitet sie Menschen in den unterschiedlichsten Zusammenhängen: Unternehmen, Organisationen, Familien, Paare, Menschen. Sie schafft Räume gegenseitiger Wahrnehmung. Grundlage ihrer Arbeit ist die tiefe Überzeugung, dass jeder Mensch Gehör finden will für das, was ihm am Herzen liegt, und Radikalisierung überall da stattfindet, wo Ohnmacht erlebt wird und Unerhörtes sich gewaltsam Gehör zu verschaffen sucht.

Restorative Circles – ein radikaler Ansatz in Konflikten

Moderation: Angela Klier, Fv Jugend-, Kultur- und
Sozialzentrum Aue e.V.

Auch bei tiefen Wunden und Missverständnissen kann Gemeinschaft gemeinsam heilen...

„Restorative Circles“ sind ein Prozess, der Gemeinschaften und Gruppen darin unterstützt, Konflikte Raum zu geben, sie konstruktiv zu bearbeiten und aus ihnen zu lernen. Die Konfliktbeteiligten kommen zusammen mit den indirekt betroffenen Menschen in einen Kreis, um Gehör zu finden.

Diese Form von Konfliktverwandlung entwickelte Dominic Barter in den 90er Jahren zusammen mit den Bewohnern der Favelas in Rio de Janeiro. Er formulierte Fragen und umriss Bedingungen, die sich als grundlegend und hilfreich erwiesen haben, damit sich der Prozess zum Nutzen aller und zur Heilung der Gemeinschaft entfalten kann. In einigen Gerichtsbezirken in Brasilien werden die Vereinbarungen aus einem Restorative Circle inzwischen als gültige Rechtsprüche von Richtern übernommen.

Überzeugend ist vor allem die Entwicklung der Rückfallquote: Sie sank bei vergleichbaren Delikten von ca. 80% bei konventioneller Vorgehensweise auf unter 20% in jenen Fällen, zu denen Restorative Circles stattfanden.

(Siehe auch „NESTA Radical Efficiency Report 2010“ unter www.nesta.org.uk).

Im Vortrag wird ein Überblick gegeben über den Ablauf und Erfahrungen mit dieser Form der Konfliktverwandlung.

In einem anschließenden Workshop könnten an eigenen Beispielen erste Erfahrungen mit dem Prozess gemacht werden.



Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer
Justus-Liebig-Universität Gießen

Prof. Dr. Arthur Kreuzer

1938 geb. in Hamburg. 1. u. 2. Jur. Staatsprüfung ebenda.

1965 Promotion. 1968-1971 Richter am Landgericht (Jugendstrafkammer) und Dozent an der Universität Hamburg.

1971-1975 Forschungsstipendiat der DFG mit empirischkriminologischen Studien zu „Drogen und Delinquenz“ (Titel der Habil.-Schrift 1975). Habilitation für Kriminologie und Strafrecht. Lehrstuhlvertretungen in Hamburg und Gießen.

1976 bis zur Emeritierung 2006 Univ.-Prof. für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug und Direktor des Instituts für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Über 600 Publikationen zu Straf-, Jugendstraf-, Strafverfahrens-, Strafvollzugs- und Arztrecht, Dunkelfeldforschung, Jugend- und Alters-Kriminologie, Suchtforschung, empirische Strafverfahrens-, Sanktions- und Institutionsforschung, Strafvollzug, Kriminalprävention, Kriminalpolitik. Forschungs- und Vortragsreisen in viele Länder. Mitwirkung in Forschungs- und Beratungsgremien von Politik und Verbänden. Derzeit Mitarbeit im Fachbeirat Vorbeugung des Weißen Rings, einem Forschungsbeirat der Deutschen Hochschule der Polizei und im Hess. Landespräventionsrat. Kriminalpolitische Beiträge in mehreren Massenmedien. Bundesverdienstkreuz I. Kl., Beccaria-Medaille in Gold, Festschriften zum 65. und 70. Geburtstag 2003 und 2008. Verheiratet mit Gisela Kreuzer, zwei Kinder. www.arthurkreuzer.de

Fortentwicklung des Betäubungsmittelstrafrechts: „Drug Checking“

Moderation: Lydia Döring, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung

Anstöße aus Wissenschaft, Praxis und Bundesverfassungsgericht hatten dazu geführt, dass die Politik das ursprünglich umfassend auf strafrechtliche Handhabung des Drogenproblems ausgerichtete Betäubungsmittelgesetz (BtMG) neu gestaltete und interpretierte. Die Drogenpolitik stützte sich seither auf vier Säulen: Prävention, Risikominderung („harm reduction“), Therapie, Repression. Die außerstrafrechtlichen Ziele mussten stetig durch Modelle im Sinne des „trial and error“ und erste gesetzliche Schritte fortentwickelt werden. Sie haben sich bewährt, aber noch nicht überall durchgesetzt. Dazu gehören: Zeugnisverweigerungsrechte für Drogenberater, Entkriminalisierung des Besitzes geringer Drogenmengen zum eigenen Konsum, Vergabe steriler Spritzen zur Infektionsvorbeugung, Drogenkonsumräume, Substitutionsbehandlung mit Methadon und später sogar Diamorphin, Einsatz von Cannabis als Medikament. Andere Modelle sind noch in der Diskussion: Entkriminalisierung von Cannabis, Diamorphin-Substitution in Haft- und Maßregelvollzugsanstalten, „Drug Checking“. Drug Checking soll allen Betroffenen, die irgendeinen Stoff gefunden oder erworben haben, helfen, vertraulich etwas über dessen Inhalte und Wirkweisen zu erfahren, ohne Strafverfolgung riskieren zu müssen. Das in Hessen geplante Modellprojekt stößt aber auf überwindbar erscheinende rechtliche Bedenken.



Brahim Ben Slama

Bundeskriminalamt



Anna Morton

Universität zu Köln

Brahim Ben Slama, Diplom Psychologe mit dem Schwerpunkt „Interkulturelle Psychologie“ und „Terrorismusforschung“. 1966 geboren. Studium der Psychologie an der Universität Osnabrück mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Organisationspsychologie.

Seit 2003: Trainer der interkulturellen Kommunikation.

Seit 2005: Arbeit beim kriminalistischen Institut des Bundeskriminalamtes und dort in der Forschungsstelle „Terrorismus und Extremismus“ in Wiesbaden als Forscher und stellvertretender Referatsleiter tätig.

Die Schwerpunkte der aktuellen Forschungsarbeiten sind: islamistisch motivierter Terrorismus, Radikalisierungsforschung, Rolle des Internet bei Radikalisierungsprozesse, Wirkungsweisen extremistischer Propaganda und counter narrative.

Videos gegen Extremismus – Wirkung und Effektivität

Moderation: Dr. Menno Preuschtaft, Landespräventionsrat Niedersachsen

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes untersuchte in Kooperation mit der Universität zu Köln im Rahmen eines Forschungsprojekts die Wirkungsweisen von sogenannten „Counter Narrativen“. Videos zur Prävention islamistischer und rechtsextremistischer Propaganda wurden von Medienpsychologen in verschiedenen empirischen Studien daraufhin untersucht, wie sie wirkungsvoll und effektiv gegen Extremismus eingesetzt werden können.

Das primäre Ziel war die Identifizierung von effektiven Wirkmechanismen und Bewertungskriterien sowie inhaltlichen und kontextuellen Eigenschaftsmerkmalen für erfolgreiche positive Präventionsbotschaften bzw. „Counter Narrative“. In dem Vortrag sollen die hierbei generierten Erkenntnisse vorgestellt und diskutiert werden. Die Forschungsergebnisse der Studie werden interessierten Gästen zudem als kostenfreie Publikation (Online-Zugang zu der PDF-Version oder ggf. Druckexemplare) zur Verfügung gestellt.



André Barth

Landeshauptstadt Dresden

André Barth ist Ortsamtsleiter der Ortsämter (Stadtbezirke) Altstadt und Neustadt in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden.

Geboren wurde er 1966 im Erzgebirge im damaligen Landkreis Aue. Nach Schule, Abitur und Wehrdienst begann er zur politischen Wende 1989 seine Tätigkeit in der Kommunalverwaltung und qualifizierte sich hier zum Verwaltungsfachwirt. Bis 1999 war er in der Kommunalaufsicht des heutigen Landkreises Erzgebirge tätig. Ab dem Jahr 2000 leitete er für 10 Jahre das Hauptamt der sächsischen kreisangehörigen Stadt Thalheim/Erzgeb. und übernahm zu Beginn des Jahres 2010 seine jetzige Funktion in der sächsischen Landeshauptstadt. Er kennt die Kommunalverwaltung seit der Wende aus unterschiedlichen Perspektiven und kann auf viele Erfahrungen zurückgreifen. Seit Ende 2015 leitet er die Arbeitsgruppe Sicherheit in der Äußeren Neustadt, die sich dem gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Kriminalitätsbekämpfung widmet und Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft vernetzt.

Szeneviertel Äußere Neustadt – Sicher?

Moderation: Jörg Lämmerhirt, Landeshauptstadt Dresden

Bunt, kreativ und immer ein wenig anders – die Äußere Neustadt ist Dresdens Szeneviertel. Der reizvolle Wechsel von restaurierten und alten Häusern, engen Gassen und verwinkelten Hinterhöfen mit Kneipen, Restaurants und Geschäften von elegant bis schrill macht das Viertel zu einer Besonderheit. Obwohl noch nie ruhig, hat sich ab Ende 2015 die Lage vor allem in den Nachtstunden stark geändert. Die Kriminalitätsbelastung mit Roheitsdelikten, Drogenkonsum, Diebstahl und sexuellen Belästigungen hat deutlich zugenommen. Einen hohen Anteil haben inzwischen nichtdeutsche Tatverdächtige.

Als Reaktion wurde zum Einen die Präsenz der Polizei deutlich erhöht. Zum Anderen wurde die AG Sicherheit gebildet mit dem Ziel, den gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Kriminalitätsbekämpfung zu verfolgen. Diese Arbeit muss mit der bekannten schwierigen Situation umgehen, als Kommune nur begrenzt Einfluss auf Kriminalitätsursachen zu haben.

Im Vortrag werden die Prämissen der AG, die Verfolgung des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes und der Aufbau der Vernetzung im Stadtteil, aufgezeigt. Die entstandenen Projekte und deren Wirkung werden vorgestellt. Beispiele sind der Einsatz einer „Neustadtkümmern“, die „Rückgewinnung“ kriminalitätsbelasteter öffentlicher Plätze, „szenetypische“ Maßnahmen zu Ordnung und Sauberkeit, der stadtteilbezogene Einsatz von finanziellen Mitteln in den Dresdner Ortsämtern.



Dr. Cheonhyun Lee

Korean Institute of Criminology (KIC)



Hark-Mo Daniel Park

Korean Institute of Criminology (KIC)

Dr. Cheonhyun Lee: Forschungsmitglied am KIC, Privatdozent für Strafrecht an der Hanyang-Uni(1997-2000), Mitglied der Fachkommission für die Strafzumessung am koreanischen Obersten Gerichtshof(2007-2009). Forschungsschwerpunkt: Wirtschaftsstrafrecht, Finanzstrafrecht, Restorative Kriminaljustiz . Kontakt: ibleech2000@gmail.com, ib2000@kic.re.kr

Hark-Mo Daniel Park: Forschungsmitglied am KIC, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni München (2002- 2003), Fachreferent am wissenschaftlichen Dienst des koreanischen Parlaments (NAL, 2007-2008). Forschungsschwerpunkt: Kriminologie, Strafrechtliche Sanktionen, Strafvollzug. Kontakt: hpark1011@gmail.com, hpark@kic.re.kr

Probleme des Crowdfunding und präventive Regulierung in Korea

Moderation: Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

In Korea wurde das sog. Crowdfunding durch ein Änderungsgesetz des Kapitalmarktgesetzes (Crowdfundinggesetz) seit 2016 zwar erlaubt. Das Crowdfunding bzw. -investing ist jedoch wegen dessen Investitionsstruktur über Online-Plattformen meist ohne umfangreiche und verlässliche Informationen sehr risikoreich und betrugsanfällig.

Mitunter gehen sog. Schneeballsysteme (Pyramidensysteme) mit dem Crowdfunding einher. Ferner ist auch die Gefahr nicht zu ignorieren, dass das Crowdfunding als ein Instrument für Geldwäsche leicht zugänglich gemacht werden könnte.

Im vorliegenden Beitrag werden kriminelle Erscheinungen um das Crowdfunding in Korea betrachtet und kriminalpräventive bzw. kriminalpolitische Maßnahmen einschließlich Opferschutzmaßnahmen vorgestellt.

Internationales Forum – AIF

	Seite
A concept on social media measurement in crime prevention Axel Ebers Prof. Dr. Stephan L. Thomsen	258
Polarisation and radicalisation in European societies Dr. Triantafyllos Karatrantos	260
Home grown narratives – the role of informal actors in PVE Alexander Ritzmann	262
How to create wide cooperation in CVE – Finnish experiences Tarja Mankkinen	264
Quality Standards for Countering Violent Extremism Programs Daniel Köhler	266
Implementing and integrating crime prevention in Canada Dr. Felix Munger Christiane Sadeler	268
Radicalisation and Social Epidemics: Risk factors Prof. Dr. Jeremy Coid	270
What role for the victims in the prevention of radicalism? Nicolas Henin	272

	Seite
European Cities and Regions against Violent Radicalisation Elizabeth Johnston	274
Extremismusprävention in der internationalen Zusammenarbeit Preventing Violent Extremism in international cooperation Hassan Abu Arqoub Dr. Annette Braun Alexander Ritzmann	276
Urban Security in Europe: Efus presents 2 European Projects Pilar De La Torre Moritz Konradi	278
iDove – Interfaith Dialogue on Violent Extremism Jonas Lucas	280
Preventing jihadi recidivism – lessons from AMAL Program Dr. Jean-Luc Marret	282
Polizeiliches Fehlverhalten – Auslöser für Radikalisierung? Police Misconduct – A Trigger for Radicalization? Hanna Meyer Dr. Marion Popp	284

	Seite
Fair*in and European Fire Skills – preventing violent extremism in Central and Eastern Europe (CEE) PD Dr. Harald Weilnböck	286
The violence motivated by hatred for people with disability Dr. Dorota Habrat	288
Integrating ex-combatants in post-conflict societies Christina Foerch Saab	290
Multisystemic Therapy (MST): 30 Years of Experience Petra Guder Marshall E. Swenson	292
Rule of law thru youth in society for developing countries Mirza Ammad	294
Teen brains and behavior: Translating research into practice Prof. Naomi E. Goldstein Prof. em. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen	296
Public Health & Crime Prevention: Shared Goals and Opportunities Prof. Dr. Dr. SD Shanti	298



Axel Ebers

Leibniz Universität Hannover



Prof. Dr. Stephan L. Thomsen

Leibniz Universität Hannover

Axel Ebers works as a research assistant for the Institute of Economic Policy at the Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (LUH). He is integrated in the joint research project „Präventive digitale Sicherheitskommunikation – ein innovativer Ansatz für Kriminalprävention in sozialen Online-Medien (Prädisiko)“, which is funded by the Federal Ministry of Education and Research (BMBF). His general research interests include applied econometrics, behavioral economics, social media, and criminal prevention. Before his engagement with the LUH, he held positions in the public and private sector. He studied economics with a major in development and environmental economics at the LUH. During that time, he did a research stay in Thailand and Cambodia in the context of the Thailand Vietnam Socio Economic Panel (TVSEP).

Prof. Dr. Stephan L. Thomsen is Professor of Economics, especially Applied Economic Policy, and Managing Director of the Center für Wirtschaftspolitische Studien (CWS). He is a Research Associate at the ZEW Mannheim, Research Fellow at the IZA Bonn, and a member of the Expert Committee for the Fifth Report on Poverty and Wealth of the German Federal Government as well as the Steering Committee of the Expert Platform Demographic Change in Saxony-Anhalt. His general research interests include empirical economic research and econometrics. Especially applied econometrics, microeconometrics, and evaluation. Furthermore, he addresses questions of labor and educational economics.

A concept on social media measurement in crime prevention

Moderation: Dirk Wurm, Stadt Augsburg

Social media are an increasingly widespread tool to influence the knowledge, awareness, attitude and behavior of individuals. Logically, the authorities have started to use social media in order to increase the knowledge and awareness on moral courage, promote a positive attitude and motivate corresponding behavior. Moral courage can be an appropriate means to prevent criminal behavior, and represents a valuable social good. However, while there are several studies on the effectiveness of social media campaigns in different public policy areas including health, there is lack of empirical evidence on the effect of social media campaigns on moral courage. This study aims to provide the theoretical foundation for such empirical work. Pursuing this aim, it proceeds as follows. First, it operationalizes the concept of moral courage. Second, it assesses the established models from the social marketing framework regarding their ability to describe the interrelationships between the preventive message, the individual, the social media environment and the act of moral courage. Third, it assesses the established measurement methods from social media marketing regarding their ability to quantify the effect of the social media campaign on moral courage. Finally, it describes the process of conducting a cost-benefit analysis of such a social media campaign.



Dr. Triantafyllos Karatrantos

Center for Security Studies (KEMEA)

Mr. Karatrantos is Lecturer at the National Security School of Greece in «Multiculturalism, Migration and Security, Intercultural Policing, Radicalization and Community Policing». Since 2014 is Research Associate at the Center for Security Studies (KEMEA) responsible for training programs and European and research projects. He is a Phd candidate at the Department of Mediterranean Studies, University of the Aegean. His Phd thesis is entitled: „Assymetrical Security Threats and the Role of EU as a Security Actor. The cases of climate change, migration, radicalization, and trafficking of human beings”. Mr. Karatrantos is a certified by RAN COE trainer in Radicalization and Member of the RAN LOCAL Group. Since 2005, when awarded to him as a member of a youth team his first European grant from the Program Youth, he is actively coordinates and participates to the implementation of European and Research projects. The last years he focuses on first line practitioners training programs, especially short courses for Law Enforcement personnel. He has attended numerous workshops, seminars, conferences and schools, both in Greece and abroad, on security and international relations. He has numerous publications, communications and presentations on security in Greece and abroad.

Polarisation and radicalisation in European societies

Moderation: Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

The refugee crisis poses a number of challenges for the EU. One, in particular, is in relation to its impact on polarisation, radicalisation and extremism. The terrorist attacks in Paris on November 2015 and the sexual assaults in Cologne on January 2016 are the two trigger events that bring polarisation as a main outcome of the refugee crisis. In this new landscape migration rises at the top of the security agenda perceived as a threat to national and international security, mainly connected with Islamist terrorism. Shift in the political landscape. Polarisation is clearer on the political landscape where populist and far-right groups in Europe have sharpened their rhetoric, using tougher, more enforcement-laden language. Furthermore, we have an important escalation of right-wing extremism with violent far-right militias and gangs targeting immigrants. In this deeply polarized environment we have numerous tensions and even use of violence as the outcome of rioting. The aim of this paper is to explore the dynamics of polarisation in the European societies as an outcome of the refugee crisis and also to highlight the risk from the potential radicalisation of refugees' diaspora, since rising social tensions between communities have the potential to generate secondary conflict in host countries and possible participation in radical collective action and crime.



Alexander Ritzmann

Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Alexander Ritzmann focuses on issues related to democracy promotion and the prevention of extremism and terrorism. He is a Senior Research Fellow at the Brandenburg Institute for Society and Security (BIGS) in Potsdam, Germany and an Advisor to the Counter Extremism Project (CEP) in New York, USA. At BIGS, Alexander directs a project, funded by the German federal government, which highlights the role of value discourses in the integration of refugees in Germany. He is also co-chair of the European Commission's Radicalisation Awareness Network (RAN) Communication and Narratives (C&N) Working Group.

From September 2012 – December 2015, Alexander worked as Senior Advisor MENA Region and Project Manager for GIZ, the German Development Cooperation, based in Cairo, Egypt. He has also lived and worked in Berlin, Brussels, Beirut, Jerusalem, Ramallah and Washington D.C. In 2007 he was a DAAD-Fellow at the American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), Johns Hopkins University, in Washington, DC.

From 2001 – 2006 Alexander was a member of the Berlin State Parliament, overseeing the state police and intelligence agency, focusing on homeland security and data protection issues. He received his Master's degree in Political Science from the Free University Berlin in 2000.

Home grown narratives – the role of informal actors in PVE

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Millions of Europeans have engaged with extremist propaganda, thousands are joining extremist causes. Why so many? That is an important question. But the equally important question is: Why so few? What are key resilience factors that prevent individuals from becoming radicalized?

The target audiences of political extremists in the EU are the undecided (grey zone), the groups between active democratic citizens and extremists. The undecided might share some grievances and narratives that drive an extremist ideology and they might not trust government driven PVE-initiatives. Local informal-actors (family members, friends, neighbours, sports coaches, teachers), who have a natural peer credibility, do already constantly promote alternative or counter narratives and alternative courses of action (in relation to the extremist's narratives and calls to action) and therefore limit the space for extremists to recruit.

Questions to be discussed are: What kind of environment fosters interventions by informal actors? How can informal actors in the PVE-field be empowered? What kind of government or CSO support would not jeopardize the credibility of informal actors? (How) can effective alternative/counter narratives by informal actors be upscaled?



Tarja Mankkinen

Ministry of the Interior

Tarja Mankkinen is Head of Development at the Police Department of the Finnish Ministry of the Interior. She has a Master in Political Sciences from the University of Helsinki (1986) and she completed several training programmes in management and leadership. Prior she fulfilled a variety of other functions at the Ministry of the Interior. She is the National coordinator for the prevention of violent radicalisation and extremism and has been Chairperson of the National Network Preventing Violent radicalisation and extremism since 2011. Moreover, she has held managerial and strategic responsibility for a range of security programmes in Finland and has built wide experience with evaluation programmes (Europol, crime investigation) as well as with international co-operation, such as the Schengen and the EU Radicalisation Awareness Network RAN. Tarja is the author of various publications and has presented a range of lectures, including on the prevention of violent extremism.

How to create wide cooperation in CVE – Finnish experiences

Moderation: Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

In Finland the first PVE/CVE Action Plan was adopted in 2012 and the second in 2017. The Action plan is drafted and implemented in wide cooperation with national and local authorities, non-governmental organisations and religious communities. Also youth are involved. In the presentation the experiences and insights how to create a cooperation Network are described and analysed. What are the main things that promotes good cooperation in practice and what are the challenges that should be taken into account.



Daniel Köhler

**Ministry for Interior Affairs, Digitalisation
and Integration, Baden-Wuerttemberg**

Daniel Koehler is a researcher at the Ministry of the Interior, Digitization and Migration Baden Württemberg.

Quality Standards for Countering Violent Extremism Programs

Moderation: Anja Bohländer, Universität Erfurt

This presentation, as a part of an 'international forum', will discuss international approaches to assuring quality and effectiveness of deradicalization and countering violent extremism (CVE) programs. In addition, practical experiences made in various countries, e.g. France, Germany, the United States and the United Kingdom, will be introduced and assessed regarding their potential impact for the issue of evaluation and quality standards in the deradicalization and CVE field.

During this forum options and methods to evaluate such programs and initiatives will be debated and their practicability for a uniquely heterogeneous prevention landscape like for example in Germany scrutinized. Current developments within the German landscape in this regard will also be included and compared with the international state of the art.



Dr. Felix Munger

Canadian Municipal Network on Crime Prevention



Christiane Sadeler

Waterloo Region Crime Prevention Council (WRCPC)

Felix Munger manages the Canadian Municipal Network on Crime Prevention. A long-time advocate of cohesive, just, and inclusive communities, Felix and his team members at the Sustainable Societies Consulting Group focus their work on social and environmental sustainability.

Christiane Sadeler is the Executive Director of the Waterloo Region Crime Prevention Council (WRCPC), which is a partnership between community and local government for crime prevention through social development in the Region of Waterloo. She is also the founding co-chair of the Canadian Municipal Network on Crime Prevention.

Implementing and integrating crime prevention in Canada

Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch, Deutscher Präventionstag

This session provides an overview of crime prevention practices in Canada using an example of a municipal crime prevention office and sharing experiences from the development of a national crime prevention network. The presentation begins with the key experiences of the Waterloo Region Crime Prevention Council in Ontario and its role in the development of the Canadian Municipal Network on Crime Prevention. Particular attention is given to the historical and current relevance of the grass roots development of the network. In addition, the presentation will focus on some of the challenges of crime prevention using the example of the Regional Municipality of Waterloo and the wider Canadian network, such as the need for clarity on the term prevention, the tensions between intervention and prevention, the role of the city, public services, and the dependence on government support. It further identifies a number of successful projects and experiences, including the building partnerships, cultivating relationships and building a national community of practice to enhance local approaches. Finally, the presentation provides a glimpse of the planned future of the Canadian network and its role in the international arena.



Prof. Dr. Jeremy Coid

Queen Mary University of London

Jeremy Coid MD is Emeritus Professor of Forensic Psychiatry at Queen Mary University of London and currently visiting Professor to Institute of Psychiatry, Psychology and Neuroscience, Kings College London, UK. He is the author of over 170 papers, mainly on the epidemiology of violence. He has extensive clinical experience of managing violent and offender patients in security and giving expert advice to courts in criminal cases. His recent research is on extremist views in the UK population, support for terrorism, and whether a 'contagion' model applies to Radicalization.

Radicalisation and Social Epidemics: Risk factors

**Moderation: Dr. Simone Ullrich, Nationales Zentrum für
Kriminalprävention**

Background: Epidemiological studies can identify risk factors, preventive interventions, and protective factors for Radicalization.

Method: Three large, representative UK surveys of British muslims and population controls.

Results: British muslims are less likely to report violence, criminality, substance misuse, and have higher or equal levels of social capital compared to non-muslims. However, 2-4% report sympathy for violent protest and terrorism, suicide bombing, and 4% young muslim men would fight against the British army in Afghanistan in 2011. More muslims said 9/11 was perpetrated by the US government than Al-Qaeda. Extremism corresponded to Islamisation, feelings of religious harassment, isolation, support for Sharia, living in North of England and lower social class. Those who would fight against corresponded to those who would fight in the British army, with more having histories of violence, criminality and fewer symptoms of depression.

Conclusions: Polarisation of views and attitudes between muslims and non-muslims in Britain conceal what are greater levels of bipolarisation within muslim communities. Research needs to identify social forces that shift populations towards more having extremist views. Preferred social separation and increasing conservatism of views among a substantial subgroup of muslims pose significant difficulties for UK policy-makers.



Nicolas Henin

Action resilience

Nicolas Hénin holds a master in History of international relations from Paris-1 Panthéon-Sorbonne University, and a master's degree in journalism from the Practical Institute for Journalism, Paris.

He spent most of his life as a freelance reporter, based first in Baghdad (2002-2004), then Amman (2004-2007). He then enlarged his perimeter to Africa and covered all of the MENA region, as well as Africa, mostly for Le Point newsmagazine and Arte channel.

He covered intensively the "Arab spring" revolutions and went numerous times to Egypt, Libya, Yemen and Syria. He's been abducted by IS in Raqqa, Syria, and kept hostage for almost a year.

He now chairs Action resilience, a consulting and training company on counter-terrorism and radicalisation, based out of Marseilles.

He's the author of several essays, including Jihad Academy (translated to German under the title Der IS und die Fehler des Westens: Warum wir den Terror militärisch nicht besiegen können) and Comprendre le terrorisme and taught as visiting professor at Daegu University (Korea).

He was fellow of the 69th promotion of the Institute of Advanced Studies in National Defence (IHEDN).

What role for the victims in the prevention of radicalism?

Moderation: Sabrina Mohr, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Victims of terrorism are sometimes being used by the authorities to deliver a speech towards a (potentially) radicalized audience. Main ideas are the following: victims are usually being dehumanized by the perpetrators of attacks and the narration of their ordeal gives them a face, and the confrontation between a victim and an extremist causes a “narrative shock” that can help, using emotion, to support a message. The RAN even published in 2015 a handbook supporting this idea.

Being himself a victim (former IS hostage in Syria for almost a year), the presenter, now chairman of a consulting company based in Marseilles, France, argues that this approach has limits and that the victims are mostly important to prevent a polarisation of societies and advocate to keep together moderate persons from all communities rather than addressing radicalized individuals.

This presentation is based mostly on the French experience, especially recalling both collective (victims associations, like 13onze15 for Bataclan attack survivors and families) and individual (Antoine Leiris’ book *Meinen Hass bekommt ihr nicht*, for the German edition) initiatives to highlight the benefits of some victims’ voices and to suggest good practices.



Elizabeth Johnston

**European Forum for Urban Security
(EFUS)**

As Executive Director of the European Forum for Urban Security (Efus), **Elizabeth Johnston** is responsible for the strategy and development of Efus, in liaison with the Executive Committee, and is in charge of staff management. Since February 2016, she is also Executive Director of the French Forum for Urban Security.

In addition, she is Secretary of the International Centre for the Prevention of Crime, a member of the Advisory Board of the Global Parliament of Mayors and an official associate of the University of Liege (Belgium). Prior to this, and after beginning her career at a French local authority, Elizabeth Johnston served as Programme Director at the French-American Foundation, and as Violence Prevention Expert at the World Bank, in Washington. She holds degrees in Law from Assas University (France), in Political Science from Yale University (United-States) and in Public Policy from Marne-La-Vallée University (France).

European Cities and Regions against Violent Radicalisation

Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch, Deutscher Präventionstag

Cities and regions in Europe are increasingly mobilised to counter and prevent processes of violent radicalisation in their territories, and a great number of innovative and promising practices, projects and programmes are being rolled out across Europe. The member cities of the European Forum for Urban Security (Efus) have made the prevention of extremist violence of all sorts a priority since 2013, and through their common forum they have developed a wide variety of activities to foster knowledge on the topic among local stakeholders, provide training for elected officials and practitioners, step up European exchange of promising practices, provide political support by a network of peers as well as technical support in the implementation of local actions to counter radicalisation.

Efus will present its core guidelines and commitments regarding radicalisation as well as key outcomes of the European projects it leads and has lead on the topic (Local Institutions against Extremism - LIAISE - 1 & 2; Preventing radicalisation through probation and release - PREPARE; Local Communication Strategies to Prevent Extremism - Local Voices), as well as the H2020 project "Partnership against Violent Radicalisation in Cities - PRACTICIES" - it contributes to. By doing so, this presentation will showcase state-of-the-art local strategies to prevent violent radicalisation across Europe.



Hassan Abu Arqoub

Dar al Iftaa (Jordanische Fatwabehörde)



Dr. Annette Braun

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Alexander Ritzmann

Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Hassan Abu Arqoub has a Ph.D. in Islamic jurisprudence, is a mufti, press spokesman and Head of the Department of Public Relations and International Cooperation of the Jordanian Fatwa Authority (Dar al Iftaa). He is active in several mosques in Amman as Imam. He also moderates some Jordanian TV programs with religious content and is a columnist for the Jordanian daily Al Ra'i.

Alexander Ritzmann works on issues related to democracy promotion and the prevention of extremism and terrorism. He serves as a member of European Commission's Radicalization Awareness Network (RAN) Steering Committee and is co-chair of its Communication and Narratives (C&N) Working Group. He is a Senior Research Fellow at the Brandenburg Institute for Society and Security (BIGS) in Potsdam, Germany and an Advisor to the Counter Extremism Project (CEP), in New York, United States. He is also a member of the „European Expert Network on Terrorism Issues (EENeT)“ of the German Federal Criminal Police (BKA).

Dr. Annette Braun is heading the GIZ project „Socio economic resilience of vulnerable youth in North-Cameroon“ on behalf of the EU and the BMZ. Among other things, the project aims to improve the educational and income prospects of youth and young people, by developing alternatives to counter recruitment campaigns of terrorist organizations in marginalized rural area.

Preventing Violent Extremism in international cooperation

**Moderation: Susanne Jacobi, Seniorfachplanerin
Kompetenzcenter Rechtstaat & Sicherheit, GIZ
Vortrag auf Deutsch mit englischer Übersetzung**

Radicalization and violent extremism poses significant challenges to societies: Extremist groups often exploit developmental issues such as inequality, poverty and poor governance to pursue their own interests. Their acts of violence exacerbate existing conflicts, increase the fragility of affected states, increase social polarization tendencies and destabilize social and state structures. Terrorism and extremist violence have increased significantly in recent years, especially in the Middle East, parts of Africa and Central Asia. Many affected societies face the real danger that violent extremism will destroy much of the developmental progress made in recent decades. Measures for the early prevention of extremist violence are therefore increasingly becoming the focus of international cooperation. For example, GIZ is implementing first measures for the prevention of violent extremism in various sectors and for different clients. Discussions will include Dr. Hassan Abu Arqoub (Jordanian Fatwa Authority), Alexander Ritzmann (Brandenburg Institute for Society and Security) and Dr. Annette Braun (GIZ Youth Project, Cameroon).



Pilar De La Torre

European Forum for Urban Security
(EFUS)



Moritz Konradi

European Forum for Urban Security
(EFUS)

Moritz Konradi holds a “Diplom” (MA equivalent) in political science from the Free University of Berlin (Freie Universität Berlin) and an MA in Criminology and Police Science from the University of the Ruhr in Bochum (Ruhr Universität Bochum). For Efus, he follows developments on the topic of discrimination and bias-motivated violence as well as radicalisation and prevention of violent extremism. Prior to joining Efus in November 2016, Moritz was programme manager at a Berlin-based NGO specialised in victim support and crime prevention. He was also assistant lecturer on hate crime at the Berlin police school.

Pilar de la Torre holds a Masters degree in Population and Development Expertise from the Paris Descartes University. She also coursed one Masters year in Latin American Studies at the University of Sorbonne-Nouvelle III (Paris), as part of their Political Sciences course, and holds a degree in Economy from the Externado University of Bogotá (Colombia). For Efus, she is involved in projects on Social Media, Discriminatory Violence and Citizen Participation.

Urban Security in Europe: Efus presents 2 European Projects

**Moderation: Anna Rau, Deutsch-Europäisches Forum
für urbane Sicherheit (DEFUS)**

The European Forum for Urban Security (Efus) is the only European network of local and regional authorities dedicated to urban security. It includes nearly 250 local and regional authorities from 16 countries which cooperate to promote a balanced vision of urban security, combining prevention, sanctions and social cohesion.

In this session, Efus will showcase two recent European co-operation projects which highlight the wide range of topics relevant to urban security practitioners today:

The project Just and Safer Cities for All, led by Efus between 2015 and 2017, has reviewed strategies and developed recommendations on how to counter and prevent discriminatory violence and hate crime at the local level. It has produced practical guidance and fostered a network of cities and regions active to counter forms of violence and crime that are linked to discrimination.

The project Medi@4Sec, led by University of Warwick and supported by Efus as a partner (2016-2018) aims to understand the opportunities, challenges and ethical considerations of social media use for public security purposes. It works towards better matches between technical solutions and the needs of security practitioners at the local and regional levels.

Efus will present results and tools these two projects have made available to professionals in the field of crime prevention.



Jonas Lucas

**Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH**

Jonas Lucas works as an advisor for the GIZ Sector Programme Values, Religion and Development as well as the secretariat of the International Partnership on Religion and Sustainable Development (PaRD). His work focuses on the topics of preventing violent extremism and post-conflict societies. He holds a master's degree in political science from the Ludwig-Maximilians-Universität in Munich with a focus on international relations.

iDove – Interfaith Dialogue on Violent Extremism

Vortrag auf Deutsch mit englischer Übersetzung

Violent extremism is a global issue. Whether it has a political, ideological, racist or religious background, the problem of youth radicalization affects African as well as European societies in the same way. In this context, the GIZ cooperates with the African Union on interreligious dialogue and preventing violent extremism (PVE). During the Intercontinental Youth Forum on Violent Extremism (Addis Ababa, February 2017), young activists had the chance to exchange ideas with one another, as well as with scientists, religious actors and individuals who have experienced radicalization and deradicalization themselves. In that context, participants developed a framework for small, local and youth-driven projects focusing on PVE. The projects will cover the areas of communication, virtual initiatives and community initiatives; for example media training, capacity building or arts and sports projects. Four micro-projects are currently being implemented in Mali, Kenya, Cameroon and the Democratic Republic of the Congo. In addition, together with the youth activists involved in iDove, a Training of Trainers (ToT) course on PVE and the promotion of social cohesion, with a specific focus on youth work, is developed. The preliminary results of the micro projects as well as the ToT Handbook are presented to the visitors of the DPT.



Dr. Jean-Luc Marret

Fondation pour la recherche strategique

Senior fellow at Fondation pour la recherche stratégique (Paris) in charge of political violence, terrorism, jihadism and prevention. Director of AMAL Program.

Preventing jihadi recidivism – lessons from AMAL Program

Moderation: PD Dr. Harald Weilnböck, Cultures Interactive e.V.

As designer, operational director and evaluator, I'm willing to present the AMAL program, made for the french ministry of Justice in 2 jails (including the national terrorist wings) and 12 inmates convicted or under probation in link with the Syrian jihad. tentative plan: General description, operational constraints, connections with the inmates, program content, operational and political challenges, evaluation protocole, political consequences. This program had been one of the longest ever made in france, some of the beneficiaries being non-volunteer at the beginning.



Hanna Meyer

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Dr. Marion Popp

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Dr. Marion Popp is a sociologist. In the coordination office of the GIZ Police Programme in Berlin, she holds the responsibility for the projects in Niger, Chad, Mauritania as well with the G5 Sahel secretariat. Before she moved to Berlin, she spent 10 years in Ethiopia and Zambia. There she has gained experience in the areas of civil society participation, women's rights as well as reform of the justice sector.

Hanna Meyer is a political scientist and works as an Advisor with the GIZ Police Programme Africa since 2015. At the Berlin-based coordination office of the programme she is responsible for the projects in Nigeria, the Democratic Republic of Congo and at the African Union. Before joining the Police Programme, she worked with a GIZ regional programme in the field of drug control and curbing organized crime in the Middle East.

Police Misconduct – A Trigger for Radicalization?

Vortrag auf Deutsch mit englischer Übersetzung

The UNDP report 'Journey to Extremism' (2017) identifies state failure and in particular misconduct by security forces as factor which pushes individuals to join violent extremist groups. The arrest or killing of a family member or friend by security forces were mentioned as incident that prompted individuals to become a member of an extremist group. This finding motivated the Police Programme Africa to reflect on the relationship of citizens to police institutions in rural areas where violent Islamist groups are active. The presentation of case studies from Central Africa gives an insight into the multifaceted reality of police work in remote regions. It becomes clear that the complex challenges faced by national police institutions complicate transparent and human rights-based behavior by individual police officers. However, the reform of police service is not enough to prevent radicalization. Rather, a comprehensive security sector reform is needed in order to strengthen the public's confidence in the police in the long term.



Harald Weillböck

Cultures Interactive e.V.

Harald Weillböck (Ph.D; PD/Asso.Prof.) – HW works both as practitioner and academic researcher (on professorial level). As trained psychotherapist (mostly in group settings) he practices deradicalisation interventions with young people in prison and community settings. HW studied and worked in New Haven, Los Angeles, Paris, Zurich and Berlin and received his Ph.D. at UCLA (Los Angeles) where he also completed training as research psychoanalyst at the Southern California Psychoanalytic Institute. His focus in studying violent extremism is “intervention research” on how successful methods of prevention and deradicalisation work and what their principle impact factors and necessary conditions are. HW’s general areas of scientific expertise are culture/media studies, social/ biographical and psychotherapy research and interdisciplinary narratology. From 2011 on HW consulted on the European Commission’s build up of the ‘Radicalisation Awareness Network’ (RAN), then co-chaired the working-group ‘Deradicalisation’ and joined the RAN Centre of Excellence in 2016. HW regularly collaborates with the OSCE, Global Counter Terrorism Forum (GCTF), the European Forum for Urban Security (EFUS), US State Dept., among others. Numerous publications and conferences on

See: <http://cultures-interactive.de/de/fachartikel.html> –
and – weillboeck.net

Fair*in and European Fire Skills – preventing violent extremism in Central and Eastern Europe (CEE)

Moderation: Diana Schubert, Stadt Augsburg

This paper critically reflects on human-centred aspects of policing and crime prevention. Research suggests that 'social work' is an increasing part of the UK police officer role (Charman, 2018) — often challenging new recruits' preconceptions of what it means to be a police officer. This widening of the role of the police in the UK has been fuelled by cuts in public and social care budgets. Approaches like community policing are key to addressing a number of public safety and security issues, but has been significantly impacted by police budget cuts. Community policing is about fostering trust, confidence and legitimacy— goals that are long term, important and strategic. Community policing traditionally involves providing a visible police presence, as well as actively engaging with local citizens and addressing their concerns. Such concerns cover a range of issues from fear of victimisation to problems of anti-social behaviour and incivility. Because it is human-centred, community policing is also expected to support the prevention of radicalisation, with the police often being the first contact point with radicalised youth (Cherney, 2016). However, this strategic value is overlooked, and cuts to community policing may undermine efforts to tackle radicalisation. Strategies to promote and value human-centred approaches core to policing and crime prevention will be discussed.



Dr. Dorota Habrat

University of Rzeszow

Dorota Habrat holds a Ph.D. in criminal law. In 2003 she graduated from the University of Rzeszow majoring in Faculty of Law. In June 2007 she defended the doctoral thesis at the Cardinal Stefan Wyszyński University on Faculty of Law and Administration in Warsaw. In 2007 she started lecturing in the Department of Criminal Law and Criminal Procedure in University of Rzeszow. She currently lectures criminal law and selected issues and specific parts of the criminal law and the doctrine of punishment. Her research interests focus on the criminal corporate liability and criminal law protection of individuals with disabilities.

The violence motivated by hatred for people with disability

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

The occurrence of violence is ubiquitous - in everyday life, in interpersonal relations, in employer-employee relationships, in literature and culture and in many other areas. This problem touches people regardless of age, sex and social status. Different forms and degrees of the violence are observed in many social circles including people with disabilities. People with disabilities constitute a wide and varied social group. This is a category of people heavily exposed to violence and discrimination.

The aim of the study was the analyze of the crimes motivated by hatred for people with disabilities. Offenses motivated by prejudice are characterized by the fact that they violate not only the rights and freedoms of the victims, but also endangers the rights and freedoms of all persons who are representatives of a particular minority and the standard of protection. Particular attention has been paid to the issue of violence against persons with disabilities, which is unique in cases where motives are contempt, hatred or prejudice against the victim.

The legislator's responsibility is to introduce regulations that will protect the fundamental rights of people with disabilities. The obligation to establish effective legislation and policies to ensure that cases of mistreatment, violence and mistreatment against people with disabilities are identified, investigated and prosecuted.



Christina Foerch Saab

Fighters for Peace

Christina Foerch Saab holds a Master Degree in Political Sciences and Spanish from the Free University of Berlin and has a certificate in Biography Work. In the year 2000 she moved from Berlin to Beirut where she has been working as filmmaker, journalist, and consultant for NGOs. Her films were published in 3sat, arte, DW-TV, ORF, and Al Arabiya and were screened at international festivals.

She has specialized in issues such as the memory of the Lebanese civil war, ex-combatants, peace education, media, and arms control and disarmament processes.

Foerch Saab represents civil society from the MENA region at UN conferences for arms control and also speaks and facilitates at international conferences about disarmament and former combatants.

In the organization Fighters for Peace she is part of the management board and in charge of projects, international relations and psycho-social work with ex-combatants.

Integrating ex-combatants in post-conflict societies

Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch, Deutscher Präventionstag

Reintegrating ex-combatants in post-war societies is one of the most crucial components of peace-building processes, but at the same time it is not an easy thing to do. The UNDP Human Development Report 2002 stated “Demobilizing combatants and reintegrating them into normal life is one of the most challenging priorities in post-conflict situations.” In this paper, I would like to explore how ex-combatants can find new perspectives and roles in post-war societies, taking the example of Lebanon. I will not talk about policies or practices implemented by governments or international organizations. I will speak about what civil society can do in terms of reintegrating ex-combatants, taking as example our organization “Fighters for Peace”.

Internationales Forum



Petra Guder

Glen Mills Academie Deutschland e. V.



Marshall E. Swenson

MST Services Inc.

Introduction: **Petra Guder**, Co-Chair, International Committee, US-National Council of Youth and Family Court Judges.

Presenter:

Marshall E. Swenson, MSW, MBA, received his MSW in Clinical Social Work from the University of Arkansas at Little Rock in 1978, and his MBA from Centenary College of Shreveport, Louisiana in 1987. Marshall has been working with the MST Program Developer, Dr. Scott Henggeler, for many years. Since its inception in 1996, he has been working as a Consultant for New Program Development at MST Services. Two years prior to that he was an MST Expert at Medical University of South Carolina in Charleston, SC, the home of MST research. Prior to joining the MST team, he worked for more than 25 years in a variety of social work settings in clinical practice, supervision, administration and community organization. Marshall Swenson shares a profound experience of many program replications, including for other target populations and program replications in Europe.

Multisystemic Therapy (MST): 30 Years of Experience

Moderation: Petra Guder, Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Effective Violence Prevention: Through the Juvenile Justice Reform Process, our colleagues in the US can share profound data regarding evidence based program replications to tackle youth violence successfully, receiving more and more attention throughout Europe.

One example is Multisystemic Therapy (MST), one of the oldest Blueprints for Violence Prevention and Healthy Youth Development, an internationally recognized, scientifically proven intervention for high-risk youth and their families. Therapists work in the home, school and community and are on call 24/7 to provide caregivers with the tools they need to transform the lives of troubled youth. For more than 30 years, MST has consistently demonstrated positive outcomes with chronic juvenile offenders. Research demonstrates that MST reduces criminal activity and other undesirable behavior. Based on the program's success, rigorous randomized trials were conducted to explore the feasibility and effects of adaptations of MST with other target populations.

MST's positive results are long lasting. The program has been effectively transported to community practice settings with currently more than 500 active programs, including replications in Europe, a. o. Switzerland. If implemented with fidelity, an evidence based program makes a great difference in young peoples lives and helps them to integrate into society successfully.



Mirza Ammad

UNDP

I satisfy academic & field experience. Academically, I hold Msc in Criminology & Security Studies. Professionally, I have over 11 years of experience of which since 2008 with UNDP at Provincial & Country Office level (DGU & Environment Units) with demonstrable experience.

My work experience is two folds. At provincial level I have led and managed the Provincial Red zone comprising of 8 districts of PATA i.e. Mianawali, D.G.Khan, Rajanpur, etc. This included internal & external security specific, risk & threat level assessment & response mechanism; besides coordinating with governmental and LEA/ Army as stake holders.

On the other hand I have experience in Program/Project Management i.e. work plans, budgets, M&E, etc, in the sectors of Community Development, Social research, Rural development/ livelihoods and Governance. I am a Master Trainer as well.

As a person I am results-driven achiever & positive team player with excellent conflict solving and communication skills.

I am a flexible and adaptable performer; adept at multi-tasking and thriving in a fast-paced environment while coordinating numerous time-sensitive projects.

Rule of law thru youth in society for developing countries

Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch, Deutscher Präventionstag

The radicalization of the youth in Pakistan started during 1970s with the General Zia-ul-Haq Islamization when the then regime Islamized the education system, justice and governance institutions. The prevailing education system is producing confused personalities split into three conflicting compartments; glorifying the past glory of Islam, unemployment, and insecurity resulting into political instability and the breakdown of governance and rule of law. The continued hijacking of the system by non-representative forces derailed the democratic development in the country. With the Islamization of the country and under the slogan of Afghan Jihad (holy war) religious seminaries mushroomed in Pakistan. A media report shows approximately 35000 madrassas (religious seminaries) are present in the country which raised from 300 during the inception days of Pakistan. Some 3.5 million students study in these madrassas. The set of education produces a totally complete mind set from other education systems. Their students are opposed to the modern education, western democracy, women's education and modern development tools. With the under development the country has been witnessing, the State institutions swamped by incompetency, corruption and nepotism which has resulted into low confidence and trust of youth on the national institutions.



Prof. Naomi E. Goldstein

Juvenile Justice Research & Reform
Lab



**Prof. (em.) Dr. Bernd-
Rüdeger Sonnen**

Universität Hamburg

Prof. Naomi E. Goldstein, Ph.D.,

Stoneleigh Foundation Fellow, Director of the Juvenile Justice Research & Reform Lab, Co-Director, JD/PhD Program Law and Psychology, Drexel University; Philadelphia (PA), USA, PhD in Clinical Psychology, University of Massachusetts, Amherst/B.A. in Psychology, Wesleyan University.

Dr. Goldstein serves on the editorial boards of multiple academic journals, strategic planning and research advisory committees of national organizations. She has authored several books and over 60 articles, a juvenile justice treatment manual, forensic assessment instruments and contributed to national and state JJ legislation, policy reports, and amicus briefs to the U.S. Supreme Court.

Prof. (em) Dr. Bernd-R. Sonnen, Hamburg University

teaches juvenile law and criminology for more than 40 years, 13 yrs president of the German Juvenile Judges & PO Association (DVJJ). Co-author of extended juvenile justice commentary literature, co-publisher of the Neue Kriminalpolitik and editorial board member of the ZJJ, a child welfare and juvenile justice journal. Member of many state and federal legislation committees, the federal committee to investigate maltreatment in juvenile facilities in the 1950/60s, international advisory boards and co-author of a new reintegration act, focussing on multidisciplinary integration centers.

Teen brains and behavior: Translating research into practice

Moderation: Prof. (em.) Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen,
Universität Hamburg

1. Presentation Prof. Dr. Goldstein

Teen brains and behavior: Translating research into practice
Dr. Goldstein's research focuses on the role of adolescent brain development in legal decision making & legal outcomes. She collaborates with community stakeholders to use social science research to improve Juvenile Justice policy and practice.

2. Prof. (em). Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen, Chair, Panel Discussion

The 5th US Juvenile Justice Forum is continuing the transatlantic dialogue. Dr. Goldstein and Marshall Swenson are addressing violence prevention from different viewpoints: MST is a proven blueprint against violence; teen brain development plays an important role regarding effective reactions to juvenile violence and integration strategies. Besides local experts, Dr. Rhiner from Switzerland will share evaluation data of MST replications in Switzerland, Mr. Schallert, (MIVEA/University of Mainz) will stress the importance of assessment tools, while Dr. Sonnen introduces the new approach of the German Reintegration Act, focussing on successful integration into society through interdisciplinary centers.

The chances of (international) collaboration and exchange of ideas to support effective ways to deal with juvenile violence and radicalization will be discussed. All speakers and panelists will guarantee an exciting transatlantic-european dialogue and develop common perspectives.



Prof. Dr. Dr. SD Shanti

AT Still University of Health Sciences

SD Shanti is a multi-disciplinary public health professional working to promote the world-wide diffusion and adoption of research based violence-prevention measures. Her areas of expertise include the translation and dissemination of health information, inter-professional collaboration, and multi-modal strategies for promoting health, preventing violence, and changing harmful social norms. She has experience in the governmental, non-governmental and academic sectors. Her innovations in public health have been supported by UNICEF and various foundations in the United States, England and Switzerland. She received seed funding for her violence and depression prevention work from the Rector of the University of Fribourg, Switzerland. She is the founder of the NGO Woman-to-Woman International, which is a member of the Violence Prevention Alliance of the World Health Organization. She is currently an associate professor of public health at AT Still University of Health Sciences in Arizona, USA, where she teaches public health to dental students and carries out her public health projects. She holds a Doctor of Dental Surgery degree from Northwestern University, a PhD in clinical psychology from the University of Vermont, and a Master's degree in Public Health from Harvard University (all in the United States).

Public Health & Crime Prevention: Shared Goals and Opportunities

Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch, Deutscher
Präventionstag

This three-part presentation is a response to the recommendation of experts at the WHO meeting in Ottawa (2017) who called for “closer collaboration between the fields of public health and violence prevention”:

I. Brief overview of public health:

a. A field of professional practice, and a systematic way of solving problems; b. Five pillars – epidemiology, biostatistics, environmental health, health policy and behavioral science; and c. Social determinants of health

II. What public health offers crime prevention:

a. Framework for inter-disciplinary approaches to violence prevention; b. Methods of identifying and lowering risk factors and increasing protective factors for violence and crime; c. Research and theory-based road maps for changing behavior and social norms that give rise to violence and crime.

III. Possible scenarios of collaboration between the two fields:

a. Incorporating public health professionals to crime prevention programs; b. Partnering with public health professionals to advance crime prevention policies and growing community-wide coalitions to promote sustainability; and c. Creating dual-degree professionals with training in both public health and crime prevention, to promote long-term systems-level integration of the two fields (modeled after other Master’s in Public Health dual degree programs that are offered to medical and dental students).

Projektspots

	Seite
Sport stärkt Demokratie!? Nico Mikulic, Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V. Angelika Ribler, Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.	306
Ausstiegsberatung REX – Ziele-Methoden... Dr. Andreas Krause, Drudel 11 e.V.	307
Ein virtuelles Training gegen Hass und Gewalt... Juliane Reulecke, Drudel 11 e.V. Daniel Speer, Drudel 11 e.V.	308
VIR: Veränderungsimpulse bei Rechtsorientiert... Dr. Thomas Pfeiffer, Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen Stefan Woßmann, Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen	309
Da.Gegen.Redde Modellprojekt zum Umgang mit ... Mathieu Coquelin, Demokratiezentrum Baden-Württemberg	310
S.T.A.F.F. Projekt Dresden Rainer Mollik, Landeshauptstadt Dresden Doreen Schenk, Landeshauptstadt Dresden	311
Warum Hate Speech ein Bildungsthema sein muss!? Annika Jacobs, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	312
Netzwerkarchitektur – Lokale Bündnisse der Matthias Blackert, Stadt Essen	313
Radikalisierungsprävention: Das Blickwechsel-... Winnie Plha, Denkzeit-Gesellschaft e.V.	314

	Seite
Großstadt Reflektionen: Gesamtstädtische CTC-... Janina Hentschel, Kriminalpräventiver Rat Augsburg	315
KOordinierungs- & Beratungsstelle RADikalisie... Erik Alm, KORA - Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz	316
Anti-Aggressivitäts-Training® der Bewährungsh... Carina Kutzsche, Bewährungshilfe Augsburg Alfred Szameitat, Verein zur Förderung der Bewährungshilfe in Schwaben e.V.	317
Wie geht eine Großstadt mit den Folgen eines ... Matthias Blackert, Stadt Essen Christian Kromberg, Stadt Essen	318
Von der Unkultur des Wegsehens zur Kultur des... Corinna Metzner, Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main Dagmar Schöne, Stadt Frankfurt am Main	319
Konzept zur Opferhilfe bei Großereignissen Verena Richterich, WEISSER RING e.V.	320
20 Jahre gelebte Kooperation, zeitnahe Hilfe Carola Hantzsch, Jugendamt Dresden	321
Radikalisierte/-ierung im Justizvollzug – ein... Uwe Nelle-Cornelsen, JVA Bielefeld-Brackwede	322
Respekt!? Ja, bitte! Klaus-Dieter Strittmatter, Präventionsrat Frankfurt am Main	323

	Seite
Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafv... Alexandra Göpel, Drudel 11 e.V. Larissa Sander, Drudel 11 e.V.	324
Straffreiheit als Erfolgsfaktor der Entlassun... Romy Körnig, Jugendgerichtshilfe Dresden Dr. Kati Masuhr, EVALUATION MASUHR	325
Das Augsburger Netzwerk zur Prävention von Sa.. Abderrahim Nour, Stadt Augsburg Diana Schubert, Stadt Augsburg	326
Geflüchtete Frauen: Empowerment in einer neue... Angela Khosla-Baryalei, Hessisches Kultusministerium Nikola Poitzmann, Hessisches Kultusministerium	327
Extremismusprävention auf lokaler Ebene – Ein... Tanja Schwarzer, Landeshauptstadt Düsseldorf	328
Safe Now! Unterstützung und Sicherheit für Fr... Marion Steffens, GESINE Netzwerk Gesundheit EN e.V.	329
Online beraten – aber richtig! Adrian Jagusch, juuuport e.V.	330
Vertrauliche Spurensicherung Dr. Ulrike Böhm, Praxis für Rechtsmedizin Leipzig Susanne Hampe, Fach- und Beratungsstelle bei sexualisierter Gewalt	331
Sozialpsychologische Prävention alltäglicher ... Orgun Özcan, Philipps-Universität Marburg	332
Huckepack für Flüchtlingskinder Annett Meylan, Technische Universität Chemnitz	333

	Seite
Rassismus und Gewalt: Soziale und individuell... Johannes Maaser, Universitätsstadt Marburg/Philipps-Universität Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg	334
Über Beziehung zur Deradikalisierung im ... * Christian Gerkuhn, zusammen wachsen	335
Antidiskriminierung und Frühprävention im ... Annett Meylan, Technische Universität Chemnitz	336
Grundlagenwissen hochexpressive Gewalt ... Dr. Marc Allroggen, Universitätsklinikum Ulm	337
Zur aktuellen Situation schulischer Gewalt... Christine Liermann, Stiftung Deutsches Forum für Kriminal- prävention (DFK)	338
Radikalisierungsprävention durch Theaterpädagog... Dr. Melanie Wegel, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	339
Migrantische Lehrkräfte als Brücke in die Com... Sonja Spoede, Volkshochschule Bremerhaven	340
„InduS – Integration durch Sprache“ Esther Dannemann, Jugendamt Dresden - Jugendgerichtshilfe Nadja Schindler, Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk e.V. (SUFW)	341
Häusliche Gewalt in Familien mit Kindern – Be... Rainer Becker, Deutsche Kinderhilfe – Die Kindervertreter e. V.	342

	Seite
Mit MindMatters die Verbundheit zur Schule st... Annekathrin Weber, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.	343
Radikaler Kinderschutz Dr. Miriam Damrow, FRIEDRICH-ALEXANDER- UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG	344
Partizipative Wege zur nachhaltigen Integrati... Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.	345
Gemeinsam gegen Gewalt – Das Leipziger Gewalt... Annett Engelmann, Triade Engelmann und Palme GbR Gabi Eßbach, Frauen für Frauen e.V.	346
Telemedizinisches Netzwerk Psychotraumatologi... Dr. Julia Schellong, Universitätsklinikum Dresden	347
Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger Alexander Gesing, IFAK e.V. Susanne Wittmann, IFAK e.V.	348
Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft... Steffi Bergmann, Deutscher Feuerwehrverband Christoph Klapproth, Deutscher Feuerwehrverband	349

Sport stärkt Demokratie!?

Nico Mikulic, Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.

Angelika Ribler, Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.

In den ca. 90.000 Sportvereinen in Deutschland wird nicht nur Sport getrieben. Sportvereine bekennen sich laut Sportentwicklungsbericht 2015/16 in hohem Maße zur Wertevermittlung und zu gleichberechtigter Partizipation. Doch welche Werte vertritt ein Verein? Und was heißt gleichberechtigte Partizipation? Entscheidungen werden im Vorstand gefällt, Gremiensitzungen gestalten sich zäh und zur Mitgliederversammlung kommen nur wenige Aktive. Die (oftmals vergebliche) Suche nach ehrenamtlichen Mitstreiter/innen gerät zur Existenzfrage vieler Vereine. Das Projekt „DemoS – Sport stärkt Demokratie!“ der Sportjugend Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, Vereine bei der Lösung dieser Probleme zu unterstützen. In Modell-Vereinen werden unter Beteiligung möglichst verschiedener Interessengruppen aus den jeweiligen Vereinen aber auch den Gemeinden Leitbilder erarbeitet. Wie wollen wir (im Verein/in der Gemeinde) zusammenleben? Damit die Leitbilder nicht in der Schublade verschwinden, werden durch hoch partizipative Prozesse Prüfkataloge entwickelt, mit deren Hilfe man vereinsintern und -extern beobachten kann, ob der Verein sein Leitbild auch lebt. DemoS! – Engagierte in den Vereinen erhalten eine (kostenlose) Qualifikation zum/zur „Prozessberater*in für Leitbildentwicklung“. DemoS! wird durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Bundesministerium des Innern) finanziert.

Kontakt:

Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.

Otto-Fleck-Schneise 4

60528 Frankfurt am Main

E-Mail: ARibler@sportjugend-hessen.de

Webseite: <http://www.sportjugend-hessen.de>

Ausstiegsberatung REX – Ziele-Methoden-Erfahrungen

Dr. Andreas Krause, Drudel 11 e.V.

Seit 2009 ist der Thüringer Beratungsdienst als zivilgesellschaftlicher Akteur in der Ausstiegsberatung für Rechtsextreme in Thüringen tätig. Das Team steht sowohl ausstiegswilligen jungen Menschen, Eltern und Angehörigen sowie Fachpersonal unterstützend zur Seite. Agiert wird vor Ort und thüringenweit.

Explizit wird für alle KlientInnen gemeinsam auf ein Ziel hingearbeitet: der Befähigung zum nachhaltigen Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt. Dieser Prozess gestaltet sich vor allem individuell und nicht linear. Folgende Faktoren spielen für diesen Weg eine wichtige Rolle:

Der primäre Fokus richtet sich vorerst auf die Szenendistanzierung. Maßgebend hierfür sind z.B. das Aufgeben typischer Kleidung und gewaltverherrlichender Musik sowie der Abbruch von Kontakten als auch Freizeitaktivitäten, wie die Teilnahme an rechtsextremen Demonstrationen. Hierfür erarbeiten sich die ausstiegswilligen Personen eigenständig ein Konzept. Da Gewaltaffinität charakteristisch für die Szene ist, bieten sich die Herausarbeitung typischer Rechtfertigungsmuster, Tatkonfrontation und eine Entwicklung alternativer Verhaltensstrategien an. Auch die ideologische Aufarbeitung zählt zum integralen Bestandteil der gemeinsamen Arbeit.

Im Rahmen einer Projektvorstellung soll der aktuelle Stand der Ausstiegsarbeit mit besonderem Fokus auf die Erfahrungen in der Ausstiegsarbeit thematisiert werden.

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Schleidenstraße 19

07745 Jena

Tel.: 03641-299074

E-Mail: andreas.krause@drudel11.de

Webseite: www.drudel11.de

Ein virtuelles Training gegen Hass und Gewalt

Juliane Reulecke, Drudel 11 e.V.

Daniel Speer, Drudel 11 e.V.

Internet und Social Web waren bisher Medien, die Radikalisierungsprozesse eher ermöglicht und begünstigt haben, als ihnen entgegenzuwirken. Präventionsansätze, die online deradikalisierend wirken, gibt es kaum. Im Rahmen des Modellprojekts „OHA – Online Hass Abbauen“ entwickelt der Bildungs- und Jugendhilfeträger Drudel 11 e.V. ein virtuelles Training für rechtsextrem orientierte junge Menschen. Ziel des Trainings ist der Abbau von Hass und Gewalt.

Das modular aufgebaute Training untergliedert sich in die vier Themenfelder Straftaten & Gewalt, Identität, soziales Umfeld sowie Hass & Vorurteile. Neben der eigenständigen Bearbeitung der webbasierten Übungseinheiten ist für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine pädagogische Begleitung durch das Projektteam vorgesehen. Der virtuelle Trainingsansatz wird zunächst in Justizsettings, z.B. Jugendarrest, Jugendgerichts- und Bewährungshilfe, erprobt.

Der Projektspot stellt Ansatz und Konzept des Modellprojekts vor und gibt Einblicke in den Entwicklungsprozess der virtuellen Übungen. Beispielhaft werden Sequenzen aus einzelnen Übungen gezeigt.

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Schleidenstraße 19

07745 Jena

E-Mail: daniel.speer@drudel11.de

Webseite: <http://www.drudel11.de>

VIR: Veränderungsimpulse bei Rechtsorientierten Jugendlichen

Dr. Thomas Pfeiffer, Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen

Stefan Woßmann, Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen

VIR steht für: „Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“. VIR ist ein Fortbildungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich im Kontakt sind mit jungen Menschen, die sich der rechtsextremistischen Szene annähern, aber noch nicht fest in ihr verankert sind. Das Ziel sind Impulse in „Tür und Angel“-Gesprächen, die zur Veränderung motivieren. Typische Situationen sind: Pausengespräche in der Schule, Gespräche im Jugendzentrum oder in der Wohngruppe, Gespräche zwischen Strafgefangenen und JVA-Beschäftigten.

Zu den zehn Bausteinen der dreitägigen VIR-Fortbildung gehören Übungen zur Motivierenden Gesprächsführung, ein Modell, das Veränderungsphasen widerspiegelt (Transtheoretisches Modell der Veränderung, TTM), und Grundlagen zum Thema Rechtsextremismus (Rechtsslage, „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse). VIR ist angelehnt an das Konzept MOVE (Motivierende Kurzintervention) aus der Suchtprävention, das die ginko Stiftung in Mülheim/Ruhr entwickelt hat.

Im VIR-Projekt arbeiten zusammen: der AK Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen, die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz und das Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen (Abteilung Verfassungsschutz, Aussteigerprogramm „Spurwechsel“). VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen.

Kontakt:

Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen
 AK Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen
 Friedrichstraße 62-80
 40217 Düsseldorf
 Tel.: 0211-871-2821
 Fax.: 0211-871-2980
 E-Mail: thomas.pfeiffer@im1.nrw.de
 Webseite: www.vir.nrw.de

Da.Gegen.Redde | Modellprojekt zum Umgang mit Hate Speech

Mathieu Coquelin, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Die Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX) ist seit Mai 2015 in Baden-Württemberg zuständig für die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beschriebene Aufgabe der Distanzierungshilfen. In diesem Kontext entwickelte FEX gemeinsam mit anderen Fachstellen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg ein Konzept, welches ideologieunabhängige Faktoren bei Prozessen der Radikalisierung in den Vordergrund rückt und beschäftigt sich mit der Entwicklung von pädagogischen Handlungsansätzen, diesen zu begegnen.

In diesem Zusammenhang spielt und spielte die Auseinandersetzung mit den Online verfügbaren Narrativen in den Social-Media-Kanälen bereits eine zentrale Rolle. Mit Gruppierungen, wie beispielsweise der „Identitären Bewegung“ auf der politisch rechtsextremen Seite und Akteuren, wie „MuslimStern“ und „Generation Islam“ standen im Konzept von FEX immer schon digitale Erscheinungsformen radikaler Ideologien im Fokus der Aufmerksamkeit und des Interesses.

Das Modellprojekt „da.gegen.rede“ stärkt im Erkennen von und dem aktiven Umgang mit „Hate Speech“ durch Schulungen, Vorträge und der Ausbildung von Multiplikator_innen und Peermultiplikator_innen.

Angesprochen werden vor allem pädagogische Fachkräfte und Jugendgruppen.

Der Vortrag gibt einen Einblick in die bisherige Arbeit, Erfahrungen aus dem Projekt und konzentriert sich auf Best-Practice.

Kontakt:

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Neckstraße 207

70190 Stuttgart

Tel.: 0800-2016112

E-Mail: fex@demokratiezentrum-bw.de

Webseite: <http://www.demokratiezentrum-bw.de>

S.T.A.F.F. Projekt Dresden

Rainer Mollik, Landeshauptstadt Dresden

Doreen Schenk, Landeshauptstadt Dresden

Mit dem Angebot S.T.A.F.F. ist in Dresden ein innovativer spezieller sozialer Trainingskurs zur Schadenswiedergutmachung konzipiert und implementiert worden, der neben der strafrechtlichen Verfahrenseinstellung gleichzeitig die Tilgung privatrechtlicher Forderungen aus dem Fehlverhalten ermöglicht. Die zwischen den Dresdner Verkehrsbetrieben (DVB) und der Jugendgerichtshilfe Dresden initiierte Kooperation gewährt in einmaliger Art und Weise die Tilgung zivilrechtlicher Forderungen (z. B. Schäden durch Vandalismus oder Graffiti und den Ausgleich für das „Schwarzfahren“) und wendet etwaige Inkassoverfahren und zusätzliche Kosten ab. Die Teilnahme an dem Angebot ist freiwillig, erfolgt zeitnah und wird sozialpädagogisch begleitet. Die Teilnehmenden erhalten Informationen zum Bedienen von Fahrkartenautomaten, zur Schuldenregulierung und dem Strafverfahren und seinen Folgen. Die Schadenswiedergutmachung erfolgt durch Arbeitsleistungen auf dem Betriebsgelände der DVB, an Haltestellen oder an den über 180 stadtweiten Ableistungsstellen. Es werden „Schuldenberge“ verhindert, die auch Hemmnisse für eine weitere Entwicklung der jungen Menschen darstellen. Das Entstehen-Müssen für eigenes Fehlverhalten stellt eine erzieherische Maßnahme dar. Gleichzeitig werden Fertigkeiten und handwerkliches Geschick entwickelt, die sogar in eine berufliche Ausbildung münden können.

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kinder, Jugend und Familie, Jugendgerichtshilfe

Besucheradresse: Königsbrückerstraße 8, 01199 Dresden

Post: PF 120020, 01001 Dresden

Tel.: 0351/4887510

Fax.: 0351/4887513

E-Mail: RMollik@dresden.de

Webseite: <http://www.dresden.de/jugendgerichtshilfe>

Warum Hate Speech ein Bildungsthema sein muss!?

Annika Jacobs, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Die exzessive und enthemmte Nutzung sozialer Medien, in denen informiert und kommentiert wird, fördert vermehrt menschenverachtende und hetzende Beiträge, die die Informationsverbreitung und Alltagskommunikation nachhaltig verändern. Es fällt vielen verunsicherten Nutzer*innen schwer, eine Antwort auf das Phänomen Hate Speech, das schwerpunktmäßig im rechtsextremen Themenspektrum auftritt, zu finden. Mit dem Verbundprojekt „Helden statt Trolle“ des LKA M-V und der Landeszentrale für politische Bildung M-V soll Radikalisierung in Form von Hate Speech im Internet verhindert werden. Gleichzeitig wollen wir mit unserer Community ein Zeichen gegen jede Form von Hass und Hetze u.a. durch unsere „Hassfreien Zonen“ setzen. Neben der Wissens- und Kompetenzstärkung speziell für Multiplikator*innen in den Bildungseinrichtungen zeigen wir Handlungsalternativen gegen Hate Speech auf. Im Rahmen des Projektes bieten wir dafür ein regionales, praxisorientiertes und zielgruppengerechtes Aufklärungsangebot im Web und vor Ort an. Unsere junge Zielgruppe der 14-29jährigen soll in der Lage sein, das Social-Media-Phänomen Hate Speech zu erkennen und Zusammenhänge zwischen Hass, Fake News und politisch motivierter Kriminalität herzustellen und zu bewerten, um danach in einer aktiven Community ganz gezielt auf Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken mit argumentativen Mitteln reagieren zu können.

Kontakt:

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Straße 9
19067 Rampe
E-Mail: Annika.Jacobs@polmv.de
Webseite: <http://www.helden-statt-trolle.de>

Netzwerkarchitektur – Lokale Bündnisse der Prävention

Matthias Blackert, Stadt Essen

Essen ist eine Großstadt mit rund 590.000 Einwohnern. Der massive Zustrom von Menschen aus Südost-Europa, die nach Berlin größte libanesische Community mit ihren Clan-Strukturen, einer kritischen Szene von Menschen aus den Magreb-Staaten sowie mehr als 22.000 schutzsuchende Menschen stellen die Stadt vor große Herausforderungen.

Das oft zitierte subjektive Sicherheitsgefühl hat das Leben in einigen Quartieren der Stadt vor scheinbar unlösbare Probleme gestellt.

Breite Bündnisse waren notwendig um frühzeitig gegenzusteuern.

Als sehr erfolgreich erwies sich im Laufe der letzten Monate das Zusammenspiel von Sozialarbeitern, Integrationsräten, Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Vereinen und Verbänden, Ordnungsbehörden und Polizei. Die Arbeit wurde auf unterschiedlichen Ebenen eng verzahnt. Lokale Bündnisse, zum Beispiel das Aktionsbündnis sicheres Altenessen (AsA), wurden als Blaupause in die 50 Stadtteile getragen.

Die zielgruppenorientierte Netzwerkarbeit ist etabliert; sie wird zentral koordiniert und erleichterte die präventive Arbeit im Quartier.

Kontakt:

Stadt Essen

Porscheplatz 1

45127 Essen

Tel.: 0201 - 88 32002

Fax.: 0201 - 88 91 32002

E-Mail: m.blackert@ordnungsamt.essen.de

Webseite: <http://www.essen.de>

Radikalisierungsprävention: Das Blickwechsel-Training

Winnie Plha, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Die Denkzeit-Gesellschaft arbeitet seit 14 Jahren erfolgreich mit delinquenten und devianten jungen Menschen – sowohl in Haft, als auch ambulant. Immer wieder haben wir es dabei auch mit radikalisierten oder gefährdeten Klient(inn)en zu tun, bei denen wir eine entscheidende Parallele wahrgenommen haben: Sie verfügen oft nur über bruchstückhaftes Wissen zu politischen und/oder religiösen Zusammenhängen. Aus der Praxis ist die Annahme entstanden, dass es sich bei Radikalisierung in vielen Fällen um ein Phänomen handelt, das auf innerpsychische Instabilitäten zurückzuführen ist, dass die jeweilige Religion oder Ideologie also nur eine unterstützende Rolle spielt. Lern- und verhaltenstherapeutische Ansätze, die meist auf Ideologearbeit basieren, greifen vor diesem Hintergrund zu kurz. Um diese Lücke zu schließen, haben wir das psychodynamisch fundierte, pädagogische Blickwechsel-Training konzipiert, das die (Identitäts-)Entwicklung durch die Stärkung zentraler Selbst- und Beziehungsregulationsfunktionen (wie z.B. Selbstwert, Gewissensbildung, Antizipation oder Affektwahrnehmung) gezielt unterstützt. Gefördert durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt haben wir im Jahr 2017 eine Pilotphase mit wissenschaftlicher Begleitung gestartet und erste Blickwechsel-Trainings begonnen. Aus unserer Arbeit in diesem Projekt möchten wir praxisnah berichten.

Kontakt:

Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Goebenstr. 24

10783 Berlin

Tel.: 030. 68915666

E-Mail: plha@denkzeit.com

Webseite: <http://www.denkzeit.com>

Großstadt Reflektionen: Gesamtstädtische CTC-Implementierung

Janina Hentschel, Kriminalpräventiver Rat Augsburg

„Communities That Care – CTC“ wurde ursprünglich in den USA entwickelt. Nach einem Modellversuch, wird die Präventionsstrategie seit 2012 erfolgreich in Niedersachsen/ Deutschland umgesetzt. Mittlerweile haben Kommunen in zahlreichen Bundesländern begonnen ihre Präventionsarbeit mit Hilfe von CTC zu steuern und umzusetzen.

Die Stadt Augsburg hat sich auf den Weg gemacht CTC gesamtstädtisch zu implementieren. Nach der CTC-Schülerbefragung Ende 2017, finden dieses Jahr die ersten wichtigen Schritte zur Umsetzung der CTC-Strategie statt.

Der Vortrag beleuchtet Augsburger Praxiserfahrungen und Entscheidungsprozesse. Im Fokus stehen Fragen nach den Herausforderungen einer gesamtstädtischen Implementierung von CTC und welche Lösungsansätze sich dabei als geeignet erweisen.

Kontakt:

Stadt Augsburg

Rathausplatz 1

86150 Augsburg

E-Mail: janina.hentschel@augzburg.de

Webseite: <http://www.augszburg.de/ctc>

KOordinierungs- & Beratungsstelle RADikalisierungsprävention KORA

Erik Alm, KORA – Sächsisches Staatsministerium für
Soziales und Verbraucherschutz

Angebunden an das Demokratie-Zentrum Sachsen bietet die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA) seit Ende März 2017 und in Kooperation mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Beratungsträgern Prävention und Intervention in den Phänomenbereichen ‚Islamistische Radikalisierung‘ sowie ‚Islam- und Muslimfeindlichkeit‘ in Sachsen an. So sorgt die KORA im Feld der Intervention dafür, dass Angehörige und direkt Betroffene von islamistischer Radikalisierung bzw. muslimfeindlichen Übergriffen unmittelbare Unterstützung und Beratung erhalten. Gleichzeitig werden im Bereich der Prävention Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in ihrem täglichen Arbeitsumfeld mit radikalierungsanfälligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, durch die KORA bezüglich dieser Themenschwerpunkte sensibilisiert und fortgebildet und ein vertrauensvoller Dialog zwischen muslimischen Organisationen, den Wohlfahrtsverbänden, der Zivilgesellschaft, der Kommunalverwaltung und den Sicherheitsbehörden aufgebaut.

Der Vortrag des Landeskoordinators der KORA wird zunächst die Struktur der Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention erläutern, anschließend auf die Erfahrungen der Beratungsstelle aus dem vergangenen Jahr eingehen, Trends herausarbeiten und zukünftige Herausforderungen beleuchten.

Kontakt:

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und
Verbraucherschutz
Albertstraße 10
01097 Dresden
E-Mail: erik.alm@sms.sachsen.de

Anti-Aggressivitäts-Training® der Bewährungshilfe Augsburg

Carina Kutzsche, Bewährungshilfe Augsburg

Alfred Szameitat, Verein zur Förderung der
Bewährungshilfe in Schwaben e.V.

Bei der Bewährungshilfe Augsburg wird mit dem Anti-Aggressivitäts-Training® (AAT) seit März 2012 die erste Anti-Gewalt-Maßnahme für Erwachsene im Großraum Augsburg angeboten.

Die Teilnehmer sind verurteilte Gewalttäter, die in der Regel zwischen 21 und 35 Jahren alt sind. Es handelt sich um ein Gruppentraining über einen Zeitraum von ca. 12 Monaten.

Die Teilnehmer sollen vor allem den Spaß an der Gewalt verlieren und sich im Laufe des Trainings eigene neue und positive Ressourcen erschließen.

Das AAT® ist als Qualitätsmarke beim Deutschen Marken- und Patentamt München geschützt. Es umfasst eine Reihe von Qualitätsstandards, die bei der Durchführung eines AAT® einzuhalten sind, dazu gehören folgende curriculare Faktoren:

Aggressivitätsauslöser; Selbstbild zwischen Ideal- und Real-selbst; Bearbeitung der Neutralisierungstechniken; Auseinandersetzung mit der Straftat und den unmittelbaren Folgen; Opferkommunikation / Opferempathie; Aggressivität als Vorteil (Kosten-Nutzen-Analyse); Provokation unter aktuellem Bezug zur Desensibilisierung; Auswirkungen der Subkultur; Institutionelle Gewalt

Nach mittlerweile fünf Jahren Arbeit mit problematischen Gewaltstraftätern hat sich gezeigt, dass das Prinzip möglichst früh, also noch vor der Inhaftierung, mit dem AAT anzusetzen, doch recht deutlich und gut funktioniert.

Kontakt:

Verein zur Förderung der Bewährungshilfe in Schwaben e.V.

Prinzregentenstr. 11a, 86150 Augsburg

E-Mail: aat-augsburg@web.de

Webseite: www.aat-augsburg.de

www.bewaehrungshilfefoerderung-schwaben.de

Wie geht eine Großstadt mit den Folgen eines Anschlags um?

Matthias Blackert, Stadt Essen

Christian Kromberg, Stadt Essen

2016 fand in Essen der deutschlandweit erste religiös motivierte Anschlag statt. Jugendliche Muslime bastelten sich einen Sprengsatz um in Überzeugung ihres Glaubens „Ungläubige“ zu bestrafen. Das Ziel, ein Tempel der örtlich ansässigen Sikhs, erforderte neben schweren Sachschaden, zum Glück nur zwei Verletzte Personen.

Die Täter wurden innerhalb von 10 Tagen gefasst.

Doch was bedeutete dieser Anschlag für eine Großstadt wie Essen? Welche Lehren wurden aus dem Anschlag gezogen?

Hatte der Anschlag Einfluss auf die präventive Arbeit in der Stadtgesellschaft?

Wie wurde mit den Opfern umgegangen und was bedeutete dieser Anschlag für die Sikhs?

Wie wichtig ist nach derartigen Erfahrungen eine gut funktionierende Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Polizeibehörde?

Kontakt:

Stadt Essen

Porscheplatz 1

45127 Essen

Tel.: 0201-8888101

E-Mail: kromberg@essen.de

Webseite: <http://www.essen.de>

Von der Unkultur des Wegsehens zur Kultur des Hinsehens

Corinna Metzner, Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main

Dagmar Schöne, Stadt Frankfurt am Main

Im Oktober 1997 konzipierte die Stadt Frankfurt am Main gemeinsam mit der Frankfurter Polizei die Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“, mit dem Ziel, gegen die Unkultur des Wegsehens zu wirken, bei der Frankfurter Stadtgesellschaft das Bewusstsein für Zivilcourage zu stärken und eine Kultur des Hinsehens und Helfens zu realisieren.

Die Stadt Frankfurt am Main und ihre Bürger*innen sind immer in Bewegung und im Wandel – Gewalt-Sehen-Helfen geht mit offenen Augen mit, sieht und hört hin, welche Bedürfnisse die Frankfurter Bürger*innen haben und passt die Kampagne und die Angebote immer wieder an.

Ist nach 20 Jahren der Stadt Frankfurt am Main der Perspektivwechsel von der Unkultur des Wegsehens zur Kultur des Hinsehens gelungen?

Wir haben die Frankfurter Bürger*innen aktuell gefragt, was sich seit dem Start der Kampagne für sie persönlich geändert hat – im Hinblick auf ihr Sicherheitsgefühl und die Bereitschaft zu mehr Verantwortung im öffentlichen Raum.

Mit dem Vortrag möchten wir aufzeigen, wie nach 20 Jahren kontinuierliche Förderung von Zivilcourage und Initiierung von nachhaltigen Ansätzen der Perspektivwechsel zu einer Kultur des Hinsehens bei der Frankfurter Stadtgesellschaft gelingen konnte.

Kontakt:

Stadt Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher Str. 45

60313 Frankfurt am Main

Tel.: 069/ 212 - 44905

Fax.: 069/ 212 - 31455

E-Mail: dagmar.schoene@stadt-frankfurt.de

Webseite: <http://www.gewalt-sehen-helfen.de>

Konzept zur Opferhilfe bei Großereignissen

Verena Richterich, WEISSER RING e.V.

Ereignisse, wie zum Beispiel Amokläufe und Terroranschläge, wurden in der jüngeren Vergangenheit nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im WEISSEN RING intensiv thematisiert. Als bundesweit tätige Opferhilfsorganisation hat sich der WEISSE RING zum Ziel gesetzt, geeignete Strategien zu entwickeln, um den spezifischen Erfordernissen in solchen Ausnahmesituationen gerecht werden zu können. Dafür wurden vorhandene Informationen und Erfahrungsberichte vergangener Großereignisse ausgewertet und bezüglich grundsätzlicher Strukturen beleuchtet. Der daraus resultierende „Leitfaden zur Opferhilfe bei Großereignissen“ wurde im Jahr 2017 vom Bundesvorstand des WEISSEN RINGS verabschiedet. Dieser erläutert die Abläufe und Aufgabengebiete der beteiligten Stellen, damit eine zügige und opferbedürfnisgerechte Arbeit erfolgen kann.

Der WEISSE RING ist durch diese Konzeption und die ehrenamtliche Struktur mit einem Netz von über 3000 ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Lage, auch in diesen speziellen Situationen eine schnelle, umfassende und nachhaltige Opferbetreuung zu gewährleisten. Die Betreuung von Betroffenen ist durch den engen Austausch mit Victim Support Europe, dem Dachverband der europäischen Opferschutzorganisationen, auch für grenzüberschreitende Fälle gegeben.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

E-Mail: richterich.verena@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

20 Jahre gelebte Kooperation, zeitnahe Hilfe

Carola Hantzsch, Jugendamt Dresden

Das IPP als Kooperationsprogramm des Jugendamtes/JGH Dresden und der Polizeidirektion Dresden wendet sich als jugendhilfliches Angebot an Kinder (also an Strafunmündige), Jugendliche und Heranwachsende, die straffällig geworden sind, und deren Angehörige. Im Rahmen einer Krisen- und Kurzzeitintervention wird tatzeitnah und unmittelbar, i. d. R. nach der ersten Vernehmung durch die Polizei, auf das straffällige Verhalten junger Leute reagiert und der jeweilige Hilfebedarf abgeklärt. Insbesondere geht es dabei um die Aufarbeitung der Straftat, die Beratung zum Fortgang des Strafverfahrens, die Suche nach Möglichkeiten der direkten Wiedergutmachung als auch präventive Maßnahmen (In-foveranstaltungen, Durchführung von Streitschlichtungs-, Mediationsprojekten, verantwortliche Betreuung des „Dresdner Bücherkanons“ usw.). Die unmittelbare Reaktion auf das Fehlverhalten trägt dazu bei, dass Krisensituationen (Lebensschwierigkeiten) im Prozess des Heranwachsens schneller überwunden werden, dass Verantwortung für die eigenen Handlungen übernommen wird und dass Regeln und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gefestigt werden, ohne dass es zu einer Kriminalisierung/Stigmatisierung junger Menschen kommt

Kontakt:

Jugendamt Dresden

Schießgasse 7

01067 Dresden

E-Mail: chantzsch@dresden.de

Webseite: <http://www.dresden.de/jugendgerichtshilfe>

Radikalisierte/-ierung im Justizvollzug – ein Praxisbericht

Uwe Nelle-Cornelsen, JVA Bielefeld-Brackwede

Mit wem haben wir es zu tun? Das Problem der statistischen Erfassung extremistischer Gefangener

Objektivierbar ist zunächst allein die Inhaftierung wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Danach befanden sich Ende Juni 2017 nur 46 extremistische Gefangene in den 36 Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Demnach hätten wir überhaupt kein Extremismus-Problem in den Anstalten; trotzdem ist die Entwicklung insb. des islamistischen Extremismus durch die gesamtgesellschaftliche Diskussion in den Fokus gerückt:

„Steigender Anteil verhaltensauffälliger ausländischer Inhaftierter in den Gefängnissen des Landes stellt den Justizvollzug in NRW vor besonderen Herausforderungen. So berichtet die Vollzugspraxis in jüngster Zeit von Auffälligkeiten im Vollzugsalltag, insbesondere im Umgang mit Gefangenen aus Nordafrika.“

(Quelle: Justizministerium NRW, Juni 2016)

Welche Strategien im Umgang gibt es mit dieser Klientel?

Das Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW in der Praxis.

Welche Erfolge/ Fehlschläge sind zu verzeichnen?

Kontakt:

JVA Bielefeld-Brackwede

Umlostr. 100

33649 Bielefeld

E-Mail: uwe.nelle-cornelsen@jva-bielefeld-brackwede.nrw.de

Webseite: <http://www.jva-bielefeld-brackwede.nrw.de>

Respekt!? Ja, bitte!

Klaus-Dieter Strittmatter, Stadt Frankfurt am Main

Nach den Vorfällen an Silvester 2015 rückte das Thema wieder in den Focus der Öffentlichkeit. Der mangelnde Respekt wurde allenthalben thematisiert. Polizeibeamte, Rettungssanitäter oder Bedienstete des ÖPNVs beklagen in ihrem täglichen Einsatz zunehmend respektloses Verhalten ihnen gegenüber bei der Berufsausübung. Dabei wird aber bereits schon in kleinen Dingen der Verlust von Respekt beklagt. Doch was bedeutet „Respekt“ konkret? Welchen Stellenwert hat Respekt in der Gesellschaft (der Stadt) und wie wird Respekt gelebt und wie kann er für ein friedliches Miteinander gefördert werden? Dies war Anlass die Kampagne zu initiieren. Dabei gestaltet sich die Kampagne in mehrere Phasen. Zunächst wurde eine Online-Umfrage Anfang 2016 gestartet und die Bürger der Stadt Frankfurt am Main zu verschiedenen Aspekten des Themas befragt. Darüber hinaus wurde die Befragung medial begleitet durch Fotostrecken mit Frankfurter Bürgern, die mit ihrem Gesicht und einem Statement ihre Position zum Thema Respekt vertreten. Im weiteren Verlauf soll das Thema Respekt durch eine Plakataktion sowie Wanderausstellung in öffentlichen Gebäuden weiter in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden. Darauf aufbauend sollen Schulen u. Jugendeinrichtungen durch Hilfsmittel bzw. Förderung dazu motiviert werden, sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen, um eine Nachhaltigkeit zu erreichen.

Kontakt:

Stadt Frankfurt am Main
Kurt-Schumacher Str. 45
60313 Frankfurt am Main

Tel.: 069-21235443

Fax.: 069-21231455

E-Mail: klaus-d.strittmatter@stadt-frankfurt.de

Webseite: <http://www.gewalt-sehen-helfen.de>

Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug

Alexandra Göpel, Drudel 11 e.V.

Larissa Sander, Drudel 11 e.V.

Ein Projekt zur Radikalisierungs- und Extremismusprävention.

Das Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug wird als ein thüringenweites Präventions- und Deradikalisierungsangebot in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamismus entwickelt und aufgebaut. Das Projekt richtet sich vor allem an gefährdete und bereits radikalisierte Personen im Kontext Strafvollzug, Übergangsmanagement und Bewährungshilfe. Dabei werden sowohl beteiligtes Fachpersonal als auch Angehörige in den Hilfeprozess einbezogen und mit separaten Angeboten gestärkt.

Übergeordnetes Ziel soll die Vermeidung einer weiteren Radikalisierung gefährdeter junger Menschen in Haft sowie nach Haftentlassung sein. Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozesse sollen eingeleitet und Ausstiege aus radikalen Szenen gefördert werden. Dabei soll der Übergang von Haft zur Bewährungshilfe begleitet werden.

Das Projekt wird im Trägerverbund von Drudel 11 e.V. und Violence Prevention Network e.V. umgesetzt.

Im Rahmen einer Projektvorstellung sollen die Angebote und der ganzheitliche innovative Projektansatz (insbesondere die Clearingstelle) des Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug differenzierter erläutert und die Arbeitsweisen und Ansätze des Projektes transparenter und greifbarer gemacht werden. Zudem wird der aktuelle Stand der Entwicklung und Umsetzung des Projektes dargelegt.

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Schleidenstraße 19

07745 Jena

Tel.: 03641-801367

E-Mail: kontakt-zdt@drudel11.de

Webseite: www.drudel11.de

Straffreiheit als Erfolgsfaktor der Entlassungsbegleitung!?

Romy Körnig, Jugendgerichtshilfe Dresden

Dr. Kati Masuhr, EVALUATION MASUHR

Sehr schnell fällt bei der Frage, wann eine Maßnahme im Rahmen der Jugendgerichtshilfe erfolgreich ist, das Augenmerk auf die zukünftige Straffreiheit der betreuten bzw. begleiteten Jugendlichen und Heranwachsenden. Spätestens jedoch beim Versuch, innerhalb einer Evaluation diesen Erfolgsfaktor messbar zu machen, stößt man an methodische Grenzen: Mangelnde Kontrollgruppen und zahlreiche Einflussfaktoren über die Maßnahme hinaus machen eine eindeutige Interpretation von Straffreiheit bzw. Straffälligkeit als Ergebnis einer Maßnahme unmöglich.

Wie kann aber den Erwartungen, dass Maßnahmen zur Straffreiheit führen entgegnet werden bzw. ist die Straffreiheit wirklich ein Kriterium, an dem sich der Erfolg festmachen lässt? An dieser Stelle setzt der Projektspot an und zeigt Schritt für Schritt am Beispiel der Entlassungsbegleitung im Projekt „Dresdner Neuanfang“ der Jugendgerichtshilfe Dresden wie zur Argumentation des Erfolgs einer Maßnahme eine Wirkungslogik entwickelt und die entsprechende Evaluation darauf abgestimmt werden kann. Diese Wirklogik kann dazu genutzt werden eine eindeutige Argumentation zur Wirkung einer Maßnahme zu erarbeiten und diese anhand der Datenerhebung innerhalb einer Evaluation prüfbar zu machen.

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden

Königsbrückerstraße 8

01199 Dresden

E-Mail: mwehner1@dresden.de

Webseite: <http://www.dresden.de/jugendgerichtshilfe>

Das Augsburger Netzwerk zur Prävention von Salafismus

Abderrahim Nour, Stadt Augsburg

Diana Schubert, Stadt Augsburg

Multi-disziplinäre, ressortübergreifende Zusammenarbeit ist entscheidend, um wirksam religiös begründeter Radikalisierung im Vorfeld zu begegnen. Die Stadt Augsburg hat sich daher gemeinsam mit dem Kommunalen Präventionsrat entschlossen, ein Netzwerk zur Prävention von Salafismus unter dem Dach des Kommunalen Präventionsrates zu installieren.

Um die Akteure in den Stadtteilen zu erreichen, wurde beim Büro für Kommunale Prävention eine Stelle geschaffen, die engmaschige Netzwerke in den Stadtteilen und insbesondere die Zusammenarbeit mit religiösen Einrichtungen und Migrant*innenorganisationen aufbaut bzw. intensiviert.

Im Projektspot werden die Arbeit des Netzwerkes sowie die Ansätze auf kleinräumiger Ebene präsentiert.

Ferner wird auf die intensive Kooperation mit den Akteuren auf Ebene des Freistaates Bayern eingegangen.

Die Stadt Augsburg ist im Bereich der Prävention von Salafismus auch international durch die Arbeit im Radicalisation Awareness Network wie auch durch die Mitgliedschaft im Strong Cities Network vernetzt. Augsburg war Partner des Local Institutions Against Extremism (LIAISE)-Projektes, das federführend durch das European Forum for Urban Security (EFUS) durchgeführt wurde und nimmt an weiteren EFUS-Projekten in diesem Kontext teil.

Kontakt:

Stadt Augsburg, Büro für Kommunale Prävention
Rathausplatz 1

86150 Augsburg

Tel.: +49 821 324 3309

Fax.: +49 821 324 3305

E-Mail: kriminalpraevention@augzburg.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-augszburg.de>

Geflüchtete Frauen: Empowerment in einer neuen Lebenswelt

Angela Khosla-Baryalei, Hessisches Kultusministerium

Nikola Poitzmann, Hessisches Kultusministerium

Ein Drittel aller Schutzsuchenden, die nach Deutschland einreisen, sind Frauen, darunter auch viele junge Frauen zwischen 16 und 27 Jahren. Dennoch werden sie bislang nur wenig von (außer)schulischen Bildungsangeboten erreicht.

Mit Angeboten zum „Empowerment in einer neuen Lebenswelt“ werden ausdrücklich junge Frauen angesprochen, die mit oder ohne ihre Familie nach Deutschland geflüchtet sind. Ihnen soll in diesem Seminar ein expliziter Raum für einen geschützten Austausch ermöglicht und Wege in ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben individuell erarbeitet werden.

Junge Frauen mit Migrationsbiografie oder Fluchterfahrung stehen vor der Herausforderung, sich neu orientieren zu müssen. Sie müssen nicht nur ein fremdes Gesellschaftsmodell, ein politisches, Bildungs- und Gesundheitssystem kennenlernen und sich darin verorten, sondern zusätzlich ihre Rolle als/im Übergang zur Frau neu überprüfen oder definieren. Darüber hinaus müssen sie Wege finden, ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Ausgleich der beiden Kulturen zu führen und sich durch klare Grenzsetzung vor Gewalt möglichst zu schützen.

Im Projektspot zeigen die Referentinnen, wie Potentiale und Ressourcen geflüchteter junger Frauen multimethodisch und diversitätssensibel sichtbar gemacht und gestärkt werden können. Dabei zeigen sie auch non-verbale Übungen, die den Selbstaussdruck der jungen Frauen ermöglichen.

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium, Gewaltprävention und
Demokratielernen

ESH-Stuttgarter Straße 18 - 24

60329 Frankfurt am Main

E-Mail: nikola.poitzmann@kultus.hessen.de

Webseite: <http://gud.bildung.hessen.de>

Extremismusprävention auf lokaler Ebene – Ein Videospot

Tanja Schwarzer, Landeshauptstadt Düsseldorf

Über ein EU-Projekt hat der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf (KPR) den Videoclip „Denk selber nach“ entwickelt. Die Erstellung des sog. Alternative-Narrative-Spots zum Thema religiös motivierter Extremismus erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Aktion und Kultur mit Kindern e.V.. Daneben wurden die Vereine Wegweiser e.V., in Düsseldorf qualifizierte Anlaufstelle zum Thema Prävention von gewaltbereitem Salafismus sowie der Verein Ufuq e.V. aus Berlin und das Institute for strategic dialogue (ISD) aus London eingebunden.

Gemeinsam mit dem städtischen Jugendamt konnte eine Jugendfreizeiteinrichtung für das Projekt interessiert werden. Es ist gelungen, mehr als 30 muslimische Jungen zwischen 14 und 18 Jahren zu einer Teilnahme an einer Informationsveranstaltung im Januar 2017 zu gewinnen. In den darauf folgenden Wochen trafen sich acht junge Männer mit den Filmspezialisten von Akki e.V. um ein Drehbuch zu erarbeiten.

Der ca. 40-sekündige Clip zeigt vier deutsche Jugendliche, die sich unterhalten. Die gesamte Unterhaltung dreht sich um verbreitete Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten, die den persönlichen Erfahrungen der jungen Drehbuchautoren entstammen. Das Projekt ist in die in Düsseldorf bestehenden Strukturen eingebunden, insbesondere in die Arbeit der Fachgruppe „Extremismus“ des KPR.

Kontakt:

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Zollstraße 4

40213 Düsseldorf

E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de

Webseite: <http://www.duesseldorf.de/kpr>

Safe Now! Unterstützung und Sicherheit für Frauen bei Gewalt

Marion Steffens, GESINE Netzwerk Gesundheit /
Verein Frauen helfen Frauen EN e.V.

Das GESINE Netzwerk Gesundheit vernetzt seit 2004 Einrichtungen aus dem Gesundheits-, dem Sozialbereich und dem Anti-Gewaltbereich mit dem Ziel der angemessenen psychosozialen und medizinischen Versorgung gewaltbetroffener Frauen.

Mit „Safe Now!“ geht GESINE gemeinsam mit vielen Kooperationspartner/innen weitere innovative Schritte auf diesem Weg.

„Safe Now!“ ist konzipiert als Programm für Frauen mit Gewalterfahrungen oder in Situationen mit hohem Gewaltisiko; Mit „Safe Now!“ werden Frauen umfassend und in ihnen angemessener Weise informiert, ihre persönlichen Ressourcen werden gestärkt und es werden ihnen Sicherheits- und Schutzmaßnahmen entsprechend ihrer individuellen Situation angeboten. Der Schutz vor Gewalt und die Sicherheit der Frau (und ihrer Kinder) stehen dabei immer im Vordergrund.

„Safe Now!“ soll Verwaltungen, Unternehmen und Einrichtungen anregen sich präventiv mit dem Thema Gewalt auseinanderzusetzen und betroffene Frauen selbstverständlich in spezialisierte Unterstützungseinrichtungen zu vermitteln.

GESINE unterstützt Verwaltungen, Unternehmen und Einrichtungen darin, passgenaue und einrichtungsspezifische Konzepte zur Gewaltprävention – z.B. für Frauen mit Behinderungen, Frauen in Fluchtsituationen oder zur Prävention von sexualisierter Gewalt im öffentlichen oder privaten Raum – zu entwickeln und zu implementieren.

Kontakt:

GESINE Netzwerk Gesundheit / Verein Frauen helfen Frauen EN e.V.

Markgrafenstr. 6, 58332 Schwelm

Tel.: 02336 4759152

Fax.: 02336 4759155

E-Mail: steffens@gesine-intervention.de

Webseite: <http://www.gesine-intervention.de/>

Online beraten – aber richtig!

Adrian Jagusch, juuuport e.V.

Bei JUUUPORT beraten jugendliche Scouts Gleichaltrige bei Problemen im Netz. Ob Cybermobbing, Abzocke, Datensicherheit oder Technik – zu allen diesen Themen können Jugendliche auf juuuport.de anonym und kostenlos Fragen stellen. Die ehrenamtlichen JUUUPORT-Scouts sind zwischen 15 und 21 Jahre alt und wurden von Experten aus den Bereichen Recht, Internet und Psychologie ausgebildet. Vor Kurzem wurde das Beratungssystem komplett überarbeitet und inzwischen in der Praxis erprobt. In diesem Projektspot sprechen wir über unsere Erfahrungen damit. Welche Änderungen, Möglichkeiten und Herausforderungen gibt es in der Online-Beratung? Mit welchen Problemen sehen sich Jugendliche heute im Internet konfrontiert und wie kann eine Peer-to-Peer-Beratung hier helfen? Diese Fragen sollen im Projektspot beantwortet werden und natürlich stellen wir uns auch allen Fragen, die Sie über die Online-Beratung bei JUUUPORT haben. Wir sind sehr an einem Austausch interessiert und freuen uns von Ihren Projekten und Ideen zu hören.

Der Vortrag wird von Scout-Mentor Adrian Jagusch gehalten, der bereits seit dem Start der JUUUPORT-Beratung vor rund 8 Jahren im Team ist.

Kontakt:

JUUUPORT e.V.

Landschaftsstraße 7

30159 Hannover

E-Mail: susanne.roediger@juuuport.de

Webseite: <https://www.juuuport.de>

Vertrauliche Spurensicherung

Dr. Ulrike Böhm, Praxis für Rechtsmedizin Leipzig

Susanne Hampe, Fach- und Beratungsstelle bei sexualisierter Gewalt

Nach sexuellen Übergriffen sind die Opfer meist bestrebt, das Ereignis so schnell wie möglich zu verdrängen und sämtliche Spuren nachhaltig zu vernichten. Wenige gehen den offensiven Weg, zeigen die Tat bei der Polizei an und nehmen damit eine Zeugenvernehmung, die polizeiliche Spurensicherung und damit das erneute gedankliche Durchleben des Übergriffes in Kauf.

Seit einigen Jahren wird in der Stadt Leipzig ein Modell erprobt, welches es Opfern von sexuellen Übergriffen ermöglicht, Spuren der Tat „gerichtsfest“ auch ohne sofortige polizeiliche Anzeige vertraulich sichern zu lassen. Hierfür wurden zwischen dem Krankenhaus „St. Elisabeth“, dem Frauennotruf Leipzig und einer rechtsmedizinischen Praxis die Möglichkeit der gerichtsverwertbaren Befunddokumentation und Spurensicherung nach (häuslichen) Gewalttaten, insbesondere Sexualstraftaten, geschaffen. Den Opfern wird so die Möglichkeit gegeben, auch dann noch auf Tatspuren zurückgreifen zu können, wenn sie sich psychisch stabilisiert haben und sich in der Lage sehen, eine entsprechende Anzeige zu erstatten.

Bei der vertraulichen Spurensicherung handelt es sich um ein wichtiges präventives Instrument im Hilfenetzwerk. ÄrztInnen sind häufig die ersten AnsprechpartnerInnen und sollten bei der Erstuntersuchung von Opfern sexueller Übergriffe zu professionellen Befunddokumentationen und Spurensicherung in der Lage sei

Kontakt:

Praxis für Rechtsmedizin Leipzig

Stötteritzer Landstraße 51

04288 Leipzig

Tel.: 0170 4160640

Fax.: 034297 986215

E-Mail: info@rechtsmedizin-leipzig.de

Webseite: <http://www.rechtsmedizin-leipzig.de>

Sozialpsychologische Prävention alltäglicher Diskriminierung

Orgun Özcan, Philipps-Universität Marburg

Die Spannweite der Ursachen und der Erscheinungsformen von Diskriminierung ist groß. Prävention kann bei den alltäglichen persönlichen Begegnungen ansetzen, indem individuelle und modellhafte Handlungskompetenzen auf lange Sicht kollektiv-normative Vorstellungen verändern.

Mit dem Kompetenztraining zur Bewältigung von Diskriminierung (KOBEDI) können Teilnehmende an einem Tag in der Gruppe lernen und üben, wie sie Diskriminierung erkennen, deeskalierend und humorvoll reagieren, zielführend kommunizieren, sich positionieren, gelassen bleiben, mental mit erlebter Diskriminierung zurechtkommen und Zivilcourage zeigen können. Im Rahmen des Trainings wird auch die Frage gemeinsam reflektiert, wie Diskriminierung entsteht und wozu sie führen kann.

KOBEDI zielt somit auf die unmittelbare Bewältigung von Diskriminierung durch alle Beteiligten im Alltag ab, indem thematisiert wird, welche Ursachen für Diskriminierung vorliegen können und wie Betroffene und Beobachtende ihr entgegenzutreten können. Die Teilnehmenden sollen das Thema alltäglicher Diskriminierung als gemeinsame Herausforderung annehmen und eine kooperative Handlungsbereitschaft dagegen im Sinne kollektiven Handelns entwickeln. Das globale Ziel besteht darin, dass Teilnehmende ihr individuelles positives Modellverhalten für alltägliche (u.a. diskriminierende) Begegnungen finden. Erste Evaluationsergebnisse werden vorgestellt.

Kontakt:

Philipps-Universität Marburg, Sozialpsychologie

Gutenbergstraße 18

35032 Marburg

E-Mail: orgun.oezcan@uni-marburg.de

Webseite: <https://www.uni-marburg.de/fb04/team-sozialpsychologie/team>

Huckepack für Flüchtlingskinder

Annett Meylan, Technische Universität Chemnitz

Im Rahmen unseres Projektes „Mentoring in Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung des Integrationsprozesses von Flüchtlingskindern sowie Kindern mit Migrationshintergrund“ arbeiten wir mit Kindertageseinrichtungen (Kindergärten, Horte) der Stadt Chemnitz zusammen. Die durch das Projekt ausgebildeten studentischen Mentoren unterstützen über einen Zeitraum von mindestens 1 Jahr die jeweilige Kindertagesstätte mindestens einmal wöchentlich für mehrere Stunden bei der Förderung der Integration von Kindern aus geflüchteten Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund.

Schwerpunkt des Projektes ist die Arbeit mit allen beteiligten Kindern der Einrichtungen. Durch vielfältige Angebote zur Entdeckung von Vielfalt und anderen Kulturen geben wir Gelegenheit zu positivem Kontakt. Darüber hinaus erhalten die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen neben der Unterstützung der Mentoren vor Ort das Angebot zur Teilnahme an Weiterbildungen, die sich am spezifischen Bedarf der jeweiligen Pädagogen orientieren. Zur Integration aller Eltern organisieren wir gemeinsame Veranstaltungen und Feste, die dem näheren Kennenlernen aller Beteiligten gleich welcher Herkunft dienen und den Abbau von Vorurteilen zum Ziel haben.

Das Projekt wird in Kooperation mit der TU Chemnitz wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Weitere Informationen unter: <http://www.huckepack-kinderfoerderung.de/>

Kontakt:

Huckepack Kinderförderung e.V.

Pfarrhübel 10

09125 Chemnitz

E-Mail: annett.meylan@psychologie.tu-chemnitz.de

Webseite: <http://www.huckepack-kinderfoerderung.de/>

Rassismus und Gewalt: Soziale und individuelle Ursachen

Johannes Maaser, Universitätsstadt Marburg/
Philipps-Universität

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg

Rassismus und rassistische Gewalt haben ihre Ursachen in gesellschaftlichen Bedingungen, wie historischen Einflüssen, politischen Entscheidungen und Mediendarstellungen, sie werden gefördert oder abgeschwächt durch soziale Netzwerke und gehen mit Persönlichkeitsunterschieden einher. Die Ursachen sind vielfältig, was aber nicht bedeutet, dass man nicht evidence based gegen sie vorgehen kann. Der Vortrag greift die verschiedenen empirisch nachweisbaren Ursachen von Rassismus und Gewalt auf und zeigt, welche Präventionsimplikationen sich daraus ergeben.

Kontakt:

Philipps-Universität Marburg

Gutenbergstr. 18

35032 Marburg

E-Mail: wagner1@uni-marburg.de

Webseite: <http://sozialpsychologie-marburg.de/>

Über Beziehung zur Deradikalisierung im Antigewalttraining

Christian Gerkuhn, zusammen wachsen

In der pädagogischen Arbeit mit Tätern — ob im Knast, ambulant, Gruppe- oder Einzel-Setting, häusliche Gewalt oder Körperverletzung allgemein, ideologisch motiviert oder profan kompensatorisch — geht es als Trainer immer darum, in Beziehung zu kommen. Um das dafür notwendige Vertrauen aufzubauen, ist es wichtig, auf Augenhöhe mit den Männern zu arbeiten; zwischen Person und Verhalten zu unterscheiden; sie wertzuschätzen, unabhängig von der Tat. Dies bildet die Basis für ein wesentliches Element im Antigewalt-Training: die Konfrontation mit der Tat und ihren Motiven.

Der nächste wichtige Schritt zur Verantwortungsübernahme, und bestenfalls zur Entwicklung von Empathie für das Opfer, ist die Thematisierung der im Rahmen der Tatrekonstruktion während des Trainings offenbar werdenden Verharmlosungsmuster und Rechtfertigungsstrategien, um sie in Folge dekonstruieren zu können.

Sind die Täter ideologisch oder religiös radikalisiert, ist es wichtig, sie in ihren Motiven ernst zu nehmen. Das heißt in der Praxis, sich mit ihnen gemeinsam über ihre jeweilige Ideologie auseinanderzusetzen, ohne sie dabei zu pathologisieren und zu psychologisieren.

Die Ideologie ist der Schlüssel zur Beziehung und die Beziehung ist der Schlüssel zur Deradikalisierung.

Kontakt:

zusammen wachsen

Lausitzer Straße 7

10999 Berlin

Tel.: 017661770219

E-Mail: gerkuhn@zusammen-wachsen.berlin

Webseite: <http://zusammen-wachsen.berlin>

Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter

Annett Meylan, Technische Universität Chemnitz

Im Rahmen des Projektes „Early Birds“ erfolgt für Kinder aus den kooperierenden Institutionen der HUCKEPACK Kinderförderung eine multimodulare, kindzentrierte Diagnostik, die auch die Erzieher- und Elternperspektive einbezieht. So werden jene Kinder identifiziert, die im Bereich der sozio-emotionalen Kompetenzen einen Förderbedarf aufzeigen. Diese Kinder werden – das elterliche Einverständnis vorausgesetzt – in ein einjähriges Mentoring eingebunden, welches 1x wöchentlich für 1 Stunde in der Einrichtung des Kindes stattfindet. Dabei trainieren MentorInnen (Studierende der TU Chemnitz mit spezifischer Ausbildung) anhand spielerischer Trainingsbausteine und mit Hilfe eines eigens entwickelten Fördermanuals die sozio-emotionalen Kompetenzen ihrer Mentees.

Ein weiterer Baustein des Projektes betrifft Mütter und Väter, die sich aufgrund ihrer Einstellungen und Vorurteile ausgrenzend und abwertend verhalten. Diese stellen Fachkräfte in pädagogischen Einrichtungen zunehmend vor neue Herausforderungen. Für jenes Fachpersonal bieten wir daher zudem eine spezifische Qualifizierung an. Diese umfasst eine Netzwerk- und Sozialraum-orientierte Ausbildung von MentorInnen und ist berufsbegleitend konzipiert. Das Projekt „Early Birds“ stärkt auf diese Weise Fachkräfte im Umgang mit diesen Werte-Konflikten in ihrem Berufsalltag.

Weitere Informationen: <http://www.huckepack-kinderfoerderung.de/>

Kontakt:

TU Chemnitz

Wilhelm-Raabe-Straße 43 – 09120 Chemnitz

Tel.: 0175 4025124

E-Mail: annett.meylan@psychologie.tu-chemnitz.de

Webseite: <https://www.tu-chemnitz.de/hsw/psychologie/professuren/allp>

Grundlagenwissen hochexpressive Gewalt für Heilberufe

Dr. Marc Allroggen, Universitätsklinikum Ulm

Vor dem Hintergrund zunehmender Terroranschläge und Taten hochexpressiver (zielgerichteter) Gewalt besteht ein wachsendes Bedürfnis darin, Radikalisierungsprozesse und Entwicklungswege, die in entsprechenden Taten hochexpressiver Gewalt münden können, zu identifizieren. Bei der Prävention von Taten hochexpressiver Gewalt haben sich vor allem Ansätze bewährt, die auf die Wahrnehmung von Signalen im Vorfeld möglicher Taten (sog. Leaking) abzielen. Entsprechende Ansätze sollten auch bei der Identifikation von drohenden Straftaten in Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen vermehrt beachtet werden. Eine bedeutsame Rolle können dabei Ärzte und Psychotherapeuten spielen. Allerdings bestehen bei vielen Ärzten und Therapeuten Wissensdefizite in Bezug auf die Wahrnehmung von Hinweisen auf Radikalisierungsprozesse und mögliche Gewalttaten sowie Unsicherheiten, wie in entsprechenden Situationen auch unter Berücksichtigung von Verschwiegenheitspflichten reagiert werden kann. Vorgestellt wird ein Projekt, durch das Angehörige der Heilberufe in Deutschland stärker befähigt werden sollen, entsprechende Situationen zu erkennen und adäquat zu reagieren.

Kontakt:

Universitätsklinikum Ulm

Steinhövelstrasse 5

89075 Ulm

E-Mail: marc.allroggen@uniklinik-ulm.de

Zur aktuellen Situation schulischer Gewaltprävention

Christine Liermann, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Der „Qualitätszirkel schulische Gewaltprävention“ der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention bietet ein Forum für einen länderübergreifenden Austausch zur (Weiter-)Entwicklung evidenzbasierter Gewaltpräventionskonzepte in Schulen und ermöglicht eine themenspezifische Vernetzung. Schulische Gewaltprävention ist – auch in der öffentlichen Darstellung – ein bedeutsames Thema in allen Bundesländern. Die Unterstützungsstrukturen zur Umsetzung gewaltpräventiver Konzepte sind jedoch sehr heterogen und es lässt sich eine unübersichtliche Vielfalt von Angeboten in den einzelnen Ländern feststellen. Diese Vielfalt ermöglicht zwar, regionale Bedarfe und Bedürfnisse zu berücksichtigen, birgt jedoch auch die Gefahr, dass die Präventionslandschaft unübersichtlich wird und die Qualität im Einzelnen nicht mehr gewährleistet werden kann – insbesondere, wenn es einen strukturierten Informationsaustausch nicht gibt. In dem vom DFK gegründeten Qualitätszirkel treffen sich – unter Leitung von H. Rademacher und M. Altenburg – Teilnehmer aus nahezu allen Bundesländern, um in einem intensiven Austausch den Arbeitsstand des eigenen Landes zu reflektieren und gemeinsam Konzepte zu erörtern. Die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse für die Arbeit im Themenfeld der Implementierung schulischer Gewaltpräventionskonzepte werden vorgestellt und sollen zu weiterer Vernetzungsarbeit anregen.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

c/o BMI Bonn, Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

Tel.: 0228 99681 3384

E-Mail: christine.liermann@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Radikalisierungsprävention durch Theaterpädagogik

Dr. Melanie Wegel, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Das Thema Radikalisierung und Islamismus wird in der breiten Öffentlichkeit zunehmend diskutiert. Für die Praktiker im Bereich der Prävention, stellt sich die Frage, auf welche Art und Weise (junge) Menschen mit Blick auf das Thema religiöse Radikalisierung sensibilisiert werden können und dies zudem nachhaltig geschehen kann.

Speziell für den Jugendbereich wurde ein Theaterprojekt entwickelt, mit dessen Hilfe junge Menschen für die Themen Radikalisierung, Liberalisierung sowie die teils konträre Rolle der Frau im Islam und in westlichen Gesellschaften sensibilisiert werden sollen. Beim hiesigen Projekt, welches im Rahmen einer Begleitevaluation gegen Radikalisierung fokussiert wurde, besteht die Problematik, dass es sich um ein Theaterprojekt handelt, welches in Schulen, einmalig und lediglich über die Zeitdauer einer Stunde aufgeführt wird. Es stellt sich die Frage; Wie kann hier erreicht werden, dass Effekte nicht verpuffen, das Zielpublikum dennoch sensibilisiert wird und insbesondere durch die Form der Theaterpädagogik dieses Angebot nicht nur als Unterhaltung wahrgenommen wird?

Im Rahmen einer Begleitevaluation wird die Nachhaltigkeit dieses Projektes untersucht und Vorschläge zur einer besseren Implementierung unterbreitet.

Kontakt:

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Pfingstweidstrasse 96

8037 Zürich

E-Mail: wege@zhaw.ch

Webseite: <http://www.zhaw.ch/de/ueber-uns/person/baid/>

Migrantische Lehrkräfte als Brücke in die Communities

Sonja Spoede, Volkshochschule Bremerhaven

Das Projekt „Weiterbildung zur Lehrkraft in der Erwachsenenbildung und Jugendbildung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ vom Präventionsrat Bremerhaven in Kooperation mit der Volkshochschule Bremerhaven ist bundesweit einmalig. Basierend auf internationalen Qualitätsstandards (Curriculum Globale) bekommen die Teilnehmenden die pädagogischen Grundlagen, um selbst Seminare planen und durchführen zu können.

Die Absolvent*innen haben als Lehrende Vorbildcharakter und Multiplikatorenfunktionen in ihrer Community.

Sie bieten eigene Lehrveranstaltungen in ihren Stadtteilen an und regen dadurch Bildungsprozesse, Bürgerengagement, Übernahme von Verantwortung etc. in den Quartieren an.

Sie sehen sich selbst als Mittler/innen zwischen den Akteur*innen im Stadtteil und tragen über die Lehrveranstaltungen aktuelle und relevante Themen ihre Community.

Die hohe Nachfrage, die lange Warteliste und die innovativen Themen, die von den Zugewanderten eingebracht werden, zeigen, dass dieses Konzept zukunftsweisend ist, um Brücken in die Communities zu bauen, die ansonsten nicht erreicht werden können.

Kontakt:

Volkshochschule Bremerhaven

Lloydstr. 15

27568 Bremerhaven

E-Mail: sonja.spoede@vhs.bremerhaven.de

Webseite: <http://www.vhs-bremerhaven.de>

„InduS – Integration durch Sprache“

Esther Dannemann, Jugendamt Dresden –
Jugendgerichtshilfe

Nadja Schindler, Sächsisches Umschulungs- und
Fortbildungswerk e.V. (SUFW)

InduS, ist ein spezielles Angebot der Dresdener Jugendhilfe/ JGH, durchgeführt durch den beauftragten Träger der freien Jugendhilfe SUFW DD e.V., in dem seit 1. Juli 2015 straffällig bzw. unentschuldigt (OWi-Verfahren) gewordene i.d.R. nicht-deutsche junge Menschen (insbes. z. Z. Kriegsflüchtlinge), die die deutsche Sprache nicht bzw. nur unzureichend beherrschen, betreut werden. Vordergründig dient das Angebot dem pflichtigen Anspruch auf jugendhilfliche Unterstützung (§§1,52 SGB VIII i.V.m. §§ 2Abs. 1, 38 i.V.m. 9 ff. JGG) bei Vorliegen eines Jugendstrafverfahrens oder eines bei der JGH anhängigen OWi-Verfahrens wegen unentschuldigtem Nichtschulbesuches. Unter Anleitung und sozialer Betreuung, wo auf unterschiedlichste Unterstützungsbedarfe und Fähigkeiten eingegangen wird, werden – unabhängig von Nationalität und Sprachkenntnis – gem. Stunden abgeleistet bzw. eine Schadenswiedergutmachung durchgeführt. Bedingt durch rechtliche- und kulturelle, gesellschaftliche Unterschiede sowie insbes. auch sprachliche Defizite, legt das Angebot dort, neben der konkreten bedarfsbezogenen Vermittlung zu anderen weiterführenden Hilfen, einen Schwerpunkt. Damit soll eine perspektivische Integration in Deutschland (Regelwerkkenntnisse, Sprachkenntnisse usw.) erleichtert werden, um möglichst die Bildung von Parallelgesellschaften und einer Verstetigung von Fehlverhalten vorzubeugen

Kontakt:

Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e.V.

Salzburger Str. 6

01279 Dresden

Tel.: 0175-5071091

E-Mail: n.schindler@sufw.de

Häusliche Gewalt in Familien mit Kindern – Besonderheiten

Rainer Becker, Deutsche Kinderhilfe –
Die Kindervertreter e. V.

In Fällen von häuslicher Gewalt in Familien mit Kindern sind Besonderheiten zu beachten, die oft nicht oder noch nicht so bekannt sind, wie sie es sein sollten. So sollte immer das Jugendamt Kenntnis von einem derartigen Sachverhalt erhalten und nicht nur, wenn Kinder vor Ort waren. Durch eine neue Studie aus Österreich wird eine eigene Untersuchung des Verfassers bestätigt, dass Polizeibeamte bei Anwesenheit von Kindern nicht selten ihr Ermessen zu unterschreiten scheinen, so dass es zu deutlich weniger Fällen von Wohnungswegweisungen kommt als in Sachverhalten ohne Kinder. Dabei wurde festgestellt, dass die betroffenen Kinder die Wegweisung eher als positiv und entlastend empfanden bei teilweiser Verlagerung der Unsicherheit auf den Außenbereich. Zu oft wurde und wird den Kindern nicht altersgemäß erklärt, was warum geschieht und wie es weitergeht, sie wurden zu wenig beteiligt. Immer noch zu wenig wird mit den sozialpsychiatrischen Diensten der Gesundheitsämter kooperiert, obwohl es in nicht wenigen Fällen deutliche Hinweise auf ein Suchtproblem oder eine psychische Störung/Erkrankung gibt. Hinweise auf einen Missbrauch des Umgangsrechts durch die weggewiesene Person und sonstige eilbedürftige Informationen wie Anhaltspunkte für einen erweiterten Suizid o. ä. sollten unverzüglich dem örtlich zuständige Familiengericht mitgeteilt werden.

Kontakt:

Deutsche Kinderhilfe – Die Kindervertreter e. V.
Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
E-Mail: info@kindervertreter.de
Webseite: <http://www.kindervertreter.de>

Mit MindMatters die Verbundheit zur Schule stärken

Annekathrin Weber, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.

„MindMatters – Mit psychischer Gesundheit gute Schule entwickeln“ ist ein bundesweites, erprobtes und wissenschaftlich fundiertes Programm für Schulen zur Förderung des Wohlbefindens und der psychischen Gesundheit von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften. Ziel von MindMatters ist die Entwicklung einer Schulkultur, in der sich junge Menschen sicher, wertgeschätzt, eingebunden und nützlich fühlen und wo Lehrkräfte gerne arbeiten.

MindMatters basiert auf dem Konzept der guten gesunden Schule und besteht aus 3 Schulentwicklungsmodulen und 7 Unterrichtsmodulen für die Jahrgangsstufen 1 – 13.

MindMatters steht mit seinen Inhalten und Methoden für eine Schulkultur ohne Gewalt. Verschiedenheit ist keine Bedrohung oder Anlass, Andersartigkeit mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu begegnen.

MindMatters hilft beim Aufbau einer unterstützenden und fürsorglichen Schulkultur, die Module bieten konkrete Methoden für mehr Respekt und Toleranz im Unterricht. Verschiedenheit wird als Bereicherung gesehen und die Unterrichtseinheiten sind eine Ressource für inklusive Konzepte.

Ein Spot wird auf die Schulentwicklungs- und Unterrichtsmodule geworfen, mit deren Hilfe u. a. bei Schülerinnen und Schülern Kompetenzen im Zusammenhang mit Toleranz, Respekt und Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelt und gestärkt werden.

Dabei werden exemplarisch Methoden aus dem Programm präsentiert.

Kontakt:

Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.

Könneritzstraße 5

01067 Dresden

E-Mail: weber@slfg.de

Webseite: <http://www.slfg.de>

Radikaler Kinderschutz

Dr. Miriam Damrow, Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Im Forschungsprojekt zum radikalen und radikalisierten Kinderschutz werden Ergebnisse aus Befragungen und Beobachtungen vorgestellt, die ein verändertes Verständnis aufzeigen, wie Eltern ihre Kinder schützen. Dazu wurden Eltern und Päd. Fachkräfte befragt (in verschiedenen Formen, Medien und Modi), was, wie, wo, wovor und durch wen Kinder geschützt werden (sollen). Erste Ergebnisse werden dazu vorgestellt und deuten auf ein radikales (und radikal verändertes) Verständnis von Kinderschutz im Sinne einer präventiven Grundhaltung hin.

Kontakt:

FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-
NÜRNBERG

Regensburger Str. 160

90478 Nürnberg

E-Mail: Miriam.damrow@fau.de

Partizipative Wege zur nachhaltigen Integration

Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Integration ist eine Aufgabe für kommunale Gesellschaften, bei der es um alle Bürger/innen und die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen geht. Kriterien für gelungene Integration sind funktionierende Kommunikationsstrukturen, existierende Mechanismen der Konfliktbearbeitung, ein weitgehend gewaltfreier Umgang miteinander und die Attraktivität bestehender Beteiligungsangebote. Sie wirkt daher hemmend auf Radikalisierungstendenzen und erkennt in lokalen Konflikten den Ruf nach Wegen, die Bedürfnisse betroffener Bürger/innen zu berücksichtigen.

Die Kommunale Konfliktberatung bietet einen Ansatz dafür. Zentrales Element ist eine Systemische Situations- und Konfliktanalyse, die lokalspezifische Aussagen zu Dynamiken und Zusammenhängen ermöglicht. Dadurch kann auf die jeweiligen Kommunen eingegangen werden und Handlungsoptionen werden an die lokalen Bedingungen angepasst. So erlaubt der systemische Beratungsansatz kommunalen Entscheidungsträger/innen, den Blick zu erweitern, alle an der Integration beteiligten Akteure einzubinden und ortsspezifische Konflikte und Spannungen zu bearbeiten.

In einem EU-finanzierten, vom Sozialministerium des Landes unterstützten Projekt in Niedersachsen werden Erfahrungen damit gesammelt, wie kommunalen Entscheider/innen der Zugang zu Beratungsleistungen ermöglicht werden und Konfliktbearbeitung zum Qualitätsmerkmal kommunaler Arbeit werden kann.

Kontakt:

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 0221-91273261

E-Mail: berndt@forumzfd.de

Webseite: <http://www.forumZFD.de>

Gemeinsam gegen Gewalt – Das Leipziger Gewaltschutznetzwerk

Annett Engelmann, Triade Engelmann und Palme GbR

Gabi Eßbach, Frauen für Frauen e.V.

Die intensive Kooperation der Leipziger Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking (KIS) Leipzig, der Beratungsstelle zur täterorientierten Anti-Gewalt-Arbeit (Triade GbR) und der Leipziger Polizeidirektion bildet seit 15 Jahren eine stabile Basis für einen effektiven Schutz aller Betroffenen von Häuslicher Gewalt und Stalking. Das Netzwerk zeichnet sich durch die intensive Zusammenarbeit bei Hochrisikofällen und im Kinderschutz bei Fällen Häuslicher Gewalt und in Polizeischulungen aus. Wesentliche Elemente der Arbeit im Netzwerk gegen Häusliche Gewalt und Stalking sind kontinuierliche Arbeitstreffen im Koordinierungsgremium unter Einbeziehung vieler lokaler Institutionen sowie in thematischen Arbeitsgruppen. Weitere Formate sind die gemeinsam ausgerichteten Fachtage, Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Publikationen, regelmäßige gemeinsame Schulungen der Polizeibeamten in allen Revieren der Region und die Erarbeitung von Handlungsleitlinien.

Der Projektspot arbeitet die entscheidenden Elemente einer gelungenen regionalen Kooperation in der Antigewaltarbeit heraus und stellt Strukturen, Formate und Kooperationspartner beispielhaft vor. Die Teilnehmenden erhalten Anregungen und Ideen für die eigene Netzwerkarbeit und können sich über gute und schwierige Kooperationserfahrungen austauschen.

Kontakt:

Koordinierungsgremium gegen häusliche Gewalt und Stalking Leipzig

Karl-Liebknecht-Str. 59

04275 Leipzig

Tel.: 03413068778; 03413502133

E-Mail: triade-le@triade-le.de

Webseite: www.gegen-gewalt-leipzig.de

Telemedizinisches Netzwerk Psycho- traumatologie Sachsen

Dr. Julia Schellong, Universitätsklinikum Dresden

Traumafolgestörungen verursachen hohe Kosten im Gesundheitswesen. Frühzeitige, passgenaue Interventionen können präventiv entgegenwirken. Psychosoziale Fachkräfte des vorklinischen und klinischen Bereichs leisten bereits einen wertvollen Beitrag dazu, jedoch existieren weiterhin Versorgungslücken und Vernetzungsdefizite. Im Rahmen des EFRE-geförderte Modellprojekts „Tele-NePS“ (2017-2020) sollen telemedizinische Methoden entstehen, um die Bereiche Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention zu stärken. Im Projekt kooperieren Klinik und Poliklinik für Psychotherapie und Psychosomatik am Universitätsklinikum Dresden, Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik insb. Systementwicklung der Technischen Universität Dresden und Carus Consilium Sachsen GmbH.

Zu allen Punkten entlang der Behandlungskette von Traumafolgestörungen sollen Kommunikation und Interoperabilität der Beteiligten verbessert werden um leitliniengerechte Beratung und ggf. Therapie effizienter einsetzen zu können. Für verschiedene Phasen, von der indizierten Prävention bis zur Nachsorge, kommen flankierend und generierend unterschiedliche Tools zum Einsatz. Transparenz und Datensicherheit sind neben den rechtlichen Anforderungen (z.B. Medizinproduktegesetz, Qualitätsanforderungen) auch für die Tools relevant, die den PSNV (Psychosoziale Notfallversorgung)-Bereich betreffen und die hier vorgestellt werden.

Kontakt:

Universitätsklinikum Dresden

Fetscherstr. 74

01307 Dresden

Tel.: 00493514587094

E-Mail: Julia.Schellong@uniklinikum-dresden.de

Webseite: <https://www.uniklinikum-dresden.de/de/das-klinikum/kliniken>

Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger

Alexander Gesing, IFAK e.V.

Susanne Wittmann, IFAK e.V.

Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger wurde gemeinsam mit der Eröffnung der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge BAMF im Jahr 2012 geschaffen und richtet sich an Ratsuchende, die in privatem oder beruflichem Kontext mit religiös begründetem Extremismus konfrontiert sind. Beraten werden alle Hilfesuchenden, seien es Angehörige, SozialarbeiterInnen oder LehrerInnen. In Trägerschaft der IFAK e.V. in Bochum bietet Grenzgänger Hilfe und Unterstützung NRW-weit an. Das Beratungsnetzwerk arbeitet in Kooperation mit der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF und sieht sich als ein Akteur der sekundären und tertiären Prävention. In diesem Sinne wird das soziale Umfeld von Betroffenen beraten und so der Weg zu einem Umdenken bis hin zum Ausstieg geebnet. Mit Hilfe sozialpädagogischer Methoden und durch ein multidisziplinäres Team sollen Ratsuchende schließlich dazu befähigt werden, angemessen und informiert agieren und reagieren zu können. Das Beratungsnetzwerk verzeichnet seit dem Jahr 2012 einen kontinuierlichen Anstieg der Beratungen. In diesem Kurzvortrag wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks vorgestellt und ein Einblick in die Praxis der Beratung geboten. Darüber hinaus werden die internen Qualitätsstandards der Beratungsstelle präsentiert und aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen diskutiert.

Kontakt:

Beratungsnetzwerk Grenzgänger

Kortumstraße 106-108

44787 Bochum

E-Mail: beratungsnetzwerk@ifak-bochum.de

Webseite: <http://ifak-bochum.de/beratungsnetzwerk-grenzgaenger/>

Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft

Steffi Bergmann, Deutscher Feuerwehrverband

Christoph Klapproth, Deutscher Feuerwehrverband

Der Deutsche Feuerwehrverband e.V. (DFV) vertritt über 1.3 Millionen Feuerwehrleute in Deutschland.

Neben den technischen und klassischen Themen engagiert sich der Deutsche Feuerwehrverband auch innerhalb anderer gesellschaftlich relevanter Themengebiete. So unter anderem in den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben“ des BMI bzw. des BMFSFJ.

Auf dem Deutschen Präventionstag 2018 wird das Projekt „Mensch Feuerwehr“ im Bundesprogramm „Demokratie leben“ vorgestellt.

Feuerwehren sind ein Ort des gemeinsamen Lernens, der Wertevermittlung und des bürgerschaftlichen Engagements. Da die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, steht auch die Feuerwehr vor der Herausforderung neue Zielgruppen für die wichtige Feuerwehrarbeit zu begeistern. Frauen, junge Migrant_innen und weitere unterrepräsentierte Gruppen sollen noch stärker in die Feuerwehrarbeit integriert werden. Für diese Aufgabe muss sich das Feuerwehrwesen weiterbilden und sichtbar öffnen.

Im Projektspot Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft wird die wichtige zukunftsorientierte Selbstreflexion von Verbänden, durch eine gezielte Organisationsentwicklung und Weiterbildung von Nachwuchsführungskräften, in einem fast monokulturellen und eher männerdominierten Arbeitsbereich vorgestellt.

Kontakt:

Deutscher Feuerwehrverband e.V.

Reinhardtstraße 25

10117 Berlin

E-Mail: klapproth@dfv.org

Webseite: <http://feuerwehrverband.de>

Presentation on Demand (PoD)

	Seite
Vorstellung der Kompetenzstelle Islamismusprävention Nds.	352
Projekt „Kopfsache“	353
Extremismusbekämpfung - Ein Thema in Wahlprogrammen?	354
Report on the prevention of radicalization leading to violence: An international study of front-lines workers and interv	355
Intervention and prevention response to radicalization leading to violence within the probation system in France	357
Appraising Boko Haram Insurgency in Northern Nigeria: Between Distorted Islamic Radicalism and Poverty	358

Vorstellung der Kompetenzstelle Islamismusprävention Nds.



Am 5. Juli 2016 wurde durch die Niedersächsische Landesregierung die Einrichtung einer „Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI) beschlossen. Sie hat die Aufgabe, die Aktivitäten und bereits vorhandenen Netzwerke unterschiedlicher Akteure im Bereich der Islamismusprävention zielgerichtet zu bündeln, zu institutionalisieren und intensivieren. Die Geschäftsführung von KIP NI übernehmen LKA Niedersachsen und der Niedersächsische Verfassungsschutz gemeinschaftlich. Inhaltlich soll KIP NI u. a. aktiv an einer zukunftsgerichteten Strategie im Bereich der Islamismusprävention für Niedersachsen mitwirken. Außerdem wird dort auch die operative und auf Brennpunkte bezogene Islamismusprävention stärker gebündelt und fortentwickelt. Ein wichtiger niedersächsischer Präventionsakteur ist die Beratungsstelle zur Prävention neosalafistischer Radikalisierung „beRATen e. V.“ Wesentlicher organisatorischer Bestandteil von KIP NI ist eine Lenkungsgruppe, in die staatliche Präventionsakteure eingebunden sind, um wichtige Weichen der Islamismusprävention ressortübergreifend abzustimmen. Ferner wurde ein Fachbeirat eingerichtet, über den zivilgesellschaftliche Präventionsakteure weitere Impulse für die Extremismusprävention einbringen können. Bestandteil von KIP NI ist das Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“ des Nds. Verfassungsschutzes für den Bereich des Islamismusausstiegs.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen
Am Waterlooplplatz 11
30169 Hannover
Tel.: 0511-262624030
E-Mail: info@kipni.niedersachsen.de
Webseite: <https://www.kipni.niedersachsen.de>

Projekt „Kopfsache“



„Kopfsache“ ist ein Projekt der Primärprävention im Bereich extremistischer Salafismus und islamistischer Terrorismus. Es wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Mönchengladbach, dem Fachbereich Schule und der Polizei Mönchengladbach entwickelt. Vorrangiges Ziel des Projektes ist nicht die Deradikalisierung, sondern die Resistenzerhöhung von Jugendlichen im Alter von 14-19 Jahren, gegenüber Anwerbeversuchen der salafistisch-islamistischen Szene, durch eine ca. 90 minütige Veranstaltung an Schulen. Die Veranstaltung ist mit Blickwinkel auf einen ganzheitlichen und auf Nachhaltigkeit ausgelegten Ansatz in eine schulische Vor- und Nachbereitung im Rahmen von Projektwochen eingebettet. Hierbei wird, neben der reinen Sachinformationsebene, ein Schwerpunkt auf die emotionale Erreichbarkeit der Zielgruppe gelegt und durch den Einsatz von Video-/Tonsequenzen (z.B. Geräuschkulisse Bataclan/Paris zum Zeitpunkt des Anschlages), dem Vortrag eines Aussteigers aus der Szene, eines Islamwissenschaftlers und einer Mutter, einer in den Salafismus abgerutschten Tochter, forciert. Im Anschluss an die Veranstaltung wird der Zielgruppe die Gelegenheit gegeben, mit den Vortragenden in Interaktion zu treten. „Kopfsache“ wurde bereits in Haupt-, Real- und Gesamtschulen, sowie Berufskollegs und Gymnasien durchgeführt. Eine Evaluation durch Polizei MG / ZEVA LKA NW und Schule MG war ausnahmslos positiv.

Kontakt:

Polizei Mönchengladbach
Theodor-Heuss-Straße 149
41065 Mönchengladbach

E-Mail: Detlev.Bossbach@polizei.nrw.de

Webseite: <https://moenchengladbach.polizeil.nrw.de>

Extremismusbekämpfung – Ein Thema in Wahlprogrammen?



In der Präsentation geht es um die politischen Forderungen der großen deutschen Parteien im Rahmen der Bundestagswahlen, die im Zusammenhang mit der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung stehen. Dabei wurden die Bundestagswahlprogramme der Parteien CDU, SPD, FDP, DIE GRÜNEN, PDS/DIE LINKE und aus aktuellem Anlass auch der AfD von 2002 bis 2017 danach untersucht, ob die Parteien innerhalb ihrer sicherheitspolitischen Programmatik eher mit präventiven Maßnahmen gegen Extremismus und Terror vorgehen, oder ob sie vorrangig mit repressiven Antworten, vor allem auf Einzelereignisse reagieren.

Die Untersuchung knüpft an eine unveröffentlichte, kriminologische Abschlussarbeit an, bei der die Wahlprogramme hinsichtlich des Umgangs mit Kriminalität bewertet wurden (Schüßler 2014). Die Präsentation bietet erste Ergebnisse einer darauf aufbauenden Dissertation, die sich mit der Auswertung der Bundestagswahlprogramme ab 1949 befasst.

Kontakt:

Universität Hamburg - Graduate School
Von-Melle-Park 5
20146 Hamburg

Report on the prevention of radicalization leading to violence: An international study of front-lines workers and intervention issues



In 2016, the International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) conducted a study on frontline practitioners involved in radicalization prevention initiatives. The objective of this study was to identify the main challenges faced by frontline practitioners in their daily work in order to gather specific and practical information regarding the implementation of programmes and initiatives, especially in terms of challenges encountered as well as intervention management approaches. A total of 90 experts and frontline workers from 27 countries in North America, Europe, Africa, Asia and Oceania were interviewed.

This written speech will present the main findings from our study. We will present how practitioners address specific intervention dimensions and the challenges they face in relation to these different dimensions. More specifically, challenges such as the lack of a common definition surrounding the prevention of violent radicalization, as well as training-related issues and problems arising from the implementation of the interventions will be discussed. The content and specific themes addressed during the interventions as well as vertical, horizontal and international coordination and the lack of evaluation were also issues mentioned during the interviews. We will conclude our article with recommendations for prevention of radicalization interventions.

Kontakt:

Anne-Sophie Ponsot
465 rue St Jean, Suite 803
Montréal QC | H2Y 2R6
Canada
Tel.: +1 514 288 6731 x 224
Fax: +1 514 288 8763
E-Mail: aponsot@cipc-icpc.org

Intervention and prevention response to radicalization leading to violence within the probation system in France



Conducted in collaboration with the Department of Penitentiary Administration (DAP) in France, the objective of this 18-month project, which ended in December 2017, was to supervise the implementation of an intervention response for individuals who have been radicalized or are in the process of radicalization within the Penitentiary Services for Integration and Probation (SPIP) in the probation system. This “intervention response” is understood as a set of actions and initiatives implemented at the institutional level to counter violent radicalization, namely:

- The identification of people who have been radicalized or are in the process of radicalization
- A reporting procedure both internally and with relevant institutions
- An intervention response with the radicalized individuals once they have been identified.

ICPC conducted an action-research with three SPIP in Lyon, Grenoble and Nice, that developed experimentally, assessed and systematized prevention and intervention practices through the development of methodological materials. The ultimate goal of this project is for the DAP to be able to set guidelines to direct the SPIP’s action within the probation system. ICPC is thus hoping to contribute evidence-based interventions to the growing number of initiatives targeting radicalisation and violent extremism being developed in prison and probation contexts.

Kontakt:

Anne-Sophie Ponsot
465 rue St Jean, Suite 803
Montréal QC | H2Y 2R6
Canada

Tel.: +1 514 288 6731 x 224

Fax: +1 514 288 8763

E-Mail: aponsot@cipc-icpc.org

Appraising Boko Haram Insurgency in Northern Nigeria: Between Distorted Islamic Radicalism and Poverty



September 11, 2001 attack brought the whole world to its standstill and bore a general recognition that terrorism is a global problem that required urgent attention. The response was a war on terror against groups defined as murderous oppressive, violent and hateful and whose. Islamic radicalism is fingered as responsible for the attack and seen as threat to peace, security and prosperity of the global community. In Nigeria, The radicalization of Boko Haram insurgents since early 2000 and their convergence as a tiny group in Kanama popularly known as (Taliban) along Nigeria-Niger border, to the stage of proselytisation (Da'awah) and their subsequent suppression by security forces in July, 2009, to the point of their re- emergence with new tactics of indoctrination, radicalization and armed violence has been grossly mismanaged by successive governments. Extra-judicial killings of sect members in 2009, militarisation of war against insurgency, feeble civil-military relationships, politicisation of the issue, ignoring early signals among others represent a metaphor that exacerbates the Boko Haram crisis in North-eastern Nigeria. If Boko Haram crisis was properly managed from its premature stage the wholesome destruction to lives and properties could have been avoided or minimized with lesser consequences. This paper depended on analysis of existing secondary sourced data with recent examples. Within the context of Frustration Aggression Theory, the paper concludes that, youth extremism, radicalism and fanaticism in Nigeria today, is greatly influenced by accumulated problems of poverty, unemployment and injustice arising from bad governance which necessitate their rebellion against the state out of share frustration.

Kontakt:

St Francis Xavier Solicitors
Ugochukwu Osuagwu
900211 Abuja
Nigeria

Tel.: +2348036108221

E-Mail: barristerosuagwu@yahoo.co.uk

Gutachten

**für den 23. Deutschen Präventionstag
11. & 12. Juni 2018 in Dresden**

**Gewalt und Radikalität – Forschungs-
stand und Präventionsperspektiven**

Dirk Baier

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften
Departement Soziale Arbeit
Institut für Delinquenz und Kriminalprävention

Zürich, im Mai 2018

Inhalt

1. Einleitung	361
2. Begriffe, Modelle und Faktoren	362
2.1. Begriffe und Modelle	362
2.2. Hintergrundfaktoren und Kontextbedingungen	372
2.2.1. Mikrosoziale Hintergrundfaktoren	372
2.2.2. Mesosoziale Hintergrundfaktoren	377
2.2.3. Meso- und Makrosoziale Kontextfaktoren	381
3. Aktuelle Daten zu physischer Gewalt und politischem Extremismus	383
3.1. Polizeiliches Hellfeld	384
3.1.1. Entwicklung der Gewaltkriminalität	384
3.1.2. Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität	393
3.2. Dunkelfeldstudien	400
3.2.1. Befunde zum Gewaltverhalten	400
3.2.2. Befunde zum Extremismus: Erwachsene	403
3.2.3. Befunde zum Extremismus: Jugendliche	409
4. Die Prävention von Gewalt und politischem Extremismus	421
4.1. Grundsätze der Gewaltprävention	422
4.2. Die Präventions von politischem Extremismus	425
5. Ausblick	434
5.1. Inhaltliche Anregungen	435
5.2. Methodische Anregungen	441

Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven¹

1. Einleitung

Gewalt und Radikalität sind Themen mit hoher Aktualität und „Dauerbrenner“ in den Medien. Dies ist folgenreich: Laut einer bundesweit repräsentativen Befragung aus dem Jahr 2017 haben 71 % der deutschen Angst vor Terrorismus und 62 % Angst vor politischem Extremismus.² Diese beiden Ängste führen damit aktuell die Hitliste der Ängste der Deutschen an.

Gewalt und Radikalität umfassen zugleich ein breites Spektrum an Verhaltensweisen; zudem sind zumindest unter dem Begriff der Radikalität auch spezifische Einstellungsmuster zu fassen, was das Spektrum der zu betrachtenden Phänomene noch einmal vergrößert. Das verbindende Moment zwischen all diesen Phänomenen ist, dass sie als mögliches Ende eines Radikalisierungsprozesses verstanden werden können. Sowohl die Gewaltanwendung als auch verschiedene Formen der Radikalität sind Ergebnis einer Radikalisierung. Insofern handelt es sich in gewisser Weise um Äquivalente, die an dieser Stelle gemeinsam betrachtet werden können, wobei gleichwohl ein Schwerpunkt auf das Thema extremistischer Radikalität gelegt werden soll.

Radikalität bedeutet entsprechend des lateinischen Wortstamms, dass spezifische Ideen „zu Ende gedacht“, „bis zu den Wurzeln“ gedacht werden. Dabei kann es sich um verschiedene Ideen handeln; vor dem Hintergrund der derzeitigen Lage im deutschsprachigen Raum werden auch in diesem Gutachten nicht alle möglichen Formen der extremistischen Radikalität betrachtet, sondern es geht um ideologisch-politische Formen der Radikalität. Für diese bietet sich der Begriff des politischen Extremismus an. Politischer Extremismus ist eine aktuelle Form der Radikalität. Nachfolgend soll dabei eine Betrachtung verschiedener politischer Extremismen erfolgen, d.h. unter dem Begriff der Radikali-

¹ Der Autor bedankt sich für die vielfältigen Anregungen zu einer ersten Version des Gutachtens im Rahmen des Heiligenberger Gesprächs am 23.2.2018. Der Dank gilt namentlich Andreas Armbrorst, Andreas Beelmann, Marc Coester, Stefan Daniel, Irmtraud Eckart, Miryam Eser, Michaela Glaser, Claudia Heinzelmann, Anja Herold-Beckmann, Thomas Heppener, Bernd Holthusen, Saskia Lützing, Erich Marks, Andreas Mayer, Thomas Müller, Jürgen Mutz, Harald Schmidt und Céline Sturm.

² <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen>

tät wird nicht allein der islamistische Extremismus (auch als Dschihadismus oder Salafismus³ bezeichnet) verstanden, sondern es werden ebenso der Rechtsextremismus und der Linksextremismus als derzeit besonders relevante Formen des politischen Extremismus berücksichtigt.

Anspruch der nachfolgenden Ausführungen ist es dabei, empirisch, d.h. datenbasiert die aktuelle Lage und derzeitige Entwicklungstrends einzuschätzen. Aus diesem Grund werden in umfassender Form verschiedene Statistiken präsentiert. Hierzu gehören Hellfelddaten der Polizeilichen Kriminalstatistik ebenso wie Dunkelfelddaten aus Befragungsstudien, zu denen verschiedene Sonderauswertungen dargestellt werden. Auf Basis der Analyse von empirischen Daten ist es einerseits möglich, sich den realen Entwicklungen anzunähern, die i.d.R. weniger dramatisch ausfallen als dies allgemein angenommen wird – gerade zu den Themen Gewalt und Radikalisierung sind Dramatisierungen wenig hilfreich. Andererseits ermöglicht die differenzierte Betrachtung, einige Leitlinien bzw. Herausforderungen für die zukünftige Präventionsarbeit zu benennen.

Auch wenn Gewalt und Radikalität vor allem im Jugend- und Heranwachsendenalter einen Zuspruch erfahren, wird sich nachfolgend nicht allein auf die Betrachtung dieser Altersgruppen beschränkt. Dies würde verhindern, die Rolle anderer Altersgruppen adäquat in den Blick zu nehmen. Anspruch ist es, den deutschsprachigen Raum zu betrachten, wobei insbesondere bei den empirischen Auswertungen Ergebnisse aus Deutschland im Mittelpunkt stehen.

2. Begriffe, Modelle und Faktoren

2.1. Begriffe und Modelle

Als Gewalt kann der intentionale Einsatz physischer oder mechanischer Kraft durch Menschen, der sich unmittelbar oder mittelbar gegen andere Personen richtet, verstanden werden (vgl. u.a. Böttger 1998). In der Literatur werden unter dem Begriff der Gewalt auch verbal oder relational schädigende Verhaltensweisen verstanden, für die jedoch der Begriff der Aggression angemessener ist.⁴ Im Folgenden wird nicht die gesamte Spannbreite negativer, potentiell schädigender, aggressiver Verhaltensweisen betrachtet, sondern es wird eine Fokussierung auf physische Gewalt vorgenommen, d.h. entsprechend der Klassifikation von Buss (1961) auf direkt-körperliches, aggressives Verhalten (Übergriffe wie Schlagen, Treten, Angriff mit Waffe), da für diese Gewaltform Daten aus dem Hell- wie dem Dunkelfeld vorliegen

³ Bezüglich des Begriffs Salafismus ist darauf hinzuweisen, dass verschiedene Formen des Salafismus zu unterscheiden sind, die nicht alle gleichermaßen die Anwendung von Gewalt gutheißen (vgl. u.a. Armbrorst/Attia 2014).

⁴ Relationale Aggression umfasst, dass die soziale Integration einer Person bewusst manipuliert wird, diese ausgeschlossen, ignoriert usw. wird (vgl. u.a. Iltel et al. 2008).

und da dieses Verhalten im besonderem Maße (u.a. auch dann, wenn es in Zusammenhang mit extremistischen Zielen steht) dazu beiträgt, Empfinden, Denken und Handeln der Bevölkerung im Allgemeinen und Politik im Besonderen zu beeinflussen.⁵

Im Gegensatz zum Begriff der physischen Gewalt geht das Verständnis zum Begriff der Radikalität weit auseinander. Gewöhnlich wird dabei nicht der Begriff Radikalität, sondern der Radikalisierung genutzt. Auch dabei handelt es sich um einen umstrittenen, in verschiedener Art und Weise benutzten und insgesamt unklaren Begriff (u.a. Malthaner 2017). Einigkeit besteht insofern darin, dass es sich um einen Prozess handelt, der dazu führt, dass sich Personen oder Gruppen radikalieren, und zwar hinsichtlich ihrer Überzeugungen oder ihres Verhaltens. Obwohl sich der Begriff Radikalisierung auf die kollektive Ebene beziehen kann und hier beschreibt, wie sich Gruppen, Organisationen, Parteien usw. verändern (u.a. Della Porta 1995), soll an dieser Stelle die individuelle Ebene im Mittelpunkt stehen, wobei nicht ignoriert werden darf, dass „individual trajectories are linked to social contexts“ (Malthaner 2017, S. 377) und daher die individuelle Radikalisierung mit kollektiven Radikalisierungen in Beziehung steht. Mit Khosrokhavar (2014) kann Radikalisierung dann als Prozess definiert werden, der dazu führt, dass Individuen Gewalt einsetzen, um extremistische Ideen durchzusetzen. Allerdings ist es wichtig, gleichfalls die ideologische Radikalisierung zu betrachten, d.h. die Übernahme extremistischer Einstellungen, die auch als Vorläufer oder Auslöser extremistischer Gewalt gelten können.

Der Fokus auf die individuelle Ebene lässt sich u.a. mit dem „Spezifitätsproblem“ (Pisoiu 2013, S. 48) begründen: Makro- und Mesoansätze können nicht erklären, „dass nicht alle Individuen, die von Radikalisierungsfaktoren betroffen sind, sich auch tatsächlich radikalieren und gewalttätig werden. Zudem sind nicht alle sich radikalierenden Individuen von diesen strukturellen Ursachen und Prozessen betroffen“.

Auch Alava et al. (2017) weisen auf die verschiedene Verwendung des Begriffs Radikalisierung hin, der z.T. synonym zu Begriffen wie Fundamentalismus, Dschihadismus, Extremismus oder Terrorismus verwendet wird. In Übereinstimmung mit der Definition der Europäischen Union bzw. der Vereinten Nationen⁶ definieren sie Radikalisierung wie folgt: „the term [...] is referred to as a process that leads to extremism and possibly terrorism“. In dieser Definition klingt eine wichtige Unterscheidung an: zwischen Radikalität und

5 Insofern wird an dieser Stelle auch nicht der Bereich der strukturellen Gewalt betrachtet, worunter u.a. „Diskriminierung, die ungleiche Verteilung von Einkommen und Ressourcen sowie eingeschränkte Lebenschancen aufgrund von Armut, Naturkatastrophen und Umweltverschmutzung“ fallen (Kailitz 2007, S. 134).

6 Vgl. u.a. https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/crisis-and-terrorism/radicalisation_en

Extremismus. Radikalität kann nicht generell als problematisch eingestuft werden, sondern kann auch zu Innovation und damit zu gesellschaftlichem Fortschritt führen, worauf bereits Moscovici (1976) aufmerksam gemacht hat; ökologische oder feministische Bewegungen stehen beispielhaft für eine innovative Radikalität. Extremismus hingegen schließt die Zustimmung zur Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der Ziele ein: „Während Extremisten Gewalt zur Veränderung der Gesellschaft einsetzen, tun Radikale das nicht unbedingt, obwohl auch ihr Ziel die Umwälzung der herrschenden Verhältnisse ist“ (Aslan et al. 2018, S. 18).

An dieser Stelle soll sich daher an der Definition von Belmann et al. (2017, S. 441) orientiert werden, nach der es sich bei der Radikalisierung um einen Entwicklungsprozess handelt, „an dessen Ende eine von geltenden Rechtsnormen signifikant abweichende extremistische Grundhaltung steht, die auf eine gewaltsame Änderung bestehender gesellschaftlicher und staatlicher Verhältnisse ausgerichtet ist“; oder wie Neumann (2013, S. 874) noch kürzer und prägnanter formuliert: „the process whereby people become extremists“.

Statt der Radikalität werden daher im Folgenden Phänomene des Extremismus (und Prozesse, die zum Extremismus führen) betrachtet. Dabei soll sich entsprechend der aktuellen gesellschaftlichen Relevanz auf Formen des politischen Extremismus konzentriert werden. Politischer Extremismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und einerseits dessen „konstitutionelle Komponente (Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz), andererseits seine demokratische (Volkssouveränität, menschliche Fundamentalgleichheit)“ (Goertz/Goertz-Neumann 2018, S. 11) beseitigen oder einschränken möchte. Die verschiedenen Extremismen haben demnach einige Gemeinsamkeiten: sie richten sich gegen das Grundgesetz bzw. die Verfassung eines Landes; sie sind anti-demokratisch, anti-pluralistisch und autoritär; sie sind intolerant, nicht an Kompromissen interessiert, einem Schwarz-Weiss-Denken verhaftet; sie lehnen das geltende Recht ab; sie betrachten alle Mittel als gerechtfertigt, um ihre Ziele zu erreichen (vgl. auch Schmid 2011, S. 630). Auch Eser Davolio und Lenzo (2017, S. 12) stellen die Gemeinsamkeiten verschiedener Formen des politischen Extremismus heraus: Hierzu zählen, das Schwarz-Weiß-Denken, Freund-Feind-Schemata, der Wahrheitsanspruch, die Kameradschaft, die Demokratiefeindlichkeit, die Medienfeindlichkeit und der Antisemitismus. Der Gegner des politischen Extremismus ist der demokratische Verfassungsstaat, der gekennzeichnet ist durch: „Abwahlmöglichkeit, Gewaltenteilung, Grundrechte, Individualitätsprinzip, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität“ (Pfahl-Traugher 2017, S. 47). Die Haltung zur Demokratie ist neben der Gewaltbefürwortung Merkmal, in dem sich Radikale und Extremisten deutlich unterscheiden: „while radicals might be vio-

lent or not, might be democrats or not, extremists are never democrats“ (Schmid 2013, S. 10).

Zusammenfassend lässt sich politischer Extremismus daher wie folgt definieren: Hierunter werden diejenigen Einstellungsmuster und Verhaltensweisen bezeichnet, die durch eine Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, seiner Grundwerte und Verfahrensregeln gekennzeichnet sind und die anstreben, diesen – unter Anwendung von Gewalt – zu überwinden (vgl. Baier et al. 2016). Beelmann (2017, S. 9ff) folgend umfasst Extremismus vier Kernelemente: 1. Ausgeprägte Vorurteilsstrukturen (beim Rechtsextremismus z.B. Ethnozentrismus); 2. Wahrnehmungen von Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen; 3. eine klare Einstellung gegen Demokratie und Menschenrechte; 4. eine Gewaltaffinität bzw. Gewaltbereitschaft und/oder ein (politisch motiviertes) Gewalthandeln. Zu unterscheiden sind aktuell mindestens drei Formen des politischen Extremismus:⁷

- der *islamistische Extremismus*: Ziel ist, „das politische System und das gesellschaftliche und kulturelle Leben auf der Grundlage einer extremistischen Interpretation des Islam zu ändern und nur diese eigene Koraninterpretation anzuerkennen“ (Goertz/Goertz-Neumann 2018, S. 17). Dass der islamistische Extremismus einen politischen Extremismus darstellt, kann mit Bezug auf dessen politische Ziele begründet werden, die u.a. beinhalten: Befreiung islamischer Staaten von „gottlosen“ Regierungen, Vertreibung westlicher Besatzungsmächte, Zurückdrängen des kulturellen Einflusses des Westens, Errichtung eines islamischen Staats (Ceylan/Kiefer 2018, S. 45).
- Zum *Rechtsextremismus* existieren verschiedene Definitionen. Als wesentlich für den Rechtsextremismus kann gelten, dass dieser das Prinzip der Gleichheit aller Menschen negiert und dass Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus wesentliche Kernelemente darstellen. Goertz und Goertz-Neumann (2018, S. 93) benennen noch weitere Elemente wie den Rassismus, den Antisemitismus, den Autoritarismus und den Antipluralismus (der aber letztlich alle Extremismen kennzeichnet).
- Als *Linksextremismus* wird die Orientierung bezeichnet, die auf „eine sozialistische bzw. kommunistische oder eine ‚herrschaftsfreie‘ Gesellschaft“ (Goertz/Goertz-Neumann 2018, S. 164) abzielt. Als weitere Ideologieelemente lassen sich u.a. der Anti-Faschismus oder die Anti-Gentrifizierung benennen (ebd., S. 168ff). Auch van Hüllen arbeitet in seiner Befragung von linken Jugendlichen heraus, dass der „Kampf gegen Rechts“ von besonderer Relevanz ist und ein „überraschend hohes Ausmaß an Bereitschaft [exis-

⁷ Neben diesen Extremismusformen werden auch weitere extremistische Gruppierungen unterschieden, so bspw. vom Verfassungsschutz die Scientology Organisation, die PKK oder die sog. Reichsbürger/Selbstverwalter (s.u.). Diese Extremismusformen werden unter dem Obergriff „politisch motivierte Kriminalität“ zusammengefasst (s.u.).

tiert; d.A.] gegen die abgelehnte Fremdgruppe mit Gewalt vorzugehen“ (S. 111).

Letztlich charakterisieren neben den angesprochenen verbindenden Elementen der verschiedenen Extremismen (Demokratiefeindlichkeit, Gewaltbefürwortung, Freund-Feind-Denken usw.) jeweils spezifische ideologische Ziele die einzelnen Extremismusformen. Baier und Manzoni (2017) haben hierzu eine eigene Konzeption vorgelegt und Messinstrumente konstruiert, um die verschiedenen Extremismen in standardisierten Befragungen zu erfassen. Die ideologischen Ziele des Rechtsextremismus bestehen demnach in der Diktaturbefürwortung, dem Sozialdarwinismus, dem Rassismus, der Ausländerfeindlichkeit, der Muslimfeindlichkeit und dem Antisemitismus. Der Linksextremismus ist gekennzeichnet durch Kommunismus, eine No-Border-Orientierung, Kapitalismusfeindlichkeit und Feindlichkeit gegenüber Polizei und Staat. Im islamistischen Extremismus geht es um diese Ziele: Einführung von Gottesstaat und Sharia, Höherwertigkeit des Islam, Feindlichkeit gegenüber dem Westen, Feindlichkeit gegenüber nichttraditionellen Muslimen, Feindlichkeit bzgl. der autochthonen Bevölkerung (z.B. Deutschenfeindlichkeit).

Ein wichtiges Kennzeichen des politischen Extremismus besteht dahingehend, dass einerseits Verhaltensweisen, andererseits Einstellungen zu beachten sind. Bislang dominiert dabei die Einstellungsforschung. Allerdings finden sich auch verschiedene Studien, die extremistische Täter zum Ausgangspunkt der Analyse machen. Alles in allem werden extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen weitestgehend unabhängig voneinander untersucht. Auch im Folgenden werden daher diese Untersuchungsebenen getrennt betrachtet. Wenn extremistisch motivierte Gewalt ausgeübt wird, dann wird diesbezüglich auch von Terrorismus gesprochen (vgl. für eine Diskussion des Begriffs auch Armbrorst 2017). Terrorismus beinhaltet, dass Gewalt gegen Personen oder Sachen ausgeführt wird, um politische, religiöse oder ideologische Ziele zu erreichen.

Im Zusammenhang mit dem Begriff der Radikalisierung wird zudem dem Konzept der De-Radikalisierung verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei ist zwischen De-Radikalisierung und „disengagement“ zu unterscheiden. „Deradikalisierung beschreibt eine Umkehrung des kognitiven Radikalisierungsprozesses, also in der Regel die Aufgabe einer extremistischen Ideologie. Disengagement demgegenüber meint das Aufgeben gewalttätigen oder terroristischen Handelns, wobei die entsprechende Ideologie beibehalten werden kann“ (Illgner 2017, S. 17). Auch in dieser Definition spiegelt sich die Unterscheidung zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen.

Der Prozess der Radikalisierung, d.h. der Prozess der Entwicklung zum Extremisten, wurde verschiedentlich versucht modellhaft abzubilden. Auf die mittlerweile zahlreichen Modelle der Radikalisierung kann an dieser Stelle nicht im Detail eingegangen werden (vgl. u.a. Ceylan/Kiefer 2018, S. 49ff). Ferguson et al. (2008) haben u.a. anhand des Nord-Irland-Konflikts verschiedene Faktoren benannt, die dazu beitragen, dass es zur Radikalisierung von Personen, insbesondere den Anschluss an gewalttätige Gruppierungen kommt. Hierzu zählen bspw. die Existenz von Missständen und wahrgenommenen Ungerechtigkeiten, die von gesellschaftlichen Subgruppen thematisiert werden. Diese Missstände („political grievances“) können sich nicht nur auf die kollektive Ebene beziehen (z.B. Benachteiligung und Unterdrückung bestimmter Gruppen), sondern auch auf die individuelle Ebene (Ungerechtigkeiten und Viktimisierungserfahrungen, die eine Person selbst betreffen (vgl. McCauley/Moskalenko 2008). Die Bedeutsamkeit von „grievances“ betont auch das Vier-Stufen-Modell von Borum (2011a). Dieses Modell versucht, die Veränderungen abzubilden, die zum terroristischen Denken führen. Ausgangspunkt ist, dass eine Situation oder ein Ereignis als „not right“ eingestuft wird (der Missstand). Im darauffolgenden Schritt wird dieser Missstand als „not fair“, als ungerecht betrachtet. Der dritte Schritt umfasst, dass Verantwortung für diese Ungerechtigkeit attribuiert wird (auf Personen, Gruppen, Staaten). Zuletzt kommt es zur Abwertung bzw. Dämonisierung des Verantwortungsträgers, womit eine Rechtfertigung für die Anwendung von Gewalt gegeben ist. Ähnliche Stufenmodelle stammen bspw. von Moghadam (2005) oder Wiktorowicz (2005). Auch die Studie von Schils und Verhage (2017) bestätigt, dass wahrgenommene Missstände für die extremistische Radikalisierung wichtig sind: „feelings of general discontent and perceived injustice bring people to search for alternatives“ (S. 15).

Generell ist, wie bei anderen Phänomenen auch, davon auszugehen, dass Radikalisierung multikausal bedingt ist. „Causal factors often include broad grievances that ‚push‘ individuals toward a radical ideology and narrower, more specific ‚pull‘ factors attract them“ (Borum 2011a, S. 57). Precht (2007) unterscheidet zwischen drei verschiedenen Bereichen, in denen Faktoren für eine Radikalisierung zu verorten sind:

- die Hintergrundfaktoren: Hierzu gehören bspw. Identitätskrisen oder persönliche Traumata;
- die auslösenden Faktoren: Dies können spezifische politische Ereignisse sein;
- die Opportunitätsfaktoren: Hierzu zählen bestimmte Umweltfaktoren, z.B. Orte, an denen Treffen stattfinden können. Neumann und Rogers (2008) zählen in Bezug auf den Prozess der islamistischen Radikalisierung hierzu u.a. Moscheen oder islamische Bücherläden einerseits, Gefängnisse und Flüchtlingsunterkünfte (d.h. Orte, an

denen sich vulnerable Personen überproportional häufig finden lassen) andererseits. Diese ließen sich ebenso für den Linksextremismus oder Rechtsextremismus benennen (z.B. Szenetreffs).

Malthaner (2017) fasst den Prozess der Radikalisierung pointiert wie folgt zusammen: Es handelt sich um „individual pathways of ‚becoming an extremist‘“ (S. 392), „triggered by a personal crisis, facilitated by (pre-existing) personal ties, and driven by dynamics within small groups of friends“ (S. 382).

Leuschner et al. (2017) formulieren anhand von sechs Thesen ein Modell, um den Prozess der Radikalisierung zu beschreiben, wobei sie insbesondere die Gemeinsamkeiten zwischen terroristischen Anschlägen und School-shootings herausarbeiten. Ihre erste These lautet: „Ausgangspunkt der Vorfeldentwicklung sind persönliche Kränkungen und Krisen (personal grievances)“ (S. 59). Diese Kränkungen und Krisen führen zu einer „suchenden und sondierenden Haltung in Bezug auf neue Lebenskonzepte und Deutungsmuster“ (S. 61); hiermit einher geht eine Öffnung für extremistische Ideologien. Wird das „Selbstkonzept im Lichte der Ideologie interpretiert“, kommt es zu einer „Neudefinition des Selbstkonzepts“ und zu einer „Zuspitzung der Radikalisierung“ (S. 64).

Auch Matt (2017) skizziert ein Modell der Entwicklungspfade in die Radikalität. Der Einstieg erfolgt demnach über Beziehungen zu Personen, die bereits aktiv sind, oder aber über das Internet. Motiviert wird dieser Einstieg durch eine Unzufriedenheit mit der eigenen Situation. In den Beziehungen zu aktiven Personen bzw. aufgrund der Internetaktivitäten entsteht ein Gefühl der Zugehörigkeit und damit einer Unterscheidung von Ingroup und Outgroup. Im nächsten Schritt erfolgt eine allmähliche Loslösung vom bisherigen Leben, den bisherigen Haltungen, Beziehungen und Gewohnheiten. Auf diesem Weg wird eine neue, bedeutsame Identität aufgebaut. Als zentral wird in dieser Konzeption der Gruppenprozess erachtet, durch den eine Zugehörigkeit etabliert wird.

In der Transformative Learning Theory (Willner/Dubouloz 2010) wird davon ausgegangen, dass persönliche Krisen den Ausgangspunkt für eine Radikalisierung darstellen. Können diese Krisen nicht mit den vorhandenen Möglichkeiten (sog. meaning schemes) bewältigt werden, so werden neue Muster gesucht, die identitätsstiftend sind. Hiermit verbunden ist eine Offenheit auch für extremistische Deutungen und Angebote. Krisen und Erfahrungen des Scheiterns werden auch von Steffen (2015) als Ursache für eine Radikalisierung benannt. Ähnlich formuliert Zick (2017, S. 23): Der Radikalisierungsprozess „kann bei Erfahrungen beginnen, wie z.B. individuelle Missachtungs- und Desintegrationserfahrungen, die zu einer Nähe zu anderen Personen führen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben und mit denen sich soziale Motive einfacher erfüllen lassen. Die Nähe erhöht die

Wahrscheinlichkeit der Annahme von Botschaften, die Überzeugungen enthalten. Diese binden sich an extremistische Gruppen oder bilden sie, sodass sich ultimative Identitäten entwickeln. In diesem Zug bilden sich sukzessive radikale Strukturen und Interaktionssysteme heraus, die unabhängig von allen individuellen Erfahrungen und Motiven die Subjekte prägen“ (Zick 2017, S. 23).

Eine Herausforderung für alle Modelle ist, dass Einstellungen und Verhaltensweisen nicht notwendiger Weise übereinstimmen müssen. Oder anders ausgedrückt: Es gibt Personen, die gewalttätige oder extremistische Einstellungen befürworten, aber nicht entsprechend handeln; und es gibt Personen, die sich gewalttätig und extremistisch verhalten, deren Ursachen aber nicht in entsprechenden Einstellungen und Überzeugungen liegen (u.a. Borum 2011). Verschiedene Autoren schlagen daher vor, den Prozess der Radikalisierung zu unterscheiden von Einstellungen vom Prozess der Radikalisierung des Verhaltens (z.B. McCauley/Moskalenko 2014). Aslan et al. (2018, S. 19) sprechen von „kognitiver und gewalttätiger Radikalisierung“.

Von besonderer Bedeutung ist zudem, dass Radikalisierung nicht allein auf Krisen und wahrgenommenen Missständen beruhen muss. Personen, die bereits eine kriminelle Vergangenheit haben, die u.a. auf Sozialisationsdefiziten beruht, wenden sich ebenfalls nicht selten dem Extremismus zu, weil sie hier ihr Bedürfnis nach Risiko und Gewalt ausleben können. So zeigt sich bspw., dass etwa zwei Drittel der aus Deutschland nach Syrien bzw. in den Irak ausgereisten Personen vor diesem Radikalisierungsschritt bereits kriminell auffällig gewesen waren (Bundeskriminalamt 2016). In Bezug auf Rechtsextreme und Linksextreme bestätigen Eilers et al. (2015), dass häufig eine kriminelle Vorgeschichte vorhanden ist. Für den Rechtsextremismus weisen auch bereits die Ergebnisse von Willems et al. (1993) darauf hin, dass sich allgemein auffällige bzw. kriminelle Jugendliche häufiger dem Rechtsextremismus anschließen.

Auch die Analyse von straffällig gewordenen islamistischen Aktivisten bestätigt, dass es mehrere Wege der Radikalisierung gibt (Srowig et al. 2017). Zwar verweist diese Analyse darauf, dass persönliche Krisen im Sinne einer Erkrankung oder eines Verlusts einer nahestehenden Person von Bedeutung sind. Zugleich werden auch allgemeine, delinquenzerhöhende Einflussfaktoren identifiziert, so z.B. Gewalterfahrungen in der Familie sowie Alkohol- und Drogenkonsum.

Die Ausführungen zu den verschiedenen Modellen der Radikalisierung können grafisch anhand Abbildung 1 zusammengefasst werden. Unterschieden werden darin zwei Pfade der Radikalisierung. Der erste Pfad bezieht sich darauf, dass mikro- und mesosoziale Hintergrundfaktoren eine kriminogene Sozialisation zur Folge haben. Dieser Pfad bildet mehr oder weniger eine delinquente Karriere ab, die in spezifischen Per-

sönlichkeitsmerkmalen (u.a. geringe Selbstkontrolle und Empathie, Defizite in der Informationsverarbeitung, geringe Bildung) und familiären, schulischen oder nachbarschaftlichen Bedingungen (u.a. negativer elterlicher Erziehungsstil, schulischer Misserfolg, geringe soziale Kohäsion im Wohnumfeld) ihren Ausgangspunkt hat. Ergebnis der kriminogenen Sozialisation ist eine fehlende Norminternalisierung; es besteht eine Identität, die Delinquenz einschließt und die auch eine Bereitschaft beinhaltet, sich im Bereich des politischen Extremismus zu engagieren.

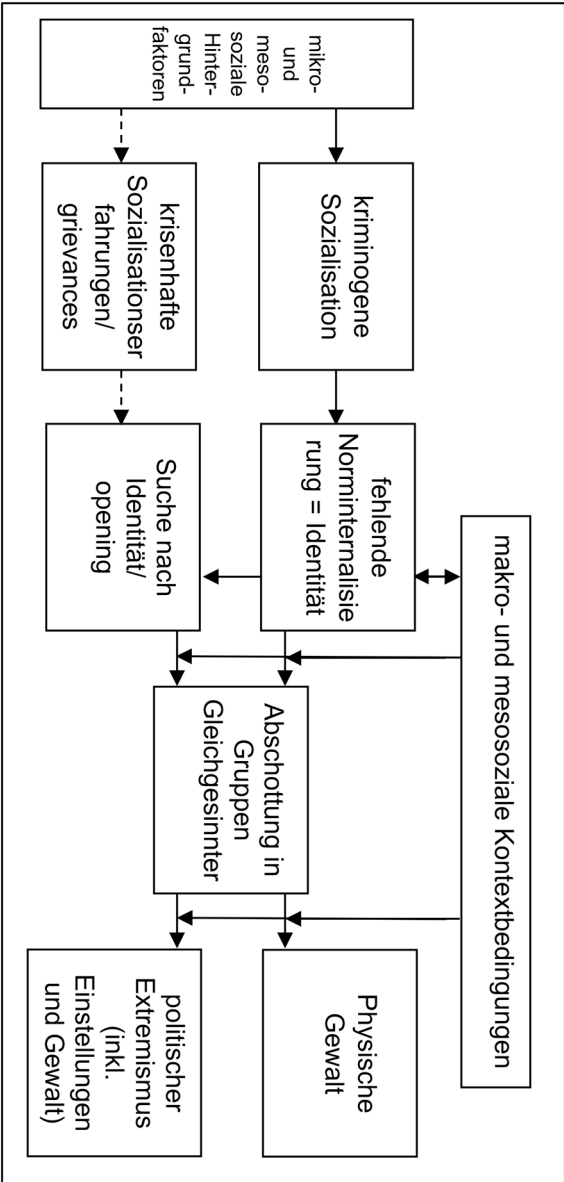
Der zweite Pfad (gestrichelte Pfeile) fußt nicht auf defizitären Sozialisationserfahrungen, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass diese durchaus eine Bedeutung dafür haben, wie mit krisenhaften Situationen umgegangen wird. Ausgangspunkt dieses Pfades sind krisenhafte Erfahrungen, die sich auf die persönliche Ebene beziehen können (z.B. Krankheit, Trennung/Tod eines Elternteils, Benachteiligungserleben) oder aber auf die soziale Ebene (insb. Wahrnehmung gesellschaftlicher Missstände im Umgang verschiedener Gruppen miteinander). Diese krisenhafte Situation löst eine Identitätskrise, die Suche nach einer neuen Orientierung, nach Sinn aus. Es findet eine identitätsbezogene Öffnung für Neues statt.

Wie Abbildung 1 verdeutlicht, sind für die Phasen der Identitätsformierung (Pfad 1) und der Identitätssuche (Pfad 2) makro- und mesosoziale Kontextbedingungen bedeutsam. Als Kontextbedingungen sind dabei verschiedene Faktoren zu betrachten: die Existenz und Aktualität von Ideologien oder religiösen Ideen; die Verfügbarkeit von Verhaltensvorbildern; die Gegenwart spezifischer Opportunitäten (z.B. Angebote extremistischer Gruppierungen im Wohnort); das Vorhandensein von Akteuren, die Normenkonformität stützen (z.B. Eltern, Lehrkräfte, Präventionsaktive). Die makro- und mesosozialen Kontextbedingungen wirken sich moderierend auf die weitere Entwicklung aus; dies macht die Erklärung bzw. Prognose individueller Entwicklungen schwer: Auch wenn eine kriminogene Sozialisation oder krisenhafte Sozialisationserfahrungen vorliegen, ist keine lineare Entwicklung zu Gewalt und Extremismus vorgegeben. Entscheidend ist, wie diese Erfahrungen mit dem Umfeld interagieren.

Wenn das Umfeld hierfür die Voraussetzungen liefert, dann zeigt sich häufig, dass der weitere Weg in Richtung Gewalt und Extremismus über Gruppen Gleichgesinnter führt. Diese Gruppen führen zu einer Abschottung gegenüber der Außenwelt; es werden eigene Norm- und Wertesysteme etabliert, die spezifische Einstellungen und Verhaltensweisen nahe legen. Gleichfalls bedeutet eine Abschottung in Gleichgesinntengruppen nicht, dass notwendig physische oder extremistische Gewalt gezeigt wird. Auch hier sind Kontextbedingungen förderlich oder hinderlich – wie generell nicht immer die Ausübung von Gewalt am Ende der Entwicklung stehen muss. So kann die Ausführung einer Gewalttat durch

Sicherheitsbehörden oder auch einfach durch umstehende Personen verhindert werden.

Abbildung 1: Modell der Radikalisierung (eigene Darstellung)



Das in Abbildung 1 dargestellte Modell der Radikalisierung ist als ein Versuch der Ordnung des bisherigen Erkenntnisstandes zum Thema Radikalisierung einzustufen. Es beansprucht nicht, alle vorhandenen Wege der Radikalisierung abzubilden. Es versucht zugleich, Gewalt und Extremismus als Resultat von zwei möglichen Entwicklungspfaden zu sehen und damit auf Ähnlichkeiten in den Entstehungsprozessen der unterschiedlichen Phänomene hinzuweisen. Diese zwei Entwicklungspfade stellen Idealtypen dar; zwischen diesen Pfaden sind vielfältige Überschneidungen denkbar. Die Suche nach Identität kann bspw. auch für den Pfad der kriminogenen Sozialisation von Bedeutung sein.

2.2. Hintergrundfaktoren und Kontextbedingungen

Zu den verschiedenen in Abbildung 1 aufgeführten, die Radikalisierung beeinflussenden Hintergrundfaktoren und Kontextbedingungen liegen Befunde empirischer Studien vor.⁸ In diesem Abschnitt sollen ausgewählte Forschungsbefunde hierzu präsentiert werden.

Beelmann et al. (2017) kritisieren mit Bezug auf den Erkenntnisstand zu Einflussfaktoren der Radikalisierung, dass bislang keine entwicklungsorientierte Perspektive festzustellen ist. Anzustreben ist – wie in Bezug auf die Erklärung von Gewaltverhalten – die Identifikation von übergreifenden psycho-sozialen Entwicklungsbedingungen, da nur auf dieser Basis auch wirksame Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickelt werden können. Vorgeschlagen wird von Beelmann et al. (2017) ein Erklärungsmodell, das gesellschaftliche von sozialen und individuellen Risikofaktoren unterscheidet. Vergleichbar unterscheiden Frindte et al. (2016) Prädiktoren, die sich auf die Wahrnehmung makrosozialer, mesosozialer und mikrosozialer Bedingungen beziehen. Entsprechend der Unterscheidung in Abbildung 1 werden auch von anderen Autoren die Einflussfaktoren von Gewalt und Extremismus auf unterschiedlichen Ebenen vertort. Pisiou (2013) unterscheidet bspw. die Makro-, Meso- und Mikroebene. Auch Bögelein et al. (2017) differenzieren die Einflussfaktoren entlang der Unterscheidung von Gesellschaft, Gruppe und Individuum. Vergleichbare Modelle finden sich im Bereich der Gewaltforschung (u.a. Beelmann/Raabe 2007).

2.2.1. Mikrosoziale Hintergrundfaktoren

Personenmerkmale: Beelmann et al. (2017, S. 444) vermuten, dass sich „extremistische Gewalt wahrscheinlich zu grossen Anteilen durch ähnliche Faktoren erklären [lässt; d.A.] wie andere Gewalttaten“. Personen, die Gewalt und

⁸ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es zu den Phänomenen der physischen Gewalt und des Rechtsextremismus eine Vielzahl empirischer Studien gibt, zu den Phänomenen des Linksextremismus und des islamistischen Extremismus hingegen bislang nur sehr wenige Studien vorliegen.

Aggression als Mittel der Konfliktlösung einsetzen und insofern eine dissoziale Auffälligkeit aufweisen, dürften damit ein höheres Risiko der Radikalisierung aufweisen. Zusätzlich werden von Beelmann et al. (2017) u.a. folgende individuelle Risikomerkmale genannt: problematische sozial-kognitive Verarbeitungsmuster, überhöhter Selbstwert, Abenteuerlust und Impulsivität.

Insbesondere in der Rechtsextremismusforschung werden verschiedene persönlichkeitsbezogene Erklärungsansätze diskutiert, die ihren Ausgangspunkt u.a. in der Theorie der autoritären Persönlichkeit haben. Dabei werden u.a. der Autoritarismus oder die Dominanzorientierung in einen Zusammenhang mit Extremismus gebracht.

Nach Dugas und Kruglanski (2014) ist Radikalisierung ein Ergebnis der Suche nach persönlicher Bedeutung („Quest for Significance“). Hier gibt es einen Bezug zu Ansätzen, die die Identitätssuche oder den Anerkennungsverlust für bedeutsam halten. Chassman (2016, S. 248) fasst dementsprechend ihre Analysen zum islamischen Staat wie folgt zusammen: „IS is successful at recruiting foreign fighters because of its ability to appeal to people facing confusion about their identities or experiencing frustration at their perceived grievances.“

Zusätzlich werden Persönlichkeitsmerkmale als Einflussfaktoren diskutiert, die auch in der kriminologischen Literatur als relevante Risikofaktoren eingestuft werden, so z.B. die niedrige Selbstkontrolle. Anhand einer Befragung von Jugendlichen in Belgien bestätigen Pauwels und De Waele (2014), dass Impulsivität (als Dimension der niedrigen Selbstkontrolle) in einer signifikanten Beziehung mit der Ausübung politischer Gewalt steht. Für Deutschland zeigen Baier et al. (2016), dass eine hohe Risikobereitschaft mit Extremismus in Beziehung steht.

Religiosität: Primär in Bezug auf den islamistischen Extremismus wird die Frage diskutiert, ob die Stärke der religiösen Bindung an den Islam ein Risikofaktor der Radikalisierung ist. Der Forschungsstand zu dieser Frage ist bislang nicht einheitlich. Beller und Kröger (2017) kommen anhand einer über 6.000 Muslime aus verschiedenen Ländern umfassenden Studie zum Ergebnis, dass die Häufigkeit des Besuchs von Moscheen mit einer stärkeren Befürwortung extremistischer Gewalt einhergeht, die persönliche Bedeutsamkeit der Religion die Befürwortung hingegen senkt.

Dass die Religiosität ein zentraler Einflussfaktor islamistischer Radikalisierung ist, wird unter Bezug auf zwei Erkenntnisse der Forschung bezweifelt: Zum einen konnte gezeigt werden, dass viele Islamisten „religiöse Analphabeten“ (Dantschke 2014a) sind, d.h. keine religiöse Sozialisation erlebt haben und auch keine starke Bindung aufweisen. Zum anderen zeigt sich, dass ein nicht kleiner Anteil der Islamisten Konvertiten sind und insofern ebenfalls keine islamisch-

religiöse Sozialisation in Kindheit und Jugend erfahren haben (vgl. Steffen 2015).

Eilers et al. (2015) kommen in ihrer Aufarbeitung des Literaturstandes zu dem Schluss, dass Religiosität – oder im Bereich anderer Extremismen spezifische Ideologien – für die Radikalisierung eine untergeordnete Rolle spielen: Religiosität und Ideologie „kommt offenbar eher die Bedeutung eines gruppenbildendes Stilmittels“ zu, mit der Bedeutung, „sich gegenseitig zu erkennen und vor allem die eigene Gruppe gegenüber anderen Gruppen abzugrenzen“ (S. 39); zusätzlich dient sie der Rechtfertigung begangener Gewalttaten: „sowohl linke, rechte als auch islamistische Extremisten greifen auf ideologische Narrative zurück, um begangene Taten zu legitimieren und auch vor sich selbst zu rationalisieren“ (S. 40). In Bezug auf eine Studie zu linken Jugendlichen fasst van Hüllen (2013) seine Ergebnisse damit übereinstimmend wie folgt zusammen: So „herrschte bei vielen Befragten in politischen Grundfragen ein ausgeprägter Pragmatismus vor. Eher patchworkartige Weltbilder wurden aus inkonsistenten, manchmal widersprüchlichen Wertemustern zusammen gebastelt“ (S. 111).

Die Frage des Einflusses der Religiosität steht auch in einer französischen Debatte im Mittelpunkt. Von Giles Kepel wird dabei die These vertreten, dass sich der Islam radikalisiert hat; dies bedeutet, dass der islamistische Extremismus im Islam angelegt ist – in diesem Sinne wird Religiosität dann auch eine Rolle bei der Radikalisierung zugeschrieben. Die Gegenthese wird von Olivier Roy vertreten, der von einer Islamisierung der Radikalität spricht, d.h. allgemein delinquente Personen legitimieren ihr Handeln mit dem Islam, den man sich „in einer kruden und einfältigen Form angeeignet [hat; d.A], die nichts mit dem traditionellen Islam gemein“ hat (Dziri/Kiefer 2018, S. 24). Eine islamische Religiosität wäre in dieser Hinsicht kein eigenständiger Risikofaktor für Radikalisierung. Diese Sichtweise wird durch die Analyse von Chatprotokollen einer salafistischen WhatsApp-Gruppe gestützt, in der „alle Gruppenmitglieder offenkundig nur über rudimentäre oder gar keine Islamkenntnisse verfügen“ (ebd., S. 56). Stattdessen wird auf die Propaganda dschihadistischer Gruppen rekurriert, mit der Folge, dass der Islam auf eine „gewaltlegitimierende Religion“ (S. 57) verkürzt wird. Einem „Lego“-Baustein-Prinzip folgend ziehen die radikalisierten Islamisten Elemente des Islams heran, die ihre Sicht stützen, „aber kaum noch Elemente einer islamischen Religiosität“ darstellen (S. 57).

Auf Basis einer Analyse von Syrien-Rückkehrern resümiert Weber (2017), dass bei „keinem der Angeklagten eine gefestigte religiöse Identität festzustellen war. Es handelt sich bei allen um Personen, die man als religiöse Analphabeten bezeichnen kann“ (S. 149).

Allerdings finden sich auch mit der Sichtweise von Giles Kepel übereinstimmende Überlegungen: Pfahl-Taughber (2007) führt bspw. verschiedene Argumente auf, mit denen eine Nähe zwischen Islam als Religion und islamistischem

Extremismus begründet werden kann. Hierzu zählen: Absolutheitsanspruch und Ausgrenzung, Staatsgebilde mit Gott als Souverän und damit fehlende Trennung von Religion und Staat, Verbindung zwischen Religion und Krieg. Mittels einer qualitativen Studie mit inhaftierten Islamisten stützen Aslan et al. (2018) die Sichtweise, dass eine islamische Religiosität die Hinwendung zum islamistischen Extremismus mit bedingt. Religion stellt sich den Ergebnissen der Studie als „einer der wichtigsten Faktoren in den Radikalisierungsprozessen“ heraus (S. 268); dementsprechend verhindert die Auffassung „All das hat mit dem Islam nichts zu tun“ [...] in der islamischen Community die dringend notwendige Auseinandersetzung mit einer radikalierenden Theologie“ (S. 268).

Die verschiedenen Befunde unterstreichen, dass weitere Studien zum Zusammenhang von Religiosität und Radikalisierung notwendig sind. Rieker (2012) vermutet, dass die Zustimmung von Muslimen zu religiös konnotierter Gewalt vor allem zwei Erklärungen hat: 1. Persönliche Erfahrungen von Diskriminierung und Marginalisierung bzw. die Wahrnehmung, dass dies für die Gemeinschaft der Muslime gilt; 2. die Einbindung in jugendkulturelle Gruppenstrukturen mit einer Gewaltaffinität. Insofern sind es nicht spezifische religiöse Inhalte, die islamistischem Extremismus Vorschub leisten, sondern spezifische soziale Bedingungen. Dies sollte zukünftig weiter untersucht werden.

Geschlecht: Gewalt und Extremismus sind in erster Linie männliche Phänomene. Gleichwohl gibt es ebenso Frauen, die ein entsprechendes Verhalten zeigen. Hinsichtlich des Anschlusses von Frauen an den islamistischen Extremismus wird vermutet, dass die Orientierung an traditionellen, patriarchalischen Werten eine Rolle spielt. Es wird sich für eine eindeutige Frauenrolle entschieden und es wird sich gegen die emanzipierte Rolle der Frauen in westlichen Gesellschaften gestellt (u.a. Matt 2017). Dies bestätigt auch Musial (2016, S. 79): „Women are clearly awarded with the domestic role serving as mothers and wives. It can therefore be assumed that girls travelling to the Islamic State are fully aware and supportive of their new life that completely contradicts the female emancipation of their home countries.“

Baer und Weilnböck (2017, S. 87ff) identifizieren in Bezug auf junge Mädchen und Frauen drei Risikofaktoren des Anschlusses an extremistische Szenen: erstens familiäre Konflikte verbunden mit chronischem emotionalen Stress, zweitens familiäre Vorbelastungen bspw. im Sinne eines Vorlebens extremistischer Haltungen, drittens Gelegenheitsstrukturen im Umfeld. Alles in allem folgern die Autoren aber: „Frauen radikalieren sich überwiegend aus gleichen oder sehr ähnlichen Gründen wie Männer – und sind mit derselben persönlichen Entschiedenheit engagiert“ (S. 90).

Besonderheiten der Radikalisierung von Frauen konstatiert das Bundeskriminalamt (2016): „Frauen radikalieren sich schneller und eher in nicht öffentlich zugänglichen sozialen Umfeldern“ (S. 61). Dies gilt allerdings stärker für den islamistischen Extremismus; im Bereich des Links- und des Rechtsextremismus ist es hingegen der Fall, dass Frauen aktiv und sichtbar am Szeneleben teilnehmen.

Psychische Störungen: Inwieweit Gewalt und Extremismus auch ein Ausdruck psychischer Störungen sind, wird in verschiedenen Studien untersucht. Corner et al. (2016) weisen darauf hin, dass hierbei zwischen Einzel- und Gruppentätern zu unterscheiden ist. Unter terroristischen Einzeltätern sind dabei folgende drei Störungen häufiger zu finden: Schizophrenie, wahnhaftige Störungen und psychotische Störungen. Für andere Krankheitsbilder wie z.B. depressive Störungen oder Angststörungen ergeben sich hingegen keine Hinweise auf im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höhere Prävalenzraten; vergleichbare Befunde berichten Bhui et al. (2014). Für terroristische Täter, die in Gruppen agieren, lassen sich keine Hinweise auf erhöhte Prävalenzen psychischer Störungen finden. Insofern schizophrene Störungen allgemein mit Gewaltverhalten assoziiert sind (vgl. u.a. Hodgins 2008), erscheint es in präventiver Hinsicht geboten, die Erkennung und Behandlung dieser Störungsbilder weiter zu optimieren.

Leuschner et al. (2017, S. 60) gehen davon aus, dass weniger Psychopathologien sondern Persönlichkeitsakzentuierungen mit einer Radikalisierung in Verbindung stehen. Hierzu zählen sie soziale Unsicherheit, narzisstische und psychopathische Persönlichkeitsstrukturen und ein hohes Aggressionspotenzial (s. Personenmerkmale).

Diskriminierungs- und Deprivationserfahrungen: Insbesondere mit Blick auf den islamistischen Extremismus wird die Rolle von Diskriminierungserfahrungen als Ursache des Anschlusses diskutiert. Matt (2017, S. 255) schreibt hierzu: „Sie fühlen sich fremd, ‚abgehängt‘ von der Gesellschaft und den Zukunftschancen. Dem Looser-Sein gilt es zu entkommen. Diese Faktoren werden oftmals als Erklärungsmodell genutzt, der Zusammenhang zum Radikalisierungsprozess ist methodisch allerdings nicht gesichert aufzeigbar“. Eilers et al. (2015, S. 56) berichten als Ergebnis ihrer Literaturübersicht hingegen, dass Diskriminierungserfahrungen für eine islamistische Radikalisierung bedeutsam sind: „Besonders relevant scheinen vor allem Diskriminierungserfahrungen zu sein, die aus dem Kontakt mit Behörden und der Polizei resultieren.“

Neben direkten können auch indirekte Diskriminierungserfahrungen als Einflussfaktoren des islamistischen Extremismus betrachtet werden. Hiermit ist gemeint, dass Muslime im öffentlichen Diskurs u.a. durch eine Gleichsetzung von islamischer Religion und Extremismus kollektiv stigmati-

siert werden: „Das Leben als Muslim oder Muslima in Zeiten von Terrorismus(-verdacht) kommt also zu den Anforderungen eines Lebens als Mitglied einer kulturellen Minderheit erschwerend hinzu“ (Schiefer et al. 2013, S. 140).

Recht bedeutsam dürften zudem Erfahrungen von Deprivation sein. Insbesondere aus der Rechtsextremismusforschung ist bekannt, dass Erfahrungen relativer und fraternaler Deprivation die Wahrscheinlichkeit erhöhen, extremistische Orientierungen aufzubauen.⁹ Weniger relevant sind hingegen Formen von absoluter Deprivation (z.B. geringes Einkommen). Damit übereinstimmend formuliert Böckler (2017) in Bezug auf die islamistische Radikalisierung, „dass es weniger ein niedriges Bildungsniveau ist, das die Vulnerabilität für die Hinwendung [...] bedingt, sondern vielmehr Gefühle relativer Deprivation“ (S. 127). Auch Steffen (2015, S. 13) vermutet mit Blick auf den islamistischen Extremismus, dass Armut und mangelnde Bildung keine relevanten Einflussfaktoren sind. Bhui et al. (2014) berichten auf Basis einer Befragung von Muslimen in England sogar, dass ein höheres Einkommen mit einer stärkeren Sympathie für gewaltsamen Protest und terroristische Anschläge einhergeht. Auch Eilers et al. (2015, S. 46) bestätigen, dass Personen mit islamistischen Einstellungsmustern ebenso wie Linksextremisten höher qualifiziert sind, wobei sie zugleich darauf hinweisen, dass der Einstieg ins Berufsleben bei beiden Gruppen häufiger nicht gelingt. Allerdings finden sich auch gegenteilige Auffassungen über den Einfluss absoluter Deprivation: „Die Anfälligkeit scheint besonders groß bei benachteiligten Jugendlichen mit mehrfachen und dauerhaften Diskriminierungs- bzw. Ausschlussereignissen sowie bei enttäuschten Aufsteigern zu sein“ (El-Mafaalani 2017, S. 88). Lützing (2010) berichtet zudem, dass die Biografien von Extremisten u.a. von multiplen Problemen in der Familie, von Misserfolgen in Schule und Beruf, von einer erhöhten Risikobereitschaft sowie einer Identitätsproblematik gekennzeichnet waren.

2.2.2. Mesosoziale Hintergrundfaktoren

Elternhaus und Schule: Wie in Bezug auf das Gewaltverhalten allgemein wird auch für den Extremismus ein Einfluss von Elternhaus und Schule vermutet. Beelmann et al. (2017) benennen bspw. folgende Faktoren: ausbleibende oder problematische Wertevermittlung in Elternhaus und Schule; elterliche Vorurteile; familiäre Konflikte; Erfahrung von Gewalt in der Familie. Auch Glaser et al. (2017) benennen verschiedene Ebenen des Einflusses des Elternhauses auf die Radikalisierung, so die direkte Übertragung von Einstellungen von Eltern auf die Kinder, verschiedene sozio-emotionale

⁹ Relative Deprivation bezeichnet die Wahrnehmung, dass man selbst im Vergleich zu anderen benachteiligt ist. Die fraternal Deprivation umfasst die Wahrnehmung, dass die Eigengruppe im Vergleich zu einer Fremdgruppe benachteiligt ist. Diese gruppenbezogenen Benachteiligungswahrnehmungen dürften für verschiedene Formen der Radikalisierung relevant sein (vgl. grievances).

Belastungen (z.B. negatives Familienklima) und biografische Brüche und Krisen (z.B. Verlusterfahrungen).

Sikkens et al. (2017) folgern auf Basis einer qualitativen Studie mit elf radikalisierten Personen und ihren Familien, dass es einen Einfluss der Familie gibt: Die Mehrheit der Familien waren von Scheidung, Abwesenheit des Vaters, Krankheit oder besonderen Todesfällen betroffen. Diese Ereignisse haben möglicherweise das Ausmaß an Aufmerksamkeit und Kontrolle für die Entwicklung der Kinder reduziert, so dass Eltern nicht angemessen auf problematische Veränderungen reagieren konnten. „Such circumstances do not in themselves explain the process of radicalization, but can form a fertile breeding ground for it“ (S. 213).

Eilers et al. (2015) weisen darauf hin, dass bislang nur wenige Befunde zum Einfluss der Familie für die linksextreme und islamistische Radikalisierung vorliegen. Neben risikoerhöhenden familiären Bedingungen (z.B. Gewalterfahrungen im Elternhaus) sollte verstärkt ein Fokus auf schützende Faktoren gelegt werden: Hierzu zählt u.a. „ein positives, unterstützendes und vertrauensvolles Familienklima“ (S. 68). Auch Herding (2013) konstatiert, dass der Einfluss des Elternhauses und der Erziehung auf die islamistische Radikalisierung bislang wenig erforscht ist. „Ein direkter Zusammenhang zwischen (autoritärer) Erziehung und der Akzeptanz eines radikalen Islam ist [...] bisher nicht nachweisbar“ (ebd. S. 27).

In Bezug auf linksaffine Jugendliche ist die Befundlage ebenfalls nicht eindeutig. So resümieren Kühnel und Willems (2016): „Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass viele linke Aktivist/inn/en ihre zentrale politische Bewusstseinsbildung in familiären Herkunftsmilieus entwickelt haben, in denen Informiertsein, Mitdenken, Sich-Einmischen und Mitgestalten als Kernelemente eines bürgerlichen Demokratieverständnisses noch vorhanden sind“ (S. 124).

Medienkonsum: Derzeit wird sich besonders intensiv mit der Frage des Einflusses des Medienkonsums auf die (vor allem islamistische) Radikalisierung beschäftigt. Dass es generell einen Einfluss des Gewaltmedienkonsums auf Gewalteinstellungen und Gewaltverhalten gibt, auch wenn die Zusammenhänge eher gering ausfallen, wird weithin anerkannt (u.a. Anderson et al. 2010). Frischlich et al. (2017) weisen daneben nach, dass medial präsentierte extremistische Propaganda durchaus einen Effekt hat und extremistische Einstellungen fördern kann.

Der Einfluss der Medien auf die Entwicklung der extremistischen Radikalisierung ist dennoch umstritten (Alava et al. 2017). Zum einen wird davon ausgegangen, dass Internet und soziale Medien (Chats, Facebook, Twitter, YouTube usw.) relevant sind, indem sie Teilrealitäten schaffen, die Hass, Verschwörungstheorien und extremistische Inhalte kultivieren und bei den Nutzern verstärken können („Echo-

Chambers“). Zum anderen wird bezweifelt, dass Medieninhalte direkte Wirkungen auf die Nutzenden entfalten; die Erfahrungen in der nicht-medialen Realität werden als deutlich bedeutsamer für die extremistische Radikalisierung eingestuft. Schils und Verhage (2017) berichten, dass das Internet von Extremisten hauptsächlich genutzt wird, um Offline-Aktivitäten vorzubereiten und Offline-Kontakte aufrecht zu erhalten; „almost all respondents said they first heard of their group by means other than the internet“ (ebd., S. 13). Auch das Bundeskriminalamt (2016) schreibt auf Basis einer Analyse zu Dschihadreisenden, dass „ein direkter persönlicher Austausch mit Gleichgesinnten für die weitere Radikalisierung bedeutsamer [ist; d.A.] als der Konsum von extremistischer Internetpropaganda [...] Radikalisierung findet überwiegend in einem realen sozialen Umfeld statt“ (S. 60).

Zweifelsohne werden die Medien intensiv von extremistischen und gewaltverherrlichenden Gruppierungen genutzt, so z.B. um junge Menschen mit interaktiven, nutzerfreundlichen Plattformen anzusprechen, ideologische Inhalte zu verbreiten, Personen in Aktivitäten einzubinden und Netzwerke aufzubauen, persönliche Kommunikationen aufzubauen und in Dialog mit jungen Menschen zu treten oder Gemeinschaften zu etablieren (Alava et al. 2017, S. 19f). Generell zielen extremistische Gruppierungen dabei besonders auf junge Menschen, die sich in einer Lebensphase befinden, in der die Suche nach Zugehörigkeit und Verbundenheit einen hohen Stellenwert hat. Die (sozialen) Medien können dabei unterstützen, zentrale Entwicklungsaufgaben des Jugendalters zu bewältigen. „Startpunkt weiterer Forschung kann nur die Überzeugung sein, dass es nicht das Internet und die Sozialen Medien sind, die Extremismus erzeugen, sondern dass die Hinwendung zu Rechtsextremismus und Dschihadismus Gegebenheiten des Aufwachsenskontextes von Jugendlichen im Zusammenwirken mit personalen Dispositionen entspringt, die dann ab einem gewissen Punkt des Radikalisierungsprozesses eine Eigendynamik entwickeln.“ (Boehnke et al. 2015, S. 32)

Die empirische Befundlage erlaubt es bislang nicht, die Rolle der Medien exakt einzuschätzen. Die vorhandenen Studien sind mehr beschreibend als erklärend; „the current state of evidence [...] is very limited and still inconclusive“ (Alava et al. 2017, S. 43). Ganz ähnlich äußern sich Boehnke et al. (2015, S. 54): Bei den bislang vorliegenden Arbeiten handelt es sich um solche, „die mehr oder weniger plausible Annahmen über Hinwendungs- und Radikalisierungssequenzen aufzeigen und mit überwiegend als anekdotisch zu bezeichnenden empirischem Material unterfüttern.“ Medien können möglicherweise im wörtlichen Sinne eher als Vermittler denn als Ursachen der Radikalisierung eingestuft werden: „There is not sufficient evidence to conclude that there is a causal relationship between online extremist propaganda [...] and the violent radicalization of young people“ (Alava et al. 2017, S. 46).

Der Medienkonsum ist aber nicht nur mit Blick auf soziale Medien und den kommunikativen Austausch unter Gleichgesinnten von Bedeutung. Sowohl in Bezug auf den Rechtsextremismus als auch auf den islamistischen Extremismus wird der Musik eine bindende Wirkung zugeschrieben (vgl. u.a. Maiwald 2014, Dantschke 2014). Eine Analyse rechtsextremer Musik bestätigt dabei, dass Antisemitismus und Bezüge zum Nationalismus an Bedeutung gewinnen. „Ebenso zu beobachten ist eine erneute Radikalisierung etwa durch die Verherrlichung des Holocaust und explizite Aufrufe zu Gewalt“ (Hajok/Wegmann 2016, S. 13). Und Dantschke (2014, S. 106f) schreibt mit Bezug auf Nasheeds: Die transportierte Botschaft lautet „Als Muslime seid ihr die Fremden und da ihr zu den ‚wahren Gläubigen‘ gehört, seid ihr auch die ‚Fremden‘ innerhalb der muslimischen Community [...] Leidet also nicht darunter, ausgegrenzt zu werden, sondern seht es als Bestätigung dafür, zur auserwählten Gruppe zu gehören. Das ist für Jugendliche natürlich ein attraktives Angebot.“ Diese Botschaft stößt bei vulnerablen Jugendlichen auf besonderes Interesse und kann Grundlage für eine weitere Radikalisierung sein.

Peergroup: Häufig wird darauf verwiesen, dass Entwicklungsprozesse, die in Gewalt und Extremismus enden, durch Beziehungen zu Verwandten, Freunden und anderen Bekannten initiiert werden. Malthaner (2017) spricht von der „mobilization via pre-existing social ties“. In der kriminologischen Forschung zur Ursachen von Gewalt und Kriminalität ist diese Rolle von Peers seit längerem bekannt: „Perhaps the most consistent finding in the literature on the causes of delinquency is that adolescents with delinquent peers are more likely to be delinquent themselves“ (Agnew 1991, S. 47).

Die hohe Relevanz der persönlichen Netzwerke wird auch für den Bereich der islamistischen Radikalisierung berichtet. Hier wird davon ausgegangen, „dass sich bis zu 75 % der sich Radikalisierenden aufgrund von Freundschafts- und Familiennetzwerken und deren religiöser Ausrichtung einer [...] Gruppe anschließen“ (Goertz/Goertz-Neumann 2018, S. 53).

Der von Eilers et al. (2015, S. 73f) vorgelegte Forschungsüberblick zeigt, dass der Risikofaktor Peergroup „der am häufigsten thematisierte Einflussfaktor“ ist. Die Radikalisierung vollzieht sich meist in der Gruppe, an die sich primär nicht aufgrund ideologischer Überzeugungen, sondern wegen anderer Gründe (u.a. Zugehörigkeit) angeschlossen wurde. Der Peergruppeneinfluss wird dabei als deutlich bedeutsamer als der Medieneinfluss eingestuft: „Das Internet kann als Werkzeug für Kommunikation und die Verbreitung bestimmter Inhalte und Symbole gesehen werden, spielt für die Zugehörigkeit zu diesem radikalen Milieu verglichen mit den Face-to-Face-Beziehungen aber eine untergeordnete Rolle“ (Alsan et al. 2018, S. 266).

Auch für Jugendliche mit linker Orientierung wird der Stellenwert der Peers betont. So haben die Ergebnisse der Studie von Kühnel und Willems (2016) deutlich gemacht, „dass für viele der [...] untersuchten Jugendlichen erste eigene politische Aktivitäten [...] erst im Kontext von Peergruppen und jugendlichen Szenen bzw. Subkulturen stattgefunden haben“ (S. 124).

Zick (2017, S. 22) folgert daher: „Extremistische Radikalisierung ist ein sozialer Prozess, der in Gruppen stattfindet und sich auf Gruppen bezieht.“ Weber (2017, S. 150) konstatiert: „Vorwiegend radikalisiert sich die [...] Rückkehrer aber durch soziale Kontakte.“

Der hohe Stellenwert der Peergruppe für die Radikalisierung ist sicherlich auch den Prozessen geschuldet, die sich innerhalb von Gruppen abspielen. Borum (2017, S. 19) verweist im Speziellen auf folgende Prozesse: die Gruppenpolarisierung, das Gruppendenken, die Ingroup-Aufwertung, den Intergruppenvergleich, die Deindividuation und die Gruppennormen. Die verschiedenen Gruppenprozesse, die sich in radikalen Gruppierungen vollziehen, konnten kürzlich anhand eines Chatprotokolls einer salafistischen WhatsApp-Gruppe nachgezeichnet werden, wobei die Autoren folgern: „Die Gruppe befindet sich in einem sukzessiven Selbstisoliationsprozess. Ursache hierfür ist wesentlich das [...] Takfir-Prinzip“, durch das Personen zu Ungläubigen erklärt werden (Dziri/Kiefer 2018, S. 57).

Hinzuweisen ist zudem darauf, dass vorhandene Gruppierungen lokale Opportunitätsstrukturen darstellen. So berichten Schils und Verhage (2017, S. 11): „Initial engagement in a specific group seems to be largely dependent on what is (directly) available in the social environment. Most respondents get in touch with the specific groups and movements they end up joining almost accidentally.“ Auch Baier et al. (2016) folgern auf Basis ihrer Untersuchung, dass sich Jugendliche mit spezifischen Eigenschaften nicht bewusst einen bestimmten Extremismus aussuchen, sondern Anschluss an jenen Extremismus finden, zu dem sie leichter Zugang haben. Dies verweist darauf, die individuellen Einflussfaktoren in einem Zusammenhang mit den Angeboten im sozialen Umfeld der Jugendlichen zu untersuchen, um extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen besser verstehen und erklären zu können.

2.2.3. Meso- und makrosoziale Kontextfaktoren

Die Befunde zur Peergroup verweisen bereits darauf, Verhältnisse im nahen (Meso) und weiteren Umfeld (Makro) als moderierende Faktoren des Prozesses der Radikalisierung zu untersuchen. Die Spannweite möglicher Kontextfaktoren ist dabei groß. Im Bereich der Rechtsextremismusforschung wurde bspw. auf die Rolle von gesellschaftlichen Veränderungen hingewiesen, die Unsicherheiten und Bedrohungsgefühle (Stephan/Stephan 2000) auslösen können, die wie-

derum individuelle Neu-Orientierungen notwendig machen. Diese können mit einer „Flucht in die Sicherheit“ (Oesterreich 1996), d.h. Flucht in Eindeutigkeit und Halt gebende Ideologien einhergehen.

Beelman et al. (2017) benennen folgende makrosoziale Kontextfaktoren für den Prozess der Radikalisierung: Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen; Ideologien, die Gewalt gegen bestimmte Gruppen legitimieren; das Fehlen politisch geteilter positiver Werte; eine wachsende gesellschaftliche Ungleichheit; Arbeitslosigkeit und unsichere Zukunftsaussichten.

Eine in diesem Zusammenhang interessante Studie verweist zudem darauf, dass das regionale Meinungsklima ein auslösender Faktor auf der Mesoebene sein kann. Müller und Schwarz (2017) berichten, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen AfD-Aktivitäten auf Facebook und der Gewalt gegen Flüchtlinge. Belegt werden kann, dass entsprechende Aktivitäten zu Gewalt im lokalen Kontext führen. Die Resultate zeigen, dass „in the absence of anti-refugee posts on the AfD Facebook page 437 (13%) fewer anti-refugee incidents would have taken place“ (ebd., S. 26). Im Bereich der Rechtsextremismusforschung gibt es, im Unterschied zu anderen Extremismusbereichen, bereits eine längere Tradition, das lokale und regionale Umfeld als wichtigen Kontextfaktor zu betrachten, so z.B. die regionale politische Kultur, die regionale Wirtschaftssituation, die regionale Medienberichterstattung, das Vorhandensein einer mehr oder weniger aktiven Zivilgesellschaft u.a.m. (vgl. u.a. Baier/Pfeiffer 2010).

In Bezug auf Opportunitätsstrukturen und die islamistische Radikalisierung sind zusätzlich u.a. die Moscheevereine zu beachten, die als „ein sozialer Raum dienen, der Infrastruktur und Gelegenheit bietet, um sich mit Gleichaltrigen wie Gleichgesinnten auszutauschen“ (Srowig et al. 2017, S. 106). Auch Weber (2017, S. 149) schreibt, das existierende salafistische Vereinigungen „als Einstieg in die radikale Szene des Dschihadismus angesehen werden“.

Bei all den betrachteten Faktoren ist zu beachten, dass Personen nicht allein aufgrund bestimmter persönlicher Bedingungen in Richtung Extremismus und Gewalt gestoßen werden (push-Faktoren), sondern dass es ebenso Faktoren gibt, die Personen zum Extremismus ziehen (pull-Faktoren). Die verschiedenen Extremismen bieten – insbesondere für Jugendliche – attraktive Angebote (vgl. u.a. Steffen 2015, Schils/Verhage 2017); sie bieten z.B. Orientierung und Eindeutigkeit (u.a. Freund-Feind-Schema), klare Antworten auf existenzielle Lebensfragen, Sinnhaftigkeit, Gruppenzugehörigkeit und Gemeinschaft sowie die Möglichkeit, Protest zu artikulieren. Auch Ceylan und Kiefer (2018) listen verschiedene „Attraktivitätsmomente“ von Extremismus auf, wie: Nostalgie, Protest, Gegenentwurf, Selbstinszenierung,

Zugehörigkeit zu einer Avantgarde und damit verbunden die Selbsterhöhung, Bekleidungs- und Sprachcodes, Männlichkeit und Kriegerethik, Ausleben von Machtphantasien, Gemeinschaft und Kameradschaft. Diese Attraktivitätsmomente des Extremismus müssen verstanden werden, um vergleichbar attraktive Gegenangebote zu entwickeln.

3. Aktuelle Daten zu physischer Gewalt und politischem Extremismus

Über Ausmaß und Entwicklung von Gewalt und Extremismus können unter Verwendung verschiedener Datenquellen Aussagen gemacht werden. Zum einen werden entsprechende Straftaten von der Polizei registriert und in der Polizeilichen Kriminalstatistik bzw. in der Statistik zu politisch motivierter Kriminalität ausgewiesen. Diese sog. Hellfeld-Statistik bildet allerdings immer nur einen Teil aller begangenen Straftaten ab. Eine Registrierung hängt bspw. davon ab, ob eine Tat von einem Opfer oder einer anderen Person angezeigt wird bzw. ob die Polizei bei Ermittlungsarbeiten eine Straftat selbst aufdeckt. Ein je nach Delikt unterschiedlich großer Anteil an strafbaren Handlungen verbleibt im Dunkelfeld. In Bezug auf Gewaltkriminalität kann mittels Opferbefragung abgeschätzt werden, welcher Anteil an Taten im Dunkelfeld verbleibt und welcher Anteil im Hellfeld sichtbar ist. Die letzte umfassende deutschlandweit repräsentative Opferbefragung aus dem Jahr 2012 hat bspw. ergeben, dass 30,0 % der Raubtaten und 31,6 % der Körperverletzungen angezeigt werden (Birkel et al. 2014, S. 40). Für sexuelle Gewalt werden in andern Studien noch niedrigere Anzeigeraten berichtet: Hellmann (2014, S. 174) weist bspw. eine Anzeigerate von 15,5 % bei sexueller Gewalt aus. Mit Bezug auf Gewaltdelikte kann damit gefolgert werden, dass die Mehrheit der Taten nicht in den Hellfeld-Statistiken ausgewiesen wird. Mit dem großen Dunkelfeld verbindet sich ein zentrales Problem dieser Statistik: Über die Zeit ansteigende oder rückläufige Entwicklungen können sowohl tatsächliche Veränderungen markieren; sie können aber auch auf Veränderungen im Anzeigeverhalten oder in anderen Bereichen (z.B. Veränderungen der polizeilichen Ermittlungsaktivitäten, der Registrierungspraxis, gesetzlichen Rahmenbedingungen) zurückzuführen sein.

Eine andere Datenquelle, die über Ausmaß und Entwicklung von Gewalt Auskunft geben kann, sind Dunkelfeldstudien. Diese Studien erfassen sowohl diejenigen Taten, die polizeilich registriert werden, als auch die Taten, die nicht zur Anzeige gelangen. Dunkelfeldstudien sind i.d.R. so angelegt, dass eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung bzw. einer Bevölkerungsgruppe über Opfer- und/oder Täterschaften gewalttätigen Verhaltens befragt wird. Bislang gibt es in Deutschland keine wiederholt durchgeführten, repräsentativen Dunkelfeldbefragungen, wie das in anderen

Ländern der Fall ist.¹⁰ Nur für einzelne geografische Gebiete und spezifische Altersgruppen (i.d.R. Jugendliche) liegen derzeit Dunkelfelddaten vor, mit denen Entwicklungstrends sichtbar gemacht werden können. Befragungsstudien sind aber jenseits der Frage des Erlebens oder Ausübens von Straftaten noch in einer weiteren Hinsicht wichtig: Sie können Meinungsbilder in der Bevölkerung sichtbar machen. Sie erlauben insofern bspw. Extremismus- bzw. Radikalitätspotenziale zu identifizieren.

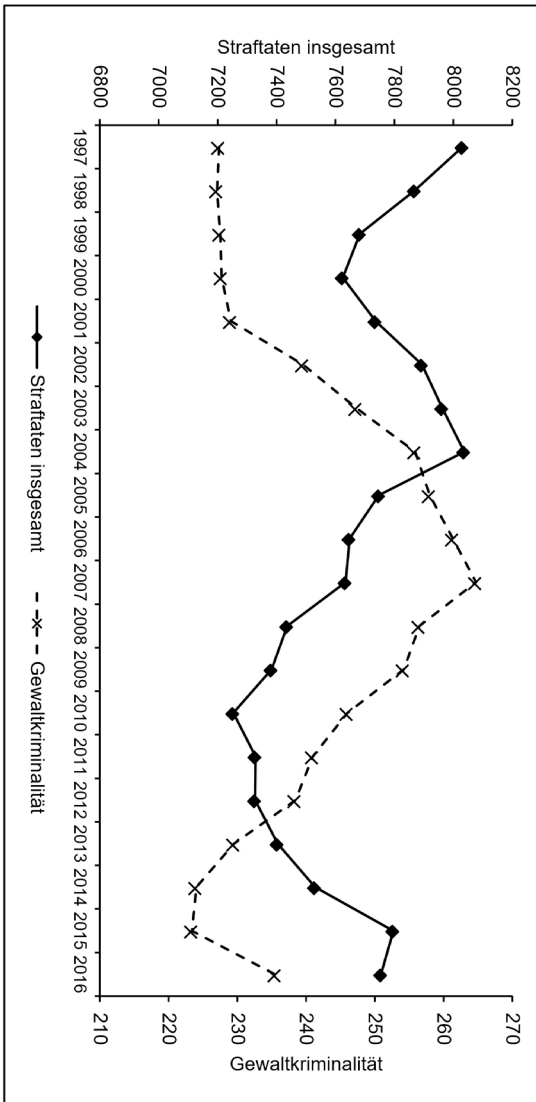
3.1. *Polizeiliches Hellfeld*

3.1.1. *Entwicklung der Gewaltkriminalität*

Im Folgenden werden zunächst Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik der letzten 20 Jahre vorgestellt. Abbildung 2 gibt die Entwicklung von Häufigkeitszahlen wieder. Häufigkeitszahlen geben an, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohnern registriert worden sind; es handelt sich also um relative Zahlen, die Veränderungen in der Bevölkerungsanzahl berücksichtigen. Dies ist deshalb nötig, weil eine steigende oder fallende Bevölkerungsanzahl unter ceteris-paribus-Bedingungen mit steigenden oder fallenden absoluten Fallzahlen von Straftaten einhergehen würde. Einerseits findet sich in Abbildung 2 die Entwicklung zu allen Straftaten, andererseits zu Straftaten aus dem Bereich der Gewaltkriminalität. Zur Gewaltkriminalität werden dabei primär die Delikte Mord/Totschlag, Vergewaltigung, Raub und schwere bzw. gefährliche Körperverletzung gezählt. Zu den Straftaten insgesamt ergibt sich eine uneinheitliche Entwicklung: Die Häufigkeitszahl fällt zunächst, um dann bis 2004 auf nahezu das Ausgangsniveau zu steigen. Anschließend ist ein starker Rückgang bis 2010 festzustellen, auf den wieder ein Anstieg bis 2015 folgt. Der Anstieg in den jüngeren Jahren ist dabei u.a. Anstiegen in folgenden Deliktsbereichen zuzurechnen: Wohnungseinbruchsdiebstahl, Drogendelikte, Beleidigungen, Delikte gegen das Aufenthalts-/Asylgesetz und Taschendiebstahl.

¹⁰ Ein deutschlandweit repräsentativer, kontinuierlich wiederholter Viktimisurvey befindet sich in Planung. In den USA wird seit 1973 der National Crime Victimization Survey, in Großbritannien seit 1982 der British Crime Survey/Crime Survey for England and Wales oder in Schweden seit 2006 eine Viktimisierungsbefragung.

Abbildung 2: Entwicklung der Häufigkeitszahl verschiedener Delikte seit 1997 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)



Von besonderem Interesse ist hier allerdings die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Im Jahr 1997 wurden deutschlandweit 186.447 Gewaltdelikte gezählt, was bei einer Bevölkerungsanzahl von 82 Millionen Menschen einer Häufigkeitszahl von 227 entspricht (227 Gewaltdelikte pro 100.000 Einwohner). Bis 2007 ist diese Zahl um ein Sechstel auf 265 gestiegen (217.923 Gewaltdelikte). Seit 2007 ist dann jedoch ein starker Rückgang der Häufigkeitszahl auf ein Niveau unter dem des Jahres 1997 festzustellen (2015: Häufigkeitszahl 223, 181.386 Delikte, Rückgang um -15,8 %). Im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 kommt es allerdings zu einem erneuten Anstieg (Häufigkeitszahl 236, Anstieg um 5,8 %). Letztlich belegen diese Auswertungen zur Gewaltkriminalität, dass Deutschland bei Betrachtung der letzten zehn Jahre von einem deutlichen Rückgang der Gewaltkriminalität geprägt ist. Für diesen Deliktsbereich zeichnet sich also eine positive Entwicklung ab.¹¹

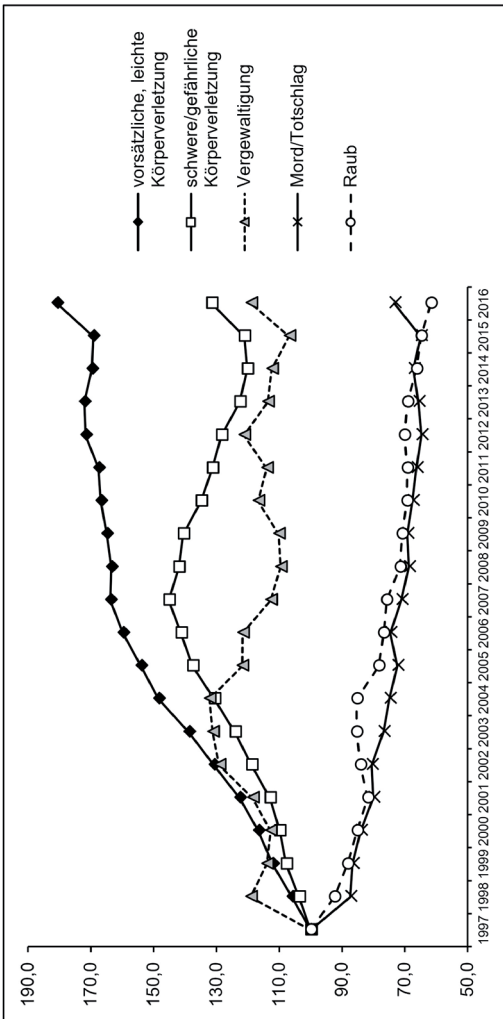
Wie erwähnt, werden primär vier Delikte unter der kriminalstatistischen Kategorie der Gewaltkriminalität gefasst. Für diese vier Delikte sind die Entwicklungen in Abbildung 3 dargestellt. Dabei wurden die Häufigkeitszahlen des Jahres 1997 auf 100 gesetzt, so dass die relativen Veränderungen sichtbar werden. Zu beachten ist, dass keine Aussage zur Häufigkeit der Delikte getroffen wird. Diese unterscheidet sich zwischen den Delikten deutlich. So wurden im Jahr 2016 140.033 schwere bzw. gefährliche Körperverletzungen und 43.009 Raubtaten registriert, aber nur 2.418 Fälle von Mord oder Totschlag (inkl. Versuche) und 7.919 Fälle von Vergewaltigungen. Werden die Entwicklungen betrachtet, so ist für alle vier Delikte festzustellen, dass das Niveau der Jahre 2015 und 2016 niedriger liegt als zu einem früheren Zeitpunkt. Für kein Delikt gilt also, dass es derzeit häufiger vorkommen würde als früher. Auch in einer deliktsspezifischen Betrachtung bestätigt sich also ein Rückgang der Gewalt in Deutschland. Besonders positive Trends zeichnen sich dabei für die Delikte Mord/Totschlag (Rückgang der Häufigkeitszahl um etwa ein Viertel seit 1997) und Raub (Rückgang um mehr als ein Drittel) ab. Die schweren bzw. gefährlichen Körperverletzungen sind zumindest seit 2007 um ca. ein Zehntel, die Vergewaltigungen seit 2004 ebenfalls

11 In der Schweiz und in Österreich zeigen sich ähnliche Entwicklungen; zu beachten ist in diesen Ländern freilich, dass nicht exakt dieselben Delikte zur Gewaltkriminalität gezählt werden wie in Deutschland, grosso modo dennoch ein Vergleich der Entwicklungen möglich ist. In der Schweiz sind dabei schweizweite Daten zu Gewaltstraftaten erst ab 2009 verfügbar. Während 2009 noch 49.392 Gewaltstraftaten registriert wurden, waren es 2015 nur noch 42.266 Gewaltstraftaten. Die Häufigkeitszahl hat sich von 641 auf 513 um 20,0 % reduziert, also stärker noch als in Deutschland. Im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 ist es zu einem geringfügigen Anstieg der Häufigkeitszahl um 0,6 % gekommen (Häufigkeitszahl 2016: 516). In Österreich werden im Zeitraum 2007 bis 2016 für das Jahr 2012 die meisten registrierten Gewalttaten ausgewiesen (44.290 Gewalttaten). Dies entspricht einer Häufigkeitszahl von 527. Bis 2015 fällt diese Zahl auf 470 (40.333 Gewalttaten), d.h. um 10,8 % (also etwas weniger als in Deutschland). Für Österreich zeigt sich im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 aber ein merklicher Anstieg der Häufigkeitszahl auf 495, was einer Zunahme um 5,4 % entspricht (vergleichbar mit Deutschland).

um etwa ein Zehntel zurückgegangen. Auffällig ist aber zu allen Delikten mit Ausnahme der Raubtaten ein merklicher Anstieg von 2015 auf 2016, der aber letztlich die positiven Entwicklungen nicht aufhebt.

Zusätzlich dargestellt in Abbildung 3 ist die Entwicklung der vorsätzlichen, leichten Körperverletzungen, die zwar nicht zur Gewaltdelinquenz gezählt werden, gleichwohl aber gewaltsame Übergriffe beinhalten. Bei diesem Delikt zeichnet sich ein kontinuierlicher Anstieg seit 1997 um über zwei Drittel ab. Es ist allerdings fraglich, ob dieser Trend tatsächlich einen Gegentrend zu den anderen Delikten markiert und damit auf eine zunehmende Gewalt in der bundesdeutschen Gesellschaft hinweist. Bedeutsam für diese Entwicklung dürfte die Veränderung der Anzeigebereitschaft sein: Wenn in den letzten 20 Jahren die Bereitschaft, auch leichtere Formen der Gewalt bei der Polizei anzuzeigen, gestiegen ist, so würde in der Statistik ein Anstieg der Zahlen sichtbar, auch wenn sich die Häufigkeit der Tatersübung nicht geändert hat. Anstiege der Anzeigebereitschaft werden bspw. für den Bereich des sexuellen Missbrauchs auf Basis von Dunkelfeldbefragungen berichtet (u.a. Stadler et al. 2012, S. 45ff). Es ist durchaus plausibel, anzunehmen, dass die Gründe für diese Entwicklung (zunehmende Sensibilisierung für Gewalt, zunehmende Enttabuisierung von Gewaltdelikten) auch auf andere Gewaltdelikte übertragen werden können.

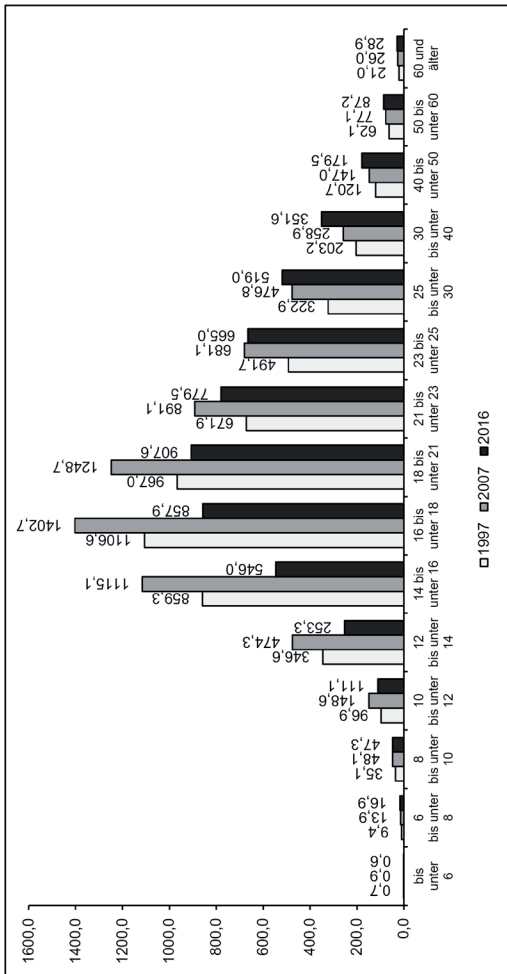
Abbildung 3: Entwicklung der Veränderung der Häufigkeitszahl verschiedener Gewaltdelikte seit 1997 (1997 = 100; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)



Wenn Fälle polizeilich aufgeklärt werden, was bei etwa drei Viertel der Gewaltdelikte geschieht, dann werden Tatverdächtige und zugehörige Merkmale wie das Alter, das Geschlecht oder die Staatsangehörigkeit bekannt. Wichtig ist, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass ein Tatverdacht nicht bedeutet, dass einer Person das Begehen einer Tat tatsächlich nachgewiesen werden kann. Bei einem Teil der Tatverdächtigen wird der Verdacht im weiteren Verfahren der Strafverfolgung nicht bestätigt. Auswertungen zu den von der Polizei als Tatverdächtige geführten Personen unterliegen damit einer gewissen Unsicherheit. In Abbildung 4 sind die Taverdächtigenbelastungszahlen für verschiedene Altersgruppen abgebildet. Auch hier handelt es sich um relative Zahlen (Anzahl Tatverdächtige pro 100.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe), die Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung berücksichtigen. Erkennbar wird die typische Alters-Kriminalitäts-Kurve, nach der Jugendliche (14- bis unter 18-jährige) und Heranwachsende (18- bis unter 21-jährige) besonders häufig als Täter der Gewaltkriminalität in Erscheinung treten, jüngere und ältere Altersgruppen z.T. deutlich weniger. Für alle unterschiedenen Altersgruppen ist dabei festzustellen, dass die Belastungszahl bis 2007 z.T. deutlich gestiegen ist; alle Altersgruppen sind also häufiger als Gewalttäter registriert worden. Bezüglich der Entwicklung danach ergeben sich aber deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen. Während sich die Belastungszahl der 14- bis unter 16-jährigen mehr als halbiert hat, hat es bei den ab 25-jährigen Altersgruppen weiterhin Anstiege gegeben. Dies führt letztlich dazu, dass sich die Alters-Kriminalitäts-Kurve abflacht und nach rechts verschiebt. Der Rückgang der Gewaltkriminalität ist damit in erster Linie ein Rückgang der Gewaltkriminalität der jüngeren Bevölkerung. Gerade in Bezug auf Jugendliche und Heranwachsende ist also nicht von einem Anstieg der Gewaltkriminalität, sondern von einem sehr ausgeprägten Rückgang der Gewalt seit 2007 auszugehen.¹² Inwieweit die Zunahmen bei den älteren Altersgruppen wiederum durch einen Anstieg der Anzeigebereitschaft mitbedingt sind, kann derzeit nicht gesagt werden.

¹² Auch in der Schweiz zeigt sich für Jugendliche ein deutlicher Rückgang der im Polizeilichen Hellfeld registrierten Gewaltstraftaten (Baier 2017).

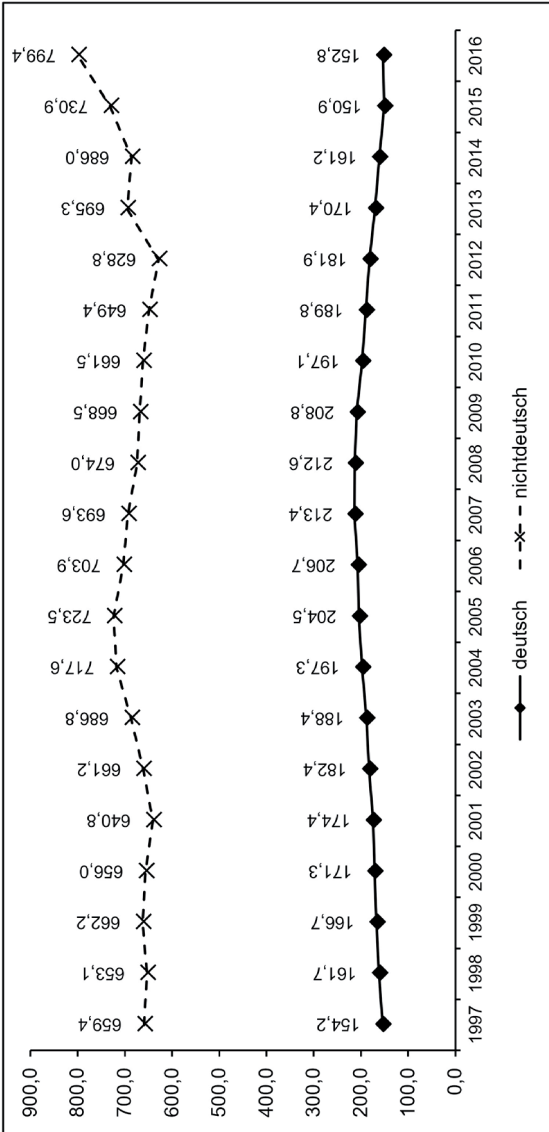
Abbildung 4: Tatverdächtigenbelastungszahl Gewaltkriminalität nach Altersgruppe für die Jahre 1997, 2007 und 2016 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)



Eine letzte Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Tatverdächtigen. Diese Auswertungen sind in doppelter Hinsicht zurückhaltend zu interpretieren: Erstens erfolgt diese Unterscheidung in der Kriminalstatistik allein auf Basis der Staatsangehörigkeit. Weitere Merkmale werden nicht berücksichtigt. Dies hat bspw. zur Folge, dass Tatverdächtige aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die einen Aussiedlerhintergrund haben und damit nicht selten selbst Migrationserfahrungen aufweisen, i.d.R. als deutsche Tatverdächtige geführt werden, türkische Tatverdächtige hingegen, die bereits in der zweiten oder dritten Generation hier leben, als Ausländer. Zweitens ist die Relativierung der ausländischen Tatverdächtigen an den Bevölkerungszahlen problematisch. Als ausländische Tatverdächtige werden bspw. auch Touristen oder illegal in Deutschland lebende Personen registriert (so sie eine Straftat begangen haben) – in den Einwohnerzahlen zählen diese Gruppen allerdings nicht mit. Die Einwohnerzahlen der ausländischen Bevölkerung sind zudem in Zeiten einer starken Zuwanderung, wie sie Deutschland in den Jahren 2014 bis 2016 erlebte, eher unzuverlässig, da die statistische Erfassung der Zuwanderer nur allmählich und lückenhaft erfolgt.¹³ Trotz dieser Einschränkungen werden in Abbildung 5 die Tatverdächtigenbelastungszahlen der Gewaltkriminalität für Deutsche und Ausländer präsentiert, weil diese zumindest Hinweise darauf zulassen, für welche Gruppe sich ein Anstieg zeigt – zumindest für die deutsche Bevölkerung sind die Zahlen verlässlich.

13 Da an dieser Stelle nur Straftaten aus dem Bereich der Gewaltkriminalität betrachtet werden, ist ein Problem des Vergleichs deutscher und ausländischer Tatverdächtiger vernachlässigbar, nämlich, dass weitestgehend nur Ausländer ausländerrechtliche Verstöße bzw. Verstöße gegen das Asylgesetz begehen können. Zentrale Probleme der Betrachtung ausländischer Tatverdächtigenbelastungszahlen der Gewaltkriminalität bestehen dagegen in folgenden Bereichen: Erstens werden Ausländer zwar in der Kriminalstatistik erfasst, z.T. aber nicht in der Bevölkerungsstatistik. Dies führt zu einer künstlichen Überhöhung der Belastungszahlen. Zweitens setzt sich die Gruppe der Ausländer soziodemografisch anders zusammen, insofern es sich häufiger um junge, männliche Personen handelt, die ein höheres Gewaltisiko aufweisen (unabhängig von der Herkunft). Drittens werden Ausländer häufiger angezeigt, gelangen also mit höherer Wahrscheinlichkeit ins polizeiliche Hellfeld (vgl. Baier 2015a).

Abbildung 5: Tatverdächtigenbelastungszahl Gewaltkriminalität für Deutsche und Ausländer (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)



Dass die Belastungszahl für Ausländer höher liegt, diese also häufiger als Gewalttäter in Erscheinung treten, ist wenig überraschend, wird deren demografische Struktur und deren durchschnittlich schlechtere soziale Lage betrachtet sowie die Erkenntnis berücksichtigt, dass ausländische Täter von den Opfern signifikant häufiger angezeigt werden (u.a. Baier et al. 2009, S. 43ff). Bedeutsam ist vielmehr, wie sich das Verhältnis der Belastungszahlen über die Zeit hinweg verändert: In den Jahren 2008 und 2009 fällt das Verhältnis der Tatverdächtigenbelastungszahlen am niedrigsten aus, d.h. hier war die Höherbelastung der Ausländer am geringsten. Seit dem gehen die Entwicklungen auseinander. Besonders deutlich wird dies nach 2013: Während die Belastungszahl der Deutschen fällt – und auch im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 zeigt sich nur ein kleiner Anstieg der Belastungszahlen – ergibt sich bei den Ausländern ein starker Anstieg der Belastungszahl. Es lässt sich daher folgern, dass die ansteigende Gewaltkriminalität in jüngster Zeit durch einen Anstieg der ausländischen registrierten Täter zu erklären ist. Werden die Tatverdächtigenbelastungszahlen des Jahres 2016 für die vier unter Gewaltkriminalität subsumierten Delikte betrachtet, so lässt sich zusätzlich folgern, dass der Abstand in den Tatverdächtigenbelastungszahlen für Mord/Totschlag, Raub und Vergewaltigung besonders groß ist, ausländische Tatverdächtige hier also im Vergleich zu deutschen Tatverdächtigen besonders häufig als Tatverdächtige in Erscheinung treten.

3.1.2. *Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität*

Seit dem 1.1.2001 erfolgt die statistische Erfassung politischer Straftaten anhand des Leitkonzepts der „politisch motivierten Kriminalität“ (vgl. Kubink 2002). In der im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik geführten und vom Bundesministerium des Innern als „Verfassungsschutzbericht“ veröffentlichten Statistik werden einerseits sog. Staatsschutzdelikte gezählt, wie z.B. der Landes-, Friedens- und Hochverrat, die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Straftaten gegen Verfassungsorgane oder die Bildung terroristischer Vereinigungen. Andererseits gehören hierzu Straftaten, die Anhaltspunkte dafür bieten, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, dass sie sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, dass sie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder dass sie gegen eine Person aufgrund deren politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, Erscheinungsbild, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status gerichtet sind (Bundesministerium des Innern 2017, S. 21).

Eine Teilmenge der als politisch motivierte Kriminalität registrierten Straftaten sind sog. extremistisch motivierte Straftaten (vgl. Bundesministerium des Innern 2017, S.

23ff). Hierbei handelt es sich um Straftaten, bei denen Anhaltspunkte bestehen, „dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.“ (ebd., S. 23).¹⁴ Unterschieden werden dabei drei Bereiche:

- Rechtsextremistisch motivierte Straftaten: Hierzu gehören Straftaten, die aufgrund der Idee einer Volksgemeinschaft begangen wurden bzw. die von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus oder Geschichtsrevisionismus geprägt sind.
- Linksextremistisch motivierte Straftaten: In diesen Straftaten kommt zum Ausdruck, dass die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung abgeschafft und durch ein kommunistisches oder ein „herrschaftsfreies“, anarchistisches System ersetzt werden soll.
- Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“: Einerseits werden hierzu islamistische Straftaten gezählt, die darauf abzielen, die derzeitige politische Ordnung durch einen islamischen Gottesstaat, in dem die Trennung von Staat und Religion aufgehoben ist, zu ersetzen. Andererseits werden hierunter sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern subsumiert, die keinen islamistischen Hintergrund haben und die i.d.R. auf radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland abzielen (u.a. Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front DHKP-C und der „Ülkücü“-Bewegung).

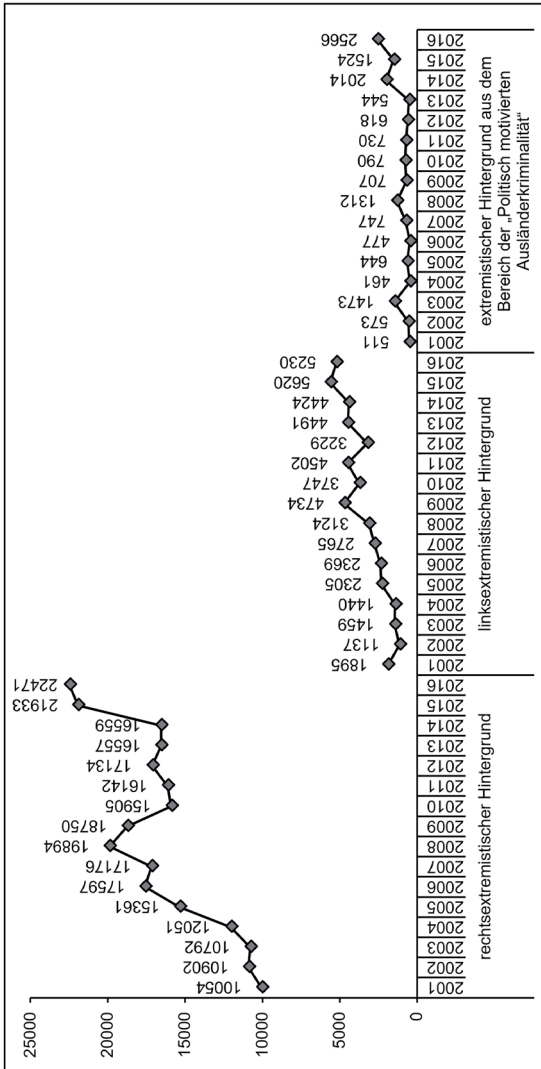
An der Validität der Erfassung von politisch motivierten Straftaten, insbesondere mit Blick auf rechtsextremistisch motivierte Straftaten, wird immer wieder Kritik geübt (u.a. Kleffner/Holzberger 2004). Insofern Beamtinnen und Beamte vor Ort Straftaten aufnehmen und klassifizieren müssen, ist die Zuordnung zu einem Bereich immer abhängig vom Ausmaß der Sensibilisierung für unterschiedliche Phänomene. Hinzu kommt, dass auch von einem Dunkelfeld politisch motivierter Straftaten auszugehen ist, die Statistiken der Verfassungsschutzberichte also nur einen Teil des Geschehens abbilden. Gleichwohl sollen nachfolgend verschiedene Statistiken berichtet werden, insofern diese zumindest eine erste Einschätzung der Entwicklungen erlauben.

Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Anzahl extremistischer Straftaten seit dem Jahr 2001. Diesbezüglich ist zu

¹⁴ Diese Delikte werden im Verfassungsschutzbericht ausgewiesen, d.h. der Quelle, die für die nachfolgenden Ausführungen herangezogen wird. Es handelt sich um Taten, die mit der Motivation der Überwindung der politischen Grundordnung ausgeführt werden. Ist diese Motivation nicht erkennbar, kann dennoch eine Einstufung als recht, linke usw. Gewalt erfolgen – dies wird im Verfassungsschutzbericht jedoch nicht ausgewiesen.

beachten, dass diese mehrheitlich nicht Gewalttaten umfassen. Hierfür ein Beispiel aus dem Bereich der rechtsextremistischen Straftaten: Im Jahr 2016 handelte es sich in über der Hälfte der Fälle um Propagandadelikte (12.476 Fälle); ebenfalls sehr häufig kamen andere Straftaten wie Volksverhetzungen (6.432 Fälle) oder Sachbeschädigungen (1.501 Fälle) vor. Im Bereich linksextremistischer Straftaten werden am häufigsten Sachbeschädigungen oder andere Straftaten registriert. Für alle drei Bereiche der politisch motivierten Kriminalität ergeben sich über die Zeit hinweg Anstiege, politische motivierte Kriminalität nimmt also im Gegensatz zu anderen Kriminalitätsformen deutlich zu – wobei bzgl. des Anstiegs die genannten Faktoren einer möglicherweise steigenden Sensibilisierung der Strafverfolgungsorgane und einer möglicherweise steigenden Anzeigebereitschaft zu beachten sind. Im Vergleich zu den Zahlen des Jahres 2001 liegen die Zahlen an registrierten Straftaten im Jahr 2016 im Bereich Rechtsextremismus um das 2,2fache, im Bereich Linksextremismus um das 2,8fache und im Bereich der Ausländerkriminalität um das 5,0fache höher. Insbesondere seit den Jahren 2012 bzw. 2013 hat es deutliche Anstiege der registrierten Straftaten gegeben. Die ähnlichen Verläufe lassen vermuten, dass es einen Zusammenhang zwischen den Entwicklungen gibt, was u.a. damit zu erklären ist, dass sich Straftaten auch gegen den politischen Gegner richten. Die Aggregatkorrelation zwischen den Zahlen zum Rechtsextremismus und zum Linksextremismus liegt bei $r = .81$; eine Zunahme des Rechtsextremismus geht also mit einer Zunahme des Linksextremismus und vice versa einher.

Abbildung 6: Anzahl extremistischer Straftaten seit 2001
 (Quelle: Verfassungsschutzberichte)



Gewalttaten stellen einen Teilbereich der extremistischen Straftaten dar. In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Gesamtzahl an Gewalttaten sowie die Entwicklung einer Unterkategorie der Gewalttaten, der Körperverletzungen, dargestellt. Im Jahr 2016 waren 1.600 von 22.471 rechtsextremistischen Straftaten Gewalttaten; beim Linksextremismus traf dies auf 1.201 von 5.230 Straftaten zu. Die niedrigste Anzahl rechtsextremistischer Straftaten wird für das Jahr 2001 ausgewiesen (709 Gewalttaten), die höchste für das Jahr 2016 (1.600 Gewalttaten; Anstieg um das 2,3fache). Beim Linksextremismus liegt der niedrigste Wert bei 385 Gewalttaten im Jahr 2002, der höchste bei 2.608 im Jahr 2015 (Anstieg um das 4,2fache). Als Gewalttaten werden z.T. Straftaten gezählt, die keine unmittelbare Gewaltanwendung gegen Personen beinhalten, so z.B. Brandstiftungen, Widerstandsdelikte oder Landfriedensbruch, weshalb es sinnvoll ist, die häufigste Gewaltdeliktsform der Körperverletzung noch einmal gesondert zu betrachten. Im Bereich des Rechtsextremismus machen die Körperverletzungen den Großteil der Gewalttaten aus (zwischen 80 und 90 %); zwischen 2001 und 2016 haben sich diese um das 2,1fache erhöht. Im Bereich des Linksextremismus ist der Anteil der Körperverletzungen unter allen Gewalttaten deutlich geringer (ca. 50 %). Zwischen 2002 und 2015 hat sich die Anzahl der Körperverletzungen um das 6,5fache erhöht. Beim Rechtsextremismus richten sich die Körperverletzungen primär gegen (vermeintliche) Ausländer bzw. Migranten (Fremdenfeindlichkeit) und (vermeintliche) Linksextremisten – wobei seit 2011 Körperverletzungen deutlich häufiger an (vermeintlichen) Ausländern bzw. Migranten begangen werden; beim Linksextremismus ist der Anteil an Körperverletzungen, die an (vermeintlichen) Rechtsextremisten begangen werden, vor allem in der jüngeren Zeit deutlich höher als beim Rechtsextremismus der Anteil an Körperverletzungen, die an (vermeintlichen) Linksextremen begangen werden.

Tabelle 1: Anzahl extremistischer Gewalttaten bzw. Körperverletzungen seit 2001 (Quelle: Verfassungsschutzberichte; KV = Körperverletzungen)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
rechtsextremistischer Hintergrund	Gewalttaten	709	772	759	776	958	1047	980	1042	891	762	755	802	990	1408	1600
	KV	626	646	637	640	816	919	845	893	738	638	640	690	871	1116	1313
	fremdenfeindliche KV	343	388	377	310	322	455	377	361	321	263	326	364	464	756	1020
	KV gegen (vermeintliche) Links-extremisten	-	-	-	171	288	266	263	322	251	232	178	171	136	127	215
linksextremistischer Hintergrund	Gewalttaten	750	385	483	521	896	862	833	701	1115	944	1157	876	1110	1608	1201
	KV	194	152	192	226	391	444	384	359	502	541	583	471	606	986	638
	KV gegen (vermeintliche) Rechts-extremisten	154	114	134	149	249	277	226	220	304	308	322	268	341	547	328
extremistischer Hintergrund („Politisch motivierte Ausländerkriminalität“)	Gewalttaten	84	61	88	61	47	95	108	113	102	130	117	76	259	235	427
	KV	30	20	32	24	24	45	54	63	56	77	109	52	200	177	322

Die Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität lassen noch weitere Entwicklungen erkennen, die auf zunehmende extremistische Aktivitäten in jüngster Zeit hinweisen:

- Die Anzahl an Brandstiftungen nimmt stark zu. Im Vergleich der Jahre 2013 und 2016 hat es einen Anstieg der Anzahl rechtsextremistischer Brandstiftungen von 11 auf 113 gegeben; bei den linksextremistischen Brandstiftungen ist ein Anstieg von 45 auf 134 festzustellen.
- Seit 2007 haben sich die Sachbeschädigungen in etwa verdoppelt (Rechtsextremismus: von 821 auf 1501 Taten in 2016, Linksextremismus: von 1142 auf 2233 Taten in 2016).
- Im Bereich des Rechtsextremismus ist ein enormer Anstieg von Straftaten festzustellen, die sich auf Asylbewerberbeziehung beziehen: Im Jahr 2013 wurden 55 entsprechende Straftaten registriert, im Jahr 2016 bereits 907.
- Auch in Bezug auf das extremistische Personenpotenzial, d.h. an Personen, die Mitglied in extremistischen Organisationen bzw. die gewaltorientiert sind, wird eine zunehmende Anzahl ausgewiesen. Beim Rechtsextremismus wurde im Jahr 2014 die niedrigste Zahl ausgewiesen (21.000 Personen); 2016 beträgt sie 23.100. Beim Linksextremismus lag die Zahl im Jahr 2015 mit 26.700 am niedrigsten (2016: 28.500). Dabei sind Anstiege vor allem für gewaltorientierte Personen feststellbar.

Hinsichtlich des Personenpotenzials werden auch Zahlen zum Bereich des islamistischen Extremismus in den Verfassungsschutzberichten veröffentlicht. Diese deuten ebenfalls auf eine zunehmende Aktivität dieses Extremismus hin: So wurden im Jahr 2012 noch 4.500 Personen salafistischen Bestrebungen zugeordnet; 2016 waren es bereits 9.700 Personen. Während 2013 nur zu 270 Personen Erkenntnisse dazu vorlagen, dass sie ausgereist sind, um an Kampfhandlungen in Kriegsgebieten teilzunehmen, waren es im Jahr 2016 bereits 890 Personen.

Zusammengefasst lassen die Auswertungen des Polizeilichen Hellfeldes folgende zwei zentrale Folgerungen zu: Erstens nimmt zwar die Gewalt in Deutschland ab – und dies vor allem bei jungen Menschen. Seit 2015 ist allerdings eine Umkehr dieses Trends erkennbar, die im Wesentlichen auf einer Zunahme der Gewalt von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit beruht. Dies verweist auf eine zentrale Herausforderung zukünftiger Präventionsarbeit: Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, speziell von Flüchtlingen zu verbessern. Zweitens sind zunehmende Aktivitäten der politischen Extremismen zu verzeichnen; extremistische Straftaten im Allgemeinen, extremistische Gewalttaten im Besonderen nehmen deutlich zu. Eine weitere zentrale Herausforderung zukünftiger Präventionsarbeit besteht insofern darin, das Vertrauen der Bevölkerung in die

Demokratie und das politische System wieder zu stärken, um die Bereitschaft einzelner Personen oder Personengruppen zu reduzieren, gewaltförmig gegen die politische Grundordnung vorzugehen.

3.2. Dunkelfeldstudien

3.2.1. Befunde zum Gewaltverhalten

Die im polizeilichen Hellfeld identifizierten Entwicklungen lassen sich derzeit noch nicht anhand von Dunkelfeldbefragungen validieren. In Bezug auf die Erwachsenenbevölkerung kann daher kein umfassendes Bild zur Entwicklung der Gewaltkriminalität gezeichnet werden. Gleichwohl liefern einzelne Studien punktuelle Erkenntnisse:

- Im Jahr 2012 wurde die letzte deutschlandweit repräsentative Befragung durchgeführt, wobei über 35.000 ab 16-jährige Personen telefonisch befragt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass Gewaltopfererfahrungen seltene Ereignisse sind: Mindestens einen Raub in den zurückliegenden zwölf Monaten haben 0,7 % der Befragten erlebt, mindestens eine Körperverletzung 2,8 % (Birkel et al. 2014, S. 14).
- Mit Bezug auf Niedersachsen hat Baier (2015, S. 48) im Jahr 2014 eine repräsentative postalische Befragung unter fast 6.000 ab 16-jährigen Personen durchgeführt. Diese Befragung ergibt bereits etwas niedrigere Prävalenzraten zum Raub (0,4 %) und zur Körperverletzung (2,4 %), so dass ein Vergleich mit der Befragung 2012 einen Rückgang der Gewalt vermuten lässt.
- Dies bestätigt auch eine wiederholt vom Landeskriminalamt Niedersachsen (2016) in den Jahren 2013 und 2015 mit über 20.000 ab 16-jährigen Befragten durchgeführte postalische Befragung: Der Anteil an Befragten, die Körperverletzungen erlebt haben, ist im Vergleich der beiden Befragungen von 2,3 auf 1,9 % gesunken, ebenso der Anteil an Befragten, die Sexualdelikte erlebt haben (von 1,7 auf 1,5 %; Raub: beide Jahre 0,5 %; ebd., S. 33ff).¹⁵
- Auf die Entwicklung einer besonderen Form der sexuellen Gewalt, den sexuellen Kindesmissbrauch, konzentriert sich eine Studie, die Ergebnisse von Befragungen aus dem Jahr 1992 und 2011 miteinander vergleicht (Stadler et al. 2012). Der Anteil an Befragten, die einen sexuellen Missbrauch mit Körperkontakt erlebt haben, ist im Vergleich der beiden Jahre von 6,5 auf 4,4 % gesunken (ebd., S. 32). Zusätzlich liefert die Studie Erkenntnisse zur Entwicklung

¹⁵ Auch in anderen Bundesländern wurden repräsentative Dunkelfeldbefragungen durchgeführt, so in Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Sachsen. Die Ergebnisse können an dieser Stelle nicht gewürdigt werden, weil nicht immer Vergleichsdaten zu verschiedenen Jahren zur Verfügung stehen und damit keine Trends sichtbar gemacht werden können. Zu würdigen ist aber in jedem Fall, dass sich die Einsicht, dass Dunkelfeldbefragungen wichtige Zusatzinformationen zur Polizeilichen Kriminalstatistik liefern, immer weiter durchsetzt.

der sexuellen Gewalt gegen Frauen, die den Ergebnissen entsprechend im Vergleich der beiden Erhebungsjahre von 4,7 auf 2,4 % gesunken ist (Hellmann 2014, S. 154).

- Baier et al. (2017) haben 2004, 2006, 2010 und 2014 deutschlandweite Repräsentativbefragungen der ab 16-jährigen deutschsprachigen Bevölkerung durchgeführt, wobei der Fokus auf Kriminalitätswahrnehmungen lag und eher kleinere Stichproben bis 3.000 Personen befragt wurden. Erfasst wurde in den Befragungen auch das Erleben von zwei Gewalttaten in den zurückliegenden fünf Jahren. In Bezug auf Körperverletzungen zeigt sich dabei ein Rückgang der 5-Jahres-Prävalenz von 4,7, über 4,0 und 3,0 auf 2,7 %, in Bezug auf Raubtaten von 2,1 % (2004) auf 0,8 % (2014).

Die wenigen vorhandenen Dunkelfeldbefunde zu Erwachsenen sprechen für einen Rückgang der Gewaltviktimsierung und stimmen mit den präsentierten Hellfeldbefunden überein. Zu berücksichtigen ist, dass die letzten Datenerhebungen im Jahr 2015 stattgefunden haben. Wie sich die Entwicklung nach 2015 darstellt, ist nicht bekannt und daher auch nicht, ob sich im Dunkelfeld ebenfalls eine Zunahme der Gewalt abzeichnet.

Für die Gruppe der Jugendlichen ist die Datenlage zur Gewaltentwicklung besser. Zwar gilt auch für Jugendliche, dass wiederholt durchgeführte, deutschlandweit repräsentative Befragungen nicht vorliegen. Die letzte und einzige Repräsentativbefragung erfolgte in den Jahren 2007/2008 (Baier et al. 2009). Wiederholungsbefragungen hat es aber in verschiedenen Städten, Landkreisen und Bundesländern gegeben. Deren Ergebnisse wurden von Pfeiffer et al. (2018) im Überblick dargestellt. Unter Verweis auf Wiederholungsbefragungen in zwölf Gebieten unter mehreren 10.000 Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe zeigen sie, dass der Anteil an Befragten, die in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens eine Körperverletzung verübt haben, von 18,4 % im Jahr 1998 auf 4,9 % im Jahr 2015 gesunken ist; beim Raub gehen die Täterraten im selben Zeitraum von 4,7 auf 0,4 % zurück. In Übereinstimmung mit den Befunden des polizeilichen Hellfelds ergeben sich dabei besonders starke Rückgänge im Gewaltverhalten Jugendlicher seit ca. 2007¹⁶; gleichwohl hat es auch bereits vorher Rückgänge gegeben, die aber aufgrund einer ansteigenden Anzeigebereitschaft nicht im Hellfeld sichtbar wurden.

Pfeiffer et al. (2018) untersuchen zudem, welche Faktoren für die starken Rückgänge der Jugendgewalt verantwortlich sind. Für folgende neun Faktoren kann aufgrund der empirischen Befundlage davon ausgegangen werden, dass sie zum Rückgang beigetragen haben:

¹⁶ Auch in der Schweiz liegen wiederholt durchgeführte Dunkelfeldbefragungen zu Jugendlichen vor, die einen deutlichen Rückgang der Gewaltprävalenzraten belegen (Ribeaud 2015).

- die Zunahme des Anteils an Jugendlichen, die höhere Schulabschlüsse ablegen
- der Rückgang des Einsatzes elterlicher Gewalt in der Erziehung
- die Zunahme der elterlichen Zuwendung als positiver Erziehungsstil
- die zunehmenden Gewaltmissbilligung der Gleichaltrigen
- der Rückgang des Kontakts zu delinquenten Freunden
- die rückläufige Bereitschaft der Jugendlichen, die Schule zu schwänzen
- die Verringerung von Freizeitaktivitäten, die unstrukturiert und von Erwachsenen unkontrolliert verbracht werden
- die geringere Zustimmung zu delinquenten Normen in Form gewaltakzeptierender Einstellungen
- der Rückgang des Alkoholkonsums.¹⁷

Untersucht wird ebenfalls, ob zunehmende Gewaltpräventionsaktivitäten für den Rückgang von Bedeutung sind. Problematisch ist diesbezüglich allerdings, dass es keine systematische Erfassung dieser Präventionsaktivitäten gibt. Auf Basis einer in Niedersachsen in den Jahren 2013 und 2015 wiederholt durchgeführten Schülerbefragung ergeben sich aber Hinweise, dass immer mehr Jugendliche in folgende Gewaltpräventionsaktivitäten einbezogen werden: Unterrichtseinheiten zum Thema Gewalt, Lernprogramme zum Umgang mit Konflikten und Selbstverteidigungstrainings. Daten aus früheren Befragungen liegen jedoch nicht vor, so dass nicht abschließend der Beitrag der Gewaltprävention zum Rückgang jugendlichen Gewaltverhaltens beurteilt werden kann.

Exkurs: Gewalt in der Schule und Einsatz von Messern

Derzeit werden in Deutschland zwei Phänomene intensiv diskutiert: die (vermeintliche) Zunahme von Gewalt an Schulen wie die (vermeintliche) Zunahme des Einsatzes von Messern. Mit Blick auf die Schulgewalt zeigen die Auswertungen von wiederholt in den Jahren 2013 und 2015 durchgeführten Schülerbefragungen im Bundesland Niedersachsen, dass es einen Rückgang der innerschulischen Gewalt gibt (vgl. Bayer/Bergmann 2016). Besonders deutlich fällt der Rückgang bei der physischen Gewalt aus: Die Gesamt-Opferrate hat sich hier um ca. ein Fünftel reduziert. Etwas weniger stark ist der Rückgang bei Sachbeschädigung und der verbalen

¹⁷ Diskutiert wird auch, dass die Zunahme von Medienaktivitäten dazu geführt hat, dass Jugendliche seltener Gewaltverhalten ausführen, insofern sie weniger Zeit im öffentlichen Raum verbringen (u.a. Berghuis/De Waard 2017). Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Medienkonsumdauer und kriminellen Verhalten eher gering; zudem ist zu beachten, dass sich mit zunehmender Medienkonsumdauer die Gefahr erhöht, in Kontakt mit nicht für das Alter angemessenen Inhalten zu kommen. Dies wiederum kann die Bereitschaft zum Begehen von Gewalttaten erhöhen. Ein empirischer Nachweis, dass die Zunahme der Medienaktivitäten die Jugendkriminalität reduziert hat, steht daher bislang noch aus.

Aggression (Rückgang um ca. ein Sechstel). Diese Trends werden durch Daten zu sog. Raufunfällen an Schulen bestätigt: Seit 1999 sinkt die Anzahl an Raufunfällen pro 1.000 Schülern stetig (vgl. Pfeiffer et al. 2018, S. 21ff); die letzten zur Verfügung stehenden Daten beziehen sich dabei auf das Jahr 2016 und bestätigen einen rückläufigen Trend. Zu beachten ist aber, dass neuere Daten zum Jahr 2017 oder 2018 derzeit noch nicht vorliegen.

In einer Schülerbefragung in Berlin wurden zudem die Lehrkräfte gebeten, einzuschätzen, wie häufig sie selbst Gewalt im Schulkontext erleben (vgl. Baier/Bergmann 2016). Die Ergebnisse belegen, dass es eher selten vorkommt, dass Lehrkräfte angegriffen werden. Etwa jede sechste bis siebte Lehrkraft gab an, von einem Schüler mit Gewalt bedroht worden zu sein. Tatsächlich körperlich angegriffen wurden weniger als ein Prozent der Lehrkräfte. Am häufigsten berichten die Lehrkräfte von verbalen Angriffen: Jede fünfte Lehrkraft gab an, dass sie lächerlich gemacht wurde, fast jede zweite Lehrkraft, dass sie beschimpft wurde. Verbale Anfeindungen sind damit durchaus recht verbreitet an Schulen; körperliche Angriffe auf Lehrer stellen aber die Ausnahme dar.

Die wiederholt im Bundesland Niedersachsen durchgeführten Schülerbefragungen können zudem herangezogen werden, um mögliche Trends des Messereinsatzes zu identifizieren. In den Befragungen wurde aus Opfer- wie aus Täterperspektive das Begehen von Körperverletzungen mit Waffen (inkl. Messern) erfragt. Für beide Perspektiven ergibt sich dabei eine rückläufige Prävalenzrate, so dass vermutet werden kann, dass Messer nicht häufiger zum Einsatz kommen. Allerdings kann im Vergleich der Jahre 2013 und 2015 ein Anstieg des Anteils an Jugendlichen festgestellt werden, die Messer mit sich führen. Bei männlichen Jugendlichen ist der Anteil der Befragten, die mindestens selten Messer mit sich führen, von 27,4 auf 29,1 % gestiegen, bei weiblichen Befragten von 6,2 auf 6,9 %. Für andere Waffen (Schlagstock, Schlagring) ergibt sich hingegen kein Anstieg (vgl. Baier/Bergmann 2018). Auch wenn der Anstieg des Messertragens noch nicht als Trend interpretiert werden sollte, so ist dieser dennoch ernst zu nehmen, allein deshalb, weil weiterführende Analysen zeigen können, dass Messertragen ein eigenständiger Einflussfaktor des Gewaltverhaltens ist. Die Prävention des Messertragens im Besonderen, des Waffentragens im Allgemeinen bedarf daher verstärkter Aufmerksamkeit.

3.2.2. Befunde zum Extremismus: Erwachsene

Dunkelfeldstudien zu extremistischem Verhalten gibt es in Deutschland in Bezug auf Erwachsene bislang nicht. Auch hinsichtlich extremistischer Einstellungen ist die Datenlage beschränkt. Einzig für den Bereich des Rechtsextremismus liegen auf Basis wiederholt durchgeführter Befragungen Erkenntnisse zu Entwicklungstrends vor. So führt das Institut

für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung seit 2002 Befragungen zur Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen durch (Heitmeyer 2002, Zick et al. 2016). In Abbildung 7 ist dargestellt, welcher Anteil an Personen in diesen Befragungen vier für den Rechtsextremismus charakteristischen Einstellungsdimensionen zugestimmt hat. Dabei ist zu beachten, dass im Zeitraum 2002 bis 2011 nur Personen deutscher Staatsangehörigkeit und ohne Migrationshintergrund befragt wurden. „Dagegen wurden 2014 und 2016 alle Personen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft, also mit oder ohne Migrationsbiografie, befragt. Vergleiche sind daher nur eingeschränkt möglich“ (Zick et al. 2016, S. 49).¹⁸ Gleichwohl lassen einerseits die Entwicklungen vor 2014 wie der Vergleich der Jahre 2014 und 2016 einige wichtige Folgerungen zu. So kann erstens nicht pauschal von einer Zunahme rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung ausgegangen werden. Für alle vier Einstellungen liegen die höchsten Anteile zustimmender Befragter in den Jahren vor 2007. Bei der Fremdenfeindlichkeit hat es bspw. einen Rückgang des Anteils zustimmender Befragter von 40,8 % im Jahr 2005 auf 32,3 % im Jahr 2011 gegeben. Zweitens ergeben sich auch im Vergleich der Jahre 2014 und 2016 rückläufige Anteile für die Fremdenfeindlichkeit und den Antisemitismus; beim Rassismus bleibt der Anteil konstant. Drittens sind aber durchaus auch negative Befunde zu benennen: Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, dass Einstellungen wie die Fremdenfeindlichkeit und die Muslimfeindlichkeit recht weit verbreitet sind – etwa jeder fünfte Befragte äußerte sich zustimmend.¹⁹ Für andere Einstellungsdimensionen, die erst ab einem späteren Zeitpunkt erhoben wurden und deshalb nicht in der Abbildung dargestellt sind, ist dies noch häufiger der Fall: Negativ gegenüber asylsuchenden Menschen waren 2016 49,5 % der Befragten eingestellt²⁰, negativ gegenüber Sinti und Roma 24,9 %. Zudem ergeben sich im Vergleich der Jahre 2014 und 2016 Anstiege in den Anteilen zustimmender Personen für die Muslimfeindlichkeit (von 17,5 auf 18,3 %) und die Abwertung asylsuchender Menschen (von 44,3 auf 49,5 %). Der starke Anstieg der Ab-

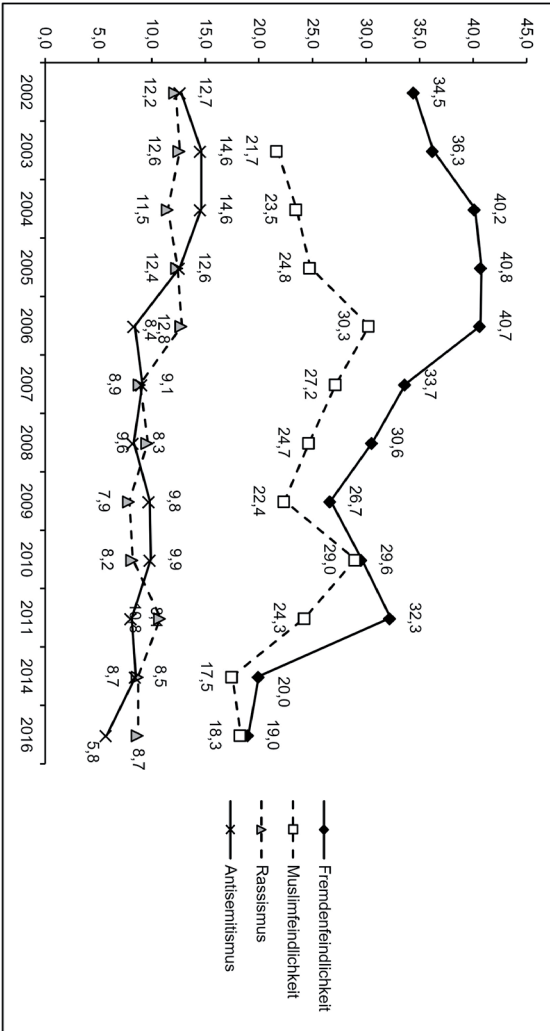
18 Inwieweit sich diese Veränderung der Stichprobenzusammensetzung auf die Befunde auswirkt, wird von den Autoren nicht weiter reflektiert. Möglich wäre gewesen, die Trend-Auswertungen zu den Jahren 2014 und 2016 auf die mit den vorangegangenen Befragungen kompatible Substichprobe zu beschränken; dies wird aber nicht getan.

19 Befragungen aus der Schweiz und Österreich bestätigen diese Einschätzung. Eine Repräsentativbefragung in der Schweiz im Jahr 2014 hat bspw. ergeben, dass 24 % der Befragten fremdenfeindlich eingestellt sind, 19 % muslimfeindlich – mit jeweils rückläufigen Trends seit 2010 (gfs.bern 2014). Für Österreich ergeben sich entsprechend den Ergebnissen von Befragungen aus den Jahren 2010 und 2012 (Weiss/Hofmann 2016) u.a. recht hohe Muslimfeindlichkeitswerte, so dass Weiss und Hofmann (2016) folgern, dass „Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern [...] im Spitzenfeld der Ablehnung gegenüber MuslimInnen“ liegt (S. 130).

20 Die Einstellungen gegenüber Flüchtlingen wurden in der Befragung des Jahres 2016 noch einmal mit einem gesonderten Messinstrument untersucht. Mit diesem Instrument wird ermittelt, dass 19 % der Befragten zu negativen Einstellungen Flüchtlingen gegenüber tendieren (Küpper et al. 2016, S. 92). Dies ist ein deutlich geringerer Anteil als gegenüber asylsuchenden Menschen allgemein.

wertung asylsuchender Menschen dürfte im Zusammenhang mit der starken Zuwanderung von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 stehen. Für diese Einstellungsdimension des Rechtsextremismus, aber ebenso für die anderen Dimensionen wäre interessant zu wissen, wie sie sich nach 2016 weiter entwickelt haben; Befunde hierzu liegen derzeit noch nicht vor.

Abbildung 7: Entwicklung der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen (in %; Quelle: Zick et al. 2016, S. 50)

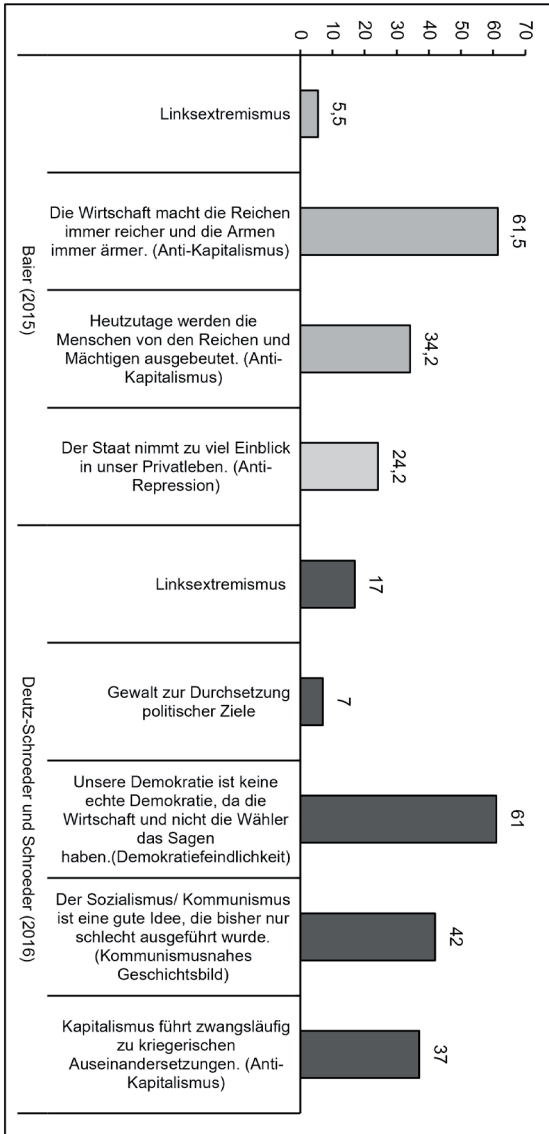


Zum Linksextremismus können derzeit mangels empirischer Studien keine Entwicklungsaussagen getroffen werden. Die beiden umfassenderen Erwachsenenbefragungen wurden jeweils im Jahr 2014 durchgeführt. Deutz-Schroeder und Schroeder (2016, S. 41ff) haben in diesem Jahr eine deutschlandweit repräsentative Befragung unter fast 1.400 Personen durchgeführt, Baier (2015, S. 93ff) eine Befragung unter fast 6.000 Personen in Niedersachsen. In beiden Studien wurde ein neu entwickeltes Instrument zur Erfassung des Linksextremismus eingesetzt. Bei Deutz-Schroeder und Schroeder bestand dieses Instrument aus 14 Items, die vier übergeordneten Dimensionen zugeordnet waren: Anti-Kapitalismus/Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und kommunismusnahes Geschichtsbild. Baier (2015) misst Linksextremismus mit zehn Items, die den Dimensionen Anti-Kapitalismus, Anti-Repression, Anti-Militarismus, Kommunismus/Abschaffung Staat und Gewaltbefürwortung zugeordnet werden.

Abbildung 8 stellt ausgewählte Ergebnisse beider Befragungen vor. Der Anteil linksextrem eingestellter Erwachsener wird in der Studie von Baier (2015) auf 5,5 % geschätzt, in der Befragung von Deutz-Schroeder und Schroeder (2016) auf 17 %. Der deutlich niedrigere Anteil in der Studie von Baier (2015) ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Gewaltbefürwortung in die Bestimmung des Linksextremismusanteils einbezogen wurde.²¹ Die entsprechenden Items erhalten aber eine sehr geringe Zustimmung (zwischen 1,2 und 4,6 %). Auch in der Studie von Deutz-Schroeder und Schroeder (2016) erhält die Gewaltbefürwortung eine eher geringe Zustimmung (7 %); bei Berücksichtigung dieser Skala würde der Linksextremismus-Anteil womöglich ähnlich hoch ausfallen. Eine zentrale Erkenntnis beider Studien ist zugleich, dass einzelne Aussagen, die linksextreme Haltungen beinhalten, eine hohe Zustimmung erfahren. Ähnlich wie für den Rechtsextremismus konstatiert wurde, ist damit auch für den Linksextremismus zu konstatieren, dass einzelne Elemente bzw. Dimensionen recht verbreitet sind. Die Auswertungen in Abbildungen 8 belegen, dass vor allem kapitalismuskritische und demokratiekritische Aussagen eine hohe Zustimmung erhalten. Zusätzlich zeigen nicht wenige Befragte eine Affinität zum Sozialismus bzw. Kommunismus.

21 Ein zentraler Unterschied beider Konzeptionen besteht hinsichtlich der Berücksichtigung der Dimension Gewaltbefürwortung: Baier (2015) betrachtet dies als integralen Bestandteil linksextremer Einstellungen und erfasst diese über Aussagen wie „Gegen die Unterdrückung durch Staat und Polizei muss man gezielt Gewalt einsetzen.“ oder „Es ist richtig, wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden.“ Deutz-Schroeder und Schroeder (2016) verzichten hingegen darauf, die Gewaltbefürwortung in ihre Konzeption zu integrieren. Zwar erfassen sie mit acht Aussagen die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele; bei der Bestimmung linksextrem eingestellter Personen wird die Skala aber nicht berücksichtigt.

Abbildung 8: Zustimmung zu linksextremen Einstellungen (in %)



Auch zum islamistischen Extremismus unter erwachsenen Muslimen liegen bislang keine Befunde zu Entwicklungstrends vor. Die umfassendste Studie zu diesem Phänomenbereich liegt auch bereits einige Jahre zurück. Im Jahr 2005 wurden von Brettfeld und Wetzels (2007) in verschiedenen westdeutschen Großstädten insgesamt 970 Muslime telefonisch befragt. Erhoben wurde die Zustimmung zu verschiedenen Dimensionen islamisch extremistischer Einstellungen, so z.B. zu fundamental-religiösen Orientierungen, zur Aufwertung des Islam und zur Abwertung christlicher/westlicher Gesellschaften, zur Einstellung zur Demokratie, zu Grundrechten und Rechtsstaat, zu religiös motivierter Gewalt und zu terroristischer Gewalt. Hervorzuheben ist dabei zunächst, dass die Zustimmung zu Gewalt eher gering ausfällt. Der Aussage „Wenn es der islamischen Gemeinschaft dient, bin ich bereit, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.“ stimmten bspw. nur 7,6 % der Befragten zu, der Aussage „Gewalt ist gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht.“ 5,5 %. Dass Selbstmordattentate feige sind und der Sache der Muslime schaden, bestätigten demgegenüber 91,3 % der Befragten. Insgesamt nur 9,4 % waren der Meinung, dass es gut wäre, wenn in Deutschland bestimmte Straftaten wie im islamischen Recht mit Prügelstrafe bestraft würden.

Gleichzeitig weisen verschiedene Befunde darauf hin, dass demokratiefeindliche, der bundesrepublikanischen Gesellschaft gegenüber distanzierte Einstellungen z.T. recht verbreitet sind. Folgende Befunde sind diesbezüglich hervorzuheben:

- 43,4 % bestätigen, dass Menschen, die den Islam modernisieren, dessen wahre Lehre zerstören.
- 46,7 % stimmen der Aussage „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als Demokratie“ zu.
- 65,6 % sagen, dass der Islam die einzig wahre Religion ist.
- 71,0 % vertreten die Meinung, dass die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften völlig verkommen ist.

Brettfeld und Wetzels (2007, S. 201) kommen daher zu folgendem Resümee: „Insgesamt führen die Ergebnisse dieser Befragung zu der Schlussfolgerung, dass in der muslimischen Wohnbevölkerung auf der Einstellungsebene ein relevantes Potenzial besteht, das sich als Resonanzboden und Rekrutierungsfeld für Radikalisierungen und Extremismen eignen kann“ und das, je nach Operationalisierung, bis zu 16 % der muslimischen Wohnbevölkerung betragen kann. Die Autoren verweisen zugleich darauf, dass ein insgesamt niedriger Stand der Integration hierfür mitverantwortlich ist: So ergibt sich ein Bild, „wonach ein erheblicher Teil der Muslime in der deutschen Gesellschaft aufgrund geringer Schulbildung, einem niedrigen beruflichen Qualifikationsniveau oder auch durch Arbeitslosigkeit deutliche Beeinträchtigungen sozialer Partizipationsoptionen aufweist“ (ebd., S. 193).

In einer vier Jahre späteren Befragung von 517 nichtdeutschen Muslimen im Alter zwischen 14 und 32 Jahren bestätigten Geschke et al. (2011), dass es einen relevanten Anteil an Muslimen gibt, die eine Radikalisierungstendenz aufweisen. Radikalisierung wird in dieser Studie mittels folgender sechs Indikatoren abgebildet: Vorurteile gegenüber dem Westen, Vorurteile gegenüber Juden, religiöser Fundamentalismus, negative Emotionen gegenüber dem Westen, Demokratiedistanz und Akzeptanz ideologisch motivierter Gruppengewalt. Zu den verschiedenen erhobenen Items werden in der Studie keine Werte zustimmender Muslime berichtet. Stattdessen finden sich in der Publikation nur Mittelwerte der erhobenen Skalen bzw. Items. Da die Antwortkategorien jeweils von „1 – stimme überhaupt nicht“ zu bis „5 – stimme völlig zu“ reichten, lassen die Mittelwerte aber den Schluss zu, dass sich z.T. wiederum ein recht hoher Anteil der Befragten zustimmend geäußert hat. Die Mittelwerte zu den Vorurteilen gegenüber dem Westen (z.B. „Solange die westliche Welt andere Völker ausbeutet oder unterdrückt, wird es keinen Frieden auf der Welt geben“), zum religiösen Fundamentalismus (z.B. „Der Islam ist die einzig wahre Religion“) und zur Demokratiedistanz („Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe“) liegen über dem theoretischen Mittelwert von 3,0, so dass davon auszugehen ist, dass eine Mehrheit der muslimischen Befragten zugestimmt hat.²² Werden jene Muslime betrachtet, die streng religiös sind, eine starke Abneigung gegenüber Westen haben, Gewalt akzeptieren und keine Integrationstendenz aufweisen, so beträgt deren Anteil 24 %, was über dem von Brettfeld und Wetzels (2007) berichteten Wert von 16 % liegt, was sich aber möglicherweise mit dem jüngeren Alter der Befragten erklären lässt.

3.2.3. Befunde zum Extremismus: Jugendliche

Wird die Surveyforschung zu Extremismus im Jugendalter betrachtet, so ist zu konstatieren, dass in den 1990er Jahren bzw. zu Beginn der 2000er verschiedene Studien zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt wurden (u.a. Fuchs et al. 2003, Heitmeyer et al. 1992, Kleinert/de Rijke 2000, Melzer 1992, Wetzels/Greve 2001). Danach wurde sich weniger mittels standardisierter Befragungen dem Rechtsextremismus gewidmet; zum Linksextremismus und islamistischen Extremismus liegen generell kaum Befunde aus Befragungsstudien vor. Die Beschäftigung mit Extremismus im Jugendalter erscheint deshalb wichtig, weil diese Lebensphase für die politische Sozialisation bedeutsam ist – wobei sich diese Sozialisation nicht auf die Jugendphase beschränkt (vgl.

²² Auch Koopmans (2014) berichtet unter Bezug auf eine Befragung von Muslimen in Deutschland und fünf weiteren Ländern aus dem Jahr 2008, dass 44 % der Befragten religiös-fundamentalistischen Einstellungen zustimmen (gemessen über die drei Items „Muslims should return to the roots of Christianity“, „There is only one interpretation of the Quran and every Muslim must stick to that“ und „The rules of the Quran are more important to me than the laws of the country“); 65 % der Befragten stimmten dabei der Aussage zu, dass die Regeln des Koran wichtiger wären als die Gesetze des Landes, in dem die Befragten lebten.

Baier/Boehnke 2008). Auch wenn zumindest für den Bereich des Rechtsextremismus gilt, dass junge Menschen in Bezug auf Einstellungen nicht auffälliger als ältere Personengruppen sind – Rippl (2005, S. 377) konstatiert sogar, dass „eine stärkere Hinwendung zu fremdenfeindlichen Haltungen bei den Älteren“ zu erkennen ist – so ist in Bezug auf das Verhalten eine deutliche stärkere Beteiligung Jugendlicher bzw. Heranwachsender erkennbar. So gilt für den Bereich der fremdenfeindlichen Gewalt, dass als Täter vor allem junge Männer in Erscheinung treten (u.a. Wahl 2001). Backes et al. (2014) konstatieren entsprechend „Rechte Gewalttäter sind in der Regel zwischen 14 und 25 Jahren alt“ (S. 82).

Wird die Befragungsforschung zum Rechtsextremismus im Jugendalter der letzten Jahre betrachtet, so sind zwei Studien hervorzuheben. Zum einen betrifft dies eine seit 1993 durchgeführte Langzeitstudie zu Jugendlichen in Brandenburg (Sturzbecher et al. 2012). Diese belegt, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zwischen 1993 und 2010 zurückgeht: „Stimmten im Jahr 1993 noch 5,4 Prozent der Jugendlichen rechtsextremen Aussagen ‚völlig‘ und 20,1 Prozent ‚tendenziell‘ zu, hatten sich diese Anteile bis zum Jahr 2005 fast halbiert (2,8 % bzw. 10,4 %); seitdem stagnieren sie (2010: 2,9 % bzw. 10,5 %)“ (Burkert 2012, S. 178). Zur separat erfassten Ausländerfeindlichkeit ergeben sich vergleichbare Befunde.²³ Daten nach 2010 liegen bislang nicht vor. Zum anderen liegen auf Basis einer deutschlandweiten Schülerbefragung aus den Jahren 2007/2008 repräsentative Erkenntnisse zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und rechtsextremen Verhaltens vor. Baier et al. (2009) berichten in Bezug auf deutsche Jugendliche, dass 14,4 % sehr ausländerfeindlich und 4,3 % sehr antisemitisch eingestellt sind²⁴; hinzu kommt ein beträchtlicher Anteil an Befragten, die als eher ausländerfeindlich bzw. eher antisemitisch eingestellt gelten (26,2 bzw. 8,4 %). Damit muss auch in Bezug auf Jugendliche von einer recht weiten Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ausgegangen werden. Zusätzlich wurde das Begehen ausländerfeindlicher Straftaten erfasst. Mit Bezug auf ihr gesamtes Leben berichten 4,3 % der durchschnittlich 15-jährigen Jugendlichen, dass sie schon einmal eine ausländerfeindlich motivierte Körperverletzung oder Sachbeschädigung begangen haben. Dies bestätigt, dass auch rechtsextremes Verhalten im Jugendalter keine Seltenheit ist.²⁵

23 „Im Jahr 1993 wurden ausländerfeindliche Statements von 14,4 Prozent der Jugendlichen ‚völlig‘ und von 24,0 Prozent ‚tendenziell‘ befürwortet [...] Im Jahr 2010 befürworteten nur noch 5,9 Prozent der Befragten ausländerfeindliche Aussagen ‚völlig‘ und 16,4 Prozent ‚tendenziell‘“ (Burkert 2012, S. 180).

24 Als sehr ausländerfeindlich bzw. antisemitisch wurden in der Studie Befragte eingestuft, die den verschiedenen Aussagen im Durchschnitt mit einem Wert von über 5,5 zustimmten (Antwortkategorien von „1 – stimme überhaupt nicht zu“ bis „7 – stimme voll und ganz zu“).

25 Dunkelfeldforschung zu rechtsextremem Verhalten ist bislang selten. Für die Schweiz haben Schmid und Storni (2009) im Jahr 2005 eine Befragung durchgeführt, wobei sie sich auf Opfererfahrungen konzentriert haben. Im Ergebnis zeigt sich, dass etwa jeder zehnte Jugendliche zwischen 2000 und 2005 Opfer von

Die Verbreitung islamistisch extremistischer Einstellungen unter Jugendlichen haben Brettfeld und Wetzels (2007) mit vergleichbaren Messinstrumenten untersucht wie in der von ihnen durchgeführten Erwachsenenbefragung. Dabei wurden Schülerinnen und Schüler der neunten und zehnten Jahrgangsstufe in Hamburg, Köln und Augsburg in den Jahren 2005 und 2006 befragt. Unter den Teilnehmenden fanden sich 500 Muslime. Leider erlaubt die Ergebnispräsentation zur Schülerbefragung keinen direkten Vergleich mit der Erwachsenenbefragung, weil die Prozentdarstellungen voneinander abweichen. Die Befunde lassen aber den Schluss zu, dass islamistisch extremistische Einstellungen unter muslimischen Jugendlichen verbreiteter sind als unter muslimischen Erwachsenen. Folgende Befunde zeigen sich zu den bereits in Bezug auf die Erwachsenen erwähnten Items:

- Der Aussage „Wenn es der islamischen Gemeinschaft dient, bin ich bereit, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.“ stimmten 24,0 % der Jugendlichen zu, der Aussage „Gewalt ist gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht.“ 21,4 %. Diese Werte sind deutlich höher als in der Erwachsenenbefragung.
- Dass Selbstmordattentate feige sind und der Sache der Muslime schaden, bestätigen 75,3 % der Befragten, was ebenfalls unterhalb des Wertes der Erwachsenenstichprobe liegt.
- 10,2 % waren der Meinung, dass es gut wäre, wenn in Deutschland bestimmte Straftaten wie im islamischen Recht mit Prügelstrafe bestraft würden.²⁶
- Dies gilt auch für die anderen Items: 36,3 % stimmten der Aussage stark zu, dass Menschen, die den Islam modernisieren, dessen wahre Lehre zerstören, 43,6 % der Aussage „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als Demokratie“ und 50,1 % dem Item, dass der Islam die einzig wahre Religion ist. Einzig in Bezug auf die Sexualmoral sind muslimische Jugendliche deutlich toleranter eingestellt: Nur 18,1 % waren dezidiert der Ansicht, dass die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften völlig verkommen ist.

Werden die verschiedenen Einschätzungen zusammen betrachtet, d.h. diejenigen Jugendlichen, die Demokratiedistanz, religiöse Intoleranz politisch-religiöse Gewaltbereitschaft zeigen, dann macht diese Risikogruppe „mit 29,2 % mehr als ein Viertel der Stichprobe aus“ (Brettfeld/Wetzels 2007, S. 341). Dabei weisen die Autoren erneut darauf hin, dass „Exklusionserlebnisse“ für die Radikalisierung der Muslime „von eminenter Bedeutung“ sind (ebd., S. 341). Al-

rechtsextremer Gewalt geworden ist oder ernsthaft mit rechtsextremer Gewalt bedroht wurde.

²⁶ Hier ist ein Vergleich mit den Erwachsenen nicht möglich, da bei den Jugendlichen jener Anteil berichtet wird, die der Aussage stark zu stimmen.

lerdings wird auch betont, „religiös gefärbte Vorurteile und Abgrenzungsbestrebungen“ zu beachten und insofern den Beitrag der islamischen Religiosität für die Radikalisierung zu analysieren. Dies unterstreicht auch eine Studie aus der Schweiz: Ribeaud et al. (2017) haben im Kanton Zürich durchschnittlich 17-jährige Personen zu extremistischen Einstellungen befragt, wobei vier Aussagen zur Bewertung vorgelegt wurden.²⁷ Den Aussagen stimmten zwischen 15,1 und 46,0 % der männlichen und zwischen 8,8 und 22,1 % der weiblichen Befragten zu. Für muslimische Jugendliche wurde dabei eine deutlich höhere Zustimmung festgestellt als für katholische oder protestantische Jugendliche. Die zusätzlich durchgeführten Zusammenhangsanalysen ergaben zudem folgende drei für die Prävention zentrale Befunde:

- Die Risikofaktoren extremistischer Einstellungen sind vergleichbar mit den Risikofaktoren für aggressives Verhalten.
- Die wichtigste Zielpopulation für Präventionsmaßnahmen sind männliche Jugendliche mit geringer Bildung und einem Migrationshintergrund.
- Die Erhöhung der Akzeptanz des Rechtsstaats und seiner Institutionen sowie eine Stärkung der Normorientierung sollte der Ausbildung extremistischer Einstellungen vorbeugen.

Extremismus bei Jugendlichen im Spiegel aktueller Schülerbefragungen

Die Verbreitung und mögliche Risikofaktoren verschiedener Formen des politischen Extremismus unter Jugendlichen in Deutschland lassen sich derzeit am umfassendsten anhand der vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen in den Jahren 2013 und 2015 durchgeführten Schülerbefragungen in Klassen der neunten Jahrgangsstufe untersuchen (2013: 9.512 Befragte, 2015: 10.638 Befragte; vgl. Bergmann et al. 2017). In den Jahren 2013 und 2015 wurden hier Messinstrumente zur Erfassung des Rechtsextremismus und Linksextremismus eingesetzt, 2015 ein Messinstrument zur Erfassung islamistisch extremistischer Einstellungen.

Rechtsextreme Einstellungen wurden mit 20 Items gemessen, die Ausländerfeindlichkeit (sechs Items, z.B. „Die meisten Ausländer sind kriminell.“), Antisemitismus (drei Items, z.B. „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“), Muslimfeindlichkeit (fünf Items, z.B. „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“), Diktaturbefürwortung (drei Items, z.B. „Wir sollten einen Führer

²⁷ Diese Aussagen beinhalteten keinen direkten Bezug zum Islam sondern waren allgemein formuliert, so dass sie keine spezifische Form des politischen Extremismus erfasst haben. Die Items lauteten: „Es ist manchmal nötig, Gewalt anzuwenden, um gegen Dinge zu kämpfen, die sehr ungerecht sind.“, „Manchmal müssen Menschen zu Gewalt greifen, um ihre Werte, Überzeugungen oder ihren Glauben zu verteidigen.“, „Es ist in Ordnung, Gruppen zu unterstützen, die mit Gewalt gegen Ungerechtigkeiten kämpfen.“ und „Es ist manchmal nötig, mit Gewalt, Anschlägen oder Entführungen für eine bessere Welt zu kämpfen.“

haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“) und Nationalismus (drei Items, z.B. „Wir müssen deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.“). Rechtsextreme Verhaltensweisen wurden mit sechs Items gemessen, die das Begehen verschiedener Straftaten in den zurückliegenden zwölf Monaten erfassen.²⁸ Alle Items wurden dabei nur Jugendlichen zur Beantwortung vorgelegt, die in Deutschland geboren wurden und die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und für die beides auch auf die leiblichen Eltern zutrifft („deutsche Jugendliche“).

Zur Erfassung von linksextremen Einstellungen wurden 13 Aussagen genutzt, die Anti-Faschismus (ein Item, „Nazis sollten auch mit Gewalt bekämpft werden.“), Anti-Kapitalismus (ein Item, „Heutzutage werden die Menschen von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet.“), Anti-Repression (drei Items, z.B. „Der Staat nimmt zu viel Einblick in unser Privatleben.“), Anti-Militarismus (ein Item, „Es darf zukünftig kein Euro mehr für das Militär ausgegeben werden.“), Kommunismus/Abschaffung Staat (ein Item, „Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.“) und Gewaltbefürwortung (sechs Items, z.B. „Es ist richtig, wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden.“) messen. Das Begehen linksextremer Straftaten wurde wiederum bzgl. der letzten zwölf Monate erfasst, wobei fünf Items genutzt wurden.²⁹

Islamistisch extremistische bzw. fundamentalistische Einstellungen³⁰ wurden mit insgesamt neun Aussagen erfasst (vgl. Pfeiffer et al. 2018, S. 60), die u.a. folgende Items enthielten: „Der Islam ist die einzige wahre Religion; alle anderen Religionen sind weniger wert.“, „Muslimen ist es erlaubt, ihre Ziele notfalls auch mit terroristischen Anschlägen zu erreichen.“ Die Aussagen wurden deutschen ebenso wie nichtdeutschen Jugendlichen sowie den unterschiedlichen Konfessionsgruppen zur Beantwortung vorgelegt; an dieser Stelle werden allerdings nur die Antworten der muslimischen Jugendlichen betrachtet.

Die verschiedenen Items zur Messung von Einstellungen konnten mittels Antwortskalen beantwortet werden, die von eins bis sieben bzw. von eins bis vier reichten (hohe Werte

28 Hierbei handelt es sich um folgende Straftaten: jemanden geschlagen und verletzt, weil er Ausländer/ Migrant war; Dinge beschädigt, weil sie Ausländern/ MigrantInnen gehörten; ein von Ausländern/ MigrantInnen bewohntes Haus beschädigt; jemanden geschlagen und verletzt, weil er links war; Dinge beschädigt, weil sie Personen gehörten, die links waren; ein von Linken bewohntes Haus/ einen linken Jugendclub beschädigt.

29 Diese lauten: bei einer Demonstration Glasflaschen, Steine oder Ähnliches gegen die Polizei eingesetzt; ein Auto oder Haus angezündet, um gegen die Großunternehmer und Millionäre zu protestieren; jemanden geschlagen und verletzt, weil er rechts war; Dinge beschädigt, weil sie Personen gehörten, die rechts waren; ein von Rechten bewohntes Haus/ einen rechten Jugendclub beschädigt.

30 Nicht in allen den Jugendlichen zur Beantwortung vorgelassen Aussagen wurde ein direkter Bezug zum Gewalteinsatz hergestellt, weshalb die Skala sowohl fundamentalistische Orientierungen als auch islamistisch extremistische Einstellungen erfasst.

= hohe Extremismusneigung). Für die Auswertungen wurde zunächst der Mittelwert zu allen Aussagen eines Extremismus gebildet; im Anschluss wurden die Befragten gruppiert, d.h. Befragte mit Werten über 4.00 (siebenstufiges Antwortformat) bzw. über 2.50 (vierstufiges Antwortformat) wurden zur Gruppe der extremismusaffinen Jugendlichen zusammengefasst. Hinsichtlich des Verhaltens wurde so verfahren, dass Jugendliche, die mindestens eine Verhaltensweise eines Extremismus ausgeübt haben, denjenigen Jugendlichen gegenüber gestellt werden, die kein entsprechendes Verhalten gezeigt haben.

Zusätzlich zu extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen wurden allgemein gewaltakzeptierende Einstellungen und das Ausführen von Gewalttaten erfasst. Um gewaltakzeptierende Einstellungen zu messen, kamen vier Items zum Einsatz (z.B. „Ein bisschen Gewalt gehört einfach dazu, um Spaß zu haben.“). Das Begehen von Gewalttaten wurde in Bezug auf die zurückliegenden zwölf Monate erfragt, wobei nach dem Begehen von Raubtaten, Erpressungen, sexueller Gewalt und verschiedener Formen der Körperverletzung gefragt wurde (Bergmann et al. 2017, S. 47).

Abbildung 9: Gewalt und Extremismus in Zeitvergleich (in %)

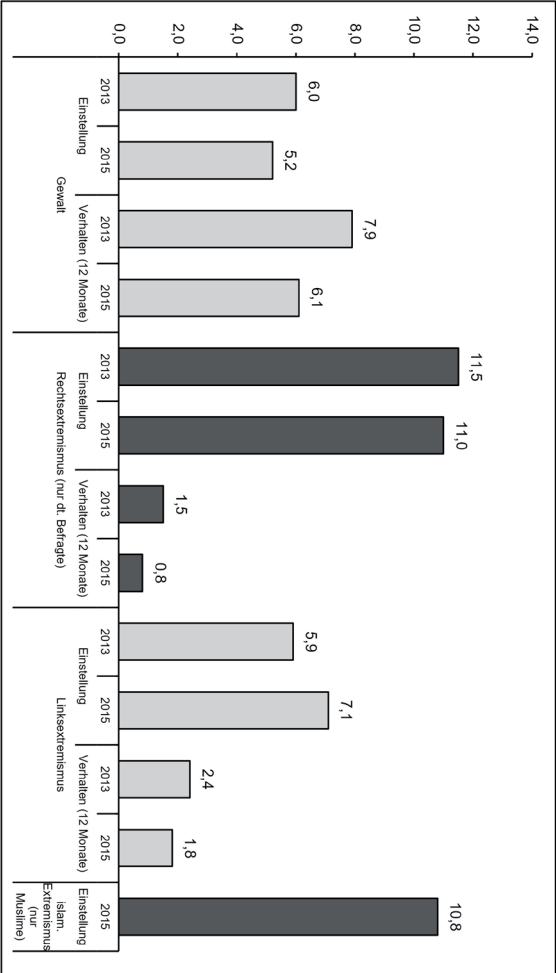


Abbildung 9 zeigt, dass die Zustimmung zu extremistischen Einstellungen unter den Jugendlichen Niedersachsens recht verbreitet ist. In der Befragung 2015 werden 11,0 % der Jugendlichen als rechtsextrem eingestellt klassifiziert (nur deutsche Jugendliche), 7,1 % als linksextrem (alle Befragte) und 10,8 % als islamistisch extrem bzw. fundamentalistisch (nur Muslime). Gewaltakzeptierende Einstellungen halten 5,2 % der Jugendlichen aufrecht. Extremistisches Verhalten wird nur von einer kleinen Minderheit der Jugendlichen ausgeführt: 0,8 % der deutschen Jugendlichen gaben an, rechtsextremes Verhalten ausgeführt zu haben, 1,8 % der Jugendlichen linksextremes Verhalten. Mindestens eine Form des Gewaltverhaltens haben 6,1 % der Jugendlichen verübt. Für die meisten in Abbildung 9 abgebildeten Anteile zeigt sich, dass sie 2015 niedriger ausfallen als 2013, d.h. rückläufige Entwicklungen zu beobachten sind. Einzig der Anteil linksextrem eingestellter Jugendlicher ist leicht angestiegen; zum islamistischen Extremismus ist kein Zeitvergleich möglich. Ein Vergleich zwischen den Extremismen sollte nicht vorgenommen werden (z.B. „Rechtsextremismus ist verbreiteter als Linksextremismus“), weil die Skalen und Indizes nicht äquivalent konstruiert sind. Rechtsextreme Einstellungen wurden bspw. nicht mit Items erfasst, die eine Gewaltbefürwortung beinhalten, was bei den linksextremen und islamistisch extremen bzw. fundamentalistischen Einstellungen aber der Fall ist. Insgesamt bestätigen die Auswertungen einerseits, dass zumindest extremistische Einstellungen von einem substanziellen Anteil der Jugendlichen geteilt werden; andererseits ist von einem leichten Rückgang des Extremismus auszugehen, mit Ausnahme linksextremer Einstellungen.

In Tabelle 2 sind Zusammenhänge zwischen verschiedenen Erklärungsfaktoren und gewaltakzeptierenden bzw. extremistischen Einstellungen abgebildet. Auf die Erklärung von Einstellungen wird sich an dieser Stelle beschränkt, weil sie erstens weiter verbreitet sind als das Verhalten. Zweitens hängt die Ausübung eines Verhaltens, insbesondere von extremistischem Verhalten, davon ab, ob im sozialen Umfeld der Jugendlichen jene Gruppen vorhanden sind, die als Gegner eines politischen Extremismus gelten und entsprechen angegriffen werden können. Diese Opportunitätsstrukturen im Umfeld lassen sich mit Befragungsstudien nur unzureichend abbilden. Um die Zusammenhänge zwischen den Erklärungsfaktoren und den Einstellungen zu prüfen, sind in Tabelle 2 Produkt-Moment-Korrelationen (Pearson's r) dargestellt, die zwischen 0 (kein Zusammenhang) und +1 bzw. -1 (perfekter positiver oder negativer Zusammenhang) variieren können. Korrelationen unter .100 können als vernachlässigbar eingestuft werden und werden im Folgenden nicht weiter interpretiert, auch wenn sie aufgrund des grossen Stichprobenumfangs als signifikant ausgewiesen werden. In die Auswertungen gehen nur die Daten der Befragung 2015 ein, da in diesem Jahr auch islamistisch extremistische Einstellungen erhoben wurden. In Bezug auf die

gewaltakzeptierenden Einstellungen werden alle Befragten einbezogen, d.h. mindestens 9.733 Befragte.³¹ In Bezug auf rechtsextreme, linksextreme und islamistisch extreme bzw. fundamentalistische Einstellungen werden nur Teilstichproben berücksichtigt, dies deshalb, weil sich die entsprechenden Fragen in Fragebogenmodulen befanden, die nicht von allen Jugendlichen zu bearbeiten waren. Besonders niedrig ist die Anzahl muslimischer Befragter (NMin = 284), was zur Folge hat, dass Korrelationen, die eine vergleichbare Höhe wie bei den anderen Einstellungen haben, z.T. als nicht signifikant ausgewiesen werden. Grau hervorgehoben in Tabelle 2 sind Korrelationen, die hinsichtlich der Richtung des Zusammenhangs von den anderen Korrelationen abweichen und einen Wert über .100 erreichen.

Die Auswertungen zur Demografie und zum sozialen Status belegen, dass männliche Jugendliche sowie Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau³² häufiger den vier Einstellungsmaßen zustimmen; beide Faktoren erweisen sich damit als relevante Risikofaktoren. Einzig mit Blick auf den islamistischen Extremismus gilt, dass Jungen nur etwas häufiger zustimmen als Mädchen (nicht signifikant). Ein niedriger Sozialstatus steht in keiner relevanten Beziehung mit der Gewaltakzeptanz oder dem Extremismus, womit Annahmen darüber, dass eine soziale Benachteiligung mit Radikalisierung in Beziehung steht, nicht bestätigt werden können.³³ Befragte nichtdeutscher Herkunft stimmen gewaltakzeptierenden und linksextremen Einstellungen häufiger zu. Da Muslime i.d.R. eine nichtdeutsche Herkunft haben, im Sinne davon, dass mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, wurde nicht der Zusammenhang zwischen der nichtdeutschen Herkunft und den islamistisch extremistischen Einstellungen geprüft, sondern der Einfluss des Besitzes einer deutschen Staatsangehörigkeit. Muslime mit deutscher Staatsange-

31 Dass die Anzahl von der erwähnten Gesamtanzahl an Befragten (10.638) abweicht, ist damit zu erklären, dass Befragte nicht zu allen Fragen eine Antwort gegeben haben (fehlende Werte) bzw. dass in Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, die ebenfalls in die Befragung einbezogen wurden, zahlreiche Fragen nicht gestellt wurden, um den Fragebogen nicht zu umfangreich werden zu lassen. Förderschülerinnen und -schüler werden bei den Auswertungen daher weitestgehend nicht berücksichtigt.

32 Erfasst wurde der angestrebte Schulabschluss. Wenn Jugendliche eine Hauptschule besuchen, dann wird als angestrebter Schulabschluss der Hauptschulabschluss angenommen, wenn sie eine Realschule besuchen, ein Realschulabschluss. In Schulen, die mehrere Abschlüsse anbieten (Integrierte Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen, Oberschulen) sollten die Befragten im Fragebogen mitteilen, welchen Abschluss sie anstreben.

33 Die soziale Benachteiligung wurde einerseits objektiv und andererseits subjektiv erfasst. Eine objektive soziale Benachteiligung ist die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, die über die Arbeitslosigkeit mindestens eines Elternteils bzw. den Bezug von Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II abgebildet wurde. Die subjektive Benachteiligung wurde über die Frage „Wie viel kannst du dir von dem leisten, was du möchtest“ (von „alles“ bis „fast überhaupt nichts“) gemessen. Zwar ergeben sich fast durchweg positive Korrelationen, nach denen eine zunehmende Benachteiligung auch mit einer stärkeren Zustimmung zu gewaltakzeptierenden bzw. extremistischen Einstellungen einher geht; die Korrelationen fallen aber sehr niedrig aus.

hörigkeit stimmen entsprechend den Ergebnissen seltener islamistisch extremistischen Aussagen zu. Diese Form der institutionellen Integration kann sich also als Schutzfaktor einer Radikalisierung erweisen.

Für die familiären Faktoren werden keine starken, aber auch keine zu vernachlässigenden Zusammenhänge sichtbar. Zwar gilt zum einen, dass das Erleben von Belastungen wie die Trennung bzw. Scheidung der Eltern oder der Tod mindestens eines Elternteils nicht von großer Bedeutung sind (wobei sie dennoch tendenziell einen Risikofaktor der Radikalisierung markieren), so findet sich zum anderen, dass das Erleben schwerer Gewalt³⁴ einen Risikofaktor, und stärker noch das Erleben einer zugewandten elterlichen Erziehung³⁵ einen Schutzfaktor darstellt. Die Erziehungsstile der Eltern spielen für die Radikalisierung eine Rolle, wobei zu konstatieren ist, dass die beiden genannten Faktoren für den islamistischen Extremismus etwas weniger bedeutsam zu sein scheinen.

Neben familiären sind auch schulische Faktoren für die Radikalisierung wichtig. Bestätigt wird dabei zunächst nicht, dass Erfahrungen des Bullyings durch Mitschüler einen Risikofaktor darstellen – obwohl mit Ausnahme des islamistischen Extremismus eine schwache Tendenz entsprechend dieser Annahme festzustellen ist ($r < .100$). Wichtig sind aber schulische Misserfolgserlebnisse, die sich in schlechteren Schulleistungen abbilden. Je schlechter die Schulleistungen sind, umso höher fällt die Zustimmung zu gewaltakzeptierenden bzw. extremistischen Einstellungen aus. Dieser für alle vier betrachteten Einstellungen feststellbare Zusammenhang ist dabei ein eigenständiger Effekt, d.h. er bleibt auch dann bestehen, wenn der angestrebte Bildungsabschluss in den Analysen kontrolliert wird (Jugendliche mit angestrebtem Hauptschulabschluss weisen auch schlechtere Schulnoten auf). Insofern kann Radikalisierung als eine Reaktion aufgefasst werden, wenn Jugendliche mit den schulischen Leistungsanforderungen nicht zurechtkommen.

Faktoren, die die Nachbarschaft und das nähere soziale Umfeld neben Familie und Schule beschreiben, sind für den islamistischen Extremismus nicht unmittelbar von Bedeutung. Für die anderen Einstellungen ergeben sich hingegen direkte Beziehungen. Dies gilt vor allem für die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden³⁶: Je mehr delinquente Freunde ein Jugendlicher kennt, umso eher stimmt er gewaltakzept-

34 Die Schülerinnen und Schüler sollten zu drei Verhaltensweisen angeben, ob sie sie in der Kindheit und/oder in den letzten zwölf Monaten von Seiten der Mutter und/oder des Vaters erlebt haben (z.B. „mich mit der Faust geschlagen oder mich getreten“).

35 Hier waren in Bezug auf die Kindheit einzuschätzen, wie häufig die Mutter bzw. der Vater sechs Verhaltensweisen gezeigt haben (z.B. „sich echt um mich gekümmert“).

36 Die Bekanntschaft wurde darüber erhoben, dass die Jugendlichen mitteilen sollten, wie viele Freunde sie kennen, die in den letzten zwölf Monaten bspw. eine Körperverletzung oder einen Ladendiebstahl begangen haben.

tierenden, rechtsextremen und linksextremen Einstellungen zu. Eine als hoch kohäsiv wahrgenommene Nachbarschaft³⁷ sowie die Mitgliedschaft in Vereinen³⁸ stellen demgegenüber Schutzfaktoren da, wobei die Zusammenhänge als eher gering einzustufen sind. Insofern bestätigt sich nur teilweise, dass Nachbarschaften und Vereine wichtig für die Prävention der Radikalisierung sind.

Zuletzt können auch Zusammenhänge zwischen verschiedenen Persönlichkeitsmerkmalen und den vier Einstellungen untersucht werden. Eine hohe Religiosität³⁹ stellt tendenziell einen Schutzfaktor dar; die Zusammenhänge sind aber gering ($r < .100$). Eine Ausnahme betrifft den islamistischen Extremismus: Hier zeigt sich ein positiver Zusammenhang, nach dem eine stärkere Religiosität eines muslimischen Jugendlichen mit einer höheren Zustimmung zu islamistisch extremistischen Einstellungen einhergeht. Für die anderen beiden Merkmale zeigen sich vergleichbare, für den islamistischen Extremismus allerdings wiederum niedrigere Zusammenhänge: Jugendliche mit niedriger Selbstkontrolle⁴⁰ und fehlender Normakzeptanz⁴¹ weisen eine stärkere Zustimmung zu gewaltakzeptierenden und extremistischen Einstellungen auf.

37 Die Jugendlichen sollten Aussagen wie „Die Leute in meinem Wohngebiet helfen sich gegenseitig.“ oder „Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen.“ bewerten.

38 Erfragt wurde die Mitgliedschaft in acht Vereinsformen (u.a. Freiwillige Feuerwehr; Sportverein, Turnverein, Reitverein).

39 Diese wurde gemessen über Fragen wie „Wie wichtig ist Religion für dich persönlich in deinem Alltag?“ oder „Wie oft hast du in den letzten zwölf Monaten ein Gotteshaus (z.B. Kirche, Moschee, Synagoge) besucht?“

40 Eine niedrige Selbstkontrolle wurde mittels Aussagen gemessen, die auf eine hohe Bereitschaft hinweisen, Risiken einzugehen (z.B. „Ich gehe gern ein Risiko ein, einfach weil es Spaß macht.“ oder „Ich teste gerne meine Grenzen, indem ich etwas Gefährliches mache.“).

41 Um diese zu messen kamen Aussagen wie „Wenn man etwas vom Leben haben will, kann man nicht alles befolgen, was das Gesetz verlangt.“ oder „Man braucht es mit dem Gesetz nicht so genau zu nehmen, solange man das Leben eines Anderen nicht gefährdet.“

Tabelle 2: Zusammenhänge zwischen Erklärungsfaktoren und gewaltakzeptierenden bzw. extremistischen Einstellungen (abgebildet: Pearson-Korrelation)

		Gewalt (N _{Min} = 9.733)	Rechts-extremismus (nur dt. Befragte; N _{Min} = 4.955)	Links-extremismus (N _{Min} = 3.151)	Islam. Extremismus (nur Muslime; N _{Min} = 284)
Demografie	männliches Geschlecht	.243 ***	.133 ***	.170 ***	.045
	nichtdeutsche Herkunft/dt. Staatsangehörigkeit	.112 ***	-	.142 ***	-.123 *
sozialer Status	Hauptschulabschluss	.159 ***	.233 ***	.096 ***	.135 *
	Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen	.054 ***	.067 ***	.085 ***	.043
	Deprivationswahrnehmung	.036 ***	.059 ***	.069 ***	-.068
Familie	Trennung/Scheidung/Tod Eltern	.034 **	.065 ***	.045 *	.028
	Erleben schwerer elterlicher Gewalt	.135 ***	.106 ***	.099 ***	.072
	elterliche Zuwendung	-.161 ***	-.125 ***	-.158 ***	-.116 *
Schule	schlechte Schulleistungen	.172 ***	.204 ***	.114 ***	.222 ***
	Opfer Schulbullying	.039 ***	.053 ***	.072 ***	-.005
Nachbarschaft/Umfeld	Kohäsion in Nachbarschaft	-.123 ***	-.076 ***	-.126 ***	.015
	Vereinszugehörigkeit	-.078 ***	-.107 ***	-.094 ***	.015
	delinquente Freunde	.311 ***	.174 ***	.283 ***	.075
Persönlichkeit	niedrige Selbstkontrolle	.384 ***	.169 ***	.298 ***	.207 ***
	hohe Religiosität	-.028 **	-.099 ***	-.061 ***	.357 ***
	fehlende Normakzeptanz	.541 ***	.210 ***	.392 ***	.097

* p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Die Auswertungen des Dunkelfeldes ergeben zusammengefasst erstens, dass es sowohl in Bezug auf Erwachsene als auch auf Jugendliche einen Rückgang der Gewalt gibt. Die Hintergründe dieses Rückgangs lassen sich allerdings aufgrund des Mangels an Daten nicht abschließend eruieren. Eine Herausforderung zukünftiger Präventionsarbeit ist es insofern, das eigene Tun systematisch so zu erfassen, dass Beziehungen zwischen Kriminalitätsentwicklungen und durchgeführter Präventionsmaßnahmen untersucht werden

können. Zweitens belegen die Auswertungen in Bezug auf den politischen Extremismus, dass nicht pauschal von einem Anstieg extremistischer Einstellungen ausgegangen werden kann. Für den Rechtsextremismus ergeben sich tendenziell sogar rückläufige Zustimmungsraten – bei Erwachsenen wie Jugendlichen. Zwei Einschränkungen sind hier allerdings zu beachten: Zum einen liegen derzeit noch keine Befunde von Studien ab Ende 2016 vor, so dass unklar ist, welche Trends sich in jüngster Zeit zeigen. Zum anderen sind Befunde zu Trends im Bereich Linksextremismus und islamistischer Extremismus nicht verlässlich zu benennen, weil zu diesen Extremismusformen kaum Befragungsstudien existieren. Unabhängig von den Trends belegen die vorhandenen Studien, dass die Zustimmung zu einzelnen extremistischen Ideen recht weit verbreitet ist, was die bereits benannte Herausforderung zukünftiger Präventionsarbeit unterstreicht, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und das politische System wieder zu stärken. Drittens bestätigen die Analysen zu den Einflussfaktoren gewaltakzeptierender und extremistischer Einstellungen im Jugendalter, dass sich die Einflussfaktoren von Gewalt und Radikalisierung ähneln, wobei sich für den islamistischen Extremismus zum Teil auch abweichende Befunde zeigen. Eine zukünftige Herausforderung der Präventionsarbeit ist entsprechend der Befunde, dass jene Bevölkerungsgruppen erreicht werden müssen, die einer höheren Gefährdung unterliegen, zentrale Normen des Zusammenlebens zu brechen. Hierzu gehören vor allem männliche Jugendliche, Personen mit niedriger Bildung, junge Menschen, die in Familie und Schule wenig positive Erfahrungen sammeln und die eine Neigung haben, das Risiko und die Gefahr zu suchen.

4. Die Prävention von Gewalt und politischem Extremismus

Im Folgenden sollen zunächst verschiedene Grundsätze der Gewalt- und Kriminalitätsprävention vorgestellt werden, bevor im Anschluss auf die Prävention von Extremismus eingegangen wird. Die Betrachtung von Grundsätzen der Gewaltprävention erfolgt an dieser Stelle, weil sich das Gutachten erstens sowohl mit (physischer) Gewalt als auch mit politischem Extremismus beschäftigt, weil zweitens sowohl in den Hellfeld- als auch in den Dunkelfelddaten sich ein deutlicher Rückgang des Gewaltverhaltens zeigt, der auch in der Durchführung von Präventionsmaßnahmen begründet sein dürfte. Drittens kann angenommen werden, dass sich zumindest einige der Grundsätze auch auf die Extremismusprävention übertragen lassen, insofern die vorangegangenen Auswertungen zeigen konnten, dass die Einflussfaktoren der verschiedenen Phänomene zumindest teilweise vergleichbar sind. Präventionsmaßnahmen werden gewöhnlich in primäre, sekundäre und tertiäre Maßnahmen (bzw. universelle, selektive und indizierte Maßnahmen) unterteilt. Nachfolgend

wird sich vor allem mit den primären bzw. universellen Maßnahmen beschäftigt. Da zu Gewaltpräventionsmaßnahmen mittlerweile eine Vielzahl an Überblicksdarstellungen existiert (u.a. Beelmann/Raab 2007, Scheithauer et al. 2012), soll hier nur eine kurze Würdigung verschiedener Grundsätze erfolgen, wobei diese Grundsätze jeweils entlang einer Leitthese vorgestellt werden.

4.1. Grundsätze der Gewaltprävention

Prävention sollte früh im Leben erfolgen: Verschiedene wirksame Gewaltpräventionsprogramme setzen sehr früh in der Kindheit an. Hierzu gehört u.a. das „Nurse-Family-Partnership-Programm“, das junge Mütter mit spezifischen Risikmerkmalen bereits während der Schwangerschaft betreut. Dieses Programm wurde mit „Pro Kind“ auch auf Deutschland übertragen. Weitere Programme, die der Vermittlung von Kompetenzen dienen, die ohne Zweifel auch für die Vorbeugung von Extremismus entscheidend sind, beginnen meist bereits im Kindergarten. Hierzu gehört EFFEKT, das Kindern u.a. beibringt, Gefühle auszudrücken und Handlungskonsequenzen zu antizipieren. Ähnliches versuchen die Programme Papilio, Paths oder Faustlos, die ebenfalls mit Kindergarten- oder Grundschulkindern arbeiten.

Eine positive Entwicklung braucht gute Vorbilder: Die ersten Vorbilder, denen Kinder begegnen, finden sich in der Familie (s.u.). Andere gute Vorbilder können aber auch aus ganz verschiedenen Bereichen stammen. Lehrer/innen, Trainer/innen, Nachbar/innen, ältere Schüler/innen usw. sind hier zu erwähnen. Die Idee, dass eine positive Entwicklung gute Vorbilder benötigt, wird durch Mentorenprogramme aufgegriffen. Zu nennen sind hier u.a. „Big brothers, big sisters“ aus den USA oder „Balu und Du“ aus Deutschland.

Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen: Präventionsmaßnahmen müssen bestenfalls in Kooperation verschiedener Akteure durchgeführt werden. Häufig wird in diesem Zusammenhang von der Vernetzung gesprochen. Damit wird auf die Zusammenarbeit von Familien, Schulen, Polizei, Gerichten, Sozialarbeit, Vereinen usw. verwiesen. Dem Gedanken der Vernetzung trägt die Einrichtung von Präventionsräten Rechnung, die sich immer häufiger in Städten und Gemeinden konstituieren. Diese Räte bringen die verschiedenen Akteure in einem Gremium zusammen, schaffen Raum des gegenseitigen Kennenlernens und entscheiden gemeinsam über Maßnahmen, die durchgeführt werden.⁴² Ein Projekt, das sich nachweislich erfolgreich der Devise verpflichtet hat, dass Prävention der Mitwirkung der

⁴² Vgl. auch die „Magdeburger Erklärung“ des 21. Deutschen Präventionstages (<http://www.praeventionstag.de/html/download.cms?id=519&datei=Magdeburger-Erklärung-519.pdf>)

gesamten Gemeinde bedarf, ist das Programm „Communities that Care“. Dieses Programm geht in unterschiedlichen Schritten vor: Nachdem eine kommunale Struktur geschaffen ist, wird mittels einer Befragung ermittelt, welche Probleme in einer Kommune mit Blick auf Kinder und Jugendliche bestehen. Die Ergebnisse werden mit kommunalen Vertretern diskutiert und es wird gemeinsam entschieden, welchen Problemen sich insbesondere gewidmet werden soll. Je nach ausgewähltem Problem stehen verschiedene wirkungsüberprüfte Programme zur Verfügung, die übernommen werden können; es steht den Kommunen aber auch frei, eigene Präventions-Ideen umzusetzen. Nach einer gewissen Zeit erfolgt dann eine weitere Befragung, mit der ermittelt, ob die vereinbarten Ziele erreicht wurden oder nicht bzw. welche Probleme fortbestehen.

Weniger Gelegenheiten, weniger Diebe: Für viele Jugendliche ist Gewalt und Delinquenz ein einmaliges Phänomen bzw. Bestandteil einer kurzen Phase. Die Reduktion der Delinquenz dieser Jugendlichen kann über die Reduktion von Tatgelegenheiten erfolgen. Tatgelegenheiten zu verringern geschieht in erster Linie über eine höhere Verhaltenskontrolle bzw. eine sog. höhere informelle Sozialkontrolle. Eine „Kultur des Hinschauens“ an Schulen, in Nachbarschaften, Vereinen usw. ist ein möglicher Schritt in diese Richtung.

Die Familie ist ein zentraler Ort der Prävention: Elterliche Erziehungsstile stehen entsprechend zahlreicher Studien mit delinquenten Verhalten in Beziehung. Verschiedene Präventionsprogramme konzentrieren sich deshalb auf die Verbesserung der Eltern-Kind-Interaktion. Zu erwähnen ist das nachweislich effektive Programme „Triple-P“ („Positive-Parenting-Program). Ziel dieses Programms ist es, eine positive Beziehung zwischen Eltern und Kind herzustellen. Zudem werden Strategien vermittelt, wie mit kindlichen Problemverhaltensweisen adäquat umgegangen werden kann. Die funktionale Familientherapie als weiteres familienbezogenes Programm konzentriert sich stärker auf Familien, deren Kinder bereits auffällig geworden sind. Verändert werden dabei Kommunikationsstrategien und Verhaltensweisen in der Familie. Gewalt-, aber sicher ebenso Extremismusprävention ist umso erfolgreicher, je mehr dysfunktionale Erziehung verhindert werden kann.

Die Schule ist ein zentraler Ort der Prävention: Nicht nur die Familie, auch die Schulen sind als ein zentraler Ort der Prävention einzustufen, da es auch für diesen Kontext ausgearbeitete, nachweislich wirksame Präventionskonzepte gibt. Hervorzuheben ist das Anti-Bullying-Programm von Olweus, das über Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen versucht, eine klare Anti-Gewalt-Kultur an der Schule zu etablieren. Das Programm setzt auf folgende Prinzipien:

Warmherzigkeit, Interesse und Engagement der Lehrkräfte entwickeln, feste Grenzen für unakzeptables Verhalten setzen, konsequente, aber nicht feindselige Reaktionen bei Regelverletzungen zeigen, ein gewisses Maß an Beobachtung und Kontrolle praktizieren (u.a. durch Pausenaufsicht). In Deutschland wurde in Anlehnung an das Olweus-Konzept das Programm Konflikt-KULTUR entwickelt, das sich insbesondere an Lehrkräfte richtet und vermittelt, einen störungsfreien Unterricht und gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien durchzusetzen. Speziell auf die Schüler richten sich dagegen Streitschlichtungsprogramme. Ausgewählte Schüler werden zu Mediatoren geschult, die Konflikte anderer Schüler untereinander kommunikativ lösen. Ein sich ebenfalls auf die Schule beziehendes, wirksames Konzept ist Klasse 2000.

Harte Strafen wirken nicht abschreckend: Dass harte Strafen spezialpräventiv wirken, also Täter von weiteren Strafen abhalten, kann als widerlegt gelten. Ebenfalls nicht festgestellt werden kann, dass harte Strafen einen generalpräventiven Effekt hätten; d.h. bislang unauffällige Personen werden nicht vom Begehen von Straftaten abgehalten, nur weil harte Strafen drohen. Vor dem Hintergrund der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse erscheinen Diskussionen über die Verschärfung des Strafrechts unnötig, die unregelmäßig meist nach spektakulären Einzeltaten immer wieder diskutiert werden. Auch in Bezug auf den Extremismus ist davon auszugehen, dass neue oder verschärfte Strafnormen das Verhalten kaum beeinflussen. Prävention erfolgt nicht auf dem Weg der Gesetzgebung.

Präventionsmaßnahmen sind i.d.R. nicht kontraproduktiv: Verschiedene Maßnahmen haben wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie wirksam Kriminalität und Gewalt vorbeugen. Die „Grüne Liste Prävention“ des Landespräventionsrats Niedersachsen umfasst eine Reihe als wirksam eingestufte Präventionsprogramme (vgl. Groeger-Roth/Hasenpusch 2011). Gleichzeitig gilt auch, dass für verschiedene Programme keine stabilen, die Kriminalität reduzierenden Effekte nachgewiesen werden konnten, aber eben auch keine kontraproduktiven Effekte. Dass ein Programm das Gegenteil von dem bewirkt, was es beabsichtigt, ist ausgesprochen selten der Fall. Dies eröffnet die Möglichkeit, neue Wege der Prävention zu beschreiten, neue Wege der Ansprache von und der Arbeit mit Jugendlichen auszuprobieren. Prävention ist auf die Weiter- und Neuentwicklung von Maßnahmen und Programmen angewiesen.

Auch schwer zugängliche Gruppen lassen sich mit Präventionsmaßnahmen erreichen: Zu diesen Gruppen zählen u.a. sozial schwache Haushalte sowie Migrantenhaushalte. In der Vergangenheit wurde, um die Kinder aus diesen Haushalten zu erreichen, u.a. auf Jugend- und Freizeitzentren vor Ort

gesetzt. Daneben gibt es verschiedene weitere Ansätze, um bspw. Migrantenfamilien besser zu erreichen. Der verstärkte Einsatz von Sozialarbeitern mit Migrationshintergrund ist ein möglicher Weg. In verschiedenen Städten wird zudem versucht, Migranten niedrigschwellig über Gesprächskreise zu erreichen; die FemmesTische sind ein Beispiel hierfür (vgl. auch das vom Deutschen Präventionstag, Landespräventionsrat Niedersachsen und dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit betriebene Portal www.pufii.de).

4.2. Die Prävention von politischem Extremismus

Diese Grundsätze sind, die Befunde zu den dem Gewaltverhalten ähnlichen Einflussfaktoren berücksichtigend, sicherlich auch in Teilen auf die Prävention des politischen Extremismus anwendbar. Ohne Zweifel gilt auch für den Bereich des Extremismus, dass negativen Entwicklungen vorgebeugt werden kann, wenn die Familien erreicht werden, in Schulen Kompetenzen vermittelt werden und die verschiedenen Akteure einer Gemeinde zusammen arbeiten. Gleichwohl bedarf es auch spezifischer Programme und Maßnahmen, die den jeweiligen Inhalten der Extremismen gerecht werden.

Nachfolgend sollen ausgewählte (meist universell-präventive) Projekte bzw. Ansätze der Extremismusprävention betrachtet werden, sie sich sowohl der Prävention von extremistischen Einstellungen als auch extremistischen Verhaltensweisen widmen. Dabei ist gleichwohl auf eine Einschränkung hinzuweisen: Gruber und Lützing (2017) haben kürzlich untersucht, welche Projekte in Deutschland durchgeführt werden, um Extremismus vorzubeugen. Für die Jahre 2014/2015 wurden insgesamt 721 Projekte identifiziert. Der deutliche Schwerpunkt lag dabei auf der Rechtsextremismusprävention (drei Viertel der Projekte; Linksextremismus: 4 %, islamistischer Extremismus: 14 %; phänomenübergreifend: 13 %) sowie der universellen Prävention. Extremismusprävention ist damit im deutschsprachigen Raum bislang im Wesentlichen Rechtsextremismusprävention. Erst allmählich werden Erfahrungen zur Prävention anderer Extremismen gesammelt. Die vorliegende Literatur erlaubt es insofern noch nicht, best-practice-Vorschläge zu formulieren bzw. evidenzbasierte Präventionsmaßnahmen mit Bezug auf den gesamten Extremismusbereich vorzustellen.

Für den Bereich des Rechtsextremismus hat kürzlich Beilmann (2017, S. 54ff) Empfehlungen für die entwicklungsorientierte Prävention formuliert. Diese Empfehlungen dürften sich auch auf andere Extremismusbereiche übertragen lassen. Empfohlen wird, Kindern positive Erfahrungen sozialer Diversität zu ermöglichen (verschiedene Formen sozialer Kategorisierung kennen lernen, hierbei auch Eltern einbeziehen), ihnen sozial-kognitive Fertigkeiten und soziale Kompetenz zu vermitteln, identitätsstiftende Angebote zu offerieren (die erlauben, Verantwortung zu übernehmen, Anerkennung

zu erhalten und damit eine positive Identität aufzubauen), politische und kulturelle Bildungsangebote bereitzustellen (Formen der Demokratiebildung jenseits klassischer Wissensvermittlung) und Kontaktmaßnahmen zu intensivieren.

Noch etwas umfangreicher und auf die Extremismusprävention allgemein gerichtet unterscheidet das Modell von Eisenman und Flavahan (2017) vier Ebenen, auf die sich präventive Aktivitäten beziehen sollten:

- Ebene Individuum: hier sind u.a. Kompetenzen des Umgangs mit herausfordernden Situationen und die Resilienz zu erhöhen, Zugehörigkeitsgefühle und Selbstwert zu adressieren und psychische Erkrankungen und Suchtmisbrauch zu erkennen und zu behandeln
- Ebene Beziehung: hier gilt es, Eltern in Risikokonstellationen bzw. von Trennung und Scheidung betroffene Familien zu unterstützen, häuslicher Gewalt vorzubeugen, Gleichaltrige darin zu stärken, auf gewaltlose Konflikt-schlichtungsstrategien zu setzen und generell Vorbilder zu stärken (bspw. auch kritisch eingestellte, religiöse Führungspersönlichkeiten)
- Ebene Gemeinde: hier braucht es u.a. die Vernetzung von Glaubensgemeinschaften und anderen städtischen Organisationen, Investitionen im Schul- und Ausbildungsbereich, eines starken sozialen Zusammenhalts, der Integration von Migranten wie auch einer klaren Positionierung bspw. über Kampagnen gegen Gewalt und Extremismus
- Ebene Gesellschaft: für die Prävention von Extremismus ist es von Bedeutung, dass gesellschaftlich Wohlstand, Wohnraum, Gesundheit, Zugang zu Bildung usw. sichergestellt wird, dass es auch auf dieser Ebene eine klare Positionierung gegen Gewalt und Extremismus gibt und dass vor allem die sozialen Medien, die für Jugendliche von hoher Bedeutung sind, in die Präventionsarbeit einbezogen werden.

In Bezug auf die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen referiert Hohnstein (2017) verschiedene Prinzipien, die sich auf die Arbeit mit gewalttätigen radikalen oder extremistischen Jugendlichen insgesamt verallgemeinern lassen. Hierzu gehören die kritisch akzeptierende Grundhaltung, die Beziehungsarbeit, die ganzheitliche, auf die gesamte Person und mögliche Probleme bezogene Arbeit, die Bedürfnis- und Einzelfallorientierung und die Einbeziehung sozialer Kontexte. Hierfür bedarf es ausreichend qualifizierter Fachkräfte, eines heterogen zusammengesetzten Teams (u.a. in Bezug auf das Geschlecht, die disziplinäre Zugehörigkeit), Kooperationen mit weiteren Akteuren des Hilfesystems sowie einer langfristigen Orientierung. In Bezug auf die Arbeit mit salafistischen Jugendlichen betont auch Yuzva Clement (2017), dass von einer „defizitorientierten Betrachtung“ abgesehen werden muss; „auch Jugendliche, die sich zum Salafismus hinwenden, sollen kritisch-unterstützend bei ihrer Identitätsarbeit begleitet werden“. Glaser und Figlesthler (2016) ver-

weisen ebenfalls darauf, dass in der Präventionsarbeit die biografischen Bedürfnisse von Jugendlichen abdeckt und diese Bedürfnisse im pädagogischen Gespräch bewusst gemacht und bearbeitet werden müssen. Glaser (2016) schlägt daher u.a. folgende Prinzipien für die Arbeit mit (islamistisch) radikalisierten Jugendlichen vor: Trennung von Einstellung und Person, Verstehensperspektive, Vertrauensbeziehung als Basis, Mehrebenenansatz, Arbeit mit den sozialen Kontexten. Im Folgenden sollen einige der von Eisenman und Flavahan (2017) benannten Ebenen noch weiter betrachtet werden.

Ebene Individuum: Beelmann (2017) präsentiert eine Übersicht an Maßnahmen, die sich auf den Abbau von Vorurteilen bzw. den Aufbau von Toleranz beziehen und die ganz allgemein der Radikalisierungsprävention im Sinne universeller Prävention dienen können. Diese Maßnahmen beinhalten u.a., interethnische Kontakte zu fördern, Wissen zu vermitteln und individuelle Kompetenzen zu stärken (u.a. Empathie- und Zivilcouragetrainings). Wichtige Maßnahmen auf individueller Ebene umfassen zudem: das Erkennen von radikalen Botschaften (u.a. lernen, Quellen hinsichtlich ihrer Verlässlichkeit zu prüfen), das Stärken von Demokratiekompetenz, die Ermöglichung von Selbstwert- und Selbstwirksamkeitserlebnissen und das Adressieren und Bearbeiten von wahrgenommenen Ungerechtigkeiten und wahrgenommenen Missständen.

Ebene Beziehung (insbesondere Familie und Schule): Familien sind in zweierlei Hinsicht zu unterstützen: Zum einen fehlt Eltern oftmals das Wissen über verschiedene Extremismen; zum anderen brauchen sie Handlungskompetenzen im Umgang mit kindlichen Radikalisierungstendenzen (Sikkens et al. 2017). Ein derzeit durchgeführtes Interventionsprojekt bei islamischer Radikalisierung stellt HAYAT („Leben“) dar (vgl. Sischka/Berczyk 2017). Der Fokus der Arbeit liegt auf der Familie, die „in ihren Bemühungen, den radikalisierten Sohn oder die radikalisierte Tochter zurückzugewinnen, professionelle Ansprechpartner“ benötigen (S. 343). Wenn nötig, richtet sich die Arbeit von HAYAT aber nicht allein auf die Familie, sondern ebenso auf andere wichtige Personen im Umfeld. Es handelt sich bei dieser Initiative um ein Beratungsangebot mit niedrigschwelliger Angebotsstruktur; Ratsuchende wenden sich eigeninitiativ an die Berater.

Dem schulischen Umfeld widmen sich verschiedene Präventionsansätze. Keidel (2017) stellt bspw. ein Angebot für Schulen vor, bei dem eine Informationsplattform für das Intranet/Internet der Schule bereitgestellt wird, die die wichtigsten Inhalte zum Thema Rechtsextremismus beinhaltet und die für den Schulunterricht genutzt sowie weiterentwickelt werden kann. Kiefer (2017) verweist auf das Modell „Clearingverfahren und Case Management“, das sich ebenfalls

primär auf die Schule bezieht. Ziel des Projekts ist die frühzeitige Identifikation von Radikalisierungsprozessen. Im Mittelpunkt steht ein sog. Clearingteam aus verschiedenen externen Kooperationspartnern mit entsprechender Expertise (u.a. Jugendamt, freie Träger der Jugendhilfe, Polizei). Das Clearingverfahren ist mehrstufig angelegt und kann individuell angepasst werden. Ein wichtiges Kennzeichen ist zudem die „klare Steuerung und ein durchgehendes Monitoring, das auch in einem unübersichtlichen ‚Helferkarussell‘ für Überblick sorgen kann“ (S. 338).

Eser Davolio und Lenzo (2017) führen folgende schulbezogene Präventionsmaßnahmen auf: die Etablierung eines unterstützenden und wertschätzenden Klassenklimas; die Wissensvermittlung zu unterschiedlichen (religiösen) Lebens- und Werthaltungen sowie zu Politik und Demokratie; die Zusammenarbeit mit Eltern, die Weiterbildungen und Gesprächsangebote einschließen und dabei auch Eltern mit fehlenden deutschen Sprachkenntnissen adressieren sollte; die Weiterbildung der Lehrkräfte; Beratungen und Informationsveranstaltungen für Schüler; die Verankerung der Schulsozialarbeit und einer Kriseninterventionsgruppe (in Zusammenarbeit mit dem schulpsychologischen Dienst zur Unterstützung bei schwierigen Situationen/Fällen). Konkrete schulische Projekte zur Erhöhung der interkulturellen Bildung werden von El-Mafaalani et al. (2016, S. 8ff) vorgestellt und beziehen sich auf Programme des Violence Prevention Networks, des Vereins ufuq.de oder des Angebots „Dialog macht Schule“. In diesem Zusammenhang ist auch das mittlerweile recht weit verbreitete Programm „Schule ohne Rassismus“ zu erwähnen, das die Implementierung einer demokratischen Schulkultur zum Ziel hat (vgl. Guthmann 2011).

Eine im schulischen Rahmen umsetzbare universelle Extremismusprävention stellen auch Theaterstücke dar. Ein Beispiel ist das Stück „Jungfrau ohne Paradies“, das der Sensibilisierung gegen islamistische Radikalisierung dient (Wegel 2017).

Nordbruch (2017) verweist zudem auf die Notwendigkeit eines islamischen Religionsunterrichts, der für „innerislamische Diversität“ (S. 160) sensibilisiert; zusätzlich sollte sich mit Migrationsbiografien bspw. anhand bekannter Persönlichkeiten beschäftigen; auch die Auseinandersetzung mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen könnte intensiviert werden sowie die Thematisierung von Konflikten im Nahen Osten.

Gelingensbedingungen schulischer Prävention stellen nach Steffen (2015, S. 21) präzise formulierte Ziele, die Vermeidung von Stigmatisierungen, die strukturelle Verankerung der Präventionsarbeit und eine profunde pädagogische Expertise dar.

Ebene Gemeinde: Die Gemeinden stellen einen entscheidenden Ort der Prävention von politischem Extremismus dar. Das belgische Beispiel der Kommune Molenbeek zeigt, unter welchen städtischen Bedingungen die Radikalisierung von jungen Menschen befördert werden kann, aber ebenso, wie ihr mittels konzertierter Aktionen vorgebeugt werden kann. Deutlich wird dabei, dass es zur Prävention in erster Linie Personalressourcen bedarf: Die Abteilung der Ortspolizei, die Radikalisierung verhindern soll, wurde verdoppelt; diese wurde zudem geschult mit Blick auf die Radikalisierungsprävention. Zusätzlich wurde ein Team von Sozialarbeitenden eingestellt.

Auf städtischer Ebene braucht es eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure. Im Bereich des islamistischen Extremismus schließt das die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden ein: Diese genießen Glaubwürdigkeit und können gefährdete Personen erreichen; allerdings setzt eine Zusammenarbeit das Bekenntnis zur Demokratie und die Ablehnung jeglicher Formen der Menschenfeindlichkeit voraus. „Hinsichtlich der räumlichen Ausrichtung von Projekten kommt lokal und kommunal verankerten Ansätzen besonderes Gewicht zu (Sozialraumorientierung). Die Einbindung von lokalen muslimischen Gemeinden ist sinnvoll, wobei auf die unterschiedliche Repräsentation unterschiedlicher Akteure zu achten wäre“ (El-Mafaalani et al. 2016, S. 264). Allerdings gibt es auch kritische Stimmen bzgl. der Einbindung muslimischer Gemeinden, die darin begründet ist, dass muslimische Jugendliche nicht regelmäßig Moscheen besuchen und daher nicht über diese erreicht werden können – dies gilt ebenso für Konvertiten, die nicht unbedingt in Moscheestrukturen eingebunden sind. Radikalisierte Jugendliche lehnen zum Teil auch das Aufsuchen und Beten in vielen Moscheen aufgrund des Takfirprinzips ab.

Ebene Gesellschaft (Medien und Demokratiebildung): Aufgrund der Tatsache, dass (soziale) Medien eine wichtige Rolle im Prozess der Radikalisierung spielen, werden verstärkt Ansätze diskutiert, die den medial präsentierten extremistischen Inhalten alternative Informationen entgegen setzen sollen, sog. Gegen- oder Counter-Narrative. Eine umfangreiche Studie von Frischlich et al. (2017) hat sich kürzlich mit der Verbreitung, der Struktur und der Wirkung von Counter-Narrativen beschäftigt. Dabei wird u.a. belegt, dass Narrative, die Geschichten in attraktiver Form aufbereitet erzählen, durchaus eine Wirkung erzielen; auf Argumentationen oder Humor rekurrierende Narrative sind hingegen weniger wirksam. Das Resümee der Autoren lautet: „Videos gegen Extremismus [haben; d.A.] ihre Wirksamkeit vor allem in der ‚Bewerbung‘ demokratischer, friedlicher Weltanschauungen und nicht etwa in der ‚Gegen‘-Argumentation oder der satirischen Abwertung anderer“ (S. 271).

Zur Wirkung von Gegennarrativen ist noch weitere Forschung notwendig. Ausgeschlossen ist nicht, dass diese auch eine kontraintendierte Wirkung zeigen. Ernst et al.

(2017) berichten bspw., dass Kommentare zu Videos der Bundeszentrale für politische Bildung, die sich dem Islam widmeten (Begriffswelten Islam) anti-muslimische Inhalte aufwiesen. Die explizite Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Stereotypen kann diese möglicherweise auch festigen anstatt sie zu relativieren. Böckler/Allwinn (2017, S. 251) betonen: „Wichtig scheint [...] vor allem die Authentizität der Botschafter zu sein. Als vielversprechende Vermittler von Gegennarrativen haben sich in der Vergangenheit etwa Prominente wie Sportler und Schauspieler erwiesen, aber auch Aussteiger aus der extremistischen Szene sowie Überlebende extremistischer Angriffe.“ Auch Günther et al. (2016, S. 192) betonen, dass verstärkt „mit muslimischen Vorbildern gearbeitet werden [sollte; d.A.], um der Ideologie, als ‚Muslimin und Muslim‘ ohnehin nicht erfolgreich sein zu können, sichtbare Gegenbeispiele präsentieren zu können“. Hiermit übereinstimmend schlagen Frindte et al. (2016, S. 151) eine verstärkte Sichtbarkeit von „kritischen Dritten“ vor, oder allgemeiner: von kritischen Vorbildern. „‘Kritische Dritte‘ können Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Dschihadisten-Szene sein oder Vertreterinnen und Vertreter reflektierter Islaminterpretationen. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen von Musliminnen und Muslimen müssen in diesem Zusammenhang öffentlich und auch medial gestärkt werden.“ Das Konzept der „kritischen Dritten“ ist sicherlich auch auf andere Extremismusformen übertragbar.

Eine universelle Präventionsmaßnahme stellt daneben die Vermittlung von Medienkompetenz dar: Es gilt, „die Vermittlung von Medienkompetenz verstärkt in den Blick zu nehmen. Gerade Heranwachsende müssen lernen, die allzu leicht verfügbaren Catch-all Erklärungen im Internet zu hinterfragen“ (Böckler/Allwinn, 2017, S. 251).

Jenseits davon haben die Betreiber von Plattformen eine Verantwortung, extremistische Inhalte zu identifizieren und zu löschen. Zudem kann zunehmend auf Programme zurückgegriffen werden, die bei bestimmten Sucheingaben automatisch Informationen präsentieren, die dem gesuchten Begriffe widersprechen (sog. redirect -Methode).

Die Tatsache, dass sich Kommunikation verstärkt in soziale Netzwerke verlagert, lässt vermuten, dass sich in den hier gezeigten Aktivitäten Radikalisierungsprozesse frühzeitig abbilden. Im Rahmen eines im Jahr 2017 begonnenen Projektverbundes soll sich daher Kommunikationsverläufen in sozialen Netzwerken gewidmet werden, mit dem Ziel, ein Instrument zum anlassbezogenen Monitoring extremistischer Agitation zu entwickeln (Böckler et al. 2017).

Um extremistischer Radikalisierung zu begegnen braucht es zudem Maßnahmen, die sich der Stärkung der Demokratie widmen. Demokratie lebt von der Überzeugung der Bevölkerung in die Überlegenheit dieser politischen Grundordnung gegenüber allen anderen Ordnungen. Das umfassendste Demokratiebildungsprogramm ist derzeit das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Ju-

gend finanzierte Programm „Demokratie Leben“ (Laufzeit bis zunächst Ende 2019). Gefördert werden neben zahlreichen anderen Maßnahmen auch über 70 Modellprojekte, die verschiedene, z.T. neuartige Präventionsansätze verfolgen.

Vernetzung als Voraussetzung der Präventionsarbeit: Die Vernetzung verschiedener Akteure ist eine Grundvoraussetzung der Präventionsarbeit. Auch im Bereich der Extremismusprävention ist das Knüpfen lokaler, regionaler und weitergehender Netzwerke für eine erfolgreiche Arbeit zentral. Neumann (2016, S. 242) formuliert dies deutlich: „Gefordert sind hierbei alle: Bürgerinitiativen, Verbände, gemeinnützige Vereine und Stiftungen, muslimische Gruppen, private Firmen und – im staatlichen Sektor – nicht primär die Sicherheitsbehörden, sondern Städte und Gemeinden, Schulen und soziale Einrichtungen.“ Folgende Aspekte erscheinen dabei wichtig:

- Es braucht eine Sichtbarkeit der verschiedenen Akteure. Hierfür sind Internet-Plattformen wie bspw. www.pufii.de wichtig.
- Es braucht ebenfalls eine Vernetzung auf europäischer Ebene (z.B. Erasmus+ Programm). Dies erscheint insbesondere deshalb nötig, weil in anderen Ländern Programmerfahrungen existieren, die Hinweise darauf geben, wie wirksame Prävention beschaffen sein könnte (vgl. u.a. Neumann 2017; RAN 2017; Young et al. 2016).
- Eine wichtige Rolle kommt landesweiten Kompetenzzentren zu (vgl. Köhler/Hoffmann 2017). Generell scheint die Ebene der Bundesländer für die Weiterentwicklung der Prävention besonders relevant zu sein. Kiefer (2015) und Ceylan und Kiefer (2018) berichten für verschiedene Bundesländer vielversprechende Initiativen: In Nordrhein-Westfalen wird bspw. das Programm Wegweiser in verschiedenen Städten umgesetzt (Aufbau von Beratungsstellen, Etablierung eines Netzwerks, Angebot eines Aussteigerprogramms). In Hessen wurde ein Präventionsnetzwerk gegen Salafismus implementiert. Im Netzwerk für Prävention wird in Hamburg gemeinsam mit muslimischen Partnern zusammen gearbeitet, dessen Schwerpunkt auf Beratungsteams liegt. In Niedersachsen gibt es das „Zentrum Islamismus-Prävention“.
- In Bezug auf die gesamte Bundesrepublik bietet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Beratungsstelle „Radikalisierung“ an (Endres 2014). Zudem sind auf dieser Ebene das Programm „Demokratie leben“ (s.o.) sowie die vielfältigen Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung (ebenso der Landeszentralen) zu erwähnen.
- Auf kommunaler Ebene ist eine Zusammenarbeit mit der Polizei wichtig, die bspw. im Projekt „Prävention im Team“ stattfindet. Die Städte sehen zudem „die Notwendigkeit, Sicherheitsnetzwerke oder kriminalpräventive Räte auf- oder

auszubauen“ (Deutscher Städtetag 2017, S. 4). Sestoft et al. (2017) empfehlen zudem die Zusammenarbeit von Polizei, Sozialen Diensten und Psychiatrie – eine Maßnahme, die in Dänemark landesweit verbindlich umgesetzt wurde.

- Sicherzustellen ist für alle diese Aktivitäten, dass ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Weiterbildungen sind gerade in einem solch sich dynamisch verändernden Bereich wie dem Extremismus wichtig (z.B. Angebote des Violence Prevention Networks). Auch die Ausbildung von Sozialarbeitenden mit muslimischem Hintergrund wird zunehmend umgesetzt. Gerade in der De-Radikalisierungsarbeit im Bereich des islamistischen Extremismus wird darauf hingewiesen, dass Berater und Ausstiegshelfer mit muslimischem Hintergrund bzw. mit Islamkenntnissen vorteilhaft sind (Ulger/Çelik 2016; Glaser/Figlstahler 2016).

Sonderbereich Strafvollzug: Der Strafvollzug wird als ein Ort betrachtet, der Radikalisierungsprozesse begünstigen kann. Dies ist einerseits der Fall, weil der Vollzug ein einschneidendes Erlebnis darstellt, welches existierende Identitätskonstruktionen in Frage stellt und die Suche nach neuen Orientierungsmustern auslöst. Andererseits sind im Strafvollzug Verurteilte zu finden, die extremistische Straftaten begangen haben und Mitgefangene von ihren Ideologien zu überzeugen versuchen können. In Bezug auf den Jugendstrafvollzug berichtet Leuschner (2017), dass drei von vier Anstalten mit Vorfällen des Extremismus konfrontiert gewesen sind. Hierzu gehört bspw., dass Jugendliche während der Haft Verhaltensauffälligkeiten zeigten, die den Verdacht radikaler Einstellungen nahe legten. Etwa die Hälfte der Anstalten verfügt über Angebote, die einer politischen oder religiösen Radikalisierung entgegen wirken sollen (u.a. Ausstiegprogramm, Kooperation mit Violence Prevention Network, Denkzeit-Training). Insofern kann nicht gesagt werden, dass sich die Anstalten ihres exponierten Risikos nicht bewusst wären. Ein weiteres Engagement ist allerdings nötig, insbesondere auch deshalb, weil der Eindruck besteht, „dass aktuell der Fokus auf Formen eines religiös motivierten Extremismus gelegt wird“ (ebd., S. 262) und andere Formen möglicherweise nicht ausreichend gewürdigt werden. Zu erwarten ist bspw., dass sich in nächster Zeit verstärkt auch linksextreme Gewalttäter im Justizvollzug finden werden, für die De-Radikalisierungskonzepte noch fehlen.

Illgner (2017, S. 52) fordert in Bezug auf die Extremismusprävention im Strafvollzug u.a. Folgendes: in Gefängnissen sollten die Grundrechte beachtet werden und der Umgang durch gegenseitigen Respekt gekennzeichnet sein; das Personal sollte über Grundkenntnisse zur Radikalisierungsthematik verfügen; Risikoeinschätzungen sollten regelmäßig erfolgen und nicht allein auf Ergebnissen standardisierter Instrumente beruhen; die Religionsausübung sollte gewährleistet sein; die Intervention sollte (Aus-)Bildungs-

Arbeits- und Freizeitangebote umfassen, psychologische und kognitive Maßnahmen beinhalten und ggf. Familien mit einbeziehen.

Geprüft werden könnte zudem, innovative Projekte wie die Theaterpädagogik verstärkt einzusetzen. Wegel et al. (2017) berichten, dass die Theaterpädagogik nachhaltig wirken kann, wenn sie nicht allein als Unterhaltung verstanden wird, „sondern thematisch gezielt ausgewählt und entsprechend professionell begleitet wird“ (S. 11).

In Österreich wurde im Jahr 2016 ein „Gesamtpaket zur Extremismus-Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug“ beschlossen, das Maßnahmen im Bereich Aus- und Fortbildung, Sicherheit und Betreuung umfasst (vgl. Hofinger/Schmidinger 2017). Diese beinhalten umfassendere Gesprächsangebote für radikalisierte Inhaftierte ebenso wie eine verstärkte Kooperation mit der Bewährungshilfe nach der Entlassung. In einer qualitativen Studie wurden die bisher ergriffenen Maßnahmen untersucht. Festgestellt werden kann, dass verschiedene Maßnahmen weitestgehend umgesetzt sind, so die Implementierung eines Verbindungsdienstes zum Verfassungsschutz und die Verankerung von Gesprächsangeboten. Zugleich werden zwei Herausforderungen benannt: 1. „(weitere) Radikalisierung in Haft zu verhindern“; 2. die „Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen und ‚Normalisierung‘“ zu finden (Hofinger/Schmidinger 2017, S. 145). Diese Balance beinhaltet, dass extremistische Inhaftierte am normalen Anstaltsalltag teilnehmen sollten, gleichzeitig aber auch eine Sonderbehandlung erfahren (höhere Sicherheit verbunden mit längerem Einschluss und Isolierung). „Die Strategie der Normalisierung ist in einigen Anstalten jedoch mehr Programm als Realität“ (ebd., S. 146). Empfohlen wird zudem, Angebote der islamischen Seelsorge in den Anstalten zu verankern.

Sonderbereich Flüchtlinge: Zu betonen ist in Bezug auf Flüchtlinge zunächst, dass Geflüchtete nicht generell ein erhöhtes Risiko der Radikalisierung aufweisen. Eine Befragung von 4.500 Geflüchteten in Deutschland zeigt bspw., dass 96 % der Geflüchteten die Demokratie für die beste Staatsform halten und ebenfalls mehr als neun von zehn Geflüchteten freie Wahlen, den Schutz von Bürgerrechten und gleiche Rechte von Männern und Frauen als elementare Bestandteile der Demokratie betrachten. Zugleich gilt aber auch, dass fast jeder zweite Geflüchtete wegen der eigenen Herkunft Benachteiligungen erlebt hat (Brücker et al. 2016). Es gilt daher: „Angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen, die in den vergangenen Monaten in den Kommunen aufgenommen wurde, ist eine verstärkte Berücksichtigung dieser Bevölkerungsgruppe als Zielgruppe präventiver Ansätze notwendig“ (El-Mafaalani 2016, S. 264).

Einen Problembereich stellen dabei Gemeinschaftsunterkünfte dar, in denen Enge herrscht, verschiedene ethnische

Gruppen zusammen untergebracht werden und eine Tagesstruktur nicht immer gegeben ist. Unter diesen negativen Bedingungen ist die Vulnerabilität für eine Radikalisierung erhöht. Haverkamp (2017) verweist auf vielfältige Möglichkeiten, der Gewalt und Radikalisierung in Flüchtlingswohneinheiten entgegen zu wirken, die bauliche Aspekte (z.B. kleinere, abschließbare Wohneinheiten), soziale Aspekte (z.B. getrennte Unterbringung von vulnerablen Gruppen) und kulturelle Aspekte einschließen (Weiterbildung des Personals, Supervision für Sozialarbeitende). Teil dieser kulturellen Aspekte könnte zudem die Einführung von Mediationsansätzen (verbunden mit der Ausbildung von Bewohnern zu Mediatoren) oder Just-Community-Ansätzen (unter Einbeziehung des Personals mit dem Ziel der Stärkung der Selbstorganisation) sein (Plich/Doering 2017).

Zudem wird darauf verwiesen, explizit auch einer möglichen Radikalisierung von Flüchtlingen entgegen zu wirken. Neben Polizei, Kommunen und Fachpersonal sind hierbei die „gemäßigten muslimischen Gemeinden vor Ort“ (ebd., S. 9) einzubeziehen. Zusätzlich sind Maßnahmen zu begrüßen, die eine Unterbringung in kleineren, dezentralen Unterkünften vorsehen.

Eine spezielle Personengruppe wird durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gestellt. Schneider et al. (2017) folgend, leben derzeit schätzungsweise über 60.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland.⁴³ Hierbei handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe, wenn bspw. die Fluchtgeschichte, persönliche Haltungen oder die Schulbindung betrachtet werden; die Betreuungssituation ist im Vergleich zu anderen Flüchtlingsgruppen auch als eher positiv einzustufen. Zugleich ergeben sich spezifische Herausforderungen u.a. hinsichtlich der Unterbringung (und das Fehlen von Mindeststandards), der materiellen Situation, der schulischen Integration und der psychischen Gesundheit. Aufgrund der verschiedenen Herausforderungen kann die Lebenslage der jungen Geflüchteten als „überwiegend sehr prekär“ (ebd., S. 469) eingestuft werden. Dies kann ein möglicher Nährboden für die Hinwendung zu Gewalt und Extremismus sein.

5. Ausblick

Anliegen dieses Gutachtens war es zunächst, Daten bzgl. der Verbreitung von Gewalt und Extremismus zu präsentieren. Eine Diagnose sollte immer mit der Analyse der zur Verfügung stehenden Daten beginnen. Die Daten haben dabei u.a. folgendes gezeigt: 1. Die Gewalt, insbesondere die

⁴³ Aufgrund der rückläufigen Flüchtlingszuwanderung ist davon auszugehen, dass die Zahl an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Jahr 2018 niedriger liegt. In Niedersachsen lag die Zahl Ende März 2018 bspw. bei 4.370 Personen, im März Vorjahres noch bei 5.150 Personen, was einem Rückgang um ca. 15 % entspricht.

Jugendgewalt sind in Deutschland rückläufig – im Hell- wie im Dunkelfeld. Auch wenn Daten aus den Jahren 2017 und 2018 noch nicht zur Verfügung stehen (Dunkelfeld) bzw. auf ein Ende des Rückgangs hindeuten (Hellfeld), wird weder das hohe Gewaltniveau der früheren Jahre erreicht, noch sollte bereits von einer Trendumkehr gesprochen werden. Bestimmte Bereiche und Phänomene, die derzeit in der medialen Aufmerksamkeit stehen (so z.B. Gewalt an Schulen, Tragen und Einsetzen von Messern) sollten weiter verfolgt und wissenschaftlich untersucht werden; auf einen neuen Trend der Brutalisierung der Gesellschaft verweisen sie nicht. Die rückläufige Gewalt ist dabei Resultat verschiedener Ursachen – die Intensivierung der Aktivitäten im Bereich der Gewaltprävention in den zurückliegenden 15 Jahren ist, neben anderen Faktoren, hierfür sicher entscheidend gewesen. 2. Die Daten des Verfassungsschutzes zum Extremismus deuten auf eine Zunahme hin – in allen Extremismusbereichen. Für einen Teilbereich der Gewalt, die extremistisch motivierte Gewalt, ergibt sich also doch ein Hinweis auf eine Zunahme, was darauf hinweist, die Präventionsarbeit zu intensivieren. Gleichwohl stehen bislang kaum alternative Datenquellen zur Verfügung, mit denen die Hellfeldentwicklungen des Extremismus abgeglichen werden können. Wie für die Erfassung der Kriminalität im Allgemeinen gilt auch für die Erfassung des Extremismus im Besonderen, dass die Anzeigebereitschaft, die Sensibilität der Polizei u.a.m. die in den Statistiken zu beobachtende Entwicklung mitbestimmen. Insbesondere die Betrachtung des Extremismus verweist daher auf einen Mangel an Daten. Dieser Mangel an Daten betrifft auch die Frage, welche extremismusbezogenen Präventionsaktivitäten tatsächlich wirksam sein können und welche eher nicht. Klare Leitlinien dazu, wie Extremismusprävention beschaffen sein sollte, lassen sich daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht formulieren. Im Folgenden werden daher neben einigen inhaltlichen Anregungen für die Prävention von Extremismus auch einige methodische Anregungen formuliert, die sich auf die noch mangelhafte Datenlage beziehen.

5.1. Inhaltliche Anregungen

1. Extremismus ist mögliche Folge fehlender Integration; Diskurse des Ausschlusses befördern den Extremismus – dies sollte in politischen Diskussionen wie im politischen Handeln berücksichtigt werden.

Das Vertrauen in die demokratische Grundordnung und damit die Distanz zu Extremismen kann nur dann weiten Teilen der Bevölkerung vermittelt werden, wenn all diesen Teilen der Bevölkerung auch signalisiert wird, dass sie zur Gesellschaft gehören. Identifikation und Zugehörigkeit bilden sich nur in dem Maße aus, wie Teilhabechancen bestehen und kommuniziert werden. Das Vorleben der demokratischen Grundprinzipien von Freiheit, Offenheit und Toleranz ist ein

Weg, jungen Menschen Demokratie näher zu bringen. Als umso problematischer ist einzustufen, dass immer wieder Diskussionen geführt werden, die diesen Prinzipien widersprechen, Bevölkerungsteile ausschließen oder diese stigmatisieren und herabsetzen.

2. Kriminalprävention muss sich aktiv in gesellschaftliche Diskurse einbringen und die demokratische Bewusstseinsbildung unterstützen.

Moderne Gesellschaften sind diverse, plurale Gesellschaften. Augenscheinlich gilt dies mit Blick auf die ethnische und religiöse Herkunft der Menschen. Aber auch mit Blick auf Werte, Interessen und Haltungen erlauben moderne Gesellschaften eine große Heterogenität. Dies ist Ausdruck der individuellen Freiheiten, die in diesen Gesellschaften gewährt werden. Teil der Freiheit ist, dass sich Menschen mit ähnlichen Werten, Interessen und Haltungen zu Gruppen zusammenfinden können – dies ist an sich nicht problematisch. Problematisch ist, wenn aus den Unterschieden zwischen Menschen und Gruppen Differenzen konstruiert werden, die mit gegenseitigen Auf- und Abwertungen verbunden sind. Derartige Konstruktionsprozesse finden derzeit statt; in der Gesellschaft werden vielfältige Konfliktlinien sichtbar. Das Thema Flüchtlinge im Speziellen oder Integration von Migranten im Allgemeinen ist ein Beispiel hierfür. Gesellschaftliche Diskurse, die Differenzen und Grenzziehungen betonen, sollten ein Gegengewicht in einer Perspektive finden, die Gemeinsamkeit und Zusammenhalt hervorhebt. Die Akteure der Kriminalprävention können sich noch stärker in die derzeitigen Diskurse einbringen und hierüber die demokratische Bewusstseinsbildung unterstützen. Aufgabe der Kriminalprävention ist es dabei auch, auf die Grenzen insbesondere repressiver Maßnahmen hinzuweisen: Aus der Angst vor Gewalt und Extremismus dürfen nicht Maßnahmen beschlossen werden, die zu einer übermäßigen Überwachung und Einschränkung der individuellen Freiheiten führen.

3. Wenn noch nicht geschehen, sollten nationale Maßnahmenpläne die Präventionsaktivitäten strategisch rahmen.

Im Dezember hat die Schweiz einen nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus verabschiedet. Dieser beinhaltet insgesamt 26 Maßnahmen aus den Bereichen „Wissen und Expertise“, „Zusammenarbeit und Koordination“, „Verhinderung von extremistischem Gedankengut und Gruppierungen“, „Ausstieg und Reintegration“ sowie „Internationale Zusammenarbeit“. Dürfte einerseits der Diskussionsprozess um die Entwicklung dieses Aktionsplans die weitere Vernetzung der verschiedenen Akteure befördert haben, so ist von diesem andererseits ein weiterer Impuls für die Präventionsarbeit zu erwarten, da Verantwortlichkeiten definiert und z.T. Finanzierungen vorgeschlagen werden. Es bleibt einer zukünftigen Evaluation vorbehalten, das Erreichen

der anvisierten Ziele zu prüfen; die Entwicklung und Verabschiedung eines solchen Plans ist aber sicherlich auch in anderen Ländern hilfreich. Steffen (2015, S. 27) formuliert hiermit übereinstimmend: „Was nach wie vor fehlt [... ist; d.A.] eine nationale Präventionsstrategie“. Ein Vorbild könnte in Deutschland die Gewaltkommission sein, die in den Jahren 1987 bis 1989 den Auftrag bearbeitete, Ursachen der Gewalt sowie praxisnahe und kurzfristig umzusetzende Handlungskonzepte zu entwickeln – auch wenn aus diesen Initiativen bislang noch keine nationale Strategie der Gewaltprävention hervorgegangen ist (vgl. Voß/Marks 2018). In diesem Zusammenhang wäre es sicherlich bedenkenswert, an die Arbeit der Expertengruppe anzuknüpfen, die zu Beginn der 2000er Jahre zwei Periodische Sicherheitsberichte erstellt und veröffentlicht hat. Mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention und seiner Arbeitsstelle, dem Nationales Zentrum für Kriminalprävention, ist eine Struktur vorhanden, an die eine solche Gruppe institutionell angebunden sein könnte. Auch Ceylan und Kiefer (2018, S. 11) bemängeln das Fehlen einer ganzheitlichen Präventionsstrategie in Deutschland mit Bezug auf den islamischen Radikalismus. Diese sollte ihrer Ansicht nach Folgendes beinhalten: einen präzisen Präventionsbegriff, klare Ziele, aufeinander abgestimmte Maßnahmen, eine Steuerung, ein Monitoring, eine wissenschaftliche Begleitung und ausreichend Ressourcen um eine langfristige Ausrichtung sicherzustellen. Für Österreich sprechen sich u.a. Alsan et al. (2018, S. 269) für einen Aktionsplan aus, der dabei helfen kann, „mit dem Phänomen Radikalisierung angemessen umzugehen“.

4. Extremismusprävention muss in den Kommunen verankert werden und braucht qualifiziertes Personal.

Die Phänomene, denen konkret mit Präventionsarbeit zu begegnen ist, unterscheiden sich von Stadt zu Stadt. Insofern braucht es in der Prävention immer einen starken kommunalen Fokus. Präventionsräte können den hierfür nötigen Rahmen bilden, insofern in diesen verschiedene Akteure vernetzt zusammen arbeiten. Auch wenn die Phänomene örtlich unterschiedlich sind, bedeutet dies nicht, dass die Kommunen Prävention jeweils neu erfinden müssen. Die Grundlagen der Präventionsarbeit sind den Personen, die vor Ort Präventionsarbeit ausführen, zu vermitteln. Hierfür steht bspw. das Beccaria-Qualifizierungsprogramm zur Verfügung.

5. Extremismusprävention muss sich zukünftig noch stärker mit Linksextremismus und weiteren neuen Extremismusphänomenen beschäftigen.

Derzeit ist eine Dominanz der Prävention des islamistischen Extremismus und des Rechtsextremismus feststellbar. Die Zahlen zum Linksextremismus zeigen aber auf, dass weitere Schwerpunktsetzungen nötig sind. Bislang existieren kaum Programme, die sich der Prävention des Linksextremismus widmen. Dieses Fehlen gilt auch für den Bereich der sog. Reichsbürger und Selbstverwalter. Hierbei handelt es sich

um Gruppierungen oder Einzelpersonen, die die Existenz der Bundesrepublik, insbesondere ihr Rechtssystem nicht anerkennen. Sie „definieren sich häufig als außerhalb der Rechtsordnung stehend und legitimieren auf diese Weise Verstöße und Straftaten“ (Goertz/Goertz-Neumann 2018, S. 145). Als Ursachen der Radikalisierung von Reichsbürgern bzw. Selbstverwaltern gelten einerseits gesellschaftliche Umbrüche, die bisherige Lebensentwürfe in Frage stellen und andererseits materielle Probleme und Bedrohungswahrnehmungen, d.h. Ursachen, die insbesondere im Bereich der Entstehung des Rechtsextremismus diskutiert werden.

6. Es braucht verstärkt Programme und Maßnahmen, die sich der De-Radikalisierung widmen.

Aufgrund der zunehmenden Zahl von Rückkehrern aus Kriegsgebieten in Syrien und Irak aber auch neuer Personengruppen wie den sog. Reichsbürgern und Selbstverwaltern und dem Erstarren weiterer Extremismen wird das Thema De-Radikalisierung zunehmend relevant. Am Beispiel des islamistischen Extremismus gilt bspw., dass bis Ende November 2017 960 Personen Deutschland verlassen haben, um nach Syrien oder in den Irak zu gehen. Schätzungsweise 150 Personen sind bei Kämpfen ums Leben gekommen, etwa ein Drittel befindet sich derzeit wieder in Deutschland.⁴⁴ Dabei gilt: „Die Mehrheit sind – trotz Rückkehr – nach wie vor Dschihadisten“; und „zwischen desillusionierten und ‚gefährlichen‘ Rückkehrern zu unterscheiden, ist für die Polizei und Nachrichtendienste überall in Europa eine schwierige Aufgabe“ (Neumann 2016, S. 249). Weber (2017, S. 151) konstatiert: „Es fehlt in Deutschland [...] an geschultem Personal, das Rückkehrer in der Zeit nach der Haft begleitet.“ Schmid (2016) betont, dass eine der zentralen zukünftigen Herausforderungen darin liegt, in den Kommunen eine Bereitschaft herzustellen, ehemalige Extremisten zu re-integrieren. Dabei gibt es, u.a. auf Basis der De-Radikalisierungsarbeit in anderen Extremismusbereichen verschiedene Ansätze, die ausgebaut und angepasst werden könnten, so u.a. die systemische Beratung, die aufsuchende Jugendarbeit und religionsbasierte Ansätze (vgl. El-Mafaalani et al. 2016). De-Radikalisierungsprogramme sollten u.a. folgende Merkmale aufweisen (Illgner 2017, Bertram 2015): Abstimmung auf den jeweiligen Einzelfall; Ermöglichung einer unabhängigen Lebensführung bspw. durch Bildung und Ausbildung; ideologische De-Radikalisierung, d.h. glaubens- und ideologiebasierte Intervention; psychologische und kognitive Interventionen, die sich u.a. der Identitätsthematik widmen. Eine besondere Herausforderung dürfte gerade mit Blick auf den islamistischen Extremismus in der De-Radikalisierung von sehr jungen Extremisten liegen. Nicht nur in Bezug auf den islamistischen Extremismus ist zudem die Frage zu stellen, wie Kinder von Extremisten erreicht und ggf. de-radikalisiert werden können.

44 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/002/1900284.pdf>.

7. Um Extremismus vorzubeugen, braucht es eine Stärkung der Schulen.

Schulische Faktoren haben einen Einfluss auf die Ausbildung des Extremismus. Schulen sind ein Ort, an dem Zugehörigkeit, Anerkennung und Demokratie gelebt werden kann und wo Kinder und Jugendliche, die Probleme haben bzw. machen, identifiziert und adressiert werden können. Um dieser entscheidenden Rolle im Präventionsprozess gerecht werden zu können, brauchen Schulen gute Rahmenbedingungen, u.a. ausreichend geschultes Personal. Diese Rahmenbedingungen, so z.B. die Einbettung von Schulen in die jeweiligen Stadtteile und Stadtteilkulturen, müssen weiter optimiert werden.

8. Extremismusprävention braucht insbesondere Investitionen in die wenig integrierten Bevölkerungsgruppen.

Die empirischen Befunde zu verschiedenen Extremismen zeigen, dass es die eher gering gebildeten, schulisch nicht erfolgreichen jungen Menschen sind, die für Extremismus empfänglich sind. Es handelt sich um Personengruppen, die politisch wenig Fürsprecher haben. Dies gilt ebenso für andere Bevölkerungsgruppen wie z.B. Strafgefangene oder Flüchtlinge, für die ebenfalls Hinweise darauf existieren, dass sie empfänglich für Extremismus sind. Extremismusprävention muss diese Bevölkerungsgruppen prioritär erreichen, wofür es entsprechender Mittel und erprobter Konzepte bedarf.

9. Die Durchführung evaluierter Präventionsmaßnahmen ist wünschenswert; dies darf aber nicht dazu führen, die Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen zu unterlassen – auf kreative, und im ersten Schritt noch nicht evaluierte Initiativen ist die Prävention angewiesen.

Prävention sieht sich immer der Frage der Wirksamkeit ausgesetzt. Die Wirkung von Präventionsmaßnahmen ist ein entscheidendes Argument für ihren Einsatz. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass sich in den letzten Jahren international aber auch national die Forderung nach evidenzbasierter Prävention immer weiter durchgesetzt hat. Dabei geht es darum, das Wissen zur Prävention auf gesicherte empirische Erkenntnisse zurückzuführen. Präventionsmaßnahmen müssen sich in der Wirklichkeit bewähren. Die Konzentration auf die evidenzbasierte Prävention hat aber auch Nachteile. Sie kann dazu führen, dass neue, innovative, nicht evaluierte Projekte und kreative Ideen verloren gehen. Auf diese ist die Prävention aber angewiesen, da sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Probleme von einer Generation zur nächsten verändern. Die Forderung nach rigoroser Evaluation von Präventionsprogrammen muss ergänzt werden durch die Forderung, neuartige Ideen und Programme auf der Basis vorliegender Erkenntnisse

und Daten zu generieren. Anhand eines Bereichs kann dies beispielhaft verdeutlicht werden: Bislang gibt es noch wenige Präventionsansätze, die Peergruppe systematisch einbeziehen. Den hohen Stellenwert der Gleichaltrigen für nahezu alle Einstellungen und Verhaltensweisen im Jugendalter berücksichtigend überrascht, dass die Ressource Peers derzeit noch kaum genutzt wird; eine Ausnahme stellt das ufuq.de-Projekt „Was postet du“ dar. Wie peer-education-Ansätze noch stärker als bisher in der Gewalt- und Extremismusprävention Berücksichtigung finden können, sollte auf dem Weg innovativer Maßnahmen erprobt und geprüft werden.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass ein Plädoyer für neue Ansätze nicht bedeutet, Grundsätze der Projektarbeit im Bereich der Prävention zu vernachlässigen (vgl. Beccaria-Standards). Auch neue Ansätze müssen das Ziel der Präventionsarbeit klar benennen, Annahmen darüber haben, warum das Vorgehen wirksam ist usw. Es bedarf zudem einer Offenheit dafür, die eigene Arbeit bestenfalls extern evaluieren zu lassen – dies nicht, um die Arbeit zu kontrollieren und zu bewerten, sondern um für die zukünftige Präventionsarbeit zu lernen.

10. Der Stellenwert der islamischen Religiosität für die islamistische Radikalisierung ist weiter wissenschaftlich zu untersuchen und in der Präventionsarbeit zu adressieren.

Zwar ist derzeit noch nicht abschließend geklärt, welchen Einfluss eine individuelle islamische Religiosität bzw. die Einbindung in eine islamische Gemeinde für die Radikalisierung hat. Verschiedene Befunde legen aber nahe, dass es eine nicht zu vernachlässigende Beziehung gibt: „Der Versuch, Radikalisierung allein durch die Schaffung von Beschäftigungsperspektiven zu begegnen [...] verkennt die Ideologie und die Überzeugungspraktiken dieser Bewegung“ (Aslan et al. 2018, S. 270). Auch Clement (2017, S. 180) betont, dass die akzeptierende Jugendarbeit mit salafistischen Jugendlichen die Auseinandersetzung mit religiösen Orientierungen einschließen muss: Die pädagogischen Fachkräfte müssen „sowohl biografische Identitätsbildungsprozesse, adoleszenzspezifische Milieuorientierungen von Jugendlichen und subjektive, individuelle Aneignungsprozesse von Religion [...] reflektieren.“ Die Auseinandersetzung mit möglichen Folgen von Religiosität und religiöser Zugehörigkeit ist dabei ebenso von den islamischen Gemeinden selbst zu führen. Nötig ist eine Auseinandersetzung mit Glaubenthemen vor dem Hintergrund des Entwicklungsstatus der Länder, in denen sich die Gemeinden befinden.

5.2. Methodische Anregungen

1. Notwendig sind Evaluationsstudien zu Maßnahmen, die sich der Prävention von und Intervention bei politischem Extremismus widmen.

Im Bereich der Gewaltprävention gibt es gesicherte Erkenntnisse dazu, welche Maßnahmen nachweislich wirksam sind. Dies ist für den politischen Extremismus – mit Ausnahme bestimmter, dem Rechtsextremismus vorbeugender Maßnahmen (vgl. Beelmann 2017) – bislang nicht der Fall. Eine internationale Analyse von Programmen zur Prävention von islamischer Radikalisierung bestätigt dies: Bei nur 12 % der untersuchten Stichproben wurden Angaben zur Effektivität der Programme gemacht (Feddes/Gallucci 2015). Empfohlen wird in dieser Analyse, die Effektivität der Programme verstärkt anhand quantitativer Daten zu prüfen. Dieses Bild wird mit Blick auf Deutschland bestätigt: Kober (2017) bzw. Armbrorst und Kober (2017) identifizieren in Bezug auf Programme zur Prävention islamistischer Radikalisierung lediglich sieben Projekte, zu denen Evaluationen vorliegen (Hayat, HEROS, Ibrahim trifft Abraham, Interkultureller Dialog, MAXIME, regionaler Sicherheitsdialog und VPN-Trainingskurs). Allerdings lassen die Evaluationen methodisch keine Folgerungen zur Wirksamkeit zu, so dass bislang „in Deutschland keine Studien oder Evaluationsberichte identifiziert werden [...] die statistisch belastbare Aussagen zur Wirksamkeit von Maßnahmen oder Projekten der Prävention religiöser Radikalisierung“ (ebd., S. 233) erlauben. Auch Leimbach et al. (2017, S. 419) sprechen von einem „nahezu vollständigen Fehlen von Wirkungsanalysen“, so dass „über die Wirkung der zahlreichen Projekte, die zum weit überwiegenden Teil mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, so gut wie nichts bekannt ist“; vorhandene Evaluationen beziehen sich lediglich auf Prozessevaluationen. Vorteilhaft wären wiederholt durchgeführte Wirkungsevaluationen, die sich verschiedenen methodischen Herausforderungen angemessen widmen, die langfristig angelegt sind und verschiedene Methoden und Informationsquellen verknüpfen (vgl. u.a. Beelmann et al. 2018). Evaluationen stellen dabei immer eine gewisse Zumutung an die Akteure dar, die die Maßnahmen durchführen, da Extraaufwände bzgl. der Datengewinnung einzuplanen sind. Evaluationen setzen insofern die Bereitschaft dieser Akteure zur Evaluation voraus, ebenso wie die Bereitschaft der diese Maßnahmen finanzierenden Stellen, unabhängige Evaluationen als ein Bestandteil einer Projektdurchführung mit zu fördern.

2. Notwendig sind theoretisch angeleitete Längsschnittstudien zu Ursachenfaktoren des politischen Extremismus.

Die kriminologische und sozialwissenschaftliche Forschung zu Ursachen von Gewalt und anderen Formen der Delinquenz ist stark von theoretischen Ansätzen geleitet. In jüngerer Zeit ist hier bspw. die Situational-Action-Theory zu erwäh-

nen. Entsprechende theoriegeleitete empirische Forschung ist im Bereich des politischen Extremismus bislang kaum zu finden. Pauwels und De Waele (2014) präsentieren einen Ansatz, der verschiedene kriminologische Ansätze vereint (Kontrolltheorie, Theorie der Verfahrensgerechtigkeit, Strain-Theorie, Lerntheorie, Selbstkontrolltheorie). Entsprechende theoriegeleitete Studien dürften für das Verständnis der Entstehungsbedingungen des politischen Extremismus hilfreich sein. Beelmann (2017, S. 14) formuliert dies wie folgt: „Ohne eine halbwegs realistische Annahme, dass ein Ereignis auftritt, und ohne eine Idee, wie und warum so etwas passieren könnte, ist wirksame Prävention undenkbar.“ Längsschnittstudien sind deshalb nötig, um die Ursachenbeziehungen methodisch angemessen untersuchen zu können. Nur auf Basis von Studien, die die Prüfung von Kausalbeziehungen erlauben, können adäquate Präventions- und Interventionsmaßnahmen erarbeitet werden.

3. Wiederholt durchgeführte Dunkelfeldstudien sind für die valide Abschätzung der Entwicklung des politischen Extremismus zentral.

Sozialwissenschaftliche Datenerhebungen zum politischen Extremismus in Form von Trendbefragungen sind zudem notwendig, weil die Schätzungen zur Häufigkeit und zur Entwicklung bislang hauptsächlich auf Hellfelddaten beruhen, die von Polizei und Sicherheitsbehörden erstellt werden und die u.a. deshalb kritisiert werden können, „weil die einzelnen Schritte der Datenerhebung durch die Behörden nicht transparent gemacht werden“ (Hummel et al. 2016, S. 44). Aufeinander abgestimmte Hell- und Dunkelfelderhebungen sind zu einer validen Beurteilung von Ausmaß und Entwicklung von Extremismus notwendig. Wiederholt durchgeführte Dunkelfeldstudien braucht es einerseits für Erwachsene, in denen bspw. nach der Zustimmung zu extremistischen Einstellungen sowie nach dem Erleben von Extremismus im Alltag (z.B. Hate Crime) gefragt werden kann. Andererseits braucht es diese Befragungen für Jugendliche, insofern Gewalt und Extremismus insbesondere ein Jugendphänomen darstellen. In Jugendbefragungen lässt sich neben Einstellungen und Opfererfahrungen auch nach der Ausübung von extremistischen Verhalten fragen, so dass hier auch die Täterperspektive berücksichtigt wird. Von herausgehobener Bedeutung wird es dabei sein, repräsentative Stichproben zu erreichen und auch jene Personengruppen aus generell eher schwer zugänglichen Milieus zu erreichen, da in diesen Milieus ein höheres Risiko der Ausbildung von Extremismus besteht.

4. Mehr phänomenvergleichende Untersuchungen sowie explorative Untersuchungen zu neuen Extremismusformen sind wünschenswert.

Qualitative Studien, die verschiedene Extremismusformen bzw. Extremisten miteinander vergleichen, existieren bereits (z.B. Lützing 2010; Schils/Verhage 2017). Ergänzend er-

scheinen zusätzlich quantitative, extremismusvergleichende Studien notwendig, die dabei helfen können, die bisherigen Befunde auf breiterer Basis abzustützen. Ein Beispiel stellt die Studie von Chermak und Gruenewalt (2015) dar, die für die SA fast eintausend rechtsextreme und linksextreme Personen sowie Islamisten vergleichen. Dabei zeigt sich u.a., dass Rechtsextreme und Islamisten häufiger psychische Erkrankungen aufweisen und häufiger beabsichtigten, mit ihren Taten Menschen zu töten; Rechtsextreme waren zu über der Hälfte bereits früher inhaftiert, andere Gruppen zu einem Viertel. Werden extremismusvergleichende Studien prospektiv durchgeführt, hilft dies zusätzlich dabei, allgemeingültige von spezifischen Einflussfaktoren bzw. Entwicklungstrajektorien zu unterscheiden, was für die zielgenaue Prävention unverzichtbar ist.

Erwähnt wurde, dass sich in der Extremismusprävention verstärkt auch mit neuen Extremismusformen beschäftigt werden muss. Dies gilt gleichermaßen für die wissenschaftliche Untersuchung des Extremismus: Diese muss sich ebenso den neuen Extremismusformen annehmen, wobei qualitative Forschungszugänge hierfür sicher geeigneter sind als quantitative Studien.

Literaturverzeichnis

- Agnew, R. (1991). *The Interactive Effects of Peer Variables on Delinquency*. *Criminology* 29, 47-72.
- Alava, S., Frau-Meigs, D., Hassan, G. (2017). *Youth and Violent Extremism on Social Media: Mapping the Research*. UNESCO.
- Anderson, C. A. et al. (2010). *Violent Video Game Effects on Aggression, Empathy, and Prosocial Behavior in Eastern and Western Countries: A Meta-Analytic Review*. *Psychological Bulletin* 136, 151-173.
- Armborst, A. (2017). *Conceptualizing Political Violence of Non-State Actors in International Security Research*. In: Kruck, A., Schneiker, A. (Eds.), *Researching Non-state Actors in International Security. Theory and Practice*. Routledge, pp. 14-27.
- Armborst, A., Attia, A. (2014). *Die Politisierung des Salafismus*. In: Schneiders, T.G. (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 217-230.
- Armborst, A., Kober, M. (2017). *Effekte von Ansätzen zur Prävention Islamistischer Radikalisierung. Systematische Übersichtsarbeit zu den Methoden und Ergebnissen von Studien zur Evaluation von Präventionsansätzen im Bereich Islamismus*. Nationales Zentrum Kriminalprävention.
- Aslan, E., Akkılıç, E.E., Hämmerle, M. (2018). *Islamistische Radikalisierung. Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Backes, U., Haase, A.-M., Logvinov, M., Mletzko, M., Stoye, J. (2014). *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen*. Göttingen: V&R unipress.
- Baer, S., Weilnböck, H. (2017). „Was in aller Welt treibt ausgerechnet junge Frauen in den Extremismus?“. *Genderaspekte in Radikalisierung und Prävention*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 79-97.
- Baier, D. (2015). *Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. KFN: Forschungsbericht Nr. 127.
- Baier, D. (2015a). *Migration und Kriminalität*. *Die Polizei* 106, 75-82.
- Baier, D. (2017). *Früher war nicht alles besser*. *Sozial. Magazin der ZHAW Soziale Arbeit* 8, 4-5.

- Baier, D., Bergmann M.C. (2016). Gewalt an Schulen – Daten und Fakten. *Schulmanagement Handbuch* 160, 6-25.
- Baier, D., Bergmann M.C. (2018). *Messer im Jugendalltag – Befunde aus niedersachsenweit repräsentativen Schülerbefragungen*. Manuskript im Druck.
- Baier, D., Boehnke, K. (2008). Jugendliche und politischer Extremismus In: Silbereisen, R. K., Hasselhorn, M. (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie des Jugendalters*. Göttingen: Hogrefe, S. 807-834.
- Baier, D., Fleischer, S., Hanslmaier, M. (2017). *Entwicklung der Punitivität und ausgewählter Einflussfaktoren in der deutschen Bevölkerung in den Jahren 2004 bis 2014*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 100, 1-25.
- Baier, D., Manzoni, P. (2017). *Forschung zu extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen bei Jugendlichen*. Vortrag gehalten auf der Fachtagung „Prävention von Extremismus und Radikalisierung in der Schweiz“ des Schweizer Zentrums für Gewaltfragen am 20.9.2017 in Zürich.
- Baier, D., Manzoni, P., Bergmann, M.C. (2016). *Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter – Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 99, 171-198.
- Baier, D., Pfeiffer, C. (2010). *Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher*. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 21, 135-145.
- Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J., Rabold, S. (2009). *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt*. KFN: Forschungsbericht Nr. 107.
- Beelmann, A. (2017). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus*. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Beelmann, A., Jahnke, S., Neudecker, C. (2017). *Prävention von Radikalisierungsprozessen: Grundlagen entwicklungsorientierter Maßnahmen*. *Neue Kriminalpolitik* 29, 440-449.
- Beelmann, A., Malti, T., Noam, G.G., Sommer, S. (2018). *Innovation and Integrity: Desiderata and Future Directions for Prevention and Intervention Science*. *Prevention Science*.
- Beelmann, A., Raabe, T. (2007). *Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen*. Göttingen: Hogrefe.

- Beller, J., Kröger, C. (2017). *Religiosity, Religious Fundamentalism, and Perceived Threat as Predictors of Muslim Support for Extremist Violence*. *Psychology of Religion and Spirituality*.
- Berghuis, B., De Waard, J. (2017). *Declining juvenile crime – explanations for the international downturn*. <http://eucpn.org/document/declining-juvenile-crime-explanations-international-downturn-0>.
- Bergmann, M. C., Baier, D., Rehbein, F., Mößle, T. (2017). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015*. KFN: Forschungsbericht Nr. 131.
- Bertram, L. (2015). *How Could a Terrorist be De-Radicalised?* *Journal of Deradicalization* 5.
- Bhui, K., Warfa, N., Jones, E. (2014). *Is Violent Radicalisation Associated with Poverty, Migration, Poor Self-Reported Health and Common Mental Disorders?* *PLoS One* 9.
- Birkel, C., Guzy, N., Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J. (2014). *Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht*. Freiburg, Arbeitsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht A 7, 10/2014.
- Boehnke, K., Odağ, Ö., Leiser, A. (2015). *Neue Medien und politischer Extremismus im Jugendalter: Die Bedeutung von Internet und Social Media für jugendliche Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse. Stand der Forschung und zentrale Erkenntnisse themenrelevanter Forschungsdisziplinen aus ausgewählten Ländern. Expertise im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI)*.
- Borum, R. (2011). *Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories*. *Journal of Strategic Security* 4, 7-36.
- Borum, R. (2011a). *Radicalization into Violent Extremism II: A Review of Conceptual Models and Empirical Research*. *Journal of Strategic Security* 4, 37-62.
- Borum, R. (2017). *The etiology of radicalization*. In: LaFree, G., Freilich, J.D. (Eds.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*. Blackwell: Wiley, pp. 17-32.
- Böckler, N. (2017). *Der sogenannte Islamische Staat und die Mudschaheddin aus dem Westen: Radikalisierungsprozesse unter schwarzer Flagge*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 119-137.

- Böckler, N., Allwinn, M. (2017). *Hate – Open Source: Das Internet als Kontext für kollektive und individuelle Radikalisierungsprozesse*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 233-257.
- Böckler, N., et al. (2017). *Analyse extremistischer Bestrebungen in sozialen Netzwerken*. *Forum Kriminalprävention* 4/2017, 36-40.
- Bögelein, N., Meier, J., Neubacher, F. (2017). *Modelle von Radikalisierungsverläufen – Einflussfaktoren auf Mikro-, Meso- und Makroebene*. *Neue Kriminalpolitik* 29, 370-378.
- Böttger, A. (1998). *Gewalt und Biographie. Eine qualitative Analyse rekonstruierter Lebens-geschichten von 100 Jugendlichen*. Baden-Baden: Nomos.
- Brettfeld, K., Wetzels, P. (2007). *Muslimen in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Bundesministerium des Inneren.
- Brücker, H., Rother, N., Schupp, J. (2016). *IAB-BAMF-SO-EP-Befragung von Geflüchteten_ Überblick und erste Ergebnisse*. Forschungsbericht.
- Bundeskriminalamt (2016). *Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgewandert sind*.
- Bundeskriminalamt (2016). *Sicherheit 2016. Kriminalitätsentwicklung in Österreich*. Wien.
- Bundesministerium des Innern (2017). *Verfassungsschutzbericht 2016*. Berlin.
- Burkert, M. (2012). *Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit*. In: Sturzbecher, D., Kleeberg-Niepage, A., Hoffmann, L. (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher*. Wiesbaden: Springer VS, S. 169-188.
- Buss, A.H. (1961). *The psychology of aggression*. New York: Wiley.
- Ceylan, R., Kiefer, M. (2018) *Radikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Chassman, A. (2016). *Islamic State, Identity, and the Global Jihadist Movement: How is Islamic State successful at recruiting "ordinary" people?* *Journal for Deradicalization* 9.

- Chermak, S., Gruenewalt, J.A. (2015). *Laying a Foundation for the Criminological Examination of Right-Wing, Left-Wing, and Al Qaeda-Inspired Extremism in the United States. Terrorism and Political Violence* 27, 133-159.
- Clement, D.Y. (2017). *Akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen mit (neo-)salafistischen Orientierungs- und Handlungsmustern. Theoretische Reflexionen zu pädagogischen Voraussetzungen. In: Toprak, A., Weitzel, G. (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 167-182.*
- Corner, E. Gill, P., Mason, O. (2016). *Mental Health Disorders and the Terrorist: A Research Note Probing Selection Effects and Disorder Prevalence. Studies in Conflict & Terrorism* 39, 560-568.
- Dantschke, C. (2014). *Ohne Musik geht es nicht. Salafismus und "Nasheeds" (Anasheds) in Deutschland. Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 93-110.*
- Dantschke, C. (2014a). *„Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt.“ – Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken? In: Said, B.T., Fouad, H. (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam. Freiburg: Herder, S. 474-502.*
- Della Porta, D. (1995). *Social Movements, Political Violence, and the State: A Comparative Analysis of Italy and Germany. Cambridge: University Press.*
- Deutscher Städtetag (2017). *Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Positionspapier des Deutschen Städtetages.*
- Deutz-Schroeder, M., Schroeder, K. (2016). *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen. Frankfurt am Main: Peter Lang.*
- Dugas, M., Kruglanski, A.W. (2014). *The Quest for Significance Model of Radicalization: Implications for the Management of Terrorist Detainees. Behavioral Sciences and the Law* 32, 423-439.
- Dziri, B., Kiefer, M. (2018). *„Baqiyya im Lego-Islam“. Anmerkungen zu den Whatsapp-Protokollen der „Ansaar Al Khilafat Al Islamiyya“ aus einer islamwissenschaftlichen Perspektive. In: Kiefer, M. et al. (Hrsg.), „Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen.“ Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden: Springer VS.*
- Eilers, F., Gruber, F., Kemmesies, U. (2015). *Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG). Bundeskriminalamt.*

- Eisenman, D.P., Flavahan, L. (2017). *Canaries in the coal mine: Interpersonal violence, gang violence, and violent extremism through a public health prevention lens. International Review of Psychiatry* 29, 341-349.
- El-Mafaalani, A. (2017). *Provokation und Plausibilität – Eigenlogik und soziale Rahmung des jugendkulturellen Salafismus. In: Toprak, A., Weitzel, G. (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 77-90.*
- El-Mafaalani, A., Fathi, A., Mansour, A., Müller, J., Nordbruch, G., Waleciak, J. (2016). *Prävention und Deradikalisierung. In: Biene, J., Daase, C., Junk, J., Müller, H. (Hrsg.), Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Frankfurt am Main: Campus, S. 233-270.*
- Endres, F. (2014). *Die Beratungsstelle „Radikalisierung“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Journal Exit-Deutschland* 1, 1-12.
- Ernst, J. et al. (2017). *Hate Beneath the Counter Speech? A Qualitative Content Analysis of User Comments on YouTube Related to Counter Speech Videos. Journal for Deradicalization* 10.
- Eser Davolio, M., Lenzo, D. (2017). *Radikalisierung & Extremismus. Kanton St. Gallen.*
- Feddes, A., Gallucci, M. (2015). *A Literature Review on Methodology used in Evaluating. Effects of Preventive and De-radicalisation Interventions. Journal of Deradicalization* 5.
- Ferguson, N., Burgess, M., Hollywood, I. (2008). *Crossing the Rubicon: Deciding to Become a Paramilitary in Northern Ireland. International Journal of Conflict and Violence* 2, 130-137.
- Frindte, W., Ben Slama, B., Dietrich, N., Pisoiu, D., Uhlmann, M., Kausch, M. (2016). *Motivation und Karrieren salafistischer Dschihadistinnen und Dschihadisten. In: Biene, J., Daase, C., Junk, J., Müller, H. (Hrsg.), Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Frankfurt am Main: Campus, S. 117-158.*
- Frischlich, L., Rieger, D., Morten, A., Bente, G. (Hrsg.) *in Kooperation mit der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) des Bundeskriminalamts (2017). Videos gegen Extremismus? Counter-Narrative auf dem Prüfstand. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.*
- Fuchs, M., Lamnek, S., Wiederer, R. (2003). *Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen: Leske und Budrich.*

- Geschke, D., Möllering, A., Schmidt, D., Schiefer, D., Frindte, W. (2011). *Meinungen, Einstellungen und Bewertungen: die standardisierte Telefonbefragung von Nichtmuslimen und Muslimen*. In: Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H., Wagner, W. (Hrsg.). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland*. Bundesministerium des Innern, S. 106-433.
- gfs.bern (2014). *Verbreitung und Entwicklung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit und Judenfeindlichkeit. Schlussbericht zur Studie „Zusammenleben in der Schweiz 2010-2014“*.
- Glaser, M. (2016). *Was ist übertragbar, was ist spezifisch? Rechtsextremismus und islamistischer Extremismus im Jugendalter und Schlussfolgerungen für die pädagogische Arbeit*. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/239365/rechtsextremismus-und-islamistischer-extremismus-im-jugendalter?p=all>
- Glaser, M., Figlestahler, C. (2016). *Distanzierung vom gewaltorientierten Islamismus Ansätze und Erfahrungen etablierter pädagogischer Praxis*. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 27, 259-266.
- Glaser, M., Langner, J., Schuhmacher, N. (2017). *Rechtsextremismus und gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Eine vergleichende Diskussion der Forschungsstände zu Motiven, biografischen Hintergründen und Sozialisationserfahrungen*. In: Möller, K., Neuscheler, F. (Hrsg.), „Wer will die hier schon haben?“ *Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 223-241.
- Goertz, S., Goertz-Neumann, M. (2018). *Politisch motivierte Kriminalität und Radikalisierung*. Heidelberg: C.F. Müller GmbH.
- Groeger-Roth, F., Hasenpusch, B. (2011). *Die „Grüne Liste Prävention“ – effektive und erfolgversprechende Präventionsprogramme im Blick*. *Forum Kriminalprävention* 4/2011, 52–58.
- Gruber, F., Lützing, S. (2017). *Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft*. Bundeskriminalamt.
- Günther, C., Ourghi, M., Schröter, S., Wiedl, N. (2016). *Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und ihre Angriffsflächen*. In: Biene, J., Daase, C., Junk, J., Müller, H. (Hrsg.), *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*. Frankfurt am Main: Campus, S. 159-198.

- Guthmann, T. (2011). *Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage: theoretische Reflexionen über einen zivilgesellschaftlichen Ansatz zur Stärkung demokratischer Kultur an Schulen*. Frankfurt am Main: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
- Hajok, D., Wegmann, K. (2016). *Extremismus in der Musik. Eine deskriptiv-explorative Analyse der Tonträgerindizierungen*. BPJM-Aktuell 2/2016, 3-14.
- Haverkamp, R. (2017). *Geflüchtete Menschen in Deutschland. Präventionsansätze bei der Integration von Migranten*. Forum Kriminalprävention 2/2017, 6-9.
- Herding, M. (2013). *Forschungslandschaft und zentrale Befunde zu radikalem Islam im Jugendalter*. In: Herding, M. (Hrsg.), *Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte*. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut, S. 21–39.
- Hodgins, S. (2008). *Violent Behavior among People with Schizophrenia: A Framework for Investigations of Causes, and Effective Treatment, and Prevention*. *Philosophical Transactions of the Royal Society of London. Series B: Biological Sciences* 363, 2505-2518.
- Hofinger, V., Schmidinger, T. (2017). *Deradikalisierung im Gefängnis. Endbericht zur Begleitforschung*. Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.
- Hohenstein, S. (2017). *Distanzierungsarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – Elemente gelingender Arbeit*. In: Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.), *Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 357-362.
- Heitmeyer, W. (2002). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse*. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1* (S. 15-36). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W., Buhse, H., Liebe-Freund, J., Möller, K., Müller, J., Ritz, H., Siller, G., Vossen, J. (1992). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.
- Hellmann, D.F. (2014). *Repräsentativbefragung zu Viktimisierungserfahrungen in Deutschland*. KFN: Forschungsbericht Nr. 122.

- Hummel, K., Kamp, M., Spielhaus, R., Stetten, L.-M., Zick, A. (2016). Datenlage und Herausforderungen empirischer Forschung. In: Biene, J., Daase, C., Junk, J., Müller, H. (Hrsg.), *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*. Frankfurt am Main: Campus, S. 43-78.
- Illgner, C. (2017). *Extremismus und Justizvollzug: Literaturübersicht*. In: Hoffmann, A., Illgner, C., Leuschner, F., Rettenberger, M. (Hrsg.), *Extremismus und Justizvollzug. Literaturlauswertung und empirische Erhebungen*. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle, S. 10-53.
- Ittel, A., Bergann, S., Scheithauer, H. (2008). *Aggressives und gewalttätiges Verhalten von Mädchen*. In: Scheithauer, H., Hayer, T., Niebank, K. (Hrsg.), *Problemverhalten und Gewalt im Jugendalter*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 113-127.
- Jugendschutz.net (2015). *Rechtsextremismus im Internet*.
- Kailitz S. (2007). *Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1975*. In: Kailitz S. (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 133-136.
- Keidel, L. (2017). „Nix Rechts!“ Ein interaktives Präventionsprojekt für Schulen zum Thema Rechtsextremismus. In: Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.), *Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 379-383.
- Khosrokhavar, F. (2014). *Radicalisation*. Paris: Maison des Sciences de l'Homme.
- Kiefer, M. (2015). *Auf dem Weg zur wissensbasierten Radikalisierungsprävention? Neosalafistische Mobilisierung und die Antworten von Staat und Zivilgesellschaft*. Forum Kriminalprävention 1/2015, 42-48.
- Kiefer, M. (2017). *Das Modellprojekt „Clearingverfahren und Case Management: Prävention von gewaltbereiten Neosalafismus und Rechtsextremismus*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 323-339.
- Kleffner, H., Holzberger, M. (2004). *Polizeiliche Erfassung rechter Straftaten*. Bürgerrechte & Polizei/Cilip 77, 56-64.

- Kleinert, C., de Rijke, J. (2000). *Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen*. In: Schubarth, W., Stöss, R. (Hrsg.), *Rechtstremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 167-198.
- Kober, M. (2017). *Zur Evaluation von Maßnahmen der Prävention von religiöser Radikalisierung in Deutschland*. *Journal of Deradicalization* 11.
- Köhler, D., Hoffmann, B. (2017). *Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg*. In: Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.), *Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 386-390.
- Koopmans, R. (2014). *Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups: A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe*. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41, 33-57.
- Kubink, M. (2002). *Fremdenfeindliche Straftaten – ein neuer Versuch der polizeilichen Registrierung und kriminalpolitischen Bewältigung*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 85, 325-340.
- Kühnel, W., Willems, H. (2016). *Die Bedeutung von Familie, Peers, Schule und Medien für die politische Sozialisation linksaffiner Jugendlicher*. In: Mörgen, R., Rieker, P., Schnitzer, A. (Hrsg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive. Bedingungen - Möglichkeiten - Grenzen*. Weinheim, Basel: BeltzJuventa. S. 105-127.
- Küpper, B., Rees, J., Zick, A. (2016). *Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung*. In: Zick, A., Küpper, B., Krause, D. (Hrsg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 83-110.
- Kruglanski, A.W., Webber, D. (2014). *The Psychology of Radicalization*. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik* 9, 379-388.
- Landeskriminalamt Niedersachsen (2016). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2015. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. <http://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html> (Abruf: 28.12.2017).
- Leimbach, K., Mathiesen, A., Meier, B.-D. (2017). *Prävention von Radikalisierung und extremistischer Gewalt*. *Neue Kriminalpolitik* 29, 413-423.

- Leuschner, F. (2017). *Extremismus und Radikalisierung im deutschen Jugendstrafvollzug*. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 28, 257-263.
- Leuschner, V., Böckler, N., Zick, A., Scheithauer, H. (2017). *Attentate durch Einzeltäter: Zu Gemeinsamkeiten in der Tatentwicklung und der Tatsituation bei terroristischen Anschlägen und School Shootings*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 51-78.
- Lützing, S. (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Bundeskriminalamt. Polizei + Forschung: Band 40.
- Maiwald, G. (2014). *Zwischen Ideologie und Mainstream – Musik im rechtsextremen Alltag*. Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, 125-178.
- Malthaner, S. (2017). *Radicalization. The Evolution of an Analytic Paradigm*. European Journal of Sociology 58, 369-401.
- Matt, E. (2017). *Radikalisierung: Dem Leben Sinn und Ordnung geben. Dschihadistischer Extremismus – ein jugendkulturelles Phänomen?* Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 28, 252-257.
- McCauley, C., Moskalenko, S. (2008). *Mechanisms of Political Radicalization: Pathways toward Terrorism*. Terrorism and Political Violence 20, 415-433.
- McCauley, C., Moskalenko, S. (2014). *Toward a Profile of Lone Wolf Terrorists: What Moves an Individual from Radical Opinion to Radical Action*. Terrorism and Political Violence 26, 69-85.
- Melzer, W. (1992). *Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potenzial Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Moghaddam, F. M. (2005). *The staircase to terrorism: A psychological exploration*. American Psychologist 60, 161-169.
- Moscovici, S. (1976). *Social influence and social change*. London: Academic Press.
- Musial, J. (2016). *“My Muslim sister, indeed you are a mujahidah” - Narratives in the propaganda of the Islamic State to address and radicalize Western Women. An Exemplary analysis of the online magazine Dabiq*. Journal for Deradicalization 9.

- Müller, K., Schwarz, C. (2017). *Fanning the Flames of Hate: Social Media and Hate Crime*. <https://ssrn.com/abstract=3082972>.
- Neumann, P. (2013). *The Trouble with Radicalization*. *International Affairs* 89, 873-893.
- Neumann, P.R. (2016). *Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa*. Berlin: Ullstein.
- Neumann, P.R. (2017). *Countering Violent Extremism and Radicalisation that Lead to Terrorism: Ideas, Recommendations, and Good Practices from the OSCE Region*. <https://www.osce.org/chairmanship/346841?download=true>.
- Neumann, P., Rogers, B. (2008). *Recruitment and Mobilisation for the Islamist Militant Movement in Europe*. ICSR Report.
- Nordbruch, G. (2017). *Zum Umgang mit Entfremdung, Verunsicherung und Unbehagen – Ansätze der Prävention salafistischer Ansprachen in Unterricht und Schulalltag*. In: Toprak, A., Weitzel, G. (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 155-165.
- Oesterreich, D. (1996). *Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion*. Opladen: Leske und Budrich.
- Pauwels, L.J.R., De Waele, M. (2014). *Youth involvement in politically motivated violence: why do social integration, perceived legitimacy, and perceived discrimination matter?* *International Journal of Conflict and Violence* 8, 135-153.
- Pfahl-Traughber, A. (2017). *Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung: Besonderheiten, Entwicklung, Prognosen und Ursachen*. In: Altenhof, R., Bunk, S., Piepenschneider, M. (Hrsg.), *Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung*. Münster: LIT-Verlag, S. 45-73.
- Pfeiffer, C., Baier, D., Kliem, S. (2018). *Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*.
- Pisoiu, D. (2013). *Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse. Eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen*. *Journal Exit-Deutschland* 1, 41–87.

- Plich, I., Doering, B. (2017). *Konfliktprävention in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete*. In: Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.), *Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 407-420.
- RAN Radicalisation Awareness Network (2017). *Preventing Radicalisation to Terrorism and Violent Extremism. Approaches and Practices*. https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-best-practices/docs/ran_collection-approaches_and_practices_en.pdf
- Ribeaud, D. (2015). *Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999-2014. Forschungsbericht*. Zürich: Professur für Soziologie, ETH Zürich.
- Ribeaud, D., Eisner, M., Nivette, A. (2017). *Können gewaltbereite extremistische Einstellungen vorausgesagt werden? Forschungsmemo*. Universität Zürich.
- Rieker, P. (2012). *Religiös legitimierte Gewalt unter jugendlichen Muslimen? Eine kritische Sichtung von Forschungsergebnissen zu einem populären Thema*. In: Ceylan, R. (Hrsg.), *Islam und Diaspora – Analysen zum muslimischen Leben in Deutschland aus historischer, rechtlicher sowie migrations- und religionssoziologischer Perspektive*. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 257-272.
- Rippl, S. (2005). *Fremdenfeindlichkeit – ein Problem der Jugend? Eine vergleichende Untersuchung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen*. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 25, 362-380.
- Scheithauer, H., Rosenbach, C., Niebank, K. (2012). *Gelingsbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Expertise zur Vorlage bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)*.
- Schiefer, D., Möllering, A., Geschke, D. (2013). *Muslimisch-deutsche Lebenswelten in Zeiten von Terrorismus (-verdacht): Eine Mehrgenerationenfallstudie*. In: Herding, M. (Hrsg.), *Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte*. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut, S. 125–144.
- Schils, N., Verhage, A. (2017). *Understanding How and Why Young People Enter Radical or Violent Extremist Groups*. *International Journal of Conflict and Violence* 11.
- Schmid, A.P. (2011). *The Routledge Handbook of Terrorism Research*. London, New York: Routledge.

- Schmid, A.P. (2013). *Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation: A Conceptual Discussion and Literature Review*. International Centre for Counter-Terrorism. Den Haag.
- Schmid, A.P. (2016). *Research on Radicalisation: Topics and Themes*. *Perspectives on Terrorism* 10.
- Schmid, M., Storni, M. (2009). *Youth and Unreported Right-Wing Extremist Violence: Quantitative Analyses of Victimization Processes*. In: Niggli, M.A. (Hrsg.), *Right-wing Extremism in Switzerland. National and international Perspectives*. Baden-Baden: Nomos, S.155-169.
- Schneider, L., Kaplan, A., Roos, S., Schlachzig, L., Tölle, J. (2017). *Junge geflüchtete Menschen in Deutschland – Rahmenbedingungen, Herausforderungen und pädagogische Implikationen*. In: Marks, E., Steffen, W. (Hrsg.), *Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 449-480.
- Sestoft, D., Hansen, S.M., Christensen, A.B. (2017). *The police, social services, and psychiatry (PSP) cooperation as a platform for dealing with concerns of radicalization*. *International Review of Psychiatry* 29, 350-354.
- Sikkens, E., van San, M., Sieckelinck, S., de Winter, M. (2017). *Parental Influence on Radicalization and De-Radicalization according to the Lived Experiences of Former Extremists and their Families*. *Journal for Deradicalization* 12.
- Sischka, K., Berczykm J. (2017). *HAYAT Deutschland: Der familienorientierte Interventionsansatz bei islamischer Radikalisierung in seinem psychosozialen Kooperationsnetzwerk*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 341-367.
- Srowig, F., Roth, V., Böckler, N., Zick, A. (2017). *Junge Menschen und die erste Generation des islamistischen Terrorismus in Deutschland: Ein Blick auf Propagandisten, Reisende und Attentäter*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 101-117.
- Stadler, L., Bieneck, S., Pfeiffer, C. (2012). *Repräsentativbefragung sexueller Missbrauch 2011*. KFN: Forschungsbericht Nr. 118.
- Steffen, W. (2015). *Prävention des internationalen Terrorismus in Deutschland – eine Zustandsbeschreibung*.

- Stephan, W.G., Stephan, C.W. (2000). *An integrated threat theory of prejudice*. In: Oskamp, S. (Ed.), *Reducing prejudice and discrimination* Mahwah, NJ Erlbaum, pp. 23-46.
- Sturzbecher, D., Kleeberg-Niepage, A., Hoffmann, L. (Hrsg.) (2012). *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher*. Wiesbaden: Springer VS.
- Toprak, A., Weitzel, G. (2017). *Warum Salafismus den jugendkulturellen Aspekt erfüllt*. In: Toprak, A., Weitzel, G. (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 47-59.
- Ülger, C., Çelik, H. (2016). „Syrien-Rückkehrer“ und Ausreisewillige in Kampfgebiete. *Praktische Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit mit religiös motivierten, gewaltbereiten Jugendlichen und jungen Inhaftierten*. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 27, 294-299.
- van Hüllen, R (2013). *Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster unter Jugendlichen – eine qualitative Studie*. In: Schultens, R., Glaser, M. (Hrsg.), *„Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Deutsches Jugendinstitut, S. 96-114.
- Voß, S., Marks, E. (2018). *25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Entwicklungen, Erfolge, Defizite und Perspektiven*. In: Walsh, M., Pniewski, B., Kober, M., Armbrorst, A. (Hrsg.), *Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, S. 77-92.
- Wahl, K. (2001) (Hrsg.). *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Weber, K. (2017). *In den Kampf nach Syrien und den Irak: Motive und Gefährlichkeit von Ausreisenden und Rückkehrern*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 139-154.
- Wegel, M., (2017). *Prävention gegen Radikalisierung*. *Kriminalistik* 71, 73-77.
- Wegel, M., Kamenowski, M., Hartmann, A., Hofer, R. (2017). *Theater(pädagogik) im Strafvollzug – Chancen für die Tertiärprävention?* *Forum Kriminalprävention* 4/2017, 9-11.

- Weiss H., Hofmann J. (2016) Gegenseitige Wahrnehmungen: Annäherungen, Stereotype und Spannungslinien zwischen ÖsterreicherInnen und MuslimInnen. In: Weiss H., Ateş G., Schnell P. (Hrsg.) *Muslimische Milieus im Wandel?* Wiesbaden: Springer VS, S. 113-133.
- Wetzels, P., Greve, W. (2001). *Fremdenfeindliche Gewalt – Bedingungen und Reaktionen*. *Zeitschrift für Politische Psychologie* 9, 7-22.
- Wiktorowicz, Q. (2005). *Radical Islam rising: Muslim extremism in the West*. Oxford: Rowman & Littlefield Publishers.
- Willems, H., Eckert, R., Würtz, S., Steinmetz, L. (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt*. Opladen: Leske und Budrich.
- Wilner, A.S., Dubouloz, C.J. (2010). *Homegrown terrorism and transformative learning. An interdisciplinary approach to understanding radicalization*. *Global Change, Peace & Security* 22, 33–51.
- Young, H., Rooze, M., Russell, J., Ebner, J., Schulten, N. (2016). *Evidence-based Policy Advice. Final Report*. http://terrakit.eu/wp-content/uploads/2016/12/TERRA-Evidence-based-Policy-Advice_English_Final-Report.pdf
- Yuzva Clement, D. (2017). *Salafismus als Herausforderung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Bildung zwischen Akzeptanz und Konfrontation ermöglichen*. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/259283/salafismus-als-herausforderung-fuer-die-offene-kinder-und-jugendarbeit?p=all>.
- Zick, A. (2017). *Extremistische Inszenierungen: Elemente und Pfade von Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen*. In: Böckler, N., Hoffmann, J. (Hrsg.), *Radikalisierung und terroristische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 15-36.
- Zick, A., Krause, D., Berghan, W., Küpper, B. (2016). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016*. In: Zick, A., Küpper, B., Krause, D. (Hrsg.). *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, S. 33-82.

Ausstellung

Infostände

	Seite
AGJF Sachsen e.V.	473
Aktion Jugendschutz Sachsen e. V.	474
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen	475
Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen	476
Arbeitskreis Täterarbeit Häusliche Gewalt Sachsen	477
AUSSTEIGERPROGRAMM Sachsen (APro) – www.steig-aus.de	478
BAG Streetwork	479
BARMER Landesvertretung Sachsen *	480
Bayerisches Landeskriminalamt - Kompetenzzentrum für Deradikalisierung	481
Bayerisches Staatsministerium des Innern	482
Beratungsstelle Radikalisierung	483
Berufsfortbildungswerk GmbH (bfw)	484
Bund Deutscher Kriminalbeamter	485
Bundesamt für Justiz	486

	Seite
Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.	487
Bundeskonzferenz der Präventionsbeauftragten der Deutschen Katholischen Bistümer, c/o Bistum Dresden-Meißen	488
Bundeskriminalamt, Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus des Kriminalistischen Instituts	489
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	490
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	491
Bundespolizei	492
Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.	493
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	494
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), „Trau dich!“	495
Bundeszentrale für politische Bildung	496
Comic On! Theaterproduktion	497

	Seite
Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.- Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen	498
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	499
Demokratielabore	500
Demokratiezentrum Baden-Württemberg	501
Demokratie-Zentrum Sachsen	502
Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt/ Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking - LIKO	503
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	504
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)	505
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)	506
Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.	507
Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.	508
Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)	509

	Seite
Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.	510
Deutsches Forum für Kriminalprävention	511
Deutsches Jugendinstitut e.V.	512
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)	513
Drudel 11 e.V.	514
European Forum for Urban Security (EFUS)	515
Fachkräfteportal pufii.de (Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen)	516
Fanprojekte in Sachsen	517
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.	518
Freestyle gGmbH	519
FREIE HILFE BERLIN e.V.	520
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten	521
Friedenskreis Halle e.V.	522
Friedrich-Schiller-Universität Jena	523
gegen-missbrauch e.V.	524

	Seite
Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.	525
Gewalt Akademie Villigst	526
GewaltpräventionsZentrum	527
Gewaltstopper e.V.	528
Gewerkschaft der Polizei	529
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	530
GroupKom GmbH *	531
GSJ gGmbH - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit	532
Haus des Jugendrechts Stuttgart-Bad Cannstatt	533
Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“/ Bundeamt für Familie und zivilgesell- schaftliche Aufgaben	534
Integrationsbüro Kreis Offenbach - PRO Prävention	535
Jugendberufshilfeangebot „Netz kleiner Werkstätten“	536
Jugendmigrationsdienste	537

	Seite
Jugendstiftung Baden-Württemberg - Die PartyPass App	538
Justizvoll Hessen	539
JUUUPORT e.V.	540
Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)	541
Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.	542
Kinderschutzprojekt Dresden „Bärenstarker August“	543
Kreis Lippe-Senioreninformationsdienst-Lippe	544
Kreispolizeibehörde Gütersloh	545
LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.	546
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen	547
Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen und Inter- ventionsstellen in Sachsen	548
Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.	549

	Seite
Landesfrauenrat Sachsen e.V.	550
Landeshauptstadt Dresden, Jugendamt	551
Landeshauptstadt Dresden / Kriminalpräventiver Rat	552
Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kinder, Jugend und Familie	553
Landeshauptstadt Düsseldorf	554
Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	555
Landeskriminalamt Niedersachsen	556
Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz	557
Landespräventionsrat Brandenburg	558
Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz	559
Landespräventionsrat Niedersachsen	560
Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen	561
Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)	562
Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt	563

	Seite
Landespräventionsrat Schleswig-Holstein	564
Landessportbund Sachsen e.V. /Sportjugend Sachsen	565
Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.	566
Landesverkehrswacht Sachsen e.V.	567
Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz/klicksafe	568
LOVE-Storm:Gemeinsam gegen Hass im Netz	569
Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen	570
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt	571
Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden Württemberg	572
Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.	573
Multikulturelles Forum e.V.	574
Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster	575

	Seite
Netzwerk Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)	576
Netzwerk Zuhause sicher e. V.	577
Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug des Landes Hessen (NeDiS)	578
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz	579
Oliver Böttcher und Johannes Kinscher GbR *	580
Opferhilfe Sachsen e.V.	581
Papilio e.V.	582
Polizei Berlin	583
Polizei Mönchengladbach	584
Polizei Sachsen	585
Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Nord	586
Polizeipräsidium Karlsruhe	587
Polizeipräsidium Mittelhessen	588
Polizeipräsidium Trier	589

	Seite
Prävention 2.0 e.V.	590
Prävention im Team – PiT Sachsen	591
Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	592
Respekt! - Die Stiftung & Hirnkost KG	593
Rote Linie - Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus	594
Ruhr-Universität Bochum - Juristische Fakultät - Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft *	595
Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V.	596
Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V.	597
Sächsisches Landesgymnasium Sankt Afra	598
Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e. V.	599
Schule am Weißerplatz	600
Solviteers Software GmbH *	601

	Seite
Stadt Leipzig	602
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	603
Stiftungsfonds Neues Tschechien	604
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	605
Triple P Deutschland GmbH *	606
Ufuq e.V.	607
Universität Erlangen „EFFEKT“	608
Universitäts KrebsCentrum Dresden	609
Verein Programm Klasse 2000 e. V.	610
Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. (VFB Salzwedel)	611
Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e.V. (VPKV e.V.).	612
Verfassungsschutz NRW - Präventions- und Aussteigerprogramme	613
We hate2hate – YouTuber against racism	614

	Seite
WEISSER RING e.V.	615
Werner Bonhoff Stiftung	616
Zentrale Beratungsstellen NRW	617
zivilcourage.net *	618

Die mit * gekennzeichneten Programmteile beinhalten Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen

AGJF Sachsen e.V.

Die AGJF Sachsen ist Dach- und Fachorganisation für Jugendarbeit und Jugendhilfe. Mit den Geschäftsfeldern Fortbildung – Beratung – Service bieten wir Qualifizierungs-, Unterstützungs- und Entwicklungsleistungen für sozialpädagogische Fachkräfte und Organisationen an und führen modellhafte Projekte durch.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit als Fachverband sind Fortbildungsangebote, Beratungsleistungen, die Herausgabe des Fachmagazins CORAX für Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen sowie die Umsetzung verschiedener modellhafter Projekte.

Unsere derzeit 108 Mitgliedsorganisationen sind die zentralen Impuls- und Auftraggeber für unsere praktische Arbeit. Als Dachverband sind wir bestrebt, bedarfsgerechte Angebote in all unseren Geschäftsfeldern zu formulieren, Anliegen und Interessen unserer Mitgliedsorganisationen auf der Landesebene zu vertreten sowie modellhafte Projekte und Aktionen gemeinsam zu entwickeln. Mitglieder sind nicht nur freie Träger (Vereine, Stiftungen und gemeinnützige GmbHs), sondern auch einige Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden.

Wir beschäftigen uns seit mehreren Jahren innerhalb unterschiedlicher Projekte mit den Themen Neonazismus, Rassismus, GMF sowie mit der Integration junger Menschen mit und ohne Fluchterfahrung im Kontext der Jugendhilfe.

Der Infostand lädt als Kontaktplattform und zur Information über unsere Aktivitäten ein.

Kontakt:

AGJF Sachsen e.V.

Neefestraße 42

09119 Chemnitz

Tel.: 0371 533640

Fax.: 0371 5336426

E-Mail: info@agjf-sachsen.de

Webseite: <http://agjf-sachsen.de>

Aktion Jugendschutz Sachsen e. V.

Informationen zum Kinder- und Jugendschutz vorrangig zu den Gefährdungsbereichen Gewalt, Medien und Sucht.

Kontakt:

Aktion Jugendschutz Sachsen e. V.

Lingnerallee 3

01069 Dresden

E-Mail: ajs@jugendschutz-sachsen.de

Webseite: <http://www.jugendschutz-sachsen.de>

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden wurde nach dem Amoklauf im März 2009 gegründet und im November desselben Jahres in die Stiftung gegen Gewalt an Schulen überführt.

Ziel der Stiftung ist es, den Ursachen und der Entwicklung von Gewalt im schulischen Raum präventiv zu begegnen, Früherkennung möglicher exzessiver Gewaltereignisse zu unterstützen und politische Entscheidungsträger im Bereich der Sicherung privaten Waffenbesitzes zu beraten.

Primärer Tätigkeitsbereich der Stiftung ist die Prävention gewalthaltigen Verhaltens junger Menschen im schulischen Bereich. Hierzu bietet die Stiftung eigene Programme, Workshops und Schulungen für alle am schulischen Leben Beteiligten an.

Zur Unterstützung der Früherkennung möglicher Gewalttaten bietet die Stiftung in Kooperation mit dem Kriminologischen Lehrstuhl der Justus-Liebig-Universität, Gießen, ein Beratungsnetzwerk Amokprävention an.

Im Bereich der Medienberichterstattung bei Großschadensereignissen arbeitet die Stiftung mit der Deutschen Journalistenschule, dem Netzwerk Recherche und dem Dart Center zu Themen des angemessenen sensiblen Umgangs mit traumatisierten Gesprächspartnern zusammen.

Neben der Beratung politischer Gremien zu Fragen der Sicherung privaten Waffenbesitzes arbeitet die Stiftung regional mit Einrichtungen der Jugendgerichtshilfe in Fällen von Bedrohungen im schulischen Kontext zusammen.

Kontakt:

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen
Gewalt an Schulen

Wallstr. 28, 71364 Winnenden

Tel.: 07195 - 589 570

Fax.: 07195 - 589 571

E-Mail: info@stiftung-gegen-gewalt.de

Webseite: <http://www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de>

Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Der Ambulante Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD) ist neben der Strafgerichtsbarkeit, den Staatsanwaltschaften und dem Justizvollzug die vierte Säule der Strafrechtspflege in Niedersachsen.

Im AJSD arbeiten rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um Aufgaben der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, der Gerichtshilfe sowie im Bereich Täter-Opfer-Ausgleich wahrzunehmen. Daneben ist Personal des AJSD in den 11 Opferhilfebüros der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen eingesetzt.

Justizsozialarbeiterinnen und Justizsozialarbeiter engagieren sich u.a. für die soziale Eingliederung von Straftäterinnen und Straftätern, erstellen Entscheidungshilfen für die Strafjustiz und bedienen sich der Mediation. Sie unterstützen die Klientinnen und Klienten dabei, die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden und begleiten Opfer von Straftaten und deren Angehörige.

Der AJSD ist den Grundwerten von Toleranz, sozialer Gerechtigkeit, den Menschenrechten und der gewaltfreien Konfliktlösung verpflichtet. Daraus resultieren eine wertschätzende Grundhaltung sowie ein ressourcen- und lösungsorientierter Arbeitsstil.

Wir leisten Präventionsarbeit für unsere Gesellschaft und tragen zur inneren Sicherheit bei. Wir kooperieren mit privaten Trägern und Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern der Straffälligen- und Opferhilfe und unterstützen ehrenamtliches Engagement.

Kontakt:

Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Mühlenstraße 5

26122 Oldenburg

E-Mail: adol-poststelle@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.ajsd.niedersachsen.de>

Arbeitskreis Täterarbeit Häusliche Gewalt Sachsen

Im Arbeitskreis Täterarbeit HGW Sachsen sind täterorientierte Anti-Gewalt-Beratungsstellen in Sachsen vernetzt, die Gruppenarbeit, Einzelberatungen und Paargespräche für Täter und Täterinnen im Kontext Partnerschaftsgewalt anbieten.

Wir sind im Landesaktionsplan Sachsen verankert und arbeiten vernetzt fallspezifisch und fallunabhängig mit Interventionsstellen, Polizei, Schutzeinrichtungen, Jugendämtern usw. zusammen.

Der Arbeitskreis Täterarbeit ist Mitglied im Lenkungsausschuss gegen häusliche Gewalt im Land Sachsen, einer Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates Sachsen.

Kontakt:

Arbeitskreis Täterarbeit Häusliche Gewalt Sachsen
c/o Triade GbR August-Bebel-Str. 35
04416 Markkleeberg
Tel.: 03413502133
Fax.: 03413502134
E-Mail: beratungsstelle-le@triade-le.de

AUSSTEIGERPROGRAMM Sachsen (APro) – www.steig-aus.de

Das AUSSTEIGERPROGRAMM Sachsen (APro) unterstützt Personen, die sich im Einflussbereich extremistischer Gruppen oder Handlungszusammenhänge befinden, sich aus diesen lösen wollen und hierfür Unterstützung benötigen.

Ziel ist es, Aussteigerinnen und Aussteigern einen Neustart in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir sprechen alle Menschen in Sachsen an, die mit ihren bisherigen Aktivitäten die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft bewusst abgelehnt haben und Militanz sowie Gewalt gegen Andere und staatliche Institutionen für legitime Mittel erachteten – jedoch nunmehr für einen Ausstieg bereit scheinen. Auch Familienangehörige, Freunde und Fachkräfte werden im Umgang mit Krisen- und Konfliktsituationen beraten und begleitet. Die Beratung ist mobil, kostenfrei, anonym und vertraulich.

Das AUSSTEIGERPROGRAMM ist ein gemeinsames Projekt des Landespräventionsrates Sachsen (LPR SN) mit nichtstaatlichen Organisationen.

Weitere Informationen unter: www.steig-aus.de

Kontakt:

Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen

Wilhelm-Buck-Straße 2

01097 Dresden

E-Mail: landespraeventionsrat@smi.sachsen.de

Webseite: www.lpr.sachsen.de

BAG Streetwork

Als Bundesarbeitsgemeinschaft für Mobile Jugendarbeit und Streetwork sind wir der Dachverband für die bundesweite Vernetzung unseres Arbeitsfeldes.

Von Landesverbänden, großen freien Trägern der Jugendhilfe bis zu Privatpersonen bringen wir interessierte Menschen zusammen, um im Interesse unserer Adressaten*innen unser Arbeitsfeld zu präsentieren und stetig weiter zu entwickeln.

Dazu gehören u.a. Projekte zur Radikalisierungsprävention und Extremismuskonfrontation. Gern nutzen wir den Präventionstag, um unser Arbeitsfeld und konkrete Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet vorzustellen.

Kontakt:

BAG Streetwork

Untere Aktienstraße, 12

09111 Chemnitz

E-Mail: goerlach@mja-sachsen.deWebseite: <http://www.bag-streetwork.de>

BARMER Landesvertretung Sachsen

MindMatters – Mit psychischer Gesundheit gute Schule entwickeln / für Primarstufe sowie Sekundarstufe I und II / MindMatters hilft Schulen dabei, durch die Förderung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften einen Beitrag zur Verbesserung der Schulqualität zu leisten. Das Programm basiert auf dem Konzept der guten gesunden Schule.

Was Sie mit MindMatters erreichen: Entwicklung einer Schulkultur, mit der sich alle Schulmitglieder sicher, wertgeschätzt und eingebunden fühlen. So wird die Schule zunehmend zu einem Ort, an dem man gern ist:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Gesundheit von Lehrkräften.
- Verbesserung der Lernbedingungen und Gesundheit von Schülerinnen und Schülern.

Was MindMatters bietet: Bedarfsgerechte Beratungs- und Fortbildungsangebote für Schulen zur sachgerechten Einführung in das Programm, Schulentwicklungsmodule (Materialien für die Arbeit am Bildungs- u. Erziehungsauftrag durch die Förderung der psychischen Gesundheit), Unterrichtsmodule (Informationen für Lehrkräfte sowie praxiserprobte Unterrichtseinheiten mit Arbeitsblättern zur Integration im Schulalltag), Online Werkzeugkästen, Ressource für inklusive Konzepte, Bausteine zur Lehrgesundheit, Bausteine zur Elternzusammenarbeit.

Programmpartner: BARMER-Universität Lüneburg-UK
NRW-GUVH LUKN / Kooperationspartner in Sachsen: BARMER Landesvertretung- SLfG-SMK

Kontakt:

BARMER Landesvertretung Sachsen

Zellescher Weg 21

01004 Dresden

Tel.: 0800333004152232

Fax.: 0800333004152209

E-Mail: anett.wagner@barmer.de

Webseite: <http://www.barmer.de>

Bayerisches Landeskriminalamt – Kompetenzzentrum für Deradikalisierung

Mit dem Infostand des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung möchten wir unseren Strategieansatz im Bereich der Intervention und Deradikalisierung vorstellen und mit den Besuchern des Präventionstages diskutieren.

Unsere Arbeit fokussiert sich ausschließlich auf das Phänomen des religiös begründeten Extremismus. Das Kompetenzzentrum ist hierbei vor allem für das Erkennen, die Analyse sowie die Koordination sog. sicherheitsrelevanter Radikalisierungssachverhalte zuständig.

Die Kooperation mit dem Verein „Violence Prevention Network“, der vertraglich mit dem Bayerischen Landeskriminalamt zusammenarbeitet, ermöglicht es uns, Beratungen und Ausstiegshilfen für konkret radikalierungsgefährdete Jugendliche, aber auch Personen, die sich bereits radikalisiert haben, in Kriegsgebieten gekämpft haben oder anderweitig straffällig geworden sind, anzubieten.

Inzwischen koordinieren wir im Durchschnitt dauerhaft mehr als 30 sicherheitsrelevante Beratungsfälle von radikalisierten Personen (derzeit ausschließlich Salafisten) und haben mehr als 250 Prüffälle bewertet.

Insbesondere die verschiedenen Ansätze in der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und freien Trägern sowie den Regelstrukturen der Sozial- und Jugendbehörden bieten aus unserer Sicht ausreichend Raum und für den Besucher interessante Gesprächsinhalte sowie Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches.

Kontakt:

Bayerisches Landeskriminalamt

Maillingerstraße 15

80636 München

E-Mail: blka.deradikalisierung@polizei.bayern.de

Webseite: <http://www.polizei.bayern.de/schuetzenvorbeugen/index.html/>

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Infostand des ressortübergreifenden „Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“.

Kontakt:

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Odeonsplatz 3

80539 München

E-Mail: IMAG.Salafismus@stmi.bayern.de

Webseite: <http://www.antworten-auf-salafismus.de>

Beratungsstelle Radikalisierung

Seit Januar 2012 gibt es die Beratungsstelle Radikalisierung. An diese können sich alle Personen wenden, die sich um die mögliche religiös motivierte Radikalisierung eines Angehörigen, Freundes oder Bekannten sorgen.

Oft ziehen sich die Betroffenen stark aus ihrem bisherigen Umfeld zurück. Dies führt bei Freunden, besonders aber bei Eltern zu Verunsicherung und Ängsten. Hier ist professionelle Beratung wichtig und notwendig.

Dazu bietet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine telefonische Erstberatung an. Im weiteren Verlauf wird diese Beratung vor Ort durch zivilgesellschaftliche Kooperationspartner übernommen.

Kontakt:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

Tel.: 0911-9434343

E-Mail: beratung@bamf.bund.de

Webseite: <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung-node.html>

Berufsbildungswerk GmbH (bfw)

Die Berufsbildungswerk GmbH (bfw) ist ein bundesweit agierendes Bildungsunternehmen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Spezialisten im regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarkt und in den aktuellen Bildungsthemen.

Wir kennen die jeweiligen Herausforderungen und unterstützen individuell und passgenau. Gemeinsam schaffen wir so die Basis für die weitere Entwicklung von Unternehmen oder für die erfolgreiche Suche nach einem passenden Job.

Das bfw bietet ein umfassendes Angebot an Fort- und Weiterbildungen sowie Umschulungen mit anerkannten Abschlüssen. Zusätzlich bieten wir verschiedene Qualifizierungsmöglichkeiten – modulare berufliche Qualifizierung, Kompetenztraining, Sprachkurse – in Haft als unterstützende Angebote zu den Resozialisierungsmaßnahmen der Justizvollzugsanstalten.

Kontakt:

Berufsbildungswerk GmbH (bfw)

Engertstr. 31

04229 Leipzig

E-Mail: reso-ost@bfw.de

Webseite: <http://www.bfw.de>

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Der BDK vertritt kompetent und ausschließlich die beruflichen und sozialen Belange aller Angehörigen der Kriminalpolizei und aller in der Kriminalitätsbekämpfung Beschäftigter, Beamte wie Tarifbeschäftigte, und setzt sich für die wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder ein. Der BDK zählt bereits heute die überwiegende Mehrheit aller Kriminalbeamtinnen und -beamten zu seinen Mitgliedern.

Der BDK strebt zu den Trägern politischer Verantwortung, zu anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie zu den Medien ein den gemeinsamen Interessen dienendes Verhältnis an. Durch das Wirken im politischen Raum, in der Öffentlichkeit und in der polizeilichen Organisation – so hat es der BDK in seinem Grundsatzprogramm festgeschrieben – leistet er seinen Beitrag zur Entwicklung einer praxisnahen, realistischen und fortschrittlichen Kriminalitätskontrolle.

Kontakt:

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Poststr. 4-5

10178 Berlin

E-Mail: bdk.bgs@bdk.de

Webseite: <http://www.bdk.de>

Bundesamt für Justiz

Härteleistungen des Bundes für Opfer extremistischer Übergriffe

Der Deutsche Bundestag stellt jährlich Finanzmittel bereit, mit denen Opfern extremistischer Übergriffe eine Härteleistung als Soforthilfe zugesprochen werden kann. Diese Härteleistung kann den Opfern in vielen Fällen kurzfristig Erleichterung verschaffen. Sie ist Ausdruck der Solidarität der Gemeinschaft aller mit den Opfern und Ausdruck der gesellschaftlichen Ächtung solcher Taten.

Zuständig für die Entscheidung über die Gewährung von Härteleistungen ist das Bundesamt für Justiz in Bonn. Am Infostand des Bundesamtes erhalten Sie Informationen über Möglichkeiten und Voraussetzungen der Antragstellung, Antragsformulare, Merkblätter und Informationsflyer. Zielgruppe sind alle Stellen, die als Informationsträger und -verteiler für das Opfer bei der Antragstellung behilflich sein können. Hierzu gehören Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Opferberatungsstellen, Opferverbände, Integrations-, Migrations- sowie Präventionseinrichtungen, aber auch Sozialdienste, Rettungs- und Hilfsdienste, Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen.

Kontakt:

Bundesamt für Justiz

Adenauer Allee 99 - 103

51113 Bonn

Tel.: 0228 994105288

Fax.: 0228 994105591

E-Mail: opferhilfe@bfj.bund.de

Webseite: <http://www.bundesjustizamt.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt ist ein interinstitutioneller, interkultureller Dachverband für Täterarbeitseinrichtungen häuslicher Gewalt in Deutschland.

Ihm gehören Einrichtungen an, die mit Tätern und Opfern arbeiten, Opferschutz leisten und gewaltpräventiv wirken.

Unsere Mitgliedsinstitutionen arbeiten in interinstitutionellen Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Opferschutzeinrichtungen, Bewährungshilfe, Jugendämtern und Beratungsstellen zusammen.

Der von der BAG Täterarbeit Häusliche Gewalt gemeinsam mit dem Bundesfrauenunterstützungsverbänden erarbeitete Standard für die Arbeit mit männlichen Tätern ist in der Istanbul-Konvention erläutert und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im März veröffentlicht worden.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

Tel.: 0162/139 84 43

E-Mail: info@bag-taeterarbeit.de

Webseite: <http://www.bag-taeterarbeit.de>

Bundeskonzferenz der Präventionsbeauftragten der Deutschen Katholischen Bistümer, c/o Bistum Dresden-Meißen

Prävention gegen sexualisierte Gewalt an Minderjährigen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen in der katholischen Kirche.

Kontakt:

Bundeskonzferenz der Präventionsbeauftragten der Deutschen Katholischen Bistümer, c/o Bistum Dresden-Meißen
Käthe-Kollwitz-Ufer 84, 01099 Dresden

Tel.: 0351-3364754

Fax.: 0351-3364823

E-Mail: karin.zauritz@ordinariat-dresden.de

Webseite: www.praevention-kirche.de

Bundeskriminalamt, Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus des Kriminalistischen Instituts

Die Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) des BKA trägt differenziertes Wissen zum Phänomenbereich „Extremismus/Terrorismus“ zusammen.

Die FTE unterstützt und berät polizeiliche Einheiten bei Auswerte- und Analysetätigkeiten. Hinzukommend bringt sie ihre wissenschaftliche Expertise in die Entwicklung von zielgerichteten und effektiven Präventionsmaßnahmen ein.

Die FTE verfolgt das Ziel, wissenschaftliche Erkenntnisse bedarfsorientiert in Form von Berichten und Vorträgen in die Ausbildung und Fachabteilungen, aber auch die breitere Wissenschaftsgemeinde zu tragen.

Interessierte Besucher können den Stand nutzen, um sich über die Tätigkeiten und Produkte der FTE zu informieren bzw. mit den am Stand vertretenen MitarbeiterInnen zu Themen der Extremismusprävention auszutauschen.

Kontakt:

Bundeskriminalamt, IZ 32 Forschungs- und Beratungsstelle
Terrorismus/Extremismus

Thaerstr. 11

65173 Wiesbaden

E-Mail: IZ32@bka.bund.de

Webseite: <http://www.bka.de>

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Auf dem Info-Stand des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Der Informationsstand auf dem 23. DPT wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zusammen mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Referat II A 6 – Kriminologie und Kriminalprävention

Mohrenstraße 37

10117 Berlin

Telefon: 030 18 580 – 9216

Fax: 030 185809525

E-Mail: poststelle@bmjv.bund.de

Webseiten: www.bmjv.bund.de und www.bundesjustizamt.de

Kontakt:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Mohrenstraße 37

10117 Berlin

E-Mail: Johannes.Simons@bfj.bund.de

Webseite: <http://www.bmjv.de>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kontakt:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Glinkastr. 24, 10117 Berlin

Tel.: 030-185550

Fax.: 030-185551145

E-Mail: demokratie-leben@bafza.bund.de

Webseite: <http://www.demokratie-leben.de>

Bundespolizei

Polizeiliche Kriminalprävention

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Gewaltdelikten im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich setzt die Bundespolizei, neben Maßnahmen der individuellen Gefahrenabwehr und Repression, auch auf eine gezielte Kriminalprävention.

Im Zusammenwirken mit anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen werden vielfältige Maßnahmen entwickelt, die darauf abzielen, den allgemeinen Entstehungsbedingungen von Kriminalität entgegenzuwirken und Möglichkeiten der Tatbegehung sowie das Risiko der Opferwerdung zu reduzieren.

Die Ausstellungsbesucher werden

- einen Überblick über die Maßnahmen und Produkte der polizeilichen Kriminalprävention zur Gewaltreduzierung im öffentlichen Personenverkehr erhalten,
- über Projekte der Bundespolizei zur Gefahrenerkennung, Situationsbewältigung und Förderung der Zivilcourage informiert,
- die Möglichkeit haben, mit kompetenten Ansprechpartnern zum Thema „Polizeiliche Kriminalprävention“ ins Gespräch zu kommen.

Die Bundespolizei freut sich auf Ihren Besuch.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 97 997 - 0

E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de

Webseite: <http://www.bundespolizei.de>

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.

Über 7 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Nach der Veröffentlichung der leo-level-One Studie der Universität Hamburg ist empirisch belegt, dass 14,5% der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Bereich des funktionalen Analphabetismus fallen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz die Nationale Dekade für Alphabetisierung ausgerufen.

Die Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens sind die Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe in modernen Wissensgesellschaften wie der unseren. Insbesondere Strafgefangene sind auf die genannten Fähigkeiten angewiesen, um ihren Haftalltag zu meistern, die haftinternen Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen und somit ihre Chancen auf eine positive Legalbewährung zu erhöhen. Sowohl im Strafvollzug als auch im Übergangsmangement und der Nachsorge stellt Alphabetisierung und Grundbildung einen zentralen Baustein im Mosaik der Rückfallprävention von (ehemaligen) Straftätern dar.

Am Stand werden neue Erkenntnisse aus der Strafgefangenen-Alphabetisierung präsentiert und die Standbesucher erhalten auch die Möglichkeit, ihre eigenen Schriftsprachfähigkeiten zu erproben. Unterrichtskonzepte und neue Lehrmaterialien werden präsentiert und es wird über verschiedene Best-Practice-Beispiele zur Ansprache und Motivation zukünftiger Teilnehmer informiert.

Kontakt:

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
Berliner Platz 8-10

48143 Münster

E-Mail: t.henning@alphabetisierung.de

Webseite: <http://www.alfa-mobil.de>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Auf dem Informationsstand der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) werden die Materialien der BZgA zur Suchtprävention präsentiert. Vorrangige Ziele der BZgA-Kampagnen zur Suchtprävention sind Vermeidung und/oder Hinauszögerung des Einstiegs in den Konsum legaler bzw. illegaler Suchtmittel, Früherkennung und -intervention bei riskantem Konsumverhalten, Verringerung von Missbrauch und Abhängigkeit. Eine besondere Zielgruppe stellen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dar. Themenschwerpunkte sind: Alkoholprävention, Tabakprävention, Prävention des Konsums illegaler Suchtmittel sowie Lebenskompetenzförderung, Prävention von Verhaltenssüchten – wie Glücksspielsucht und so genannte „Internetabhängigkeit“.

Die Kampagnen der BZgA in der Suchtprävention:

- „Kinder stark machen“ (Primärprävention / Lebenskompetenzförderung) www.kinderstarkmachen.de
- „Alkohol? Kenn dein Limit.“ (Alkoholprävention) www.null-alkohol-voll-power.de, www.kenn-dein-limit.info, www.kenn-dein-keimit.de
- „rauchfrei“ (Tabakprävention) www.rauch-frei.info, www.rauchfrei-info.de
- „drugcom“ (Prävention des illegalen Drogenkonsums) www.drugcom.de
- „Spielen mit Verantwortung (Glücksspielsuchtprävention) www.spielen-mit-verantwortung.de, www.check-dein-spiel.de
- „Ins Netz gehen“ (Prävention von pathologischer Computer- und Internetnutzung) www.ins-netz-gehen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Maarweg 149-161

50825 Köln

E-Mail: eileen.winand@bzga.de

Webseite: <http://www.bzga.de>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), „Trau dich!“

„Trau dich!“, die bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs ist Teil des „Aktionsplans 2011 der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“ und setzt die Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ und der Geschäftsstelle des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs um.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ist gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die Konzeption und Entwicklung der Initiative verantwortlich und führt sie in enger Kooperation mit den Bundesländern und den Fachstellen gegen sexualisierte Gewalt durch.

„Trau dich!“ richtet sich mit verschiedenen Bausteinen an 8–12jährige Mädchen und Jungen, Eltern und Lehrkräfte. Es geht um die Rechte der Kinder auf Schutz vor Gewalt und Missbrauch sowie das Recht auf Aufklärung und Hilfe. Ziel ist es, Kindern Strategien bei Grenzverletzungen zu vermitteln. Eltern werden sensibilisiert und Lehrkräfte fortgebildet. Auf regionaler Ebene werden Anlaufstellen bekannter gemacht und Netzwerkbildung unterstützt. Kernbaustein ist ein Theaterstück. Zudem gibt es Online Angebote und Begleitmaterialien für alle Zielgruppen (www.trau-dich.de).

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA),

„Trau dich!“

Maarweg 149-161

50825 Köln

E-Mail: info@bzga.de

Webseite: <http://www.trau-dich.de>

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.

Das Bundesministerium des Innern hat die Bundeszentrale für politische Bildung außerdem mit der Umsetzung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) betraut. Seit 2011 ist auch die Geschäftsstelle des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) Teil der bpb.

Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb und ihrer Partner soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen.

Die unterschiedlichen Bildungsangebote der bpb vermitteln Einblicke in die historischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge politischer, kultureller, sozialer sowie wirtschaftlicher Prozesse. Aktuelle und historische Themen werden mit Veranstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen und Online-Produkten aufgegriffen. Verschiedene Newsletter, wie zum Beispiel der „Infodienst Radikalisierungsprävention“, informieren themenspezifisch und aktuell. Ein breites Spektrum von Veranstaltungsformaten ergänzt das vielfältige Angebot.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
E-Mail: natascha.meyer@bpb.de
Webseite: <http://www.bpb.de>

Comic On! Theaterproduktion

Seit 1990 ist Comic On! als Tourneetheater im gesamten deutschsprachigen Raum für Kinder- und Jugendliche auf Tour. Wir bringen Theater dorthin, wo Kinder und Jugendliche sind.

Comic On! möchte den kleinen und großen Zuschauern mit seinen Theaterstücken ein bleibendes und bildendes Erlebnis bieten, ihnen soziale und solidarische Kompetenzen vermitteln.

In unserem langjährigen und erfahrenen Team wagen wir uns immer wieder an aktuelle, brisante Themen und setzen diese künstlerisch um.

In fast 30 Jahren Theatergeschichte konnte Comic On! mit 30 Produktionen mehr als 1,8 Mio. Zuschauer erreichen. Durchschnittlich spielen wir pro Aufführung für ca. 300 Kinder oder Jugendliche.

Zur Zeit setzen wir den Schwerpunkt unserer Arbeit auf Cyber-Mobbing und Sexting und können mit den Stücken *r@usgemobbt.de*, *R@USGEMOBBT 2.0* und *upDATE* die 4. bis 12. Klasse bespielen. Bestandteile unseres Angebots sind immer pädagogisches Begleitmaterial, das Theaterstück sowie eine Diskussion über das Gesehene mit den Schülerinnen und Schülern direkt im Anschluss.

Im Rahmen des Bühnenprogramms des DPT zeigen wir Ausschnitte aus *upDATE* (Thema Sexting und Cyber-Mobbing; am 11.6., 16.00 – 16.45 Uhr) und *R@USGEMOBBT 2.0* (Thema Cyber-Mobbing; 12.6., 13.30 – 14.15 Uhr).

Direkt im Anschluss beantworten wir Fragen und diskutieren über das Thema anhand der Rollen und Szenen.

Kontakt:

Comic On! Theaterproduktion

Florastr. 55-57

50733 Köln

Tel.: 0221-210272

E-Mail: comic-on@comic-on.de

Webseite: <http://www.comic-on.de>

Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. – Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen

Das NDC Sachsen wird das vielfältige Angebot verschiedener Projektstage, Fortbildungen und Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen im Präventivbereich gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an dem Infostand vorstellen.

Seit 20 Jahren bietet das NDC Sachsen insbesondere Unterstützungsangebote im schulischen Bereich an.

Dazu gehören: Projektstage für Schülerinnen und Schüler, Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und die Koordination des Projektes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Zudem werden Ansprechpartner_innen von dem Projekt „Open Saxony!“ vor Ort sein. Das Projekt hat zum Ziel durch Bildungsangebote sächsische Unternehmen in einer wertschätzenden und vorurteilsbewussten Unternehmenskultur zu stärken.

Kontakt:

Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.–
Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen
Könneritzstr. 7

01067 Dresden

Tel.: 0351/4810067

E-Mail: sachsen@netzwerk-courage.de

Webseite: <http://www.netzwerk-courage.de/sachsen>

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen.

DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband fördert die Kooperation zwischen Angehörigen der Strafrechtsberufe, der Sozialen Dienste der Justiz und der nichtstaatlichen Straffälligenhilfe. Er ist Initiator und Träger von Modellversuchen und Projekten zur Erprobung und Realisierung neuer Ideen in der sozialen Strafrechtspflege.

Folgende Projekte des DBH-Fachverbandes werden beim Infostand präsentiert werden:

- das DBH-Bildungswerk,
- das Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konflikt-schlichtung (TOA),
- das Projekt LOTSE (Ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug),
- und die Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE: Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik.

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064

50858 Köln

E-Mail: daniel.wolter@dbh-online.de

Webseite: <http://www.dbh-online.de>

Demokratielabore

Die Demokratielabore sind ein Modellprojekt der Open Knowledge Foundation Deutschland, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird.

Wir führen verschiedene innovative Workshop- und Aktionsformate mit Jugendlichen im Alter von 12 bis 21 Jahren rund um Digitalisierung, Technologien und Demokratie durch. Dazu arbeiten wir sowohl eng mit außerschulischen Jugendeinrichtungen als auch überregionalen Jugendverbänden und Initiativen zusammen – deutschlandweit.

Auf dem Deutschen Präventionstag können Interessierte an unserem Infostand Materialien und Ergebnisse unserer Workshops einsehen und ausprobieren, z.B. kleine, von Jugendlichen selbst entwickelte politische Spiele. Zudem bieten wir eine Auswahl unserer Workshops zu Themen wie Fake News, Trollen im Internet oder kreativer Meinungsäußerung im Miniformat zum selber Ausprobieren an.

Kontakt:

Open Knowledge Foundation e.V.

Singerstraße 109

10179 Berlin

E-Mail: info@demokratielabore.de

Webseite: <http://www.demokratielabore.de>

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie Leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ auf Länderebene in Baden-Württemberg.

Gefördert vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, zeigen sich die freien Träger der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO), die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAG MJA) und der Jugendstiftung Baden-Württemberg seit Beginn 2015 für den Aufbau des Demokratiezentrums verantwortlich. Die Landeskoordinierung liegt bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Unterstützung bei rechtsextremen Vorfällen bieten die Fachstellen des Beratungsnetzwerks „kompetent.vor Ort“. Die Beratung hat zum Ziel, Betroffene im Umgang mit Rechtsextremismus und mit menschenverachtenden Einstellungen zu unterstützen.

Die Fachstelle Extremismuskonstanzierung (FEX) entwickelt, bündelt und vermittelt Kompetenzen und Methoden, für die Arbeit mit extremismusaffinen Jugendlichen, an Fachkräfte der offenen und mobilen Jugendarbeit. Die Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem Extremismus (PREvent!on) hat das Ziel, ein Präventionsnetzwerk aus kommunalen Anlaufstellen in diesem Themenfeld aufzubauen, um kommunale Präventionsstrategien zu etablieren.

Kontakt:

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Schloßstraße 23

74370 Sersheim

Tel.: 01716234221

E-Mail: ostwaldt@jugendstiftung.de

Webseite: <http://www.demokratiezentrum-bw.de>

Demokratie-Zentrum Sachsen

Das Demokratie-Zentrum Sachsen (DZ SN) ist ein Kooperationsverbund staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bestrebungen im Freistaat Sachsen engagieren. Das DZ SN setzt sich dabei aus unterschiedlichen Akteuren zusammen, welche sich an diesem Stand gemeinsam präsentieren:

- Landeskoordinierungsstelle des DZ SN,
- Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA),
- Beratungsnetzwerk Sachsen inkl. der Träger der Mobilien Beratung, der Opferberatung sowie der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung,
- in der LAG Vielfalt zusammengeschlossene Partnerschaften für Demokratie und Modellprojekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“,
- sächsische Projekte im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie
- Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“.

Das DZ SN unterstützt im Bereich der Prävention sowie der Intervention im Kampf gegen:

- Rechtsextremismus,
- gewaltorientiertem Islamismus, Salafismus und Jihadismus,
- linke Militanz sowie
- gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten, wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit etc.

Auf die Angebote des DZ SN können alle Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Verbände, Religionsgemeinschaften sowie weitere Ratsuchende im Freistaat kostenfrei zurückgreifen.

Kontakt:

Demokratie-Zentrum Sachsen

Albertstraße 10

01097 Dresden

E-Mail: erik.alm@sms.sachsen.de

Webseite: <http://www.demokratiezentrum.sachsen.de>

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt / Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking – LIKO

Im Jahr 2008 gründete sich das landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt. Es ist ein Zusammenschluss von Vertreter*innen der unterschiedlichen Landesarbeitsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt, die aktiv gegen Gewalt im sozialen Nahraum tätig sind.

Das Netzwerk setzt sich zusammen aus Vertreter*innen:

- der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren,
- der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser,
- der Interventionsstellen für Opfer häuslicher Gewalt und Stalking,
- der Beratungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt,
- der Beratungsstelle Pro Mann für Jungen und Männer,
- der Vera – Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung,
- dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.,
- der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Das landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt in Sachsen-Anhalt reflektiert die fachliche Arbeit der Fachstellen und Fachberatungsstellen, initiiert Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit zum Gewalt- und Opferschutz.

Es wird von der Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking koordiniert.

Kontakt:

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt

Wiener Straße 2

39112 Magdeburg

Tel.: 0391 6293523

Fax.: 0391 6293596523

E-Mail: liko@paritaet-lsa.de

Webseite: <http://www.liko-sachsen-anhalt.de>

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Radikalisierung und gewaltsamer Extremismus stellen Gesellschaften vor große Herausforderungen: Extremistische Gruppierungen instrumentalisieren oftmals Entwicklungsprobleme wie Ungleichheit, Armut und schlechte Regierungsführung zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen. Ihre Gewaltakte verschärfen bestehende Konflikte, erhöhen die Fragilität betroffener Staaten, verstärken gesellschaftliche Polarisierungstendenzen und destabilisieren somit gesellschaftliche und staatliche Strukturen.

Insbesondere im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas und Zentralasiens haben Terrorismus und extremistische Gewalt in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Viele betroffene Gesellschaften stehen vor der realen Gefahr, dass gewalttätiger Extremismus einen großen Teil des in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Entwicklungsfortschritts zunichtemacht. Maßnahmen zur frühzeitigen Prävention von extremistischer Gewalt rücken deshalb zunehmend in den Fokus der internationalen Zusammenarbeit. So setzt die GIZ in verschiedenen Sektoren und für verschiedene Auftraggeber erste Maßnahmen der Prävention von gewaltsamem Extremismus um.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn

Tel.: 0151-26663856

E-Mail: andreas.auer@giz.de

Webseite: <http://www.giz.de>

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Sport ist die Freizeitbeschäftigung in unserem Land. Spiel, Spaß und Freude, Erfolg und Misserfolg, Sieg und Niederlage, Vorbilder, Werte, Disziplin und Regeln werden hier täglich gelebt und transportiert. Sport hat einen herausragenden Stellenwert in unserer Gesellschaft. Fast ein Viertel der Deutschen Bevölkerung, d.h. über 27 Millionen Menschen, davon rund 10 Mio. Kinder, Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahren sind in über 90.000 Sportvereinen organisiert.

Wo so viele Menschen zusammenkommen, sind leider auch die Schattenseiten unserer Gesellschaft zu finden. Themenfelder wie Diskriminierung, Fremdenhass, sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen, Rechtsextremismus, Homophobie und Mobbing erfordern Zivilcourage des Einzelnen wie auch von den Sportorganisationen selbst.

Hierzu bietet die Deutsche Sportjugend als Dachverband des Kinder- und Jugendsports in Deutschland, stellvertretend für und in Kooperation mit ihren 79 Mitgliedsorganisationen, präventive Konzepte, Schulungen und Arbeitshilfen für die verschiedenen Zielgruppen aus den Sportstrukturen, wie Trainer/innen, Übungsleiter/-innen und Jugendleiter/-innen sowie u.a. Pädagogen/-innen aus dem Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe, an.

Am dsj-Infostand finden Sie eine große Auswahl an Fachpublikationen zu den vorgenannten Themenblöcken, die Sie für Ihre präventive Arbeit vor Ort einsetzen können.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend (dsj)
im Deutschen Olympischen Sportbund e.V.
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main
E-Mail: becker@dsj.de
Webseite: <http://www.dsj.de>

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und fungiert als unabhängiges Beratungsorgan für kriminalpolitische und praxisnahe Fragestellungen. Der Verband hat rund 1.500 Mitglieder aus allen Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren beteiligt sind oder sich wissenschaftlich mit Jugenddelinquenz und Jugendkriminalrechtspflege befassen. Die größten Berufsgruppen – Jugendhilfe im Strafverfahren, Justiz und Anwaltschaft, Ambulante Angebote, Polizei – sind in Bundesarbeitsgemeinschaften organisiert.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch. Alle drei Jahre richtet der Verband den Deutschen Jugendgerichtstag aus, die zentrale Tagung für alle mit Jugendkriminalrecht befassten Berufsgruppen.

Die DVJJ gibt die vierteljährlich erscheinende „Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe“, die einzige interdisziplinäre Fachzeitschrift zum Jugendstrafrecht und zur Arbeit mit straffällig gewordenen jungen Menschen heraus. In der Reihe „Arbeitshilfen für die Praxis“ und in der Schriftenreihe der DVJJ erscheinen Monografien und Sammelbände zu wichtigen Fragen der Jugenddelinquenz.

Kontakt:

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Lützerodestr. 9

30161 Hannover

E-Mail: info@dvjj.de

Webseite: <http://www.dvjj.de>

Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.

Die Beratungsstelle ProMann ist seit 1999 im Bereich der Gewaltprävention aktiv. Sie ist federführend in der Beratungsarbeit mit Jungen und Männern in Sachsen-Anhalt, insbesondere in der Täterarbeit, mit Männern mit Gewaltproblemen.

Das Verständnis und die Philosophie für die Arbeit der Beratungsstelle ist ein gewaltfreier, partnerschaftlich- und identitätsorientierter Ansatz auf Grundlage unseres selbstentwickelten Konzeptes.

Die unterschiedlichen Angebote der Beratungsstelle (Beratung, Täterarbeit, Weiterbildungen, Seminare, Vernetzungen und Projekte der Jungenarbeit) haben das Ziel, Jugendliche und Männer dabei zu ermutigen, sich mit ihren Unsicherheiten, Konflikten und Krisen auseinanderzusetzen. Schwerpunkte dabei sind die Einzelberatung von Gewalttätern auf Grundlage der Systemischen Theorie und die präventive Arbeit auf Grundlage der konfrontativen Pädagogik.

Kontakt:

Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.
Johannes-R.-Becher-Straße 49
39128 Magdeburg
Tel.: 03917217441
E-Mail: m.lindner@dfv-lsa.de
Webseite: <http://www.dfv-lsa.de>

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.

Gewaltprävention ist ein Schwerpunkt im Präventionskonzept des Deutschen Ju-Jutsu Verbandes e.V.. Es handelt sich dabei um Initiativen und Maßnahmen (Deeskalation und Intervention) gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden und den richtigen Umgang mit Konflikten zu vermitteln. Ziel ist in erster Linie die gewaltfreie Konfliktlösung.

Um dieses Ziel zu erreichen haben wir unser Konzept „Nicht-mit-mir! – Schütz Dich vor Gewalt!“ konzipiert. Dieses bewährte, praxiserprobte und durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz der Bundesregierung preisgekrönte System setzen wir erfolgreich innerhalb und außerhalb unseres Verbandes ein.

Die Entwicklung sowie die Aus- und Fortbildungen werden über die Deutsche Sportjugend vom Bundesministerium für Senioren, Frauen und Jugend unterstützt.

Kontakt:

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.
Badstubenvorstadt 12/13
06712 Zeitz
Tel.: 07256/9238878
E-Mail: jugend@djjv.de
Webseite: www.djjv.de

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Der djb betreibt aktiv die wissenschaftliche und gesetzgebende Arbeit zur Gleichstellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dazu gehört auch die Begleitung der Umsetzung von Reformschritten zum Schutz weiblicher Opfer von Straftaten. Die Strafrechtskommission des djb befasst sich u.a. mit folgenden Themen:

- Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt
- Schutz der Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung
- Schutz der Opfer von Menschenhandel
- Schutz der Opfer von Gewalt im digitalen Lebensraum
- Schutz von älteren Menschen als Opfer von Gewalt und Vermögensstraftaten

Über diese Arbeit werden die Mitglieder der Kommission vor Ort informieren.

Für die Strafrechtskommission wie auch für die ebenfalls mit diesen Themen befassten weiteren Kommissionen des djb ist der Kontakt zu und Austausch mit den Mitausstellerinnen und Mitausstellern sowie Besucherinnen und Besuchern des Präventionstags von unschätzbarem Wert.

Kontakt:

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)
Anklamer Straße 38
D-10115 Berlin
E-Mail: geschaeftsstelle@djb.de
Webseite: <http://www.djb.de>

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.

Das Referat für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbands e. V. (DVV) fördert mit Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) Maßnahmen im Bereich Politischer Jugendbildung an den insgesamt fast 1.000 Volkshochschulen mit 3.000 Außenstellen.

Die Projekte werden in enger Kooperation mit anderen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulen durchgeführt. Sie richten sich an Kinder und Jugendliche bis einschließlich 26 Jahre. Aufgrund der weiten Verbreitung der Volkshochschulen werden insbesondere auch junge Leute aus bildungsfernen, teils prekären Milieus gewonnen.

In den Projekten werden den Teilnehmern im Sinne der Primärprävention gesellschaftspolitische Zusammenhänge und Risiken vermittelt sowie Partizipationsmöglichkeiten aufgezeigt. Dadurch wird das Demokratieverständnis junger Menschen nachhaltig gestärkt und einem Abrutschen in deviante, radikale Verhaltensweisen vorgebeugt. Ebenso tragen Fortbildungen von Fachkräften der Jugendhilfe dazu bei, die Professionalität in der Jugendarbeit zu stärken. Überdies setzt das Referat eigene Präventionsprojekte (z. B. zu Rechtspopulismus, gesellschaftliche Teilhabe) mit modellhaftem Charakter um, die die Arbeit der Jugendhilfe anregen sollen.

Der Präventionstag soll genutzt werden, um die Vernetzung mit weiteren Institutionen der Präventionsarbeit zu stärken und neue Kooperationen zu schaffen.

Kontakt:

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.
Obere Wilhelmstr. 32
53225 Bonn
Tel.: 0228-975690
E-Mail: winands@dvv-vhs.de
Webseite: www.politischejugendbildung.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention wurde 2001 als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Mit seinem gesamtgesellschaftlichen Ansatz will das DFK Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik sein. Es sieht seine Aufgabe darin, die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure und den Wissenstransfer von Forschung in die Praxis fördern.

Kernthemen der Stiftungsarbeit sind neben der Entwicklungsförderung und Gewaltprävention junger Menschen derzeit verstärkt auch die Prävention von Wohnungseinbruch und die Förderung von Maßnahmen zum Schutz und zur Integration geflüchteter Menschen.

In der organisatorisch beim DFK angebundene Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ wird Forschungswissen zu evidenzbasierter Präventionsarbeit praxistauglich aufbereitet.

Für die vielfältigen Handlungsfelder und -ebenen in der Präventionsarbeit stellt das DFK Informationsangebote auf der Website www.kriminalpraevention.de und mit der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ zur Verfügung. Das Webportal www.wegweiser-praevention.de weist den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxis tauglichkeit hin überprüft sind und daher von renommierten Wissenschaftlern empfohlen werden. Über die Arbeit des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention informiert die Homepage www.nzkrim.de.

Kontakt:

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o BMI Bonn, Graurheindorfer Str. 198
53117 Bonn
Tel.: 0228/99681-3275
Fax.: 0228/99681-53190
E-Mail: dfk@bmi.bund.de
Webseite: www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. gehört zu den großen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten Europas und erforscht die Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen und Familien in aktuellen gesellschaftspolitischen Kontexten.

Seit über fünfzig Jahren berät das Institut die Politik, indem es gesellschaftliche Trends empirisch analysiert und Prognosen für die Zukunft stellt.

Woran das Deutsche Jugendinstitut forscht

Mit seinen profunden sozialwissenschaftlichen Expertisen setzt das Institut entscheidende Akzente in der Wissenschaft und liefert der Fachpraxis wichtige Impulse. So unterstützt das DJI die Bundesregierung bei den Nationalen Bildungsberichten.

Auch an den Kinder- und Jugendberichten wirkt das DJI federführend mit. Neben der Beratung von Politik und Praxis der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe evaluiert und begleitet das DJI Modellprojekte

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Nockherstr. 2

81541 München

E-Mail: dschaefer@dji.de

Webseite: <http://www.dji.de>

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) ist für die Akteure der kommunalen Sicherheits- und Präventionsarbeit eine lebendige Plattform für den praxisrelevanten Austausch und eine unbürokratische Zusammenarbeit. Aktuell sind 15 deutsche Kommunen, Kreise und Organisationen unter dem Dach von DEFUS organisiert. Das Städtenetzwerk öffnet seinen Mitgliedern die Tür nach Europa, bündelt Interessen und erleichtert den Zugang zu Fördermitteln für Präventionsprojekte und Maßnahmen vor Ort. Neben regelmäßigen Mitgliederversammlungen organisiert DEFUS für seine Mitglieder Fachveranstaltungen zu aktuellen Fragestellungen und bietet maßgeschneiderte Beratung und Unterstützung an.

Ziel von DEFUS ist es, die Anliegen und Themen der kommunalen Kriminalprävention gemeinsam voranzutreiben und zu vertreten. DEFUS fungiert als Schnittstelle zwischen Praxis und Wissenschaft und bringt praktisches Knowhow aus der kommunalen Kriminalprävention und Forschung so zusammen, dass beide Seiten davon profitieren.

DEFUS ist der deutsche Zweig des Europäischen Netzwerkes Urbane Sicherheit (Efus) mit Sitz in Paris. Bei Efus sind 255 Städte und Gemeinden aus 16 europäischen Ländern Mitglied. Ziel von Efus ist es, einen europäischen Austausch der kommunalen Sicherheitsakteure zu fördern und die kommunale Kriminalprävention in Europa zu stärken.

Kontakt:

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V.
(DEFUS)
Siebstraße 4
30171 Hannover
E-Mail: defus@defus.de
Webseite: <http://www.defus.de>

Drudel 11 e.V.

Drudel 11 e.V. ist ein anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Unsere Arbeit ist davon geprägt, jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen und sie in ihrer Entwicklung zu begleiten.

Zu unseren Angeboten zählen neben der offenen Kinder- und Jugendarbeit auch pädagogische Maßnahmen im Bereich Radikalisierungsprävention. Durch Bildung, Beratung und Training begleiten wir junge Menschen auf ihrem Weg in ein Leben ohne Hass und Gewalt. Ein Kernmerkmal unserer Angebote ist die Verknüpfung von Elementen der Anti-Gewalt-Arbeit und der vorurteilsreduzierenden Bildungsarbeit.

Unsere Arbeit findet sowohl in ambulanten als auch in stationären Settings statt. Für die Zusammenarbeit mit Institutionen des Jugendarrests und Strafvollzugs haben wir spezifisch zugeschnittene Angebote.

Unser Infostand auf dem Deutschen Präventionstag bietet Ihnen:

- Informationen über unsere Angebote und Projekte
- Materialien zu unseren Arbeitsansätzen
- Einblicke in unser virtuelles Training zum Abbau von Hass und Gewalt

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Camurger Str. 65

07743 Jena

Tel.: 03641 / 35 78 05

Fax.: 03641 / 35 78 06

E-Mail: info@drudel11.de

Webseite: <http://www.drudel11.de>

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (Efus) ist ein Zusammenschluss von etwa 250 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die älteste internationale Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention beschäftigt und für seine Expertise bei der EU, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt ist.

Efus hat Mitglieder aus 16 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Experten Erfahrungen und Fachwissen austauschen. Durch europäische Kooperationsprojekte bringen sie gemeinsam die Arbeit in verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voran. Sie treten für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Prävention, Repression und sozialem Zusammenhalt ein.

Efus arbeitet im gesamten Themenspektrum der urbanen Sicherheit. Es bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk ein, informiert zu aktuellen Entwicklungen, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, fördert die Optimierung ihrer Politiken, bietet Seminare und Arbeitsgruppen an, und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln.

Der Deutsche Präventionstag (DPT) ist Mitglied von EFUS sowie des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (DEFUS), das seinen Mitgliedern eine weitere, bundesweite Arbeitsebene bietet.

Kontakt:

European Forum for Urban Security (EFUS)

10 rue des montiboeufs

75020 Paris

Tel.: +33 1 40644900

Fax.: +33 1 40644910

E-Mail: konradi@efus.eu

Webseite: <http://www.efus.eu>

Fachkräfteportal pufii.de (Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen)

Wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Integration sind, neben dem koordinierten Vorgehen unter Einbeziehung aller Akteure und Akteurinnen und dem frühzeitigen Ansetzen von Integrationsstrategien, die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Arbeitsweisen. Um den Integrationsprozess präventiv und dauerhaft zu unterstützen, schufen der Landespräventionsrat Niedersachsen, der Deutsche Präventionstag und das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit das Fachkräfte- und Informationsportal pufii.de.

Seit März 2016 bietet die bundesweite Plattform einen umfangreichen Überblick rund um die Themen Integration und Prävention. In der digitalen Datenbank finden die Akteure und Akteurinnen der Flüchtlingshilfe sowie alle Interessierten auf schnelle und effiziente Weise die für sie relevanten Informationen. Mit Hilfe des Portals werden Konzepte, Strategien ebenso wie das Engagement der einzelnen Fachkräfte bundesweit sichtbar und zugänglich. Die Kommunikationsplattform unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit und stärkt die Vernetzung. Daneben informiert pufii.de täglich über aktuelle Neuigkeiten, Aktivitäten und Entwicklungen.

Die Bündelung der themenspezifischen Informationen und die Möglichkeit zum interdisziplinären Austausch auf nur einer zentralen Plattform führen nicht nur zu einer ressourcenschonenden Arbeitserleichterung, sondern fördern gleichzeitig die effektive Zusammenarbeit.

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag gGmbH
Siebstraße 4
30171 Hannover
E-Mail: info@pufii.de
Webseite: www.pufii.de

Fanprojekte in Sachsen

Die Fanarbeit in Deutschland fußt auf zwei Säulen: den Fanbeauftragten der Vereine und den vereinsunabhängigen Fanprojekten. Seit den 1980er Jahren wurden an vielen Standorten vereinsunabhängige Fanprojekte gegründet, die im Fußballumfeld sozialpädagogische Jugendarbeit leisten. Hauptaufgabengebiete der Fanprojekte sind die Förderung einer positiven Fankultur, Gewaltprävention und Demokratiestärkung, Hilfestellung für meist jugendliche Fans in Problemlagen aber auch die Kommunikation zwischen den am Fußball beteiligten Parteien (u.a. Fans, Vereine, Polizei und Ordnungsdienste). Finanziert werden die Fanprojekte je zur Hälfte aus öffentlichen Geldern der Bundesländer und örtlichen Kommunen und zur anderen Hälfte vom „Fußball“ (DFL/DFB).

Die Fanprojekte sind in der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte“ (BAG) organisiert. Diese ist wiederum unterteilt in vier Regionalverbände (Nord, Ost, Süd und West).

Die Arbeit der inzwischen 58 Fanprojekte, die mit 65 Fanszenen arbeiten, regelt das „Nationale Konzept Sport und Sicherheit“ (NKSS) sowie das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII). Koordiniert und begleitet werden die Fanprojekte ligaübergreifend von der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS). Seit 2010 vergibt die Arbeitsgruppe Qualitätssicherung, die hierzu vom KOS-Beirat eingerichtet worden ist, unter Geschäftsführung der KOS das Qualitätssiegel „Fanprojekt nach dem NKSS“.

Kontakt:

Fanprojekt Zwickau e.V.

Paul-Fleming-Straße 13

08066 Zwickau

Tel.: 0375-3909995

Fax.: 0375-3909996

E-Mail: frank.biel@fanprojekt-zwickau.de

Webseite: <http://www.fanprojekt-zwickau.de>

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen stellen Bereiche dar, denen im Zusammenhang mit Gewalt und Radikalisierung besondere Aufmerksamkeit zukommen muss, z.B. bei rechtsextremer Gewalt gegen Unterkünfte, Radikalisierung von Angehörigen der 2./3. Migrantengeneration.

Integration ist eine Aufgabe für kommunale Gesellschaften. Kriterien für gelungene Integration sind funktionierende Kommunikationsstrukturen, existierende Mechanismen der Konfliktbearbeitung, ein weitgehend gewaltfreier Umgang miteinander und die Attraktivität bestehender Beteiligungsangebote. Sie wirkt daher hemmend auf Radikalisierungstendenzen und erkennt in lokalen Konflikten den Ruf nach Wegen, die Bedürfnisse betroffener Bürger/innen zu berücksichtigen.

Die Kommunale Konfliktberatung (KKB) bietet einen Ansatz dafür. Zentrales Element ist eine Systemische Situations- und Konfliktanalyse, die lokalspezifische Aussagen zu Dynamiken und Zusammenhängen ermöglicht. So werden Handlungsoptionen an die lokalen Bedingungen angepasst. Der systemische Beratungsansatz erlaubt kommunalen Entscheidungsträger/innen, den Blick zu erweitern, alle an der Integration beteiligten Akteure einzubinden und ortsspezifische Konflikte und Spannungen zu bearbeiten.

Das Forum Ziviler Friedensdienst führt ein EU-finanziertes Programm zu KKB in Kooperation mit dem Land Niedersachsen, der Dualen Hochschule in BW und Kommunen durch.

Kontakt:

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln
Tel.: 0221-91273268
E-Mail: berndt@forumzfd.de
Webseite: <http://www.forumZFD.de>

Freestyle gGmbH

Freestyle gGmbH – Your Place – Your Game, Kassel

Freestyle ist ...

...ein Raum der Entfaltung, wo sich junge Menschen aus schwierigen sozialen Verhältnissen mittels sport-, bewegungs- und erlebnispädagogischen Angeboten darstellen und ausprobieren können.

Jedes Jahr schaffen wir es bei Freestyle, eine nicht geringe Anzahl junger Menschen, die sozial auffällig oder strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, die gefährdet oder auch gefährlich sind, wieder auf den sogenannten „geraden Weg“ zu bekommen. Wöchentlich besuchen unsere Angebote bis zu 400 Kinder und Jugendliche aus 25 Nationen.

Was wollen wir?

Kinder von der Straße holen und ihnen eine Zukunft ermöglichen. Freestyle versucht, ohne Leistungsdruck verborgene Talente zu erkennen, soziale Kompetenzen zu fördern und TeilnehmerInnen konkrete Unterstützung bzw. Beratungsangebote bei Alltagsproblemen, besonders auch in Übergängen, anzubieten sowie zu ihrer Qualifizierung beizutragen.

Was macht Freestyle so besonders?

Partizipation & Selbstverwaltung:

Die Freestyle-Teilnehmer übernehmen alle Tätigkeiten selbst: Alles wird von ihnen selbst organisiert und umgesetzt. Ob es um die Planung und Umsetzung eines Projektes geht, die Aufsicht während der Angebote, Verwaltungsaufgaben, PR-Aufgaben, die Hallen- und Toilettenreinigung, und, und, und. Wie in einer kleinen Firma hat jeder Teilnehmer seinen eigenen Verantwortungsbereich.

Kontakt:

Freestyle gGmbH

Franzgraben 58 / Ecke Ostring

34125 Kassel

Tel.: 0561-95379736

Fax.: 03222-4070174

E-Mail: karsten.onderka@freestylekassel.de

Webseite: <http://www.freestylekassel.de>

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Seit 1990 haben wir uns auf Hilfen für sozial benachteiligte, straffällige, inhaftierte und haftentlassene Menschen, ihre Familienangehörigen und ihr soziales Umfeld spezialisiert.

Wir beraten und helfen bei bevorstehender Inhaftierung, beraten und betreuen auch im Laufe der Haft, unterstützen bei der Tilgung von Geldstrafen und vermitteln in freie Arbeit. Außerdem unterstützen wir beim Erhalt oder Aufbau von Familienbeziehungen und sozialen Kontakten, insbesondere in Zusammenhang mit einer Inhaftierung.

Bei bevorstehender Entlassung bereiten wir den Übergang nach „draußen“ intensiv vor. Um die Voraussetzungen für ein eigenständiges und straffreies Leben zu schaffen, klären wir Fragen des Wohnens, der Arbeit, des Lebensunterhalts, sowie finanzieller Probleme schon aus der Haft heraus und vermitteln beim Aufbau weiterführender Unterstützungsmöglichkeiten und Kontakte.

Der Bereich „Ambulante Wohnhilfe“ betreut Haftentlassene und Wohnungslose in Trägerwohnungen im Rahmen des § 67 SGB XII.

Ehrenamtliche Vollzugshelfer werden durch uns auf ihre Tätigkeit mit Inhaftierten vorbereitet und intensiv begleitet.

Zusätzlich bieten wir Gruppenangebote zu den Themen „Umgang mit Gewalt“, „Sozialkompetenz“ und „Kompetenztraining für inhaftierte Väter und Mütter“ an.

Das Übergangsmangement in der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg wird durch unser Projekt „Spurwechsel“ durchgeführt.

Kontakt:

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Brunnenstraße 28

10119 Berlin

Tel.: 030-44362440

Fax.: 030-44362453

E-Mail: kontakt@freiehilfe.de

Webseite: <http://www.freiehilfe.de>

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten / Theologische Hochschule Friedensau

Die Freikirche der STA, Abteilung Frauen, tritt mit der Entwicklungshilfeorganisation ADRA Deutschland e.V. weltweit gegen jegliche Form von Gewalt ein. Auch die Theologische Hochschule Friedensau fühlt sich, in den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie, den Themen Prävention und Intervention, bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Erscheinungsformen von Gewalt, verpflichtet.

Unterstützte und geförderte Projekte:

- ENDITNOW – Bricht das Schweigen über Missbrauch
- Hilfe und Beratung für Missbrauchsopfer (Fachbeirat)
- Stärkung des Selbstwertes, um nicht in die Missbrauchsfalle zu geraten
- Gegen Genitalverstümmelung bei Frauen (auch in Deutschland) und Rückbildungs-OP (Desert-Flower-Center, Klinik Waldfriede Berlin)
- Unterstützung von Rescue-Centern in Kenia, zum Schutz minderjähriger Mädchen vor Zwangsheirat und Genitalverstümmelung

Jeder Einzelne ist aufgerufen, die Würde und den Wert jedes Menschen zu achten und alle Arten von Gewalt zu verurteilen, das Schweigen zu brechen, nach Lösungswegen zu suchen und sich für die Beendigung von körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt einzusetzen. Hierfür wurde u.a. auch ein Fachbeirat installiert, der sich mit sexueller Gewalt innerhalb der Kirche auseinandersetzt.

Infos unter www.enditnow.de und www.sexueller-gewalt-begegnen.de

Kontakt:

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Senefelderstr. 15

73760 Ostfildern

E-Mail: gabi.waldschmidt@adventisten.de

Webseite: <http://www.sta-frauen.de>

Friedenskreis Halle e.V.

Der Friedenskreis Halle e.V. wurde 1991 aus verschiedenen Bürgerinitiativen gegründet. Das Ziel der Beteiligten war die Überwindung von Gewalt und das Engagement für eine Welt ohne Kriege und Militär.

Unsere Arbeit heute findet im Rahmen von 3 verschiedenen Bereichen statt:

- Friedenspolitik: Kampagnen, Ausstellungen, Vorträge
- Friedensbildung: Workshops und Seminare für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Friedensdienste: Internationale Freiwilligendienste

Beim diesjährigen DPT werden wir vor allem 3 Projekte vorstellen:

1. „Mobbing und Gewalt überwinden“: Projekt zur langfristigen Beratung und Begleitung von Akteur*innen im System Schule, z.B. im Rahmen von Projekttagen und Beratungsgesprächen (bisher Stadt Halle); Themen sind u.a. Konfliktkommunikation, Konfliktbearbeitung, Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, etc.
2. „Kannste mal schnell übersetzen – hier gibt's schon wieder Stress!?“: Modellprojekt, bei dem besonders das Empowerment von mehrsprachigen Jugendlichen im Kontext Schule im Mittelpunkt steht. Im Rahmen von Projekttagen setzen sich die Jugendlichen zudem mit Bausteinen von Sprachmittlung und Konfliktbearbeitung auseinander.
3. „Gewaltfrei streiten! Konfliktkompetenz individuell, gesellschaftlich und kulturell stärken“: Im Modellprojekt werden Ansätze konstruktiver Konfliktbearbeitung genutzt, um in 2 konkreten Stadtteilen Dialoge zu ermöglichen.

Kontakt:

Friedenskreis Halle e.V.

Große Klausstr. 11

06108 Halle

E-Mail: agnes.sander@friedenskreis-halle.de

Webseite: <http://www.friedenskreis-halle.de>

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Das Zentrum ist ein interdisziplinärer Forschungsverbund, der sich mit den Schwerpunktthemen Rechtsextremismus, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration beschäftigt. Im Rahmen des Zentrums werden wissenschaftliche Analysen angefertigt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Kontakt:

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Humboldtstr. 11

07743 Jena

Tel.: 03641-930958

E-Mail: Franziska.Schmidtke@uni-jena.deWebseite: <http://www.komrex.uni-jena.de>

gegen-missbrauch e.V.

gegen-missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen – missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e.V.

Oberstraße 23

37075 Göttingen

Tel.: 0551/50065699

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Die Gesellschaft Bürger & Polizei e.V. ist Träger des Präventionsprojektes „Netzwerk Brückenbau“. Der Verein wirkt in den Landkreisen Bautzen und Görlitz.

Auf dem DPT stellen wir die Teilprojekte „Gesicht zeigen“ sowie „Zivilcourage – Handeln braucht Mut“ vor. Unsere Zielgruppe der Präventionsmaßnahmen sind Schüler_innen der Klassen 3 bis 6.

Im Grundschulbereich sprechen wir die Themen Fremdenfeindlichkeit, Demokratie und Toleranz an und beziehen dabei aktuelle Entwicklungen mit ein. Ziel ist das Zurückdrängen von fremdenfeindlichen Einstellungen bei der Zielgruppe. Der Schwerpunkt in den weiterführenden Schulen liegt auf der Sensibilisierung der Zielgruppe für die Themen Gewalt und Zivilcourage. Modul 1 „Wir sind KLASSE – sind WIR?“ betrachtet das Thema „Zivilcourage“ im Schul- bzw. Klassenkontext. Es werden Wege aufgezeigt, wie das soziale Klima in der Klasse verbessert und positiv gestärkt werden kann. In Modul 2 „Zivilcourage im Alltag (er)leben“ sollen die Teilnehmer_innen mit Hilfe von Beispielen aus dem Alltag erkennen, dass Zivilcourage eine soziale Komponente ist, die jeder in sich trägt und bewusst einsetzen kann.

Auf dem DPT möchten wir mit Interessierten und anderen Vereinen / Institutionen ins Gespräch kommen und Informationen zu den angesprochenen Themen sammeln und austauschen und so Anregungen für unsere Arbeit mit der Zielgruppe erhalten.

Kontakt:

Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Wilhelm-Ostwald-Str. 19

02625 Bautzen

Tel.: 03591-599228

E-Mail: brueckenbau@arcor.de

Webseite: <http://www.bautzenerbup.de>

Gewalt Akademie Villigst

In der Gewalt Akademie Villigst geht es darum, Methodenrepertoires, Thematisierungswege und konstruktive Konfliktlösungen zu entwickeln, zu erproben und zu realisieren, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene selber herausfinden können, was gut oder schlecht für sie ist, und damit sie auf Gewalt und Rassismus als scheinbare Lösungsmittel nicht zurückgreifen müssen.

Die Mitglieder der Gewalt Akademie Villigst entwickeln Konzeptionen auf der Basis der Erfahrungen in der täglichen Konfliktbearbeitungs- und Deeskalationsarbeit. Die Gewalt Akademie Villigst übernimmt hierbei Mitverantwortung für die Qualitätsentwicklung und -sicherung der Arbeit von Villigster Deeskalationstrainer/innen.

Ihr Ziel ist es, im Respekt vor dem Gewaltmonopol des Staates Wege der aktiven Gewaltlosigkeit zu entwickeln, zu beschreiten und zu verstetigen, auf jede Rechtfertigung von Gewalt und Rassismus zu verzichten und den Transfer in die Alltagswelt zu realisieren. Die Mitglieder der Gewalt Akademie Villigst haben sich dazu verpflichtet, aktive Gewaltlosigkeit als handlungsleitendes Prinzip in ihrem eigenen Alltag und in ihrer beruflichen Praxis andauernd zu reflektieren und zu praktizieren.

Angebot

Die Gewalt Akademie Villigst bietet

- berufsbegleitend die Ausbildung zu Gewaltdeeskalationstrainern,
- Seminare, Workshops und Fachtagungen zur Gewaltprävention und -deeskalation.

Kontakt:

Gewalt Akademie Villigst

Iserlohner Straße 25

58239 Schwerte

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@gewaltakademie.de

Webseite: <http://www.gewaltakademie.de>

GewaltpräventionsZentrum

Die Neurobiologie des aggressiven Verhaltens – pädagogischer und intervenierender Umgang mit Interessenverschiedenheiten, Konflikten, hochemotionalen Situationen und Aggressionen im Schulkontext.

Der VAP e.V. ist für die Unfallkasse, die SBA und das SBI täglich mit mehreren präventiven und korrektiven Verhaltenstraining an sächsischen Schulen unterwegs. Entsprechende Weiterbildungen, pädagogische Tage und Vorträge vermitteln praxisnahes Wissen und Können.

In einer von Diversität, Individualität und Spezialisierung geprägten Gesellschaft entstehen für das Schulsystem zusätzliche Herausforderungen des Verhaltenslernens (nicht Erziehung). Dieses Verhalten ist ebenso erlernt, wie das Einmaleins. In den hauptsächlichen Lernsituationen in der Peergroup passieren dabei Fehler, die zunächst akzeptiert aber auch pädagogisch korrigiert werden müssen.

Der Infostand beschäftigt sich mit den zukünftigen Anforderungen an das Schulsystems hinsichtlich eines gelungenen Verhaltenslernens. Dargestellt werden typische Methoden aus den schulischen Verhaltenstrainings.

Kontakt:

GewaltpräventionsZentrum (VAP e.V.)

Wettinerstr. 38

08280 Aue

Tel.: 03771 721288 oder 01522 1520979

E-Mail: tb@aktiv-gegen-gewalt.de

Webseite: <http://www.gewaltpraeventionszentrum.de>
www.gemeinsamklasse.de

Gewaltstopper e.V.

Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert rund 185.000 Polizeibeschäftigte – Beamte und Tarifbeschäftigte – und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich. Zu den vielfältigen Berufssparten in der Polizei, die von ihr vertreten werden, gehören die Polizisten und Polizistinnen der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei, des Bundes und die Vollzugsbeamten des Zolls, die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeidienststellen, den Fotolabors, den Kriminaltechnischen Instituten, als Fremdsprachenkorrespondenten aber auch als Kraftfahrzeugmechaniker, in den Waffenwerkstätten, den Bekleidungskammern in den Küchen u.v.m. Das große Ansehen der GdP in der Gesellschaft resultiert u. a. aus ihrer Fähigkeit, sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller als andere prognostizieren zu können.

Sie ist Ansprechpartnerin der unterschiedlichsten polizeilichen und politischen Gruppen, so dass sie auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, die Bedrohung durch terroristische Aktivitäten oder die Steigerung der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden kann. Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des DFK.

Kontakt:

Gewerkschaft der Polizei
Stromstr. 4
10555 Berlin
E-Mail: tanja.richter@gdp.de
Webseite: <http://www.gdp.de>

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Ziel ist die Schaffung von fairen Chancen des Heranwachsenden für junge Menschen durch Staat und Gesellschaft unter Berücksichtigung der Idee der Glen Mills Schools u. aktueller sozialwissenschaftlicher, insbesondere kriminologischer Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis über die Bedeutung der Bedingungen des Aufwachsens für eine gelungene Integration in die Gesellschaft.

Seit Gründung im Jahre 2000 fördert die GMAD e. V. finanziell, rechtlich u. konzeptionell von den Glen Mills Schools, USA unabhängig die Jugendarbeit auf überregionaler u. regionaler Ebene sowie soziale u. kommunalpol. Projekte, Fortbildungs-, Schulungs- u. präventive Interventionsprogramme, Vorträge, Seminare auf der Basis neuester Erkenntnisse zur Wirkung solcher Programme als auch die Entwicklung und Durchführung von individuellen Einzelinterventionen, insbesondere an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung u. Justiz. Die Vernetzung mit anderen Organisationen, insbesondere in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung u. Ausbildung sowie die Zusammenarbeit mit örtlichen Präventionsgremien wird angestrebt.

Die Förderung der nationalen und internationalen Kooperation & Kommunikation im Sinne der Zielsetzungen, insbesondere im regen Austausch mit Wissenschaftlern, Praktikern, Organisationen u. Verbänden aus den USA, haben zu zahlreichen langjährigen intern

Kontakt:

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Bremer Strasse 11

26345 Bockhorn

Tel.: 05741809007

Fax.: 044539855359

E-Mail: glen-mills-academie@t-online.de

Webseite: <http://www.glenmillsaca.de>

GroupKom GmbH

EVALARM® ist die smarte, digitale Alarmierungs- und Notfallmanagementplattform zur Digitalisierung der Prozesse.

EVALARM® wurde aufgrund konkreter Anforderungen aus der Praxis auf Basis modernster Technologien vollkommen neu entwickelt.

Die große Stärke von EVALARM® ist die Kombination der klassischen Alarm- und Notfallmanagementprozesse, die Einbindung von Brand- und Einbruchmeldeanlagen und die Kopplung mit technischen Alarmen und Gebäudeleittechnik, wie z.B. bei Bedrohungsalarm, die Lautsprecheranlage aktivieren und direkte Verbindung zur Polizei herstellen. Weiterhin die Anbindung externer Devices zur Alarmierung, wie SOS Buttons oder Alarmuhren für die schnelle, stumme Alarmierung.

EVALARM® bietet alles unter einer Lösung und natürlich standortübergreifend, denn jedes Unternehmen, jede Behörde, jede Schule kann jederzeit ein unerwarteter Notfall- bzw. Krisenfall ereilen. Das Notfall- und Krisenmanagement muss deshalb so organisiert werden, dass keine Zeit in den Informations- und Handlungsprozessen verloren geht – jede Minute zählt dabei und kann Menschenleben retten bzw. Schaden reduzieren.

Es besteht eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizei beim Gütersloher Modell. EVALARM®, ergänzt mit der effizienten Alarmierung im Notfall über die EVALARM® APP die Krisenkommunikation.

EVALARM® repräsentiert damit einen ganz neuen Qualitätsstandard.

Kontakt:

GroupKom GmbH

Behringstrasse 21-25

12437 Berlin

Tel.: 030 53002 110

E-Mail: peter.endress@evalarm.de

Webseite: www.evalarm.de

GSJ gGmbH – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit

Die GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH ist auf dem 23. DPT mit einem Infostand des gewaltpräventiven Konfliktlotsenprogramm Bleib Cool am Pool vertreten.

Am Infostand erhalten interessierte Besucherinnen und Besucher einen Überblick über den Kooperationsverbund von GSJ, Berliner Bäder und Polizei Berlin. Zudem gibt es Einblicke in die Konfliktlotsen-Ausbildung und Informationen über den Aufgabenbereich der Konfliktlotsen während ihrer Tätigkeit in den beteiligten Berliner Bädern.

Kontakt:

GSJ gGmbH - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit
Hanns-Braun-Str. / Friesenhaus II
14053 Berlin

Tel.: +49 30 300 985 0 / -15

Fax.: +49 30 300 985 11

E-Mail: kurzhals@gsj-berlin.de

Webseite: <http://www.gsj-berlin.de>

Haus des Jugendrechts Stuttgart-Bad Cannstatt

Seit 1999 arbeitet das bundesweit ERSTE Haus des Jugendrechts in Deutschland erfolgreich in einer vernetzten „Behörden-WG“ von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt unter einem Dach zusammen – mit enger Anbindung des Amtsgerichtes.

Seit März 2014 wurde das Haus auf den gesamten Amtsgerichtsbezirk Stuttgart-Bad Cannstatt mit ca. 235.000 Einwohnern erweitert (Stuttgart ca. 600.000 Einwohner).

Wir arbeiten „face to face“. Die Betroffenen kennen ihre Polizeibeamten, ihre Jugendstaatsanwälte, ihre Jugendhelfer im Strafverfahren, ihre Richter und umgekehrt. Wo der junge Mensch wohnt, in seinem Umfeld, vor Ort, wird ermittelt, angeklagt, beraten, Hilfe geleistet und verhandelt.

Einheitliche Zuständigkeiten, das Wohnortprinzip, feste Ansprechpartner und paralleles, abgestimmtes und zeitnahes Handeln schaffen Transparenz gegenüber den Tätern und vor allem auch gegenüber den Opfern. Ein individueller Maßanzug für die momentane Lebenssituation des jungen Menschen kann angepasst werden. Die Verfahrenslaufzeiten wurden mehr als halbiert.

Die enge und vertrauensvolle Kooperation mit den Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen sowie die zielgerichteten Präventionsprojekte runden das Konzept ab.

Landes- und bundesweit wurden bereits über 20 weitere Häuser des Jugendrechts eröffnet. In Thüringen unter der Bezeichnung „Jugendstation“.

Kontakt:

Haus des Jugendrechts Stuttgart-Bad Cannstatt

Krefelder Straße 11

70376 Stuttgart

Tel.: 0711-89906100

Fax.: 0711-89905229

E-Mail: hausdesjugendrechts-stuttgart@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.haus-des-jugendrechts-stuttgart.de>

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ / Bundeamt für Familie und zivilgesell- schaftliche Aufgaben

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist ein bundesweites Beratungsangebot für Frauen, die Gewalt erleben oder erlebt haben. Es ist rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr unter der Telefonnummer 08000 116 016 und online unter www.hilfetelefon.de über den Termin- und Sofort-Chat sowie per E-Mail erreichbar.

Mehr als 70 qualifizierte Beraterinnen informieren und beraten zu allen Formen von Gewalt – in 17 Fremdsprachen sowie in Deutscher Gebärdensprache und in Leichter Sprache. Die Beratung beim Hilfetelefon ist kostenlos, anonym und vertraulich. Grundlage hierfür bildet das im März 2012 in Kraft getretene Hilfetelefon-Gesetz, das die Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards für das Angebot vorgibt.

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ berät betroffene Frauen zu allen Formen von Gewalt – unter anderem Häusliche Gewalt/Gewalt in der Partnerschaft, sexualisierte Gewalt, Stalking, Mobbing, Zwangsverheiratung und Menschenhandel – und vermittelt sie auf Wunsch an örtliche Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen weiter. Auch Fachkräfte und Personen aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen erhalten Rat und Unterstützung.

Angesiedelt ist das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Köln.

Kontakt:

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“/Bundesamt für Familie
und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Von-Gablenz-Strasse 2-6, 50679 Köln

Tel.: 0221-3673-4489

Fax.: 0221 3673-54520

E-Mail: stefanie.keienburg@bafza.bund.de

Webseite: <https://www.hilfetelefon.de>

Integrationsbüro Kreis Offenbach – PRO Prävention

Der Kreis Offenbach inmitten des Ballungsgebietes Rhein-Main zeichnet sich durch Urbanität und ländliche Strukturen aus. In den dreizehn kreisangehörigen Kommunen leben bis zu 170 verschiedene Nationen, mehr als 30 % der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund – die Bevölkerung des Kreises ist ethnisch, sprachlich, kulturell und religiös vielfältig.

Im Jahr 2002 hat der Kreis Offenbach als einer der ersten Landkreise in Hessen ein eigenes Integrationsbüro eingerichtet. Teilhabe, Partizipation und Integration sind wichtige Bausteine für Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt. Das Integrationsbüro trägt dazu bei, Herausforderungen einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft im Interesse aller Beteiligten positiv zu gestalten.

Mit dem Projekt PRO Prävention widmet sich das Integrationsbüro des Kreises Offenbach den Herausforderungen von (religiös begründetem) Extremismus. PRO Prävention ist Anlaufstelle für Fachkräfte, ehrenamtlich Engagierte und Jugendliche und steht in engem Austausch mit Behörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Der Stand dient dazu die Arbeit des Integrationsbüros und von PRO Prävention vorzustellen und über gute Praktiken kommunaler Präventionsarbeit zu informieren.

Kontakt:

Kreis Offenbach

Werner-Hilpert-Str. 1

63128 Dietzenbach

E-Mail: integrationsbuero@kreis-offenbach.de

Webseite: www.kreis-offenbach.de/Integrationsbüro

www.kreis-offenbach.de

Jugendberufshilfeangebot „Netz kleiner Werkstätten“

Wir präsentieren unser Jugendberufshilfeangebot „Netz kleiner Werkstätten“ mit den Leistungsinhalten, der Zielgruppe und den gesetzlichen Grundlagen. Ferner zeigen wir die Ziele der päd. Arbeit auf, gepaart mit den Methoden. Ebenso verweisen wir auf unsere vier praktischen Tätigkeitsfelder, auf die Rahmenbedingungen sowie auf unsere Kooperationspartner. Bilder, Texte, Flyer, Schautafeln, Rollos usw. stehen zur Verfügung. Aber vor allem freuen wir uns auf persönliche Gespräche!

Kontakt:

Jugendberufshilfeangebot „Netz kleiner Werkstätten“;
Träger: Berufsbildungswerk Leipzig für Hör- und Sprachgeschädigte gGmbH

Markranstädterstr. 9, 04299 Leipzig

Tel.: 0341-4137 5053

E-Mail: merseburger.wolfgang@bbw-leipzig.de

Webseite: <http://www.nkw.bbw.-leipzig.de>

Jugendmigrationsdienste

Rund 460 Jugendmigrationsdienste (JMD) bundesweit begleiten junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren mittels individueller Angebote und professioneller Beratung bei ihrem schulischen, beruflichen und sozialen Integrationsprozess in Deutschland. Individuelle Unterstützung, Gruppen- und Bildungsangebote sowie eine intensive Vernetzung mit Schulen, Ausbildungsbetrieben, Integrationskursträgern und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe zählen zu den wesentlichen Aufgaben der JMD.

Die Jugendmigrationsdienste sind Teil der Initiative JUGEND STÄRKEN, mit der sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) deutschlandweit für eine bessere Integration junger Menschen einsetzt. Aktuell startet das Bundesvorhaben „Jugendsozialarbeit an Schulen“, das in Zusammenarbeit von JMD und Trägern der Radikalisierungsprävention bzw. der politischen Kinder- und Jugendbildung, öffentlichen Trägern der Jugendhilfe sowie Schulen ganzheitliche Präventionsstrategien entwickelt und erprobt.

Ziele der Jugendmigrationsdienste:

- Verbesserung der Integrationschancen (sprachliche, soziale, schulische und berufliche Integration)
- Förderung von Chancengerechtigkeit
- Förderung der Partizipation in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens

Kontakt:

Servicebüro Jugendmigrationsdienste
Adenauerallee 12-14
53113 Bonn

E-Mail: hermann@jugendmigrationsdienste.de
Webseite: <http://www.jugendmigrationsdienste.de>

Jugendstiftung Baden-Württemberg – Die PartyPass App

Seit 2010 haben Veranstalter das Problem, dass der Personalausweis oder eine Kopie davon von Minderjährigen bei der Eingangskontrolle nicht mehr einbehalten werden darf. Die Jugendstiftung hat deshalb gemeinsam mit Fachleuten aus den Bereichen Jugendschutz, Polizei und Security den PartyPass entwickelt. Dieser fungiert als Kopie des Personalausweises und wird bei der Party abgegeben.

Da über 90 Prozent der Jugendlichen ein Smartphone besitzen, entstand die Idee zu einer App, mit der Jugendliche sich bei Veranstaltungen elektronisch ein- und auschecken können.

Die PartyPass App ermöglicht einen einfachen Überblick über die Anwesenheit von Minderjährigen bei Veranstaltungen. Als Veranstalter kann die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen besser und weniger aufwändig überwacht und kontrolliert werden. Jugendliche erhalten mit der PartyPass App ein Instrument, das ihre Selbstverantwortung stärkt, die Teilhabe an Festveranstaltungen im rechtlichen Rahmen vereinfacht und auf Risiken hinweist, wenn dieser Rahmen missachtet wird.

Außerdem liefert die App wertvolle Tipps gegen den Missbrauch von Alkohol und Drogen und zu den Themen Verkehrssicherheit und Gewalt. Mit der App wurde ein zeitgemäßes Tool für Jugendliche kreiert, welches sich schnell und intuitiv bedienen lässt und an das mediale Nutzungsverhalten der heutigen Minderjährigen andockt.

Kontakt:

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Schloßstraße 23

74370 Sersheim

E-Mail: guggemos@jugendstiftung.de

Webseite: <https://party-pass-app.de/>

Justizvollzug Hessen

Der Justizvollzug in Hessen zeigt Strategien zur Verhinderung von Radikalisierung im Strafvollzug, gibt Einblicke im Umgang mit bereits radikalisierten und verurteilten Straftätern.

Desweiteren werden Behandlungsmaßnahmen bei intensiv Gewaltstraftätern aufgezeigt und die Chance „Arbeit“ und „Ausbildung“ während der Haftzeit erläutert.

Kontakt:

Justizvoll Hessen
Kleebergerstr. 23
35510 Butzbach

E-Mail: florian.prihoda@jva-butzbach.justiz.hessen.de
Webseite: <https://jva-butzbach-justiz.hessen.de>

JUUUPORT e.V.

Der JUUUPORT e.V. präsentiert sich mit seinen zwei Projekten, der Online-Beratung JUUUPORT.de und mit dem Angebot von WERTE LEBEN ONLINE.

JUUUPORT.de ist eine bundesweite Online-Beratungsplattform, an die Du Dich wenden kannst, wenn Du Probleme im Netz hast, z.B. gemobbt oder abgezockt wurdest. Hier bekommst Du Hilfe von Jugendlichen, den JUUUPORT-Scouts. Ihre Beratung ist anonym und kostenlos.

WERTE LEBEN – ONLINE ist ein bundesweites Online-Projekt, bei dem sich die JUUUPORT-Scouts für mehr Respekt, Toleranz und Mitgefühl im Netz stark machen. In Social Media- Aktionen und Webinaren vermitteln sie diese Werte an andere Jugendliche.

Für Fragen stehen die JUUUPORT-Scouts Adrian und Max am Stand zur Verfügung.

Kontakt:

JUUUPORT e.V.

Landschaftsstraße 7

30159 Hannover

E-Mail: susanne.roediger@juuuport.de

Webseite: juuuport.de und werteleben.online

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasver- band (KAGS)

In der Katholischen Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe haben sich über 100 katholische Träger, Dienste und Einrichtungen zusammengeschlossen, die Hilfen für Straffällige, deren Angehörige und Opfer von Straftaten anbieten. Die KAGS ist eine Facharbeitsgemeinschaft der Straffälligenhilfe innerhalb der verbandlichen Caritas. Die KAGS will die Ausgrenzung von straffällig gewordenen Menschen vermeiden und ihre Integration in die Gesellschaft fördern. Sie will darüber hinaus Strafe als Reaktion auf ein delinquentes Verhalten zurückdrängen und Formen der Versöhnung zwischen Tätern und Opfern fördern.

Unsere Dienste und Einrichtungen bieten vielfältige Hilfen an:

- Beratung für straffällig gewordene Menschen und ihre Angehörigen
- Hilfe bei der Haftentlassung
- Wohnmöglichkeiten für den Übergang, betreutes Wohnen
- Hilfen zur Erlangung und Erhaltung von Wohnung und Arbeit
- Gruppenangebote im Vollzug
- Beratung bei Suchtproblemen, Vermittlung in Therapien
- Beratung bei Schuldenproblemen, Entschuldungshilfe
- Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Helfern
- Soziale Trainingskurse
- Täter-Opfer-Ausgleich
- gemeinnützige Arbeit zur Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen
- Online-Beratung für Angehörige von Straffälligen

www.kags.de www.besuch-im-gefaengnis.de
www.fachwoche.de

Kontakt:

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe
im Deutschen Caritasverband (KAGS)

Karlstrasse 40, 79104 Freiburg

Tel.: 0761-200-121

Fax.: 0761-200-11-121

E-Mail: cornelius.wichmann@caritas.de

Webseite: www.kags.de

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Die Servicestelle fungiert als landesweiter und trägerübergreifender Anlaufpunkt für das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen. Zentrales Ziel ist die Unterstützung einer adressatenorientierten und bedarfsgerechten Beteiligungs-Struktur. Dazu zählen

- fachlich-methodische Qualifikation jener Akteure, die Kinder- und Jugendbeteiligung initiieren und umsetzen,
- Identifizieren und Bearbeiten von förderlichen und erschwerenden Rahmenbedingungen,
- funktionierende thematische und regionale Netzwerke,
- Sensibilität für Kinder- und Jugendbeteiligung als gesellschaftspolitisches Querschnittsthema.

Die Servicestelle stellt primär keine eigenen Angebote der Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung. Ihr Anliegen besteht darin, die (Selbst-)Wirksamkeit der erwachsenen Akteure vor Ort zu stärken.

Das Angebot der Servicestelle umfasst Beratung, Vernetzung, Qualifizierung und Qualitätssicherung und richtet sich konkret stets nach dem spezifischen Bedarf des Gegenübers.

Zur Zielgruppe der Servicestelle gehören:

- Fachkräfte öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe,
- Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung auf allen föderalen Ebenen,
- Mitwirkende in Netzwerken, Arbeitsgruppen oder anderen Gremien.

Dabei ist unerheblich, ob die Akteure dem Thema Jugendbeteiligung bisher zurückhaltend gegenüber standen, es jetzt neu angehen oder weiterentwickeln wollen.

Kontakt:

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Saydaer Straße 3

01257 Dresden

E-Mail: n.hanisch@kjrs.de

Webseite: <http://www.kjrs-online.de/index.php?modul=main-area/service>

Kinderschutzprojekt Dresden „Bärenstarker August“

Mit dem Dresdner Kinderschutzprojekt „Bärenstarker August“ sind bereits Anlaufstellen geschaffen wurden, welche Kindern und Jugendlichen sowohl bei kleineren als auch bei größeren Notfällen, Hilfe und Schutz bieten.

Geschäfte, Einrichtungen und Institutionen entlang von Schulwegen und Freizeiteinrichtungen beteiligen sich. Sie sind an einem unverwechselbaren Logo, welches dem Namen des Projektes entspricht, eindeutig erkennbar. Es zeigt den Kindern und Jugendlichen: „Bei mir könnt Ihr Euch sicher fühlen, hier erhaltet Ihr im Notfall Hilfe!“

Aktuell ist das Projekt bereits mit mehr als 100 Anlaufstellen im gesamten Dresdner Stadtgebiet vertreten und das Netz wird aktiv weiter ausgebaut. Dabei empfehlen u.a. auch Eltern und Elternsprecher der einzelnen Dresdner Schulen, gern besuchte Geschäfte oder Institutionen. Diese werden dann über das Projekt kontaktiert, sorgfältig geprüft und bei Eignung als Vertragspartner aufgenommen. Letztendlich zeigt der Aufkleber in Sichthöhe für die Kinder und Jugendlichen, wo sich ein Anlaufpunkt für sie in der Landeshauptstadt Dresden befindet.

Kontakt:

Kinderschutzprojekt Dresden „Bärenstarker August“
Reckestraße 1

01187 Dresden

Tel.: 0172-3757451

E-Mail: annett.grundmann@web.de

Kreis Lippe-Senioreninformationsdienst-Lippe

Der Senioreninformationsdienst

Die zunehmende Zahl älterer Menschen stellt unsere Gesellschaft in Zukunft vor vielfache Probleme. Die Schaffung von Netzwerken und gegenseitiger Hilfe sind wichtige Aufgaben unserer Gesellschaft, die wir mit dem Senioreninformationsdienst stärken. Ebenso wichtig ist es, präventiv zu erkennen, was an Angeboten benötigt wird, um bedarfsgerechte Strukturen für jeden Einzelnen schaffen zu können. Die Menschen sollen in Ihrem gewohnten Umfeld erreicht und über die für sie bedeutsamen Angebote informiert werden. Vor diesen Hintergründen haben sich in den Gemeinden und Städten, ortsansässige Verbände, Kommunen und Kreis Lippe zusammen gefunden, um ein für den Kreis Lippe beispielhaftes Projekt zu realisieren. Die Umsetzung orientiert sich an einem kombinierten Ansatz bürgerschaftlichen Engagements mit professioneller Begleitung.

Der Seniorenlotse

Die Zusammenarbeit mit dem Senioreninformationsdienst und der Polizei Lippe zeigt ein gutes Beispiel der Vernetzung.

Ältere Mitbürger sind immer häufiger Opfer von kriminellen Betrugereien und Raub steht dabei an vorderster Stelle. Die Polizei leistet im Bereich des Einbruch und Opferschutzes zwar kontinuierliche Präventivarbeit, stößt aber oft auch an Grenzen. Die Polizei in Lippe hat große Hoffnungen in das Projekt „Seniorenlotsen“, bei dem der Bürger nun direkt erreicht und aufgeklärt werden kann.

Kontakt:

Kreis Lippe

Felix-Fechenbach-Str. 5

32756 Detmold

Tel.: 05231-624400

E-Mail: m.ottemeier@kreis-lippe.de

Webseite: <http://www.senioreninformationsdienst-lippe.de>

Kreispolizeibehörde Gütersloh

Sicherheit in öffentlichen Gebäuden (Amt)

Die Kreispolizeibehörde Gütersloh stellt ein Sicherheitskonzept zur Verhinderung von typischen Straftaten rund um öffentliche Gebäude vor. Sichere Abläufe im Amt, klare Handlungskonzepte bei Notlagen und schnelle Informationssysteme runden das Konzept ab.

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Gütersloh

Herzebrocker Straße 142

33334 Gütersloh

Tel.: 052418691878

E-Mail: dirk.struckmeier@polizei.nrw.de

Webseite: <https://guetersloh.polizei.nrw/>

LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Informationen zur LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Vorstellung des Leistungsangebotes der Landesfachstelle Männerarbeit Sachsen.

- Themenschwerpunkte, Fachkampagnen, Fachveranstaltungen, Fachberatung und Coaching
- Vorstellung des Leistungsangebotes der Landesfachstelle Jungenarbeit Sachsen
- Fortbildung, Modulreihen, Fachberatung und Coaching

Kontakt:

LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Dr. - Friedrich - Wolf - Str. 2

01097 Dresden

Tel.: 0351-79200686

E-Mail: info@juma-sachsen.de

Webseite: <http://www.juma-sachsen.de>

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

„Verfassungsschutz durch Aufklärung“

Der sächsische Verfassungsschutz ist kein „geheimer Dienst“, sondern auch ein Informationsdienstleister für die Öffentlichkeit. Er informiert interessierte Bürger, Pädagogen und Mittler politischer Bildung, Schüler, Sozialarbeiter, Verwaltungsmitarbeiter, Bundeswehrangehörige oder Wissenschaftler sowie die Medien über Erkenntnisse zu extremistischen Bestrebungen und fertigt dazu verschiedene Analysen an. Das Informationsangebot des Verfassungsschutzes stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Kommen Sie mit uns ins Gespräch und informieren Sie sich über unsere Angebote (alle Angebote sind kostenfrei):

- Vorträge, Workshops, Sensibilisierungs- und Diskussionsveranstaltungen
- Beratung kommunaler Entscheidungsträger
- Wanderausstellung „In guter Verfassung“ (Sie beantwortet u. a. folgende Fragen: Was bedeutet eigentlich „freiheitliche demokratische Grundordnung“? Was macht unsere Demokratie aus? Wie schützt sie sich gegenüber denjenigen, die sie beseitigen wollen?)
- Broschüren

Themen: Verfassungsschutz, Demokratie, Extremismus (Rechtsextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Linksextremismus und/ oder Islamismus), Terrorismus

Kontakt:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Neuländerstraße 60

01129 Dresden

Tel.: 0351 85 85-0

E-Mail: stab@lfv.smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen und Interventionsstellen in Sachsen

Die LAG gehört zum Lenkungsausschuss gegen häusliche Gewalt, der Mitglied im Landespräventionsrat Sachsen ist. Es wird ein Roll-Up und Informationsmaterial präsentiert.

Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen und Interventionsstellen in Sachsen

Karl-Liebknecht-Str. 59

04275 Leipzig

E-Mail: Kerstin.Kupfer@wegweiser-boehlen.de

Webseite: <http://www.gewaltfreies-zuhause.de>

Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.

- Informationen über Aufgaben- und Arbeitsfelder im Bereich Medienbildung, Prävention, Deradikalisierung und Gewaltprävention des LFD Sachsen
- inhaltliche Schwerpunkte: Cybermobbing, Hass im Netz, Sexting, Demokratiegefährdung (im Netz), Antisemitismuskritik (links, rechts, Islamismus), frühansetzende Prävention, Grauzonen in der Jugendkultur
- Möglichkeiten des Einsatzes von (neuen) Medien im pädagogischen Prozess (zur Demokratieförderung)
- Präsentation geeigneter Medien zur Prävention zwecks Einbindung in den Unterricht und die außerschulische Bildung
- Aktivangebote im Bereich Medienbildung (z.B. Mobile Devices)
- Arbeitshilfen, methodische Handreichungen, Curricula aus dem Bestand des LFD Sachsen
- Best-Practice-Präsentation
- Medienverleih, MediaStreaming, Interaktiver Filmplayer

Kontakt:

Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.

Karl-Heine-Straße 83

04229 Leipzig

E-Mail: zentrale@landesfilmdienst-sachsen.de

Webseite: <http://www.landesfilmdienst-sachsen.de>

Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Der Landesfrauenrat Sachsen e.V. (LFR) ist ein Dachverband von unterschiedlichen Frauenorganisationen sowie Gleichstellungsinitiativen im Sinne des Grundgesetzes Artikel 3, Absatz 2 im Land Sachsen.

Der LFR fördert und stärkt frauenpolitische Netzwerke in Sachsen durch Informationsaustausch und gemeinsame Aktivitäten, setzt sich mit allen Themen des gesellschaftlichen Lebens aus der Sicht von Frauen auseinander und trägt damit zur Meinungsbildung in der Gesellschaft bei. Weiterführende Maßnahmen zur Verhinderung von häuslicher Gewalt gegen Frauen sowie Verbesserung des Unterstützungssystems von betroffenen Frauen und Kindern sind wichtige Anliegen des LFR.

Vom 16. bis 26. November 2018 wird der LFR die „Sächsische Frauenwoche 2018“ durchführen – zum Thema „Häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen“. In diesem Zeitraum werden verschiedene Veranstaltungen und Aktionen zum Thema durchgeführt, die u.a. auf unserer Internetseite veröffentlicht werden.

Zielgruppe ist die breite Öffentlichkeit, sind Frauen und Männer, Betroffene und Nicht-Betroffene, bereits im Gewaltschutz und in der Gewaltprävention tätige Professionen. Ziel ist es, in der Gesellschaft eine höhere Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für die vielschichtige Problematik häuslicher und sexualisierter Gewalt an Frauen und Mädchen zu erreichen.

Kontakt:

Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Strehleener Str. 12-14

01069 Dresden

Tel.: 0351 4721062

E-Mail: kontakt@landesfrauenrat-sachsen.de

Webseite: <http://www.landesfrauenrat-sachsen.de>

Landeshauptstadt Dresden, Jugendamt

„Betreuungslotsen Dresden“ Ein Projekt der Hilfe zur Selbsthilfe mit kriminalpräventivem Charakter

Dresdner Bürgerinnen und Bürger begleiten straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende im alltäglichen Leben, helfen bei Ämtern, suchen gemeinsam sinnvolle Freizeitmöglichkeiten, motivieren sie zu eigenem Handeln und werden oft zu Vertrauenspersonen. Eine solche Unterstützung anzunehmen, ist für die jungen Leute freiwillig.

Mit Hilfe der Betreuungslotsen können junge Menschen in ein geregeltes Leben, ohne Straftatbegehung zurück finden.

Das Projekt läuft seit 2004 unter Koordinierung und Anleitung durch die Jugendgerichtshilfe Dresden und wurde 2016 mit den „Sächsischen Bürgerpreis“ ausgezeichnet.

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden, Jugendamt

Königsbrücker Str. 8

01099 Dresden

Tel.: 0351 48875 18

Fax.: 0351 48875 13

E-Mail: MErfurth@dresden.de

Webseite: <http://www.jugendgerichtshilfe-dresden.de>

Landeshauptstadt Dresden / Kriminalpräventiver Rat

Die Landeshauptstadt Dresden und der Kriminalpräventive Rat stellen sich vor.

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Dresden (KPR), ein Beratungsgremium des Oberbürgermeisters, arbeitet mit verschiedenen Partnern der Präventionsarbeit ereignisbezogen und lösungsorientiert zusammen. Auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse wird flexibel reagiert.

Am Stand können Sie mit den Vorsitzenden des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Dresden ins Gespräch kommen, sich mit Partnern des KPR – wie dem Kinderschutzprojekt „Bärenstarker August“ und der Jugendgerichtshilfe – fachlich austauschen oder auch von der Suchtbeauftragten der Landeshauptstadt Dresden mehr über aktuelle Konzepte der Präventionsarbeit in Dresden erfahren.

Wer mehr über die schönen Seiten Dresdens erfahren möchte, ist eingeladen, sich an unserem Stand bei verschiedenen Filmen über Dresden zu informieren. Präsentiert wird dabei auch der im März 2018 preisgekrönte Clip „Liebes Dresden“ – eine besondere Liebeserklärung an die Stadt.

Die Themen des Infostandes wechseln sich über beide Veranstaltungstage hinweg ab. Die konkreten Themen und Uhrzeiten werden am Stand angekündigt.

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden

Dr.-Külz-Ring 19

01067 Dresden

E-Mail: geschaeftsbereich-ordnung-sicherheit@dresden.de

Webseite: <http://www.dresden.de> bzw. www.dresden.de/kpr

Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kinder, Jugend und Familie

Präsentation von in Dresden entwickelten und konzipierten kriminalpräventiven Angeboten, wie die sozialen Trainingskurse „Der Arbeitsweg“ (Pilgern und Arbeiten), „InduS“ (Integration durch Sprache), „S.T.A.F.F.“ (Schulden tilgen, Arbeitsausgleich für Fehlverhalten).

Vorstellung von Angeboten im Kontext des SiSi-Verfahrens (Schnelle institutionelle Schuldistanz Intervention), Einzelfallhilfen wie „NEUANFANG“ (Haftentlassungsbegleitung).

Weitere in Dresden konzipierter Angebote: „Dresdner Bücherkanon“ (lesen von Jugendbüchern mit inhaltlichem Bezug zur Tat und entsprechenden Aufgabenstellungen), Projekt „TaBu“ (Tagebuch im Arrest), „Sport vor Ort“ (Teilnahme an Sport-Vereinsangeboten in Kombination mit erzieherischen Maßnahmen) sowie das mit dem Jugend-BeratungsCenter konzipierte Angebot „BRUNO“ (Ausbildungs- und Beschäftigungshemmnisse beseitigen).

Kooperationsbeziehungen aller am Jugendstrafverfahren beteiligte Professionen: „Dresdner Gesprächskreis Jugendhilfe und Justiz“, „Interventions- und Präventionsprogramm“ (erzieherisches Angebot von der Polizei und der Jugendgerichtshilfe mit Sitz in der Polizeidirektion Dresden), Fall-Fachkonferenzen und Kriminalpräventiver Jugendhilfepreis EMIL (in Kooperation mit der Stiftung der Ostsächsischen Sparkasse Dresden).

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden/Amt für Kinder, Jugend und Familie, Jugendamt, Abteilung Kinder-, Jugend-, und Familienförderung, SG Jugendgerichtshilfe

Besucheradresse: Königsbrückerstraße 8, 01199 Dresden

Post: PF 120020, 01001 Dresden

Tel.: 0351/4887510 - Fax.:0351/4887513

Webseite: <http://www.dresden.de/jugendgerichtshilfe>

Landeshauptstadt Düsseldorf

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf (KPR) beschäftigt sich seit seiner Gründung mit den verschiedensten Themen der Präventionsarbeit sowie der nachhaltigen und effizienten Implementierung von entsprechenden Projekten. Das diesjährige Thema „Gewalt und Radikalität“ hat in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen, wird in Düsseldorf jedoch schon seit langer Zeit mit Hilfe von primär- und sekundärpräventiven Angeboten und Maßnahmen „bearbeitet“.

So wurde beispielsweise im Mai 2014 unter dem Dach des KPR die Fachgruppe „Extremismus“ ins Leben gerufen. Dort kommen Experten u.a. aus Verwaltung, Polizei, Staatsanwaltschaft und Land zusammen, um über lokale Phänomene zu sprechen und bei Bedarf Lösungsansätze zu erarbeiten. Über nationale und internationale Kontakte konnte der KPR zudem an Projekten der Extremismus-Prävention teilnehmen. Hierzu zählen insbesondere Projekte mit DEFUS und EFUS. Ein im Rahmen eines solchen Projektes entstandener Videoclip wird sowohl am Stand als auch mit einem eigenen Projektpot vorgestellt.

Mit Hilfe des Landes NRW wurde darüber hinaus in Düsseldorf der Verein Wegweiser e.V. etabliert. Dieser ist insbesondere Anlaufstelle für Schulen, Betroffene, Angehörige und Freunde zum Thema „gewaltbereiter Salafismus“. Darüber hinaus werden entsprechende Maßnahmen aus dem Bereich Schule und Jugendhilfe vorgestellt.

Kontakt:

Landeshauptstadt Düsseldorf

Zollstraße 4

40213 Düsseldorf

E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de

Webseite: <http://www.duesseldorf.de/kpr>

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Gemäß Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums M-V ist das Landeskriminalamt M-V für die Koordinierung der polizeilichen Prävention im Land Mecklenburg-Vorpommern zuständig.

Auf dem Deutschen Präventionstag stellt die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern die ersten Ergebnisse des Präventionsprojektes „Helden statt Trolle – krass gesagt? Hinterfragt!“ vor. Das Projekt zielt darauf ab, Hate Speech in den sozialen Netzwerken zu verhindern und jungen Menschen zwischen 14 – 29 Jahren Alternativen aufzuzeigen.

Kontakt:

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Str. 9
19067 Rampe

Tel.: 03866-646110

Fax.: 03866-646102

E-Mail: praevention@lka-mv.de

Landeskriminalamt Niedersachsen

Das LKA Niedersachsen stellt Themen, Projekte und Handlungsempfehlungen zur Urbanen Sicherheit vor. Zum einen präsentiert sich das Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit (KURBAS), das als Teil der Kriminologischen Forschung und Statistik in Kooperation mit der Zentralstelle Prävention im Jahr 2017 eingerichtet wurde. Zu den Aufgaben des KURBAS gehört es:

- bei der Planung und Bewertung eines Raumes mit sicherheitsrelevanten Kriterien zu unterstützen,
- Angsträume und Gefahrenorte zu analysieren und Sicherheitsaudits durchzuführen,
- im Bereich städtebaulicher Kriminalprävention zu beraten (Auch als TÖB in Planungsprozessen),
- Projekte auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren,
- in Netzwerken und Arbeitskreisen mitzuwirken,
- theoretisches Wissen in die Praxis zu bringen und Fragestellungen aus der Praxis für die wissenschaftliche Vertiefung zu generieren,
- Beiträge zur urbanen Sicherheit für Fort- und Weiterbildungsmodule zu konzipieren.

Zum anderen stellt das LKA das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt „Sicherheit und Vielfalt im Quartier – DiverCity“ vor. Das Projekt beschäftigt sich mit Fragen der Sicherheit bei der Errichtung neuer Wohnraumquartiere und im Bestand. Es soll dazu beitragen, Erkenntnisse zu guten Integrationsansätzen im Quartier zu erfassen und Grundlagen für Kriminalitätsprognosen in Neubau- und Bestandsquartieren zu schaffen.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplplatz 11

30169 Hannover

E-Mail: d32@lka.polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.niedersachsen.de>

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Prävention in digitalem Zeitalter in Rheinland-Pfalz

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz stellt gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz zukunftssträchtige Methoden der polizeilichen Präventionsvermittlung vor.

Die Präventionsthemen sollen via Internet an unterschiedlichste Zielgruppen herangetragen werden.

Als Präventionsträger stehen Videoportale, soziale Netzwerke sowie das Format einer Videoschaltkonferenz bzw. eines Webinars im Fokus.

Neben Präventionsposts, Videoclips und Onlineveranstaltungen konnten erste Erfahrungen gesammelt und wichtige Erkenntnisse für eine erfolgreiche zukünftige Präventionsarbeit entdeckt und kennengelernt werden.

Nähere Informationen erhalten Sie über folgende Ansprechpartner:

Sebastian Rieß

Referent für Tatmittel Internet, Digitale Medien

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Telefon: 06131-65-2822

Email: lka.ls3.ma@polizei.rlp.de

Barbara Steinhöfel

Referentin für Telekommunikation und Digitale Medien

Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

Tel: 06131-284835

Email: telekommunikation@vz-rlp.de

Kontakt:

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Valenciaplatz 1-7

55118 Mainz

Tel.: 06131-65-0

E-Mail: lka.ls3.ma@polizei.rlp.de

Webseite: www.polizei.rlp.de;

Landespräventionsrat Brandenburg

Der Landespräventionsrat Brandenburg (LPR) wurde am 21. März 2000 gegründet. Er will durch sein Wirken zur Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention beitragen. Deshalb verknüpft und koordiniert er die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger miteinander.

Die Aufgaben des LPR sind u. a. die Politikberatung; die Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können; die Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen; die Erarbeitung und Veröffentlichung von Publikationen zur Kriminalprävention sowie die Erforschung von Kriminalitätsursachen.

Nach elfjährigem Bestehen des LPR beschloss das Kabinett am 29. März 2011 die Neuausrichtung.

Der LPR richtet seine Arbeit auf die drei Bereiche Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz/Kinder- und Jugendschutz, Politischer Extremismus und Opferschutz/Opferhilfe aus.

Der LPR wird durch seinen Vorsitzenden, den Minister des Innern und für Kommunales, nach außen vertreten. Die Geschäftsstelle des LPR ist im Geschäftsbereich der Landesregierung beim Minister des Innern und für Kommunales eingerichtet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

E-Mail: heike.dahlhelm@mik.brandenburg.de

Webseite: <http://www.lpr.brandenburg.de>

Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Ausstellung der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat Hessen), der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt sowie der Stiftung „Resozialisierungsfonds für Straffällige“ an einem gemeinsamen Stand.

Kontakt:

Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

E-Mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de

Webseite: <https://landespraeventionsrat.hessen.de>

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen, als sie zu bestrafen.“

Dieses Zitat des italienischen Rechtsphilosophen Beccaria (1738-1794) steht für die Denk- und Arbeitsweise des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR). Seit 1995 ist der LPR kompetenter Ansprechpartner für die Kriminalprävention in Niedersachsen. Wir verstehen Kriminalprävention als umfassende Aufgabe, die der Unterstützung zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte bedarf. Im LPR sind daher rund 270 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen, die durch den Vorstand repräsentiert werden. Zu unseren Mitgliedern zählen kommunale Präventionsgremien, landesweit tätige nicht-staatliche Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Ministerien und Behörden. Die LPR-Geschäftsstelle im Niedersächsischen Justizministerium ist Servicestelle für die LPR-Mitglieder und hat eine koordinierende Funktion für die Präventionsaktivitäten auf Landesebene.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte sind:

- Beratung, Förderung und Qualifizierung von Präventionsgremien und Akteuren in der kommunalen Kriminalprävention,
- Konzeption und Umsetzung landesweiter Modellprojekte zur Kriminalprävention,
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten,
- Koordination von und Mitwirkung in Kooperationen/Netzwerken/Partnerschaften für Kriminalprävention.

Mehr Informationen finden Sie auf der LPR-Webseite.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Siebstraße 4

30171 Hannover

E-Mail: christiane.klages@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Der LPR und das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen stellen verschiedene Präventionsprojekte vor:

Das Projekt „Sichere Netzwelten“ des LPR entwickelt Präventionsfilme für die Arbeit von Polizei, Schulen und anderen Trägern der Präventionsarbeit. Das Landeskriminalamt konzipiert die Filme in professioneller Qualität zusammen mit dem Institut für Internet-Sicherheit (FH Gelsenkirchen).

In den Häusern des Jugendrechts stehen jugendliche und heranwachsende Intensivtäter im Fokus von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt, um ihre kriminellen Karrieren zu beenden bzw. deren Rückfallquote zu verringern.

„Podknast“ setzt sich aus „Podcast“ und „Knast“ zusammen: Inhaftierte erlernen den Umgang mit Medien und erstellen Filme, die über ihr Leben in Haft berichten. Prävention bedeutet für das Projekt: Wer sich mit sich selbst, seiner Geschichte und seinem kriminellen Verhalten auseinandersetzt, beugt einer erneuten Straffälligkeit vor und klärt gefährdete Jugendliche und Erwachsene über die Konsequenzen einer Inhaftierung auf.

Das Zentrum für interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW – in Zusammenarbeit mit den Integrationsbeauftragten der JVAen – unterstützt alle Justizeinrichtungen bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus einer zunehmenden Diversität der Gesellschaft ergeben und befasst sich mit allen justiziellen Fragen der Extremismusbekämpfung.

Kontakt:

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
E-Mail: lpr@jm.nrw.de
Webseite: www.lpr.nrw.de

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

Im Freistaat Sachsen existieren vielfältige Präventionsinitiativen und -gremien von staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Der Landespräventionsrat (LPR) ist ein Dach, um bestehende Präventionsstrukturen zu verknüpfen und zu unterstützen sowie neue Impulse für die Weiterentwicklung zu geben.

Der LPR Sachsen arbeitet u. a. in den Feldern frühkindliche und schulische Prävention, kommunale Prävention, Suchtprävention, Bekämpfung häuslicher Gewalt, Sport & Sicherheit, Demokratiestärkung und Extremismusprävention, Verkehrssicherheit sowie Digitale Medien.

Aktuell etabliert der LPR u. a. die Strategie „Prävention im Team“ (PiT) als Kooperation von Schule, Kommunalverwaltung und Polizei für eine umfassende (vor-)schulische Prävention. Die Präventionsstrategie in Kooperation mit dem LPR Niedersachsen ist an der wissenschaftlich fundierten Methode „Communities That Care“ (CTC) orientiert.

Der LPR bietet das AUSSTEIGERPROGRAMM Sachsen (www.steig-aus.de), zeichnet für zahlreiche Gremien verantwortlich, stärkt die kommunale Prävention, u. a. durch die Kooperation mit dem niedersächsischen Beccaria-Qualifizierungsprogramm „Fachkraft für Kriminalprävention“, führt zahlreiche Fachveranstaltungen durch – z. B. den Landespräventionstag im Zweijahresrhythmus – und ist für Förderprogramme zuständig.

Im Jahr 2018 feiert der LPR Sachsen sein 10-jähriges Jubiläum.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

Wilhelm-Buck-Straße 4

01097 Dresden

Tel.: 0351-5643090

Fax.: 0351-5643099

E-Mail: sven.forkert@smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.sachsen.de>

Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt

Der Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt präsentiert sich zusammen mit anderen Verbänden und Institutionen aus Sachsen-Anhalt zu unterschiedlichen Themenbereichen der Prävention.

Der Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt konstituierte sich am 6. September 1999. Das Gremium verfolgt die Zielstellung, die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention im Land und in den Kommunen zu fördern und weiter zu entwickeln. Im Vordergrund steht dabei, Bemühungen staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen und Einrichtungen, die in diesem Bereich aktiv sind, personell, institutionell und materiell miteinander zu vernetzen.

Der Landespräventionsrat sieht seine Aufgaben vor allem darin, kriminalpräventive Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten, finanzielle Unterstützung für Modellprojekte vorzuschlagen, örtliche Präventionsgremien zu unterstützen, die Kommunikation und den Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis sowie die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt
Halberstädter Str. 2/am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg

E-Mail: landespraeventionsrat@mi.sachsen-anhalt.de

Webseite: <http://www.lpr.sachsen-anhalt.de>

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Der Landespräventionsrat (LPR) wurde 1990 eingerichtet, um durch Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, Institutionen und Einrichtungen zur Reduzierung der Kriminalität und ihrer Folgen beizutragen und das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Der LPR-SH entwickelt in seinen interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen kriminalpräventive Konzepte, berät die Landesregierung, informiert Behörden und gibt Impulse für neue Wege in der kriminalpräventiven Arbeit auf Ebene der Städte und Gemeinden. 2009 wurde eine Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim LPR für die inhaltliche Umsetzung des damaligen Bundesprogramms (heute: „Demokratie leben!“) eingerichtet, um Kommunen auch in ihrem Engagement gegen den Rechtsextremismus zu unterstützen.

Über das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung wurde Anfang 2013 die gesamtgesellschaftliche Rechtsextremismusprävention durch den Ausbau der landesweiten Beratungsstruktur noch einmal deutlich gestärkt. Seit April 2015 setzt das Landesdemokratiezentrum beim LPR auch das Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus um.

Begleitet wird der LPR auf dem DPT durch einen der Sicherheitsberater für Senioren (SfS). Die SfS sind ein landesweites Konzept, um präventive Ansätze in die demografisch immer bedeutendere Gruppe der Senioren hineinzutragen.

Kontakt:

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Tel.: 0431-988-3155

E-Mail: LPR-SH@im.landsh.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-sh.de>

Landessportbund Sachsen e.V. / Sportjugend Sachsen

Präsentation des Projektes „Starke Kinder im Sport! Training mit Verantwortung“; Kinderschutz im Sportverein.

Präsentation des Projektes „Im Sport verein(t) für Demokratie“; Beratung und Bildung zu demokratischen Strukturen im organisierten Sport.

Kontakt:

Landessportbund Sachsen e.V. /Sportjugend Sachsen
Goyastrasse 2d

04105 Leipzig

E-Mail: richter@sport-fuer-sachsen.de

Webseite: <http://www.sport-fuer-sachsen.de>

Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Der Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V. ist der fachliche Dachverband einer vernetzten Struktur von Vereinen der freien Straffälligenhilfe in Sachsen-Anhalt. In den regionalen Mitgliedsvereinen werden Betreuungs- und Hilfsangebote für Gefährdete, Inhaftierte, Haftentlassene und ihre Angehörigen vorgehalten und eine umfangreiche kriminalpräventive Arbeit geleistet. Gleichzeitig ist der Landesverband ein fachpolitisches Forum für die Mitarbeiter_Innen der freien Straffälligenhilfe, des Sozialen Dienstes und der Justiz. Seit 1990 sichert er durch unterschiedliche Angebote, Arbeitsberatungen, Fortbildungen, Fachtagungen und Supervision, den gegenseitigen Erfahrungsaustausch der Vereine und der persönlichen Mitglieder. Die Erfahrungen aus der Arbeit mit den Trägern und Erkenntnisse aus der Arbeit mit ehemaligen Inhaftierten und ihren persönlichen Biografien waren für den Landesverband Motiv, sich für einen außergerichtlichen Tatausgleich, für frühe, präventive Maßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit und für Präventionsangebote gegen Radikalisierung einzusetzen. Die bestehende Struktur konnte und kann für die inhaltliche Umsetzung von spezifischen Projekten genutzt werden und ermöglicht eine politische und fachliche Lobbyarbeit. Der Landesverband vertritt die Träger der Straffälligenhilfe und ihre Interessen in landesweiten Gremien.

Kontakt:

Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung
Sachsen-Anhalt e.V.
Keplerstraße 9/9a
39104 Magdeburg
E-Mail: ivsbsa@t-online.de

Landesverkehrswacht Sachsen e.V.

Prävention zur Verkehrssicherheit: Reaktionstestgerät, Sehtestgerät, Ablenkungssimulator, Führerscheintest – hier können die Besucher testen, wie reaktionsschnell sie in möglichen Verkehrssituationen sind und wie gut ihr Wissen bezüglich der STVO ist.

Kontakt:

Landesverkehrswacht Sachsen e.V.

Kesselsdorfer Straße 336 b

01156 Dresden

Tel.: 0351 5633030

Fax.: 0351 563 3040

E-Mail: hirsch@lvw-sachsen.de

Webseite: <http://lvw-sachsen.de>

Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz/klicksafe

Die EU-Initiative klicksafe sensibilisiert als deutsches Awareness Centre im Saferinternet.de-Verbund für das Thema Sicherheit im Internet und veröffentlicht Informations-/Unterrichtsmaterialien und richtet sich mit Spots und Kampagnen an PädagogInnen, MultiplikatorInnen in der Medienpädagogik sowie Eltern, Jugendliche und andere interessierte Parteien.

Kontakt:

Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz/klicksafe

Turmstr. 10

67059 Ludwigshafen

E-Mail: faechner@lmk-online.de

Webseite: <http://www.klicksafe.de>

LOVE-Storm: Gemeinsam gegen Hass im Netz

LOVE-Storm ist eine Trainings- und Aktionsplattform für Zivilcourage im Internet. Hasskommentare im Netz werden solidarisch, gewaltfrei und effektiv gestoppt.

LOVE-Storm stellt online Inhalte und Infrastruktur für alle zur Verfügung, die etwas gegen Hass im Netz tun möchten.

Mit einem einstündigen Online-Training werden Grundsätze der Gegenrede vermittelt und Teilnehmer*innen befähigt, in kleinen Teams auf Hasskommentare zu reagieren, um Angegriffene zu stärken, Zuschauende zu aktivieren und den Hass zu stoppen.

Über e-Learning Module, die Auswertung der LOVE-Storm Aktionen im Team sowie Austausch in der Online-Community organisiert LOVE-Storm nachhaltiges und kontinuierliches Lernen und Möglichkeiten zur Selbstorganisation.

Multiplikator*innen können sich in halb- bis ganztägigen Zertifizierungskursen ausbilden lassen, um die LOVE-Storm Online-Trainingsräume für ihre eigene Bildungsarbeit zu nutzen. Sie können ihre Gruppen online trainieren und dann im gewohnten (offline) Rahmen reflektieren.

„LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz“ ist ein Projekt des Bund für Soziale Verteidigung e.V. und wird vom BMFSFJ in der Programmlinie „Demokratie leben!“ sowie Aktion Mensch gefördert. LOVE-Storm ist mit dem Engagementpreis 2017 der FES-Ehemaligen e.V. und dem Community-Award von „Das NETTZ“ ausgezeichnet worden.

Testen Sie das LOVE-Storm Online-Training am Infostand!

Kontakt:

LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz
Salzwedeler Strasse 13

29439 Lüchow

E-Mail: info@love-storm.de

Webseite: <http://www.love-storm.de>

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium des Innern des Landes NRW stellt die NRW-Initiativen „Kurve kriegen“ und „klarkommen!“ vor.

„Kurve kriegen“

Es geht darum, „kriminelle Karrieren“ möglichst frühzeitig zu erkennen und nachhaltig zu verhindern. Bereits seit 2011 geht die Polizei NRW diesen innovativen Weg. Pädagogische Fachkräfte arbeiten eng im Team mit erfahrenen Kriminalbeamten zusammen. Stets wird dabei das gesamte System (Familie, Peer, Schule u.a.) der kriminalitätsgefährdeten Kinder und Jugendlichen einbezogen, um die Passung zwischen kriminalpräventiven Maßnahmen und individuellen Problemlagen (Risikofaktoren als Ursachen für Kriminalität) herzustellen. Die Wirkung und Wirtschaftlichkeit von „Kurve kriegen“ ist wissenschaftlich mehrfach belegt.

„klarkommen!“

Im Fokus stehen kriminalitätsgefährdete junge Zuwanderer. Nachhaltige Einwirkungen auf diese Zielgruppe sind – so die Erfahrungen der Initiative – dank einer individuellen und kultursensiblen Herangehensweise möglich. Hierzu werden zertifizierte Sprach- und Integrationsmittler sowie pädagogische Fachkräfte mit spezifischen Migrationshintergründen gezielt eingesetzt. Im Team mit erfahrenen Kriminalbeamten sorgen sie für den passenden Mix aus Hilfen und im Einzelfall notwendiger Repression. Die Evaluation der Zentralen Evaluationsstelle des LKA NRW bescheinigt sehr positive Wirkungen.

Kontakt:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf
E-Mail: spj@im.nrw.de
Webseite: <http://www.kurvekriegen.nrw.de>

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Präventive Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde des
Landes Sachsen-Anhalt.

Kontakt:

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
Nachtweide 24
39124 Magdeburg
Tel.: 0391-567-3959
Fax.: 0391-567-3960 oder -3999
E-Mail: may.peters@mi.sachsen-anhalt.de
Webseite: www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden Württemberg

Der Informationsstand des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg wird durch das dort angesiedelte Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus Baden-Württemberg (KPEBW) betrieben.

Das KPEBW ist für die zentrale Steuerung und Koordinierung der Maßnahmen der Prävention und Intervention sowie für den Informationsfluss zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren verantwortlich. Kernaufgabe ist es, alle Beteiligten bei der Identifizierung aktueller Problemfelder sowie bei der Umsetzung wirkungsvoller Konzepte zu unterstützen.

Mit der Gründung im Jahr 2015 war das KPEBW dabei zunächst speziell für „islamistischen“ Extremismus zuständig. Mittlerweile wurde das Aufgabengebiet des KPEBW auf sämtliche Formen des politisch und religiös motivierten Extremismus – also auch Rechts-, Links- und Ausländerextremismus – erweitert.

Konkret informiert das KPEBW über sein Aufgabenspektrum, es präsentiert das neu eingerichtete Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad) sowie die Beratungsangebote im Bereich Rechtsextremismus und Islamismus.

Kontakt:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Willy-Brandt-Straße 41
70173 Stuttgart
E-Mail: kpebw@im.bwl.de
Webseite: www.kpebw.de

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.

Das Modellprojekt „RausWege – Deradikalisierung und Prävention in der Resozialisierung“ entwickelt – ausgehend von einer Bedarfserhebung bei Fachkräften der Straffälligenhilfe und der sozialen Dienste der Justiz – Qualifizierungsangebote zur Radikalisierungsprävention und zur Deradikalisierung im Bereich Rechtsextremismus einerseits, sowie zum Umgang mit radikalisierten, straffällig gewordenen Personen andererseits und führt diese durch.

Diese Qualifizierungsangebote werden durch fallbezogene Coachings und Begleitung sowie Unterstützung der Regelstrukturen bei der Entwicklung von Handlungsansätzen und Durchführung von Angeboten und Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung ergänzt. Zudem sollen mit den Straffälligen sowohl im Vollzug als auch nach der Haftentlassung multimethodisch ausgerichtete Trainings und Maßnahmen im Themenkontext Radikalisierung und Rechtsextremismus angeboten und durchgeführt werden. Die gemeinsam erarbeiteten Ansätze fließen in die Arbeit der Regelstrukturen ein. Der Weg zur Legalbewährung wird von Beginn an im Sinne demokratischer und an den Menschenrechten orientierter Werte begleitet. Das MP RausWege wird im Trägerverbund von Miteinander e.V. und dem Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V. durchgeführt und vom BMFSFJ im Rahmen von Demokratie leben! sowie dem MASI im LSA gefördert.

Kontakt:

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.

Erich-Weinert-Straße 30, 39104 Magdeburg

Tel.: 0391 - 620773

Fax.: 0391 - 6207740

E-Mail: net.gs@miteinander-ev.de

Webseite: <http://www.miteinander-ev.de>

Multikulturelles Forum e.V.

Das Multikulturelle Forum e.V. ist eine Migrantenorganisation mit über 30 Jahren Erfahrung in der Förderung des gesamtgesellschaftlichen, interkulturellen Miteinanders.

An sieben Standorten in NRW ist der Verein als Träger der sozialen Arbeit und anerkannter Träger der Jugendhilfe mit Beratungsstellen, Projekten und eigenem Bildungswerk aktiv. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Präventionsarbeit: Durch die enge Zusammenarbeit der Beratungsstelle „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ und der Projekte „Durchblick – Gemeinsam gegen Radikalisierung“ und „Objektiv – Junge Medienmacher mit Durchblick“ bündelt das Forum seine Kompetenzen in den Bereichen Prävention, Beratung, Begleitung und Qualifikation zu einem ganzheitlichen Ansatz.

Das Multikulturelle Forum einem Empowerment-Ansatz, der sowohl Primär- als auch Sekundärprävention umfasst. Beratung und Begleitung zum Thema religiös begründeter Extremismus für Betroffene und ihr Umfeld, die Sensibilisierung von Öffentlichkeit, lokalen Akteuren und Fachstellen zum Themenfeld sowie Workshops und Fortbildungen für SchülerInnen, PädagogInnen/MultiplikatorInnen zu Themen wie Demokratie- und Medienkompetenz, gewaltbereiter Salafismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Gender&Geschlecht, Jugendkulturen und themenbezogene Publikationen sind einige der Angebote des Multikulturellen Forums im Fachbereich Prävention.

Kontakt:

Multikulturelles Forum e.V.

Friedensplatz 7

44135 Dortmund

E-Mail: hoffmann@multikulti-forum.de

Webseite: <http://www.multikulti-forum.de>;

www.wegweiser-dortmund.de

Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster

Kommunale Gewaltprävention von öffentlichen und freien Trägern für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

9 Themenfelder: Cyber-/Mobbing, Sozialkompetenz, Konfliktregelung, Unterrichtskonzepte, sexualisierter Gewalt vorbeugen, Familienkonflikte, Selbstbehauptung, Fortbildungen, Deeskalation und Zivilcourage; Gründung April 1999.

Die 20 Akteure organisieren Veranstaltungen, Tagungen, Stadtteilprojekte und die Aktion Noteingang:

akkku – arbeitskreis konstruktive konfliktkultur; asb – arbeitskreis soziale bildung u. beratung; Beratungs- u. BildungsCentrum Diakonie MS; Krisen- u. Gewaltberatung für Jungen u. Männer Caritasverband MS; Deutscher Kinderschutzbund OV MS; DOJOTEAM - Training gegen Gewalt u. mehr; DRK Landesverband Westfalen-Lippe; Fachstelle Täter-Opfer-Ausgleich im VIP; Fachstelle Sekten- u. Weltanschauungsfragen Bistum MS; FANport Fananlaufstelle MS; Haus Kloppenburg – Team Fair Streiten; Kommissariat Vorbeugung – Polizeipräsidium MS; Kommunales Integrationszentrum MS; pro familia MS; Projekt Kinderschutzportal; Schulpsychologische Beratungsstelle Stadt MS; Amt für Kinder, Jugendliche u. Familien Stadt MS – Jib sowie Kinder- u. Jugendschutz; Gewalt Akademie Villigst Regionalgruppegruppe MS; Wegweiser MS; Zartbitter MS

Nachhaltigkeitspreis von UNESCO und dm; Preisträger BfDT „Aktiv für Demokratie und Toleranz“.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster

Waltrup 27

48341 Altenberge

Tel.: 02505-948445

E-Mail: info@dojoteam.de

Webseite: <http://www.gewaltpraevention-muenster.de>

Netzwerk Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)

Seit 2002 setzt das Trägernetzwerk HSI im Land Brandenburg Maßnahmen der sozialen (Re-)Integration von Haftentlassenen, zur Entlassung anstehender Inhaftierten und haftgefährdeter Menschen um. In den drei Projektfeldern Anlauf- und Beratungsstellen (ABS), Arbeit statt Strafe (ASS) sowie Ambulante, soziale und berufsorientierende Angebote (AM) unterstützen die HSI Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Vielzahl von lokalen und regionalen Kooperationspartnern die Zielgruppen bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit, der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit, der (Re-)Integration in den Bildungs- und Arbeitsmarkt und der Vermeidung erneuter Straffälligkeit. Eine externe Netzwerkkoordination moderiert die handlungsfeldübergreifenden, gemeinsamen Arbeitsstrukturen des HSI Netzwerkes. Ferner wird die stete Entwicklung der fachlichen Arbeit flankiert und der lokale und (über)regionale Dialog der HSI Netzwerkpartner unterstützt.

Arbeitsgrundlage für das HSI-Netzwerk ist die Richtlinie des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) des Landes Brandenburg zur Förderung der Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI). Die Finanzierung setzt sich zusammen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, Landesmitteln des MdJEV sowie anteiliger Ko-finanzierung ausgewählter Kommunen.

Kontakt:

HSI-Netzwerkkoordination Potsdam GbR
Hegelallee 15
14467 Potsdam
Tel.: 0331 / 20 14 89 - 22
E-Mail: claudia.moeller@hsi-zabih.de
Webseite: www.hsi-zabih.de

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Der Infostand soll über das Netzwerk „Zuhause sicher“ als Konzept zur Einbruchprävention informieren. Mitarbeiter des gemeinnützigen Vereins und von Polizeibehörden, die das Konzept nutzen, stehen den DPT-Besuchern für Gespräche zur Verfügung.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ ist ein gemeinnütziger Verein, der auf Initiative von Polizeibehörden zur Förderung der Einbruchprävention ins Leben gerufen wurde. Gestartet 2005 mit 21 Beteiligten, multiplizieren die polizeilichen Präventionsbotschaften inzwischen Polizeibehörden, Kommunen, Handwerk, Handwerksorganisation, Industrie, Finanz- und Versicherungswirtschaft in über 500 Partnerschaften.

Alle Partner engagieren sich für die Begleitung der Bürger auf dem Weg zum sicheren Zuhause – von der polizeilichen Beratung über die handwerkliche Umsetzung bis zur Präventionsplakette. Die an „Zuhause sicher“ beteiligten Versicherer gewähren Plaketteninhabern einen Nachlass in der Hausratversicherung.

Jeder Polizeibehörde und jeder Kommune steht die Nutzung des „Zuhause sicher“-Konzepts offen.

Kontakt:

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Daimlerweg 8

48163 Münster

Tel.: 0251-7051172

Fax.: 0251-705551172

E-Mail: kirsten.huels@zuhause-sicher.de

Webseite: <http://www.zuhause-sicher.de>

Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug des Landes Hessen (NeDiS)

Vorstellung des Projektes „NeDiS“

Im Justizvollzug ergibt sich eine besondere Gefährdungslage für Radikalisierungen aufgrund der schwierigen Lebenssituation mit teilweise problematischen Persönlichkeitsstrukturen auf verhältnismäßig engem Raum.

Um Radikalisierungen zu verhindern, muss mit koordinierten Maßnahmen gegengesteuert werden. Das Hessische Justizministerium hat seit dem 1. April 2016 eine eigene Stabsstelle „NeDiS – Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug“ erfolgreich zur zentralen Steuerung der Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in den hessischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.

Weiterhin wurden inzwischen acht sog. „Strukturbeobachter“ in den größten hessischen Justizvollzugsanstalten etabliert, bei denen Informationen zu Auffälligkeiten in Bezug auf extremistische Neigung von Gefangenen zusammenlaufen und die den Informationsfluss anstaltsintern, aber auch zu den Sicherheitsbehörden und zur Stabsstelle NeDiS sicherstellen. Die Stabsstelle NeDiS ist zuständig für Gefangene sämtlicher Extremismusbereiche im hessischen Justizvollzug, sie ist zentraler Anlaufpunkt und gewährleistet den Informationsfluss auf allen Ebenen.

Im Rahmen der Ausstellung (Infostand) soll die Arbeit der Stabsstelle NeDiS und der Strukturbeobachter im hessischen Justizvollzug vorgestellt werden.

Kontakt:

Hessisches Ministerium der Justiz
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
E-Mail: uwe.roehrig@hmdj.hessen.de

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz

Extremismusprävention des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Extremismus muss entschlossen begegnet werden. Staatliche repressive Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkungskraft nur durch eine begleitende Prävention. Daher bietet der Nds. Verfassungsschutz zielgruppengerechte Präventionsmaßnahmen in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus an, die der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. So entwickelt der Nds. Verfassungsschutz Informationsmaterialien zu den Extremismusphänomenen und stellt auf Anfrage Referentinnen und Referenten, die Vorträge, Workshops und Fortbildungen gestalten.

Im Bereich Rechtsextremismus bietet der Nds. Verfassungsschutz die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“, die schon an vielen Orten in Niedersachsen, insbesondere an Schulen, gezeigt wurde.

Ein weiteres Element der Präventionsarbeit ist das Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“. Dieses richtet sich an alle Ausstiegswilligen sowohl der rechtsextremistischen wie auch der islamistischen Szene.

In der Islamismusprävention bekleidet der Nds. Verfassungsschutz zusammen mit der Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität des LKA Niedersachsen die Geschäftsführung der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI), in der alle staatlichen und staatlich geförderten Nds. Präventionsakteure zusammengeschlossen sind.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport,
Abteilung Verfassungsschutz

Büttenstraße 28
30165 Hannover

Tel.: 0511 - 6709 215

E-Mail: praevention@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

Oliver Böttcher und Johannes Kinscher GbR

Seit 1995 treiben in ganz Deutschland Telefonbetrüger ihr Unwesen. Die bekanntesten Maschen dabei sind der Enkeltrickbetrug, Gewinnspiele und Abonnementfallen. Seit einigen Jahren gibt es zudem die Betrugsmasche „falsche Polizeibeamte“. Alleine im 1. Halbjahr 2017 wurde diese über 7000 Mal in NRW zur Anzeige gebracht.

Wir beabsichtigen die Vermarktung und Weiterentwicklung eines neuen Präventionskonzepts zur Verhinderung telefonisch angebahnter Betrugsdelikte bei Senioren. Dazu wurde ein Gerät entwickelt, welches zwischen Telefon und Telefonanschluss der zu schützenden Person angeschlossen wird. Es verfügt über mehrere Schutzniveaus, welche individuell auf jede Person abgestimmt werden können. Je nach Schutzniveau werden die oben genannten Betrugsdelikte verhindert oder deutlich erschwert. Unser Konzept sieht eine altersgerechte einfache Bedienbarkeit und Zertifizierungen von Prüfinstituten und Opferverbänden vor.

Die Funktionalität unseres Geräts berücksichtigt dabei alle derzeit bekannten Betrugsmaschen und Arten von Lock- und Werbeanrufen. Außerdem kann es in Zukunft auf neue Betrugsarten angepasst werden.

Zudem möchten wir ein Sicherheitsnetzwerk etablieren, bei dem sich unsere Geräte gegenseitig vor betrügerischen Anrufen schützen.

Kontakt:

Oliver Böttcher und Johannes Kinscher GbR
Gütersloher Str. 245
33161 Hövelhof
E-Mail: oliver.boettcher90@hotmail.de

Opferhilfe Sachsen e.V.

Info- und Anschauungsmaterial zur Opferhilfe/Opferschutz
(Flyer, Sachbericht, RollUp ect.).

Kontakt:

Opferhilfe Sachsen e.V.

Heinrichstraße 12

01097 Dresden

E-Mail: gf@opferhilfe-sachsen.de

Webseite: <http://www.opferhilfe-sachsen.de>

Papilio e.V.

Papilio-3bis6 – ein Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention.

Papilio-3bis6 macht Prävention in Kindertagesstätten. Das Programm fördert die psychosoziale Gesundheit der Kinder und beugt damit Gewalt und Sucht im Jugendalter vor.

Das Papilio-Kindergartenprogramm erreicht nachgewiesenermaßen zwei Ziele:

Es vermindert Verhaltensprobleme (z.B. aggressives Verhalten, soziales Rückzugsverhalten) und fördert prosoziales Verhalten und sozial-emotionale Kompetenz. Damit greift Papilio so frühzeitig ein, dass sich Verhaltensprobleme erst gar nicht verfestigen können. Verhaltensprobleme gelten als zentraler Risikofaktor für die Entwicklung von Sucht und Gewalt.

Papilio-3bis6 richtet sich an Kinder, Eltern und ErzieherInnen gleichermaßen. Es wird nicht von externen Kräften, sondern von im Programm fortgebildeten ErzieherInnen in den Kita-Alltag integriert. Diese fördern die Kinder mit spielerischen Maßnahmen und beziehen die Eltern mit ein. Zum Kindergartenprogramm gibt es ein Integrationsmodul, das 2016 mit Förderung des Deutschen Forums Kriminalprävention entwickelt wurde.

In einer mehrjährigen Studie (ALEPP, Kooperation mit der FU Berlin) wurde mit 700 Kindern, deren Eltern und ErzieherInnen die Wirksamkeit und Machbarkeit des Programms überprüft. Sie weist nach, dass Papilio-Kinder signifikant höhere sozial-emotionale Kompetenzen und signifikant weniger Verhaltensprobleme zeigen.

Kontakt:

Papilio e.V.

Ulmer Straße 94

86156 Augsburg

E-Mail: nicole.fichtner@papilio.de

Webseite: <http://www.papilio.de>

Polizei Berlin

Die Polizei Berlin präsentiert ausgewählte Projekte, Programme und Maßnahmen der polizeilichen Kriminalprävention:

- Tec SOS (Einsatz mobiler SOS-Endgeräte bei hoch gefährdeten Frauen, die Opfer von akuter Gewalt durch Beziehungspartner geworden sind)
- Messer machen Mörder (Ein polizeiliches Unterrichtsangebot für Oberschüler*innen)
- Präventionsmaßnahmen zu den Deliktphänomenen Taschen- und Fahrraddiebstahl (Sprüschablone, OPG Tasche, Fahrradkennzeichnung/-datenbank)
- (K)ein Kinderspiel (Präventionstheaterprojekt gegen sexuellen Missbrauch)
- NEIN zu Gewalt–egal wo! (Das Präventionsprojekt für Schüler*innen der 7.–9. Klasse hat zum Ziel, durch Aufklärungsarbeit auf die vielfältigen Erscheinungsformen von Gewalt hinzuweisen und Hilfestellungen zur Bewältigung von Konflikten anzubieten)
- Polizeiliche Prävention mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (Durchführung von Workshops)

Die Zentralstelle für Prävention verfügt über feste Ansprechpersonen für LSBTI und für interkulturelle Aufgaben, die allen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner*innen zu allen polizeibezogenen Fragen zur Verfügung stehen. Die Polizei Berlin berät im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention (SKP) bei der kriminalitätsvorbeugenden Gestaltung von Plätzen, Grünanlagen, Wohnquartieren, Gewerbeansiedlungen und Gebäuden.

Kontakt:

Polizei Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin
E-Mail: lkapraev1@polizei.berlin.de
Webseite: <http://www.polizei.berlin.de>

Polizei Mönchengladbach

„Kopfsache“ ist ein Projekt der Primärprävention im Bereich extremistischer Salafismus und islamistischer Terrorismus. Es wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Mönchengladbach, dem Fachbereich Schule und der Polizei Mönchengladbach entwickelt.

Vorrangiges Ziel des Projektes ist nicht die Deradikalisierung, sondern die Resistenzerhöhung von Jugendlichen im Alter von 14–19 Jahren, gegenüber Anwerbeversuchen der salafistisch-islamistischen Szene, durch eine ca. 90 minütige Veranstaltung an Schulen. Die Veranstaltung ist mit Blickwinkel auf einen ganzheitlichen und auf Nachhaltigkeit ausgelegten Ansatz in eine schulische Vor- und Nachbereitung im Rahmen von Projektwochen eingebettet. Hierbei wird, neben der reinen Sachinformationsebene, ein Schwerpunkt auf die emotionale Erreichbarkeit der Zielgruppe gelegt und durch den Einsatz von Video-/Tonsequenzen (z.B. Geräuschkulisse Bataclan/Paris zum Zeitpunkt des Anschlages), dem Vortrag eines Aussteigers aus der Szene, eines Islamwissenschaftlers und einer Mutter, einer in den Salafismus abgerutschten Tochter, forciert.

Im Anschluss an die Veranstaltung wird der Zielgruppe die Gelegenheit gegeben, mit den Vortragenden in Interaktion zu treten. „Kopfsache“ wurde bereits in Haupt-, Real- und Gesamtschulen, sowie Berufskollegs und Gymnasien durchgeführt. Eine Evaluation durch Polizei MG / ZEVA LKA NW und Schule MG war ausnahmslos positiv.

Kontakt:

Polizei Mönchengladbach

Theodor-Heuss-Straße 149

41065 Mönchengladbach

E-Mail: Detlev.Bossbach@polizei.nrw.de

Webseite: <https://moenchengladbach.polizei.nrw.de>

Polizei Sachsen

Polizeiliche Prävention im Freistaat Sachsen

Auf dem Stand der Polizei Sachsen wird ein Querschnitt der polizeilichen Präventionsarbeit im Freistaat Sachsen gezeigt. Neben der Darstellung der vielfältigen Präventionsthemen, wird die Frage "WIE funktioniert polizeiliche Prävention im Freistaat Sachsen?" ein Schwerpunkt des Messestandes sein.

Die Ausstellungsbesucher werden insofern:

- einen Überblick über das Angebot der polizeilichen Prävention im Freistaat Sachsen erhalten,
- einen Einblick in die qualitätssichernden Instanzen polizeilicher Präventionsarbeit bekommen und
- die Möglichkeit haben, mit kompetenten Ansprechpartnern zum Thema „Polizeiliche Prävention“ ins Gespräch zu kommen

Im weiteren Kontext der Ausstellung wird es auch um das Thema „Migration/Integration“ und dessen Einbindung in die polizeiliche Präventionsarbeit gehen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontakt:

Landeskriminalamt Sachsen

Neuländer Str. 60

01129 Dresden

Tel.: 0351 855-2309

Fax.: 0351 855-2390

E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.sachsen.de>

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Nord

Die Jugendberatung bei der Polizei (JuBP) beinhaltet die Arbeit von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in allen Polizeirevieren des Landes Sachsen-Anhalt. Die JugendsozialarbeiterInnen arbeiten bei der Polizei seit 1993 mit den Methoden/Schlüsselprozessen.

Die Arbeit der JuBP umfasst u.a. sozialpädagogische Krisenintervention, Beratung der Eltern und Dritter, adressatenorientierte Präventionsarbeit. Klientel sind unter Tatverdacht stehende Kindern, Jugendliche und Heranwachsende bis 21 Jahren. Die Fachaufsicht hat u.a. das Ministerium für Soziales, Gesundheit, die Dienstaufsicht das Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt. Die Arbeit der JuBP findet vor dem jugendrichterlichen Verfahren statt.

JuBP-Angebote sind:

- spontane Schadenswiedergutmachungen
- Vermittlungen an Fachdienste im kommunalen Netzwerk
- Vermittlung in das Schüलगremium (Schülergericht Ausgleichsgespräche bei Gruppendedikten
- persönliche Entschuldigungsgespräche am Tatort
- Vermittlungen und Begleitungen zu Sport-, Kunst- und Kulturvereine

u.v.a.m.

Kontakt:

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Nord

Sternstr. 12

39104 Magdeburg

Tel.: 03915461519

Fax.: 03915461669

E-Mail: rainer.bode@polizei.sachsen-anhalt.de

Polizeipräsidium Karlsruhe

Das Präventionsprojekt „Schutzengel Pforzheim Enzkreis Calw“ besteht seit dem Jahr 2008. Inzwischen wurden knapp 4.000 junge Menschen in Workshops zu Schutzengeln ausgebildet. Bei diesem nachhaltigen, Peergroup orientierten Langzeitprojekt wird auf Verantwortung der jungen Menschen gesetzt. Die Projektteilnehmer setzen sich nach der Ausbildung zum Schutzengel in ihrem persönlichen Umfeld für die Projektziele (Verkehrs-)Sicherheit, Zivilcourage und weniger Gewalt ein. Als Gegenleistung erhalten die Schutzengel u. a. kostenlosen Zugang zu Erste-Hilfe-Kursen, Fahrtsicherheitstrainings, Kletterworkshops, vergünstigte Einkaufsmöglichkeiten und vieles mehr.

Durch gemeinsame Veranstaltungen und Events wird die Gemeinschaft verbessert und die Projektziele werden nachhaltig platziert. Das Projekt setzt auf ein umfangreiches Netzwerk aus Polizei, Behörden, Banken, dem Handwerk und der Industrie.

Kontakt:

Polizeipräsidium Karlsruhe

Bahnhofstraße 13

75172 Pforzheim

Tel.: 07231 186-1278

E-Mail: Jochen.Merkle@polizei.bwl.deWebseite: www.schutzengel-pforzheim.de

Polizeipräsidium Mittelhessen

BOB-Initiativen in Deutschland:

„Aktion BOB“ aus Mittelhessen

Wer oder was ist „BOB“?

„BOB“ ist die Person mit der Verantwortung für das Fahren; die Person, die keinen Alkohol trinkt und keine Drogen nimmt. Dank „BOB“ können die Übrigen auf einer Party feiern und trinken. „BOB“ bringt sich und seine Freunde sicher nach Hause. „BOB“ stellt das Verantwortungsbewusstsein gesellschaftlich auf eine höhere Stufe.

Erkennungszeichen von „BOB“ ist ein gelber Schlüsselanhänger mit BOB-Schriftzug. „BOB“ kann jeder sein, egal ob Mann oder Frau, ob jung oder alt. „BOB“ spricht grundsätzlich alle Verkehrsteilnehmer an, richtet sich aber wegen der überproportional hohen Unfallbeteiligung primär an die jungen Fahrer im Alter von 18 – 24 Jahren.

Seit 2007 wird dieses Konzept im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen umgesetzt. Von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit sind dabei die Workshops in Oberstufenschulen, Ausbildungsbetrieben etc., in denen junge Verkehrsteilnehmer anzutreffen sind. In diesen Workshops werden die zielgruppenspezifischen Gefahren im Straßenverkehr (Alkohol, Drogen, Ablenkung etc.) bearbeitet.

Der Erfolg der Aktion BOB wurde nach über 5-jähriger Laufzeit durch eine Evaluationsstudie der Justus-Liebig-Universität Gießen im Jahr 2012 bestätigt.

„BOB“ ist in Deutschland weit verbreitet und über eine gemeinsame Homepage unter www.bob-deutschland.de zu finden.

Kontakt:

Polizeipräsidium Mittelhessen

Karl-Glöckner-Straße 2

35394 Gießen

Tel.: 0641-7006-3810

Fax.: 0641-7006-3809

E-Mail: aktion-bob.ppmh@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.bob-mittelhessen.de>

Polizeipräsidium Trier

Aktion gegen Alkohol am Steuer

BOB ist der Fahrer, der nach Absprache mit seinen Freunden keinen Alkohol trinkt und sie nach der Party, dem Fest oder dem Kneipenbesuch sicher nach Hause fährt. BOB weiß: Alkohol am Steuer geht gar nicht! BOBs werden sogar für ihr Verhalten belohnt. Wer den gelben Schlüsselanhänger oder den BOB Wallpaper auf dem Smartphone in einem BOB Lokal vorzeigt bekommt ein Freigetränk oder sogar mehr! Lasst euch überraschen! Besorge Dir den BOB-Schlüsselanhänger oder lade den Wallpaper und mach mit!

Seit 2009 wird dieses Konzept im Bereich des Polizeipräsidiums Trier umgesetzt. Von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit sind dabei die Workshops in Schulen, Ausbildungsbetrieben etc. In diesen Workshops werden die zielgruppenspezifischen Gefahren im Straßenverkehr bearbeitet, bei denen die Folgen von Alkohol- und Drogengenuss den Schwerpunkt bilden.

Der Erfolg der Präventionskampagne „BOB-Trier“ wurde durch einen Forschungsbericht, des Landesinstitutes für Präventives Handeln im Saarland, im Jahre 2013 bestätigt.

BOB ist in Deutschland weit verbreitet und über eine gemeinsame Homepage unter www.bob-deutschland.de zu finden.

Kontakt:

Polizeipräsidium Trier
Gneisenaustraße 40
54294 Trier
E-Mail: info@bob-trier.de
Webseite: <http://www.bob-trier.de>

Prävention 2.0 e.V.

Wir präsentieren unsere Projekte „Law4school“ und „Bundesjugendkonferenz Medien“. Die Projekte dienen der Prävention von Cybermobbing, Sexting u.a.

Das Projekt „Law4school“ ist bundesweit nutzbar. Schulen von Flensburg bis Lindau am Bodensee und auch deutsche Schulen in Polen, Bulgarien und Serbien haben dieses Angebot bereits genutzt. Im Zeitraum 2014 bis Mitte 2017 wurden 750 Webinare durchgeführt mit insgesamt ca. 45.000 Teilnehmern.

Die Bundesjugendkonferenz Medien findet seit 2015 mit Unterstützung der Techniker Krankenkasse jährlich in Rostock statt und richtet sich an Medienscouts bundesweit. Im März 2018 besuchen 300 Teilnehmer die Konferenz.

Und ganz aktuell stellen wir unser Medienscout-Portal vor (<http://medienscout-portal.de>), das alle Medienscouts in Deutschland vernetzt und ihnen Hilfestellung bei ihrer Arbeit bietet.

Kontakt:

Prävention 2.0 e.V.

Rosa-Luxemburg-Str. 25/26

18055 Rostock

Tel.: 0381242430

Fax.: 03812424333

E-Mail: info@praeventionsverein-medien.de

Webseite: <https://praeventionsverein-medien.de>

Prävention im Team – PiT Sachsen

Der Arbeitsansatz „Prävention im Team“ (PiT) in Sachsen basiert auf der Methode „Communities that care“ (CTC).

Es handelt sich um eine präventive Strategie gegen deviantes Verhalten von Kindern und Jugendlichen, die aus den USA stammt. Den Kern bildet die Annahme, dass es für spezifisches Problemverhalten, wie bspw. Gewalt, Alkohol-/Drogenkonsum, Depressionen und Mobbing, genau ermittelbare Umstände gibt, die dieses Verhalten fördern oder ihm entgegenwirken.

Ziel von PiT ist es, diese Gemengelage s. g. Schutz- und Risikofaktoren in einem bestimmten Gebiet zu ermitteln und durch die stabile Kooperation der entscheidenden Behörden & Träger, mit Hilfe geeigneter Programme & Projekte die Risiken zu verringern sowie den Schutz zu stärken.

Hierfür werden nicht nur die Kinder und Jugendlichen selbst in die strategische Betrachtung einbezogen, sondern auch alle Akteure, die mit deren Erziehung und Ausbildung in Verbindung stehen. Nach Niedersachsen hat auch Sachsen diesen Ansatz eingeführt und stützt sich dabei auf die Erfahrungen des LPR Niedersachsen.

An den Schülerbefragungen haben sich bereits weit über 20.000 Kinder/Jugendliche/Lehrer beteiligt (Gymn., Ober-, Förder- und berufsbb. Schulen). Die Behörden einer Region (Landesamt für Schule und Bildung, Kommune, Polizei) arbeiten im Themenkomplex Prävention stabil und verbindlich auf Basis einer Kooperationsvereinbarung zusammen.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

Wilhelm-Buck-Str. 4

01097 Dresden

Tel.: 0351-5643090

Fax.: 0351-5643099

E-Mail: sven.forkert@smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.sachsen.de>

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen und wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb verfolgt das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären.

Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen und andere Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u. a. um Gewalt-, Drogen- oder Diebstahlsprävention. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen – von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten. Aktuelle Handlungsfelder sind die Prävention von politisch motivierter Kriminalität, die Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien und die bundesweite Kampagne mit der Wirtschaft zum Einbruchschutz: „K-Einbruch“. Zudem kam 2017 das Thema Opferschutz hinzu.

Kontakt:

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

E-Mail: harald.schmidt4@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

Respekt! – Die Stiftung & Hirnkost KG

„Respekt! Die Stiftung zur Förderung von jugendkultureller Vielfalt und Toleranz, Forschung und Bildung“ wurde 2011 vom Vereinsvorstand des Berliner Archiv der Jugendkulturen e. V. gegründet mit dem Ziel, langfristig und kontinuierlich die Erforschung, Sammlung, Aufbereitung und Vermittlung von Wissen über jugendliche Lebenswelten zu fördern und die Existenz des Archivs zu sichern.

Die Hirnkost KG – bis 2016 Archiv der Jugendkulturen Verlag – entstand 2003 ebenfalls aus dem Archiv heraus mit dem Ziel, die Erkenntnisse des Archivs und anderer zu Jugendkulturen eigenverantwortlich und kontinuierlich zu publizieren.

Auf dem Info- und Bücherstand werden wir aktuelle und inhaltlich relevante Publikationen aus unserer Arbeit präsentieren und über die aktuellen Projekte der Stiftung – wie den seit 2017 vergebenen European Youth Culture Award und das soeben beendete einjährige Projekt zu jungen Geflüchteten aus Syrien – informieren.

Kontakt:

Respekt! – Die Stiftung & Hirnkost KG

Lahnstraße 25

12055 Berlin

E-Mail: farin@respekt-stiftung.de

Webseite: <http://respekt-stiftung.de/wer-wir-sind/>;

<http://eycablog.respekt-stiftung.de/en/>;

<https://shop.hirnkost.de/>

Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Die „Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus“ unterstützt rechtsextrem gefährdete Jugendliche in Hessen durch Sozialpädagogische Einzelfallhilfen und Formen der Offenen Jugendarbeit. Es besteht ein Angebot der Beratung für Angehörige, des Coachings für Fachkräfte in der Jugendarbeit und an Schulen sowie der Unterstützung zum Umgang mit Hate Speech und Cyber-Mobbing in Sozialen Medien. Angebote für den Jugendstrafvollzug und der Bewährungshilfe befinden sich im Aufbau.

Das „Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus“ (HKE) koordiniert und vernetzt seit 2013 die landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen mit einem phänomenübergreifenden sowie in einem ressort- und organisationsübergreifenden Ansatz.

IKARus, das „Informations- und Kompetenzzentrum-Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ bietet Ihnen die Möglichkeit Einblicke in die praktische Arbeit eines Aussteigerprogramms für ausstiegswillige Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund zu nehmen. Erfahren Sie, wie rechtsextreme Karrieren beendet und konkrete, individuelle Hilfeangebote unterbreitet werden können.

Wir freuen uns gemeinsam auf ihren Besuch!

Kontakt:

Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus /
St. Elisabeth-Verein e.V.

Hermann-Jacobsohn-Weg 2

35039 Marburg

Tel.: 06421-8890998

E-Mail: t.niebling@elisabeth-verein.de

Webseite: <http://www.rote-linie.net>

**Ruhr-Universität Bochum – Juristische
Fakultät – Lehrstuhl für Kriminologie,
Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft**

Informationsstand zum Masterstudiengang „Kriminologie,
Kriminalistik und Polizeiwissenschaft“

Kontakt:

Ruhr-Universität Bochum – Juristische Fakultät – Lehrstuhl
für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft
Massenbergstraße 11 – „Bochumer Fenster“ 7/06
44787 Bochum

E-Mail: makrim@rub.de

Webseite: <http://www.makrim.de>

Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V.

Vorstellung der Aufgaben und Ansätze zur Koordinierung Suchthilfe / Suchtprävention in Sachsen.

Kontakt:

Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e. V. /
Fach- und Koordinierungsstelle Suchtprävention Sachsen
Glacisstraße 26
01099 Dresden
E-Mail: rilke@slsev.de
Webseite: <http://www.slsev.de>
www.suchtpraevention-sachsen.de

Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V.

Die Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V. (SLfG)

Die SLfG mit Geschäftsstelle in Dresden wurde 1990 gegründet und ist ein gemeinnütziger, politisch und konfessionell unabhängiger Verein mit einem ehrenamtlich arbeitenden Vorstand, besetzt mit Vertretern des sächsischen Gesundheitswesens. 55 Organisationen sind zur Zeit Mitglieder der SLfG, darunter Berufsverbände, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsämter, Gesundheitsverbände, Krankenkassen, med. Einrichtungen, Ministerien, Rentenversicherungsträger, Stadtverwaltungen und Landratsämter, Wohlfahrts- und Hilfsorg. sowie Einzelmitglieder.

Die SLfG ist in bundes- und landesweiten Gremien aktiv.

Schwerpunkte der Arbeit liegen in der Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit, Gesundheitsförderung älterer Menschen, der intergenerativen Gesundheitsförderung und entsprechenden Aktivitäten im kommunalen Bereich sowie in der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Auf dem DPT möchte die SLfG die Arbeitsbereiche der Geschäftsstelle und die Geschäftsstelle der Landesrahmenvereinbarung (LRV), welche ebenfalls an der SLfG angesiedelt ist, vorstellen.

Die Inhalte der Gesundheitsziele wurden in die LRV überführt und erste von den Akteuren der LRV gemeinsam getragene und finanzierte Projekte werden in Sachsen umgesetzt.

Weitere Infos finden Sie unter www.slfG.de/geschaeftsstelle-lrv/

Kontakt:

Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V.

Könneritzstraße 5

01067 Dresden – Altstadt

Tel.: 0351-501936-00

E-Mail: post@slfg.de

Webseite: <https://www.slfG.de/>

Sächsisches Landesgymnasium Sankt Afra

In Zusammenarbeit mit dem Chefarzt (Facharzt für Suchtmedizinische Grundversorgung) Sven Kaanen von der Evangelischen Fachklinik Heidehof (Fachklinik Weinböhlen, Behandlung von Abhängigkeitserkrankungen) wurde ein Pilotprojekt zur Suchtprävention, für die im Internat lebenden Schüler, gestartet.

Herr Kaanen übernimmt eine fachkundige „Grundausbildung“ der sogenannten „Schülermediatoren“ zum Thema Sucht. Die Schüler lernen ortsansässige Kooperationspartner (Fachklinik Weinböhlen, Suchtberatungsstelle Meißen, ambulante Drogenfachkraft, betreutes Wohnheim für betroffene Mütter, Suchtstation Arnsdorf) kennen.

Das Ziel besteht darin, im Ernstfall in vertrauten Peergroups untereinander schnell und effektiv Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten vermitteln zu können.

Zusätzlich leisten die Schülermediatoren im zweiten Teil (nach der Grundausbildung) einen sozialen Dienst (Service) bei einem der Kooperationspartner ab, um weitere hautnahe Eindrücke zum Thema Sucht zu bekommen und damit die Sinne für die Prävention zu schärfen.

Das Pilotprojekt soll bei uns an der Schule zukünftig fest ins Präventionskonzept integriert werden.

Erste Erfahrungen wollen wir gern gemeinsam mit Herrn Kaanen und den Schülermediatoren zum Präventionstag präsentieren und reflektieren.

Kontakt:

Sächsisches Landesgymnasium Sankt Afra

Freiheit 13

01662 Meißen

E-Mail: madlen.albrecht@st-afra.smk.sachsen.de

Webseite: <http://www.sankt-afra.de>

Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e. V.

Das SUFW Dresden e. V. ist seit 1990 ein anerkannter Anbieter von Aus- und Weiterbildung, Berufsorientierungs-, Berufsvorbereitungs-, Umschulungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.

Wir kooperieren mit der Agentur für Arbeit Dresden, dem Jobcenter Dresden, Betrieben, den zuständigen Stellen, Berufsschulen, örtlichen Verbänden, Beratungsstellen und sonstigen Netzwerkpartnern im Sinne des umfassenden Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2015. Das SUFW ist zertifiziert und entspricht den Anforderungen des § 84 SGB III sowie der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZAV) – Anerkennungsstelle der Bundesagentur für Arbeit zur Durchführung von:

- Erstausbildung im Auftrag der Agentur für Arbeit/Jobcenter Dresden
- Überbetriebliche Ausbildung im Auftrag regionaler Bauunternehmen
- Umschulungs-, Trainings-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Auftrag der Agentur für Arbeit / Jobcenter Dresden
- Beschäftigungs- und insbesondere Vermittlungsmaßnahmen im Rahmen der Förderung des Europäischen Sozialfonds
- Vielfältige Projekte der Jugendgerichtshilfe Dresden, u. a. Verkehrstrainingskurs, Werkpädagogisches Angebot „SiSi“ bzw. „BOSS“, Mutter-Kind-Gruppe, Schadenswiedergutmachung, Indus – Integration durch Sprache, Kooperation mit der DVB – „S.T.A.F.F.-PD“

Kontakt:

Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e. V.
Am Lehmberg 52
01157 Dresden
E-Mail: u.gries@sufw.de
Webseite: <http://www.sufw.de>

Schule am Weißerplatz

An der Schule am Weißerplatz wird das Schülermultiplikatorenprojekt „FREE YOUR MIND“ von speziell ausgebildeten Schülermultiplikatoren umgesetzt.

Die Schülermultiplikatoren agieren in den drei Bereichen „Stark ohne Drogen“, „Klassenklima“ und „Wohlfühlen“ und entwickelt für diese Themenbausteine spezifische Projekte und Programme, die in den Klassen durchgeführt werden.

Unterstützt werden sie von 2 Schulkoordinatoren sowie dem Team von FREE YOUR MIND Leipzig (<http://freeyourmind-leipzig.de/>).

Es wäre der Gruppe ein Anliegen, beim Präventionstag Einblick in ihre Arbeit geben zu können, indem sie etwa Teile aus einem Stationenworkshop oder eigens erstelltes methodisches Material und Informationsangebote präsentieren.

Kontakt:

Schule am Weißerplatz
Ferdinand-Jost-Straße 33
04299 Leipzig

Tel.: 015151090463

E-Mail: sandraschicht@aol.com

Webseite: <http://www.schule-am-weisseplatz.de/>

Solviteers Software GmbH

Unsere WIZportal Software unterstützt Sie bei der Dokumentation und Durchführung Ihrer Präventionsmaßnahmen.

Die Solviteers Software GmbH bietet eine innovative und flexible Fallmanagement Software für den Sozialmarkt an. Unsere WIZportal Software wird von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie Anbietern von betrieblichen Gesundheitsmanagement und Präventionsmaßnahmen genutzt. Die Software kann an die spezifischen Bedürfnisse jeder Einrichtung angepasst werden. Flexible Fragebögen, spezifische Fragebogenvorlagen und Hilfepläne unterstützen die Arbeit von Pädagogen und Beratern. WIZportal deckt die gesamte Klienten- und Dokumentenverwaltung inkl. Termin- und Erinnerungsfunktionen ab. Gleichzeitig erfüllt unsere Software die Vorgaben der Europäischen Datenschutzverordnung.

Nutzen Sie WIZportal, um Ihre Präventionsarbeit besser zu koordinieren und zu überwachen.

Kontakt:

Solviteers Software GmbH

Roder Weg 6

52072 Aachen

Tel.: 02417508150

Fax.: 024175081510

E-Mail: simone.peters@solviteers.de

Webseite: <http://www.wizportal.de>

Stadt Leipzig

Präsentation des Kommunalen Präventionsrates Leipzig, des Jugendberufshilfeangebots „Netz kleiner Werkstätten“ und des Leipziger Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking.

Kontakt:

Stadt Leipzig
Prager Straße 136
04317 Leipzig
E-Mail: kpr@leipzig.de
Webseite: www.leipzig.de/kpr

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen wurde 2001 als Stiftung bürgerlichen Rechts von der Niedersächsischen Landesregierung eingerichtet. Sie gewährt Opfern von Straftaten außerhalb gesetzlicher Ansprüche und über die Leistungen anderer Opferhilfeeinrichtungen hinaus materielle Hilfen und fördert die Opferhilfe auch als gesamt gesellschaftliche Aufgabe.

Die 11 Opferhilfebüros in Niedersachsen leisten mit hauptamtlichen Fachkräften die notwendige respektvolle Unterstützung, Betreuung und Beratung der Opfer.

Die Opferhelferinnen und Opferhelfer:

- leisten Krisenintervention,
- begleiten Opferzeuginnen und -zeugen zu ihrer Zeugenaussage im Strafprozess,
- begleiten zu Behörden, Ärztinnen und Ärzten, Anwältinnen und Anwälten oder zur Polizei,
- unterstützen bei Anträgen,
- vermitteln bei Bedarf weitergehende Hilfe und Beratung, wie z.B. Traumatherapie,
- bieten psychosoziale Prozessbegleitung an,
- beraten bei Bedarf auch online.

Alle Hilfemöglichkeiten der Opferhilfebüros können auch von Opfern in Anspruch genommen werden, die keine Strafanzeige erstattet haben.

Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich, auf freiwilliger Basis und auf Wunsch auch anonym. Hausbesuche oder Beratungen an neutralen Orten sowie eine Online-Beratung sind möglich.

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen kann auch finanziell unterstützen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter

www.opferhilfe.niedersachsen.de

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Mühlenstraße 5

26122 Oldenburg

E-Mail: opferhilfe@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.opferhilfe.niedersachsen.de>

Stiftungsfonds Neues Tschechien

Das Projekt „Revolution Train“ ist ein Projekt der Drogenprävention in der Tschechischen Republik und in Deutschland.

Der „REVOLUTION TRAIN“ ist ein multimedialer mobiler Zug, der in interaktiver Form eine ganz neue Auffassung der Prävention für ausgewählte Zielgruppen – insbesondere für Kinder und Jugendliche im Alter von 12 – 17 Jahren – ermöglicht. Durch die Aktivierung aller menschlichen Sinne ist es möglich, auf die Persönlichkeit des Besuchers äußerst effektiv einzuwirken und seine Sicht der legalen und illegalen Suchtmittel zu beeinflussen.

Mit anonymen Fragebögen wird der Besuch des Zuges ausgewertet. Das Programm soll in die jeweiligen Angebote vor Ort nachhaltig integriert werden. Insbesondere wird Wert auf eine Nachbereitung in den Schulen gelegt, die bis zu drei Unterrichtssequenzen beinhaltet.

Seit 2015 haben mehr als 55.000 Besucher in 63 Städten das Programm besucht, davon 15.000 Besucher in Deutschland (Sachsen, Thüringen und Bayern).

Im Rahmen des 23. Deutschen Präventionstages in Dresden wird die Studie der deutschen Version des Zuges – VERSION 2.0 – vorgestellt. Der derzeit verkehrende REVOLUTION TRAIN soll in einem Dresdner Bahnhof den Kongressteilnehmern zugänglich sein.

Weitere Informationen folgen vor Ort. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter ist seit 2017 Kooperationspartner und fachlicher Berater zur Entwicklung der deutschen Version des Zuges.

Kontakt:

Stiftungsfonds Neues Tschechien

Veverkova 9

170 00 Prag

E-Mail: jonson@revolutiontrain.cz

Webseite: <http://www.revolutiontrain.de>

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Die theaterpädagogische werkstatt (tpw) entwickelt seit 1994 Präventionsprogramme zu den Themen sexualisierte Gewalt, Sucht, Cybermobbing, Toleranz und allgemeine Erziehungsfragen. Theaterpädagogische Projekte und Workshops für unterschiedliche Zielgruppen (u. a. zu Inklusion, Integration, Persönlichkeitsstärkung) ergänzen das Angebot. Mit mehr als 170 MitarbeiterInnen ist sie bundesweit an Schulen und Bildungseinrichtungen im mobilen Einsatz. Ein Grund für die bedeutende Stellung der tpw im Bereich Präventionstheater liegt in der engen Zusammenarbeit mit Spezialisten der jeweiligen Fachgebiete. So kann der aktuelle Stand in der Präventions- und Therapiearbeit bei der Aufnahme neuer Themen und Darstellungsformen Berücksichtigung finden.

Aktuelle Präventionsprogramme:

- Nein-Gefühle: Die große Nein-Tonne, letztes Kindergartenjahr, 1. u. 2. Klasse
- Sexualisierte Gewalt: „Mein Körper gehört mir!“, 3. u. 4. Klasse
- „Ich werde es sagen!“, ab 9. Klasse
- Ja! und Nein! Und lass das sein!, für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung
- (K)ein Anderer, für Fachtagungen etc. Thema Pädophilie
- Sexuelle Übergriffe: EinTritt ins Glück, ab Klasse 7
- Sucht und Cybermobbing: „Natürlich bin ich stark!“, Kl. 6-8
- Erziehung: Eltern sein – ein Kinderspiel?! , für Eltern von Kindergartenkindern
- Demokratie und Toleranz: Crossover – Lasst uns froh und bunter sein!, für Menschen ab 15 Jahren

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15 – 17

49080 Osnabrück

Tel.: 0541 5805463-0

Fax.: 0541 5805463-33

E-Mail: kontakt@tpw-osnabrueck.de

Webseite: <http://www.tpw-osnabrueck.de>

Triple P Deutschland GmbH

Kommunale Prävention mit Triple P

Triple P ist ein evidenzbasierter Ansatz zur Stärkung elterlicher Beziehungs- und Erziehungskompetenz.

In ca. 580 wissenschaftlichen Publikationen aus 25 Ländern zeigt sich seine positive Wirkung auf Erziehungsverhalten, Emotionen und Verhalten der Kinder, Misshandlung und Inobhutnahmen.

Mit Triple P steht ein umfangreiches, flexibles System von Materialien, Beratungen und Kursen zur Verfügung. So können Fachkräfte, die zu ihrer Arbeitsweise passende Fortbildung auswählen. Es eignet sich hervorragend für eine berufsgruppen- und sektorenübergreifende Implementation in der ganzen Kommune.

Kontakt:

Triple P Deutschland GmbH

Nordstr. 22

48149 Münster

E-Mail: lohmann@triplep.de

Webseite: <http://www.triplep.de>

Ufuq e.V.

Ufuq e.V. ist ein bundesweit anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Der Verein ist bundesweit aktiv und arbeitet an der Schnittstelle von politischer Bildung, Pädagogik und Wissenschaft zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus. Er entwickelt Konzepte der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit und erstellt Lernmaterialien für Schule und Jugendarbeit.

Am Infostand wollen wir unsere Projekte, die Ergebnisse aus den Online-Projekten sowie unsere Materialien vorstellen. Darüber hinaus wollen wir interaktiv mit den Besucher_innen Memes erstellen und somit Möglichkeiten der Erstellung von alternativen Narrativen in Form von Memes in Sozialen Medien aufzeigen. Bei den alternativen Narrativen kann es sich um die Themen Rassismus, Sexismus, Klassismus, Ableismus usw. handeln, die von extremistischen Akteuren instrumentalisiert werden, um Jugendliche zu beeinflussen. Außerdem ist gemeinsam mit Demokratielabore eine QR-Code Rally geplant. An verschiedenen Stationen im Außenbereich sollen QR-Codes platziert werden, die Fragen aus der Präventionsarbeit aufgreifen. Je nach der ausgewählten Antwort können die Teilnehmenden die Hintergründe für Hinwendungsprozesse von Jugendlichen zu extremistischen Gruppen sowie Informationen zu Anlaufstellen bzw. Präventionsmaßnahmen erfahren.

Kontakt:

Ufuq e.V.

Boppstr. 7, Haus A
10967 Berlin

Tel.: 030-98341051

E-Mail: canan.korucu@ufuq.deWebseite: <http://www.ufuq.de>

Universität Erlangen „EFFEKT“

EFFEKT steht für „EntwicklungsFörderung in Familien: Eltern- und KinderTraining“ und setzt sich aus einem behavioralen Eltern- und sozial-kognitiven Kindertrainings zusammen. Die Kurse können sowohl einzeln als auch in Kombination angewendet werden.

Die Kindertrainings („IKPL“ für Vorschüler und „TIP“ für Grundschüler) fördern die soziale Kompetenz und bewirken damit die Reduktion von Problemverhalten. Im Elterntaining „Förderung der Erziehungskompetenz“ lernen Eltern u.a. die Grundregeln positiver Erziehung und wie sie mit schwierigen Erziehungssituationen umgehen können. Die Wirksamkeit der Trainings ist wissenschaftlich nachgewiesen.

EFFEKT-Interkulturell wurde für Familien mit Migrationshintergrund adaptiert. EFFEKT-E richtet sich an emotional belastete Familien im Kuraufenthalt.

Die Universität Erlangen bietet für Mitarbeiter in sozialen Berufen Fortbildungen in den Trainings an. Jeder Teilnehmer erhält nach erfolgreichem Abschluss ein Zertifikat, das ihn zur eigenständigen Durchführung der Präventionskurse berechtigt.

Kontakt:

Universität Erlangen „EFFEKT“

Bismarckstr. 6

91054 Erlangen

Tel.: 09131/8522795

E-Mail: antje.klindworth-mohr@fau.de

Webseite: <http://www.oeffekt-training.de>

Universitäts KrebsCentrum Dresden

Das Universitäts KrebsCentrum (UCC) am Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden ist eines von vierzehn durch die Deutsche Krebshilfe ausgezeichneten „Onkologischen Spitzenzentren“ und seit 2008 im Bereich der Primärprävention und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Krebs aktiv.

Aufgrund der steigenden Erkrankungszahlen kommt dieser Aufgabe in den nächsten Jahren eine noch größere Bedeutung zu. Mindestens ein Drittel aller Neuerkrankungen wäre durch eine gesunde Lebensweise wie Nichtrauchen, Bewegung, gesunde Ernährung und Schutz vor hautschädigender UV-Strahlung vermeidbar.

In Projekten des UCC Präventions- und Bildungszentrums erfahren Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, welche Verhaltensfaktoren bei der Entstehung einer Krebserkrankung eine Rolle spielen können (körperliche Aktivität, gesunde Ernährung, Nichtrauchen, Verzicht auf Alkohol, Sonnenschutz). Erhalt kostenfreier Projektpakete für den Einsatz in Kitas und Schulen am Informationsstand möglich.

Kontakt:

Universitäts KrebsCentrum Dresden

Fetscherstraße 74

01307 Dresden

E-Mail: friederike.stoelzel@ukdd.de

Webseite: <http://www.ukdd.de/krebspraevention>

Verein Programm Klasse 2000 e. V.

Klasse2000 – Stark und gesund in der Grundschule

Klasse2000 ist das bundesweit am weitesten verbreitete Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Im Schuljahr 2016/17 beteiligten sich über 20.250 Klassen mit mehr als 450.000 Kindern aus allen Bundesländern daran.

Klasse2000 begleitet die Kinder mit der Symbolfigur KLARO vier Jahre in der Grundschule. Das Programm fördert Gesundheits- und Lebenskompetenzen: Ernährung, Bewegung, Entspannung, Probleme und Konflikte lösen, Nein sagen zu Tabak und Alkohol.

Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse2000-Stunden durch und erhalten dafür ausführliches und praxiserprobtes Unterrichtsmaterial. Weitere zwei bis drei Unterrichtseinheiten pro Schuljahr gestalten die Klasse2000-Gesundheitsförderer. Ihre Stunden sind Höhepunkte im Schulalltag, zumal die Gesundheitsförderer besonderes Material mitbringen (z.B. Atemtrainer, Gefühlebuch, Stethoskope, Klarokugel für Entspannungsübungen, etc).

Positive Wirkungen des Programms auf den Konsum von Tabak und Alkohol, auf Gesundheitswissen und -bewusstsein und ein positives Klassenklima konnten durch eine Längsschnittstudie belegt werden.

Klasse2000 wird über Spenden finanziert, meist in Form von Patenschaften für einzelne Schulklassen (220 € pro Klasse und Schuljahr).

Verein Programm Klasse 2000 e.V., Feldgasse 37, 90489 Nürnberg, Tel. 09 11/89 12 10

Kontakt:

Verein Programm Klasse 2000 e. V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Tel.: 0911-891210

Fax.: 0911-8912130

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: <http://www.klasse2000.de>

Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. (VFB Salzwedel)

Der Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. (VFB Salzwedel) führt unter dem Titel „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“ ein Projekt durch, das in den drei Modellkommunen Osterburg (LK Stendal), Gardelegen und Kalbe (Altmarkkreis Salzwedel) einen Beitrag zur Radikalisierungs- und Gewaltprävention leistet.

Demokratieskepsis und Menschenfeindlichkeit, die die Grundlage von Extremismus und nationalistischen Handlungen bilden, sind auf konkrete Faktoren zurückzuführen, die in verschiedenen kommunalen Kontexten auf jeweils spezifische Weise zusammenwirken. Ihre Bearbeitung erfordert einen systemischen Ansatz, der diese Faktoren, ihr komplexes Zusammenwirken und damit staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, ihre Handlungen und deren Wirkungen insgesamt in den Blick nimmt. Entscheidungsträger/innen wollen verstehen, wo mit den vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen anders Einfluss ausgeübt werden kann, um das Bedürfnis der Bürger nach Beteiligung abzuholen, soziale Kohäsion zu stärken und Radikalisierung nachhaltig den Boden zu entziehen. Hierfür bedarf es geeigneter, partizipativer Analysemethoden und kompetenter Begleitung. Der Ansatz zielt auf den Sozialraum: die lokale demokratische Konfliktbearbeitungskultur, das „Klima“ im Sozialraum, Kooperationsstrukturen und in-/direkte Wirkungen von Maßnahmen.

Kontakt:

Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. (VFB Salzwedel)

Alte Pumpe 11

29410 Salzwedel

Tel.: 03901-301490

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de

Webseite: <http://www.vfb-saw.de>

Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e.V. (VPKV e.V.).

VPKV e.V.

Zielrichtung unseres bundesweiten Vereins ist, den Einsatz der Methode Puppenspiel in der Präventionsarbeit zu fördern und eine hohe Qualität der Präsentationen u.a. durch Fortbildung und Beratung zu gewährleisten. Puppenspiel schafft es, die großen und kleinen Zuschauer auch durch emotionales Miterleben der präsentierten Inhalte für Gefahren zu sensibilisieren.

In einem Zitat unserer Vereinsvorsitzenden, Frau Prof. Dr. Reinhilde Stöppler, Justus-Liebig-Universität Gießen, werden die Vorteile dieser Methode noch einmal herausgestellt: „Nach wissenschaftlichen Studien kann die Nachhaltigkeit des Puppenspiels zur Lernzielvermittlung hoch eingeschätzt werden, weil diese Methode das ganzheitliche Lernen fördern kann. Eine der jeweiligen Zielgruppe angemessene Präsentation mit Puppen kann „Kopf und Bauch“ und somit das Gehirn erreichen, so dass das beabsichtigte Abspeichern von Informationen und Emotionen unterstützt wird. Im Stück eingebaute Wiederholungen der Lernziele (Botschaften) und eine anschließende Transferphase erhöhen die Nachhaltigkeit deutlich.“

An unserem Infostand möchten wir sie über Möglichkeiten und Grenzen des Puppenspiels informieren. Wir zeigen ihnen, wie die verschiedenen Zielgruppen angesprochen und nachhaltig erreicht werden können. Wir bieten des Weiteren einen Einblick in die unterschiedlichen Arten der eingesetzten Puppen und Bühnenformen.

Kontakt:

VPKV e.V.

Heinrich-Heine-Weg 3

23909 Ratzeburg

E-Mail: hans-peter.firmiss@vpkv.de

Webseite: <http://www.vpkv.de>

Verfassungsschutz NRW – Präventions- und Aussteigerprogramme

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betreibt verschiedene Präventions- und Aussteigerprogramme:

Das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ im Bereich Rechtsextremismus verfolgt mehrere Ziele. Rechtsextremistisches Personenpotenzial soll reduziert und einschlägige Straftaten verhindert werden. Die kritische Auseinandersetzung mit rassistischen und anderen undemokratischen Denkmustern ist Kernelement der Arbeit. Darüber hinaus werden gefährdete Aussteiger geschützt.

Das VIR-Projekt vermittelt Methoden, um Veränderungsimpulse bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu geben.

Das Präventionsprogramm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ des Ministeriums des Innern NRW hat das Ziel, mit örtlichen Trägerorganisationen und lokalen Netzwerkpartnern den Einstieg von jungen Menschen in den gewaltbereiten Salafismus zu verhindern.

Für stärker radikalisierte Personen, die sich aus der islamistischen Szene lösen möchten, bietet das Ministerium des Innern NRW seit Oktober 2014 das Aussteigerprogramm „API“ an. Es verfolgt eine ähnliche Arbeitsweise wie das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ und profitiert von dessen langjährigen Erfahrungen.

Ein Aussteigerprogramm Linksextremismus befindet sich derzeit im Aufbau.

Kontakt:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstr. 62 - 80
40217 Düsseldorf

E-Mail: info.verfassungsschutz@im1.nrw.de

Webseite: <http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz>

<http://www.extremi>

We hate2hate – YouTuber against racism

Das „Projekt We hate2hate – YouTuber against racism“ stellt sich vor.

In dem Projekt haben Jugendliche und junge Erwachsene vermittelt bekommen, wie vielfältig jedes Individuum und die Gesellschaft ist. Die Teilnehmenden wurden sensibilisiert, im Netz einen hassfreien Umgang zu unterstützen, rechte Strukturen im Internet zu erkennen und diesen etwas entgegenzusetzen. Der Workshop endete mit dem Ergebnis, eigene YouTube-Clips mit der Thematik Antirassismus und Toleranz zu erstellen und sich somit gegen Intoleranz und Hatespeech zu positionieren. Hierfür begleitete, neben Sozial- und MedienpädagogInnen, auch der YouTubeStar Firas Alshater den Workshop.

Mit dem Infostand wird einer breiten Öffentlichkeit auf eindrückliche und unterhaltsame Art präsentiert, dass sich auch junge Menschen mit Spaß der politischen Bildung widmen und mit der Thematik Antirassismus und Toleranz auseinandersetzen. Gleichzeitig können sich BesucherInnen dieses Stands Anregungen holen, um ähnliche Projekte mit jungen Menschen zu initiieren.

Das Projekt wurde vom Kinder- und Jugendbüro Hann. Münden, der Volkshochschule Göttingen/Osterode gGmbH, der Aufsuchenden Jugendarbeit und dem Modellprojekt Respekt für Vielfalt des Landkreises Göttingen in Hann. Münden durchgeführt. Gefördert wird das Projekt vom Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie vom Bundesprogramm Demokratie Leben!

Kontakt:

Kinder- und Jugendbüro Hann. Münden
Friedrich-Ludwig-Jahn-Str. 4
34346 Hann. Münden
E-Mail: schaedel@hann.muenden.de

WEISSER RING e.V.

Wenn Menschen unverschuldet Opfer von Kriminalität werden, dann ist der WEISSE RING überall in Deutschland mit 3.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern an der Seite der Betroffenen. Wir beraten, hören zu, trösten und kämpfen für die Rechte der Opfer. Die Aussage vor Gericht oder bei der Polizei kann die traumatischen Erlebnisse wieder hochbringen. Wir sind da und begleiten und stützen die Opfer.

Damit Opfer gar nicht erst Opfer werden, klären wir auf. Wer weiß, wie Taschendiebe arbeiten, kann sich besser vor dem Diebstahl schützen.

Wir machen Kinder stark, damit sie lernen, nein zu sagen.

Wer weiß, worauf er beim Onlineshopping achten muss, kann sich vor Betrug schützen.

Kriminalprävention ist und bleibt der beste Opferschutz!

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

E-Mail: sturm.celine@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Werner Bonhoff Stiftung

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Schulen bei Angriffen auf Menschen wie bspw. Mobbing zu langsam und zu oft auch nicht wirksam reagieren. Mit ihrem bundesweiten Projekt „Nach-der-Tat“ ermutigt und befähigt die private und gemeinnützige Werner Bonhoff Stiftung aus Berlin jeden Beobachter von Gewalt & Mobbing, wie man aktiv werden kann, ohne sich selbst zu gefährden. Hunderte von Fällen wurden durch die Stiftung anhand von Erfahrungsberichten analysiert und teilweise lösungsorientiert begleitet.

Folgende kostenfreie Instrumente hat die Stiftung entwickelt:

- Den Online-Mobbing-Test „Hat Deine Schule Mobbing im Griff?": Ein Diagnose-Instrument um die Situation an der Schule zu erfassen und ggf. Handlungsbedarf frühzeitig aufzuzeigen.
- Den Hilfe-Brief (Bonhoff-Brief): Er ermöglicht es jedem, anonym und durch die Stiftung transportiert und begleitet, die Schulleitung auf bestehenden Handlungszwang aufgrund von Gewaltvorfällen hinzuweisen und dokumentiert diese Vorgänge.
- Workshops für Schüler, Eltern und Lehrer
- Das Programm „Wachsame Schule“: Hier werden Schulleitung bzw. ein Interventionsteam bei der Entwicklung notwendiger eigener Handlungspläne zum wirkungsvollen Vorgehen bei Gewalt & Mobbing unterstützt und begleitet.

Kontakt:

Werner Bonhoff Stiftung

Reinhardtstr.37

10117 Berlin

Tel.: 030-258008855

E-Mail: info@werner-bonhoff-stiftung.de

Webseite: <http://www.werner-bonhoff-stiftung.de>;

www.nach-der-tat.de

Zentrale Beratungsstellen NRW

Beratungsstellen für Inhaftierte, Haftentlassene und von Haft bedrohte Menschen und deren Angehörige in Nordrhein Westfalen

Informationen über die Arbeit der dreizehn vom Justizministerium NRW geförderten Beratungsstellen für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige in acht Städten des Landes Nordrhein- Westfalen.

Die Beratungsstellen bieten praktische Unterstützung zur aktiven Entlassungsvorbereitung. Angebote bei der Vollzugsgestaltung, Vollzugslockerung und dem Hafturlaub. Information zu Rechten und Pflichten im Vollzug. Begleitung bei der Haftentlassung, Angebote zur Wohnungssuche, zur Arbeitssuche und zur Existenzsicherung. Unterstützung bei Sucht- und Schuldenfragen. Angehörigenberatung und Begleitung.

Aachen/Bielefeld/Düsseldorf/Essen/Gelsenkirchen/Hagen/Köln/Münster

Täter-Opferausgleich im Erwachsenenstrafrecht

Der Täter Opfer Ausgleich hat das Ziel der Beendigung sozialer Konflikte und der Wiederherstellung von Rechtsfrieden. Ein bestehender Konflikt soll mit Unterstützung eines neutralen Vermittlers einvernehmlich geregelt werden und im Bedarfsfalle eine Wiedergutmachungsvereinbarung beinhalten. Die Belange des Opfers finden im TOA weit mehr Berücksichtigung, als dies im Rahmen eines formellen Strafverfahrens möglich ist. Das Interesse der Geschädigten an Wiedergutmachung, Schadensersatz und Genugtuung wird berücksichtigt

Kontakt:

Zentrale Beratungsstellen NRW

Königstr. 1b

52064 Aachen

Tel.: 0241/34343

Fax.: 0241/37058

E-Mail: martin.czarnojan@abk-neustart.de

Webseite: <http://www.abk-aachen.de>

zivilcourage.net

Zivilcourage muss man trainieren!

Zivilcourage ist Thema unserer Zeit – ein Thema, dem sich die Kommunen nicht entziehen können. Doch wie fördert man Zivilcourage angemessen, effektiv und nachhaltig? Unsere wichtigste Erkenntnis: Zivilcourage muss man trainieren – informieren reicht nicht aus. Situationen, die Zivilcourage erfordern, kündigen sich nicht an. Sie konfrontieren uns unerwartet, lassen wenig Zeit für Entscheidungen – es droht Überforderung. Nur in einem Training lernt man, mit dieser Überforderung umzugehen.

Sieben Trainingsbereiche haben wir bis heute erarbeitet. Jeder Trainingsbereich besteht aus einem interaktiven elektronischen Spiel, in welchem die Spielenden mit einer Situation konfrontiert werden, die Zivilcourage erfordert. Die Handlung der Geschichte wird an verschiedenen Stellen unterbrochen und die Spielenden müssen entscheiden, wie es weitergehen soll.

Ein Zivilcourage-Training muss dort stattfinden, wo Zivilcourage auch gefordert ist – im öffentlichen Raum, im öffentlichen Verkehr und in den Schulen.

Unser Zivilcourage-Training tritt nicht nur an verschiedenen Orten in Erscheinung, es wird organisatorisch und finanziell auch von vielen getragen: der Kommune, dem öffentlichen Verkehr, verschiedenen Vereinen, dem Gewerbe und Schulen. Unser Zivilcourage-Training ist eine konzertierte Aktion. Das macht es effektiv und nachhaltig.

www.zivilcourage.net

Kontakt:

KontextWissenschaft
Mühlebachstrasse 82
8008 Zürich

Tel.: +41 79 642 66 62

E-Mail: urs.bau@bluewin.ch

Webseite: <http://www.zivilcourage.net>

Posterpräsentationen

	Seite
Deeskalation durch die Methode der Gewaltfreien Kommunikation Behörde für Schule und Berufsbildung	621
Bürger in der Prävention von Rechtspopulismus Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	622
Thüringer Beratungsdienst - Ausstieg aus Hass und Gewalt Drudel 11 e.V.	623
Systemische Ansätze in Zwangskontexten - Das Modell Clearingstelle Drudel 11 e.V.	624
Wir werden laut! gegen-missbrauch e.V.	625
Wohnraumeinbruch aus Täterperspektive KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit)	626
Häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen Landesfrauenrat Sachsen e.V.	627
Deeskalation und Konfrontation in Erziehung und Unterricht Landesinstitut für Präventives Handeln	628
Die NRW-Initiativen „Kurve kriegen“ und „klarkommen!“ Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen	629
Quwwa - Radikalisierung prävenetiv begegnen Mosaik Deutschland e.V.	630
Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit: Kriminologie & Kriminalprävention“ Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften - Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	631

	Seite
Kommunale Gewaltprävention - Zwei Projektvorstellungen Philipps-Universität Marburg	632
Integration auf Augenhöhe - Wertevermittlung für Geflüchtete durch Geflüchtete Projekt Augenhöhe - Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)	633
Extremismusprävention durch Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe Rumi imPuls e.V.	634
SiRuP, Sicherheit und Rat durch Peers Stadt Ludwigshafen am Rhein	635
Mit STEP für Eltern und Pädagogen gegen Gewalt und Radikalisierung STEP Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung	636
Security by design – Städtebauliche Kriminalprävention Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	637
Einbruchschutz: Finanzanreize für den Einbau von Sicherheitstechnik auch in Neubauten Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	638
Restorative Justice and Aging: violence experiences from a gender perspective Universidad del Rosario	639

Deeskalation durch die Methode der Gewaltfreien Kommunikation

Behörde für Schule und Berufsbildung

Schule wird im Zuge des Ganztags immer mehr zum Lebensraum und ist damit herausgefordert sich einem konstruktiven Umgang mit Konflikten zu widmen. Eine zentrale Schlüsselfunktion nimmt hier die Kommunikation als Spiegel der Art des Umgangs miteinander ein. Die Methode der Gewaltfreien Kommunikation (GfK) setzt dort an.

GfK ist eine Gesprächstechnik, welche uns unterstützt, die Intentionen, Bedürfnisse und Interessen aller Beteiligten einschließlich uns selbst zu verstehen, ohne sie zu bewerten. So gelingt es im Austausch auf Augenhöhe, Konflikte zu reduzieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln sowie Entscheidungen zu treffen, die von den Beteiligten akzeptiert werden.

Die Methode wurde nach Marshall B. Rosenberg (1934 – 2015) entwickelt. Dabei geht es im Wesentlichen um Beziehungsarbeit, bei der die eigene Wahrnehmung, Selbstklärung und Empathie geschult werden. Aber die GfK beinhaltet noch mehr, nämlich die Voraussetzung für eine Begegnung zu schaffen, in der man sich und den anderen frei lässt. Wie kann diese Freiheit überhaupt im Lebensraum Schule, die durch verschiedene Zwänge bestimmt ist, umgesetzt werden?

Hier sollen Ansätze für die Umsetzung sowie eine kurze vertiefte Darstellung der Gewaltfreien Kommunikation im Lebensraum Schule zur Deeskalation, der nachhaltigen Lösung von Konflikten sowie Förderung eines konstruktiven Miteinanders vorgestellt werden.

Kontakt:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 129

22083 Hamburg

E-Mail: suzanrenelt@t-online.de

Webseite: <http://www.hamburg.de/gewaltpraevention>

Bürger in der Prävention von Rechtspopulismus

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung
und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ wurden in vielen Regionen Deutschlands Partnerschaften für Demokratie ins Leben gerufen, die ein koordiniertes Handeln der zentralen Akteure vor Ort unterstützen und unterschiedliche Projekte fördern, um auf die lokalen Problemlagen zu reagieren. Vor dem Hintergrund der Zunahme rechtspopulistischer Bewegungen, Einstellungen und Äußerungen werden in vielen der Partnerschaften für Demokratie auch Projekte gefördert, die sich entweder mit vorhandenem Rechtspopulismus auseinandersetzen oder präventive Angebote unterbreiten, um zu verhindern, dass entsprechende Bewegungen die öffentliche Meinung bestimmen können. Die Projekte werden sowohl durch professionelle Träger als auch durch Bürgerinitiativen und stark ehrenamtlich organisierte Vereine umgesetzt.

Auf Basis der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stellt das Poster mittels unterschiedlicher Graphiken zentrale Befunde einer quantitativen Befragung der geförderten Projektträger dar und macht u.a. Aussagen zu Zielen und Zielgruppen sowie zu Themen und Formaten der lokalen Projekte, die einen Bezug zum Thema Rechtspopulismus aufweisen.

Kontakt:

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und
Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Boppstraße 7, 10967 Berlin

Tel.: 030 6107372-0

Fax.: 030 6107372-29

E-Mail: sabinebehn@camino-werkstatt.de

Webseite: <http://www.camino-werkstatt.de>

Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Hass und Gewalt

Drudel 11 e.V.

Der Thüringer Beratungsdienst ist ein Team aus pädagogischen Fachkräften und bietet Unterstützung beim Ausstieg aus Rechtsextremismus, Hass und Gewalt. Das Beratungsangebot richtet sich an junge Menschen, die Unterstützung beim Ausstieg aus der rechten Szene benötigen.

Auch Angehörige, Eltern, Partner, Freunde/Freundinnen sowie Fachpersonal können sich bei Problemen im Umgang mit Rechtsextremismus an den Beratungsdienst wenden.

Auf dem Poster wird die Arbeit des Thüringer Beratungsdienstes schematisch dargestellt. Beginnend mit dem grundsätzlichen Arbeitsansatz über die sozialpädagogische Haltung des Beraters zum Klienten und den dazugehörigen strukturellen Verankerungen im Hilfesystem (benötigte Kooperationspartner) werden die Ziele und Angebote der Ausstiegsberatung visualisiert und vorgestellt.

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Schleidenstraße 19

07745 Jena

E-Mail: info@ausstieg-aus-gewalt.de

Webseite: www.ausstieg-aus-gewalt.de

Systemische Ansätze in Zwangskontexten – Das Modell Clearingstelle

Drudel 11 e.V.

Das „Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug“ entwickelt und bietet Maßnahmen zur Deradikalisierung im Strafvollzugssystem Thüringens an. Als zentralen Aspekt bei der Arbeit mit KlientInnen im Zwangskontext versteht es einen systemischen, ganzheitlichen Beratungsansatz, der KlientInnen und ihr persönliches Umfeld sowie MitarbeiterInnen des Justizvollzugs und der Bewährungshilfe gleichermaßen in den Beratungsprozess einbindet. Zur fachlich gesicherten Koordination, Kombination und Durchführung der hierfür vorgesehenen Angebote wurde eine Clearingstelle installiert. Diese dient als zentrale Anlaufstelle für alle Institutionen, welche sich im Arbeitsbereich des Justiz- und Strafvollzuges verorten und mit radikalierungsgefährdeten und radikalisierten StraftäterInnen in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamismus konfrontiert sind. Das ganzheitliche Konzept der Clearingstelle soll auf dem Poster dargestellt und näher beleuchtet werden.

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Schleidenstraße 19

07745 Jena

E-Mail: zdt@drudel11.de

Webseite: www.drudel11.de/zdt

Wir werden laut!

gegen-missbrauch e.V.

gegen - missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Unser, bei der Posterpräsentation vorgestelltes Postkartenprojekt, ist eine Möglichkeit, den Betroffenen eine Stimme zu geben.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen - missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e.V.

Oberstraße 23

37075 Göttingen

Tel.: 0551/50065699

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Wohnraumeinbruch aus Täterperspektive

KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit)

Die österreichische Kriminalstatistik der letzten Jahre zeigt einen Rückgang der Anzeigenzahlen bei Wohnraumeinbrüchen. Neben polizeilichen Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention dürften auch zunehmende Eigenschutz- und Präventionsmaßnahmen der Bevölkerung dazu beigetragen haben. Dennoch mangelt es großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor an einem ausreichenden Bewusstsein, selbst Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Ziel einer Studie, die das KFV 2017 durchgeführt hat, war es, von verurteilten Einbrechern selbst mehr über die Hintergründe und Methodik zu erfahren und basierend auf der Täterintelligenz zu vermitteln, dass jedermann selbst vorsorgen kann, um nicht ein potentiell Opfer von Einbrechern zu werden. Die Frage „Wie kann ich mein Heim am besten vor Einbrechern schützen?“ stand dabei im Mittelpunkt. Ein umfangreicher Katalog mit Präventionstipps, von einfachen Verhaltensmaßnahmen über mechanische und elektronische Sicherheitsempfehlungen, ist Ergebnis der Studie.

Methodisch wurde für die Studie eine Kombination von Erhebungsmethoden (qualitative Täterinterviews und Expertengespräche, Aktenanalysen) gewählt, um Wohnraumeinbrüche aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten zu können. Durch diese Herangehensweise konnte eine multiperspektivische Darstellung der Ergebnisse gewährleistet werden.

Kontakt:

KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit)

Schleiergasse 18

1100 Wien, Österreich

E-Mail: dagmar.lehner@kfv.atWebseite: <http://www.kfv.at>

Häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen

Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Der Landesfrauenrat Sachsen e.V. (LFR) ist ein Dachverband von unterschiedlichen Frauenorganisationen sowie Gleichstellungsinitiativen im Sinne des Grundgesetzes Artikel 3, Absatz 2 im Land Sachsen.

Der LFR fördert und stärkt frauenpolitische Netzwerke in Sachsen durch Informationsaustausch und gemeinsame Aktivitäten, setzt sich mit allen Themen des gesellschaftlichen Lebens aus der Sicht von Frauen auseinander und trägt damit zur Meinungsbildung in der Gesellschaft bei. Weiterführende Maßnahmen zur Verhinderung von häuslicher Gewalt gegen Frauen sowie Verbesserung des Unterstützungssystems von betroffenen Frauen und Kindern sind wichtige Anliegen des LFR.

Vom 16. bis 26. November 2018 wird der LFR die „Sächsische Frauenwoche 2018“ durchführen – zum Thema „Häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen“. In diesem Zeitraum werden verschiedene Veranstaltungen und Aktionen zum Thema durchgeführt, die u.a. auf unserer Internetseite veröffentlicht werden.

Zielgruppe ist die breite Öffentlichkeit, sind Frauen und Männer, Betroffene und Nicht-Betroffene, bereits im Gewaltschutz und in der Gewaltprävention tätige Professionen. Ziel ist es, in der Gesellschaft eine höhere Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für die vielschichtige Problematik häuslicher und sexualisierter Gewalt an Frauen und Mädchen zu erreichen.

Kontakt:

Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Strehleener Str. 12-14

01069 Dresden

Tel.: 0351 4721062

E-Mail: kontakt@landesfrauenrat-sachsen.de

Webseite: <http://www.landesfrauenrat-sachsen.de>

Deeskalation und Konfrontation in Erziehung und Unterricht

Landesinstitut für Präventives Handeln

Handlungsfähig und professionell bleiben, gerade dann wenn es „schwierig wird“ – das ist das Ziel unserer Qualifizierungsreihe. Denn die Anfragen an unser Institut von Schulen, in denen es um Konflikte unter Einsatz von verbaler und körperlicher Gewalt geht, nehmen zu.

In unserer Qualifizierung verfolgen wir zwei Zielrichtungen gegen Gewalt an Schulen. Zum einen geht es um systematischen Beziehungsaufbau, denn gute, verlässliche und damit belastbare Beziehungen sind der wichtigste präventive Faktor zur Vermeidung von Gewalt.

Zum anderen möchten wir das Handlungsrepertoire der Teilnehmer in akuten Konfliktsituationen erweitern. Wir vermitteln Konzepte, mit deren Hilfe im akuten Konfliktfall die Zahl der Handlungsmöglichkeiten aller Handlungsparteien erhöht und der Konflikt gewaltfrei deeskaliert werden kann.

Die „Qualifizierungsreihe Deeskalation und Konfrontation“ wurde in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Konfrontative Pädagogik IKD entwickelt. Seit 2015 führt das LPH unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Schullandschaft alleine durch.

Die Qualifizierungsreihe umfasst 5 Blöcke à 2 Tage (jew. Fr./Sa). Die Schulleitung einer Schule meldet 2–3 Kollegen/Multiplikatoren; Pädagogischer Tag und Möglichkeit der Zertifizierung im Anschluss.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln
Hanspeter-Hellenthal-Straße 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681-5013872
E-Mail: a.klaer@lph.saarland.de
Webseite: www.lph.saarland.de

Die NRW-Initiativen „Kurve kriegen“ und „klarkommen!“

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Die NRW-Initiativen „Kurve kriegen – Dem Leben eine neue Richtung geben“ und „klarkommen! – Chancen bieten durch Prävention vor Ort“

„Kurve kriegen“

Es geht darum, „kriminelle Karrieren“ möglichst frühzeitig zu erkennen und nachhaltig zu verhindern. Bereits seit 2011 geht die Polizei NRW einen neuen Weg. Pädagogische Fachkräfte arbeiten hier im Team mit erfahrenen Kriminalbeamten zusammen. Stets wird dabei das gesamte System (Familie, Peer) der kriminalitätsgefährdeten Kinder und jungen Jugendlichen betrachtet und mit einbezogen, um die Passung zwischen kriminalpräventiven Maßnahmen und individuellen Problemlagen (Ursachen für Kriminalität) größtmöglich herzustellen. Die Wirkung und Wirtschaftlichkeit von „Kurve kriegen“ ist wissenschaftlich mehrfach belegt.

„klarkommen!“

Hier ist die Zielgruppe spezifischer. Im Fokus stehen kriminalitätsgefährdete junge Zuwanderer. Nachhaltige Einwirkungen auf diese Zielgruppe sind nur durch eine individuelle und kultursensible Herangehensweise möglich. Hierzu werden gezielt zertifizierte Sprach- und Integrationsmittler sowie pädagogische Fachkräfte mit spezifischen Migrationshintergründen eingesetzt. Im Team mit erfahrenen Kriminalbeamten bieten sie einen Mix aus Hilfen und notwendiger Repression. Die Evaluation der Zentralen Evaluationsstelle des LKA NRW bescheinigt sehr positive Wirkungen.

Kontakt:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf
Tel.: 0211/8712414
E-Mail: spj@im.nrw.de
Webseite: <http://www.kurvekriegen.nrw.de>

Quwwa – Radikalisierung prävenetiv begegnen

Mosaik Deutschland e.V.

Wie Schule Radikalisierung vorbeugt

Schulen werden im öffentlichen Diskurs regelmäßig in die Pflicht der Prävention von (salafistischer) Radikalisierung genommen. Gleichzeitig fokussiert sich in Schulen wie in einem Brennglas die gesamtgesellschaftliche Brisanz des Themenfelds Islam – Terrorismus – Zuwanderung – Islamfeindlichkeit. Flüchtlingsbewegungen aus Nahost, islamistische Anschläge in Europa und eine sich zunehmend polarisierende Diskussion zum Themenfeld Islam und Muslime: Das verunsichert viele Menschen. Der Themenkomplex emotionalisiert vor allem auch Jugendliche – was sich insbesondere der Salafismus, der vielfach als ‚Durchlauferhitzer‘ in der Radikalisierung junger Menschen fungiert, zu Nutze macht. In diesem Spannungsfeld erleben sich Lehrkräfte immer öfter sprachlos – sei es gegenüber ‚religiös‘ argumentierenden Jugendlichen, sei es angesichts rassistischer Äußerungen.

Doch was braucht das System Schule, um ganzheitlich präventiv wirken zu können? Es geht um die Stärkung aller am Bildungsauftrag Teil tragenden: Schüler, Lehrer, Eltern. Der Vortrag wird Einblicke geben in die Arbeit von Quwwa, das als kommunales Präventionskonzept Heidelberger Schulen ab der Sekundarstufe 1 Unterstützung leistet. Das bei Mosaik Deutschland e.V. angesiedelte Pilotprojekt ist eine gemeinsame Initiative der Stadt Heidelberg und des Vereins Sicheres Heidelberg.

Kontakt:

Mosaik Deutschland e.V.

Am Karlstor 1

69117 Heidelberg

E-Mail: ebrem@mosaik-deutschland.de

Webseite: <http://mosaik-deutschland.de>

Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit: Kriminologie & Kriminalprävention“

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
– Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Seit 2011 gibt es als spezielle (Kriminal-)Präventionsausbildung den Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Kriminologie und Kriminalprävention“.

Dieser Studiengang vermittelt kriminologisches und kriminalpräventives Wissen. Das Konzept hierfür ist aus dem „BeccariaProjekt: Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen hervorgegangen.

Angeboten wird der Masterstudiengang jeweils zum Wintersemester an der Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften (Fakultät Soziale Arbeit) in Wolfenbüttel.

Das Poster bildet das Profil des Studienganges ab, die Basis- und Schwerpunktmodule.

Ansprechpartnerinnen:

Prof. Dr. Ute Ingrid Haas
Telefon: 05331-939 37220
E-Mail: u-i.haas@ostfalia.de

LfbA Ass. Jur. Stefanie Hälig
Telefon: 05331 - 939 37220
E-Mail: ste.haelig@ostfalia.de

Kontakt:

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften -
Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Salzdahlumer Straße 46/48
38302 Wolfenbüttel
E-Mail: ste.haelig@ostfalia.de
Webseite: <http://www.ostfalia.de>

Kommunale Gewaltprävention – Zwei Projektvorstellungen

Philipps-Universität Marburg

Kommunale Ansätze der Gewaltprävention, die auf die Vernetzung & Koordination von Einzelmaßnahmen abzielen, können dazu beitragen, Gewaltprävention flächendeckend in einer Stadt einzuführen & deren Wirkung steigern. Zwei solche Ansätze sind die Projekte „Einsicht“ der Stadt Marburg und außerdem ein Präventionskonzept für die Stadt Bonn, das sich derzeit noch in der Entwicklung befindet.

„Einsicht“ folgt einem Mehrebenenansatz & hat sich zum Ziel gesetzt die Entstehung von Gewalt zu verhindern, für Gewalt zu sensibilisieren, Zivilcourage zu fördern, die Zusammenarbeit verschiedener Akteure zu verbessern & zur Sicherheit im öffentlichen Raum beizutragen. Zu den seit 2013 in die Wege geleiteten Maßnahmen gehörten z.B. Gewaltpräventionstrainings & städtebauliche Maßnahmen.

Mit dem Gewaltpräventionskonzept für Bonn wurde die Universität Marburg beauftragt. Ziel ist es ein auf die Stadt ausgerichtetes Gesamtkonzept zu entwickeln, das dazu dienen soll präventiv gegen Gewalthandlungen, vor allem unter Jugendlichen, vorzugehen. Durch eine Bestandserhebung sollen Lücken im Bereich der Gewaltprävention aufgezeigt & evidenzbasierte Maßnahmen in Zukunft umgesetzt werden.

Welche theoretischen Erkenntnisse in der Gewaltprävention existieren, wie diese in die Praxis einbezogen werden & welche Maßnahmen im Rahmen dieser zwei Projekte durchgeführt bzw. geplant sind, wird Teil des Posters sein.

Kontakt:

Philipps-Universität Marburg

Gutenbergstraße 18

35032 Marburg

E-Mail: viktoria.kosjankow@staff.uni-marburg.de

Integration auf Augenhöhe – Wertevermittlung für Geflüchtete durch Geflüchtete

Projekt Augenhöhe – Brandenburgisches Institut für
Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Das Projekt Augenhöhe (Integration auf Augenhöhe – Wertediskurs für Geflüchtete durch Geflüchtete) hat eine emphatische Wertevermittlung zum Ziel. Dazu wird eine Dialogplattform auf Augenhöhe geschaffen, auf welcher das interkulturelle Zusammenleben auf Basis von zentralen Werten unserer Gemeinschaft, wie z.B. Meinungs- und Religionsfreiheit und Geschlechtergleichstellung umfassend, verständlich und praktikabel thematisiert werden kann.

Geflüchtete werden dazu angeregt und dabei unterstützt, sich nachhaltig in die freiheitlich-demokratische Werteordnung zu integrieren. Dafür werden bereits integrierte Geflüchtete („Peers“) als KulturvermittlerInnen ausgebildet und befähigt (Empowerment), mit anderen Neuankömmlingen über zum Teil Tabu behaftete Themen zu sprechen.

Das Modellprojekt wird in Kooperation mit der European Foundation for Democracy (EFD) umgesetzt und im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Kontakt:

Projekt Augenhöhe – Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Dianastraße 46
14482 Potsdam

E-Mail: alexandra.korn@big-s-potsdam.org

Webseite: <http://www.big-s-potsdam.org>

Extremismusprävention durch Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe

Rumi imPuls e.V.

Wir wollen geflüchteten Jugendlichen die Möglichkeit geben, nicht nur Wissen zu erwerben, sondern auch eine eigene Haltung dazu zu entwickeln; sie sollen lernen, sich selbst auszuprobieren, ihre Vergangenheit zu verarbeiten und Fragen zu stellen. Wichtig sind dabei ein respektvoller Umgang und eine Beziehungsarbeit, die den Anderen anerkennt und wertschätzt, ohne die eigene Haltung zu verlieren. Wer auf Augenhöhe ansprechbar bleibt, kann die Grundlage für ein Vertrauen legen, in dem die Jugendlichen sich öffnen und begleitet die eigene Persönlichkeit entwickeln können. Wir schaffen und gestalten Räume zur Identitätsbildung und für ein religiöses und soziales Lernen.

Unsere Angebote sollen dabei helfen, in verschiedenen inhaltlichen und zeitlichen Formaten Erfahrungen zu machen, sich selbst und andere kennenzulernen und dadurch in dieser Gesellschaft anzukommen und einen eigenen Platz für ein gelungenes Leben zu finden.

Unsere vier Themenkomplexe bauen als Arbeitsmodule aufeinander auf und greifen ineinander:

1. Kultur: Annäherung an die europäische Entwicklung
2. Gleichberechtigung: Freundschaft, Liebe und Sexualität in einer gleichberechtigten Vielfaltsgesellschaft
3. Religion und Ethik: Leben in einer Vielfaltsgesellschaft mit Toleranz, Partizipation und Religiosität
4. Flora und Fauna: Sensibilisierung für Natur und Umwelt

Kontakt:

Rumi imPuls e.V.

Glaserstr. 19

60599 Frankfurt am Main

Tel.: 0176 245 620 11

E-Mail: breiter@rumi-impuls.de

Webseite: <https://www.rumi-impuls.de>

SiRuP, Sicherheit und Rat durch Peers

Stadt Ludwigshafen am Rhein

SiRuP ist ein Peer to Peer Kooperationsprojekt zur Stärkung der Sicherheitskompetenz von Schülerinnen und Schülern. Mit einem präventiven Ansatz will das Projekt das Selbstbewusstsein und die Handlungskompetenz der Jugendlichen in Punkto Sicherheit stärken. Es will in den Lebenswelten von Schülerinnen und Schülern die Zugänge zu Beratungs- und Hilfeinstitutionen erleichtern.

Jugendliche werden von Fachkräften verschiedener regionaler Institutionen zu Tutoren ausgebildet. Hierzu gehören u.a. Fachkräfte der Zentralen Prävention der Polizei, der Verbraucherzentrale, der Medienbildung sowie Suchtberatung und Zivilcourage Trainerinnen. Um das Projekt nachhaltig etablieren und weiter zu entwickeln, fungieren Lehrkräfte als Bindeglied zwischen Peers und Institutionen. Die jungen Peers bauen die Brücken zu den Institutionen.

SiRuP wurde an der Integrierten Gesamtschule Gartenstadt gemeinsam mit Mitgliedern des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Ludwigshafen entwickelt und umgesetzt. Stellvertretend für das Projekt SiRuP erhielt die Lehrerin und Projektleitung Xenia Ort, von der Leitstelle Kriminalprävention Rheinland-Pfalz den Landespräventionspreis 2016. Das Konzept SiRuP wird 2018 standardisiert um mit Hilfe eines Handbuches die Umsetzung des Projektes für interessierte Schulen zur erleichtern.

Kontakt:

Stadt Ludwigshafen am Rhein

Europaplatz 1

67063 Ludwigshafen am Rhein

E-Mail: verena.von.hornhardt@ludwigshafen.de

Webseite: <http://www.ludwigshafen.de>

Mit STEP für Eltern und Pädagogen gegen Gewalt und Radikalisierung

STEP Verein zur Förderung von Erziehung und
Bildung

„Die beste Prävention gegen Gewalt ist der faire Umgang miteinander – ohne Ausgrenzung und Demütigung, die zu Aggression führen.“, sagt Prof. J. Bauer, renommierter Neurobiologe und Buchautor.

Das STEP Programm für Eltern und Pädagogen hilft, einen respektvollen Umgang miteinander zu praktizieren, eine wertschätzende Haltung anzunehmen. Durch Elternkurse werden Eltern aus verschiedenen Kulturkreisen gestärkt, ihre Kinder zu verantwortungsvollen, selbstbewussten, kooperativen, sozial-kompetenten Menschen zu erziehen. Durch berufsspezifische Weiterbildungen erweitern ErzieherInnen, LehrerInnen und PädagogInnen in der Erziehungshilfe ihre Handlungs- und Beratungskompetenzen und unterstützen Kinder, ein positives Dazugehörigkeitsgefühl zu entwickeln und einen positiven Beitrag zu leisten. Das Programm hilft als Prävention und als Intervention.

STEP ermöglicht Eltern und PädagogInnen an einem Strang zu ziehen: Sowohl die Elternkurse als auch die beruflichen Weiterbildungen vermitteln respektvolle Kommunikation, Förderung des Selbstbewusstseins durch Ermutigung, Stärkung der Kooperations- und Verantwortungsbereitschaft durch gemeinsame Lösungsfindung, Entwicklung von Selbstdisziplin durch die Chance aus Fehlern zu lernen.

Das Risiko der Gewaltbereitschaft und der Radikalisierung wird reduziert über das Erleben von demokratischen Werten, die Teilhabe und das Gefühl der Zugehörigkeit.

Kontakt:

STEP Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung
Kreuzbergstr. 84
40489 Düsseldorf

Tel.: 0211-4228727

Fax.: 0211-4228729

E-Mail: info@step-verein.de

Webseite: <http://step-verein.de>

Security by design – Städtebauliche Kriminalprävention

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Laut Pressemitteilung der EU-Kommission zu „Maßnahmen für besseren Schutz der EU-Bürger“ vom 18.10.2017, sollen durch „technische Lösungen mit eingebauter Sicherheit („security by design“), ... öffentliche Räume sicherer gemacht werden ..., ohne dass dabei ihr offener und öffentlicher Charakter beeinträchtigt wird.“

Im Rahmen des Projektvorhabens „Entwicklung integrativer stadtbildgerechter Sicherheitskonzepte“ ist beabsichtigt, ein Zertifizierungsverfahren für normgerechten Zufahrtsschutz anzuregen. Dazu sollen Zulassungskriterien für stationäre und mobile Fahrzeugsperren (eingeteilt in Widerstandsklassen) festgelegt werden. Berücksichtigung finden soll zudem die Entwicklung stadtbildgerechter widerstandsfähiger Stadtmöblierung wie z.B. Sitzgelegenheiten und Pflanzgefäße. Die Planung und Umsetzung von Schutzmaßnahmen sollen in einem Zufahrtsschutzkonzept formuliert werden, das auf die lokalen Bedürfnisse und Anforderungen abgestimmt, Empfehlungen zur Auswahl geeigneter Produkte und Begleitmaßnahmen geben wird. Sondierungsgespräche mit einschlägigen Bundesverbänden sowie Experten zivilgesellschaftlicher und sicherheitsspezifischer Behörden und Organisationen wurden dazu bereits geführt. Diese haben ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Vorhabens signalisiert und sollen in einem Forum zusammengeführt werden.

Die Posterpräsentation wird den aktuellen Sachstand darstellen.

Kontakt:

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

c/o BMI/GZ 3, Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

E-Mail: Detlev.Schuermann@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Einbruchschutz: Finanzanreize für den Einbau von Sicherheitstechnik auch in Neubauten

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) hat seit 2014 maßgeblich zur Implementierung von Finanzanreizen für den Einbruchschutz beigetragen. Seit 2015 werden Einzelmaßnahmen zum Einbruchschutz sowie in Kombination mit Altersgerecht Umbauen oder Energieeffizient Sanieren für Bestandsbauten als Zuschuss sowie Kredit gefördert.

Auf dem 22. DPT waren interessierte Teilnehmer_innen auf dem Plakat „Einbruchschutz zahlt sich aus: Staatliche Förderung auch für Neubau? – Stimmen Sie ab!“ eingeladen, über die gestellte Frage abzustimmen. Hintergrund war die Weiterentwicklung der bestehenden KfW-Förderung nun auch für Neubauten. Bislang ist eine Förderung ausschließlich für Bestandsbauten möglich. Dem „Konzept zur Weiterentwicklung der bestehenden Programme zur Förderung des Einbaus sicherungstechnischer Maßnahmen zum Schutz vor Wohnungseinbruchsdiebstahl für Neubauten“ stimmte die IMK am 11.09.17 zu. Zur Umsetzung des Konzeptes soll u.a. ein eigenes KfW-Förderprogramm Einbruchschutz entstehen. Ergänzend zu dem Vortrag „Einbruchschutz und KfW-Förderprogramme – Ein aktueller Sachstand“ stellt das Plakat die hauptsächlichen diskutierbaren Aspekte des Konzeptes dar: die Kostenfrage im Vergleich zu Bestandsbauten sowie die Aspekte des Opferschutzes. Ziel ist es, mit dessen Hilfe den Austausch fortzuführen und über die Eckpunkte aufzuklären.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

c/o BMI/GZ 3, Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

E-Mail: Sabrina.Mohr@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Restorative Justice and Aging: violence experiences from a gender perspective

Universidad del Rosario

From the Human Rights Approach, elderly persons, especially women are more vulnerable in Latin American societies to suffer from violence in general terms. According to the Legal Medicine Department, in 2017 in Colombia, South America, the murders due to interpersonal violence went from 44.49 percent to 67.85, in the case of men, and from 24.71 percent to 40.37 in the case of women.

As a result, the statistics shows, eight men die for every two women killed. The overall death toll from fighting exceeds 60 percent.

Despite, the violence suffered from elderly women, they are still not often included in our society and one might think that Restorative Justice, can be an strategic tool for inclusion of minorities.

The method: through statistics analysis and interviews to elderlies women, I will like to discover if they would it had the possibility to encounter answers to their scary experiences such as violence attacks through restorative justice. They would gain more confidence in their encounter with strangers, so far to go out at nights, participate in more activities in order to be really included in society.

Kontakt:

Universidad del Rosario
Cl 12c #6-25 Facultad de Jurisprudencia
1117 Bogota

E-Mail: Andrea.padilla@urosario.edu.co

Webseite: <http://www.urosario.edu.co>

Sonderausstellungen

	Seite
Bundespolizei Buchband „Die Federsammler“	642
Innocence in Danger e.V. Smartphone, Sexting und Co.	643
Justizministerium Nordrhein-Westfalen Kunst kennt keine Grenzen	644
Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V. Malgalerie - Zeichnungen und Malereien von Inhaftierten der JVA Sachsen-Anhalt	645
WEISSER RING e.V. Infovictims	646

Die mit * gekennzeichneten Programmteile beinhalten Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen

Bundespolizei

Buchband „Die Federsammler“

Im Rahmen der polizeilichen Präventionsarbeit an Schulen wurde unter fachkundiger Anleitung von Redakteuren des Klangbildverlages Jena und der Bundespolizei das Buchprojekt „Der Federsammler“ erstellt. In einem spannenden Krimi von Jugendlichen für Jugendliche wurden die Aufgaben der Bundespolizei und entsprechende kriminalpräventive Maßnahmen verschriftlicht sowie in einem weiteren Arbeitsschritt das Layout und Design des Buchbandes selbstständig gestaltet.

Im zeitlichen Vorfeld des Buchprojektes erhielten die Schülerinnen und Schüler Einblick in verschiedene Arbeitstechniken an der Schule. Aber auch ein Besuch an verschiedenen Dienststellen der Bundespolizei diente der Vorbereitung auf die Projektarbeit.

Neben der intensiven Beschäftigung mit kriminalpräventiven Themenstellungen der Bundespolizei entstand mit diesem Buchband ein Produkt für nachhaltige Präventionsarbeit.

Kontakt:

Bundespolizei

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 97 997 - 0

E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de

Webseite: <http://www.bundespolizei.de>

Innocence in Danger e.V.

Smartphone, Sexting und Co.

Smartphones, Soziale Netzwerke und Online-Spiele haben das Phänomen sexueller Gewalt nachhaltig verändert. Innocence in Danger e.V. arbeitet seit 15 Jahren in Prävention und Intervention sexueller Gewalt mittels digitaler Medien.

In der Ausstellung werden unterschiedliche Facetten des Phänomens dargestellt und Möglichkeiten der Prävention und Aufklärung gezeigt.

Kontakt:

Innocence in Danger e.V.

Holtzendorffstraße 3

14057 Berlin

E-Mail: jvw@innocenceindanger.de

Webseite: <http://www.innocenceindanger.de>

Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Kunst kennt keine Grenzen

Knastkultur – Kunst kennt keine Grenzen. Ausgestellt werden verschiedene Kunstwerke aus unterschiedlichen Haftanstalten, die dort von Gefangenen erstellt wurden. Dabei handelt es sich nicht nur um Bilder, sondern auch um Skulpturen. Diese Ausstellung findet im Rahmen des Projektes Knastkultur statt. Auf dieser Internetseite werden ganz unterschiedliche kreative Projekte dargestellt. Gefangene bekommen so die Möglichkeit, eigene Ressourcen sichtbar zu machen. Es entstanden ganz außergewöhnliche Kunstwerke, die bis dato bei der Öffentlichkeit auf großes Interesse stießen.

Kontakt:

Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf

Tel.: 05221-885613

E-Mail: nicole.sonnenbaum@jva-herford.nrw.de

Webseite: <http://www.knastkultur.de>

Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Malgalerie – Zeichnungen und Malereien von
Inhaftierten der JVs Sachsen-Anhalt

Der Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V. schreibt seit 1998 jährlich einen Malwettbewerb für alle Inhaftierten des Landes Sachsen-Anhalt und Patienten der Maßregelvollzugseinrichtungen aus. Die Ergebnisse werden in einer Malgalerie der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Bei den Bildeinreichungen zum Wettbewerb kommt es weder auf Stilrichtung, Farbwahl oder Thema an. Eine unabhängige Jury lobt Platzierungen und Anerkennungen aus, wobei die Erstplatzierten eine Prämie erhalten. Die Summen stellt der Landesverband aus zugewiesenen Geldauflagen der Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verfügung. Im Zeitraum eines Jahres können die eingereichten Bilder an öffentliche Einrichtungen, die an einer Präsentation interessiert sind und sich unseren inhaltlichen Zielstellungen verpflichtet fühlen, kostenlos ausgeliehen werden. Das kriminalpolitische Ziel dieser Aktivität besteht in der Möglichkeit über die Themen Strafe, Strafmaß, Justizvollzug, Haftalltag und Resozialisierung, ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig werben wir damit um gesellschaftliches Verständnis, Engagement und Vertrauen in unsere Arbeit und in die individuellen Resozialisierungsbemühungen der Täter. Über die Bilder gelingt es, die notwendige Transparenz und das Verständnis zwischen den Menschen VOR und HINTER den Gittern herzustellen.

Kontakt:

Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung
Sachsen-Anhalt e.V.

Keplerstraße 9/9a

39104 Magdeburg

E-Mail: ivsbsa@t-online.de

WEISSER RING e.V.

Infovictims

“One of the most potent needs that many victims have is for information about the crime and what will happen next in their lives. Their lives have typically been thrown into chaos and they feel out of control. A way to regain control is to know what has happened and what will happen – when, where and how.” (UN Handbook on Justice for Victims)

Eines der wichtigsten Bedürfnisse der Opfer ist der Informationsgewinn über die Straftat und das, was als nächstes bevorstehen wird. Als Partner des von der Europäischen Kommission geförderten Projektes Infovictims II hat der WEISSER RING e. V. Informationsmaterialien entwickelt, die Opfer von Straftaten über ihre Rechte informieren.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

E-Mail: Sturm.Celine@weisser-ring.deWebseite: <http://www.weisser-ring.de>

Infomobile

Ausstellende Institutionen	Seite
Bundespolizei Oberleitungsmodell „Bahnstrom“	648
Landesverkehrswacht Sachsen e.V. Verkehrserziehung und -aufklärung	649
Polizei Sachsen Infomobil Polizei Sachsen	650
Polizeidirektion Görlitz Beratungsmobil KrimiTech der Polizei Sachsen	651

Bundespolizei

Oberleitungsmodell „Bahnstrom“

Die Bundespolizei stellt einen Original-Bahnstromabnehmer, wie er zur Stromversorgung (15.000 Volt) der Lokomotiven eingesetzt wurde und auf älteren Maschinen auch heute noch zu sehen ist, vor.

Fast monatlich verzeichnet die Bundespolizei einen „Bahnstromunfall“ von Kindern, Jugendlichen, aber auch von Heranwachsenden und Erwachsenen, die auf das Klettern auf Bahnwaggons, Strommasten oder das S-Bahn-Surfen zurückzuführen sind. Die Gründe für das Fehlverhalten sind vielfältig und individuell.

Die Gefahren, die von Stromleitungen ausgehen, werden oftmals völlig unterschätzt oder sind nicht bekannt. Bereits die Nähe zu Bahn-Oberleitungen, z.B. durch das Klettern auf Bahnwaggons, genügt für einen Stromüberschlag. Die Bahn-Oberleitung muss hierfür nicht berührt werden. Die Gefahren, die von Bahn-Oberleitungen ausgehen sind also nicht sichtbar.

Das Bahnstrommodell besteht aus einem Original- Stromabnehmer (Bauart DBS 54). Über dem Stromabnehmer ist in einer Höhe von 1,50 Meter der Fahrdraht an Fahrleitungsmasten mit Auslegern, Isolatoren und Tragseil aufgehängt. Dadurch erhält man einen Eindruck vom erforderlichen Mindestabstand zu den spannungsführenden Teilen und dem auch in der Realität geringen Platz zwischen Fahrzeug und Bahn-Oberleitung.

Das Bahnstrommodell i. V. m. einem Filmbeitrag tragen hervorragend zur Information über diese normalerweise „unsichtbare“ Gefahr bei.

Kontakt:

Bundespolizei

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

<http://www.bundespolizei.de>

Landesverkehrswacht Sachsen e.V.

Verkehrserziehung und -aufklärung

Das Infomobil beinhaltet den Motorradsimulator und den Universalsimulator. An diesen Geräten kann die Reaktionsfähigkeit in bestimmten Verkehrssituationen getestet werden. Außerdem zeigt der Universalsimulator, wie sich die Reaktionsfähigkeit unter Alkohol verschlechtert.

Kontakt:

Landesverkehrswacht Sachsen e.V.

Kesselsdorfer Straße 336 b

01156 Dresden

Tel.: 0351/5633030

Fax.: 0351/5633040

E-Mail: hirsch@lvw-sachsen.de

Webseite: <http://lvw-sachsen.de>

Polizei Sachsen

VERDÄCHTIG GUTE JOBS! 1 BERUF – 1.000 Möglichkeiten

Der Polizeiberuf bietet alles – nur keinen Alltag

Mit diesem Beruf bist du nicht nur dabei, sondern mittendrin im Leben. Hier erwarten dich Einsätze mit wechselnden Situationen und Anforderungen. Teamarbeit wird großgeschrieben.

Die Polizei Sachsen bietet folgende Einstiegsmöglichkeiten:

- Ausbildung zum Polizeimeister (m/w)
- Studium zum Polizeikommissar (m/w)

Die Ausbildung dauert 30 Monate mit theoretischen und vielen praktischen Anteilen, und findet an einer der drei Polizeifachschulen Chemnitz, Leipzig und Schneeberg statt.

Das Studium erstreckt sich über 36 Monate. Nach dem ersten Studienjahr in Bautzen werden die anschließenden beiden Jahre in Rothenburg/O.L. an der Hochschule der Polizei Sachsen (FH) absolviert.

Die Bewerbungsfrist für eine Einstellung 2019 endet am 1.10.2018.

Du bist noch unsicher und weißt nicht, ob der Polizeiberuf das Richtige für dich ist? Dann komm ins Gespräch mit unseren Berufsberatern oder bewirb dich für ein Praktikum. Hier bekommst du einen ersten Einblick in die Polizeiarbeit.

Informationen zum Praktikum findest du auf unserer Internetseite polizei.sachsen.de unter der Rubrik Beruf und Praktikum. Unsere Berufsberater erreichst du per Email:

berufsberatung@polizei.sachsen.de.

Weitere Informationen zum Polizeiberuf und zum Auswahlverfahren findest du unter verdachtig-gute-jobs.de.

Kontakt:

Polizei Sachsen

Dübener Landstr. 4 - 04129 Leipzig

Tel.: 0341-5855 5855

Fax.: 0341-5855 2399

E-Mail: auswahlteam@polizei.sachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.sachsen.de>;

www.verdaechtig-gute-jobs.de

Polizeidirektion Görlitz

Beratungsmobil KrimiTech der Polizei Sachsen

Im Rahmen des EU-Projektes „KrimiTech – Stopp der grenzüberschreitenden Kfz-Kriminalität“ wurde ein Beratungsmobil beschafft, das im sächsisch-niederschlesischen Grenzgebiet für die polizeiliche Beratung von Bürgerinnen und Bürgern insbesondere rund um das Thema „Schutz vor Kfz-Diebstahl“ eingesetzt wird. Im Fahrzeug befinden sich zahlreiche Anschauungsstücke und Informationsmöglichkeiten. Der Einsatz des KrimiTech-Mobils soll das Sicherheitsgefühl der im Grenzgebiet lebenden Bevölkerung verbessern. Am Projekt beteiligt sind das Landeskriminalamt Sachsen, die Polizeidirektion Görlitz, die Woiwodschaftskommandantur der Polizei Wroclaw und die Kreiskommandantur der Polizei in Zgorzelec. Nach Beendigung der Laufzeit des Projektes im Jahr 2019 kann das Beratungsmobil im gesamten Freistaat – und auch weiterhin für Einsätze in Polen – genutzt werden. Vereinzelt wurde das KrimiTech-Mobil bereits in der Vergangenheit für Messen oder Großveranstaltungen von anderen Polizeidienststellen eingesetzt.

Kontakt:

Polizeidirektion Görlitz
Conrad-Schiedt-Straße 2
02826 Görlitz

Tel.: 03581 468-4020

E-Mail: praevention.pd-gr@polizei.sachsen.de

Webseite: www.polizei.sachsen.de

Begleitveranstaltungen

Offen für interessierte Kongressteilnehmende:

- KIC-Forum: Einige Fragen in der Präventionsdiskussion in Korea (Montag 9:00 – 10:30 Uhr, Raum: Seminar 1)

- Fahrten mit der Dresdener Kinderstraßenbahn „Lottchen“

An jedem Kongresstag werden drei 45minütige Fahrten angeboten, bei denen Sie Interessantes zu den innovativen Projekten und präventiven Angeboten der Jugendhilfe in Dresden erfahren können. Die Fahrten sind für Kongressteilnehmende kostenfrei. Nähere Informationen zur Route und den Abfahrtszeiten finden Sie auf unserer Webseite: www.praeventionstag.de/go/begleitveranstaltungen.



Interne Begleitveranstaltungen

- 25. DVS-Stiftungstag
- Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien
- Gemeinsames Treffen der AG Kripo und des UA FEK
- Koreanisch-Deutsches Präventionsgespräch
- Meeting of the RAN POL Working-group
- Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)
- Planungsgespräch zur Trägerkonferenz „Grüne Liste Prävention“
- Pressefrühstück
- The City Safety Labs - Kooperation zwischen Safer Cities Programm/UN-Habitat und dem Deutschen Präventionstag
- Sitzung des Programmbeirates des 23. Deutschen Präventionstages

Präventionsbörse

Ein weiteres Angebot für den Austausch und die Vernetzung der Fachleute in der Präventionsarbeit stellt die DPT-Präventionsbörse dar. Integriert in die Kongressausstellung können an diesem Stand diverse Infomaterialien ausgelegt werden. Fachorganisationen, die nicht direkt am Kongress teilnehmen, können somit auch ihre Inhalte mit einbringen.

Ergänzt wird die Präventionsbörse durch die Möglichkeit, Aushänge prominent zu platzieren. Vorgefertigte Aushängeblätter zu Angeboten und Gesuchen können auf Stellwänden mit den Überschriften „Stellenbörse“ und „Networking“ angebracht werden.

Sie finden die DPT-Präventionsbörse gleich im Eingangsbereich des Internationalen Congress Centers Dresden.



Bühne & Aktionen

	Seite
Bühnenaktionen	
„... und raus bist du?“ Urania - Wissen macht Theater	659
Das hässliche Entlein Galli Präventions Theater & TrainingCenter Berlin	660
Alles was RECHT ist! SakramO 3D & Deutsche Kinderhilfe e.V.	661
Zwei Freunde Galli Theater - Märchen helfen Heilen e.V.	662
upDate Comic On! Theaterproduktion	663
Aufbruch Theater EUKITEA gGmbH	664
Aletheia - Mitmach-Abenteuer zum Thema sexuelle Gewalt mittels digitale Medien Innocence in Danger e.V.	665
X-Games - Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen INSIDE OUT Fach- und Beratungsstelle Extremismus	666
Senioren-Präventionstheater Abschnitt 22 Der Polizeipräsident in Berlin	667
Rausgemobbt 2.0 Comic On! Theaterproduktion	668

Bühne & Aktionen

Aktionen

Operative Präventionsgruppe

Taschendiebstahl

Der Polizeipräsident in Berlin

669

Show-Taschendiebstahl

Giovanni Alecci

670

„... und raus bist du?“**Urania – Wissen macht Theater****Ein Puppentheaterstück zum Thema Cybermobbing**

Pepa ist beliebt. Mit ihren Freunden Picture und Maus verbringt sie viel Zeit und erlebt so manches Abenteuer mit den beiden. Doch auch ihre besten Freunde bemerken nicht, dass Pepa sich immer mehr zurückzieht und in der Schule Probleme hat. Bis eines Tages

diese verhängnisvolle Nachricht im Internet auftaucht.

Mit dem Präventions-Stück „... und raus bist du?“ greift Urania – Wissen macht Theater – das sensible Themenfeld Mobbing auf und zeigt anhand seiner Protagonisten auch, wie sich Mobbing im Internet auf Betroffene auswirkt.

Stückkonzeption:

Ivonne Fischer
Kay Haberkorn

Puppen und Bühnenbild:

Hanna Müller

Premiere:

28.07.2017 im Deutschen Technikmuseum Berlin

Kontakt:

Urania – Wissen macht Theater
Walter-Oertel-Straße 41
09112 Chemnitz
Tel.: 0371 27 39 34 00
E-Mail: ivonne.fischer@urania-theater.de
Webseite: <http://www.urania-theater.de>

Das hässliche Entlein

Galli Präventions Theater & TrainingCenter Berlin

„Das hässliche Entlein“ zeigt das Thema „anders und ausgegrenzt sein“ in Form einer transformierenden Geschichte, welche Mut macht und einen Weg aufzeigt. Gerade im Klassenverbund mit vielen Schülern mit interkulturellem Hintergrund ist es besonders wichtig, gemeinsam die kulturellen Unterschiede in Körpersprache und Kommunikation zu entdecken, um Missverständnisse zu vermeiden und einen Raum für Vielfalt zu schaffen in dem jeder willkommen ist.

Zum Stück:

Das Märchen „Das hässliche Entlein“ von Hans Christian Andersen ist vom Theaterautor Johannes Galli völlig neu und zeitgemäß inszeniert worden und setzt das Thema „Mobbing & Integration“ auf eine ideale Weise für Kinder und Jugendliche in emotional ergreifenden Bildern um. Unter Enten geboren, unverstanden herumirrend, schafft es das hässliche Entlein letztendlich, sich selbst zu entdecken und wandelt sich zu einem wunderschönen Schwan. Anders sein und ausgegrenzt sein, wird hier als eine transformierende Geschichte erzählt, welche vor allem denjenigen, die anders sind, Mut gibt und einen Weg aufzeigt.

Highlight im Stück: eigens komponierte Märchenlieder von Michael Summ & Johannes Galli

Das Stück wird für Schulklassen mit einem begleitenden Workshop Programm angeboten. Altersgruppen: Kita und Grundschule bis einschl. Klasse 7.

Kontakt:

Galli Präventions Theater & TrainingCenter Berlin
Oranienburgerstr. 32 In den Heckmann-Höfen
10117 Berlin

Tel.: 030-27596971

Fax.: 03027596973

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-berlin.de>

Alles was RECHT ist!

SakramO 3D & Deutsche Kinderhilfe e.V.



Von Geburt an sind Kinder eigenständige Persönlichkeiten und Träger eigener Rechte. Leider sind sie nicht ausreichend darüber informiert, dass es Kinderrechte gibt und was dies konkret für sie bedeutet. Wenn Kinder aber gut über ihre Rechte aufgeklärt sind, können sie sich besser vor Gewalt schützen und dafür einsetzen, dass ihnen kein Unrecht widerfährt.

„Alles was RECHT ist!“ ist ein von der Deutschen Kinderhilfe

initiiertes und von dem Theaterensemble SakramO 3D geschriebenes Theaterstück für Grundschul Kinder zum Thema Kinderrechte. Durch die Geschichte von den Alien-Kindern Mowi und Sagro werden Kindern spielerisch und interaktiv die wichtigsten in der UN-Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechte vermittelt.

Auf dem Planeten Mimaglū abgestürzt, trifft Sagro auf Mowi, die ihn herzlich aufnimmt und ihm im Laufe ihres Alltags zeigt, was es bedeutet ein Recht auf Gleichheit, Beteiligung, Gesundheit, Bildung und vieles mehr zu haben und insbesondere, wie wichtig das Recht auf Schutz vor Ausbeutung und Gewalt ist.

Kontakt:

SakramO 3D & Deutsche Kinderhilfe e.V.

Schiffbauerdamm 40

10117 Berlin

Tel.: 030 - 24 34 29 40

Fax.: 030 - 24 34 29 49

E-Mail: nowak@kindervertreter.de

Webseite: <http://www.kindervertreter.de>

Zwei Freunde

Galli Theater – Märchen helfen Heilen e.V.

Ein Präventionstheaterstück zum Thema: Freundschaft und Integration

Entwickelt im Auftrag des Auswärtigen Amtes

Eine anrührende Geschichte, die erzählt, wie aus zwei Fremden Freunde werden.

Ziel: Ein Spiel, das die Integrationsfähigkeit erhöhen soll.

Die Geschichte:

Atze, eine bodenständige Zeitgenossin, trifft auf Uschtlar, einen verängstigten, schüchternen Menschen, der aus seiner Heimat fliehen musste. Obwohl keiner die Sprache des anderen spricht, finden sie einen Weg, sich zu verständigen, zu verstehen und Freundschaft zu schließen.

Im Anschluss führen die Spieler eine 35-minütige nachbereitende Diskussion, sowie einen interaktiven Kurzworkshop mit den Schülern durch.

Es spielen: Sigrun Stiehl & Ronald Gräfe

Facts zum Ablauf des Stücks

- Dauer ca. 35 Minuten
- Zielgruppe ab 9 Jahren
- Bühnenaufbau nicht nötig
- Technik: Musikeinspielungen

(Kann bei Bedarf mitgebracht werden)

Kontakt:

Galli Theater - Märchen helfen Heilen e.V.

Marktstr. 35

99084 Erfurt

E-Mail: s.stiehl@galli.de

Webseite: <http://www.galli-dresden.de>

upDate

Comic On! Theaterproduktion

upDATE ist ein Theaterstück für 13 bis 16-Jährige zum Thema Sexting und Cyber-Mobbing.



Elena und Kiara sind Freundinnen. Eigentlich. Kiara ist die Selbstbewusste und Hübsche, Elena die Nette mit den besseren Schulnoten. Dann kommt Leo, der Mädchenschwarm, und alles gerät durcheinander. Plötzlich sind Nacktfotos im Umlauf: Wer

hat was an wen geschickt und wer hat Schuld? Dann tauchen noch andere brennende Fragen auf: Weshalb hat Kiaras Selfie mehr Likes als Elenas? Auf wen steht Leo, das Fußballtalent der 8b, denn jetzt wirklich? Und vor allem: Wieso ist das Leben nicht so schön wie die Bilder auf Instagram? upDATE widmet sich den Peinlichkeiten und Ängsten während der Pubertät mit Schwerpunkt auf Sexting in Sozialen Medien. Humorvoll überspitzt thematisiert upDATE Verantwortung und Werte im Umgang mit Daten, Bildern und Filmen im Online-Alltagsverkehr.

Gezeigt werden Ausschnitte und Schlüsselszenen aus dem Stück. Im Anschluss daran stehen die Schauspieler den Schülerinnen und Schülern sowie dem Fachpublikum für Fragen zur Verfügung und diskutieren mit den Anwesenden über das eben Gesehene.

Seit 1990 sind wir als Tourneetheater im gesamten deutschsprachigen Raum für Kinder- und Jugendliche auf Tour. Comic On! möchte den kleinen und großen Zuschauern mit seinen Theaterstücken ein bleibendes und bildendes Erlebnis bieten, ihnen soziale und solidarische Kompetenzen vermitteln.

Kontakt:

Comic On! Theaterproduktion

Florastr. 55-57

50733 Köln

Tel.: 0221-210272

E-Mail: comic-on@comic-on.de

Webseite: <http://www.comic-on.de>

Aufbruch

Theater EUKITEA gGmbH



Seit über 30 Jahren ist Theater EUKITEA mit seinen Theaterproduktionen für junge Menschen weltweit unterwegs an Schulen und Kindergärten. Wir begeistern unser Publikum mit spannenden, witzigen und bewegenden Inszenie-

rungen zu den Themenbereichen Prävention, Umweltbildung und Friedensbildung. Für unsere wirksame und nachhaltige gewaltpräventive Theaterarbeit wurden wir 2013 als erstes und bisher einziges Theater mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnet.

Auf dem Deutschen Präventionstag 2018 zeigen wir erstmals Szenen und Auszüge aus unserer neuesten Jugendtheaterproduktion zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus. EUKITEA schaut hinter die Kulissen radikalisierten Jugendlicher, nimmt die biographischen Hintergründe und psychosozialen Lebensumstände in den Blick, und geht den Fragen nach, warum und wie sich junge Menschen radikalisieren. Was sind die Auslöser? Und wie können wir Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkennen und stoppen?

Schauspiel: Homa Faghiri und Ludwig Drengk

Regie und Konzept: Stephan Eckl und Olaf Dröge

Kontakt:

Theater EUKITEA gGmbH

Lindenstraße 18b

86420 Diedorf

Tel.: 08238 964743-0

Fax.: 08238 964743-99

E-Mail: info@eukitea.de

Webseite: <http://www.eukitea.de>

Aletheia – Mitmach-Abenteuer zum Thema sexuelle Gewalt mittels digitaler Medien

Innocence in Danger e.V.

Beim interaktiven Präventionabenteuer „Aletheia“ müssen Kinder gemeinsam nachdenken und digitale Medien klug und geschickt anwenden.

Geschichte:

Im Jahre 2033 werden alle Erwachsenen durch digitale Medien unterjocht. Eltern können sich nicht einmal um die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Kinder kümmern. Stattdessen gibt es Apps, um Kindern das Schuhebinden oder Zähne putzen zu erklären und ihnen Gutenachtgeschichten vorzulesen. Die mutige Nibora Troy (Shary Reeves) hat ein Computerprogramm entwickelt, um die Eltern zu befreien. Dabei ist sie dringend auf die Hilfe der Kinder angewiesen.

Spiele:

Mr. Smiley – oder was sind eigentlich Gefühle?

Freundschaft rockt – oder was ist eigentlich Freundschaft?
Gelogen oder wahr – oder droht sogar Gefahr?

Während des Durchlaufs werden die Kinder in Videoeinspieler von der klugen und mutigen Nibora Troy (Shary Reeves) unterstützt.

Behandelt werden Fragen wie: Was sind eigentlich Gefühle? Wann fühlt man wie? Und wobei können Gefühle helfen? Woran erkennt man, ob etwas gelogen ist oder vielleicht Gefahr droht? Was ist Freundschaft? Wozu braucht man Freunde und wie erkennt man sie?

Woher bekommen Kinder Hilfe, wenn sie Schwierigkeiten haben?

In der anschließenden Nachbesprechung werden die wichtigsten Präventionsthemen aufgegriffen und vertieft.

Kontakt:

Innocence in Danger e.V.

Holtzendorffstraße 3

14057 Berlin

E-Mail: jvw@innocenceindanger.de

Webseite: <http://www.innocenceindanger.de>

X-Games – Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen

**INSIDE OUT Fach- und Beratungsstelle
Extremismus**

X-Games dient der Extremismus- und Radikalisierungsprävention.



Die Grundidee des Spiels ist, Jugendliche unmerklich mit Methoden, Argumenten und Denkweisen von extremistischen Gruppen zu konfrontieren und sie zu moralisch bedenklichen Handlungen im Spiel zu bewegen. Ziel ist es, Jugendlichen bewusst zu machen, mit

welch einfachen Methoden Gedanken- und Handlungsbeeinflussungen durch radikale Gruppen stattfinden können, und ihren Sinn für Beeinflussungen zu schärfen.

Das Spiel besteht aus fünf Stationen, die von vier oder fünf Gruppen bewältigt werden müssen. Es gibt Stationen, die nur von einer Gruppe gespielt werden können, bei anderen Stationen treten zwei Gruppen gegeneinander an.

Es gibt zwei Ziele des Spiels: Das für die Gruppen offensichtliche Ziel ist es, die meisten Punkte bzw. Zahlen eines Codes zu sammeln, um damit einen Safe zu öffnen und damit das Spiel zu gewinnen.

Das tatsächliche Ziel ist es aber, die Gruppen für gruppendynamische Prozesse, für Außenseiter- und Führererfahrungen, für Propagandamethoden, Machtstrukturen und Entmenschlichungsprozesse, wie sie stets bei radikalen Bewegungen beobachtet werden können, zu sensibilisieren.

Da sich das Spiel dieser Methoden bedient, ist eine gemeinsame Nachbereitung und Diskussion sehr wichtig, um die körperlichen Erfahrungen, die die Jugendlichen machen, auch theoretisch „begreifbar“ zu machen.

Kontakt:

INSIDE OUT Fach- und Beratungsstelle Extremismus

Waiblinger Str. 1-3

70372 Stuttgart

E-Mail: weinig@insideoutnow.de

Webseite: <http://www.insideoutnow.de>

Senioren-Präventionstheater Abschnitt 22



„Sind Sie heute schon ausgetrickst worden? - Nein?
Dann kommen Sie zur Vorstellung des Berliner Senioren-
präventionstheaters!“

Sehen Sie Berliner Polizeibeamte vom Abschnitt 22 als
Schauspieler. Auf unterhaltsame und sehr einprägsame
Art und Weise werden folgende Tricks dargestellt: „Der
Enkeltrick“, „Der Zetteltrick“ und „Der Tuchtrick“, „Der falsche
Handwerker“ und „Der falsche Polizeibeamte“.

Das Motto lautet hierbei immer: „An der Wohnungstür ist
Schluss!“

Es werden Handlungsmöglichkeiten präsentiert, damit Sie
wissen, wie Sie sich zu verhalten haben, wenn bei Ihnen,
z.B. „der falsche Handwerker“ klingelt.

Das Seniorenpräventionstheater feiert in diesem Jahr sein
15-jähriges Bestehen.

Kontakt:

Der Polizeipräsident in Berlin, Direktion 2, Abschnitt 22
Charlottenburger Chaussee 67-75, 13597 Berlin

Tel.: 030-4664222042

Fax.: 030-4664222099

E-Mail: Dir2A22Vksb-Praevb@polizei.berlin.de

Webseite: www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken

Rausgemobbt 2.0

Comic On! Theaterproduktion



R@USGEMOBBT 2.0 ist ein Theaterstück zum Thema Cyber-Mobbing für 12 bis 16-jährige Jugendliche.

Was würdest du alles tun, um dazu zu gehören? Was erträgst du? Und wann ist man eigentlich cool?

Jess, ein 16-jähriger Junge, hat schon einiges hinter sich und beschließt aus diesem Grund, sich an der neuen Schule aus allem heraus zu halten. Wer braucht schon neue Freunde, wenn man bestens virtuell vernetzt ist, so dass man jederzeit mit seinen Top-Freunden „reden“ – oder noch besser – zocken kann? Die Mädchen kommen seinem Vorsatz jedoch schnell in die Quere: das attraktive Gucci-Girl Vanessa, die mit ihrer Clique in der Schule tonangebend ist, und Chris, die seine Leidenschaft für Computerspiele teilt, gleichzeitig aber von Vanessa und ihrer Clique schikaniert und mit peinlichen Handyvideos extrem unter Druck gesetzt wird.

Gezeigt werden Ausschnitte und Schlüsselszenen aus dem Stück. Im Anschluss daran stehen die Schauspieler den Schülerinnen und Schülern sowie dem Fachpublikum für Fragen zur Verfügung und diskutieren mit den Anwesenden über das eben Gesehene.

Seit 1990 sind wir als Tourneetheater im gesamten deutschsprachigen Raum für Kinder- und Jugendliche auf Tour. Comic On! möchte den kleinen und großen Zuschauern mit seinen Theaterstücken ein bleibendes und bildendes Erlebnis bieten, ihnen soziale und solidarische Kompetenzen vermitteln.

Kontakt:

Comic On! Theaterproduktion

Florastr. 55-57

50733 Köln

Tel.: 0221-210272

E-Mail: comic-on@comic-on.de

Webseite: <http://www.comic-on.de>

Operative Präventionsgruppe Taschendiebstahl (OPG Tasche)



Das Konzept OPG Tasche bietet einen neuen Ansatz in der Prävention. Es richtet sich an potenzielle Opfer, die tatbegünstigende Verhaltensauffälligkeiten in Bezug auf Taschendiebstahl aufweisen (Bsp.:

offene Handtasche, Position Zipper usw.). Wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist es, betreffende Personen direkt anzusprechen, auf das Fehlverhalten hinzuweisen und geeignete Möglichkeiten zur Tatverhinderung aufzuzeigen.

Zwei zivil gekleidete Polizeidienstkräfte suchen sich ein potenzielles Opfer aus und platzieren heimlich einen Präventionsaufkleber auf der Tasche oder dem Rucksack. Der Aufkleber ist 5x5 cm groß und ist rückstandslos zu entfernen. Kurz darauf sprechen sie die Person an und geben sich als Polizeiangehörige zu erkennen. Sie weisen die Person auf das beobachtete Fehlverhalten sowie die möglichen Folgen hin und geben Präventionstipps zur Trageweise. Durch diese Vorgehensweise wird das potenzielle Opfer nachhaltig zum Thema sensibilisiert. Die Besonderheit an dem Präventionsansatz ist, dass es zu einem Multiplikatoreneffekt kommt: Die betroffene Person, erzählt von dem Ereignis im Freundeskreis/Umfeld.

OPG Tasche – eine aktive und innovative Art der Prävention, die ein persönliches Präventionsgespräch garantiert und nachhaltig ist!

Kontakt:

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 261 – Taschendiebstahl
Präventionsbeauftragte
Perleberger Str. 61 A
10559 Berlin
E-Mail: lka261@polizei.berlin.de

Show-Taschendiebstahl**Giovanni Alecci**

Er ist Deutschlands bekanntester Taschendieb und viele Fernsehsender wie ARD, ZDF und Pro7 setzen auf seine Expertise als Fachmann für Taschendiebstahl. Dem Innenminister des Landes NRW hat er trotz Personenschützer das Handy aus der Jackentasche geklaut und damit in der bundesdeutschen Presse für Furore gesorgt. Nicht weniger bekannt ist er als Gabelbieger; hier zählt er weltweit

zu den Besten. Ein charmanter Vollblut-Entertainer, der Sie begeistern und verblüffen wird. Er zeigt Ihnen Sachen, die Sie niemals für möglich gehalten hätten. Erleben Sie am ... seine Fähigkeiten und:

ACHTUNG, er stiehlt nicht nur Ihren Verstand!**Kontakt:**

Giovanni Alecci
Immigrather Str. 24
42799 Leichlingen
Tel.: 02175-88 43 67
Fax: 02175-88 43 68
Mobil: 0173-66 90 494
Internet: www.alecci.de
E-Mail: giovanni@alecci.de

Seite

**Läuft bei uns! Freundschaft ohne
Kündigungsmöglichkeit?**

Lisa Marie Hofmann

Annett Meylan

Prof. Dr. Udo Rudolph

Dr. Stefan Uhlig

672



Lisa Marie Hofmann

Technische Universität Chemnitz



Annett Meylan

Technische Universität Chemnitz



Prof. Dr. Udo Rudolph

Technische Universität Chemnitz



Dr. Stefan Uhlig

Technische Universität Chemnitz

M. Sc. Psych. Lisa Hofmann ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Chemnitz. Zudem ist Frau Hofmann als Mitarbeiterin des Huckepack Kinderförderung e.V. tätig.

M. Sc. Psych. Annett Meylan ist seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Psychologie der TU Chemnitz. Darüber hinaus ist Frau Meylan seit 2016 Geschäftsführerin des Huckepack Kinderförderung e.V.

Prof. Dr. Udo Rudolph ist Professor für Allgemeine und Biopsychologie am Institut für Psychologie der TU Chemnitz. Er ist zudem Leiter berufsbegleitender Bachelor- und Master-Studiengänge am An-Institut für Weiterbildung der TU Chemnitz sowie Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins Huckepack-Kinderförderung e.V.

Dr. Stefan Uhlig ist seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Psychologie der TU Chemnitz. Zudem ist er derzeit als Vorstandsmitglied im gemeinnützigen Verein Huckepack-Kinderförderung e.V. tätig.

Läuft bei uns! Freundschaft ohne Kündigungsmöglichkeit?

Was stärkt und was schadet Freundschaften? Und was geschieht eigentlich, wenn Freundschaften beendet werden? Wie geht das überhaupt? Und wie erkennen wir für uns selbst, ob es sinnvoll ist, eine Freundschaft entweder zu beenden oder zu retten?

Diese Fragen werden in vielen verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen untersucht. Als Psychologen wissen wir: Menschen brauchen einander. Wie gut es uns geht, hängt sehr davon ab, welche Bindungen zu anderen Personen wir eingehen. Dabei ist uns nicht nur unsere Familie wichtig, sondern auch Freundschaften. Die Biologen übersetzen den Begriff Freundschaften häufig mit „gegenseitiger Kooperation“. Solche Kooperationen finden wir bei sehr vielen verschiedenen Tierarten, quer durch große Teile des Tierreichs. Klar ist dabei aber auch, dass bei uns Menschen Freundschaften besonders wichtig sind.

Zwei Merkmale von Freundschaften sind dabei typisch: (1) Freundschaften sind freiwillig – Freunde sind also Menschen, mit denen wir gerne etwas tun, ohne dazu gezwungen zu sein. (2) Freundschaften beruhen stets auf Gegenseitigkeit – es ist nicht möglich, dass nur einer von zweien mit dem anderen befreundet ist.

Was dies für unsere Freundschaften bedeutet, werden wir mit Euch zusammen herausfinden!

Teilnehmerliste

Die nachfolgende Liste verzeichnet alle angemeldeten Kongressteilnehmenden, die ihr Einverständnis zur Veröffentlichung gegeben haben (Stichtag 6. Mai 2018).

Die jeweils aktuelle Teilnehmerliste erscheint online unter www.praeventionstag.de/go/teilnehmerliste.

Hassan Abu Arqoub, Dar al Iftaa (Jordanische Fatwa-behörde)

Doris Adlung, Polizeiinspektion Celle

Rubina Ahmadi, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

André Albach, Landesinstitut für Präventives Handeln

Madlen Albrecht, Sächsisches Landesgymnasium Sankt Afra

Dr. Yvonne Albrecht, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Urs Allemann, Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention

Nils Allendorf, Polizeiakademie Niedersachsen

Dr. Marc Allroggen, Universitätsklinikum Ulm

Mirko Allwinn, Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement (I:P:Bm)

Erik Alm, KORA - Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Dana Alpers, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Anke Altmeyer, Sächsisches Staatsministerium des Innern

Miriam Amin, Bahá'í-Frauen-Forum e.V. c/o Gisa Meier-Floeth

Mirza Ammad, UNDP

Katharina Ander, Landeshauptstadt Dresden

Hartmut Anders-Hoepgen, BackUp-ComeBack - westfälischer Verein zur offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.

Daniela Anderson, Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt

Müller Andreas, Polizeidirektion Oldenburg

Francis Aning, Agape Village of Hope International

Sviatlana Aniskevich, Servicebüro Jugendmigrationsdienste, BAG EJSA e.V.

Armin Anstett, Landeshauptstadt München / Sozialreferat

Ivana Antic, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Sandra Apel, Landeshauptstadt Dresden

Dr. Andreas Armorst, Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

Thorsten Arndt, Freie Straffälligenhilfe eV Halle

Dr. Heidemarie Arnhold, Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Anika Aschendorf, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Claudia Auerbach, PD Chemnitz/Polizeirevier Annaberg

Anika Bachnik, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Dirk Baehr, Universität Köln

Felix Baenisch, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Dirk Baier, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Ricardo Baldauf, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Nina Bamberger, Polizei Kanton Solothurn

Wolfgang Banse, Kriminalpräventiver Rat der Stadt Norderstedt

Dr. Katharina Barley, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Heike Bartesch, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Alexandra Barth, Landeshauptstadt Mainz

André Barth, Landeshauptstadt Dresden

Christian Barth, Landeshauptstadt Dresden

Uwe Barthel, padgGmbH

Friederike Bartmann, Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Samera Bartsch, Univation

Cornelia Barz, Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen e.V.

Birgit Bauer, Kinder- und Jugendverein Ehrenfriedersdorf e.V.

Gabi Bauer, Kripo Landshut

Lars Bauer, Kreissportbund Bautzen e.V.

Marco Bauer, Privater Erziehungsdienst Holm Kerber

Samuel Bauer, Streetwork Baunatal

Max Baum, Freie Straffälligenhilfe eV Halle

Katharina Baumann, JVA Halle

Dilek Baydak-Stadelmann, Polizeiakademie Niedersachsen

Birgit Bayer, Stadtverwaltung Neuwied

Renate Bayer

Siegfried Bayer

Angelika Becker, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Rainer Becker, Deutsche Kinderhilfe – Die Kindervertreter e. V.

Rebekka Beckmann, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Tim Behrend, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Dirk Behrmann, Landeskriminalamt Niedersachsen

Svenja Beier, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Gregor Belgardt, Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Gregor Belgardt, Landeshauptstadt Stuttgart

Brahim Ben Slama, Bundeskriminalamt

Holger Berg, Stadt Bad Bentheim

Ralf Bergander, Präventionsrat der Stadt Bramsche

Nadine Berger, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Michael Bergmann, Landespolizei Schleswig-Holstein

Steffi Bergmann, Deutscher Feuerwehrverband

Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Sylvia Berndt-Bruns, Landratsamt Erzgebirgskreis

Heiner Bernhard, Stadt Weinheim

Ralf Bernstein, Sächsisches Staatsministerium des Innern

Kathrin Bertelsen, Landespolizei Schleswig-Holstein

Maike Bethke, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Martin Bettenworth, VDI Technologiezentrum GmbH

Ayse Beyazdag, GSJ gGmbH - Gesellschaft für Sport
und Jugendsozialarbeit

Franziska Bickelhaupt, Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Janusz Biene, Kreis Offenbach

Maik Bienk, Jugend- und Bildungshaus Samtgemeinde
Bersenbrück

Sabine Bierfeld, Polizeizone Weser-Göhl 5292

Roswitha Biesold, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Gerd Binder, Präventionsrat Friesoythe e.V.

Bianca Biwer, WEISSER RING e.V.

Matthias Blackert, Stadt Essen

Anna-Lena Blank, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Franziska Blath, Friedenskreis Halle e.V.

Fanny Blatt, Stadt Forst (Lausitz)

Melanie Blinzler, Präventionsrat Oldenburg (PRO)

Thorsten Bliß, Polizeipräsidium Duisburg

Karsten Block, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vor-
pommern

Dorothea Blunck, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Sandra Bochmann, LRA Sächsische Schweiz / Osterz-
gebirge

Nils Böckler, Institut Psychologie und Bedrohungsma-
nagement (I:P:Bm)

Carsten Bode, Polizeidirektion Oldenburg

Vivian Bödecker, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Kira Boden, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Eva Bögelein, Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband
Sachsen

Jens Bögelmann, Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Anja Bohländer, Universität Erfurt

Alexandra Böhm, Hochschule der sächsischen Polizei

Dr. Ulrike Böhm, Praxis für Rechtsmedizin Leipzig

Sabine Boldt, Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen

Andreas Bonk, Polizeidirektion Oldenburg

Felix Borck, Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Paula Bormann, LAG Schulsozialarbeit Sachsen e.V.

Britta Borrego, LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.

Tanjeff Bourgett, Landesinstitut für Präventives Handeln

Dimitria Bouzickou, AJS / Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Elke Brachaus, Sentasverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Ilka Brambrink, Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Dirk Brandau, Polizeipräsidium Mittelhessen

Otmar Brandes, Landeskriminalamt Niedersachsen

Jürgen Brandt, Klärungshilfe für Menschen im Mittelstand

Melanie Branzk, Thüringer Oberlandesgericht

Tobias Brauer, Soziale Dienste der Justiz Berlin - Gerichts- und Bewährungshilfe

Dr. Annette Braun, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sascha Braun, Gewerkschaft der Polizei

Michael M. Breitschwerdt, sk. I. Kulturkontor GmbH

Ulf Brennecke, Legato Prävention

Ingo Breuning, Justizvoll Hessen

Jennifer Brockhaus, Die Brücke Dortmund e.V.

Susann Brockhoff, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Achim Bröhenhorst, Landespräventionsrat Niedersachsen

Franz Broneder, Wiener Linien

Kersten Brose, Landkreis Ludwigslust-Parchim

Anja Brückmann, Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW

Siegmund Bruhn, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Marita Brüls, Polizeizone Weser-Göhl 5292

Wienke Brüsehafer, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Günther Bubenitschek, Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Frank Buchheit, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Ines Buchholz, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Bernd Buchwald, Polizeidirektion Leipzig

Andreas Bühler, Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Claudia Bühring, Landeshauptstadt Dresden

Rainer Buller, Landeshauptstadt Magdeburg

Torger Bünemann, Resohilfe Lübeck

Susanne Bunke, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Angelika Burghardt-Kühne, JVA Heidering

Sarah Burs, Sozialdienst katholischer Frauen Essen-Mitte e.V.

Oliver Busche, Polizeiakademie Niedersachsen

Helmut Büschke, Landesverkehrswacht Sachsen e.V.

Katrin Buschmann, Frauenhäuser Ludwigsfelde/Luckenwalde

Annelie Büter, Polizeidirektion Oldenburg

Kenneth Bwangu, Nkumba University

Yuliya Byelonenko, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

José Francisco Calí Tzay, Botschaft der Republik Guatemala

Ayda Candan, Landespräventionsrat Niedersachsen

Claudia Carrasco Bordalo, Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Stefanie Carrera, Polizeipräsidium Unterfranken

Johan Cats, Director Custodial Institutions Agency (DJI)

York Clases, Der Landrat als Kreispolizeibehörde Lippe

Prof. Dr. Marc Coester, Hochschule für Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Jeremy Coid, Queen Mary University of London

Melanie Contu, Landeshauptstadt München

Mathieu Coquelin, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Mathieu Coquelin, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Cristin Cordes, MIK BB

Ralf Cordes, Stadt Stadthagen

Ivan Cvijovic, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Tobias Czichowsky, Justizvoll Hessen

Prof. Dr. Christopher Daase, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Maria Dabrunz, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Heike Dahlhelm, Landespräventionsrat Brandenburg

Ulrik Damitz, Landespolizei Schleswig-Holstein

Dr. Miriam Damrow, FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG

Esther Dannemann, Jugendamt Dresden - Jugendgerichtshilfe

Dr. Beate Dauer, Unfallkasse Brandenburg

Pilar De La Torre, European Forum for Urban Security (EFUS)

Andreas Dehnbostel, Polizeiakademie Niedersachsen

Wiebke Deichmann, Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

René Demmler, Polizeidirektion Dresden

Ellen Demnitz-Schmidt, SPIKE Dresden

Annett Dietrich

Lea Dietrich, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Dr. Christopher Dietz, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Dr. Thomas Dirscherl, Triple P Deutschland GmbH

Jana Dittrich, Polizeidirektion Leipzig

Fabienne Djadi, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Marlies Dobben, Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Kathleen Doetsch, Polizeidirektion Leipzig

Holger Döhler, PD Chemnitz

Hendrik Domrös, Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V.

Andrej Donat, Polizeiakademie Niedersachsen

Benjamin Donath, LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Lydia Döring, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.

Christian Dorn, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Doreen Dörner, Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Günter Dörr, Landesinstitut für Präventives Handeln

Julia Dösselmann, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Torsten Dowe, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Beate Drowatzky, Caritasverband Dresden-Meißen e.V.

Marcel Dubach, Polizei Kanton Solothurn

Nese-Gizem Duman, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Ingo Dungs, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Maria Dzierzon, Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Peter Dzimalle, Landkreis Göttingen

Günther Ebenschweiger, Österreichisches Zentrum für Kriminalprävention

Axel Ebers, Leibniz Universität Hannover

Ethem Ebrem, Mosaik Deutschland e. V.

Irmtraud Eckart , Ufuq e.V.

Charlotte Eckert, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Günther Eder, Wiener Linien

James erharuyi Edorisiagbon, Edo reality foundation world wide

Nadine Eggers, Polizeiakademie Niedersachsen

Frank Ehlenberger, Landeshauptstadt Magdeburg

Thomas Eichler, Stephansstift Förderschulen gGmbH

Jasmin Eisenhut, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie
und Integration Hamburg

Miriam El Bali, Landespräventionsrat Brandenburg

Kerstin Ellendt, Landespolizei Schleswig-Holstein

Peter Endress, GroupKom GmbH

Annett Engelmann, Triade Engelmann und Palme GbR

Prof. Dr. Havva Engin, Pädagogische Hochschule
Heidelberg

Anja Enzmann, JVA Halle

Bekir Ercicek, Landespräventionsrat Nordrhein-West-
falen

Julia Erdmann, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Julian Ernst, Universität zu Köln

Selver Erol, Kreis Offenbach

Gabi Eßbach, Frauen für Frauen e.V.

Tanja Eversmann, Soziale Dienste der Justiz in Thü-
ringen

Doris Eyl-Müller, Kreisverwaltung Neuwied

Stefanie Fächner, Landeszentrale für Medien und
Kommunikation Rheinland-Pfalz/klicksafe

Amir Alexander Fahim, Türkische Gemeinde in
Deutschland e.V.

Ove Fallesen, Landespolizei Schleswig-Holstein

Sarah Fehrmann, JVA Heinsberg

Janine Feil, Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt

Claudia Felden, Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport

Celia Feldmann, Landratsamt Görlitz

Julia Feldmann, Verein Programm Klasse2000 e.V.

Prof. Dr. Ute Fervert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Anne Fetzer, Universitäts KrebsCentrum Dresden

Dr. Carmen Figlestahler, Deutsches Jugendinstitut

Rüdiger Finholdt, Landgericht Hamburg

Patrick Fischbach, Landeshauptstadt Dresden

Dr. André Fischer, Behörde für Schule und Berufsbildung

Dr. Eveline Fischer, Ärztin für Innere Medizin und Arbeitsmedizin (im Ruhestand)

Nadja Fischer, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Richard Fischer, Landgericht Augsburg

Ruth Fischer, Bezirksregierung Arnberg

Sven Fischer, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Thomas A. Fischer, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Ulrike Fischer, Bayerisches Staatsministerium des Innern

Petra Fliedner, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Mirjam Fliege, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Dr. Holger Floeting, Deutsches Institut für Urbanistik

Rolf Flückiger, Polizei Kanton Solothurn / Schweiz

Manfred Fock, Sprint e.V.

Christina Foerch Saab, Fighters for Peace

Jörn Folster, Kreisverwaltung Pinneberg

Sabrina Forchel, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Sven Forkert, Landespräventionsrat Sachsen

Dr. Peter Frank, Generalbundesanwalt

Christina Franke, Justizvoll Hessen

Heiko Franke, Landkreis Vorpommern-Greifswald

Tana Franke, DPT – Deutscher Präventionstag

Karin Franzen, Stadt Essen

Doris Frenz, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Arne Freudenberg, GSJ gGmbH - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit

Dagmar Freudenberg, Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Michaela Freudenreich, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Judith Freund, Verein SICHERES LEBEN e.V.

Prof. Dr. Ute Frevert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Barbara Freytag, Landespolizeipräsidium Saarland

Ines Fricke, Polizeiinspektion Braunschweig

Prof. Dr. Rebecca Friedmann, Medical School Berlin (MSB)

Sabrina Frier, Zentrum für Kriminologie & Polizeiforschung | ZKPF

Joachim Fritz, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Nora Fritzsche, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Bernd Fuchs, Kriminalistik C.F. Müller Verlag Heidelberg

Hendrik Fuest, Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. Helmut Fünfsinn, Generalstaatsanwalt

Werner Fürle, Jugendamt Erfurt

Lucas Gabriel , GroupKom GmbH

Jörg Gakenholz, LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Antje Gansewig, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Wolfgang Gatzke, WEISSER RING e.V.

Aline Gauder, DRK Kreisverband Wolfenbüttel e.V.

Eva Gauggel, Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)

Dr. Bernt Gebauer, Hessisches Kultusministerium

Sirka Geese, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Diana Gehlhoff, JVA Burg

Katja Gerhardi, Landesamt für Schule und Bildung,
Standort bButzen

Manfred Gerhards, Landeskriminalamt Nordrhein-
Westfalen

Christian Gerkuhn, zusammen wachsen

Dr. Daniel Geschke, Institut für Demokratie und Zivil-
gesellschaft (IDZ) Jena

Alexander Gesing, IFAK e.V.

Reinhard Gesse, theaterpädagogische werkstatt
gGmbH

Birgit Geyer, European Bank for Financial Services
GmbH

Dr. Susanne Giel, Univation

Ralph Giese, Polizeidirektion Oldenburg

Jörg Giesecking, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Dr. Frankziska Giffey, Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Michaela Glaser, Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Außenstelle Halle (Saale)

Börge Glawe, Landkreis Vorpommern-Greifswald

Dr. Birgit Glock, Camino/Arbeitsstelle Jugendgewalt-
prävention Berlin

Markus Glomb, Polizeiakademie Niedersachsen

Andrea Glück, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Kartin Göbel, Landeshauptstadt Dresden

Doris Göcke, Anna-Siemsen-Schule

Laura-Romina Goede, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Laurent Goedert, Polizeidirektion Grevenmacher

Steve Goedert, Grossherzogliche Polizei

Hans-Josef Göers, Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V.

Prof. Naomi E. Goldstein, Juvenile Justice Research & Reform Lab

Björn Goos, Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

Alexandra Göpel, Drudel 11 e.V.

Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der Polizei

Dr. Bert Götting, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Katrin Gottschaldt, Frauen für Frauen e.V.

Ann-Kathrin Götz, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Harald Götz, Don Bosco Jugendwerk Bamberg

Antje Götz-Bungarten, Bayerisches Landeskriminalamt

Dr. Alexandra Götze, TU Chemnitz

Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

Uwe Grallath, BAG EJSA e.V.

Edit Gratzner-Sövényházy, Nationaler Kriminalpräventionsrat

Martina Greif, Landeshauptstadt Dresden

Deniz Greschner, Multikulturelles Forum e.V.

Reiner Greulich, Sicheres Heidelberg e.V.

Frederick Groeger-Roth, Landespräventionsrat Niedersachsen

Sven Grontzki, Bundesstadt Bonn

Dr. Eva Groß, Landeskriminalamt Niedersachsen

Kathrin Großgebauer, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Anne Groth, Landkreis Ludwigslust-Parchim

Florian Gruber, Bundeskriminalamt, Abt:Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus

Andrea Gründel, Landespolizei Schleswig-Holstein

Annett Grundmann, Dresdner Kinderschutzprojekt „Bärenstarker August“

Janina Gruninger, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Marta Gruschka, Stadt Nürnberg, Jugendamt

Petra Guder, Glen Mills Akademie Deutschland e. V.

Maruschka Güldner, Kreis Offenbach

Monika Guntermann, Stadt Norderstedt

Doreen Gust, Landespräventionsrat Sachsen

Andreas Güttler, Samtgemeinde Bersenbrück

Katalin Anna Gyarmati, Nationaler Kriminalpräventionsrat

Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften - Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Inet Habenicht, Landeskriminalamt Niedersachsen

Rainer Habitzreuther, Polizeirevier Heidelberg-Nord

Dr. Dorota Habrat, University of Rzeszow

Sylvia Hafner, Stadt Heidelberg

Sandra Hahndorf, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Lydia Halbhuber-Gassner, Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)

Stefanie Hälig, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Annika Hamachers, Deutsche Hochschule der Polizei

Boon Jan Hamann, EvaMigrA e.V.

Saoussan Hamdan, Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Maren Hamelmann, jugendschutz.net

jannate hammerstein, drk Kv kehl

Susanne Hampe, Fach- und Beratungsstelle bei sexualisierter Gewalt

Urs Hänni, Polizei

Harald Hans, Daimler AG

Eva Hanss, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Carola Hantzsch, Jugendamt Dresden

Hannah Hartenberg, TeamArt Kommunikationskunst

Francesco Hartmann, Polizeiakademie Niedersachsen

Dr. Burkhard Hasenpusch, Deutscher Präventionstag

Steffi Hasse, Freie Straffälligenhilfe eV Halle

Yuliya Hauff, JVA Remscheid

Rebecca Haupt, Landratsamt Kitzingen

Norbert Hebborn, Polizeipräsidium Köln

Dr. Ali Hedayat, Bundeskriminalamt

Jürgen Hegewald, Sächsisches Staatsministerium für
Kultus

Oliver Heide, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Belinda Heindl-Götz, Don Bosco Jugendwerk Bamberg

Helgard Heinecke, Landesjugendamt Sachsen-Anhalt

Dr. Daniel Heinke, Polizei Bremen

Susanne Heinrich, Polizeiinspektion Dahme Spreewald

Ulrike Heinrichs, Carl von Ossietzky Universität Olden-
burg

Franziska Heinze, Deutsches Jugendinstitut e.V., Au-
ßenstelle Halle (DJI)

Dr. Claudia Heinzemann, DPT – Deutscher Präventi-
onstag

Daniela Heisch, Landespolizei Schleswig-Holstein

Frank-Martin Heise, Polizei Hamburg

Hans-Werner Heise, Landespolizei Schleswig-Holstein

Susanne Heise, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Elke Heiser, Landeshauptstadt Dresden

Max Heizmann, juuport e.V.

Stephanie Held, Polizeipräsidium Westhessen

Frank Hellwig, Polizeidirektion Braunschweig

Susanne Helweg, Stadt Leipzig

Nicolas Henin, Action resilience

Janina Hentschel, Kriminalpräventiver Rat Augsburg

Katharina Hepke, Papilio e.V.

Andreas Herbst, Soziale Dienste der Justiz

Prof. Dr. Dieter Hermann, Universität Heidelberg /
WEISSER RING e.V.

Jürgen Hermann, Servicebüro Jugendmigrationsdienste,
BAG EJSA e.V.

Dirk Herwig, Geschäftsstelle des Präventionsrates

Anne Heselhaus-Schröer, Polizei Gelsenkirchen

Dr. Pamela Heß, Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport

Nadine Heßdörfer, Fachkräfteportal der Kinder- und
Jugendhilfe c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und
Jugendhilfe - AGJ

Petra Hesse, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Philipp Heubeck, HSI Netzwerkkoordination xit und ERGOKONZEPT GbR

Marion Heyers, Polizei Düsseldorf

Christine Hiendl, Bayerisches Landesjugendamt

Marina Hilzinger, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Andrea Hinkelmann, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Belinda Hoffmann, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Julia Hoffmann, Multikulturelles Forum e.V.

Andrea Hoffrogge, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Christin Höfler, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Uwe Höflich, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Karl-Heinz Hofmann, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Lisa Marie Hofmann, Technische Universität Chemnitz

Ulrike Hofmann, Landeshauptstadt Dresden

Ines Hohendorf, Eberhard Karls Universität Tübingen

Tom Hohlfeld

Prof. Dr. Katrin Höhmann, Pädagogische Hochschule

Matthias Holler, Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises

Thekla Holme, Präventionsrat Bad Pyrmont

Bernd Holthusen, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Stephan Höltker, Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Jana Holzheimer, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Günther Hoops, Niedersächsisches Kultusministerium

Tanja Hotes, Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

Nabil Hourani, Stadt Nürnberg

Annika Hübner, Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Michael Hufnagel, Polizei NRW, Kreispolizeibehörde Märkischer Kreis

Christine Hufnagl, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Lena Hügel, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Kirsten Hüls, Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Hans Hülsbeck, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Christoh Hunkeler, Stadtpolizei Zürich

Reinhard Hupke, Stephansstift Förderschulen gGmbH

Carsten Hütter, AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Michael Hüttermann, IFIKS e.V.

Dr. Helga Ihm, Zentrum für Kriminologie & Polizeiforschung | ZKPF

Baki Ince, Think Social Now 2.0

Katja Irmeler, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Dzeneta Isakovic, Mosaik Deutschland e. V.

Pushpa Islam, Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Susanne Jacobi, Seniorfachplanerin Kompetenzcenter
Rechtstaat & Sicherheit, GIZ

Annika Jacobs, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Isabell Jacobs, Stadt Essen

Lea Jaenicke, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Liane Jäger, Polizeiinspektion Gifhorn

Adrian Jagusch, juuuport e.V.

Oliver Jankowski, Stadt Norderstedt

Lothar Janssen

Sebastian Jende, Drudel 11 e.V.

Jürgen Jentsch, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Slavko Jerkovic, Landeskriminalamt Baden-Württem-
berg

Susann Jockisch, Stadt Leipzig

Monika Johna, Programm Polizeiliche Kriminalpräven-
tion der Länder und des Bundes (ProPK)

Elizabeth Johnston, European Forum for Urban Secu-
rity (EFUS)

Nikolaus-Felix Jonk, Landeskriminalamt Nordrhein-
Westfalen

Patrizia Jonson, Stiftungsfonds Neues Tschechien

Karl-Heinz Joos, Polizeipräsidium Karlsruhe

Lena Jordan, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Nicole Jordan, Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises

Dirk Joseph, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Uwe Josuttis, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Dr. Nadine Jukschat, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V.

Christian Jung, Polizeipräsidium Essen

Dieter Jung , GroupKom GmbH

Elena Jung, Robert Bosch Stiftung

Dr. Julian Junk, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Sven Jürgensen, Polizeiakademie Niedersachsen

Sven Kaaenen, Sächsisches Landesgymnasium Sankt Afra

ikram kabchi, Der Paritätische Mönchengladbach

Peter Kagerer, respect.lu - centre contre la radicalisation

Wolfgang Kahl, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Roswitha Kaiser, Don Bosco Jugendwerk Bamberg

Siegfried Kaiser, Don Bosco Jugendwerk Bamberg

Maria Kamenowski, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Henrik Kämmler, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Bernd Kanert, Landespolizei Schleswig-Holstein

Wilfried Kapischke, Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Triantafyllos Karatrantos, Center for Security Studies (KEMEA)

Thomas-Michael Kassun, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Kay Kasüschke, Landespräventionsrat Brandenburg

Kay Katzenmeier, Landespolizei Schleswig-Holstein

Beate Kaupp, IN VIA Aschaffenburg

Radovan Kecman, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Gisela Keinath, Verein SICHERES LEBEN e.V.

Roman Keller, Jugend- und Bildungshaus Samtgemeinde Bersenbrück

Thomas Keller, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Dr. Uwe Kemmesies, Bundeskriminalamt

Claudia Kemper, Landesamt für Ausbildung und Fortbildung der Polizei in NRW

Andreas Keppke, Polizeipräsidium Essen

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Artur Khatskevich

El Hadi Khelladi

Angela Khosla-Baryalei, Hessisches Kultusministerium

Rotraud Kießling, Diakonisches Werk der Ev.-Luth.
Landeskirche Sachsens e. V.

Uwe Killisch, Aktion Jugendschutz Sachsen e. V.

Jochen Kinast, Landeshauptstadt Dresden

Gabriele Kind, Gymnasium

Christina Kindler, Brüder-Grimm-Gesamtschule Bebra

Božo Kirin, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Christoph Klapproth, Deutscher Feuerwehrverband

Andreas Klär, Landesinstitut für Präventives Handeln

Nina Klatt, Landespräventionsrat Brandenburg

Tim Klausgraber, Internationaler Bund

Dr. Christian Kleinhans, VDI Technologiezentrum GmbH

Antje Kleuker, Gewerkschaft der Polizei

Angela Klier, Fv Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum
Aue e.V.

Dr. Noel Klima, Universität Gent

Toni Klingbiel, Landespräventionsrat Niedersachsen

Indra Klocke, Niedersächsisches Sozialministerium

Sebastian Klören, Stadt Essen

Birgit Klostermann, Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz

Heike Knabe-Richter, Hochschule der Sächsischen
Polizei, Fortbildungszentrum

Michael Knau, LH München

Barbara Knifka

Tobias Knöchelmann, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Dr. Heike Knüpfer, Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz

Christian Knuth, Landeskriminalamt Niedersachsen

Marcus Kober, Nationales Zentrum für Kriminalpräven-
tion (NZK)

Frank Koch, Landespräventionsrat Niedersachsen

Karola Kochinke, Jugendamt Erfurt

Josef Köck, Verein Berührungshilfe

Ulrich Koenig, Polizei Bremen

Dr. Harald Kogel, Hochschule der Sächsischen Polizei
(FH)

Daniel Köhler, Ministry for Interior Affairs, Digitalisation
and Integration, Baden-Wuerttemberg

Susanne Köhler, Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Susanne Köhler, RAin Susanne Köhler

Uta Kölz, Opferhilfe Sachsen e.V.

Frank König, Deutsches Jugendinstitut e. V.

Sabine Königsfeld, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Moritz Konradi, European Forum for Urban Security
(EFUS)

Corinna Koopten-Bohlemann, Stiftung Opferhilfe
Niedersachsen

Dr. Benno Köpfer

Romy Körnig, Jugendgerichtshilfe Dresden

Matthias Kornmann, Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)

Canan Korucu, Ufuq e.V.

Stefanie Köster, Polizeiakademie Niedersachsen

Monika Kovacic, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Katarina Kovinskaya, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Reinalt Kowalewski, Polizei Bremen

Susanne Kowalewski, JVA Hannover

Tanja Kramper, Kommunale Kriminalprävention Rhein-
Neckar e.V

Dr. Andreas Krause, Drudel 11 e.V.

Dr. Benjamin Krause, Generalstaatsanwaltschaft
Frankfurt am Main

Rolf Krauß, Polizeirevier Kehl

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates
Sachsen

Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer, Justus-Liebig-Universität
Gießen

Thomas Kriebitzsch, Polizeiakademie Niedersachsen

Selina Krieg, Stadt Norderstedt

Eileen Kröhn, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Christian Kromberg, Stadt Essen

Kerstin Kruppa, JugendArbeit und Sport gemeinn. GmbH

Sven Kruppik

Jürgen Krusch, Geschäftsstelle des Präventionsrates

Andreas Kubeth, Stadt Hilden

David Kubiak, Polizeiakademie Niedersachsen

Frank Kubicki, Polizeipräsidium Düsseldorf

Prof. Dr. Michael Kubink, Justizvollzugsbeauftragter NRW

Andrea Kuehl, Landesamt für Schule und Bildung
Standort Radebeul

Norbert Kueß, Landeskriminalamt Niedersachsen

Daniela Kuge

Martina Kühnle, Polizeipräsidium Ludwigsburg

Monika-Maria Kunisch, Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern

Hartmuth Kurzhals, GSJ gGmbH - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit

Carina Kutzsche, Bewährungshilfe Augsburg

Pertti Kuusinen, Helsingin poliisilaitos

Michael Laba, LH München

Renate Lackner, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Prof. Manik Bahadur Lama, Nepalese Institute of Drugs Crime Prevention & Control

Dr. Frank Lammerding, Stadt Oldenburg

Jörg Lämmerhirt, Landeshauptstadt Dresden

Selma Lamprecht, Fraunhofer Institut für offene Kommunikationssysteme (FOKUS)

Nadine Lange, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V.

Joachim Langner, Deutsches Jugendinstitut

Saskia Lanser, AJS NRW (Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.)

Kati Läscher, Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Ralph Laspe, BSZ für Agrarwirtschaft und Ernährung

Heike Lattner, Amt für Kinder, Jugend und Familie

Ingo Latwat, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Nina Laube, Bezirksregierung Düsseldorf

Jutta Laucht, Polizeipräsidium Mittelhessen

Ullrich Laukner, PD Chemnitz/ Polizeirevier Annaberg

Dr. Cheonhyun Lee, Korean Institute of Criminology (KIC)

Burkhard Lehmann, Polizeiinspektion Oder- Spree/ Frankfurt(Oder)

Katharina Leimbach, LUH Leibniz Universität Hannover

Thomas Leimkuhle, Jugend- und Bildungshaus Samt-
gemeinde Bersenbrück

Theresa Lemme, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Felix Lemser, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Frank Lennartz, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Helmut Lennartz, Polizei Aachen

Nicole Lennartz, Polizei Aachen

Michael Lenz, Hessisches Ministerium des Innern und
für Sport

Thomas Lenz, Ministerium für Inneres und Europa

Daniele Lenzo, Kantonspolizei Zürich / Präventionsab-
teilung

Lucie Leonard, Public Safety Canada

Christoph Lessat

Heidi Liebmann, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Christine Liermann, Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)

Knut Lindenau, Nds. Ministerium für Inneres und Sport

Anne Lindner, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vor-
pommern

Nicole Lindstedt, Verein zur Förderung der beruflichen
Bildung in der Region Altmark West e.V. (VFB Salzwe-
del)

Andrea Lind-Wetzlmair, CJD Berlin-Brandenburg

Christina Linke

Janine Linßer, Fachhochschule Münster

Petra Linzbach, Kreis Stormarn

Claus Lippmann, LHS Dresden Stadtverwaltung

Florian Lippok, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Breitkopf Lisa, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Agata Lisok, Caritasverband für Dresden e.V.

Ria Lissinna, Aktion Kinder- und Jugendschutz Lan-
desstelle Schleswig-Holstein e.V.

Uwe Litfin, CJD Berlin-Brandenburg

Prof. Dr. Olaf Lobermeier, Ostfalia Hochschule Braun-
schweig/Wolfenbüttel

Rüdiger Loch, Polizeipräsidium Köln

Dirk Löffler, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Andreas Lohmann, Polizeiakademie Niedersachsen

Gudrun Löser, Jugendamt Dresden

Mira Lotze, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Salvatore Alessandro Loverre, Respect.lu- centre cont-
re la radicalisation

Sophia Löwenhag, Werner Bonhoff Stiftung

Jonas Lucas, Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Hanno Lüders, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Stephan Ludewig, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Dr. Dietmar Ludwig, Landesinstitut für Schule Bremen

Peter Lunckshausen, Institut für verhaltensorientierte Prävention IvP

Chantal Luszeit, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Dr. Albrecht Lüter, Camino/Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention Berlin

Sebastian Lutterbach, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Saskia Lützing, Bundeskriminalamt

Sophie Maas, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Johannes Maaser, Universitätsstadt Marburg/Philipps-Universität

Stefan Maaß, Sozialdienst katholischer Frauen Essen-Mitte e.V.

Linda Maciejewski, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Geert Mackenroth, Sächsischer Landtag

Dr. Susanne Mädlich, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Lisa Magnus, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Franz Mahnke, Polizeiakademie Niedersachsen

Uwe Majewski, Aktion Jugendschutz Sachsen e.V.

Oliver Malchow, Gewerkschaft der Polizei

Tarja Mankkinen, Ministry of the Interior, Finland

Heike Mann, AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH

Simone Manß, Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Gerd Manzke, Kreis Dithmarschen

Dr. Patrik Manzoni, Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften

Silke Marhauer, Landkreis Göttingen

Erich Marks, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages

Karla Marks, DPT – Deutscher Präventionstag

Dr. Jean-Luc Marret, Fondation pour la recherche
strategique

Stefan Mars, Grone-Schulen Niedersachsen GmbH -
gemeinnützig -

Stephanie Marsing, Bayerisches Staatsministerium des
Innern

Jelena Martac, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Ruth Martens, Bayerisches Landeskriminalamt

Dr. Gesine Märtens, Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking (KIS)
Leipzig

Colette Marti, Bundesamt für Sozialversicherungen

Dr. Kati Masuhr, Evaluation Masuhr

Detlev Mathia, Polizeipräsidium Bonn

Dr. Ursula Matschke, Landeshauptstadt Stuttgart

Christian Mätzler, Stadt Nürnberg - Amt für Kinder,
Jugend und Familie - Jugendamt

Björn Maurer, Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration

Peggy May, Ludwig-Richter-Schule, Oberschule Rade-
berg

Andreas Mayer, Polizeipräsidium Heilbronn

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier, Leibniz Universität Han-
nover

Svenja Meier, Jugend- und Bildungshaus Samtgemein-
de Bersenbrück

Norbert Meiners, Landesinstitut für Präventives Han-
deln

Tilo Meißner, Polizeipräsidium Offenburg

Zakariyya Meißner, Fitt gGmbH

Paul Mejzlik, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Barbara Melcher, Unfallkasse Brandenburg

Gudrun Melzer, Landeszentrale für Medien und Kom-
munikation Rheinland-Pfalz/klicksafe

Prof. Dr. Wolfgang Melzer, Technische Universität
Dresden

Silke Menn-Quast, Brücke Siegen e.V.

Jochen Merkle, Polizeipräsidium Karlsruhe

Wolfgang Merseburger, Stadt Leipzig

Kilian Messerli, Polizei Stadt Grenchen

Corinna Metzner, Präventionsrat der Stadt Frankfurt
am Main

Dr. Anja Meyer, Landespräventionsrat Niedersachsen

Hanna Meyer, Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Michael Meyer, Gemeinde Weyhe

Janina Meyer-Klepsch, Gemeinde Neuenhagen bei
Berlin

Gordian Meyer-Plath, Landesamt für Verfassungs-
schutz Sachsen

Annett Meylan, Technische Universität Chemnitz

Andreas Mickisch, LH München

Dr. Jürgen Micksch, Stiftung für die Internationalen
Wochen gegen Rassismus

Birgitta Miehle, Landgericht Augsburg

Nico Mikulic, Sportjugend Hessen im Landessportbund
Hessen e.V.

Dr. Björn Milbradt, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Dr. Kirsten Minder, Landespräventionsrat Niedersachsen

Mika Moeller, Technische Universität Berlin; Zentrum
Technik und Gesellschaft

Sabrina Mohr, Stiftung Deutsches Forum für Kriminal-
prävention (DFK)

Tessa Möhring, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Mario Mohrmann, Stadt Oldenburg

Claudia Möller, HSI Netzwerkkoordination xit und ERGOKONZEPT GbR

Veronika Möller, Georg-August-Universität Göttingen

Rainer Mollik, Landeshauptstadt Dresden

Sigurd Moritz, Landeshauptstadt Hannover

Anna Morton, Universität zu Köln

Pascal Moser, Polizei Kanton Solothurn

Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak, Nationale Meeresuniversität Odessa

Mandy Mucha, LH München

Annika Müller, VAJA e.V./ pro aktiv gegen rechts

Charlyn Müller, DRK Kreisverband Wolfenbüttel e.V.

Christian Müller

Iris Müller, Multikulturelles Forum e.V.

Nathalie Müller, IN VIA e.V. Aschaffenburg

Sebastian Müller, Stadtteilschule Ehestorfer Weg

Thomas Müller, Landespräventionsrat Niedersachsen

Tatjana Müller-Scholich, Hochschule der Sächsischen Polizei

Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts

Lena Münch, Pädagogische Hochschule Freiburg

Dr. Felix Munger, Canadian Municipal Network on Crime Prevention

Anna Müns

Nadja Müntsch, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Björn Muntzeck, Multikulturelles Forum e.V.

Sandra Münzberg, Münchner Informationszentrum für Männer e.V.

Melanie Musah, Stadt Norderstedt

Michael Musial, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Dr. Iris Alice Muth, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gabriele Nagel, DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Rolf Nägeli, Polizei

Angela Naumann, Landeshauptstadt Potsdam

Oskar Neda, Polizeiakademie Niedersachsen

Sibylle Nehrig, Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Uwe Nelle-Cornelsen, JVA Bielefeld-Brackwede

Tina Neubauer, Bewährungshilfe Stuttgart e. V.

Andrea Neubert, PD Chemnitz

Johanna Neubert, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Prof. Dr. Janine Neuhaus, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Dagmar Neukirch, Sächsischer Landtag

Anne Neumann, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Patrick Neumann, Landespräventionsrat Niedersachsen

Gudrun Neumeyer, Landgericht Augsburg

Roman Nickel, Justizvoll Hessen

Harald Nienaber, Polizeidirektion Oldenburg

Dr. Christiane Nischler-Leibl, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Dr. Götz Nordbruch, Ufuq e.V.

Maika Nordmeyer, Polizeiakademie Niedersachsen

Abderrahim Nour, Stadt Augsburg

Anett Nuklies, Landkreis Ludwigslust-Parchim

Henry Gyimah Obeng, Agape Village of Hope International

Jamuna Oehlmann, Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Marianne Olliges, Stadt Northeim, Kinder- und Jugendkulturzentrum

Bernd Olthoff, Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Daniel Opio, Support African Child and Woman Initiatives Uganda

Ralf Orth, Magistrat der Stadt Bebra

Andreas Ostwaldt, Landeskriminalamt Niedersachsen

Jens Ostwaldt, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Heike Ott, Polizeipräsidium Unterfranken

Christian Otto, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Sepil Öz, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbützel

Orgun Özcan, Philipps-Universität Marburg

Erhard Paasch, Präventionsrat Hildesheim

Stephanie Padberg, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Albrecht Pallas, Sächsischer Landtag

Anna Pallas, theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Hark-Mo Daniel Park, Korean Institute of Criminology (KIC)

Rainer Pätzold, Bundespolizeiaus- und fortbildungszentrum Walsrode

Tim PAULY, Polizei Luxemburg

Andreas David Peikert, Leibniz Universität Hannover

Dr. Robert Pelzer, Technische Universität Berlin; Zentrum Technik und Gesellschaft

Dr. Katharina Penev-Ben Shahr, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Manuel Pensé, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Birgit Peper-Gaum, Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Dr. Charlotte Peter, Papilio e.V.

Anja Petzenberger, BSZ für Agrarwirtschaft und Ernährung

Dr. Thomas Pfeiffer, Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen

Wübbenhorst Philipp, Polizeidirektion Oldenburg

Philippe Piatti, Bundesamt für Polizei

Andrea Pillmann, Magistrat Stadt Hanau

Simone Pleyer, Nds. Landesjugendamt

Winnie Plha, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Silvia Plum, Caritas-Geschäftsstelle Ahrweiler

Nikola Poitzmann, Hessisches Kultusministerium

Anja Pokorný, KJV e.V.

Dr. Marion Popp, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Cathleen Positzki, Unfallkasse Brandenburg

Kati Prajs, Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße

Dr. Menno Preuschtaft, Landespräventionsrat Niedersachsen

Dr. Elisabeth Preuß, Stadt Erlangen

Florian Prihoda, Justizvollzug Hessen

Julian Pritsch, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Conny Prochnow, Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Gregor Pütz, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Moritz Quel, Bergische Universität Wuppertal

Olaf Quinque, DRK Kreisverband Delitzsch e.V.

Marc Ragnacci, Polizei Luxemburg

Kathrin Ramme, Landeshauptstadt Dresden

Marko Rasic, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Mustafa Rasljanin, Arbeiterwohlfahrt Essen

Jan Rathjen, Präventionsrat der Stadt Bramsche

Ulrich Rathmann, Magistrat der Stadt Bebra

Doris Ratz-Selzer, Stadt Heidelberg

Anna Rau, Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Claudia Rauch, Landgericht Augsburg

Lisa Rauen, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Sabine Rebe, Landeskriminalamt Niedersachsen

Dr. Norbert Reez, Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Birgit Reichel, Hansestadt Lübeck

Mareike Reichle, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Rene Reichwald, Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Sina Reidemeister, GSJ gGmbH - Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit

Nadine Reiland, Praxis für Osteopathie Anna Reiland

Schölzel Reinhard, Polizeidirektion Oldenburg

Gunther Reinsch, Landesamt für Schule und Bildung,

Standort Dresden

Stefanie Rennspieß, Nds. Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung

Juliane Reulecke, Drudel 11 e.V.

Bernd Reuther, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Yvonne Rex, Polizeiakademie Niedersachsen

Heiko Reypa, Polizeipräsidium Land Brandenburg

Angelika Ribler, Sportjugend Hessen im Landessport-
bund Hessen e.V.

Carolin Richardt, Stadt Rotenburg an der Fulda

Christian Richter, Medios-Mediation

Ralf Richter, Landeskriminalamt Sachsen

Tanja Richter, Gewerkschaft der Polizei

Ulrike Richter, KOBRAnet – Hillersche Villa gGmbH

Verena Richterich, WEISSER RING e.V.

Christian Riebandt, Polizeiinspektion Celle

Silke Rieckenberg, Triple P Deutschland GmbH

Dr. Lars Riesner, Landeskriminalamt Schleswig-Holstein

Sebastian Rieß, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Dr. Olaf Rilke, Sächsische Landesstelle gegen die
Suchtgefahren e. V.

Dr. Olaf Rilke, Sächsische Landesstelle gegen die
Suchtgefahren e. V.

Thomas Ring, Landeskriminalamt Niedersachsen

Frank Ringhof, Bundeswehr-Dienstleistungszentrum
Dresden

Alexander Ritzmann, Brandenburgisches Institut für
Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Claudia Robbe, Bundesverband Psychosoziale Pro-
zessbegleitung e.V.

Jan Rodenbeck, Landespräventionsrat Schleswig-
Holstein

Dana Rodig, JVA Burg

Dr. Klaus Roggenthin, BAG Straffälligenhilfe

Gerd Rohde, Samtgemeinde Bersenbrück

Dieter Rohner, Polizeipräsidium Köln

Uwe Röhrig, Hessisches Ministerium der Justiz

Nadine Roithmaier, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Klaus-Dieter Röschke, Polizeidirektion Lüneburg

Heike Rosemann, Stadt Elmshorn

Karoline Roshdi, Forensische Psychologie – Beratung
& Fortbildung

Hiltrud Rosport, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Steve Roßberg, Deutscher Ju-Jitsu Verband e.V.

Reinhard Röttle, Generalstaatsanwaltschaft München

Julia Rübisch, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Rainer Rudat, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Anke Rudolph, Sachsendorfer Oberschule

Dr. Ekkehard Rudolph, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Udo Rudolph, Technische Universität Chemnitz

Stephan Ruhmannseder, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Astrid Rumpf-Arab, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Thomas Rüth, Arbeiterwohlfahrt Essen

Tanja Rutkowski, Universität Duisburg Essen

Christiane Sadeler, Waterloo Region Crime Prevention Council (WRCPC)

Mina Safian Boldaji, Qom university

Heinz-Hermann Salge, Polizeiinspektion Gifhorn

Rita Salgmann, Vorsitzende der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention

Agnes Sander, Friedenskreis Halle e.V.

Larissa Sander, Drudel 11 e.V.

Uwe Sandrock, Polizeidirektion Oldenburg

Asiye Sari-Turan, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Karin Sassen, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Petra Sauer, Hellbergschule GHWS

Birgit Schaaf, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Johann Schabert, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Jessica Schach, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Hanna Schädel, Kinder- und Jugendbüro Hann. Münden

Johannes Schaer, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Daniela Schäfer, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Lars Schäfer, Violence Prevention Network e.V.

Heike Schaffarzyk, Prävention 2.0 e.V.

Dr. Martin Schairer, Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V.

Sirko Schamel, Fach- und Koordinationstelle Suchtprävention Sachsen

Benjamin Schappe, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Maria Scharlau, Amnesty International Deutschland

Christine Schauer, Landratsamt Erzgebirgskreis

Frank Scheinert, LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Freie Universität Berlin

Sascha Scheller, Landeskriminalamt Niedersachsen

Dr. Julia Schellong, Universitätsklinikum Dresden

Doreen Schenk, Landeshauptstadt Dresden

Franz Scheuerer, Beschäftigung+Bildung e.V.

Anke Schewe, Polizeidirektion Oldenburg

Horst Schewe, Polizeipräsidium Köln

Sara Schieferdecker, Institut für Beratung, Begleitung
und Bildung e. V.

Yvonne Schierhorn, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Rüdiger Schilling, Hochschule für Polizei

Anja Schindhelm, LSJ Sachsen e.V.

Nadja Schindler, Sächsisches Umschulungs- und Fort-
bildungswerk e.V. (SUFW)

Saskia Schindler, streetwork@online // AVP e.V.

Helmut Johann Schirra, Landesinstitut für Präventives
Handeln

Jürgen Schirrmeister, Polizeiinspektion Märkisch-
Oderland

Falco Schleier, Landeskriminalamt Niedersachsen

Armin Schlender, Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Florian Schlender, Stadt Elmshorn

Erwin Schletterer, BRÜCKE e.V. Augsburg

Jürgen Schlichting, Landespolizei Schleswig-Holstein

Christine Schlitter, Privater Erziehungsdienst Holm
Kerber

Lutz Schlösser, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Cathy Schmartz, respect.lu

Josepha Schmid, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Mark Schmid, Kriminalpolizeiinspektion Neu-Ulm

André Schmidt, Polizeiakademie Niedersachsen

Harald Schmidt, Programm Polizeiliche Kriminalprä-
vention der Länder und des Bundes (ProPK)

Holger Schmidt, Bayerisches Landeskriminalamt

Isabelle Schmidt, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Jennifer Schmidt, Landesverband für Kriminalpräventi-
on und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Jürgen Schmidt, EU-Initiative klicksafe

Konstanze Schmidt, Hessisches Ministerium des In-
nern und für Sport

Petra Schmidt, Landeshauptstadt Dresden

Uwe Schmidt, Landespräventionsrat Nordrhein-West-
falen

Volker Schmidt, AlphaNet Service GmbH & Co. KG

Xenia Schmidt-Esse, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Dr. Franziska Schmidtke, Friedrich-Schiller-Universität
Jena

Roland Schmied, Polizeipräsidium Unterfranken

Ariane Schmiedeknecht, BSZ Meißen Radebeul Stand-
ort Radebeul

Martina Schmiegelt, Hessisches Ministerium des In-
nern und für Sport

Guy Schmit, Selbständig

Christine Schmitz, Stadtverwaltung Trier

Annemarie Schmoll, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Boris Schneider , GroupKom GmbH

Joachim Schneider, Landeskriminalamt Baden-
Württemberg

Thomas Schneider, Polizeipräsidium Stuttgart

Kathrin Schnelle, JVA Heidering

Martin Schnütchen, Landkreis Diepholz

Luciana Schollmeier, Landeshauptstadt Dresden

Detlef Scholz, Polizeiinspektion Oder-Spree/Frankfurt
(Oder)

Monika Scholz, Stadt Elmshorn

Dagmar Schöne, Stadt Frankfurt am Main

Prof. Dr. Marcel Schöne, Hochschule der Polizei
Sachsen (FH)

Heike Schönemann, theaterpädagogische werkstatt
gGmbH

Cornelia Schonhart, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Katrin Schönherr, Partnerschaft für Demokratie Olbernhau und Umland

Sabine Schreck, Jugendamt Essen

Cornelia Schreiber, Freie Straffälligenhilfe eV Halle

Prof. Dr. Verena Schreiber, Pädagogische Hochschule
Freiburg

Dr. Jessica Schrinner, Stadt Essen

Dr. Anke Schröder, Landeskriminalamt Niedersachsen

Carl Philipp Schröder, Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen e.V.

Ruth Schröder, Hessisches Ministerium der Justiz

Prof. Dr. Wilfried Schubarth, Universität Potsdam

Diana Schubert, Stadt Augsburg

Jana Schüler, Berufsbildungswerk Leipzig gGmbH

Torsten Schultze, Polizeidirektion Görlitz

Irene Schulz, Landespolizei Schleswig-Holstein

Jeffrey Schulz, Landratsamt Kyffhäuserkreis

Vivien Schulz, Kinder- und Jugendzentrum Second
Home

Renate Schulze, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Tillmann Schulze, Ernst Basler + Partner AG

Detlev Schürmann, Stiftung Deutsches Forum für Kri-
minalprävention (DFK)

Kristin Schütza, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Cornelis Schuur, UWEZO GmbH

Claudia Schwarz, Berufliches Schulzentrum Elisabeth-
Selbert-Schule

Frank-Michael Schwarz, Landeskriminalamt Thüringen

Dr. Patricia Schwarz, Ausbildungsstätte für das Höhere
LA an Gymnasien

Anina Schwarzenbach, Max Planck Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht

Tanja Schwarzer, Landeshauptstadt Düsseldorf

Beatrice Schwarzkopf, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Fritz Schweibold, Deutscher Ju-Jitsu Verband e.V.

Uwe Schwerin, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Walter Schwoche, Präventionsrat Hildesheim

Achim Segebarth, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Maike Seifert, Polizei Bremen

Ralf Seifert, Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Martin Seiger, Polizei Gelsenkirchen

Elke Seiler, Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V.

Janina Seiler, Landeskriminalamt Niedersachsen

Gertraud Selig, Stadt Ludwigsburg

Thomas Seliger, Braunschweiger Präventionsrat

Tobias Sellmaier, Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden
- Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Prof. Dr. Dr. SD Shanti, AT Still University of Health Sciences

Dr. Peter Sicking, Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Olaf Siemon, Feuerwehr- und Katastrophenschutz-
schule Rheinland-Pfalz

Nicole Sigmund, Brücke Siegen e.V.

Jürgen Sill, Polizeipräsidium Mittelhessen

Prof. Lutz Simon, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Sina Simsek, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Kerstin Sischka, Deutsche Gesellschaft für Psychoana-
lyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsy-
chologie (DGPT)

Detlef Sittel, Erster Bürgermeister der Landeshaupt-
stadt Dresden

Gabriela Siwy, Landespolizei Schleswig-Holstein

Holger Skremm, Bischöfliches Generalvikariat Hildes-
heim

Jörg Slupecki, Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt

André Sobotta, Landesfilmdienst Sachsen für Jugend-
und Erwachsenenbildung e.V.

Michelle Sommer, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Prof. em. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen, Universität
Hamburg

Annina Sonnenwald, Regisseurin und Autorin

Christian Specht, Stadt Mannheim

Prof. Dr. Walther Specht, Eberhard Karls Universität
Tübingen

Daniel Speer, Drudel 11 e.V.

Sophia Spiller, Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Candy Spilski, MANEO

Matthias Spitzbarth, KPI(Z) Oberfranken

Sonja Spoede, Volkshochschule Bremerhaven

Marie Louise Stade, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Hannes Stadler, Legato Prävention

Dr. Kim Stalbovs

Andreas Stallkamp, Landkreis Osnabrück

Marion Starck, Landkreis Rostock

Karin Stark, Polizeipräsidium Ludwigsburg

Elke Steden, Kinder- und Jugendbüro Hann. Münden

Tina Stefanova, VDI Technologiezentrum GmbH

Stephan Steffen, Landespolizei Schleswig-Holstein

Marion Steffens, GESINE Netzwerk Gesundheit EN

Rita Steffes-enn, Zentrum für Kriminologie & Polizeiforschung | ZKPF

Frank Steglich, PD Chemnitz

Ute Stehr, Polizeipräsidium Münster

Anna Stein, Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. (VFB Salzwedel)

Felix Steinbrenner, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Barbara Steinhöfel, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Dr. Ronen Steinke, Süddeutsche Zeitung

Dr. Leonie Steinl, Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Dr. Christine Steinlin, EBP Schweiz AG

Daniela Stelzmann, Freie Universität Berlin

Simone Stemmeler, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Lenka Stepankova, Brno City Municipality

Cornelia Stephan, Jugendamt Stadt Kassel

Maria Stephan, Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Gerald Stock, Landespolizeipräsidium Direktion 2

Andrea Stöckel, Stadt Chemnitz; Amt für Jugend und Familie

Vladimir Stojanov, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Dr. Friederike Stölzel, Universitäts KrebsCentrum Dresden

Ann Marie Stöner, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Hendrik Stosch, Polizeiakademie Niedersachsen

Petra Strahl, Landespolizei Schleswig-Holstein

Dr. Malte Strathmeier, DPT – Deutscher Präventionstag

Thilo Strauch, Polizei Düsseldorf

Klaus-Dieter Strittmatter, Präventionsrat Frankfurt am Main

Hans Strobl, Generalstaatsanwaltschaft Dresden

Gesa Stückman, Prävention 2.0 e.V.

Uwe Stürmer, Polizeipräsidium Konstanz

Werner Stürmer, Polizeipräsidium Unterfranken

Ulrich Suhr, Polizeidirektion Oldenburg

Antje Suppmann, Polizeipräsidium Mittelhessen

Marshall E. Swenson, MST Services Inc.

Alfred Szameitat, Verein zur Förderung der Bewährungshilfe in Schwaben e.V.

Stefan Tampe, Unfallkasse Baden-Württemberg

Naile Tanis, KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess

Meike Techentin

Hanspeter Teetzmann, Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen

Prof. Dr. Angela Teichert, SRH Fernhochschule - The Mobile University

Kerstin Teply, Stadtverwaltung Erfurt

Goran Terzic, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Janine Teuber, VIP Annaberg e.V.

Holger Teubert, Nachrichtenagentur APD

Beate Thiele, Zukunft Jugend 21 e.V.

Kim Jana Thiele, Landeshauptstadt Stuttgart

Jakob Thinius, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Stephan L. Thomsen, Leibniz Universität Hannover

Torsten Tigges, Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Klaus Jürgen Tolksdorf

Dario Tonkovic, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

José Torrejón, Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. Büro Berlin

Ralf Tostmann, Landeshauptstadt Dresden

Christina Tränkle, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Peter Traschkowitsch, Gewerkschaft vida

Catrin Trautmann, Universität Bielefeld

Marie-Christin Trawny, Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Andrea Tröster, Universität Duisburg Essen

Janka Trübtschek, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Mario Tschirn, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Pavel Tuma, Stiftungsfonds Neues Tschechien

Pierre Turcotte, Status of Women Canada

Dominik Turski, Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport

Nevin Uca, Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.

Dr. Stefan Uhlig, Technische Universität Chemnitz

Özcan Ülger, Servicebüro Jugendmigrationsdienste,
BAG EJSA e.V.

Dr. Simone Ullrich, Nationales Zentrum für Kriminalprä-
vention (NZK)

Georg Ungefuk, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main

Tom Urig, Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische
Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

Peter Vahrenhorst, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Christine Valentin, LRA Aschaffenburg -Amt für Kinder,
Jugend und Familie

Maarten van de Donk, Radicalisation Awareness Network

Vera Vanderheiden, Polizei Aachen

Katharina Varga, Stadt Wolfsburg

Andrea Vasse, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie
und Integration Hamburg

Ute Vialet, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Enrico Violi, Bildungsdirektion Kanton Zürich

Nikolas Vogel, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Peggy Vogel, Polizeiakademie Niedersachsen

Susanne Völcker, Opferhilfe Sachsen e.V.

Ole Völkel, reset - Vaja e.V.

Dirk Volkland, Landeskriminalamt Brandenburg

Sophie von Bissingen, Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Dr. Stefan von der Beck, Niedersächsisches Justizministerium

Maria von Mandelsloh, JugendArbeit und Sport gemeinn. GmbH

Elisabeth von Ohr, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Julia von Weiler, Innocence in Danger e.V.

Frank von Woedtke, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)

Silke Voß, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt

Egon Wachter, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

André Wächter, Polizeiakademie Niedersachsen

Elke Wachtmann, Der Landrat als Kreispolizeibehörde Lippe

Bettina Wagner, Werner Bonhoff Stiftung

Doreen Wagner, Arbeit und Leben Bielefeld e.V.
DGB|VHS

Jens Wagner, Netzwerk „Kein Täter werden“

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg

Harald Waldhör, Landespolizei Schleswig-Holstein

Dr. Maria Walsh, Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

Ines Walz, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Thomas Waringer, Polizeirevier Weinheim

Annika Wartenberg, Nds. Landesjugendamt

Mario Watz, JVA Rockenberg

Annekathrin Weber, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.

Frank Weber, Stadt Offenbach am Main

Karoline Weber, Bundeskriminalamt

Dr. Melanie Wegel, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Janna Wegmann, Deutsche Hochschule der Polizei

Ann-Kathrin Wehmeyer, Landkreis Friesland/ Kreispräventionsrat

Christian Weicht, Der Landrat als Kreispolizeibehörde Lippe

PD Dr. Harald Weilnböck, Cultures Interactive e.V.

Wolfgang Wein, Landespolizei Schleswig-Holstein

Tilman Weinig, INSIDE OUT Fach- und Beratungsstelle Extremismus

Anke Weinreich, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt

Dr. Wolfgang Weissbeck, Pfalzkllinikum-Pfalzinstitut

Gerrit Weitzel

Uwe Welker, Polizeirevier MA-Neckarau

wolfgang welp-eggert, Regionales Beratungs- und
Unterstützungszentrum

Julia Wendler, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Kati Werner, Polizeipräsidium Land Brandenburg

Katja Werner, Deutsche Kinderhilfe e.V.

Sinja Wernz, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Benjamin Weseloh, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Michael Wessels, Polizeidirektion Oldenburg

Michael Wetekam, Bezirksregierung Arnsberg

Karin Weyer, respect.lu

Martin Wiche, Polizeipräsidium Oberfranken

Holger Wichette, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Angelika Wiedemann-Rudolph, Landkreis Mecklenbur-
gische Seenplatte

Volker Wiederhold, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Stefan Wiese, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Anke Wilken, Gemeinde Rastede

Dr. Diana Willems, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Martina Windler, Ostfalia Hochschule Braunschweig/
Wolfenbüttel

Doreen Winter, Ministerium des Innern und für Kommu-
nales des Landes Brandenburg

Heidemarie Winter, Landeshauptstadt Dresden

Katja Winter, Landeskriminalamt Sachsen

Christian Wintrich, Landeshauptstadt Dresden

Sandra Wirbelauer, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Kerstin Wirsig, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Sven Oliver Witt, Bundespolizei aus -und fortbildungszentrum Walsrode

Susanne Wittmann, IFAK e.V.

Thomas Wolff, Polizeiakademie Niedersachsen

Daniel Wolter, DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Mandy Wolter, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Susanne Wolter, Landespräventionsrat Niedersachsen

Claudia Worch, Landeskriminalamt Sachsen

Markus Wörsdörfer, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Stefan Woßmann, Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen

Prof. Dr. em. Rüdiger Wulf, Eberhard Karls Universität Tübingen

Sina Alya Wunderlich, IFAK e.V.

Dirk Wurm, Stadt Augsburg

Barbara Wüsten, WEISSER RING e.V.

André Wymann, Stadtpolizei Zürich

Eleonore Yassine-Sahyouni, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Dr. Annalena Yngborn, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Anja Zahl, OLG Brandenburg

Ting Zang

Nava Sadat Zarabian, jugendschutz.net

Lars Zengler, Polizeiakademie Niedersachsen

Dirk Zettner, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Thomas Ziegert, Hochschule der Polizei Sachsen (FH)

Jörg Ziercke, WEISSER RING e.V.

Diana Zierold, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Bettina Zietlow, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V.

Dr. Andreas Zimmer, Bischöfliches Generalvikariat Trier

Heike Zimmermann, Stadtverwaltung Wiesbaden

Susanne Zinke, Stadt Kassel

Dr. Britt Ziolkowski

Susanne Zissel, Staatsanwaltschaft Berlin

Jacqueline Zorn, Landeshauptstadt Dresden

Sabine Zubrägel, Landesarbeitsstelle Schule-Jugend-
hilfe Sachsen e.V. (LSJ)

Oliver Zweinig, Objektiv e.V.

Referentinnen und Referenten

Hassan Abu Arqoub	276
Dr. Marc Allroggen	337
Mirko Allwinn	150
Erik Alm	316
Mirza Ammad	294
Dr. Andreas Armbrorst	168
Dirk Baehr	210
Prof. Dr. Dirk Baier	126, 142
Dr. Katarina Barley	64
André Barth	250
Rainer Becker	342
Prof. Dr. Andreas Beelmann	64
Brahim Ben Slama	248
Steffi Bergmann	349
Hagen Berndt	345
Heiner Bernhard	186
Janusz Biene	154
Matthias Blackert	313, 318
Melanie Blinzler	60
TanJeff Bourgett	80

Jürgen Brandt	124
Dr. Annette Braun	276
Günther Bubenitschek	90
Frank Buchheit	238
Nils Böckler	150
Dr. Ulrike Böhm	331, 178
Fatih Çevikkollu	60
Prof. Dr. Marc Coester	184
Prof. Dr. Jeremy Coid	270
Mathieu Coquelin	310
Prof. Dr. Christopher Daase	136
Dr. Miriam Damrow	344
Esther Dannemann	341
Pilar De La Torre	278
Prof. Dr. Nicole Deitelhoff	136
Axel Ebers	258
Annett Engelmann	346
Prof. Dr. Havva Engin	226
Julian Ernst	82
Gabi Eßbach	346

Julia Feldmann	160
Thomas A. Fischer	102
Christina Foerch Saab	290
Dr. Anja Frank	200
Dr. Peter Frank	64
Prof. Dr. Ute Frevert	60
Prof. Dr. Rebecca Friedmann	78
Prof. Dr. Helmut Fünfsinn	64, 104
Antje Gansewig	96
Wolfgang Gatzke	100
Dr. Bernt Gebauer	112
Christian Gerkuhn	335
Alexander Gesing	348
Dr. Franziska Giffey	60
Michaela Glaser	200
Dr. Birgit Glock	128
Laura-Romina Goede	94
Prof. Naomi E. Goldstein	296
Dr. Eva Groß	204
Florian Gruber	88

Petra Guder	292
Doreen Gust	224
Doris Göcke	240
Alexandra Göpel	324
Prof. Dr. Thomas Görgen	148
Dr. Dorota Habrat	288
Annika Hamachers	216
Susanne Hampe	331
Carola Hantzsch	321
Hannah Hartenberg	244
Yuliya Hauff	214
Dr. Ali Hedayat	82
Franziska Heinze	222
Nicolas Henin	272
Janina Hentschel	315
Katharina Hepke	86
Andreas Herbst	198
Prof. Dr. Dieter Hermann	186
Lisa Marie Hofmann	672
Ines Hohendorf	234

Günther Hoops	240
Annika Jacobs	312
Adrian Jagusch	330
Elizabeth Johnston	274, 122
Dr. Nadine Jukschat	94
Dr. Julian Junk	136
Maria Kamenowski	156
Dr. Triantafyllos Karatrantos	260
Dr. Uwe Kemmesies	232
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	60
Angela Khosla-Baryalei	327
Christoph Klapproth	349
Andreas Klär	80
Marcus Kober	202
Moritz Konradi	278
Matthias Kornmann	196
Canan Korucu	152
Dr. Benjamin Krause	120
Dr. Andreas Krause	307
Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	246

Christian Kromberg	318
Carina Kutzsche	317
Daniel Köhler	266
Frank König	206
Romy Körnig	325
Michael Kretschmer	60
Nadine Lange	162
Dr. Cheonhyun Lee	252
Katharina Leimbach	110
Daniele Lenzo	242
Christine Liermann	338, 86
Jonas Lucas	280
Dr. Albrecht Lüter	128
Saskia Lützing	88
Johannes Maaser	334
Oliver Malchow	130
Tarja Mankkinen	264
Heike Mann	92
Dr. Patrik Manzoni	126, 142
Erich Marks	60, 65

Dr. Jean-Luc Marret	282
Colette Marti	242
Dr. Kati Masuhr	325
Björn Maurer	116
Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier	148
Corinna Metzner	319
Janina Meyer-Klepsch	202
Hanna Meyer	284
Annett Meylan	672, 333, 336
Nico Mikulic	306
Dr. Björn Milbradt	98
Sabrina Mohr	180
Rainer Mollik	311
Anna Morton	248
Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak	188
Dr. Felix Munger	268
Dr. Iris Alice Muth	158
Dr. Gesine Märten	178
Holger Münch	64
Lena Münch	166

Uwe Nelle-Cornelsen	322
Tina Neubauer	230
Prof. Dr. Janine Neuhaus	144
Dr. Götz Nordbruch	60, 174
Abderrahim Nour	326
Jamuna Oehlmann	174
Hark-Mo Daniel Park	252
Astrid Pawassar	60
Andreas David Peikert	148
Dr. Katharina Penev-Ben Shahr	158
Dr. Thomas Pfeiffer	309
Winnie Plha	314
Nikola Poitzmann	327
Dr. Marion Popp	284
Moritz Quel	234
Dr. Norbert Reez	106
Juliane Reulecke	308
Angelika Ribler	306
Verena Richterich	320
Ulrike Richter	132

Dr. Lars Riesner	204
Alexander Ritzmann	262, 276
Claudia Robbe	230
Karoline Roshdi	190
Prof. Dr. Udo Rudolph	672, 236
Uwe Röhrig	182
Christiane Sadeler	268
Rita Salgmann	60, 212
Larissa Sander	324
Asiye Sari-Turan	170
Johann Schabert	208
Dr. Martin Schairer	122
Maria Scharlau	114
Prof. Dr. Herbert Scheithauer	86
Dr. Julia Schellong	347
Doreen Schenk	311
Nadja Schindler	341
Jürgen Schirrmeister	202
Jürgen Schmidt	192
Annemarie Schmoll	118

Thomas Schneider	176
Prof. Dr. Verena Schreiber	166
Dr. Anke Schröder	212
Ruth Schröder	182
Carl Philipp Schröder	94
Diana Schubert	326
Dr. Tillmann Schulze	228
Tanja Schwarzer	328
Dagmar Schöne	319
Detlev Schürmann	164
Prof. Dr. Dr. SD Shanti	298
Dr. Peter Sicking	140
Kerstin Sischka	146
Detlef Sittel	60
Prof. em. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen	296
Annina Sonnenwald	156
Christian Specht	218
Prof. Dr. Walther Specht	220
Daniel Speer	308
Sonja Spoede	340

Marion Steffens	329
Dr. Christine Steinlin	228
Dr. Ronen Steinke	65
Daniela Stelzmann	194
Klaus-Dieter Strittmatter	323
Uwe Stürmer	116
Marshall E. Swenson	292
Alfred Szameitat	317
Naile Tanis	132
Prof. Dr. Stephan L. Thomsen	258
Dr. Stefan Uhlig	672
Dr. Simone Ullrich	168
Georg Ungefuk	120
Maarten van de Donk	60
Egon Wachter	138
Jens Wagner	194
Prof. Dr. Ulrich Wagner	334
Dr. Maria Walsh	96
Annekathrin Weber	343
Karoline Weber	232

Dr. Melanie Wegel	339
Janna Wegmann	148
PD Dr. Harald Weilnböck	286
Tilman Weinig	176
Dr. Wolfgang Weissbeck	172
Dr. Diana Willems	118, 134
Susanne Wittmann	348
Stefan Woßmann	309
Barbara Wüsten	84
Dr. Annalena Yngborn	134
Bettina Zietlow	108
Sophie von Bissingen	90
Orgun Özcan	332

10 Jahre LPR Sachsen

Der Landespräventionsrat Sachsen feiert sein 10-jähriges Jubiläum im Rahmen des großen DPT23-ABENDEMPFANGS im DDV-Stadion:
Mo., 11. Juni 2018 ab 19 Uhr. Alle Kongressteilnehmenden sind herzlich eingeladen.



live: YELLOW UMBRELLA sind unglaublich. Sie fusionieren Reggae, Ska & Gypsy und bringen damit jeden Saal zum Tanzen ... zunächst. Dann zum KOCHEN! „Vater aus Jamaika, Mutter vom Balkan.“

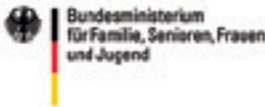


Veranstalter: DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Gastgebende Veranstaltungspartner



gefördert durch



Ständige Veranstaltungspartner



Kooperationspartner und Sponsoren

